

Clausewitz-Gesellschaft • Jahrbuch 2016

Clausewitz-Gesellschaft

Jahrbuch 2016



Eine Publikation der
Clausewitz-Gesellschaft e.V.

ISBN: 978-3-9816962-2-6

Clausewitz-Gesellschaft e.V.
Jahrbuch 2016

Eine Zusammenfassung von Beiträgen
aus der Arbeit der Gesellschaft 2016

Die Jahrbücher der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Band 12
Jahrbuch 2016

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der Deutschen Bibliothek erhältlich.

Herausgeber und Copyright 2017 Clausewitz-Gesellschaft e.V., Hamburg
Manteuffelstraße 20, D-22587 Hamburg
Internet: www.clausewitz-gesellschaft.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenze des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung der Clausewitz-Gesellschaft e.V. bzw. der Autoren unzulässig.

Redaktion und Lektorat: Werner Baach, Wolfgang Fett, Clausewitz-Gesellschaft e.V.
Layout und Satz: Werbeagentur Baganz, Marcel Baganz
Umschlaggestaltung: Werbeagentur Baganz, Marcel Baganz
Gesamtherstellung: Clausewitz-Gesellschaft e.V.
Umschlagabbildung: Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Die Clausewitz-Gesellschaft bedankt sich beim Kommando Strategische Aufklärung der Bundeswehr für die freundliche und kompetente Unterstützung beim Druck dieser Ausgabe.

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).

ISBN: 978-3-9816962-2-6

Inhalt	Seite
Editorial	6
Besondere Beiträge zur aktuellen Diskussion	
Patriotismus heute Hans-Peter von Kirchbach	12
Konfliktpotenziale und zukünftige Erscheinungsformen gewaltsam ausgetragener Konflikte und Kriege Jürgen Schnell	20
Kapitel I	
Berliner Colloquium 2016	
Die EU als außen- und sicherheitspolitischer Akteur: Realität oder Vision? Eine kritische Bestandsaufnahme Werner Baach Wolfgang Fett	44
Stand und Perspektiven der internationalen Beziehungen Johannes Varwick	52
Kapitel II	
50. Sicherheitspolitische Informationstagung Hamburg 2016	
Europäische Sicherheitsordnung – Anforderungen an die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik Werner Baach Wolfgang Fett	64
Kapitel III	
Globale sicherheitspolitische Akteure	
Chinas Militärreform: Wohin entwickelt sich die Volksbefreiungsarmee? Oliver Corff	72

Zum Umgang mit Russland und zur Zukunft der NATO-Russland-
Beziehungen – Ideen „für bessere Zeiten“
Klaus Wittmann 88

Zusammenfinden für sicherheitspolitisches Zusammenwirken
des Westens. Gelingt EU und NATO mit ihren Mitgliedsstaaten ein
wirksamer Verbund für umfassende Sicherheitspolitik und Gefahren-
abwehr?
Klaus Olshausen 110

Kapitel IV

Die aktuellen Bedrohungen

Neue Bedrohungen aus dem Cyber- und Informationsraum –
die Bundeswehr stellt sich modern und schlagkräftig auf
Ludwig Leinhos 128

Das Kalifat ist (noch nicht) tot – es leben seine Soldaten
Berndt-Georg Thamm 144

Das Center of Gravity des Islamischen Staates
Eine moderne Analyse des Clausewitz'schen Zentrums
der Kraftentfaltung der sunnitischen Extremistenmiliz
Thomas Jochen Maurer 158

Kapitel V

Beiträge aus der Arbeit der Sektion Schweiz sowie der Regionalkreise der Clausewitz-Gesellschaft e.V. und des Clausewitz-Netzwerkes für Strategi- sche Studien (CNSS)

Aspekte militärischen Führens
Manuela R. Krueger
Christian E. O. Millotat 186

Der „Deutsche Krieg“ 1866.
150 Jahre Königgrätz und Langensalza –
eine historische Einordnung
Ulrich C. Kleyser 204

100 Jahre Panzer – Die Revolution des Landkriegs
Roland Beck 241

Desertifikation, Dschihadismus und Staatszerfall
in der Sahelzone Afrikas
Hannelore Kußerow
Arno Meinken
Nikolaus Scholik 251

Kapitel VI

Jahresarbeit des Preisträgers der Clausewitz-Medaille

Analyse des Verteidigungskapitals am Beispiel eines Kampftruppen-
verbandes
Sebastian Becker 280

Schwerpunkte der Clausewitz-Gesellschaft für das Jahr 2017 324

Bildnachweis 327

EDITORIAL

Unser Jahrbuch 2016, das zwölfte in Folge, enthält erneut eine breite Palette an Beiträgen zu sicherheitspolitischen und militärstrategischen Themen.

Fortgesetzte schwerwiegende Veränderungen und überraschende Entwicklungen haben im Verlauf des Jahres 2016 wachsende Verunsicherung und neue Befürchtungen ausgelöst. Im Osten zeigt sich die russische Politik inzwischen revisionistisch, anti-westlich und gewaltbereit. Mit seiner völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und der krampfhaft verschleierte Unterstützung des blutigen Konflikts in der Ostukraine hat Russland die in Helsinki und Paris mühsam errungene Europäische Sicherheitsordnung zerstört. Die eingefrorenen Konflikte im Kaukasus, Russlands fortwährend beunruhigende Versuche einer Einflussnahme auf weitere seiner Nachbarstaaten, provozierendes Verhalten seiner Streitkräfte an den NATO-Grenzen und seine nuklearen Drohgebärden haben u.a. die NATO wieder zu verstärkter Fokussierung auf glaubwürdige Abschreckung und Verteidigungsfähigkeit bewogen, ohne jedoch ihre Dialogbereitschaft aufzugeben.

In den brutalen Bürgerkrieg in Syrien ist Russland ebenfalls direkt involviert, wie auch die Türkei und der Iran. Die komplexe Gemengelage der sich bekämpfenden Parteien lässt kein rasches Ende der chaotischen Situation erwarten. Ähnliches trifft für den Irak zu. Wachsende Unsicherheit ist mit der Entwicklung nach dem Putschversuch vom Juli in der Türkei, ihrem Konflikt mit den Kurden und ihrem Engagement in Syrien sowie im Irak verbunden. Bange Blicke richten sich – vor allem nach den Präsidentschaftswahlen in den USA – auf das Atomabkommen mit Iran. Auch Saudi-Arabiens und Irans konkurrierende Ambitionen, sich als Regionalmächte zu etablieren, und ihre anstachelnden Rollen im bürgerkriegsgeschüttelten Jemen sind für die spannungsreiche Entwicklung im Nahen Osten von erheblicher Bedeutung.

Der Kampf gegen die Hydra des internationalen Terrorismus ist immer wieder von Rückschlägen begleitet. Der Terrorismus wird uns noch lange in Atem halten und – wie die Anschläge in 2016 zeigten – unsere Sicherheit auch unmittelbar bedrohen. Die Zahl der Krisen und Konflikte in Afrika hat sich ebenfalls nicht verringert. Terrorgruppen, die mit grässlicher Brutalität wüten, fortwährender Zerfall staatlicher Strukturen, grassierende Korruption und Machtmissbrauch in etlichen Staaten lassen künftig sogar noch eine weitere Zunahme des Migrationsdrucks aus Afrika in Richtung Europa erwarten.

Beim Blick auf die Gebiete, in denen Soldaten der Bundeswehr in nennenswerter Stärke an Friedenseinsätzen beteiligen sind, stechen Mali und Afghanistan weiterhin hervor und erfordern fortwährende, besondere Wachsamkeit. In Ostasien strebt China den Status einer Weltmacht an und unterstreicht das vermehrt durch martialische Gesten. Die unvermindert provozierende Haltung Nordkoreas und die unerwartet anti-westliche Haltung des neuen philippinischen Staatpräsidenten senden ebenfalls wenig verheißungsvolle Signale.

In Europa sind die nationalistisch geprägten Flieh- und Fragmentierungskräfte gewachsen, was sich nicht nur im Ergebnis des BREXIT-Referendums in Großbritannien zeigt. Das originäre „Friedensprojekt“ Europäische Union befindet sich derzeit in der schwersten Bewährungsprobe seit seiner Gründung.

In Europa sind die nationalistisch geprägten Flieh- und Fragmentierungskräfte gewachsen, was sich nicht nur im Ergebnis des BREXIT-Referendums in Großbritannien zeigt. Das originäre „Friedensprojekt“ Europäische Union befindet sich derzeit in der schwersten Bewährungsprobe seit seiner Gründung.

Überlagert wird all dies durch die anhaltend dynamische Entwicklung von Risiken und Gefährdungen im Cyber- und Informationsraum, der heute alle Lebensbereiche durchdringt. Dabei gewinnen neben den informationstechnischen Aspekten zunehmend auch die Gefährdungen durch Desinformation, Fälschungen, Lügen und Propaganda an Bedeutung, was sich u.a. in dem Wort des Jahres „postfaktisch“ verdichtet. Es ist zu befürchten, dass Formen hybrider Bedrohung gerade im Wahljahr 2017 einen weiteren „Konjunkturaufschwung“ erfahren werden und letztlich sogar unser freiheitlich demokratisches System ernsthaft beschädigen könnten.

Sicherheitspolitisch relevante Herausforderungen bestehen weiterhin durch illegale Migration, global vernetzte Organisierte Kriminalität, wachsende Risiken/Spannungen durch Verknappung von Wasser, Energieträgern und anderen Rohstoffen und – nicht zuletzt – durch den fortschreitenden Klimawandel. Diesem breiten Spektrum an Sicherheitsrisiken und potentiellen Bedrohungen zu begegnen, erfordert ganzheitliche, gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge, bei der die Grenzen zwischen „äußerer“ und „innerer“ Sicherheit zunehmend ineinander fließen.

Mit einigen der o.a. Themen und Probleme haben wir uns in der Clausewitz-Gesellschaft im Jahr 2016 auseinandergesetzt, sowohl bei zentralen Veranstaltungen, als auch in den Regionalkreisen und in der Sektion Schweiz. Dazu finden sich entsprechende Berichte/Beiträge in dem vorliegenden Jahrbuch.

Zwei **besondere Beiträge zur aktuellen Diskussion** sind vorangestellt. In seiner Abhandlung zu „Patriotismus“ appelliert der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, General a.D. Hans-Peter von Kirchbach, an die Verantwortung jedes einzelnen, sich im Sinne eines wohlverstandenen demokratischen Selbstverständnisses für die Wahrung der Menschenwürde, der Freiheit und des Zusammenhalts unserer Gesellschaft einzusetzen. Der ehemalige Stellvertreter des Generalinspektors, Generalleutnant a.D. Professor Dr. Jürgen Schnell, analysiert anschließend sehr eingehend „Konfliktpotenziale und zukünftige Erscheinungsformen gewaltsam ausgetragener Konflikte und Kriege“.

Beim **Berliner Colloquium 2016**, das im März erneut gemeinsam mit der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) in Berlin durchgeführt wurde, befassten wir uns mit dem Thema „Die EU als außen- und sicherheitspolitischer Akteur: Realität oder Vision? – Konsequenzen für Deutschland und die Bundeswehr“. Ergänzend zur Zusammenfassung dieser zentralen Veranstaltung findet sich im **Kapitel I** der beim Colloquium gehaltene Grundsatzvortrag von Professor Dr. Johannes Varwick zu „Stand und Perspektiven der internationalen Beziehungen“.

Im Juli fand die gemeinsam mit der Führungsakademie der Bundeswehr (FüAkBw) in Hamburg durchgeführte 50. **Sicherheitspolitische Informationsstagung** statt zum Thema „Perspektiven der europäischen Sicherheitsordnung: Erweiterte Anforderungen an die künftige Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik?“. Anlässlich des 50-jährigen Jubiläums wurde ergänzend auch die Relevanz der im 19. Jahrhundert gesammelten Erkenntnisse des Carl von Clausewitz für politisch-strategisches Denken im 21. Jahrhundert diskutiert. Der Tagungsbericht ist im **Kapitel II** abgedruckt.

Die Beiträge in **Kapitel III** sind drei wichtigen sicherheitspolitischen Akteuren auf unserem Globus gewidmet: China, Russland und der NATO. Unser China-Experte, Dr. Oliver Corff, liefert Einsichten zu Chinas Militärreform und beantwortet die drängende Frage „Wohin entwickelt sich die Volksbefreiungsarmee?“. Brigadegeneral a.D. Dr. Klaus Wittmann analysiert das Verhältnis der NATO zu Russland vor dem Hintergrund der Entwicklung seit dem Ende des Kalten Krieges. Dabei entlarvt er etliche propagandistisch verbreitete Mythen, beleuchtet kenntnisreich die Ziele und Motive des russischen Präsidenten und scheut sich auch nicht, Fehler des Bündnisses und der EU zu benennen. Seine konkreten Vorstellungen zu einer künftigen kooperativen Sicherheit zwischen dem Westen und Russland bieten reichlich Stoff für weiterführende Diskussi-

onen. Unser ehemaliger Präsident, Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen, untersucht das Verhältnis von EU und NATO im Lichte der aktuellen Lageentwicklung und richtet den Fokus auf Möglichkeiten für einen wirksamen Verbund beider Organisationen im Sinne umfassender Sicherheitspolitik und Gefahrenabwehr.

Im **Kapitel IV** stehen einige derzeit besonders prominente Bedrohungen und korrespondierende Aktivitäten zur Sicherheitsvorsorge im Mittelpunkt. Der Beitrag von Generalmajor Ludwig Leinhos zum Thema „Neue Bedrohungen aus dem Cyber- und Informationsraum – die Bundeswehr stellt sich modern und schlagkräftig auf“ gibt einen fundierten Einblick in die geplante Neuordnung der Verteidigung des alle Lebensbereiche durchdringenden Cyber- und Informationsraums als Teil einer enorm wachsenden gesamtstaatlichen Sicherheitsaufgabe. Der Terrorismusexperte Berndt-Georg Thamm setzt sich mit dem sunnitischen und schiitischen Dschihad-Terrorismus als globale Bedrohung der Sicherheit auseinander und unterzieht dabei u.a. die Rolle der Türkei sowie der rivalisierenden, religiös orientierten Schutzmächte Saudi-Arabien und Iran einer kritischen Betrachtung. Der Schwerpunkt liegt allerdings auf einer schonungslosen Analyse der Ziele und Aktivitäten des von der militanten Extremistenmiliz „Islamischer Staat“ (IS) proklamierten Kalifats. Major Thomas Jochen Maurer untersucht abschließend in seiner hochaktuellen und intensiv recherchierten Arbeit das „Centre of Gravity“ des IS, unter Verwendung Clausewitzscher Erkenntnisse. Aus seinen Erkenntnissen entwickelt er konkrete Ansätze für eine Gesamtstrategie zur Bekämpfung der Terrororganisation.

Kapitel V enthält Beiträge zu sicherheitspolitischen und militärhistorisch-strategischen Themen, mit denen sich die Regionalkreise unserer Gesellschaft, die Sektion Schweiz, das Clausewitz-Netzwerk für Strategische Studien (CNSS) und einzelne Experten unserer Gesellschaft befassen. Die getroffene Auswahl gibt zugleich einen schlaglichtartigen Einblick in das Kompetenzspektrum unserer Gesellschaft. Eröffnet wird der Reigen durch die Abhandlung von Manuela R. Krueger und Generalmajor a.D. Christian E.O. Millotat zu „Aspekte militärischen Führens“. Darin werden vor allem Grundlagen des deutschen militärischen Führungsprozesse und praktische Erfahrungen damit, sowohl im Vergleich zu den Führungsprozessen anderer Streitkräfte als auch zur Wirtschaft, behandelt.

Oberst a.D. Ulrich C. Kleyser M.A. untersucht den „Deutschen Krieg von 1866“, insbesondere die Schlachten von Königgrätz und Langensalza. Dabei

richtet er den Blick einerseits vor allem auf das damals noch recht neue Verkehrsmittel Eisenbahn, das ebenfalls neue Kommunikationsmittel Telegraph sowie auf die industrielle Waffentechnik – speziell die Artillerie und das Zündnadelgewehr – und betrachtet andererseits auch den von Bismarck durchgesetzten Primat der Politik hinsichtlich der Behandlung Österreichs am Ende des Krieges. Der Gründungspräsident unserer Sektion Schweiz, Oberst i. Gst. Dr. Roland Beck, beschreibt dann die Revolution des Landkrieges, wie er im Verlauf der letzten 100 Jahre durch die Einführung und Weiterentwicklung der Panzerwaffe geprägt wurde. Dabei zeichnet er die wesentlichen technischen, operativ-taktischen und strategischen Entwicklungslinien nach, von zunächst bescheidenen Anfängen im Ersten Weltkrieg, über die Weiterentwicklung vor und während des Zweiten Weltkrieges, die diversen Anpassungen im Verlauf des Kalten Krieges und bis hin zu den aktuellen Prozessen der Gegenwart. Im gemeinsam von Dr. habil. Hannelore Kußerow, Dipl.-Pol. Arno Meinken und Dr. Nikolaus Scholik verfassten Beitrag des CNSS werden Desertifikation, Dschihadismus und Staatenzerfall in der Sahelzone Afrikas aus Sicht der natürlichen Ressourcenlage untersucht und daraus resultierende sicherheitspolitische Konsequenzen für die Region und für Europa betrachtet. Vor dem Hintergrund des vermutlich anhaltenden Migrationsdrucks aus Afrika Richtung Europa ist und bleibt das ein besonders brisantes Thema.

Einer bewährten Tradition folgend kommt im **Kapitel VI** der Preisträger der Clausewitz-Medaille 2016 mit seiner Lehrgang-Jahresarbeit zu Wort. Major Sebastian Becker besetzt in seiner Arbeit „Analyse des Verteidigungskapitals am Beispiel eines Kampftruppenverbandes: Eine Untersuchung zur Messbarkeit des ökonomischen Wertes von Streitkräften“ ein neues Forschungsfeld und liefert wertvolle Anwendungsbezüge.

Auch in diesem Jahr haben Wolfgang Fett und Werner Baach wiederum mit feinem Gespür, großem Einsatz und bewundernswerter Akribie diesem Jahrbuch Form und Inhalt verliehen. Mein Dank und der Dank aller Mitglieder der Clausewitz-Gesellschaft e.V. geht an beide und an alle Autoren für ihre wertvollen und interessanten Beiträge, die sie uns kostenlos zur Verfügung gestellt haben, und an den Layout- und Satz-Gestalter, Marcel Baganz. Das Kommando Strategische Aufklärung (KSA) hatte erneut maßgeblichen Anteil daran, dass wir das Jahrbuch 2016 im Rahmen unseres Budgets fertig stellen konnten. Ich danke dem Kommandeur des KSA und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seines Kommandos sehr herzlich für ihre engagierte und stets sehr professionelle Unterstützung.

Allen Lesern wünsche ich, dass sie die in unserem zwölften Jahrbuch vorgenommene Zusammenstellung ansprechend finden und bei der Durchsicht des Kompendiums auf zahlreiche Beiträge stoßen, die ihr Interesse wecken und dadurch ggf. auch den erwünschten sicherheitspolitischen Diskurs fördern. Dialogbereitschaft und konstruktiv kritische Begleitung, z.B. durch Rückäußerungen mit Anregungen oder auch weitergehende Nachfragen, sind stets willkommen.

Viel Freude und Genuss beim Lesen!

Generalleutnant a.D. Dipl.-Inform. Kurt Herrmann,
Präsident der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Besondere Beiträge zur aktuellen Diskussion

Patriotismus heute

Definition eines zu Unrecht diskreditierten Begriffs

Hans-Peter von Kirchbach

Der Begriff Patriotismus gilt seit vielen Jahren als diskreditiert oder politisch inkorrekt. Sprach Helmut Kohl während seiner Kanzlerschaft von „Patrioten“, wurde er nicht selten als nostalgisch oder gar als ewig gestrig kritisiert. Heute leidet der Begriff darunter, dass politische Bewegungen wie die AfD sich seiner bemächtigt haben. Was aber heißt Patriotismus jenseits möglicher nationalistischer oder populistischer Verdächtigungen – und was bedeutet der Begriff aus der Sicht von Soldaten?



Hans-Peter von Kirchbach

Der Begriff Patriotismus ist ins Gerede geraten. Populistische und rechte Gruppen, „PEGIDA“ zum

Beispiel, haben sich des Begriffs bemächtigt, und verbinden damit eine Ablehnung von Flüchtlingen oder auch eine offen fremdenfeindliche Haltung. Mit dem Anknüpfen an die Montagsdemonstrationen und dem Ruf „Wir sind das Volk“ gebrauchen solche Gruppierungen auch ohne Skrupel Parolen und Symbole der friedlichen Revolution oder berufen sich auf die christliche Religion.

So ist gelegentlich eine Scheu zu beobachten, den Begriff Patriot für sich in Anspruch zu nehmen, mag man sich doch nicht in eine Gesellschaft von Menschen begeben, die Patriotismus und Nationalismus oder Chauvinismus nicht unterscheiden können oder wollen. Wir Deutsche tun uns auch deshalb mit einem unbekümmerten Bekenntnis zu unserem Staat schwer, weil unsere Geschichte eine gebrochene Geschichte ist, weil Nationalsozialismus und Holocaust Teil dieser Geschichte sind, weil wir eine Periode der Teilung hinter uns haben, weil wir an das, was vorher war, nicht ohne Weiteres anknüpfen können und weil der Begriff Patriotismus in unserer Geschichte z.B. durch den Nationalsozialismus sträflich missbraucht und als Vehikel zur Verbreitung der nationalsozialistischen Lehre genutzt wurde.

Wir haben seit 1990 ein gesamtdeutsches Parlament, das aus freien Wahlen hervorgegangen ist, wir haben eine bundesstaatliche Ordnung in ganz Deutschland, wir leben in einer Rechtsordnung und unter einer Verfassung, dem Grundgesetz. Da ist es sinnvoll, zu fragen, was uns eigentlich zusammenhält, was Dienen im demokratischen Staat, in unserem demokratischen Staat ausmacht, wie wir als Staatsbürger im vereinten Deutschland zusammenleben, einem Staat, der seine Rolle in der Welt ausüben soll und will.

Diese Betrachtung geht von einer Definition des Patriotismus aus, die ein damals bekannter Theologe, Gelehrter und Dichter, Michael Richey, Mitglied der „Patriotischen Gesellschaft“, in der in Hamburg erscheinenden „moralischen“ Zeitschrift „Der Patriot“ im Jahre 1724 gebraucht hat. Er formulierte, ein Patriot sei ein Mensch, „dem es um das Beste seines Vaterlandes ein rechter Ernst ist, einer, der dem gemeinen Wesen redlich zu dienen beflissen ist“. 1742 bezeichnete er einen Patrioten als „Stadtfreund“ und hatte dabei möglicherweise die Bibel, Jeremia 29 V 7 mit der Aufforderung „Suchet der Stadt Bestes“ im Auge.

*„Ein Patriot ist jemand, der sein Vaterland liebt, ein Nationalist ist jemand, der die Vaterländer der anderen verachtet“.
Bundespräsident Johannes Rau 1999*

Johann Moritz Gericke formulierte 1782, dass „Patriotismus derjenige starke innere Antrieb sei, der das Beste des Staates zum Augenmerk hat, und seine Wohlfahrt auf alle mögliche Art zu befördern sucht.“ Von hier bis zur Aufforderung John F. Kennedys „Fragt nicht, was Euer Land für Euch tun kann, sondern fragt, was Ihr für Euer Land tun könnt“ ist es nur ein kurzer Weg.

Eine klare Abgrenzung des Patriotismus zum Nationalismus hat der damalige Bundespräsident Johannes Rau in einer Rede 1999 vorgenommen: „Ich will nie ein Nationalist sein“, formulierte er, „ein Patriot aber wohl. Ein Patriot ist jemand, der sein Vaterland liebt, ein Nationalist ist jemand, der die Vaterländer der anderen verachtet. Wir aber wollen ein Volk der guten Nachbarn sein, in Europa und in der Welt.“

Der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler sagte nach seiner Wahl vor der Bundesversammlung nicht nur den bekannten Satz: „Ich liebe unser Land“, sondern führte in derselben Rede aus: „Patriotismus und Weltoffenheit sind keine Gegensätze, sie bedingen einander. Nur wer sich selbst achtet, achtet auch andere.“

Völlig unpathetisch drückte es Richard Schröder in seinem Buch „Einsprüche und Zusprüche“ so aus: „Ich bin gerne Deutscher“ und „auch jetzt noch halte ich den Fall der Mauer für Wahnsinn“. Im Vorwort zu diesem Buch forderte er, das Thema Nation nicht den Falschen zu überlassen.

Wir dürfen also Patrioten sein und unser Vaterland lieben. Dies ermöglicht uns in gleicher Weise, von diesem festen Stand aus, anderen Völkern und Menschen mit Respekt und Achtung zu begegnen. Wir können und werden zu aktuellen Fragen der Tagespolitik viele verschiedene Meinungen haben. Aber wir sollten Patrioten, keine Nationalisten sein. Niemand sollte Vaterländer von anderen herabsetzen oder Menschen wegen ihrer Andersartigkeit verachten. Im Gegenteil, die Liebe zu unserem Land macht uns bereit und fähig andere zu respektieren und zu achten.

Was also bedeutet es aus meiner Sicht, ein deutscher Patriot zu sein, als deutscher Patriot zu leben?

In Freiheit leben

Wir sind dankbar für die Freiheit, die mit der Einheit allen Deutschen geschenkt wurde. Wir leben Freiheit. Wir wissen, dass die Demokratie nicht nur auf die gestaltende Kraft der gewählten Politiker, sondern in gleicher Weise auf die Mitarbeit und Leistungsbereitschaft der Bürger angewiesen ist.

Wir können das in der DDR erlebte total andere System der Unfreiheit mittlerweile besser einschätzen, ein System, das seine Bürger gängete, bestrafte und belohnte, versorgte und überwachte, bremste und kontrollierte, in jedem Falle aber menschliche Wertigkeit nahezu ausschließlich an der Einstellung zum System und ihrer Nützlichkeit für das System maß. Auch in diesem System konnte man Nischen des halbwegs zufriedenen persönlichen Lebens finden, sich den Forderungen des Staates wenigstens teilweise entziehen. Seinen persönlichen Neigungen und Fähigkeiten entsprechend entfalten aber konnte man sich kaum.



Wiedervereinigung 1990

Den grundlegenden Unterschied der Freiheit und der Unfreiheit sollten wir immer im Auge behalten, auch dann, wenn hin und wieder in nostalgischen Erinnerungen Vergangenheit noch immer oder sogar wieder vermehrt verklärt wird.

Die Einheit leben

26 Jahre sind nach der friedlichen Vereinigung unseres Landes vergangen. Diejenigen, die damals gesagt haben, dass der Weg zur Inneren Einheit lang und beschwerlich werden würde, haben Recht behalten. Die derzeitige Diskussion, der Bericht der Bundesregierung, die Vorkommnisse anlässlich des Tags der Deutschen Einheit in Dresden zeigen, dass es hinsichtlich der Mentalität offensichtlich noch deutliche Unterschiede zwischen Ost und West gibt. Fremdenfeindlichkeit, Anfälligkeit für einfache Parolen, scheinen jedenfalls in den neuen Ländern ausgeprägter zu sein als in den alten. Die Angleichung der Lebensverhältnisse dauert länger, als zunächst erwartet.

Wir dürfen aber nicht übersehen, dass wir auch kräftige Lichtzeichen erleben durften und dürfen. Blühende Landschaften gibt es ja wirklich, die wirtschaftliche Situation in den neuen Ländern hat sich deutlich verbessert, die Arbeitslosigkeit ist zurückgegangen. Wir haben über den Solidarpakt hinaus gesamtdeutsche Solidarität in den Stunden der Not in einem Ausmaß gesehen, die uns alle überrascht hat. Ich denke dabei vor allem an die Flutkatastrophen an Oder und Elbe. Über die konkrete Hilfeleistung hinweg sind da auch menschliche Bindungen entstanden, die uns allen zugutekommen. Die Zahl der Menschen, die sich zum Helfen und Handeln ansprechen lassen, ist, das weisen die letzten Monate aus, auch in den neuen Ländern hoch, viel höher jedenfalls als die der demonstrierenden Pseudopatrioten.

Was in den ersten Jahren nach der Einheit in der Bundeswehr geschehen ist, gehört als große Leistung nicht nur zur Geschichte der Bundeswehr, sondern auch unverrückbar zur deutschen Geschichte.

Die Mühen und Rückschläge sollten uns nicht davon abhalten, nach wie vor stolz darauf zu sein, dass uns Deutschen eine friedliche Revolution gelungen ist, dass die Menschen in den heutigen neuen Ländern diese Revolution durch ihr entschlossenes und besonnenes Verhalten selbst herbeigeführt haben und dankbar dafür zu sein, dass wir heute zusammen in einem freien Deutschland leben dürfen.

Soldaten durften und dürfen als Staatsbürger mithelfen, dass die deutsche Einheit gelingt. Die Einheit der Truppe fördert die Einheit der Deutschen, formulierte der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker im Frühjahr 1991 bei einer Kommandeurtagung des Bundeswehrkommandos Ost, und er hatte Recht. Was in den ersten Jahren nach der Einheit in der Bundeswehr geschehen

ist, gehört als große Leistung nicht nur zur Geschichte der Bundeswehr, sondern auch unverrückbar zur deutschen Geschichte.

Wir dürfen uns jedenfalls nicht entmutigen lassen und wollen unseren eigenen Beitrag leisten, dass wir weitere Fortschritte auf den Weg zur „Inneren Einheit“ machen. Die häufig schweigende Mehrheit muss sich deutlicher artikulieren, wir Soldaten sollten dabei vorangehen.

Verantwortung wahrnehmen

Freiheit ist ein Geschenk, das verpflichtet. Es geht nicht nur um die Freiheit von Zwang und Bindung oder die Freiheit zu reisen. Es geht vielmehr um ein positives Verständnis von Freiheit, um die Freiheit zur Gestaltung und zum Engagement, die Freiheit an der Gestaltung unseres Staates und seiner Organisationen mitzuwirken, es geht um die Freiheit, Bürgersinn zu zeigen und schöpferisch mitzumachen.

Klar wird damit, dass die Sicherung und die Gestaltung der Freiheit persönliche Beiträge, gegebenenfalls auch Opfer erfordert. Da der Staat solche persönlichen Beiträge, jedenfalls in Form verpflichtender Dienstleistung nicht mehr einfordert, wird es umso mehr darauf ankommen, dass sie freiwillig erbracht werden.

Dankbarkeit für das Geschenk der Freiheit und der Wille und die Entschlossenheit, sie zu gestalten sollten also überall mit dem Bestreben einhergehen, persönliche Beiträge zu leisten und Leere und Inhaltslosigkeit überall entgegenzuwirken. Deshalb engagieren wir uns im Rahmen unserer Aufgabe und – wo immer möglich – darüber hinaus für das Wohlergehen unseres Landes.

Verantwortung wahrzunehmen hat auch einen außenpolitischen Aspekt. Die Wiederherstellung der deutschen Einheit war ein wichtiges Wegstück zur Einheit Europas. Damit konnte und kann die Bundesrepublik auch keine Sonderrolle mehr beanspruchen. Unser Land ist wie andere für Frieden und Freiheit nicht nur in Europa mit verantwortlich und kann und will sich dieser Verantwortung auch nicht entziehen. Dies erfordert und erfordert, Beiträge im gesamten Spektrum möglicher Maßnahmen zum Erhalt des Friedens, zur Wahrung oder Wiederherstellung der Menschenrechte zu leisten. Dies kann und wird immer wieder auch militärische Beiträge zur Krisenbewältigung einschließen.

Die Beschränkung auf die militärischen Aspekte wäre allerdings eine unzulässige Verengung. Weltweit Verantwortung zu übernehmen sowie die deutsche Entwicklungshilfe gehören genauso dazu wie die Nothilfe des Auswärtigen Amtes oder der Einsatz vieler Organisationen und Menschen in den Notgebieten dieser Erde.

Dienen im demokratischen Staat heißt jedenfalls zu wissen, dass in Freiheit leben bedeutet, nach innen und außen Verantwortung wahrzunehmen. Wie weit das für Soldaten gehen kann, haben wir mehrfach leidvoll erleben müssen. Wir beteiligen uns, soweit wir es können, an der Wahrnehmung der weltweiten Verantwortung, die unser Staat leisten muss.

Verantwortung zu übernehmen heißt für uns auch, fähig und willens zu sein, komplexe Sachverhalte differenziert zu beurteilen, differenziert zu diskutieren und zu argumentieren. Sachliche Probleme müssen sachlich diskutiert und am Ende sachlich gelöst werden. Dabei kann und wird es unterschiedliche Meinungen und Lösungsansätze geben, und oft werden mühsam Kompromisse gesucht werden müssen. Dies sollte dann auch öffentlich vertreten werden, um dem Verbreiten vereinfachender populistischer Parolen entgegenzuwirken. Wir sollten die Auseinandersetzung darüber nicht scheuen und die Auseinandersetzung mit den „Vereinfachern“ aktiver führen.

Dienen im demokratischen Staat heißt jedenfalls zu wissen, dass in Freiheit leben bedeutet, nach innen und außen Verantwortung wahrzunehmen.

Verantwortung wahrnehmen im Zeichen der Menschenwürde

Die Wahrnehmung von Verantwortung in unserem Staat bedarf eines Bezugspunktes. Kardinal Ratzinger, der emeritierte Papst Benedikt XVI., hat in einem Buch „Wahrheit, Werte, Macht“ über die Zusammenhänge zwischen Freiheit und deren Inhalten folgendes geschrieben: „Freiheit behält ihre Würde nur, wenn sie auf ihren sittlichen Grund und auf ihren sittlichen Auftrag bezogen bleibt. Eine Freiheit, deren einziger Inhalt in der Möglichkeit der Bedürfnisbefriedigung bestünde, wäre keine menschliche Freiheit; sie bliebe im Bereich des Animalischen. Freiheit bedarf eines gemeinschaftlichen Inhalts, den wir als die Sicherung der Menschenrechte definieren können.“

Das Leben in verantworteter Freiheit benötigt also einen Anker und Bezugspunkt. Dieser Bezugspunkt kann im Grundgesetz gefunden werden. In unserem Grundgesetz steht die Würde des Menschen ganz oben, sie zu achten

und zu schützen ist nach Artikel 1 oberste Aufgabe aller staatlichen Gewalt. Dieses Grundrecht kann nicht geändert oder eingeschränkt werden. In unserer Werteordnung steht die Würde des Menschen ganz oben, sie ist nicht an die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Herkunft, Rasse oder Hautfarbe gebunden, sie schließt alle Menschen ein. So sind wir allen Bürgern unseres Landes verpflichtet. So wird klar, dass Extremismus oder Ausländerfeindlichkeit bei uns keinen Platz haben dürfen. So wird in gleicher Weise deutlich, dass wir von allen, die in unserem Land leben, den Respekt vor unserer Verfassung und den Werten, die ihr zugrunde liegen, einfordern müssen.

Schutz und Erhalt der Menschenwürde, darum geht es!

Die Wurzeln achten, den Zusammenhalt üben

Nun ist die Verfassung sicher nicht das Einzige, was uns verbindet. Sie weist die Übereinstimmung in den grundlegenden Wertefragen aus. Nationale Identität hat aber sicher auch etwas mit gemeinsamer Sprache, Geschichte und gemeinsamer Erinnerung zu tun. Sie muss weit über die eigene Generation hinaus gesehen werden.

Patriot zu sein heißt damit, fest in den Wurzeln zu stehen, die uns die Verfassung ausweist. Sie ist ja für sich selbst erst seit 1949 geltendes Recht. Sie ist

Patriot zu sein heißt andererseits auch, bewusst in unserer Geschichte zu stehen, in allem, was sie uns an Gutem und an Schlimmem im Gelingen und im Scheitern gebracht hat.

aber aus zahlreichen Erfahrungen unserer Geschichte gespeist und in Grundsätze umgesetzt, die sich vielfach, zuletzt auch bei der Vereinigung 1990 in bester Weise bewährt haben. Patriot zu sein heißt ande-

rerseits auch, bewusst in unserer Geschichte zu stehen, in allem, was sie uns an Gutem und an Schlimmem im Gelingen und im Scheitern gebracht hat. In dieser Geschichte zu stehen heißt auch anzuerkennen, dass es im geteilten Deutschland unterschiedliche Biographien gegeben hat, die aber für die Zukunft den gleichen Wert haben.

Gemeinsame nationale Identität ist nichts Statisches. Sie wächst im Zusammenleben und in gemeinsamen Erfahrungen und weist aus Vergangenheit und Gegenwart auch in die Zukunft. Einen Stillstand gibt es dabei nicht. Mit der Integration von vielen Menschen aus Kulturen, die uns fremd sind, steht uns eine riesige Aufgabe ins Haus. Sie alle bringen ihre eigene Geschichte und Erfahrung mit. Sie sollten die Wurzeln respektieren, auf denen unser Staat ruht.

Sie müssen unsere Verfassung und Gesetze achten. Tun sie dies, sind sie eingeladen, an der Fortentwicklung unseres Gemeinwesens mitzubauen.

Wir sollten als Patrioten von einem festen Stand aus dabei helfen, den Zusammenhalt der Menschen in unserem Land auch in der Veränderung zu bewahren.

Zum Autor: Hans-Peter von Kirchbach, General a.D., war von 1999 bis 2000 Generalinspekteur der Bundeswehr und von 2002 bis 2013 Präsident der Johanniter-Unfall-Hilfe. Er ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft.

Hinweis der Redaktion: Erstveröffentlichung des Beitrags in Arbeitspapier Nr. 26/2016 der Bundesakademie für Sicherheitspolitik.

Konfliktpotenziale und zukünftige Erscheinungsformen gewaltsam ausgetragener Konflikte und Kriege

Jürgen Schnell

Vorbemerkung der Redaktion: Bei dem Beitrag handelt es sich um den erweiterten Text eines Vortrages, den der Autor im Rahmen des Audi-Kolloquiums am 22. November 2016 gehalten hat.

(Anrede)

Ich freue mich, Ihnen einige Überlegungen und Vermutungen zu dem Thema „Konfliktpotenziale und zukünftige Erscheinungsformen gewaltsam ausgetragener Konflikte und Kriege“ vortragen zu können.

Dabei wird es sich im Wesentlichen um einen Überblick handeln, da das Thema mühelos mehrere Semester füllen könnte. Manches wird auch recht plakativ, skizzenhaft und unvollständig sein, wofür ich um Verständnis bitte. Dem Thema entsprechend werde ich zunächst auf Konfliktpotenziale eingehen und dann einige Vermutungen zu den zukünftigen Erscheinungsformen von gewaltsamen Konflikten und Kriegen darstellen.

I. Konfliktpotenziale

1. „Warum Krieg und gewaltsame Konflikte?“ – Erklärungsansätze und Sichtweisen

Überblickt man die Geschichte der Menschheit, so ist unübersehbar, dass sie durchgehend von Krieg und gewaltsamen Konflikten durchzogen ist.

Oder wie es Arthur Koestler ausdrückt:

„Der Klang, der am nachhaltigsten durch die Geschichte hallt, ist der Klang von Kriegstrommeln“.

Das gilt auch für die jüngste Vergangenheit und die Gegenwart.

Folgt man dem seit 1995 vom Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung veröffentlichten „Konfliktbarometer“, so sind seit 1995 das Konfliktniveau und die Zahl der gewaltsam ausgetragenen Konflikte in etwa gleich

geblieben. Dabei sind allerdings die Opferzahlen gestiegen. Auch hat die Brutalität der gewaltsam ausgetragenen Konflikte – wie der terroristische IS-Staat zeigt – ein erschreckendes Ausmaß angenommen.

Historisch belegt und diskutiert sind in der Geschichte der Menschheit etwa 800 so genannte große Kriege, und zählt man die vielen „kleinen“ Kriege dazu, dann kommen Historiker auf mehr als 14.000 Kriege.

Das führt dann unmittelbar zu der Frage „Warum gibt es Krieg und gewaltsame Konflikte? Was sind die tieferen Ursachen und wo liegen die Potenziale und Auslöser für Krieg und Gewalt?“

Diese Frage öffnet – um mit Fontane zu sprechen – ein weites Feld. Mit dieser Frage haben sich in der abendländischen Geschichte seit Platon viele große Geister beschäftigt und unterschiedliche Erklärungsansätze und Sichtweisen entwickelt.

In einer sehr groben und stark vereinfachenden Systematisierung lassen sich zwei recht unterschiedliche Gruppen von erklärenden Konzeptionen unterscheiden.

Eine erste Gruppe von Konzeptionen sieht die Ursache für Krieg und Gewalt vor allem *in der Natur des Menschen*. Der Grundgedanke dieser Konzepte besteht darin, dass dem Menschen als Teil der Natur eine angeborene Disponiertheit für ein aggressives und konfliktberechtigtes Verhalten mitgegeben ist, um sich im Wettbewerb zu behaupten. Krieg und Gewalt sind in dieser Sicht äußerste Formen des Wettbewerbs, der die gesamte Natur durchzieht. Von daher sind Krieg und Gewalt ein Erbe unserer evolutionären Vergangenheit, und es ist diese evolutionäre Vergangenheit, die die Grundlage aller Konfliktpotenziale bildet. Einer der bekanntesten Vertreter dieser Sichtweise ist Thomas Hobbes, der den ursprünglichen Naturzustand im „Krieg aller gegen alle“ sieht und für den der Mensch zunächst „ein Wolf des anderen“ ist. Zu diesen Konzeptionen, die den natürlichen Wettbewerb als das alles bestimmende Existential des Lebens ansehen, zählen auch alle sozialdarwinistischen Ideologien wie etwa die NS-Ideologie, für die das „Leben Kampf“ ist.

Eine zweite Gruppe von Konzeptionen betont dagegen die ebenfalls im Menschen angelegte Kooperationsbereitschaft und Friedenssehnsucht. Die tieferen Ursachen für Krieg und Gewalt liegen in dieser Sichtweise vor allem *in den*

gesellschaftlichen Bedingungen und gesellschaftlichen Systemen, die das Gute im Menschen verschütten und deformieren. Exemplarisch für diese Sichtweise steht Rousseau mit seinem Diktum, dass der Mensch „von Natur aus gut ist“. Zu dieser Gruppe zählt sicherlich auch der Marxismus, der die Ursache für Krieg und Gewalt in den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen und den dadurch historisch unvermeidbaren Klassenkämpfen sieht. Die 68er-Bewegung propagierte an der Uni in München (der LMU), wo ich damals studierte, den Slogan „Macht kaputt, was Euch kaputt macht“, und damit waren das gesellschaftliche System und die gesellschaftliche Umwelt gemeint.

Beide Gruppen von erklärenden Konzeptionen mit ihren unterschiedlichen Sichtweisen hinsichtlich der Natur des Menschen sind nun keineswegs nur ideengeschichtlich interessante Überlegungen von Philosophen und Wissenschaftlern, sondern von großer praktischer Bedeutung für die Erklärung von Gewalt und gleichermaßen für Strategien der Vermeidung von Gewalt und Krieg. Sie haben je nach Sichtweise maßgeblichen Einfluss auf Entscheidungen und Maßnahmen.

Hier möchte ich eine persönliche berufliche Erfahrung einfügen.

Anfang der 90er Jahre gehörte ich zur militärischen Führung der Bundeswehr. Unsere damalige Lagebeurteilung führte u. a. zu dem Ergebnis, dass die relativ größte Wahrscheinlichkeit für den Ausbruch gewaltsamer Konflikte auf dem Balkan zu erwarten war und deshalb die vorsorgliche Stationierung von Blauhelmen zu prüfen wäre. Diese Beurteilung wurde von wichtigen Politikern und auch Medien nicht geteilt. Die vorherrschende Auffassung war, dass die Völker auf dem Balkan nach dem Ende des kommunistischen Jugoslawien ein elementares Interesse an einem friedlichen demokratischen Zusammenleben im Guten haben würden. Ein mögliches Szenario von Krieg und Gewalt in dieser Region wurde als ziemlich absurd zurückgewiesen. Dies war leider eine Fehleinschätzung.

Nun wäre es gewiss falsch, stets nur in düsteren Szenarien zu denken und zu handeln. So wie die Geschichte von Krieg und Gewalt durchzogen ist, so gilt dies gleichermaßen für das Streben, Gewalt und Krieg möglichst einzudämmen und Regeln aufzustellen. Auch dieses Streben hat eine lange Traditionslinie. Hierzu gehören Namen wie Augustinus, Hugo Grotius und Immanuel Kant.

Diese Traditionslinie findet ihren Ausdruck in Verträgen und insbesondere im Kriegsvölkerrecht, für das exemplarisch die Haager Landkriegsordnung, die Genfer Flüchtlingskonvention und die Charta der Vereinten Nationen stehen. Zu den wesentlichen Prinzipien gehören dabei

- das Verbot von Angriffskriegen (wie es auch der Artikel 26 unseres Grundgesetzes festlegt),
- das Legimitationsprinzip,
- das Prinzip der Verhältnismäßigkeit,
- das Verbot von Gewalt gegen unbeteiligte Zivilisten sowie
- die schonende Behandlung von Kriegsgefangenen.

Institutionell hat diese Traditionslinie zu wichtigen, dem Frieden dienende internationale Organisationen geführt, zu denen vor allem die UNO und auch die OSZE zu zählen sind.

Diese rechtlichen Regelungen und Institutionen stellen gewiss einen großen Fortschritt bei der Eindämmung von Gewalt *durch* Krieg und *im* Krieg dar und wirkten in vielerlei Hinsicht positiv. Dennoch ist festzustellen, dass es durch rechtliche Regelungen und internationale Organisationen nicht möglich war, eine friedliche Welt zu gewährleisten.

Meine Grundvermutung ist deshalb, dass auch zukünftig die tieferen Ursachen für Krieg und Gewalt sowohl in der Natur des Menschen als auch gleichermaßen in den Veränderungen der gesellschaftlichen Bedingungen liegen, in denen der Mensch lebt.

Meine Grundvermutung ist deshalb, dass auch zukünftig die tieferen Ursachen für Krieg und Gewalt *sowohl in der Natur des Menschen als auch gleichermaßen in den Veränderungen der gesellschaftlichen Bedingungen* liegen, in denen der Mensch lebt.

Verständlicherweise befürworte ich deshalb eine nüchterne Realpolitik und dies auch, weil sich so auch am ehesten eine wertorientierte Politik realisieren lässt. Dazu gehört insbesondere, dass man sich in die Interessenlage und insbesondere auch in die Gefühlslage möglicher gewaltbereiter Gegner hineinversetzen sollte. Staaten und ihre Regierungen folgen grundsätzlich ihren Interessen und den daraus rational abgeleiteten Strategien. Wenn es jedoch um Gewalt und Krieg geht, spielen bei den Gewaltakteuren Gefühle und Glaube oft eine weit größere Rolle als rationales Abwägen. Die Bindung an rechtliche Festlegungen lockert sich dann oder wird gänzlich aufgegeben.

Jedenfalls sollte jedes übertriebene Wunschdenken vermieden werden, das der Vorstellung folgt „Es kann nicht sein, was nicht sein darf“.

Nun zur Frage, *worum es bei gewaltsam ausgetragenen Konflikten und Kriegen geht*. Im Wesentlichen ging und geht es um

- Ressourcen und ihre Verteilung,
- Ideen und ihre Verbreitung und
- Macht und Einfluss.

Abstrahierend wären dies dann von den auslösenden Faktoren her

- Ressourcenkriege,
- ideologisch motivierte Kriege und
- Kriege, bei denen es um Macht und Einfluss geht.

Die Kriegsgeschichte zeigt allerdings, dass sich meist und spätestens mit dem Beginn des Krieges die Motive und Kriegsziele mischen und auch ändern können. Das gilt beispielsweise für die beiden Weltkriege des vergangenen Jahrhunderts und insbesondere auch für die gegenwärtigen Kriege im Nahen Osten.

In dieser Gesamtperspektive entstehen Konfliktpotenziale insbesondere dann, wenn die Vorstellungen und Erwartungen des Menschen hinsichtlich der Ressourcen, der Ideen und Werte sowie hinsichtlich der Machtverhältnisse im Widerspruch zu den realen Bedingungen seiner Umwelt stehen. Wichtige Faktoren, die Gewalt und Krieg auslösen, sind von daher Veränderungen in der Umwelt einerseits und in den Ideen und Wertvorstellungen andererseits. Konflikte sind deshalb stets eingefügt in Prozesse und Trends.

2. Konfliktträchtige Trends

Dies führt zu der Frage nach den absehbaren Veränderungen und den globalen konfliktträchtigen Trends.

Globale Trends lassen sich unterschiedlich systematisieren. Den wesentlichen Motiven und Auslösern für gewaltsam ausgetragene Konflikte entsprechend möchte ich kurz auf drei wesentliche globale konfliktträchtige Trends eingehen. Dies sind

- die sozioökonomischen Trends,
- die technologischen Trends und
- die soziokulturellen Trends.

Diese Trends, die in enger Wechselbeziehung zueinander stehen, bilden zugleich in ihrem Ergebnis die wesentliche Basis von Macht als Grundkategorie des politischen Handelns. Mit den Trends sind deshalb auch stets Machtverschiebungen und Spannungen verbunden. Sie beeinflussen maßgeblich den Aufstieg und den Niedergang großer Mächte.

Alle drei genannten Trends bieten sicherlich auch Chancen, sind jedoch zugleich risikoreich und konfliktträchtig. Dem Thema entsprechend werde ich stärker die Konfliktpotenziale der Trends akzentuieren.

Zunächst zu den *sozioökonomischen Trends*, die demographische und ökonomische Trends verknüpfen.

In demographischer Hinsicht sind erhebliche Konfliktpotenziale mit dem anhaltenden Wachstum der Weltbevölkerung und hier insbesondere mit dem regional sehr unterschiedlichen Bevölkerungswachstum verbunden.

Gegenwärtig umfasst die Weltbevölkerung 7,3 Milliarden Menschen. Nach der aktuellen Prognose der Vereinten Nationen wird sich diese Zahl bis 2050 auf 9,7 Milliarden und bis 2100 auf 11,3 Milliarden Menschen erhöhen. Am stärksten wird die Bevölkerung Afrikas wachsen, wo sich schon bis 2050 die Bevölkerung mehr als verdoppeln wird. Der Anteil Afrikas an der Weltbevölkerung wird dann auf mehr als ein Fünftel der Weltbevölkerung steigen. Wachsen wird ebenfalls die Bevölkerung Asiens. In Europa ist dagegen kein Wachstum der Bevölkerung zu erwarten. Entsprechend sinkt der Anteil auf weniger als 10 Prozent.

In demographischer Hinsicht sind erhebliche Konfliktpotenziale mit dem anhaltenden Wachstum der Weltbevölkerung und hier insbesondere mit dem regional sehr unterschiedlichen Bevölkerungswachstum verbunden.

Nun wäre dies sicherlich weniger konfliktträchtig, wenn die regionalen ökonomischen Wachstumsraten mit den regionalen demographischen Wachstumsraten zumindest korrespondieren würden und insbesondere das Wohlstandsniveau der Bevölkerung in den wirtschaftlich schwachen Regionen stetig und überproportional steigen würde. Dies ist jedoch wenig wahrscheinlich. Zu be-

fürchten sind eher verschärfende Faktoren wie etwa der Klimawandel, die Verknappung wichtiger Ressourcen und erschwerten Zugang zu diesen Ressourcen.

Zu den nachhaltigen ökonomischen Trends gehört die Globalisierung von so gut wie allen ökonomischen Transaktionsbeziehungen. Das gilt für die Warenströme genau so wie für die Finanzströme. Auch wenn dieser Prozess sich verlangsamen sollte, so bleibt er doch unter dem Konfliktaspekt ambivalent,



da es bei Globalisierungsprozessen nicht nur Gewinner, sondern stets auch Verlierer oder jedenfalls Gruppen gibt, die sich als Verlierer fühlen.

Ein weiterer hervorzuhebender konfliktträchtiger sozioökonomischer Trend ist die weltweite Arbeitslosigkeit und dabei insbesondere die vor allem in den Regionen

um Europa bestehende hohe Jugendarbeitslosigkeit. Zu den Zahlen: Nach den Angaben der ILO als Sonderorganisation der Vereinten Nationen befinden sich weltweit 46 % aller Beschäftigten in prekären unsicheren Arbeitsverhältnissen oder sind arbeitslos. Dabei gibt es große regionale Unterschiede. In den Regionen um Europa wird die Jugendarbeitslosigkeit auf mindestens 30 % geschätzt, und es ist keine neue Erkenntnis, dass bei jungen Männern die Gewaltbereitschaft deutlich höher ist als in anderen gesellschaftlichen Gruppen. Es braucht dann oft nur „zündende“ Ideologien, Gruppen- und Masseneffekte oder auch charismatische Führer, um diese Bereitschaft in offene Gewalt umschlagen zu lassen.

Neu ist auch nicht, dass sich die demographischen Strukturen in der Relation von alten und jungen Menschen regional – wie schon ein flüchtiger Blick auf Europa und die umliegenden Regionen zeigt – stark unterscheiden. Etwas vereinfachend gilt: Je höher der Anteil an arbeitslosen jungen Männern ist, die keine Perspektive einer Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse sehen, desto größer ist die Konfliktwahrscheinlichkeit und eben auch eine Eskalation zur Gewalt.

Allgemein entstehen Konfliktpotenziale regelmäßig, wenn die Ressourcen von Gesellschaften erheblich ungleich verteilt sind und dies als soziale Ungerechtigkeit wahrgenommen wird. Verengend wird dies häufig als Schere zwischen Arm und Reich gemessen und diskutiert. Unterschiedliche Studien zeigen, dass sich diese Schere trotz zahlreicher gegensteuernder Maßnahmen und mit regi-

onalen Unterschieden insgesamt weiter geöffnet hat und eine nachhaltige rasch wirkende Trendwende nicht zu erwarten ist.

Alles in allem – die sozioökonomischen Trends sprechen nicht für eine friedlichere Welt.

Ein zweiter wesentlicher globaler Trend umfasst die *technologischen Trends*. Sie alle kennen hier die wichtigsten Schlüsselbegriffe. Es sind

- Digitalisierung,
- Automatisierung und
- Robotik.

Und wenn man will, kann man noch eine Reihe von weiteren neuen Technologien wie die künstliche Intelligenz, die Gentechnik und die Nanotechnik hinzufügen.

Ähnlich wie die Globalisierung haben neue Technologien stets einen ambivalenten Charakter. Sicher ist, dass technologische Durchbrüche und neue Technologien Gesellschaften nachhaltig verändern. Bisher war es auch stets so, dass technische Innovationen ungeachtet der oft bestehenden ethischen Bedenken und Proteste weitgehend in nutzbare Technologien umgesetzt wurden. Der gesamte Prozess der Industrialisierung in den letzten beiden Jahrhunderten bietet dafür ja zahlreiche Beispiele.

Alles in allem – die sozioökonomischen Trends sprechen nicht für eine friedlichere Welt.

Ob bei den genannten neuen Technologien die positiven oder die negativen Wirkungen überwiegen werden – das ist ein Thema, bei dem es sich trefflich streiten lässt. Zu erwarten ist allerdings, dass es auch hier neue Gruppen von Gewinnern und Verlierern geben wird, und Verlierergruppen bilden sowohl national als auch international stets Konfliktpotenziale.

Vieles wird deshalb davon abhängen, ob es gelingt, diese absehbaren sozialen Konflikte friedlich zu lösen.

Dies führt zu der Frage nach den *soziokulturellen Trends*, die verständlicherweise eng mit den sozioökonomischen und technologischen Trends verknüpft sind. Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde von einigen Wissenschaftlern mit der plakativen Formulierung vom „Ende der Geschichte“ vermutet, dass

sich die westlichen Werte einer freiheitlichen, demokratischen und friedlichen Gesellschaft weltweit durchsetzen würden.

Die letzten 25 Jahre zeigten, dass diese Vermutung falsch war. In der Tendenz hat sich eher die Vermutung Huntingtons bestätigt, dass wesentliche Konfliktpotenziale in den unterschiedlichen Wertvorstellungen und politischen Kulturen liegen. Entsprechend unterschiedlich sind die Entwürfe für gesellschaftliche Ordnungen und ihre Verwirklichungen. Auch hierfür ließe sich rasch eine Reihe von aktuellen Beispielen nennen, die sich nicht allein auf den Nahen und Mittleren Osten beschränken.

3. Szenarien und kennzeichnende Merkmale

In der Perspektive aller drei skizzierten globalen Trends können nun unterschiedliche Szenarien entwickelt werden, die sich – wie es etwa eine Studie des Verteidigungsministeriums vornimmt – konkretisierend an der Frage orientieren, wie die Welt im Jahr 2040 aussehen könnte und welche kennzeichnenden Merkmale in der Perspektive der kommenden Dekaden zu erwarten sind.

Die Szenarien, die hier entwickelt wurden, reichen von einer friedlichen globalen Welt auf der Grundlage westlicher Werte bis zu einem Szenario, das einen Rückfall in eine anarchisch fragmentierte und von Gewalt durchzogene Welt zugrunde legt. Vorherrschend ist hier die Vermutung, dass es zwischen diesen beiden Extremen zu einem „mittleren“ Szenario kommt.

Eine recht weit gehende Übereinstimmung gibt es auch bei der Frage nach den kennzeichnenden und sicherheitspolitisch relevanten Merkmalen in der Perspektive der kommenden Dekaden.

Dazu gehört zunächst die Vermutung, *dass die Konfliktpotenziale zunehmend unübersichtlich, zunehmend unvorhersehbar und noch vielfältiger miteinander verflochten sein werden.*

Eine zweite Vermutung hängt damit zusammen. Als Akteure von Krieg und Gewalt im internationalen System wurden lange im Wesentlichen die Staaten angesehen. Zu erwarten ist hier nun eine *zunehmende Entstaatlichung und Entgrenzung von gewaltsamen Konflikten und Kriegen*. Es wird mehr „Gewaltakteure“ geben, die sich nicht an staatliche und rechtliche Ordnungen gebunden fühlen.

Von daher ist auch nicht eine relativ stabile bipolare Weltordnung nach dem Muster der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zu erwarten. Kennzeichnend wird eine *Multipolarität* sein, bei der die relativ wichtigsten Machtpole von den USA, China, Russland und – mit deutlichen Einschränkungen – von der EU gebildet werden. Unter dem Konfliktspekt wird es weltweit unterschiedliche Pole geben, die oft rasch wechseln können.

Für die westlichen Gesellschaften wird die *NATO* der wichtigste stabilisierende Faktor bleiben. Als Verteidigungsbündnis auf der Grundlage gemeinsamer Werte ist die NATO die Basis für die Sicherheit der westlichen Gesellschaften gegenüber unmittelbaren Bedrohungen. Sie ist auf Dauer angelegt und eng mit der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik – der GSVP – verknüpft.

Diese Bündniskonstellation wird jedoch bei militärischen Einsätzen außerhalb des NATO-Gebietes zunehmend überlagert durch zeitlich begrenzte Koalitionen, den so genannten „*Koalitionen der Willigen*“, an denen sich mit unterschiedlicher Intensität Mitgliedsstaaten der NATO und auch Staaten beteiligen, die nicht zum Bündnis gehören. Ein typisches Beispiel hierfür ist der Irakkrieg im letzten Jahrzehnt. Leitend für die Bildung solcher Koalitionen sind die jeweiligen Interessen der Staaten, die auch in einem Bündnis wie die NATO unterschiedlich sind. In den zu erwartenden Szenarien werden solche „Ad-hoc-Koalitionen“ an Bedeutung gewinnen.

Weit stärker als bisher werden die *modernen Kommunikations- und Informationsmittel* die Entstehung, den Ausbruch und den Verlauf von gewaltsamen Konflikten beeinflussen. Diese Mittel ermöglichen es, rasch und über große Entfernungen Konfliktpotenziale zu erzeugen, zu aktivieren und vor allem auch zu emotionalisieren. Exemplarisch hierfür steht etwa der so genannte „arabische Frühling“, der sich leider nicht als ein Frühling erwies.

Zur Geopolitik:

Auslösend werden wie bisher überwiegend *innerstaatliche Konflikte* sein, in die sich je nach Interessenlage Externe einmischen oder die von diesen auch gezielt herbeigeführt werden. Der gegenwärtige Krieg in Syrien führt dies anschaulich und leidvoll vor Augen. Durch solche Einmischungen gewinnen derartige Konflikte häufig den Charakter von *Stellvertreterkriegen*, die von konfrontativ eingestellten Staaten geführt werden, um einen großen direkten Krieg zu vermeiden.

In der globalen geopolitischen Perspektive wird es auch zukünftig *Großräume und Zwischenzonen* geben, die durch ein *unterschiedliches Maß an Stabilität* gekennzeichnet werden können.

Absehbar ist, dass die *Regionen um Europa* auch für längere Zeit Regionen mit hohen Konfliktpotenzialen bleiben werden. Dies ist für den Nahen und Mittleren Osten und gleichermaßen für den nordafrikanischen Krisenbogen zu erwarten.

Unübersehbar sind ebenfalls die Konfliktpotenziale im Verhältnis zu Russland, das offensichtlich den Grundsätzen einer klassischen Macht- und Einflusspolitik folgt, wozu dann auch eine starke Modernisierung der russischen Streitkräfte gehört. Weltweit steigen die Rüstungsausgaben.

Zu den besonders konflikträchtigen Trends, die in den letzten Dekaden stark hervorgetreten sind, gehören *fundamentalistische Strömungen*, die bestehende Grenzen überschreiten oder verändern wollen. Grob lassen sich hier zwei Ausformungen unterscheiden:

Eine erste Ausformung ist der *politisch-religiöse Fundamentalismus*. Für diese Ausformung sind die fundamentalistischen islamistischen Strömungen exemplarisch. Sie bilden insbesondere im Nahen Osten starke Triebkräfte für die gegenwärtigen Konflikte und Kriege in dieser Region.

Eine zweite Ausformung ist der *politisch-nationale Fundamentalismus*. Diesem geht es vorrangig darum, ethnisch und kulturell möglichst homogene und eigenständige Staaten zu schaffen oder zu erhalten. Die Balkan-Kriege in den 90er Jahren des vorigen Jahrhundert wurden wesentlich durch solche Strömungen ausgelöst, und auch der Kampf der Kurden im Nahen Osten ist weniger religiös, sondern eher politisch-national motiviert.

Absehbar ist, dass die Regionen um Europa auch für längere Zeit Regionen mit hohen Konfliktpotenzialen bleiben werden.

Für das Erstarken fundamentalistischer Strömungen mit unterschiedlichen Schattierungen und Gemengelage gibt es sicherlich viele Gründe. Meine persönliche Vermutung ist, dass diese Strömungen jedenfalls auch eine Reaktion auf die angesprochenen sozioökonomischen und technologischen Trends sind. Sie sind gewissermaßen Gegenbewegungen gegen Globalisierung und Internationalismus und entspringen dem Gefühl, zunehmend Kräften ausgeliefert zu

sein, die man nicht beeinflussen kann. Leitend ist dabei die Erwartung, dass mit kleineren, relativ geschlossenen oder kulturell homogenen Einheiten den Unsicherheiten zukünftiger Entwicklungen am besten entgegen gewirkt werden kann. Tendenzen zu solchen Bewegungen mit einer politisch-nationalen Färbung gibt es zunehmend ja auch in Europa, die das europäische Projekt als Ganzes gefährden könnten.

Außenminister Steinmeier charakterisierte die derzeitige Lage kürzlich in einem Vortrag mit der Feststellung, dass wir gegenwärtig „mit einer Fülle von Krisen konfrontiert sind, wie wir es in dieser Vielzahl, Komplexität und Gefährlichkeit noch nicht erlebt haben.“

Ein typisches und nicht überraschendes Symptom dieser Lage sind die starken *Flüchtlings- und Migrationsbewegungen*. Weltweit gibt es nach den Angaben der UNO gegenwärtig 65 Millionen Flüchtlinge und damit weit mehr als noch vor wenigen Jahren. Wir alle wissen, dass Europa von diesen Bewegungen stark betroffen ist und viele befürchten, dass geradezu eine massive Völkerwanderung in Richtung Europa zu erwarten ist. Diese Auffassung teile ich nicht. Allerdings wird die Flüchtlingsproblematik noch für längere Zeit eine große sozioökonomische, soziokulturelle und politische Herausforderung für die Europäer bleiben.

Meinen Überblick über die zu erwartenden Konfliktpotenziale möchte ich mit zwei pointierten Vermutungen oder auch Thesen zusammenfassen:

1. Die kommenden Dekaden und wohl auch das gesamte 21. Jahrhundert werden uns infolge einer Reihe von Trends mit einer Fülle von überwiegend neuartigen Konfliktpotenzialen und Konfliktkonstellationen konfrontieren.
2. Eine friedliche Welt auf der Grundlage unserer westlichen Werte ist nicht zu erwarten. Gewaltsam ausgetragene Konflikte und Kriege werden leider auch die kommende Zukunft durchziehen.

II. Zukünftige Erscheinungsformen von gewaltsamen Konflikten und Kriegen

1. „Krieg als Chamäleon“ – Absehbare Erscheinungsformen

Im zweiten Teil meines Vortrages möchte ich nun in einer verengenden Betrachtung auf zukünftige Erscheinungsformen von gewaltsamen Konflikten und Kriegen eingehen.

Die Erscheinungsformen des Krieges gleichen – wie Clausewitz es formuliert – einem Chamäleon, was auch schon die Definition des Krieges betrifft. So gibt es keine einheitlich akzeptierte *Definition des Krieges* und seine Abgrenzung zu anderen Formen bewaffneter Konflikte. Sie erinnern sich vielleicht an die ja recht lange anhaltende Debatte in Deutschland bei der Frage, ob es sich im Zusammenhang mit dem Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan dort um einen „Krieg“ handelt. Ich halte es deshalb für zweckmäßig, „Krieg“ weniger *de jure*, sondern eher *de facto* zu definieren und „Krieg“ als jede Form des Aufeinandertreffens von größeren Gruppen bewaffneter Akteure unter Einsatz von Gewalt zu verstehen, und dies über einen längeren Zeitraum.

Dieses Verständnis hängt mit dem bereits erwähnten Trend zur Entstaatlichung und Entgrenzung des Krieges zusammen. Von daher kommt auch die aktuell vorherrschende Unterscheidung zwischen symmetrischen, asymmetrischen und hybriden Kriegen. Verbunden ist diese Unterscheidung mit der Vermutung, dass Formen der hybriden Kriegsführung zukünftig erheblich an Bedeutung gewinnen werden. Als exemplarisch für einen hybriden Krieg werden die Annektion der Krim durch Russland und der gewaltsame Konflikt in der Ostukraine angesehen.

Zu den begrifflichen Unterscheidungen:

Als „*symmetrisch*“ gelten Kriege, die von Staaten mit regulären Streitkräften ausgetragen werden. Ihre Streitkräfte ähneln sich in den Strukturen, in der Ausrüstung und auch in den strategischen Prinzipien, nach denen der Krieg ausgetragen wird. Diese Erscheinungsform des Krieges dominierte in den letzten Jahrhunderten bis hin zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Lange war dieses Verständnis und diese Erscheinungsform auch die Grundlage des Kriegsvölkerrechts.

Typisch für den *asymmetrischen Krieg* ist der Einsatz der ISAF-Streitkräfte gegen den Taliban in Afghanistan. Die wesentliche Asymmetrie besteht hier in der unterschiedlichen Struktur, in der Ausrüstung und vor allem in der Kampfesweise. Völlig unterschiedlich ist das Verständnis von den rechtlichen Grundlagen für einen Krieg und im Krieg. So erhielten die deutschen Soldaten in Form einer „Taschenkarte“ sehr genaue rechtliche Vorgaben für die Art und Weise ihres Waffeneinsatzes, die so genannten „Rules of Engagement“. Für einen asymmetrisch kämpfenden Gegner haben rechtliche Grundlagen so gut wie keine Bedeutung.

Die *hybride Kriegsführung* – oder allgemeiner: ein hybrides Vorgehen – verwischt die Grenzen zwischen Frieden und Krieg. Dabei wird die Rolle als Angreifer oder Konfliktpartei gezielt verschleiert. Hybride Aktivitäten können sich gegen alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens richten. Das kann etwa durch Cyberangriffe und durch Desinformationsoperationen erfolgen, bei denen insbesondere die sozialen Netze genutzt werden. Gleichzeitig können militärischen Elementen eingemischt werden. Solche militärische Elemente können verdeckt operierende Spezialkräfte sein (wie etwa die „grünen Männchen“ auf der Krim und in der Ostukraine) oder auch Teile der regulären Streitkräfte. Wesentliche leitende Ziele hybrider Aktivitäten sind dabei die verdeckte oder auch offene Destabilisierung und Schwächung einer Gesellschaft oder eines Staates und die Verzögerung von Gegenreaktionen des Angegriffenen. Offene, pluralistische und demokratische Gesellschaften bieten verständlicherweise und vor dem Hintergrund der genannten generellen globalen Trends vielfältige Angriffsflächen für ein hybrides Vorgehen. Es ist vor allem ihre Verwundbarkeit durch hybride Aktivitäten, die die Vermutung einer zunehmenden Bedeutung der hybriden Kriegsführung begründet.

Völlig unterschiedlich ist das Verständnis von den rechtlichen Grundlagen für einen Krieg und im Krieg. So erhielten die deutschen Soldaten in Form einer „Taschenkarte“ sehr genaue rechtliche Vorgaben für die Art und Weise ihres Waffeneinsatzes, die so genannten „Rules of Engagement“. Für einen asymmetrisch kämpfenden Gegner haben rechtliche Grundlagen so gut wie keine Bedeutung.

Das bedeutet nun nicht, dass Formen der symmetrischen und asymmetrischen Kriegsführung verschwinden werden. Verschwinden werden auch nicht die schon stets vorhandenen Formen des Partisanenkrieges, des Guerillakrieges und des Stellvertreterkrieges. Gleiches gilt für Bandenkriege bis hin zu Kriegen, die von „Warlords“ als Kriegsherren geführt werden.

Vieles wird in einer *Mischung* auftreten und das „Chamäleon Krieg“ wird immer wieder eine andere Färbung annehmen.

Zu den neuen Erscheinungsformen gewaltsam ausgetragener Konflikte gehört der *transnationale Terrorismus*. Als Erscheinungsform von organisierter Gewalt ist der Terrorismus an sich nicht neu. So operierten die irische IRA und die spanische ETA in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts häufig mit terroristischen Anschlägen. In Deutschland verübte die RAF terroristische Anschläge. Diese Anschläge richteten sich jedoch in erster Linie gegen ausgewählte staatliche Einrichtungen oder gezielt gegen einzelne Personen. Ihre Ziele waren re-

gional und auch in den Anschlagzielen relativ begrenzt. Anders ist es bei dem transnationalen Terrorismus. Seine Kennzeichen sind grenzüberschreitende terroristische Operationen, die sich nicht gegen spezifisch ausgewählte Einzelziele richten, sondern die Gesellschaft als Ganzes treffen und verändern sollen.

Große Gruppen von Zivilisten sind deshalb die bevorzugten Anschlagziele. Leitend ist dabei die Absicht, durch Schrecken Angst und Unsicherheiten zu verbreiten. Es geht also um Destabilisierungen und häufig auch darum, polarisierende und spaltende Debatten über die Frage auszulösen, was als terroristische Organisation anzusehen ist und wie mit terroristischen Organisationen und ihren unterstützenden Gruppen umzugehen ist. Bei der Frage, *mehr Sicherheit mit Einschränkungen von Rechten oder mehr Freiheiten in einer offenen Gesellschaft*, scheiden sich viele Geister. In manchen politischen und heftigen Debatten kommt dies ja auch bei uns zum Ausdruck. Aus der Sicht gewaltbereiter Terrororganisationen ist der transnationale Terrorismus in mancherlei Hinsicht eine vorteilhafte Option. Er ermöglicht es, mit relativ geringen Mitteln eine große Wirkung zu erzielen. Terroristische Anschläge können verdeckt vorbereitet und überraschend durchgeführt werden. Terroristen können sich in Zivilgesellschaften vergleichsweise leicht verstecken.

Hinzu kommen vier weitere Faktoren.

Ein erster Faktor ist die bereits erwähnte Verwundbarkeit moderner Industriegesellschaften mit ihrer empfindlichen Infrastruktur und sozialen Struktur.

Der zweite Faktor ist die moderne Technologie, und hier sind es in erster Linie die digitalen Kommunikationswege und die sozialen Netze. Mit ihrer weltweiten Reichweite erleichtern es diese Technologien, weit über staatliche Grenzen hinaus Propaganda zu treiben, Anhänger und Unterstützer zu gewinnen und Ressourcen zu generieren. Auch die Planung und Organisation der Anschläge selbst wird durch diese Technologien begünstigt.

Ein dritter Faktor hängt damit zusammen. Offene demokratische Gesellschaften sind grundsätzlich zugleich pluralistische Gesellschaften, in denen meist auch Minderheiten zu finden sind, die mit den Zielen und Ideologien gewaltbereiter Organisationen oder konfrontativ eingestellter Staaten sympathisieren. Das können ethnische Minderheiten sein (wie möglicherweise die russische Bevölkerung in den baltischen Staaten), es können auch religiöse Minderheiten sein (wie etwa die Salafisten in Deutschland) oder einfach nur soziale Gruppen,

die sich als Verlierer oder „Abgehängte“ fühlen. Solche Gruppen bilden grundsätzlich Potenziale, die über die sozialen Netze aktiviert und für Terroranschläge oder auch für hybride Operationen genutzt werden können.

Schließlich – alle westlichen Gesellschaften sind Rechtsstaaten. Alle Maßnahmen gegen terroristische Tendenzen oder Aktivitäten können nur auf der Basis von Recht und Gesetz erfolgen. Sie müssen legitimiert sein. Das ist auch gut so, und daran muss auch festgehalten werden. Aus der Sicht des transnationalen Terrorismus kann dies allerdings auch als eine zu nutzende strategische Schwäche westlicher Rechtsstaaten angesehen werden, da sie Gegenmaßnahmen begrenzen oder zumindest verzögern.

Bei allen genannten Erscheinungsformen zukünftiger bewaffneter Konflikte und Kriege ... werden reguläre Streitkräfte als Streitkräfte eines Staates ihre herausragende Bedeutung behalten.

Die neue transnationale Dimension des Terrorismus begann mit den Anschlägen am 11. September 2001 in New York, denen dann in Europa weitere Anschläge in mehreren Metropolen folgten. Es sind die genannten Trends und Faktoren, die zu der Vermutung führen, dass der transnationale Terrorismus bei den zukünftigen Erscheinungsformen gewaltsamer Konflikte eine bedeutende und erheblich größere Rolle spielen wird als bisher.

Nun zu den *regulären Streitkräften und den Erscheinungsformen ihrer Einsätze*.

Bei allen genannten Erscheinungsformen zukünftiger bewaffneter Konflikte und Kriege – wie also etwa symmetrische, asymmetrische und hybride Kriege, Guerillakriege und Formen des transnationalen Terrorismus – werden reguläre Streitkräfte als Streitkräfte eines Staates ihre herausragende Bedeutung behalten. Ändern werden sich allerdings ihre Einsatzmittel, ihre Einsatzformen und ihr Fähigkeitsprofil. Auch hier sind die wichtigsten Schlüsselbegriffe Digitalisierung, Automatisierung und Robotik, dabei insbesondere die mobile Robotik.

Jeder militärische Einsatz erfordert die enge Verknüpfung von vier großen funktionalen Fähigkeitsbereichen. Dies sind die Fähigkeitsbereiche

- Aufklärung,
- Führung,
- Wirkung und
- Unterstützung.

Wurden diese Kernfunktionen früher vorrangig von Menschen oder eigenständigen Organisationseinheiten wahrgenommen, so wird zukünftig vieles davon IT-gestützt automatisiert werden.

Alle vier großen Fähigkeitsbereiche werden ein rasch reaktionsfähiges Ganzes bilden, in dem die Prozesse eng vernetzt sind. In jedem der Fähigkeitsbereiche werden moderne und spezifische Technologien genutzt werden. Es ist das so genannte Konzept der „Vernetzten Operationsführung“ – im Englischen: „Network Centric Warfare“ -, das für moderne reguläre Streitkräfte an Bedeutung gewinnen wird.

Eine besonders kritische Erfolgsgröße in diesem Konzept sind verständlicherweise die IT-gestützten Netze. Gelingt es, diese beim Gegner auszuschalten oder mit falschen Informationen zu täuschen und gleichzeitig die eigenen Netze zu sichern, so würde dies die im Einsatz stets besonders wichtige Informations- und Wirkungsüberlegenheit sichern. Dies ist der Grund, warum bei den zukünftigen Erscheinungsformen von bewaffneten Konflikten und Kriegen der so genannte „Cyber-Krieg“ als eine neue Form der Kriegsführung eine herausragende Bedeutung bekommen wird.

Die starke Technisierung der Streitkräfte der westlichen Industriestaaten folgt auch den *gesellschaftlichen Strömungen* in diesen Staaten. Hochentwickelte In-

Hochentwickelte Industriegesellschaften – wie es für die westlichen Gesellschaften typisch ist – sind aus guten Gründen und anders als andere Gesellschaften oder soziale Großgruppen hinsichtlich militärischer Einsätze verlust- und risikoscheu.

dustrriegesellschaften – wie es für die westlichen Gesellschaften typisch ist – sind aus guten Gründen und anders als andere Gesellschaften oder soziale Großgruppen hinsichtlich militärischer Einsätze verlust- und risikoscheu. Sie sind „postheroische Gesellschaften“, aus denen der Begriff des

militärischen Helden weitgehend verschwunden ist. Sie haben auch keinen Jugendüberschuss, der die Aufstellung personalstarker Streitkräfte begünstigen würde.

Bei hohen eigenen Verlusten oder auch bei hohen Verlusten des Gegners und insbesondere bei so genannten Kollateralschäden versiegt rasch die Unterstützung der eigenen Bevölkerung. Ähnliches gilt für die Kosten, die ein militärischer Einsatz verursacht. Einem Bericht der FAZ zufolge war dies auch der Grund, warum Präsident Obama den Einsatz von Landstreitkräften in Syrien und gegen den terroristischen IS-Staat ablehnte. Ausschlaggebend für seine

Entscheidung sollen die Zahlen gewesen sein, die ihm von der militärischen Führung hinsichtlich der zu erwartenden Verluste und Kosten vorgetragen wurden (monatlich bis zu 100 Gefallene, jährlich ca. 120 Mrd. \$)

Der Einsatz großer Kontingente von Landstreitkräften wird deshalb als ultima ratio nur dann zu erwarten sein, wenn es um elementare und existenzielle Interessen des Staates geht. Westliche Staaten und Bündnisse werden grundsätzlich *zunächst andere Strategien* und Instrumente einsetzen, um gegen einen möglichen Gegner vorzugehen oder ihn von der Gewaltanwendung abzubringen. Dazu zählen etwa in einer groben Reihenfolge

- Verhandlungs- und Kompromisslösungen (z. B. Iran),
- Sanktionen und Embargo (deren Wirkungen oft überschätzt werden, z. B. Russland),
- „Beobachter-Missionen“, „Blauhelm-Operationen“ der UNO,
- Schutzzonen und Flugverbotszonen,
- Unterstützungen von Gegnern unseres Gegners (wie sie beispielsweise die Bundeswehr z. Zt. in Afghanistan, bei den Kämpfern der Peschmerga im Nahen Osten und in Mali leistet).

Reguläre Streitkräfte wirken hier zunächst und in erster Linie durch ihre Fähigkeiten. Im günstigsten Fall schrecken allein diese Fähigkeiten vor der Anwendung von bewaffneter Gewalt ab. Bei den genannten Maßnahmen werden sie flankierende unterstützende Aufgaben wahrnehmen. Mit ihren Fähigkeiten sind Streitkräfte auch ohne einen direkten Einsatz zugleich stets die Basis für die „politische“ Lösung einer Krise, die den Frieden gefährdet. Sie bilden eine wesentliche Grundlage für die außenpolitische Handlungsfähigkeit.

Sollte dennoch ein *direkter Kampfeinsatz* erforderlich sein, so wird auch hier der Einsatz von starken Kampfverbänden am Boden soweit wie möglich vermieden. Stattdessen werden zunächst Mittel eingesetzt, die mit möglichst geringen Verlusten verbunden sind. Dazu gehören insbesondere weit reichende luftgestützte Systeme. Diese reichen dann von Drohnen bis hin zu Kampfflugzeugen mit intelligenten Abstandswaffen. Ergänzend können Spezialkräfte am Boden zeitlich begrenzt gegen besonders wichtige und ausgewählte Ziele vorgehen.

Das ist die Strategie, die gegenwärtig von den USA im Nahen und Mittleren Osten angewendet wird und die gelegentlich als „Obamas unerklärter Krieg“ bezeichnet wird. Verschiedene Quellen schätzen, dass Präsident Obama mehr

als 500 Mal den Abschuss tödlicher Drohnen auf mutmaßliche Terroristen genehmigt hat. Die ethischen Bedenken hinsichtlich des Einsatzes solcher Waffen sind gewiss berechtigt. Allerdings ist nicht zu erwarten, dass dies die Entwicklung und Nutzung dieser Waffen hemmen wird. Sie werden bei den zukünftigen Erscheinungsformen von gewaltsamen Konflikten und Kriegen eine zunehmende Bedeutung haben.

Das heißt nun nicht, dass Landstreitkräfte und Marinstreitkräfte ihre Bedeutung verlieren werden. In vielen möglichen Einsatzszenarien werden sie unverzichtbar bleiben. Dies gilt insbesondere für Formen der symmetrischen

Die Erscheinungsform eines mit nuklearen Waffen ausgetragenen Krieges halte ich jedoch für sehr unwahrscheinlich, da die nuklearen Großmächte über eine gesicherte Zweitschlagkapazität verfügen und alles tun werden, um diese Kapazität auch zukünftig zu erhalten.

Kriegsführung, die auch zukünftig nicht auszuschließen sind. Die wichtigste Strategie zu Vermeidung derartiger Kriege ist die *Strategie der Abschreckung*. Sie setzt voraus, dass die Fähigkeiten der eigenen Streitkräfte insgesamt abschreckend wirken und entsprechend auch ständig an die

militärischen Optionen eines möglichen Gegners anzupassen sind. Beispielhaft hierfür stehen die gegenwärtigen Aktivitäten der NATO im Hinblick auf das militärische Potenzial Russlands und mögliche Bedrohungen unserer östlichen Bündnispartner.

Ein besonders wichtiger Aspekt der Abschreckungsstrategie ist unverändert die Tatsache, dass eine Reihe von Staaten über *nukleare Waffen* verfügen und nicht auszuschließen ist, dass weitere Staaten den Besitz solcher Waffen anstreben. Die Erscheinungsform eines mit nuklearen Waffen ausgetragenen Krieges halte ich jedoch für sehr unwahrscheinlich, da die nuklearen Großmächte über eine gesicherte Zweitschlagkapazität verfügen und alles tun werden, um diese Kapazität auch zukünftig zu erhalten. Ähnliches gilt für andere Massenvernichtungswaffen wie chemische und biologische Massenvernichtungsmittel. Nicht zu unterschätzen ist jedoch die Gefahr, dass Terrororganisationen derartige Mittel in begrenztem Umfang nutzen. Zu solchen Mitteln gehört die so genannte „schmutzige Bombe“, bei der mit einem konventionellen Sprengsatz bei der Detonation radioaktives Material verteilt wird.

Weit wahrscheinlicher als ein mit nuklearen Waffen ausgetragener Krieg werden andere Formen der gewaltsamen Konflikte und Kriege sein, wie ich sie bereits angesprochen habe.

Ein historisch nicht neues, aber doch bedeutsames Element in den zukünftigen Erscheinungsformen gewaltsamer Konflikte und Kriege sind Strategien der *Privatisierung und des Outsourcing von Einsatzaufgaben regulärer Streitkräfte*. Zum Ausdruck kommt dies in Unternehmen, die Produkte und Dienstleistungen in den Bereichen Sicherheit und Militär auf vertraglicher Grundlage anbieten und dabei die typischen Ziele privatwirtschaftlicher Unternehmen verfolgen. Die letzten Jahrzehnte zeigen ein starkes Wachstum dieser privaten Sicherheits- und Militärunternehmen, der PSMU. Insbesondere die USA nutzen die Dienste dieser Unternehmen auch bei kampfnahen Aufgaben.

Die Gründe für diese Strategien sind vor allem ökonomischer Art. Die Strategien verbreitern die Leistungsfähigkeit von Streitkräften im Einsatz, begünstigen die Konzentration der regulären Streitkräfte auf ihre Kernaufgaben und verursachen dabei Kosten nur im Bedarfsfall. Insbesondere für kleine Streitkräfte ist die ergänzende Einbeziehung von privaten Sicherheits- und Militärunternehmen eine vorteilhafte Option.

Die zunehmenden Aktivitäten der privaten Sicherheits- und Militärunternehmen sind jedoch nicht unproblematisch. So können ihre Dienste auch für ein hybrides Vorgehen genutzt werden. Problematisch ist ebenfalls, dass die Leistungen dieser Unternehmen von global agierenden Konzernen und autoritären Regimen genutzt werden können und so zu einer weiteren „Privatisierung“ des Krieges und Schwächung des staatlichen Gewaltmonopols führen.

Nicht zu unterschätzen ist dabei insbesondere das höhere Risiko von Verletzungen des Völkerrechts bei kampfnahen Aufgaben. Der Einsatz regulärer Streitkräfte folgt in rechtlicher Hinsicht den Vorgaben des Staates, der deshalb für das Einhalten und die Kontrolle völkerrechtlicher Verpflichtungen direkt verantwortlich ist. Bei den privaten Sicherheits- und Militärunternehmen gibt es diese enge und bindende Verpflichtung nicht in demselben Ausmaß. Ihre Leistungen erbringen diese Unternehmen auf der Grundlage von privatrechtlichen Verträgen, bei denen der Staat im Hintergrund bleiben kann oder bei einem nicht-staatlichen Auftraggeber vieles – auch an unrechtmäßigen Vorgehensweisen – verschleiert werden kann. Diese Unternehmen werden dennoch und eher zunehmend Teil der Erscheinungsformen gewaltsamer Konflikte und Kriege sein.

Meinen Überblick über zukünftig zu erwartende *Erscheinungsformen von gewaltsamen Konflikten und Kriegen* möchte ich nun ebenfalls mit einigen pointierten *Vermutungen und Thesen zusammenfassen*:

1. Zu erwarten ist insgesamt ein sehr breites Spektrum von Erscheinungsformen gewaltsamer Konflikte und Kriege.
2. In die bisher dominierenden Erscheinungsformen wie symmetrische Kriege, asymmetrische Kriege und Guerillakriege werden sich zunehmend neue Erscheinungsformen einmischen. Dazu gehören insbesondere Formen der hybriden Kriegsführung, des Cyber-Krieges und des transnationalen Terrorismus. Treibend für neue Erscheinungsformen bleiben, wie bisher in der Kriegsgeschichte, neue Technologien.
3. Gewaltakteure werden neben den Staaten zunehmend nicht-staatliche Akteure sein.
4. Westliche Staaten werden soweit wie möglich den Einsatz umfangreicher Kampftruppen am Boden vermeiden und vor einem Kampfeinsatz ihrer Streitkräfte andere Strategien nutzen, um einen gewaltsamen Konflikt zu verhüten, einzudämmen oder zu beenden. Streitkräfte wirken dabei allein schon durch ihre Fähigkeiten oder je nach Maßnahme durch unterstützende Leistungen. Sofern Kampfeinsätze erforderlich sind, wird die Wahl der Einsatzform wesentlich durch die damit verbundenen Verlustrisiken und Kosten beeinflusst. Vorrangig ist dabei die Nutzung von Technologien, die Verluste und Kollateralschäden vermeiden. Gegenüber einem möglichen und symmetrisch kämpfenden Gegner ist die Grundstrategie, durch möglichst überlegene militärische Fähigkeiten den Gegner vom Einsatz seiner Streitkräfte abzuschrecken.
5. Gewaltbereite Staaten, Regime und soziale Gruppen, die nicht über moderne Technologien verfügen, werden Formen der Gewaltanwendung wählen, die mit relativ geringem technischen Aufwand möglichst große Wirkungen erwarten lassen. Dazu gehören vorrangig Formen der asymmetrischen Kriegsführung, des Guerillakrieges, des Terrorismus sowie begrenzte Cyber-Angriffe.

Ich möchte nun einige Anmerkungen zur deutschen Sicherheitsvorsorge hinzufügen.

2. Anmerkungen zur deutschen Sicherheitsvorsorge

Für *Deutschland und seine Bündnispartner* sind drei zukünftige Erscheinungsformen von unmittelbarer und hervorzuhebender Bedeutung. Dies sind

- der Transnationale Terrorismus,
- Cyber-Angriffe und
- Formen der hybriden Bedrohung unterhalb der Schwelle zu einem offen ausgetragenen Krieg mit dem Risiko einer Eskalation zu einem offenen Krieg. Dies ist eine Befürchtung, die vor allem unsere östlichen Bündnispartner haben.

Durchzogen wird dies von der Sorge möglicherweise zunehmender und schwierig zu kontrollierender Flüchtlingsströme, die mit Sicherheitsrisiken verbunden sind oder zumindest verbunden sein können.

Die deutsche Sicherheitspolitik steht deshalb vor neuen Herausforderungen. Für diese großen Herausforderungen gilt es, wirksame Konzepte zu entwickeln. Und hier bin ich durchaus zuversichtlich.

Vor kurzem erschien das „*Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr*“. Alle dort gezeigten konzeptionellen Ansätze weisen in die richtige Richtung.

Es ist richtig, wenn die *Äußere Sicherheit und die Innere Sicherheit als Ganzes* angesehen werden und betont wird, dass die Herausforderung nur in einem gesamtstaatlichen und zugleich europäischen Ansatz bewältigt werden kann. Leitbild ist ein ressortübergreifendes *vernetztes Handeln*, das diplomatische, wirtschaftspolitische, militärische und innenpolitische Instrumente in einem ganzheitlichen Ansatz kombiniert.

Es ist richtig, wenn die Äußere Sicherheit und die Innere Sicherheit als Ganzes angesehen werden und betont wird, dass die Herausforderung nur in einem gesamtstaatlichen und zugleich europäischen Ansatz bewältigt werden kann.

Uneingeschränkt stimme ich der Feststellung zu, dass für die Sicherheit Deutschlands die *NATO* und unser transatlantisches Bündnis unverzichtbar sind.

Es ist ebenfalls richtig, wenn in dem Weißbuch festgestellt wird, dass die *„Sicherheitsvorsorge nicht nur eine staatliche Aufgabe ist, sondern immer mehr zu*

einer gemeinsamen Aufgabe von Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft wird.“ (Anmerkung: Dies könnte dann ja auch große Automobilhersteller wie Audi betreffen.)

Wichtige Schlüsselbegriffe der sicherheitspolitischen Strategie sind dabei *Resilienz, Flexibilität und Agilität* auf der Grundlage eines ganzheitlichen Lagebildes mit guten Frühwarnindikatoren und eines *breiten Fähigkeitsspektrums*, das den neuen Bedrohungen entspricht.

Nun sind richtige Konzepte das eine, ihre Umsetzung das andere. Dazu gehört dann vor allem die erforderliche Bereitstellung von *Ressourcen* und im engeren Sinn die Erhöhung der staatlichen Ausgaben für unsere Sicherheit. Auch hier sind die richtigen Schritte eingeleitet, auch wenn ich etwas zögere, den Begriff einer Trendwende zu nutzen. So wird etwa die ohnehin reichlich klein geratene Bundeswehr noch für längere Zeit deutlich unterfinanziert bleiben. Dennoch – die Bundesregierung ist dabei, die richtigen Weichen auch bei den Ressourcen zu stellen.

Die Bereitstellung zusätzlicher materieller Ressourcen allein genügt jedoch nicht. Zumindest genau so wichtig sind die immateriellen Ressourcen. Dazu gehört vor allem die Einsicht, dass unsere freiheitliche und demokratische Grundordnung und unser Leben im Frieden keine Selbstverständlichkeiten sind, sondern stets auch bedroht sind. Die erkennbaren Konfliktpotenziale und Trends fordern uns alle heraus, und hier ist weder ein übertriebener Pessimismus noch ein übertriebener Optimismus gerechtfertigt.

Und damit bin ich wieder bei dem Beginn meines Vortrages.

Grundvoraussetzung für das Ziel, unseren Frieden zu erhalten und für mehr Frieden in unserer Welt zu sorgen, ist ein nüchterner realistischer Blick auf die Natur des Menschen, auf die Konfliktpotenziale, die mit zukünftigen Trends verbunden sind, und auf absehbare neuartige Erscheinungsformen von gewaltsamen Konflikten und Kriegen. Dies ist zugleich die Grundvoraussetzung für die Entwicklung und Realisierung von Strategien zur Verhütung oder Eindämmung von gewaltsamen Konflikten und Kriegen.

Zum Autor: Prof. Dr. Jürgen Schnell, Generalleutnant a.D., lehrt an der Universität der Bundeswehr München Sicherheits- und Militärökonomie/Streitkräftemanagement. Der Autor ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft.

Kapitel I

Berliner Colloquium 2016

Die EU als außen- und sicherheitspolitischer Akteur: Realität oder Vision? Eine kritische Bestandsaufnahme

Zusammenfassender Bericht über das Berliner Colloquium 2016

Werner Baach
Wolfgang Fett

Die sicherheitspolitische Lage erfüllt weltweit mit Sorge; Risiken und potenzielle Bedrohungen sind hoch. Angesichts dieser Entwicklung stellt sich die Frage, wie die Europäische Union ihre Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) ausrichten muss, um auch in Zukunft eine angemessene Rolle als Akteur im globalen sicherheitspolitischen Umfeld zu behalten. Beim Berliner Colloquium 2016 vom 16. bis 18. März wurden die damit verbundenen Aspekte kritisch hinterfragt und die Auswirkungen auf die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie die Bundeswehr beleuchtet. Zu der gemeinsamen Veranstaltung der Clausewitz-Gesellschaft e.V. und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) begrüßten deren Präsidenten, Generalleutnant a. D. *Kurt Herrmann* und Dr. *Karl-Heinz Kamp*, über 250 Mitglieder und Gäste.

Fehlende Einigkeit, schwindende Solidarität

Eher kritische Einschätzungen der Handlungsfähigkeit der EU prägten die Vorträge und Diskussionen des Colloquiums. Einerseits sei die EU sehr erfolgreich in ihrem Krisenmanagement, z.B. im Russland-Ukraine-Konflikt, andererseits aber sei festzustellen, dass das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der EU vielerorts abnehme: Bei einigen Mitgliedsländern sei eine „zunehmende Abschottung“ zu beobachten, und ihre Bereitschaft sinke, nationale Souveränitätsrechte aufzugeben. Zentrifugalkräfte wüchsen, Solidarität schwinde.

Die Krise sitze tief, selbst Fundamente der Union seien in Frage gestellt, meinte *Jari Vilén*, Botschafter der EU beim Europarat. Bei einer Tour d'Horizon der globalen Krisenherde und Herausforderungen ging er ausführlicher auf das

Verhältnis der EU zu Russland ein. Dieses Land sei ein „big player“ geblieben, dessen Interessen man durchaus verstehen müsse. Das verlange auch, eigenes (westliches) Denken zu überprüfen. Es sei besser, mit einem (berechenbaren) Putin zu leben als mit einem nicht bekannten Nachfolger. Die EU müsse jedoch im Umgang mit Russland Geschlossenheit zeigen, nicht zuletzt in der Frage der gemeinsamen Sanktionen, zugleich sollte sie aber auch über eine mögliche Lockerung nachdenken.

Die globalen Herausforderungen, u.a. durch Migration, verlangten von der EU vor allem eines: Einigkeit. Dies sei die Voraussetzung dafür, als Akteur in der Weltpolitik in Zukunft bestehen zu können. Gelingen es, diese Einigkeit und die Gemeinsamkeit des Handelns wieder herzustellen, gebe es – trotz vieler noch kritischer Situationen – Anlass zu Optimismus. Für eine solche positive Entwicklung sei eine führende Rolle Deutschlands unabdingbar.

Sinngemäß sah Dr. *Karl-Heinz Kamp* die geopolitische Lage. Das Jahr 2014 habe einen Wendepunkt in der internationalen Sicherheitspolitik markiert, insbesondere durch die Entwicklungen in Russland und im Nahen/Mittleren Osten und Nordafrika. „Russland geriert sich zunehmend als anti-westliche Macht“, und doch werde es bei den globalen Problemlösungen als Partner gebraucht, insbesondere im Nahen/Mittleren Osten. Dort vollziehe sich derzeit eine „dauerhafte Erosion von Staatlichkeit“; gleichzeitig sei eine „intervention fatigue“ zu beobachten: Die Welt schaue dem Geschehen eher ohnmächtig zu. In dieser unsicheren Weltlage hält Dr. Kamp ein solidarisches Europa für entscheidend, wolle man mit den Folgen der derzeitigen Krisen fertig werden, u.a. der Migration. Doch dürfe man an das Krisenmanagement der Union auch keine zu hohen Erwartungen stellen. Insbesondere auf militärischem Gebiet werde die Sicherheit Europas eher durch die NATO gewährleistet werden können und müssen – und dies auch nur gemeinsam mit den USA.

Die Alternative: Integration oder Handlungsunfähigkeit

Professor Dr. *Johannes Varwick*, Universität Halle-Wittenberg, stellte in seinem Impulsvortrag „*Stand und Perspektiven internationaler Beziehungen*“ ein konzeptionelles Modell dafür vor, wie Sicherheit in Zukunft organisiert werden könnte. Dabei ging er davon aus, dass die „Post-Cold-War-Ära“ vorbei sei. Die Ursachen dafür sieht er in der Erosion nationalstaatlicher Souveränität, zunehmendem Problemdruck in zahlreichen Politikfeldern weltweit, aber auch in Tendenzen zu einer Rückbesinnung von Staaten auf ihre besonderen nati-

onalen Interessen. Die von den USA als Ordnungsmacht geprägte unipolare Ordnung sei zerfallen; die Welt werde „ungeordneter und chaotischer, und globales Regieren wird in Zukunft von einem komplizierten Ausbalancieren unterschiedlichster ökonomischer und sicherheitspolitischer Interessen sowie divergierender normativer Vorstellungen geprägt sein“. Die Interdependenzen in einer globalisierten Welt, in der es keine „Komfortzonen“ mehr gebe und die „Probleme der anderen“ ignoriert werden könnten, zeigten sich immer deutlicher.

Die bisherigen Versuche, die globalen Herausforderungen durch „Global Governance“¹ zu bewältigen, seien von unrealistischen Voraussetzungen ausgegangen; multilaterales Handeln sei in eine Krise geraten, stellte Varwick fest. Dennoch ließen sich die (zukünftigen) Herausforderungen (vielfach) nur international lösen. Innerhalb welcher Strukturen dies erfolgen werde, sei aber heute kaum absehbar. Fest stehe, dass sich die bisherigen Formate multilateralen Handelns konzeptionell wandeln müssten. Ein solcher *neuer* Multilateralismus werde durch eine lockerere Form von Ad-hoc-Koalitionen – und mithin einem schwachen Institutionalierungsgrad zugunsten von Informalität und Flexibilität – und einer größeren Betonung der Output-Legitimität geprägt sein.

Diese Veränderungen stellten die deutsche Sicherheitspolitik vor ganz eigene Anforderungen. Deutschland würde von einer abnehmenden Bindewirkung dieser Organisationen, so die Einschätzung des Vortragenden, fundamental betroffen werden. Daher liege es im vitalen deutschen Interesse, sie funktionsfähig zu halten bzw. funktionsfähiger zu machen und ihre „Entfaltungs- und Wirkungsmöglichkeiten durch die europäische Ebene zu verstärken“. Die Perspektiven der etablierten Partnerschaften und Bündnisse hängen maßgeblich vom Willen aller Beteiligten zum Engagement ab, lautet deshalb eine der Schlussthesen des Vortrags. Die Alternative sei: stärkere Integration oder Handlungsunfähigkeit.

Hinweis der Redaktion: Der Vortrag von Professor Dr. Johannes Varwick ist im vollen Wortlaut auf den Seiten 52 bis 63 abgedruckt.

Europäische Identität verbessern

Ein erstes, vom Präsidenten der Clausewitz-Gesellschaft moderiertes Panel „Die EU als sicherheitspolitischer Akteur – eine Bestandsaufnahme“ bestätigte weitgehend die Schwachstellenanalysen der vorangegangenen Vorträge, aber

auch die Erkenntnis, dass die transatlantischen Bindungen erhalten und gestärkt werden sollten. Sinkendes Interesse an sicherheitspolitischen Aktivitäten der EU und unterschiedliche strategische Prioritäten in den Mitgliedsländern hätten dazu geführt, dass die Union in ihrem sicherheitspolitischen „Kerngeschäft“, dem Krisenmanagement, (weit) hinter ihren Möglichkeiten zurückbleibe. Dies habe, so *Jana Puglierin*, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, zu einer Mangellage bei den dafür notwendigen Ressourcen geführt. Ihr Rat: „Kerneuropa sollte seine strategische Linie bei der GSVP in Zukunft besser abstimmen.“ Angesichts zunehmender „Renationalisierungstendenzen“ bei einem Teil der EU-Mitgliedsländer müsse man aber auch darüber nachdenken, „EU-Aktivitäten an nationalstaatliches Handeln anzuhängen“.

Oberst i.G. *Helmut Frietsche*, BMVg, stimmte diesen Einschätzungen weitgehend zu. Er hoffe aber, dass der negative Trend bei den Fähigkeiten der EU gebrochen werde; er sehe eine Trendwende bei der Bereitschaft, Ressourcen bereitzustellen, aber insgesamt sei der „Output“ (noch) zu gering. Deutschland sei stark daran interessiert, die GSVP voranzubringen. Besonders müsse die Kooperation mit der NATO und auch über die EU-Grenzen hinaus weiterentwickelt werden, vor allem bei Rüstungsprojekten. Die von Verteidigungsministerin von der Leyen ins Spiel gebrachte „Europäische Verteidigungsunion“ ist nach Einschätzung von Frietsche derzeit sicher schwer zu realisieren, sollte aber langfristig auf der europäischen Agenda bleiben.

Botschafter *Fred Tanner*, OSZE², hält, trotz der derzeitigen Probleme mit Russland, die Renaissance der OSZE, vor allem auf dem Gebiet des Krisenmanagements, für wahrscheinlich. Er knüpfte an den deutschen OSZE-Vorsitz 2016 die Erwartung einer Stärkung der Organisation auf dem Gebiet vertrauensbildender Maßnahmen.

Mit dem Thema „*Welche sicherheitspolitischen Aufgaben und Lösungsansätzen der EU sind zu erwarten*“ beschäftigte sich das zweite Panel, moderiert von Dr. Karl-Heinz Kamp.

Generalleutnant *Hans-Werner Wiermann*, Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO und der EU, sieht die Stärke der EU im Potential ihrer Fähigkeit zum „Comprehensive Approach“³. Dieses müsse besser genutzt werden. Dazu müssten aber alle europäischen Institutionen stärker als bisher an einem Strang ziehen. „Was wir brauchen, ist ein strategisches Hauptquartier in Brüssel ganz neuer Prägung. Eine Institution, die in der Lage ist, eine Krise

von vornherein umfassend zu analysieren und alle Instrumente zu betrachten, über die die EU verfügt. Das ist die neue Qualität, die wir brauchen“, so Wiermann. Die Europäer seien gezwungen, ihre Verteidigung effizienter zu organisieren, um ihre Interessen wirksamer durchsetzen zu können. Dies sei eine lösbare Aufgabe; der Handlungsdruck in der gegenwärtigen Situation mache die Notwendigkeit zu schnellem Handeln deutlich. Insofern sei er verhalten optimistisch.

Im wirksamen Schutz der Außengrenzen sieht Ministerialdirektor Dr. *Jörg Bentmann*, Bundesministerium des Innern, derzeit ein brennendes Problem. Die EU als Raum der Freiheit und der Sicherheit brauche sichere Außengrenzen. Dabei gehe es nicht um Abschottung – das könne und wolle man nicht – sondern um Sicherung. Dafür müssten die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden.

Auch in der Abwehr der lange unterschätzten Bedrohung aus dem Cyberraum müssten die Europäer intensiver zusammenarbeiten als bisher. Angriffe im Cyberraum könne kein Nationalstaat alleine abwehren. Dies bedeute nicht, Kompetenzen in die EU zu verlagern, sondern vielmehr verstärkt zu kooperieren und die notwendigen Ressourcen und Kapazitäten zur Verfügung zu stellen. Ohne die nationalen Herausforderungen zu vernachlässigen, müsse die europäische Perspektive stärker in den Fokus rücken. „Wir müssen bereit sein, europäische Perspektiven einzunehmen und nicht versuchen, immer nur deutsche Lösungen nach Europa zu transportieren. Und dann sind auch Lösungschancen da“, ist Bentmann überzeugt.

EU muss zunächst ihren eigenen Zusammenhalt sichern

Dr. *Nicolai von Ondarza*, Stiftung Wissenschaft und Politik, forderte, die EU müsse zunächst ihren eigenen Zusammenhalt sichern und ihre existenzielle Krise lösen. Erst dann könne sie sich anderen Aufgaben zuwenden. So wäre aus sicherheitspolitischer Perspektive ein Europa ohne Großbritannien ebenso ein herber Verlust wie auch ein Griechenland, das sich hin zu einem „failed State“ entwickle.

Ondarza sieht derzeit Europa schon bei der Lösung der Probleme in seiner Nachbarschaft – Syrien, Irak, Libyen, Tunesien, Ukraine und Russland – überfordert. Erst müssten diese naheliegenden Herausforderungen gemeistert werden, bevor über eine „europäische Globalstrategie“ nachgedacht werden könne.

Die EU sollte in die Lage versetzt werden, auch ohne die USA in der eigenen Nachbarschaft autonom militärisch handeln zu können. Nur wenn sie über die notwendigen Strukturen verfüge, sei sie in der Lage, militärische Fähigkeiten und zivile Mittel wirksam zu kombinieren. Deshalb brauche man auch weiter die GSVP. „Die EU ist unheimlich gut darin, Krisen in die nahe Zukunft zu verlagern, aber schlecht darin, sie langfristig zu lösen“. Wie die Flüchtlingskrise zeige, gäbe es eine ernste Bedrohung für den Zusammenhalt der EU, nämlich durch diejenigen Mitgliedsstaaten, die sich nicht an gemeinsame Beschlüsse hielten.

Das dritte Panel hatte die „*Realisierung einer globalen Strategie für Außen- und Sicherheitspolitik der EU*“ zum Thema. Diese sei eine „Herkulesaufgabe für die nächsten Jahre“, wie der Moderator *Werner Sonne* einleitend feststellte.

Die Panelisten, Prof. Dr. *Michael Staack*, Universität der Bundeswehr Hamburg, Dr. *Andreas Nick*, MdB, und *Alexander Reinhardt*, Head of Public Affairs, Airbus Group, waren sich darin einig, dass Europa derzeit kein strategiefähiger Akteur sei. In der Ukraine-Krise habe die EU noch ihre Handlungsfähigkeit bewiesen (Sanktionspolitik, Verhandlungsangebote), dagegen sei in der Flüchtlingskrise kein strategischer Ansatz zu erkennen gewesen. Nick zeigte einen Lösungsweg auf: Außengrenzen sichern und illegale Immigration verhindern, gleichzeitig aber legale Einwanderung in die EU ermöglichen. Es habe bisher an gemeinsamen Lageanalysen und koordiniertem Handeln gefehlt. Statt zusammen zu stehen habe sich Europa eher auseinanderentwickelt. Das richtige Augenmaß zwischen einer idealen Welt und Pragmatismus habe gefehlt.

Die EU mit 28 Mitgliedsstaaten sei möglicherweise „überdehnt“, so Staack. Einige Mitgliedsstaaten hätten das Gemeinschaftsinteresse nicht im Blick, sondern ihre sehr begrenzten nationalen Interessen. Insbesondere habe eine gemeinsame Lageanalyse gefehlt. Ohne gemeinsame Lagebeurteilung könne keine Einigkeit bestehen über die daraus abzuleitenden Schritte. Aber eines sei klar: „Entweder schafft es Europa, zu einem globalen Machtfaktor zu werden, oder es wird marginalisiert. Eine dritte Möglichkeit gibt es nicht“, zeigte sich Staack überzeugt.

Die Diskussion muss in der Öffentlichkeit geführt werden

Der Grund für die mangelnde Strategiefähigkeit sei auch darin zu finden, dass die EU sich in einer Zeit tiefsten Friedens zu einer Großmacht entwickelt habe.

Dadurch habe sie heute an ihrer Peripherie die Konflikte einer Großmacht zu bewältigen. Aber sie habe weder die Macht noch den Willen, wie eine Großmacht zu handeln.

Es sei auch ein Fehler, dass der Diskurs über die Ausrichtung der EU vor allem von Eliten in „im stillen Kämmerlein“ geführt werde. Wenn man Akzeptanz erreichen wolle, müsse die Diskussion in der Öffentlichkeit geführt und die Bevölkerung einbezogen werden. Die Verhandlungen zu TTIP seien hier ein Negativbeispiel.

Reinhardt sieht die Welt derzeit in der gefährlichsten Lage seit Ende des Kalten Krieges. Er unterstrich die Notwendigkeit glaubwürdiger militärischer Fähigkeiten und ging u.a. auch auf die dazu notwendigen rüstungspolitischen Aspekte ein.

Generalleutnant *Dieter Warnecke*, Abteilungsleiter Strategie und Einsatz im Bundesministerium der Verteidigung, empfahl in seinem abschließenden Vortrag zum Thema „Künftiger Auftrag, Struktur und Aufgaben der Bundeswehr“ eine Trendwende bei der militärischen Integration in Europa und betonte vor allem die Notwendigkeit verbesserter Abstimmung zwischen der Streitkräften der Nationen. Hierzu ging er auch auf Beispiele für tiefergehende Integration ein und nannte insbesondere das deutsch-niederländische Korps. Ergänzend erwähnte er ebenfalls die maßgeblich von Deutschland initiierten Ansätze und unterstützten praktischen Beispiele für multinationale Zusammenarbeit im Rahmen des Bündnisses.

Auch wenn in den Diskussionen viele skeptische Töne zu hören gewesen seien, gelte es, den Blick nach vorne zu richten und den Protagonisten einer nationalen Rückorientierung in Europa entgegenzuwirken, so der Präsident der Clausewitz-Gesellschaft e.V., Kurt Herrmann, in seinem Schlusswort.

Anmerkungen:

- 1 Global Governance definiert Varwick als die Gesamtheit der zahlreichen Wege, auf denen Individuen sowie öffentliche und private Institutionen ihre gemeinsamen Angelegenheiten regeln. Der Begriff umfasst sowohl formale Institutionen und mit Durchsetzungsmacht versehene Herrschaftssysteme als auch informelle Regelungen (gem. Handwörterbuch Internationale Politik von W. Woyke und J. Varwick, 13. Auflage, Seite 155). Das Konzept ist ausdrücklich nicht mit gelegentlich anzutreffenden Vorstellungen von einer Art Weltregierung (Global Govern-

ment) zu verwechseln, sondern ist am besten mit dem Begriff ‚internationale Ordnungspolitik‘ zu übersetzen.

- 2 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
- 3 Konfliktmanagement durch Zusammenwirken der Ressourcen der Diplomatie, der Justiz, der Entwicklungszusammenarbeit, der zivilen Organisationen sowie der polizeilichen und militärischen Sicherheitskräfte

Stand und Perspektiven der internationalen Beziehungen

Vortrag, gehalten von Professor Dr. Johannes Varwick auf dem Berliner Colloquium 2016 am 16. März 2016

Johannes Varwick



Johannes Varwick

Ich habe mich, als mich die freundliche Anfrage von General Herrmann erreichte, gefragt, was ich als Politikwissenschaftler in diesem kundigen Kreise betragen kann. Nun, es macht gewiss wenig Sinn, wenn ich die spannenden Ausführungen etwa von Dr. Kamp oder von Botschafter Vilén duplizieren oder den Ergebnissen der Panels zu sehr vorgreifen würde. Vielmehr möchte ich Ihnen – vollkommen ohne amtliche Zwänge – einige konzeptionelle Überlegungen zum Thema „Stand und Perspektiven der internationalen Beziehungen“ vorstellen.

Ich will dies in den folgenden vier Gedankenschritten tun.

1. Problemaufriss: Ordnungen unter Druck
2. Global Governance, Club Governance und Multilateralismus im Wandel
3. Zwischenbilanz: Leistungsfähigkeit multilateraler Formate
4. Konsequenzen für zentrale sicherheitspolitische Organisationen

1. Problemaufriss: Ordnung unter Druck

Manche, so Michael Rühle¹, wollten es nicht wahrhaben, aber die Post-Cold-War-Ära ist vorbei. Im historischen Rückblick werde sich das vergangene Vierteljahrhundert als eine ‚Zwischenzeit‘ darstellen, „die von einem fast schon naiven Optimismus geprägt war – einem Optimismus, der die westlichen Gesellschaften an eine immer stärker integrierte Europäische Union und ein westlich orientiertes, demokratisches Russland ebenso glauben ließ wie an den Erfolg des Arabischen Frühlings und an den Triumph der wirtschaftlichen Interdependenz in Asien über alte geopolitische Rivalitäten“.

Ob die Steuerungsfähigkeit des internationalen Systems aufrechterhalten bzw. sogar den Problemen angemessen ausgebaut werden kann, ist fraglich. Denn die gegenwärtige Umbruchphase der internationalen Ordnung ist durch erhebliche Verwerfungen und höchst widersprüchliche Entwicklungen gekennzeichnet:

- eine Stagnation institutionalisierter politischer Kooperationsformen bei allerdings sehr unterschiedlichem Grad der Verrechtlichung nach Regionen und Themenfeldern;
- eine Erosion nationalstaatlicher Souveränität mit zunehmend funktionalen statt territorialen Handlungsräumen,
- einen zunehmenden Problemdruck in zahlreichen Politikfeldern, etwa der internationalen Sicherheits-, Umwelt-, Finanz-, Entwicklungs-, Klima-, Energie-, Migrations- oder Gesundheitspolitik;
- aber auch Tendenzen einer Wiederkehr der bzw. Rückbesinnung auf die Kategorie des nationalen Interesses.

Es ist eine fragmentierte Landschaft von Formaten, Institutionen und Programmen entstanden, und die von den USA als Ordnungsmacht geprägte unipolare Ordnung ist zerfallen. Die Welt wird offenkundig ungeordneter und chaotischer, und globales Regieren wird in Zukunft von einem nochmals komplizierten Ausbalancieren unterschiedlichster ökonomischer und sicherheitspolitischer Interessen sowie divergierender normativer Vorstellungen geprägt sein. Dies hat mindestens drei Gründe:

Erstens fühlen sich verschiedene Akteure nicht mehr den etablierten internationalen Regeln und Vereinbarungen verpflichtet, und Multilateralismus wandelt sich ganz grundlegend und verliert zunehmend sein ‚westliches Gesicht‘; zweitens ist die Zahl bedeutender Akteure mit aufsteigenden Mächten wie den BRICS-Staaten und somit auch die Konkurrenz um Einfluss und Ressourcen auf internationaler Ebene stetig gestiegen; drittens haben Fehlschläge US-amerikanisch geführter Außenpolitik im Nahen Osten das Vertrauen in die US-Politik geschwächt sowie die Akzeptanz seitens der internationalen Staatengemeinschaft für deren (Führungs-) Rolle als globale Ordnungsmacht geschmälert.

Die Welt wird offenkundig ungeordneter und chaotischer, und globales Regieren wird in Zukunft von einem nochmals komplizierten Ausbalancieren unterschiedlichster ökonomischer und sicherheitspolitischer Interessen sowie divergierender normativer Vorstellungen geprägt sein.

Die „Weltordnung“ ist also nicht (mehr) auf einen einfachen Begriff zu bringen: Neben einer ‚ersten Zone‘, die sich durch offene Grenzen, eine hohe Interaktionsdichte und einen stabilen Frieden auszeichnet, ist eine von Machtpolitik und kurzfristigen nationalen Interessen dominierte ‚zweite Zone‘ auszumachen,

in der vornehmlich in Kategorien militärischer Stärke und geopolitischer Einflusszonen gedacht wird. Eine ‚dritte Zone‘ ist gekennzeichnet durch Macht Hohlräume und den Verlust politischer Steuerungsfähigkeit.

Diesen Zonen sind zwar geographische Räume zuzuordnen – so beschränkt sich z. B. die dritte Zone im Wesentlichen auf Teile Afrikas und den Nahen Osten –, allerdings überlappen die Räume sich, und die daraus resultierenden Probleme sind nicht auf eine Zone zu begrenzen.

Anders formuliert: Das Zeitalter frühmoderner Staaten, das 20. und das 21. Jahrhundert finden gleichzeitig statt. Die Ereignisse im Zusammenhang mit der Annexion der Krim und der anhaltenden Destabilisierung der Ukraine durch Russland seit dem Frühjahr 2014, aber auch Kriege wie z. B. in Syrien, in dem von 2011 bis Frühjahr 2016 über 260.000 Menschen getötet und weit mehr als 15 Millionen Menschen vertrieben wurden, haben gezeigt, dass die ‚Landkarten‘ für diese Zonen längst nicht für die Ewigkeit geschrieben sind.

Die Frage nach internationaler Ordnung ist damit (erneut) in den Fokus der internationalen Politik geraten. Die Krisen der globalen Ebene sind in aller

Zum anderen zeigt sich immer deutlicher die Interdependenz in einer globalisierten Welt, in der es keine ‚Komfortzonen‘ mehr gibt, in denen die ‚Probleme der anderen‘ weitgehend ignoriert werden könnten.

Regel nicht an sich neu, das gilt für Armut und Kriege ebenso wie für den Klimawandel und selbst den transnationalen Terrorismus. Allerdings treten sie derzeit zum einen geballt zutage, denn die Liste der Herausforderungen ließe sich fast beliebig

fortsetzen: die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, ungebändigte globale Finanzmärkte, regionale Konflikte, allen voran die Eskalation der Gewalt im Nahen Osten usw.

Zum anderen zeigt sich immer deutlicher die Interdependenz in einer globalisierten Welt, in der es keine ‚Komfortzonen‘ mehr gibt, in denen die ‚Probleme der anderen‘ weitgehend ignoriert werden könnten. Wolfgang Schäuble hat das treffend „Rendezvous der Gesellschaft mit der Globalisierung“ genannt.

Gleichzeitig verdüstern sich die Erfolgsaussichten wichtiger normativer Unternehmungen (‚Global zero‘, ‚Schutzverantwortung/R2P‘²), und die Steuerungsfähigkeit, nicht nur seitens der Staaten, erscheint in vielen Fragen bestenfalls fragwürdig (z. B. bei Klimawandel, Migration, Welternährung). Dies ist angesichts der massiven Ungleichverteilung von Lebenschancen sowie

zahlreicher Krisen und Konflikte (von Ebola bis hin zur russischen Annexion der Krim) ein deprimierender Befund.

Aber, wie Angela Merkel kürzlich bei Anne Will sagte: „Man ist nicht Politiker, damit man die Welt beschreibt und alles katastrophal findet. Das können Soziologen machen oder Journalisten. Als Politiker sind wir dazu da, an Lösungen zu arbeiten“. Auch wenn ich weder Soziologe noch Journalist bin, scheint mir das als Wissenschaftler ein seltsames Verständnis von Problemlösung. Vielleicht sollte die Reihenfolge lauten: 1. Beschreiben, 2. Analysieren, 3. Handlungsoptionen formulieren, 4. Entscheidungen durchsetzen.

2. Global Governance und Multilateralismus im Wandel

Ein Versuch zur Bewältigung der globalen Herausforderungen wird seit vielen Jahren unter dem Schlagwort Global Governance diskutiert; es stellt sich aber die Frage, ob dieses Konzept nicht doch von sehr unrealistischen Voraussetzungen ausgegangen ist.

Unter Global Governance versteht die Wissenschaft ein alternatives Steuerungsmodell des internationalen Systems, das neben den Staaten sowohl internationale Organisationen als auch intermediäre und nicht-gouvernementale Akteure umfasst und auch informelle Regelungen und Normen beinhaltet. Das Konzept ist ausdrücklich nicht mit gelegentlich anzutreffenden Vorstellungen von einer Art Weltregierung (Global Government) zu verwechseln, sondern ist am besten mit dem Begriff ‚internationale Ordnungspolitik‘ zu übersetzen.

Einerseits eröffnet die Global-Governance-Perspektive die Chance, die heutige Akteursvielfalt in den internationalen Beziehungen besser zu erfassen als klassische Ansätze rein zwischenstaatlicher Politik, andererseits legt sie implizit aber ein Ausmaß an Steuerungs- und Problemlösungsfähigkeit nahe, das unter den gegebenen Rahmenbedingungen des Jahres 2016 fraglich erscheint. Zudem ist die angenommene Relativierung der Bedeutung der Staaten so nicht eingetreten – wir erleben vielmehr die Renaissance der Staatenwelt. Besonders drastisch formuliert dies Michael Rühle: „Seit dem Ende des Kalten Krieges hat man sich im Westen an politischen Glaubenssätzen orientiert, die für den Rest der Welt weitgehend ohne Belang geblieben sind“.

Bisher ist es jedenfalls nicht zu einer problemangemessenen Herausbildung entsprechender Strukturen gekommen. Vielmehr entsteht eine fragmentier-

te Landschaft von Formaten, Institutionen und Programmen, und zentrale Machtfragen werden mit der Global-Governance-Rhetorik eher verschleiert.

Dennoch ist es nicht so, dass keine internationalen Institutionen existierten, die zumindest der Idee nach für die Bearbeitung genau solcher Situationen geschaffen wurden, sei es im Rahmen der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen, regionaler Organisationen mit unterschiedlich breitem Themen- und Mitgliederspektrum oder auch internationaler Regime, also freiwilliger, wenngleich im Einzelfall sanktionsbewehrter Abkommen für ein relativ eng begrenztes Themenfeld. Die bestehenden internationalen Institutionen weisen aber vielfach gravierende Defizite hinsichtlich ihrer Effizienz, Durchsetzbarkeit und Finanzierung auf, die ihre Handlungsfähigkeit erheblich beschränken und die Attraktivität alternativer Formate potentiell erhöhen.

Aus einem unerfreulich großen Katalog an Beispielen will ich nur einige wenige herausgreifen:

Im *Umwelt- und Klimabereich* ist zum einen die institutionelle Architektur im Rahmen der VN extrem fragmentiert, mit negativen Folgen für Kohärenz und Effizienz, zum anderen ist das Kyoto-Protokoll ja geradezu zum Paradebeispiel für fehlende Sanktionsmöglichkeiten internationaler Regime avanciert. Mit dem Abkommen von Paris vom Dezember 2015 scheint hier zwar ein Silberstreif am Horizont erkennbar, doch auch dessen faktische Umsetzung bleibt vorläufig mit Fragezeichen versehen.

Im Bereich der *Entwicklungszusammenarbeit* erreicht zum einen kaum ein Staat die ursprüngliche Zielmarke von 0,7 Prozent des BIP an ODA³ (Ausnahmen waren 2014 Schweden, Norwegen, Dänemark, Luxemburg, das Vereinigte Königreich Großbritannien sowie die Vereinigten Arabischen Emirate); zudem haben die etablierten Paradigmen von Entwicklungszusammenarbeit – darunter ökonomische Modernisierung, Grundbedürfnisstrategien, ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘, Deregulierung und Marktöffnung – sich samt und sonders als nicht so wirksam wie erhofft erwiesen, wenngleich auch hier auf die zumindest verspätet doch einsetzende Annäherung an die Millennium Development Goals und die zunehmend wichtige Rolle nichtstaatlicher Geber verwiesen werden muss. Wirksamer scheint allenfalls der Entwicklungspfad einiger asiatischer und lateinamerikanischer ‚Schwellenländer‘, bei dem der rasante ökonomische Aufstieg allerdings keineswegs, wie vielfach angenommen, mit einer Demokratisierung einhergeht und auch Verteilungs- wie Umweltfragen nicht gelöst sind.

Ein drittes und besonders kritisches und zugleich illustratives Problemfeld ist die *externe Stabilisierung von Krisen* bzw. Staaten oder gar Regionen, während der Gedanke einer Demokratisierung durch externe Akteure zunehmend in den Hintergrund tritt. Politische Stabilität ist neben wirtschaftlicher Entwicklung unzweifelhaft von zentraler Bedeutung für die Bearbeitung fast aller internationalen Probleme – von Flüchtlingsströmen über Hunger und Klimawandel bis zum Terrorismus.

Politische Stabilität ist neben wirtschaftlicher Entwicklung unzweifelhaft von zentraler Bedeutung für die Bearbeitung fast aller internationalen Probleme – von Flüchtlingsströmen über Hunger und Klimawandel bis zum Terrorismus.

Allerdings, und das lässt sich an verschiedenen militärischen Interventionen und der Debatte um eine internationale Schutzverantwortung bei gravierenden Menschenrechtsverletzungen wohl am besten illustrieren, ist die Umsetzung dieses Ziels höchst umstritten, rechtlich problematisch und vor allem mit erheblicher Unsicherheit hinsichtlich der Folgen behaftet.

Angesichts der – zumindest partiell – negativen Folgen sowohl des Handelns (Irak, Afghanistan, Libyen) als auch des Nicht-Handelns (Syrien) bleibt unter dem Strich weitgehende Ratlosigkeit zurück. Die Folge ist, dass sich für den Zerfall oder die Gefährdung von Ordnungen niemand zuständig fühlt bzw. bereit ist, die erheblichen Kosten und Risiken der Wiederherstellung von Ordnung zu tragen. In dieses Vakuum stoßen Mächte (z.B. Russland in Syrien, China in Teilen Afrikas), die die Probleme auf eine Weise angehen, die uns nicht gefallen kann und die auch nicht nachhaltig ist.

Was bedeutet dies nun für multilaterale Politik ganz grundsätzlich? Vielleicht folgen Sie mir kurz auf eine kleine definitorische Reise, die Sie hoffentlich als nicht allzu praxisfern empfinden. Zunächst ein Unterscheidungskriterium: die Differenzierung zwischen ‚klassischem‘ und ‚neuem‘ Multilateralismus.

- Unter *klassischem Multilateralismus* wird der institutionalisierte, formalisierte Multilateralismus, symbolisiert insbesondere durch das System der Vereinten Nationen, verstanden.
- Der *neue Multilateralismus* hingegen ist stärker selektiv im Sinne eines ad-hoc-Zusammenschlusses Gleichgesinnter zur Lösung bestimmter Probleme.

Die Bilanz klassischer multilateraler Zusammenarbeit ist, wie bereits angedeutet, gemischt. In zahlreichen Politikfeldern hat die Diskrepanz zwischen

einer zunehmend globaler werdenden Problemstellung und den nach wie vor hauptsächlich auf den Nationalstaat bezogenen Handlungsansprüchen und Entscheidungskompetenzen zu einer Zuständigkeitslücke geführt. Andererseits ist eine fortschreitende Erosion von klassischen multilateralen Formaten zu beobachten. Dafür lassen sich mindestens drei Gründe anführen:

Erstens stellen die sog. emerging powers etablierte Mechanismen infrage bzw. erfordern zumindest deren Anpassung. Zwar wird bisher nicht aktiv versucht, eine anti-westliche Koalition zu formen oder einen radikal gegensätzlichen Gegenentwurf zu erarbeiten, aber die aufstrebenden Staaten betonen markant ihre nationalstaatliche Souveränität.

Zweitens hatte die zeitweilige US-amerikanische Abkehr vom Multilateralismus negative Signalwirkung nach außen, ähnliches gilt aus anderen Gründen auch für die gegenwärtig mit internen Herausforderungen beschäftigte EU.

Drittens verschärft der anhaltende Reformstau innerhalb der etablierten Organisationen als Binnenkrise die äußeren Herausforderungen noch zusätzlich. Auch das verbreitete Misstrauen gegenüber den Vereinten Nationen sowie deren durch Blockadepolitiken ausgehebelte Problemlösungsfähigkeit waren Faktoren, die den institutionalisierten Multilateralismus geschwächt haben.

Der klassische Multilateralismus, der größtenteils dem traditionellen deutschen Verständnis entspricht, zeichnet sich durch eine starke Formalisierung und – oftmals über Jahrzehnte gewachsene – Institutionalisierung mit einer inklusiven Mitgliederstruktur und geregelten Verfahren mit konsensorientierten Entscheidungsprozessen aus. Dagegen ist der neue Multilateralismus durch eine lockerere Form von Ad-hoc-Koalitionen – und mithin einen schwachen Institutionalisierungsgrad zugunsten von Informalität und Flexibilität – und eine größere Betonung der Output-Legitimität geprägt.

Jenseits etablierter multilateraler Formate haben sich – als Folge und Symptom der Krise des Multilateralismus – in den vergangenen Jahren neue Formate entwickelt bzw. haben an Bedeutung gewonnen.

Neben dem bereits erwähnten Begriff des selektiven Multilateralismus wird das Phänomen solcher informeller Kooperations- und Abstimmungsmechanismen auch als ‚Club Governance‘ beschrieben. Der Begriff des ‚Clubs‘ findet hierbei Verwendung, weil die dort produzierte Politik Ähnlichkeit zu sogenannten

Club-Gütern aufweist: Es besteht zwar keine Rivalität im Konsum (z. B. profitieren alle Staaten davon, wenn eine kleine Gruppe Maßnahme zur Beilegung eines militärischen Konflikts ergreift), aber die Mitglieder der entsprechenden Politikformate (z.B. G-7) sind sehr wohl in der Lage, Nicht-Mitglieder auszuschließen.

Dies gilt teilweise für die Nutzung des Gutes (i. d. R. dadurch, dass die Ressourcen entsprechend der partikularen Interessen der Club-Mitglieder verwendet werden und nicht etwa für die Projekte, die der Präferenz der Mehrheit aller Staaten entsprechen), fast jedoch immer für die Erstellung und damit die Gestaltung des Gutes.

Für die Frage, welche Legitimität Club Governance beanspruchen kann, ist es zentral, ob tatsächlich Club-Güter bereitgestellt werden und Drittstaaten grundsätzlich von diesem Arrangement profitieren können, oder ob die Durchsetzung der Partikularinteressen für die teilnehmenden Staaten im Mittelpunkt steht.

Es lassen sich in dieser Hinsicht ‚clubs of the relevant‘ von ‚clubs of the willing‘ unterscheiden: Während die erste Gruppe also in Anspruch nehmen kann, für das Wohl aller einzutreten und damit Legitimitätsdefizite, die durch exklusive Mitgliederstrukturen und Prozesse entstehen, auszugleichen, fordert die zweite Gruppe die klassische normative Basis des Multilateralismus direkt heraus, weil es letztlich um eine Umgehung, wenn nicht gar ein Abschütteln der anderen Staaten und deren Interessen und Rechte geht.

3. Zwischenbilanz: Leistungsfähigkeit multilateraler Formate

Will man den Versuch unternehmen, die Leistungsfähigkeit, die Grenzen und Chancen der Club Governance im Vergleich zum klassischen Multilateralismus auszuloten, dann lassen sich die Parameter Legitimität, Effektivität, Kohärenz und Ressourcenmobilisierung unterscheiden.

Legitimität: Wer ist an Entscheidungen beteiligt, wer hat Zugang zum Club?

Effektivität: Sind die Gremien in der Lage, ihre Ziele zu erreichen und zu ‚liefern‘?

Kohärenz: Sind die Beschlüsse einigermaßen widerspruchsfrei und aufeinander abgestimmt?

Ressourcenmobilisierung: Können finanzielle und politische Ressourcen zur Umsetzung der gefassten Beschlüsse mobilisiert werden?

Daraus lässt sich ein ‚**magisches Viereck multilateraler Politik**‘ konstruieren, mit dessen vier Ecken Legitimität, Effektivität, Kohärenz und Ressourcenmobilisierung die Relevanz solcher Foren zu einem großen Teil determiniert wird.



Während sich argumentieren lässt, dass mit Formen des selektiven Multilateralismus unter Umständen effektiver agiert werden kann, erscheint die Legitimität im Vergleich zum faktisch universalen VN-System aufgrund geringerer Transparenz, verstärkter Selektivität/Exklusivität, einer wachsenden Kluft zwischen Regelsetzern und Regelnehmern, Exekutivlastigkeit, sinkender Bereitschaft zur grundsätzlichen Anerkennung konstitutiver multilateraler Regeln etc. fraglich.

Bei Effektivität, Kohärenz und Ressourcenmobilisierung dagegen lässt sich vermuten, dass Club-Formate im Verhältnis eher ein größeres Potential aufweisen, bspw. aufgrund der geringeren Anzahl an zu koordinierenden Akteuren, deren besserer Leistungsfähigkeit und des tendenziell kleineren Aktionsspektrums.

Während also insgesamt betrachtet Clubs eine eher positive Bilanz hinsichtlich des Faktors Zielerreichung aufweisen, ist nicht immer klar, ob sie tatsächlich

zur globalen Problemlösung beitragen (wollen) oder doch eher einer einvernehmlichen Sicherung von Partikularinteressen dienen. Zudem ergibt sich aus der Vielfalt der Foren, dem häufigen Wechsel der Formate und zahlreichen Überschneidungen die Herausforderung, dieses unübersichtliche Nebeneinander zumindest in Ansätzen zu koordinieren, um ein sektorübergreifendes Vorgehen zu ermöglichen.

Ein mögliches Szenario für das zukünftige Verhältnis dieser beiden Multilateralismus-Formate wäre, dass die informellen Elemente für die Lösung aktueller Krisen und Konflikte zuständig sind, während sich die formellen Elemente auf die Implementierung und vor allem die Legitimation der Ergebnisse der informellen Gruppen konzentrieren.

So ein ‚messy multilateralism‘ erinnert aber eher an das Konzert der europäischen Mächte im 19. Jahrhundert als an ein modernes und kohärentes Gesamtkonzept globaler Steuerung: keine formalen Regeln oder Verträge, keine permanenten Strukturen, Entscheidungen fallen immer auf Konsensbasis und sind selektiv und exklusiv.

Es ist also eine offene Frage, ob die neuen Formate potentiell – zumindest in konkreten Fällen – zur Problemlösung beitragen oder eben auch das Potential haben, etablierte Formate zu schwächen. Ein sicher eher unangenehmer Teilaspekt ist dabei die Frage, wie wählerisch man unter den gegebenen Umständen bei der Wahl seiner Kooperationspartner sein soll und kann, überspitzt also die Frage, wie weit eine pragmatische Verantwortungsethik gehen darf.

Es bedarf wohl einer unideologischen, offenen und an der jeweiligen konkreten Herausforderung orientierten wissenschaftlichen und politischen Debatte über die Chancen und Risiken in jedem einzelnen Fall und unter Prüfung aller potentiell nutzbaren Formate, der sich auch die deutsche Außenpolitik stellen muss.

4. Konsequenzen für zentrale sicherheitspolitische Organisationen

Das alles zeichnet ein eher düsteres Bild von der momentanen Steuerungsfähigkeit der ‚internationalen Gemeinschaft‘ – an dieser Stelle ein Gruß an Angela Merkel! Zugleich aber belegt es die unbedingte Notwendigkeit effektiver internationaler Governance, die ausgehend von den veränderten Gegebenheiten zumindest in Teilen neu gedacht werden muss.

Meine These lautet also: Die internationale Ordnung ist in den vergangenen Jahren massiv unter Druck geraten. Etablierte Paradigmen wie Global Governance und klassischer Multilateralismus scheinen dabei unter die Räder zu geraten. Die gegebenen Herausforderungen lassen sich dennoch vielfach nur international lösen, innerhalb welcher Strukturen dies zukünftig erfolgen wird, ist aber heute kaum absehbar und Multilateralismus wird sich konzeptionell verändern.

Die sogenannte „G-isierung“ internationaler Politik – also die zunehmende Bedeutung von G20, G7 und anderen Clubgovernance-Formaten und der sich wandelnde Multilateralismus – stellen die deutsche Sicherheitspolitik vor ganz eigene Anforderungen. Wenn dies nicht zu „G-Zero“ führen soll, braucht es politische Initiativen und Beiträge zur Problemlösung.

Will man die politische und militärische Handlungsfähigkeit Europas und der Allianz glaubwürdig und wirksam verbessern, kommt man jedenfalls an einer engeren sicherheitspolitischen Zusammenarbeit einschließlich der Vertiefung der militärischen Integration nicht vorbei.

Welche Bedeutung die sicherheitspolitischen Foren haben werden, wird maßgeblich von der Haltung wichtiger Staaten zur politischen Integration in abhängen. Von einer abnehmenden Bindewirkung der etablierten Bezugspunkte deutscher Außen- und Sicherheitspolitik wäre jedenfalls Deutschland fundamental betroffen, und

daher liegt es im vitalen deutschen Interesse, diese Organisationen funktionsfähig zu halten bzw. funktionsfähig zu machen.

Für die Handlungsmöglichkeiten deutscher Außen- und Sicherheitspolitik bleibt es zentral, dass deren Entfaltungs- und Wirkungsmöglichkeiten durch die europäische Ebene verstärkt (bzw. im Grunde genommen erst ermöglicht) werden. Es ist gleichwohl nicht zu erwarten, dass die EU-28 (oder gar in der Perspektive einer EU-30-plus) künftig über eine wirksame gemeinsame Außenpolitik verfügt. Vielmehr ist damit zu rechnen, dass sich stattdessen (neben der unwahrscheinlichen, aber gleichwohl denkbaren Perspektive des konfliktträchtigen Zerfalls) ein deutlich höher integrierter Kern innerhalb der EU bildet, um den sich dann verschiedene Integrationskreise gruppieren.

Innerhalb einer solchen vertieften und flexibilisierten EU kann sich dann durchaus eine Basis für weitergehende Integration im militärischen Bereich entwickeln – die dann nicht nur der EU, sondern auch der NATO zugute kommen kann. Nach meiner Vorstellung sollte die NATO also eine Rolle nicht

nur gegenüber der GSVP, sondern de facto in der GSVP bekommen (Stichwort „Zwei-Pfeiler-Allianz“). Deutschland kann da eine Schlüsselrolle einnehmen, und es besteht Raum für Initiativen.

Will man die politische und militärische Handlungsfähigkeit Europas und der Allianz glaubwürdig und wirksam verbessern, kommt man jedenfalls an einer engeren sicherheitspolitischen Zusammenarbeit einschließlich der Vertiefung der militärischen Integration nicht vorbei. Dieser Schritt sollte machbar sein, zumal nationale Souveränität und Entscheidungsautonomie schon längst durch Europäisierung und NATOisierung (nicht de jure, aber de facto!) eingeschränkt sind.

Das heißt im Übrigen nicht, dass alles sicherheitspolitische Handeln im Rahmen von formalen Organisationen stattfindet. Vielmehr sollten wir darauf vorbereitet sein, dass Koalitionen der Willigen an Bedeutung zunehmen (nicht als „matter of choice“, aber als „matter of fact“).

Ich kann meine Argumentation also abschließend in drei Thesen zuspitzen:

Erstens: Von der beschriebenen Entwicklung sind die relevanten Organisationen in unterschiedlichem Maße betroffen. Die NATO dürfte eher an Relevanz gewinnen, die EU weiter unter Druck geraten, die OSZE (die ich hier aus Zeitgründen ausklammern musste) wird weiterhin wenig Verbindlichkeit erreichen.

Zweitens: Die Perspektiven der etablierten Partnerschaften und Bündnisse hängen maßgeblich vom Willen zum Engagement ab; Handlungsunfähigkeit oder stärkere Integration lauten die Alternativen. Weitergehende Integration im militärischen Bereich verlangt eine ambitionierte deutsche Agenda.

Handlungsunfähigkeit oder stärkere Integration lauten die Alternativen. Weitergehende Integration im militärischen Bereich verlangt eine ambitionierte deutsche Agenda.

Drittens: Deutschland sollte Europäisierung in den NATO-Kontext stellen, aber konzeptionell auch auf Koalitionen der Willigen eingestellt sein.

Zum Autor: Dr. Johannes Varwick ist Professor für Internationale Beziehungen und europäische Politik an der Universität Halle-Wittenberg

Kapitel II

50. Sicherheitspolitische Informationstagung Hamburg 2016

Europäische Sicherheitsordnung – Anforderungen an die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Bericht über die 50. Sicherheitspolitische Informationstagung der Clausewitz-Gesellschaft

Werner Baach
Wolfgang Fett

Die Sicherheitslage Europas hat sich in den letzten zwei Jahren dramatisch verändert. Die daraus folgenden neuen Herausforderungen verlangen eine Anpassung der gesamtstaatlichen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die Clausewitz-Gesellschaft, die seit über einem halben Jahrhundert den Diskurs zu Sicherheitspolitik, Strategie und Bundeswehr fördert, hatte sich aus diesem Grund auf ihrer 50. Sicherheitspolitischen Informationstagung die auf den NATO-Gipfeln von Wales 2014 und Warschau 2016 getroffenen Beschlüsse, die mit dem neuen „Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“ eingeleiteten Prozesse und mit dem diesjährigen deutschen OSZE-Vorsitz verbundenen Herausforderungen als Hauptthemen gestellt. Unter der Überschrift „Welche Anforderungen stellt der Umbruch in der europäischen Sicherheitsordnung an die künftige Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik?“ stellte die gemeinsam mit der Führungsakademie der Bundeswehr am 15. und 16. Juli 2016 in Hamburg ausgerichtete Jubiläumsveranstaltung insbesondere die Frage nach der Rolle und Verantwortung Deutschlands.

Renaissance der kollektiven Verteidigung – Rückversicherung und glaubwürdige Abschreckung

Die beiden NATO-Gipfel hätten zu einer „Rückbesinnung auf kollektive Verteidigung unter neuen Vorzeichen“ geführt, stellte Botschafter Dr. *Hans-Dieter Lucas*, Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland im Nordatlantikrat, im einführenden Vortrag fest. Vor allem vom jüngsten Gipfel in Warschau seien drei wichtige Botschaften ausgegangen: ein starkes Signal der Solidarität; die konsequente Umsetzung der in Wales 2014 beschlossenen Maßnahmen; und der Beschluss zur „permanenten Anpassung“ der Allianz an sich ändernde

Herausforderungen. Die drei Kernaufgaben des Bündnisses behalten ihre Bedeutung: Kollektive Verteidigung; Krisenmanagement; Kooperative Sicherheit.

Die Gipfel-Beschlüsse stärkten Abschreckung und Verteidigung. Trotz des „sehr, sehr klaren Signals der Rückversicherung“ für alle Bündnismitglieder seien die Aktivitäten der NATO aber „angemessen und maßvoll“. Die Anpassung des Kräftedispositivs werde die wichtigste Herausforderung der nächsten Jahre sein. Insbesondere müsse das Bündnis personell und materiell „ausreichend“ ausgestattet werden. Zu diesem Zweck bleibe das Ziel, wonach alle Bündnismitglieder zwei Prozent ihres Bruttosozialprodukts für Sicherheit und Verteidigung einsetzen, von großer Bedeutung.

Deutschland habe in den letzten zwei Jahren eine im Bündnis sehr beachtete „Trendumkehr“ in der Sicherheitspolitik und bei der Bundeswehr eingeleitet. Es habe auch wesentlich zum Erreichen der Gipfelziele beigetragen. Bei der nun beginnenden Implementierung der Beschlüsse von Wales und Warschau blicke die NATO dennoch besonders auf Deutschland.

Die NATO-Beschlüsse bedeuteten nicht die Rückkehr zum kalten Krieg. Botschafter Dr. Lucas zeigte sich optimistisch, dass Entspannung und Dialog (langfristig) erhalten bleiben könnten.

In einem dem Vortrag folgenden, hochrangig besetzten und von Rolf Clement, Deutschlandfunk, geleiteten Panel richtete sich die Aufmerksamkeit deshalb auch auf das Verhältnis zu und den Umgang mit Russland. Man müsse „Stärke zeigen und zugleich Dialogbereitschaft“, forderte der Bundestagsabgeordnete *Jürgen Klimke*. Die Botschaft an Russland müsse klar bleiben: „Ein Angriff auf Einen löst den Bündnisfall aus.“ Einen „großen Krieg“ mit Russland erwartet Generalleutnant *Hans-Werner Wiermann*, Deutscher Militärischer Vertreter bei der NATO, nicht, aber er hält die Anwesenheit multinationaler Kräfte in den mittelosteuropäischen NATO-Ländern für eine wichtige Voraussetzung dafür, eine Bedrohung einzugrenzen. Professor *James. D. Bindenagel*, US-Botschafter a.D. und Leiter des „Center for International Security and Governance (CISG)“, empfahl die Suche nach Wegen und gemeinsamen Interessen des Westens mit Russland, ohne dadurch dessen Vorgehen in der Ukraine und auf der Krim zu sanktionieren. Panel-Teilnehmer und Plenum waren sich einig, dass es mit Blick auf Russland eine wichtige Aufgabe sei, den Zusammenhalt des Bündnisses zu sichern und jeden Versuch, einen Keil zwischen Bündnisländer zu treiben, abzuwehren. Auch seien die Hürden für eine Verständigung mit Moskau derzeit hoch.

Größere Verantwortung Deutschlands – „breitere“ Aufstellung der Bundeswehr

„Deutschlands wirtschaftliches und politisches Gewicht verpflichtet uns, im Verbund mit unseren europäischen und transatlantischen Partnern, Verantwortung für die Sicherheit Europas zu übernehmen...“, mit diesen Worten



Dr. Géza Andreas von Geyr

formuliert Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel im „Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“ die neue Rolle Deutschlands. Die Zielsetzungen des Weißbuchs erläuterte Dr. Géza Andreas von Geyr, Abteilungsleiter Politik im Bundesministerium der Verteidigung. Seit dem „Münchener Konsens“ sei für Deutschland „ein Wegsehen“ nicht mehr möglich. Deutschland sei inzwischen in NATO und Europäischer Union „eine Relevanzgröße“ geworden und mit Blick auf die Entwicklung zukünftiger Sicherheitspolitik „in einer guten Position“, wie sich beim NATO-Gipfel von Warschau gezeigt habe.

Die dem Weißbuch zu Grunde liegende Logik, aus der sich die Herausforderungen für Sicherheitspolitik und Bundeswehr ableiteten, beschrieb der Vortragende in fünf Thesen:

- Mehr Verantwortung durch Deutschland
- Bereitschaft Deutschlands, auch „in Führung zu gehen“
- Wissen und Bewusstsein über das Maß der Möglichkeiten
- umfassende Fähigkeiten für die Bundeswehr
- ständiger Modernisierungsprozess der Bundeswehr.

Das Weißbuch formuliere „einen starken Anspruch“ an die deutsche Sicherheitspolitik und die daraus folgenden Interessen. Dr. von Geyr wies auf drei Interessenbereiche besonders hin: die Mitgestaltung der internationalen Ordnung; die Sicherstellung ungehinderten freien Welthandels; der verantwortungsvolle Umgang mit den Ressourcen der Erde.

Eine strategische Priorität sehe das Weißbuch bei der Stärkung von Zusammenhalt und Handlungsfähigkeit in NATO und Europäischer Union. Dabei sei eine größere „europäische Relevanz“ unabdingbar, wolle man mittel- und langfristig die gemeinsamen sicherheitspolitischen Interessen bewahren. Dazu benötige man „ein enges sicherheitspolitisches Geflecht im bi- und multinationalen Miteinander“. In diesem Geflecht bleibe die Atlantische Allianz „der An-

ker unserer sicherheitspolitischen Zukunftsperspektive“. Aber es müsse das gemeinsame Interesse sein, einen „stärkeren europäischen Pfeiler im atlantischen Gerüst“ zu bilden. Dazu müssten die unterschiedlichen Stärken und Fähigkeiten der Europäer besser zusammengeführt werden. Ein Ziel, wenngleich ein „Fernziel“, laute aus deutscher Sicht: „Europäische Verteidigungsunion, oder besser: Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion“.

Aus den gestiegenen Herausforderungen und dem gewachsenen sicherheitspolitischen Selbstverständnis Deutschlands leite das Weißbuch die Notwendigkeit ab, die Bundeswehr „breit aufzustellen“. Der Kerngedanke sei: Landes- und Bündnisverteidigung und Krisenmanagement müssen gleichrangig nebeneinander gesichert werden können. Die Leitprinzipien für die Gestaltung der Bundeswehr der Zukunft seien: Multinationalität, Integration und bündnisgemeinsame Entwicklung von Fähigkeiten; Flexibilität und Agilität hinsichtlich Struktur, Personal und Ausstattung; Ausrichtung auf „vernetztes Handeln“, national wie international. Das verlange aber auch eine „nachhaltige Finanzausstattung“.

Das neue Weißbuch, so Dr. von Geyr abschließend, sei für die weitere Entwicklung von Sicherheitspolitik und Bundeswehr „ein Dokument, das Wert hat“. Seine Erarbeitung habe zu einem intensiven sicherheitspolitischen Diskurs in der Gesellschaft geführt; dieser müsse im weiteren Gestaltungsprozess fortgeführt werden.

Für die Clausewitz-Gesellschaft und ihre Mitglieder stellte deren Präsident, Generalleutnant a.D. Kurt Herrmann, fest, dass sie – im Sinne ihrer Satzungsziele – zu diesem Diskurs nach besten Kräften beitragen werden.

Alle wesentlichen Akteure der europäischen Sicherheit in Diskurs einbinden!

Zum aktuellen Stand und den Perspektiven der OSZE an der „entscheidenden Wegmarke für die euro-atlantische und eurasische Sicherheit“ trug Botschafter *Marcel Peško*, Leiter des Krisenverhütungszentrums der OSZE, vor. Die OSZE habe in der Vergangenheit maßgeblich zur Sicherheit und Stabilität in Europa beigetragen. Mit der Schlussakte von Helsinki vor 40 Jahren sei ein gewisses Verständnis und die gegenseitige Anerkennung des Status quo – auch territorial – erreicht worden.

Viele der Grundsätze, die lange gegolten hätten, seien in jüngster Zeit verletzt worden. Der bewaffnete Konflikt sei wieder eine Realität auf dem Kontinent und die Spaltung zwischen Ost und West sei deutlich vertieft worden. „Der Osten der Ukraine bestimmt heute maßgeblich die Beziehungen zwischen dem Osten und dem Westen“, so Peško. Durch die Annexion der Krim und die Einmischung Russlands in die inneren Angelegenheiten der Ukraine sei das Gleichgewicht ins Wanken gebracht worden. In der aktuellen Lage einer „ungeordneten Konfrontation“ fehle ein strukturierter, vorwärts gerichteter Dialog. Auch seien die Ursachen der aktuellen Krise viel tiefgreifender, als man ursprünglich verstanden habe. Die Konflikte beruhten, anders als zu Zeiten des Kalten Krieges, nicht auf ideologischen Gegensätzen. Insofern sei die heutige Lage eher mit der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zu vergleichen. Bei der Suche nach Wegen aus der Krise sei es wichtig, alle wesentlichen Akteure der europäischen Sicherheit in den Diskurs einzubinden. „Wir können kein sicheres Europa gegen Russland oder Weißrussland schaffen“, so Peško.

Die OSZE könne den Dialog durch größere Transparenz fördern. Dabei gehe es zunächst um die Lösung der Krise in der Ukraine. „Das ist nicht irgendein Konflikt, sondern ein Stellvertreterkonflikt mit einem hohen Eskalationsrisiko.“ Die OSZE leiste mit ihren 600 Inspektoren vor Ort einen Beitrag zur Umsetzung des Minsker Abkommens. Es müsse ein Weg gefunden werden hin zu einem dauerhaften Frieden in der Ukraine und zu konstruktiven Beziehungen zwischen Russland und der Donbass-Region. „Wir müssen die Interessen aller betroffenen Staaten berücksichtigen. Es geht nicht um den Westen oder den Osten. Wir brauchen einen Blick nach vorne, um neue Brücken aufzubauen.“ Deutschland, das seit dem 1. Januar 2016 zum zweiten Mal nach 1990 den Vorsitz der weltweit größten regionalen Sicherheitsorganisation übernommen habe, könne dazu einen besonderen Beitrag leisten.

„Unsere Vorfahren haben mit der OSZE einen guten Weg der Zusammenarbeit gefunden und ich bin mir sicher, dass wir auch heute einen Weg finden werden in die Zukunft“, zeigte sich Peško verhalten optimistisch. Die OSZE könne aber auch in neuen Aufgabenfeldern noch mehr tun, z.B. bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise und der Bekämpfung von politischer Radikalisierung in den Mitgliedsstaaten.

Explizit mit dem möglichen deutschen Beitrag zur Lösung der europäischen Konflikte beschäftigte sich ein spezielles Panel unter dem Thema: „Stand und Perspektiven der europäischen Sicherheitsordnung im Lichte des deutschen

OSZE-Vorsitzes“. Das Panel leitete Brigadegeneral a.D. *Armin Staigis*. Es diskutierten Ministerialrat Dr. *Ernst-Christoph Meier*, Referatsleiter im BMVg, Prof. Dr. *Michael Staack* von der Helmut-Schmidt-Universität, Hamburg, und Botschafter *Marcel Peško*.

Die Verletzungen von Prinzipien der OSZE durch Russland hätten zu einem schweren Vertrauensverlust und zu einer politischen Verhärtung im OSZE-

Raum geführt. Dabei würde die OSZE gerade in der derzeitigen Lage gebraucht. In der größten Krise in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg seien die Erwartungen an die deutsche Politik besonders hoch, so Dr. Meyer. Die OSZE sei derzeit nicht dabei, das geschaffene Dach auszubauen, sondern befinde sich in einem Modus des Krisenmanagements. Eine umfassende Konfrontation sei jedoch nicht zu erwarten, weder der Westen noch Russland hätten allein schon aus wirtschaftlichen Gründen ein Interesse hin zu einer derartigen Entwicklung. Wichtig sei es, Lösungen zu finden, die nicht nur dem Sicherheitsinteresse des Westens Rechnung trügen, sondern auch den Sicherheitsbedürfnissen Russlands. „Und ich denke, damit sollten wir uns noch sehr ausführlich auseinandersetzen, wie das geschehen soll“, forderte Staack. Dazu bedürfe es eines langen Atems, denn selbst wenn der Dialogprozess erfolgreich verlaufe, „haben wir vielleicht in 15 Jahren wieder erträgliche Beziehungen“.



Ernst-Christoph Meier, Marcel Peško, Armin Staigis, Michael Staack (von links)

Europäische Armee ist derzeit nicht realistisch – aber bilaterale Kooperation

Im Mittelpunkt eines abschließenden Panels, moderiert von Generalleutnant a.D. *Hans-Werner Fritz*, standen die künftige Sicherheitsvorsorge und die Vorgaben für Weiterentwicklung der Bundeswehr.

Am Beispiel der Cyber-Bedrohung zeigte der Bundestagsabgeordnete Dr. *Tobias Lindner* (Bündnis 90/Die Grünen) die Komplexität heutiger Krisen auf. Ob eine Bedrohung von innen oder außen komme, sei oft nicht eindeutig zu klären. Diese Komplexität führe dazu, dass man die Vorgaben des Grundgesetzes „neu durchdeklinieren“ müsse, ohne gleich das Grundgesetz zu ändern. Die Zusammenarbeit der Bundeswehr mit der Polizei und anderen zivilen Behörden

müsse jedenfalls dringend geklärt werden. Als weiteres Aufgabenfeld nannte Lindner ein ressortübergreifendes Denken bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen durch das Parlament. Es sei wichtig, die zivilen Elemente bereits in den Mandaten verbindlich festzuschreiben. Unabdingbar sei auch eine engere europäische Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen .

Eine europäische Armee allerdings hält MdB *Dirk Vöpel* (SPD) für nicht realistisch. Die politischen Probleme seien nicht gelöst, die Vorstellungen gingen weit auseinander, zum Beispiel in der Frage der Mandatierung. Erreichbar seien



aber praktische Lösungen einer verstärkten bilateralen Kooperation mit Ländern, „die das genauso sehen wie wir“, zeigte sich Vöpel überzeugt und verwies auf die Zusammenarbeit mit den Niederlanden.

Die Bundeswehr sei in wesentlichen Teilen gut aufgestellt, sie müsse aber wieder so ausgerichtet werden, dass der Schutz der Bevölkerung im Vordergrund stehe,

forderte Generalleutnant *Erhard Bühler*, BMVg. Nach fünf Reformen in 25 Jahren, ausgelöst durch Finanznot, brauche die Truppe jetzt keine Reform der Reform, sondern Ruhe und Kontinuität. Die erforderliche Trendwende bei Finanzen, Personal und Material sei eingeleitet. An die Stelle fester personeller Obergrenzen solle eine jährliche Bedarfsanalyse treten und für mehr Flexibilität sorgen. Was die Gesamtverteidigung betreffe, müsse sich die Bundeswehr darauf vorbereiten, der Polizei in bestimmten Situationen helfen zu können.

Die 50. Sicherheitspolitische Informationstagung wurde abgerundet durch aktuelle Informationen aus der Führungsakademie, einen Festvortrag von Oberstleutnant i.G. *Matthias Weber* unter dem Thema: „Relevanz der im 21. Jahrhundert gesammelten Erkenntnisse des Carl von Clausewitz für politisch-strategisches Denken im 21. Jahrhundert“ und einem nachfolgenden Spezialpanel zur Relevanz der Erkenntnisse des Carl von Clausewitz für die heutige Zeit. Die Teilnehmer dieses von *Thomas Wiegold* geleiteten Panels waren sich im Wesentlichen darin einig, dass Clausewitz' Vermächtnis „nicht nur heute, sondern auch in Zukunft“ grundlegend bedeutend sein werde. Denn sicherheitspolitisches und strategisches Handeln in einer Welt, die immer komplizierter werde, erfordere mehr denn je „klare Theoriekonzipierung“ und entschlossene, nachhaltige Umsetzung.

Tobias Lindner, Erhard Bühler, Hans-Werner Fritz, Dirk Vöpel

Kapitel III

Globale sicherheitspolitische Akteure

Chinas Militärreform: Wohin entwickelt sich die Volksbefreiungsarmee?

Oliver Corff

Eine Zahl, drei Bedeutungen

Um den Jahreswechsel 2015/2016 ließ sich in der westlichen Presse mit Blick auf die von der VR China angekündigten Militärreformen vor allem eine Reaktion feststellen: Im Zentrum der Berichterstattung stand die Frage, ob der Staatspräsident, Parteivorsitzende und Vorsitzende der Zentralen Militärkommission Xi Jinping diese Reformen angestoßen habe, um seine Machtbasis zu festigen bzw. zu vergrößern;¹ im Vergleich dazu wurden Chinas strategischen Interessen, der Einfluss wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf das Militär sowie die Frage einer gewandelten Perzeption regionaler Sicherheitspolitik weitgehend ignoriert.² Xi Jinpings Ankündigung während der Militärparade 2015, die Streitkräfte um 300.000 Personen zu reduzieren, war in amtlicher

Unter dem Titel des „Chinesischen Traums“ soll die „große nationale Renaissance“ verwirklicht und China ein starkes und reiches Land werden. Diesem Ziel sind auch die chinesischen Streitkräfte verpflichtet, für die an dieser Stelle hervorzuheben ist, dass die Volksbefreiungsarmee, so die Eigenbezeichnung, die Armee der Partei ist, der sie unbedingt loyal zu dienen hat.

Lesung Chinas Beitrag zu einer friedlichen Entwicklung,³ in der obengenannten machtpolitischen Auslegung eine willkommene Begleiterscheinung des Mittels zum Zweck, alle Führungsstrukturen neu zu besetzen, und schließlich in militärischer Interpretation das sichtbarste Anzeichen eines längerfristigen Modernisierungsvorhabens, das die chinesischen Streitkräfte von einer traditionell heereszentrischen

Landmacht klassischen Stils hin zu einer modernen, hochtechnisierten und projektionfähigen Streitkraft mit Befähigung zu teilstreitkräftegemeinsamen Einsätzen führen soll.

Eine primär partei- oder machtpolitisch motivierte Betrachtungsweise kann die chinesischen Militärreformen nicht befriedigend erklären, zumal in einem solchen Kontext weder ein Lagebild noch eine Lageentwicklung vermittelt werden, welche für jede Betrachtung militärischer Vorgänge *conditio sine qua non*

sind.⁴ Die Betrachtung muss sowohl die von der Partei erklärten Staatsziele Chinas als auch Gegenwart und historische Dimension der chinesischen Sicherheitsperzeption berücksichtigen.

Die Staatsziele Chinas sind zugleich die strategischen Ziele der Kommunistischen Partei. Unter dem Titel des „Chinesischen Traums“ soll die „große nationale Renaissance“ verwirklicht und China ein starkes und reiches Land werden. Diesem Ziel sind auch die chinesischen Streitkräfte verpflichtet, für die an dieser Stelle hervorzuheben ist, dass die Volksbefreiungsarmee, so die Eigenbezeichnung, die Armee der Partei ist, der sie unbedingt loyal zu dienen hat.

Die jetzige chinesische Perzeption der Sicherheitslage Ostasiens wird durch die Konflikte des Zweiten Weltkriegs und des ihm folgenden Kalten Kriegs geprägt. Zunächst war der Koreakrieg (1950—1953) das erste Mal, dass die 1949 gerade neu gegründete Volksrepublik China an einem heißen Geschehen des Kalten Krieges teilnahm. Der heute zu beobachtende nahezu systemische Antagonismus zwischen China und den USA lässt sich in wesentlichen Teilen auf den Ausgang des II. Weltkriegs, den andauernden Konflikt auf der Koreanischen Halbinsel, die militärische Allianz der USA mit Südkorea und Japan sowie die Schutzzusage der USA für Taiwan zurückführen, welche mit dem erklärten Kerninteresse der VR China einer Wiedervereinigung unmittelbar kollidiert.⁵

Im Zuge des Aufbaus der Volksrepublik China hatte die politische Führung unter Mao Zedong zunächst große Hoffnung auf allseitige Unterstützung durch die UdSSR gesetzt, musste aber bereits 1960 den fundamentalen Bruch der chinesisch-sowjetischen Beziehungen konstatieren. In kürzester Zeit wandelte sich die einst befreundete Nation zum größten potentiellen militärischen Gegner Chinas. Im Jahr 1969 kulminierte mit dem Ussuri-Zwischenfall diese Bedrohungsperzeption; China sah einen unmittelbar bevorstehenden Krieg und bereitete die Bevölkerung in den Großstädten sowie die Schwerindustrie auf einen nuklearen Schlagabtausch vor.

Chinas Streben nach einer eigenen Nuklearwaffe lässt sich vor dem Hintergrund der doppelten Bedrohungsperzeption seitens der USA (Drohung des Einsatzes von Nuklearwaffen gegen China während des Koreakrieges) und der UdSSR erklären. Die Dimension dieser Bedrohungsperzeption lässt sich aus heutiger Perspektive nur ansatzweise erahnen, denn der volkswirtschaftliche Preis, den zu zahlen die chinesische Führung für die Erlangung der Atom-

bombe und der Wasserstoffbombe für nötig hielt, lässt sich anderweitig nicht erklären.

Trotz aller politischen Antagonismen eröffnete sich für China die politische Option eines rebalancing durch intensiveren Kontaktes mit dem „Erzfeind“ der UdSSR, den USA; gezielt wurde über verschiedene Kanäle der Kontakt gesucht, so dass es 1971 zum Besuch Nixons in China kam und 1979 diplomatische Beziehungen aufgenommen wurden.

Die wahrgenommene Schwächung der sowjetischen Bedrohung, die spürbar verbesserte Position der VR China und das Ende chinesischer Isolationspolitik nach dem Ende der Kulturrevolution ermöglichten eine Rückkehr Chinas auf die internationale Bühne; diese vorteilhaften Rahmenbedingungen bildeten die Grundlage für die 1978 durch Deng Xiaoping initiierte Politik der Öffnung und Reform. Die grundsätzlich antagonistische Wahrnehmung der chinesisch-sowjetischen Beziehungen entspannte sich erst in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre; so wurde der diplomatische Verkehr mit der UdSSR wieder mit Leben gefüllt, u.a. durch die Gründung eines Generalkonsulats in Shanghai und den Austausch von Studenten. Schließlich besuchte der damalige Generalsekretär des ZK der KPdSU M. Gorbatschow im Mai 1989 die Volksrepublik China. Dieser Besuch wurde aus chinesischer Perspektive durch die auf dem Tiananmen-Platz protestierenden Studenten massiv überschattet, derentwegen Gorbatschow nicht protokollgerecht am Haupteingang der Großen Halle des Volkes empfangen werden konnte.

Mit dem Ende des Kalten Krieges hatte die UdSSR ihr Bedrohungspotential weitestgehend verloren, womit sich die Sicherheits*perzeption* grundlegend wandelte. Der Zerfall der UdSSR 1991 führte schließlich auch zu einem fundamentalen Wandel der Sicherheits*lage*. Auf einmal gab es an der nordöstlichen, nördlichen und westlichen Landesgrenze Chinas keine durchgehende Front zweier großer Machtblöcke mehr; stattdessen sah sich die VR China von zahlreichen neuen Nachbarn umgeben, die weder über militärische noch über wirtschaftliche Ressourcen in nennenswertem Umfang verfügten und deren politische Kräfte durch den Prozess der Loslösung aus dem System der ehemaligen UdSSR und der eigenen Staatswerdung mehr als gebunden waren. Damit entfiel die Notwendigkeit, zur territorialen Verteidigung gegen einen hochgerüsteten Gegner Landstreitkräfte in Millionenstärke vorzuhalten. Deutlich wird dies auch anhand der Truppenreduzierungen. Während die VBA auf der Höhe des Koreakrieges über sechs Millionen Soldaten hatte, nahm diese Zahl

bis zu den 1980er Jahren auf etwa vier Millionen ab. Mitte der 1980er Jahre erfolgte ein drastischer Einschnitt mit Reduktion auf etwas über drei Millionen Soldaten. Auch diese Stärke wurde in mehreren Schritten bis auf 2.300.000 Soldaten mit Stand 2015 abgebaut.

Ein weiterer Faktor, der die Lage gründlich verändert, ist der enorme wirtschaftliche und technologische Aufschwung, den China in den letzten 40 Jahren erreicht hat: Das Land ist von einem der ärmsten Staaten zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht der Welt geworden, hat aber nach wie vor enorme Disparitäten im

Innern zu überwinden. Die wirtschaftliche und industrielle Entwicklung des Landes verleiht dem Land international beträchtliches wirtschaftspolitisches Gewicht und gestattet der Partei- und Staatsführung, bedeutende Haushaltsmittel sowohl für internationale wirtschaftspolitische Vorhaben wie auch für die Streitkräfte aufzuwenden. Der technologische Fortschritt ermöglicht sowohl internationale Infrastrukturprojekte, mit denen wiederum auch politischer Einfluss angestrebt werden kann, als auch eine Modernisierung der Streitkräfte. China hat das gesammelte Potential dieser Entwicklungen erkannt und schöpft daraus sowohl außenpolitischen als auch militärischen Gestaltungsraum.

Der technologische Fortschritt ermöglicht sowohl internationale Infrastrukturprojekte, mit denen wiederum auch politischer Einfluss angestrebt werden kann, als auch eine Modernisierung der Streitkräfte. China hat das gesammelte Potential dieser Entwicklungen erkannt und schöpft daraus sowohl außenpolitischen als auch militärischen Gestaltungsraum.

So kann die Seidenstraßeninitiative (OBOR, One Belt – One Road) als Versuch interpretiert werden, mit wirtschaftlichen Mitteln und Kooperationspolitik jenen dominanten Einfluss in Zentralasien durchzusetzen, der in Zeiten der Blockkonfrontation nicht möglich war.⁶ Die durch den Wegfall der oben skizzierten historischen Bedrohungsperzeption und den Gewinn historisch neuer wirtschaftlicher und technologischer Errungenschaften möglich gewordene umfassende Neuausrichtung der chinesischen Streitkräfte weg von der territorial bestimmten Flächenverteidigung hin zu einer mobileren Streitmacht mit Projektionsmöglichkeiten gibt den großen Rahmen für die aktuellen Militärreformen vor. Diese Neuausrichtung soll die Streitkräfte befähigen, die Kerninteressen des Landes (siehe nächsten Absatz) zu wahren und in der militärischen Auseinandersetzung mit zukünftigen Gegnern die Oberhand zu behalten (in der Diktion der chinesischen Weißbücher die „siegreiche Führung begrenzter Kriege“).

Die aktuellen Reformen der Streitkräfte

Erste chinesische Hinweise auf die Notwendigkeit von Reformen finden sich in amtlichen Verlautbarungen bereits in älteren Weißbüchern, z.B. dem Weißbuch von 2008 unter dem Titel *Chinas Landesverteidigung 2008*. Das Weißbuch benennt ausdrücklich die Entwicklung von Wissenschaft und Technologie als einen von mehreren Faktoren, durch die sich die Sicherheitslage verändert. Während die Staatsziele der Landesverteidigung klar benannt werden (Verteidigung der Sicherheit und Einheit des Landes, Wahrung der Entwicklungsinteressen), sind die zu ergreifenden Maßnahmen nur vage skizziert: „China wird die [...] organisatorische Struktur der Armee schrittweise modernisieren und bemüht sich, bis 2020 einen Komplex von wissenschaftlichen Organisationsmodellen, Systemanordnungen und Ausführungsmodi zu errichten, [...]“ (*Chinas Landesverteidigung 2008*). Eine Ausarbeitung konkreter Reformschritte findet sich an dieser Stelle noch nicht, ihre Entwicklung ist der Auftrag für die kommenden Jahre.

Das Ziel der mit dem Stichtag 31. 12. 2015 nunmehr offiziellen Reformen ist die umfassende Befähigung zu teilstreitkräftegemeinsamen Operationen („jointness“), die neben der Schaffung technischer Voraussetzungen („Informatisierung“,⁷ Vernetzung und Kommunikation, Führungsinformationssysteme „FüInfSys“) auch eine völlig neue Organisationsstruktur erfordert, welche nicht mehr das Heer als dominante Teilstreitkraft⁸ betrachtet, sondern alle Teilstreitkräfte in einen gleichwertigen Bezugsrahmen stellt. Die chinesische Militärführung macht weiterhin deutlich, dass der im Jahr 2015 angestoßene Reformprozess bis 2019 oder 2020 andauern soll. So war die Gründung neuer Organisationsbereiche der Streitkräfte auch im September 2016 noch in vollem Gange.

Völliger Umbau der Führungsstrukturen

Die bisherige Zentrale Militärkommission (ZMK) mit den ihr unterstellten, rein auf das Heer zugeschnittenen vier Hauptabteilungen Generalstab, Politische Hauptabteilung, Logistik und Beschaffung wird vollständig umgebaut.⁹ Die vier Hauptabteilungen entfallen, stattdessen ist die ZMK in Abteilungen, Kommissionen und Ämter gegliedert, die vollständig aus der früheren Hauptabteilung I, dem Generalstab, übernommen werden. Im Gegensatz zur früheren heeresorientierten Aufstellung bilden die sechs neugegründeten Abteilungen der ZMK im Grundsatz eine teilstreitkräftegemeinsame Konzeption nach Führungsgrundgebieten ab, wenn auch die Inhalte nicht

deckungsgleich etwa mit den Führungsgrundgebieten der Bundeswehr oder der NATO sind.

Die sechs Abteilungen sind:

- Gemeinsames Oberkommando
- Abteilung für Politische Arbeit
- Abteilung für logistische Unterstützung
- Abteilung für Ausrüstungsentwicklung
- Abteilung für Ausbildung und Training
- Abteilung für Mobilmachung

Die drei Kommissionen sind:

- Disziplinarcommission
- Rechtskommission
- Wissenschaftskommission

Die fünf Ämter sind:

- Amt für Strategische Planung
- Amt für Reform und Struktur
- Amt für Internationale Militärkooperation
- Amt für Revision
- Amt für Verwaltung

Etliche Beziehungen klingen vertraut, auch wenn die Unterstellungsverhältnisse nicht direkt vergleichbar z.B. mit denen der Bundeswehr sind. Neu ist, dass mit dem Amt für Reform und Struktur zum ersten Mal ein Strukturelement sichtbar wird, das eine verstetigte Befassung mit Strukturwandel zur Aufgabe hat. Die VBA hat sich damit von einem statischen Streitkräftemodell erkennbar verabschiedet und verdeutlicht dies in ihrer Organisationsstruktur.

Neu ist, dass mit dem Amt für Reform und Struktur zum ersten Mal ein Strukturelement sichtbar wird, das eine verstetigte Befassung mit Strukturwandel zur Aufgabe hat. Die VBA hat sich damit von einem statischen Streitkräftemodell erkennbar verabschiedet und verdeutlicht dies in ihrer Organisationsstruktur.

Auch die Teilstreitkräfte wurden neu aufgestellt. In der bisherigen Struktur gab es das Heer (*lujun*), die Luftwaffe (*kongjun*), die Marine (*haijun*) und die Zweite Artillerie (*di'er paobing*), die für die Nuklearwaffen und die ballistischen Trägermittel verantwortlich war. Während die „klassischen“ Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe und Marine in allen Belangen (Führung, Unterstützung, Ausrüs-

tung) den Hauptabteilungen der ZMK unterstellt war, befand sich die Zweite Artillerie nicht im Befehlsstrang des Generalstabs, sondern war der ZMK direkt unterstellt. Strenggenommen war die bisherige Zweite Artillerie gar keine Teilstreitkraft, sondern eine Truppengattung mit eigenem Befehlsstrang.

In der neuen Struktur finden sich nun fünf gleichrangig behandelte Teilstreitkräfte. Es sind:

- Heer
- Luftwaffe
- Marine
- Raketentruppen
- Strategische Unterstützungstruppen

Während in der alten Struktur nur Luftwaffe und Marine von eigenen Oberbefehlshabern geführt wurden, war die Heeresführung mit dem Generalstab identisch, es gab daher keinen eigenen Oberbefehlshaber des Heeres. In der neuen Struktur haben die Landstreitkräfte zum ersten Mal einen eigenen Oberbefehlshaber, seit dem 01. Jan. 2016 General Li Zuocheng.¹⁰

Die neu aufgestellten Raketentruppen¹¹ (*huojianjun*) geben im Namen keinen Hinweis mehr auf ihre strategische Sonderrolle, der Zusatz „Zweite Artillerie“ entfällt. Die Strategischen Unterstützungstruppen¹² (*zhanlüe zhiyuan budui*) verdeutlichen die fundamentale Ausrichtung der Doktrin einer „Kriegführung unter den Bedingungen der Informatisierung“. Mit der organisatorischen Ausrichtung auf die Dimension des Informationsraumes wird der Tatsache Rechnung getragen, dass sich mit dem Cyberspace eine neue Domäne militärischen Handelns eröffnet hat. Die Welt der Informationstechnologie ermöglicht nicht nur eine horizontale („jointness“) und vertikale Vernetzung (Führung) militärischer Fähigkeitskomponenten ohne historisches Vorbild, sondern erkennt den

Informations- und Datenraum („Cyberspace“) als Gegenstand militärischer Aufklärung (SIGINT) wie auch Ziel der Operationsführung an, während zugleich die Informationstechnologie auch die neuen Wirkmittel für diese Operationen bereitstellt. In der neuen Organisationsstruktur erhält das militärische Nachrichtenwesen der VBA, das bisher in den Abteilungen II und III



Paradierende Soldaten der Volksbefreiungsarmee

Informations- und Datenraum („Cyberspace“) als Gegenstand militärischer Aufklärung (SIGINT) wie auch Ziel der Operationsführung an, während zugleich die Informationstechnologie auch die neuen Wirkmittel für diese Operationen bereitstellt. In der neuen Organisationsstruktur erhält das militärische Nachrichtenwesen der VBA, das bisher in den Abteilungen II und III

des ehemaligen Generalstabs¹³ eingegliedert war, nun eine seiner Bedeutung angemessene Position.

Ebenfalls neu ist die umfassende Neugliederung der bisherigen sieben Militärregionen. Statt sieben sind es nur noch fünf. Sie heißen statt *junqu* („Militärregion“) nun chin. *zuozhan quyū*, wörtlich „Gefechtsregionen“, und werden in englischsprachigen Publikationen oft als „Theater Command“ wiedergegeben. Die in deutschen Publikationen gelegentlich anzutreffende Übersetzung „Kriegsregion“ beruht auf einer irreführenden Interpretation des chinesischen Kofferwortes *zhanqu*, welches einfach eine Zusammenziehung von *zuozhan quyū* ist. Auch hier zeigt sich, dass die Anfänge der gegenwärtigen Reformen weit vor ihrer öffentlichen Ankündigung durch Xi Jinping im September 2015 zu finden sind; der Begriff *zhanqu* taucht in chinesischen Publikationen bereits 2012 auf.

Völlig neu konzipiert ist der Auftrag dieser Gefechtsregionen. Während die Militärregionen der alten Struktur eine Fülle verschiedenster Aufgaben wahrnahmen, die neben der Truppenverwaltung auch die jährliche Rekrutierung vorsah, ist der Auftrag der neuen Gefechtsregionen die Führung verbundener Teilstreitkräfte im Einsatzfall. Im Grundbetrieb obliegen nun den Teilstreitkräften Verwaltungsaufgaben und die Beübung der Truppen, während das Kommando im Einsatzfall auf die Gefechtsregionen übergeht.

Vom Ausland lernen heißt siegen lernen?

Betrachtet man die neue Struktur der Volksbefreiungsarmee im internationalen Vergleich, dann fallen sofort inhaltliche und namentliche Parallelen zu Strukturen und Organisationsbereichen anderer Streitkräfte auf. Im Kontext der Bundeswehr sind dies beispielsweise die *zhanlüe zhiyuan budui*, die Strategischen Unterstützungstruppen der VBA, die an das Kommando Strategische Aufklärung der SKB denken lassen, allerdings stehen sie im Gegensatz zur Bundeswehr im chinesischen System im Rang einer eigenen Teilstreitkraft. Die Streitkräftegemeinsame Unterstützungstruppe¹⁴ (*lianqin baozhang budui*), die erst am 13. September 2016 gegründet wurde, erfüllt in weiten Teilen Aufgaben des Organisationsbereiches Streitkräftebasis der Bun-



Der erste chinesische Flugzeugträger „Liaoning“.

deswehr. Die Ämter/Zentren sind wiederum unmittelbar mit bestimmten Organisationseinheiten der Bundeswehr vergleichbar.

Funktionell ist die neue Aufteilung in Theater Commands sowohl an die Kommandos der US-Streitkräfte (xxxCOM) als auch an die russische Einteilung in Regionalkommandos angelehnt.

China betreibt eine aktive und systematische Militärdiplomatie und versucht seit nunmehr rund 20 Jahren, durch Entsendung von Militärdelegationen ins Ausland einerseits Informationen über ausländische Streitkräfte zu gewinnen, andererseits aber auch, ausgewählten Offizieren die Möglichkeit des Perspektivwechsels zu geben, um ihnen die Notwendigkeit von Reformanstrengungen vor Augen zu führen.¹⁵ Auch in der chinesischen Fachpresse findet sich regelmäßig das Schlagwort: „Von den Erfahrungen ausländischer Streitkräfte lernen“¹⁶ Regelmäßig finden sich in chinesischen Militärdelegationen in protokollarisch nachrangiger Position Mitglieder der Akademie für Militärwissenschaften der VBA (*renmin jiefangjun junshi kexueyuan*), deren spezifische Aufgabe es ist, Informationen über die Streitkräfte des Gastlandes zu sammeln und für den Reformprozess der eigenen Streitkräfte nutzbar zu machen.¹⁷

Aktuelle sicherheitspolitische Lage in Ostasien

Die sicherheitspolitische Lage in Ostasien weist aktuell zwei dominierende Merkmale auf. Einerseits sprechen wir vom sicherheitspolitischen Paradoxon

Die sicherheitspolitische Lage in Ostasien weist aktuell zwei dominierende Merkmale auf. Einerseits sprechen wir vom sicherheitspolitischen Paradoxon Asiens: Die wirtschaftlichen Beziehungen sind stark und dynamisch, während die sicherheitspolitische Koordination wie auch das gegenseitige Vertrauen sich längst nicht auf dem gleichen Entwicklungsstand wie die Wirtschaftsbeziehungen befinden.

Asiens:¹⁸ Die wirtschaftlichen Beziehungen sind stark und dynamisch, während die sicherheitspolitische Koordination wie auch das gegenseitige Vertrauen sich längst nicht auf dem gleichen Entwicklungsstand wie die Wirtschaftsbeziehungen befinden. Obwohl als Begriff ursprünglich regional geprägt, gilt dieses Paradoxon mindestens auf zwei Ebenen, nämlich auf einer Ebene der Großmächte

für China und die USA, die einander als Wirtschafts- und Handelspartner engstens verbunden sind, während sie in Fragen globaler und regionaler Sicherheit regelmäßig unvereinbare Positionen einnehmen. Auf regionaler Ebene ist das Phänomen mindestens ebenso stark ausgeprägt. Für viele Staaten Ostasiens ist China der dominierende Wirtschaftspartner, während die USA

der bevorzugte Sicherheitsgarant sind.¹⁹ Der ehemalige australische Premierminister John Howard sagt es so: „Relationships are not a zero sum game. Our relationship with China has flourished at the same time as we have strengthened the US alliance.“²⁰

Parallel dazu besteht ein bemerkenswerter Mangel funktionierender regionaler sicherheitspolitischer Mechanismen. Zwar gibt es z.B. die Konferenz der Verteidigungsminister der ASEAN-Staaten (ADMM), aber diese Einrichtung wurde erst im Jahr 2004 beschlossen und im Jahr 2006 ins Leben gerufen. Zunächst handelte es sich um eine Konferenz der ASEAN-Mitgliedsstaaten (Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, den Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam), aber erst im Jahr 2013 wurden mit dem Format ADMM-Plus auch die wirtschaftlich und militärisch größten Mächte in der erweiterten Region aufgenommen: Australien, China, Indien, Japan, Neuseeland, die Russische Föderation, Südkorea und die USA. Auch ist festzuhalten, dass – unabhängig vom Spannungspotential zwischen China und den USA – auch die sicherheitspolitischen Beziehungen zwischen diesen neu hinzugekommenen Ländern nicht immer harmonisch sind.²¹

Angesichts dieser komplexen Sicherheitslage ist es umso bedenklicher, dass die Region immer mehr zu einem „Club starker Männer“ mit deutlichen Präferenzen für nationale Alleingänge und ausgeprägter Abneigung gegen international verbindliche Regelungen wird.

Die VBA als Bedrohung?

Die Frage, ob die Volksbefreiungsarmee als Bedrohung wahrgenommen wird, lässt sich am besten aus der Perspektive der Region beantworten. Das koreanische Defense White Paper 2014 benennt das Südchinesische Meer (a.a.O. S. 9-10) als Krisenherd, ohne China als Partei zu benennen; deutlicher artikuliert wird dies aus der Perspektive Indiens, das bei den Anrainerstaaten aufgrund des selbstbewussten Auftretens Chinas im Südchinesischen Meer deutliche Zweifel an den friedfertigen Absichten der Verteidigungspolitik der VR China wahrnimmt.²² Auch die Ankündigung Indiens, eine Rakete entwickelt zu haben, die Nordchina erreichen könne,²³ spricht nicht für Vertrauen in die regionale sicherheitspolitische Lage.

Mehrere Faktoren kommen zusammen:

1. das zunehmend selbstbewusstere Auftreten der VR China auf der internationalen Bühne;
2. das jahrzehntelange zweistellige Wirtschaftswachstum, das nicht nur überproportional wachsende Haushalte für die Streitkräfte trägt, sondern zunehmende Einflussmöglichkeiten auch im politischen Bereich bis hin zur Möglichkeit der Einflussnahme auf Innenpolitik schafft;
3. die forcierte technische Modernisierung der Streitkräfte;
4. Erfolge in Spitzentechnologien, die zwar nicht unbedingt in einem militärischen Kontext präsentiert werden, aber entweder vom Militär getrieben sind oder Elemente militärischer Nutzbarkeit enthalten, wie das chinesische Raumfahrtprogramm und Erfolge bei Supercomputern;
5. Anspruch und Durchsetzung umfassender staatlicher Kontrolle im Cyberspace; damit einhergehend die Anerkennung des Cyberspace als eigenständiger Domäne neben den klassischen Teilstreitkräften;
6. eine über die Jahre abnehmende Transparenz in der militärpolitischen Kommunikation, wie sie sich im fortschreitend reduzierten Umfang der ungefähr im Zweijahresrhythmus erscheinenden Weißbücher zeigt. Das aktuelle Weißbuch skizziert zwar eine umfassende Strategie, geht aber viel weniger als in früheren Weißbüchern auf Handlungsfelder und Militärpolitik ein; früher veröffentlichte Übersichten über bilaterale Besuche, Übungen etc. werden im Umfang deutlich reduziert oder völlig aufgegeben. Hinzu kommt, dass die Weißbücher im engeren Sinne keine Dokumente der VBA sind, sondern vom Staatsrat herausgegeben werden; in sie fließen auch Elemente einer nationalen Gesamtstrategie ein, die nicht primär im Militär zu verorten sind.
7. Geschickte Verschiebung von hoheitsrechtlich relevanten militärischen Aktivitäten aus einer behauptet außenpolitischen in eine innenpolitische Domäne, wie sich an der Neugliederung der chinesischen Küstenwache, ihrer materiellen Ausstattung (Fregatten) und ihren Einsätzen im Ost- und Südchinesischen Meer zeigen lässt.

Die VBA als internationaler sicherheitspolitischer Akteur?

Chinas selbst beanspruchte Softpower wird, trotz aller Erfolge (z.B. bei der Ebola-Krise oder bei der Gründung der AIIB) regelmäßig überschätzt, teils spielt China seine Einflussmöglichkeiten herunter, wenn es um kritische regionale Fragen wie das Nuklearprogramm

Nordkoreas geht („Nordkorea ist ein souveräner Staat“). Dennoch trägt China UN-Sanktionen in erheblichem Umfang nominell mit, wobei nicht immer klar ist, wie weit diese Sanktionen dann auch umgesetzt werden (siehe den Handel mit Nordkorea im chinesischen Grenzort Dandong). Vor diesem Hintergrund ist der Hauptauftrag der VBA, die Wahrung und Wiederherstellung der nationalen Einheit, aus chinesischer Perspektive weiterhin als nach innen gerichtet zu verstehen, und nur

in diesem Kontext muss für die beiden Regionen Taiwan-Straße und Südchinesisches Meer am ehesten mit einem tatsächlichen Einsatz der Streitkräfte gerechnet werden. Die chinesischen Streitkräfte werden, auch im kommunizierten Selbstverständnis der chinesischen Führung, zwar ihre technologischen und operativen Fähigkeiten für regionale Szenarien stärken, aber von punktuellen, UN-mandatierten oder humanitären Einsätzen abgesehen, auf absehbare Zeit keine globale militärische Durchsetzungsfähigkeit anstreben; stattdessen werden wirtschafts- und entwicklungsdominierte Konzepte (siehe AIIB oder OBOR) die regionale und globale außenpolitische Agenda Chinas noch stärker prägen als bisher. Gleichzeitig ist jedoch anzunehmen, dass China in den nächsten Jahren auf der internationalen Bühne eine der bedeutendsten Mächte werden wird. Modernisierte Streitkräfte werden diesen Machtzuwachs glaubwürdig unterstreichen.

Die chinesischen Streitkräfte werden, auch im kommunizierten Selbstverständnis der chinesischen Führung, zwar ihre technologischen und operativen Fähigkeiten für regionale Szenarien stärken, aber von punktuellen, UN-mandatierten oder humanitären Einsätzen abgesehen, auf absehbare Zeit keine globale militärische Durchsetzungsfähigkeit anstreben; stattdessen werden wirtschafts- und entwicklungsdominierte Konzepte die regionale und globale außenpolitische Agenda Chinas noch stärker prägen als bisher.

Zum Autor: Dr. Oliver Corff ist Sinologe, Politik- und Wirtschaftsberater. Er ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Dieser Aufsatz ging aus einem am 21. 9. 2016 bei MERICS (Mercator Institute for China Studies) gehaltenen Vortrag hervor.

Anmerkungen:

- 1 Die bereits mehrere Jahre dauernde Kampagne gegen Korruption hatte zu diesem Zeitpunkt bereits etliche prominente Opfer, auch im Sicherheitsapparat, zu verzeichnen. Zhou Yongkang, der ehemalige oberste Sicherheitschef Chinas, wurde am 21. November 2012 seines Amtes als Sekretär der Zentralkommission für Politik und Recht der KPCh enthoben und im folgenden Jahr unter Anklage gestellt, im Juni 2015 dann zu lebenslanger Haft verurteilt und aus der Partei ausgeschlossen. Im Zuge der gleichen Kampagne gegen Korruption wurden auch prominente Spitzenmilitärs ihrer Posten enthoben und unter Anklage gestellt, allen voran die Generale Guo Boxiong und Xu Caihou, ehemalige Mitglieder der Zentralen Militärkommission. Insgesamt wurden „über drei Dutzend Generale“ verhaftet (siehe dazu Minxin Pei: „China’s Crony Capitalism. The Dynamics of Regime Decay.“ Harvard University Press, Cambridge MA/London: 2016, S. 262). Angesichts der Zahl von ca. 2.000 Flaggoffizieren in der Volksbefreiungsarmee kann hier schwerlich von einem völligen Umbau des Personalkörpers der Spitzengliederungen gesprochen werden.
- 2 Vgl. dazu die Zusammenfassung der wesentlichen Argumente zu dieser These im Rahmen der Trierer China Gespräche 2016: <http://www.merics.org/veranstaltungen/veranstaltungsueckblicke/trierer-china-gespraech-2016/>, aufgerufen am 10. 1. 2017.
- 3 „Chinas Reduzierung von Truppen signalisiert Weg der friedlichen Entwicklung“, 06. September 2015, http://german.china.org.cn/china/2015-09/06/content_36507598.htm, zuletzt aufgerufen am 22. Jan. 2017.
- 4 Die systematische Betrachtung der Feind- und der eigenen Lage benennt schon der chinesische Strategielehrer Sunzi im 3. Kapitel seiner „Kunst des Krieges“ als Wesensmerkmal einer erfolgreichen militärischen Führung: zhi bi zhi ji zhe, bai zhan bu dai. „Wer [die Lage] des Gegners wie auch die eigene kennt, dem droht auch in 100 Schlachten keine Vernichtung“ (Übersetzung d. Verf.).
- 5 Im Antisezessionsgesetz von 2005 erklärt die VR China, dass als ultima ratio die Wiedervereinigung mit Taiwan prinzipiell auch mit militärischen Mitteln herbeigeführt werden kann.
- 6 An dieser Stelle ist ein historischer Exkurs nötig. In der Frage, wie mit der um 1880 administrativ in das China der Qing-Dynastie eingegliederten Provinz Xinjiang (wörtliche Bedeutung des Namens: „Neues Territorium“) und den Ansprüchen des Zarenreiches auf Zentralasien umzugehen sei, gab es auf chinesischer Seite zwei antagonistische Positionen. Der Stellv. Kriegsminister Zuo Zongtang vertrat die Auffassung, Xinjiang auf jeden Fall zu schützen und notfalls gegen das Zarenreich auch militärische Mittel zu ergreifen, wohingegen Li Hongzhang, der führende Außenpolitiker des späten Qing-Reiches und Gründer der Militärakademie Tianjin, ein Fürsprecher Russlands war, sich für eine Stärkung der Küstenregionen Chinas einsetzte und Xinjiang, das man auch Russland überlassen könne, als nutzlos betrachtete. Dieser Richtungsstreit, dessen Nachwirkungen sich noch bis in die 1950er Jahre bemerkbar machten, ist heute obsolet. China hat sowohl die sichere Kontrolle über Xinjiang erringen als auch seine Küstenregionen entwickeln als auch seine Beziehungen zum heutigen Russland neu definieren können.
- 7 „Informatisierung“, chinesisch, xinxihua, wurde als Begriff in den 1980er Jahren geprägt, aber es scheint, dass dieses Wort den Sprung aus der Welt der Soziologie in die Welt der Politik zuerst in China vollzogen hat. Der Begriff bezeichnet die Durchdringung aller Lebensbereiche mit Informationstechnologie und schließt nicht nur die technischen Möglichkeiten der Kommunikation, sondern auch die Potentiale und Auswirkungen der Gewinnung und Verwendung von Daten und Information auf menschliche Handlungen ein. Ein im Deutschen gebräuchlicheres, nur annähernd vergleichbares Schlagwort ist „Digitalisierung“, wie „Digitalisierung aller Lebensbereiche“. Im Gegensatz zu Digitalisierung beinhaltet aber Informatisierung nicht zwingend nur die digitale Komponente. Die staatliche Strategie der Informatisierung wurde am 08. Mai 2006 verabschiedet. Vgl. „2006—2020 nian guojia xinxihua fazhan zhanlüe [Entwicklungsstrategie der nationalen Informatisierung 2006—2020.]“ http://news.xinhuanet.com/newscenter/2006-05/08/content_4522878.htm, alternativ <http://www.chinanews.com/news/2006/2006-05-08/726880.shtml>, zuletzt aufgerufen am 22. Jan. 2017. Eine knappe, aber gute Zusammenfassung der Position der Informatisierungsstrategie im gesamtstaatlichen Kontext Chinas findet sich in Li Zhongzhou: China’s Informatization Strategy and its Impact on Trade in ICT Goods and ICT Services. http://unctad.org/sections/wcmu/docs/c3em29p016_en.pdf, zuletzt aufgerufen am 22. Jan. 2017.
- 8 Zur Frage, ob die chinesischen Landstreitkräfte durch die aktuellen Reformen herabgestuft oder eher aufgewertet werden, siehe den Aufsatz von Phillip C. Saunders and John Chen: „Is the Chinese Army the Real Winner in PLA Reforms?“ JFQ 83, 4th Quarter 2016: S. 44 – 48.
- 9 Zur früheren Gliederung der Volksbefreiungsarmee siehe Mulvenon, James C., und Andrew N. D. Yang, eds.: The People’s Liberation Army as Organization: Reference Volume v1.0. RAND, 2002, http://www.rand.org/pubs/conf_proceedings/CF182.html (zuletzt aufgerufen am 6. 1. 2017), sowie Kevin Pollpeter and Kenneth W. Allen, eds.: The PLA as Organization v2.0 (Vienna, VA: Defense Group Inc., 2015).
- 10 Siehe „Xi Jinping xiang Zhongguo renmin jiefangjun lujun huojun zhanlüe zhiyuan budui shouyu junqi bing zhi xunci [Xi Jinping überreicht den Landstreit-

- kräften, der Raketentruppe und den Strategischen Unterstützungstruppen der Volksbefreiungsarmee Chinas die Truppenfahne und hält eine Ansprache]“ http://www.81.cn/xuexi/2016-01/01/content_7442550.htm, zuletzt aufgerufen am 22. Januar 2017.
- 11 „China establishes Rocket Force and Strategic Support Force“, 01. Jan. 2016, http://english.chinamil.com.cn/news-channels/china-military-news/2016-01/01/content_6839967.htm, zuletzt aufgerufen am 22. Jan. 2017.
 - 12 „Expert: PLA Strategic Support Force a key force to win wars“, 06. Jan. 2016, http://english.chinamil.com.cn/news-channels/pla-daily-commentary/2016-01/06/content_6846500.htm, zuletzt aufgerufen am 22. Jan. 2017.
 - 13 Die Hinweise zu Strukturen und Funktionsgliederungen der Einheit 61398 der VBA als Element des Generalstabs („Computer Network Operations“; vgl. dazu Mandiant: „APT: Exposing One of China’s Cyber Espionage Units“ <https://www.fireeye.com/content/dam/fireeye-www/services/pdfs/mandiant-apt1-report.pdf>, zuletzt aufgerufen am 22. Januar 2017) erscheinen plausibel.
 - 14 Siehe „Zhongyang junwei lianqin baozhang budui chengli. Xi Jinping shouqi bing zhi xunci“ [Streitkräftegemeinsame Unterstützungstruppe der ZMK gegründet. Xi Jinping übergibt Truppenfahne und hält Ansprache], http://www.china.com.cn/news/2016-09/13/content_39294506.htm, zuletzt aufgerufen am 22. Jan. 2017.
 - 15 Für eine systematische Bewertung dieser militärpolitischen Delegationen aus der Perspektive der USA vgl. Pollpeter, Kevin L. „U.S.-China Security Management: Assessing the Military-to-Military Relationship.“ RAND, 2004-08-16. http://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/monographs/2004/RAND_MG143.pdf (zuletzt abgerufen am 7. Jan. 2017).
 - 16 Die chinesischen Phrasen jiejian wajun jingyan („Von den Erfahrungen fremder Streitkräfte Anleihen nehmen“) und xiang wajun xuexi („von fremden Streitkräften lernen“) finden sich im Kontext der Diskussion von Waffensystemen ebenso wie bei Taktik- oder Organisationsfragen. Eine Suche mit der chinesischen Suchmaschine baidu.com ergab ca. 11.100 Treffer für den ersten Ausdruck, 23.500 Treffer für den zweiten Ausdruck (Stand 11. Januar 2017).
 - 17 Vgl. dazu Li Xiang: Military Transformation with Chinese Characteristics in the New Century, Asia Paper. ISDP, 2013-07, S. 31. <http://www.isdp.eu/content/uploads/publications/2013-xiang-military-transformation.pdf>, zuletzt aufgerufen am 17. Okt. 2016.
 - 18 Ministry of National Defense, Republic of Korea: „2014 Defense White Paper“, S. 14.
 - 19 Siehe Zhang, Chi. Historical Changes in Relations Between China and Neighboring Countries (1949–2012), Asia Paper. ISDP, 2013-03-01. <http://www.isdp.eu/content/uploads/publications/2013-chi-historical-changes-in-relations-between-china-and-neighboring-countries.pdf>, S. 40 (zuletzt aufgerufen am 17. Okt. 2016).
 - 20 Rede des Premierministers von Australien, John Howard, anlässlich der Eröffnung des Symposiums „Global Forces 2007“. https://www.aspi.org.au/publications/global-forces-2007-proceedings-of-the-aspi-conference/ASPI_GLOBAL_FORCES_07.pdf, S. 9. Zuletzt aufgerufen am 27. Jan. 2017.
 - 21 Nachdem die Philippinen vor dem Ständigen Schiedsgericht in Den Haag gegen Chinas Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer klagten, erklärte China bereits im Vorfeld, ein Urteil des Schiedsgerichtes nicht anzuerkennen. Siehe „Schiedsgericht weist Chinas Ansprüche ab“, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/asien/suedchinesisches-meer-schiedsgericht-weist-chinas-ansprueche-ab-14336775.html>, abgerufen am 22. Jan. 2017. Der philippinische Präsident attackiert die USA und sucht die Wiederannäherung an China. Nordkoreas Führer Kim Jong-un wiederum setzt sich mit seinem Atomprogramm und seinen Raketenversuchen nicht nur über UN-Sanktionen hinweg. Donald Trump, seit dem 20. Januar 2017 Präsident der USA, positioniert sich gegen China und kündigte an seinem ersten Arbeitstag die Transpazifische Partnerschaft auf. Während des Wahlkampfes sprach er über die Möglichkeit von Nuklearwaffen für Südkorea und Japan und drohte gleichzeitig mit einem Rückzug der US-Streitkräfte aus dem Westpazifik.
 - 22 Vinod Anand: Trends in Chinese Military Modernization: Implications and Responses. Vivekananda International Foundation, Occasional Paper, February 2016, S. 3. <http://www.vifindia.org/sites/default/files/trends-in-chinese-military-modernization-implications-and-responses.pdf> (zuletzt aufgerufen am 22. Januar 2017).
 - 23 „India ready to conduct final test on Agni-V that can reach northern China“, 14. Dezember 2016, <http://www.ibtimes.co.in/india-ready-conduct-final-test-agni-v-that-can-reach-northern-china-708276> (aufgerufen am 22. Januar 2017), sowie „India Test-Fires N-Capable Agni-V With a Range to Reach China“, 26. Dezember 2016, <http://www.vishwagujarat.com/india/india-test-fires-n-capable-agni-v-range-reach-china/> (aufgerufen am 22. Januar 2017).

Zum Umgang mit Russland und zur Zukunft der NATO-Russland-Beziehungen – Ideen „für bessere Zeiten“¹

Klaus Wittmann

„Neues Denken“ in der russischen Außen- und Sicherheitspolitik

Wie vor 30 Jahren die marode Sowjetunion benötigt auch Putins Russland, „neues Denken“ in der Außen- und Sicherheitspolitik als Teil seiner dringlichen Modernisierung. Der Westen und besonders die NATO sollten das freilich erleichtern durch selbstkritische Anerkennung ihres Teils der Verantwortung für die Verschlechterung des Verhältnisses in den letzten fast zwanzig Jahren. In diese These mündet der vorliegende Beitrag, und sie wird mit konkreten Vorstellungen für kooperative statt konfrontativer Sicherheit zwischen dem Westen und Russland veranschaulicht werden.²

Solche Aussichten scheinen allerdings in weiter Ferne angesichts des Konflikts um die Ukraine. Krim-Annexion und Krieg in der Ostukraine haben die Voraussetzungen für jegliche positive Entwicklung stark beeinträchtigt. Doch muss langfristig das ernsthafte Angebot zu kooperativer Sicherheit bestehen bleiben. Die Lösung des Ukraine-Konflikts zunächst in der Ostukraine ist indes eine zentrale Voraussetzung für neuerliche Kooperation mit Russland. Deshalb ist den konstruktiven Anregungen, in die dieser Beitrag mündet, eine nüchterne Einschätzung von Charakter und Auswirkungen der Auseinandersetzung sowie weiterer Aspekte der russischen Politik vorangestellt. Zunächst aber einige Anmerkungen zum Handeln der NATO nach dem Fall der Berliner Mauer.

Die Kooperationsangebote der NATO

Die Nordatlantische Allianz passte sich nach dem Fall der Berliner Mauer äußerst zügig an die neuen Verhältnisse an.³ Beim NATO-Gipfeltreffen in London im Juli 1990 verkündeten die Staats- und Regierungschefs:⁴ „Today our Alliance begins a major transformation.“ Damit einher ging die Ankündigung einer radikalen Revision der Militärstrategie, und ehemaligen Gegnern im Warschauer Pakt wurde die Hand zur Zusammenarbeit entgegengestreckt, was bald zur Gründung des „Nordatlantischen Kooperationsrats“ führte.

Dazu eine persönliche Reminiszenz: Als deutscher Oberst im Internationalen Militärstab der NATO war der Autor Vorsitzender der „Militärstrategie-Ar-

beitsgruppe“, die den militärischen Beitrag zum ersten Strategischen Konzept der NATO nach dem Fall der Berliner Mauer erarbeitete – programmatisch eine „Strategie ohne Gegner“. Dieses wurde beim NATO-Gipfeltreffen in Rom im November 1991 verabschiedet. Zwei Wochen später wurde er offiziell zu einer Konferenz in Petrovo Dalnie bei Moskau entsandt, um vor zahlreichen Politikern, Militärs und Wissenschaftlern die „neue NATO“ zu präsentieren. Tags darauf kam der norwegische General Eide, Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, und verstärkte die Botschaft von kooperativer statt konfrontativer Sicherheit. Noch heute fragt man sich, was hätte erreicht werden können, wäre das damals in Moskau zum Nennwert genommen worden, anstatt die Klischees über die NATO des Kalten Kriegs zu perpetuieren.

Und eine zweite Erinnerung: Im Oktober 1990 besuchte der sowjetische Generalstabschef, General Moiseiev, erstmals das NATO-Hauptquartier. Der Verfasser erhielt den Auftrag, für den Vorsitzenden des Militärausschusses, den höchsten Soldaten der NATO, die Begrüßungsansprache zu entwerfen. Er ist quasi Zeitzeuge für die Ernsthaftigkeit der Kooperationsangebote des westlichen Bündnisses. Doch ist es wohl müßig, heute über die damaligen Chancen zu spekulieren (oder auch darüber, wie die Entwicklung hätte verlaufen können, wäre 1999 Boris Nemezow statt Wladimir Putin zum Nachfolger Präsident Jelzins bestimmt worden⁵).

Denn die NATO-Politik einer Unterstützung der Demokratisierung und Stabilisierung sowie Westintegration der mittel- und osteuropäischen (MOE-) Staaten bei gleichzeitiger Entwicklung der Partnerschaft mit Russland hat sich als zunehmender Misserfolg erwiesen. Im Zuge erneuter Konsolidierung des Landes entfaltete sich dort die Vorstellung, der Westen habe Russland während der Jelzin-Ära in einer Phase der Schwäche übervorteilt. In der spektakulären Putin-Rede vor der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2007 fokussierten sich der Demütigungskomplex, die Frustration darüber, dass der Westen „macht, was er will“, und das Gefühl, ausgegrenzt zu sein.⁶ Doch isolieren kann Russland sich nur selbst. Das tut seine Führung derzeit mit einer Politik (nach innen und nach außen), die das Gegenteil ist von Gorbatschows „Perestroika“, „Glasnost“ und „Neuem Denken“.

Verfrüht war die Erleichterung darüber, dass die Sowjetunion „nicht mit einem Knall, sondern mit einem Seufzer“ untergegangen war.⁷ So erscheint „Postim-

Isolieren kann Russland sich nur selbst. Das tut seine Führung derzeit mit einer Politik ..., die das Gegenteil ist von Gorbatschows „Perestroika“, „Glasnost“ und „Neuem Denken.“

periale Räume“ als immer relevanteres Forschungsgebiet, zumal auch die Auflösung des Habsburger und des Osmanischen Reichs noch (bzw. erneut) lange Schatten werfen.

Die Angebote des Westens an Russland sind aber vielfältiger gewesen, als die russische Propaganda glauben machen will, einschließlich der Aufnahme in IMF, Weltbank, G8, G20, WTO sowie der Einrichtung des NATO-Russland-Rats und der deutscherseits vorgeschlagenen Modernisierungspartnerschaft. In seiner sogenannten „Bürgersprechstunde“ am 16. April 2015 sagte Putin, Russland strebe nicht nach Weltmacht. Die Sowjetunion habe falsch gehandelt, den osteuropäischen Staaten ihr System aufzuzwingen, deshalb sei sie gescheitert. Die USA wiederholten heute diesen Fehler der Sowjetunion und würden ebenso scheitern.⁸ Welch ein Vergleich – bei einem US-Präsidenten, acht Jahre im Amt, der George W. Bushs „Demokratisierungs“- und Interventionspolitik scharf kritisierte, sich aus Europa tendenziell zurückzog und Russland einen „Neustart“ der Beziehungen anbot.

Putins Motive

Ungeachtet aller Warnung vor Personalisierung und Dämonisierung ist Wladimir Putin der zentrale russische Entscheider, weshalb seine Persönlichkeit, Sozialisierung und Motivlage intensiver Betrachtung wert sind.⁹ „Putin verstehen“ ist notwendig, was aber nicht *Verständnis* für sein Vorgehen bzw. dessen Billigung bedeuten muss. Es scheint sechs hauptsächliche Motive zu haben:

Erstens russischer Revisionismus, der sich aus Großmachtnostalgie und dem Kummer über den Zerfall der Sowjetunion speist – das geopolitische Motiv. Hier spielt das Streben nach exklusiven Einflussphären eine zentrale Rolle, und die Europäische Union wird in eins gesetzt mit der NATO (siehe Lawrows Reden vom „Machtbereich“ der EU).

Zweitens das wohlbekannt historische Muster der Ablenkung von inneren Problemen und Mobilisierung interner Unterstützung durch Aggression gegen äußere „Gegner“.

Drittens das Bestreben, durch Offenhalten des Konflikts den Anschluss der Ukraine an die NATO dauerhaft zu verhindern.

Viertens die Vorstellung, NATO-Erweiterung, „Farben-Revolutionen“ und EU-Östliche Nachbarschaftspolitik stellten allesamt US-gelenkte „Eroberung“ russischen Einflussgebiets und Angriffe auf Russlands „Größe“ dar.

Fünftens Putins Frustration darüber, dass Russland vom Westen nicht auf Augenhöhe akzeptiert werde. Er scheint zu glauben, durch Regelverletzung und Aggression Respekt und gleichen Status mit den USA erzwingen zu können.

Sechstens (und möglicherweise am wichtigsten) die interne politische Entwicklung Russlands. In Reaktion auf die Demonstrationen von 2011 und 2012 wurden Demokratisierung und Liberalisierung gestoppt, und Putin scheint den denkbaren Erfolg einer demokratischen, gar westlich orientierten Ukraine als existentielle Bedrohung seines eigenen Herrschafts- und Machtsystems zu betrachten. Als KGB-Major in Dresden hat er den Sturz eines festgefügt geglaubten Systems innerhalb von Wochen miterlebt – wohl ein anhaltendes Trauma! Treffend wurde seine Ambition (und die anderer autokratischer Mächte) als „democracy containment“ bezeichnet.¹⁰ Dass man in Moskau Anfang 2015 hunderttausend Demonstranten zu einer Kundgebung unter dem Motto „Anti-Maidan“ versammelte, erscheint als geradezu tragikomisches Zeichen der Schwäche. „Putin fürchtet in Wahrheit nicht die NATO“, schrieb die Süddeutsche Zeitung. „Er fürchtet sein eigenes Volk.“¹¹

Das Verstehen solcher Beweggründe ist notwendig, aber auch, sich selbst mit den Augen des anderen zu betrachten – wenngleich das nicht die Aufgabe eigener Prinzipien und von Rechtspositionen bedeuten kann. Die Stiftung Wissenschaft und Politik legte jüngst einleuchtend dar, wie das vom Westen als revisionistisch angesehene Russland ebendessen Politik als „revisionistisch“, da gegen den Status quo gerichtet, betrachtet.¹²

Der Ukraine-Konflikt

Russlands Bereitschaft zum Einsatz nackter (wenn auch teilweise verdeckter) militärischer Gewalt im Konflikt um die Ukraine zählt zu den überraschenden Entwicklungen der letzten Jahre.¹³ Oder wer hätte noch vor vier Jahren geglaubt, das Assoziierungsabkommen eines souveränen Landes mit der Europäischen Union könnte einen Kriegsgrund abgeben? Andererseits hätte man die russischen Reaktionen 1999 (Kosovo-Luftkampagne der NATO), 2007 (Putins Münchener Rede) und 2008 (NATO-Gipfel Bukarest, Anerkennung Kosovo-Unabhängigkeit und Georgien-Krieg) möglicherweise realistischer einschätzen können.

Das gewaltsame Vorgehen gegen die Ukraine bedeutet jedenfalls einen Paradigmenwechsel für die europäische Sicherheitsordnung. Die Regeln der Schlussakte von Helsinki 1975, bekräftigt und substantiiert in der Charta von Paris 1990 – Souveränität und Gleichheit europäischer Staaten, territoriale Integrität, Unverletzlichkeit von Grenzen, friedliche Streitschlichtung, Freiheit der Bündniswahl –, waren zunehmend als selbstverständlich und gesichert betrachtet worden. Sie sind durch Russland grundsätzlich in Frage gestellt. Fundamentales Vertrauen ist zerstört. Russland sieht sich im Konflikt mit „dem Westen“, doch die Interpretation seiner Handlungsweise lediglich als Reaktion auf Aktionen des Westens oder der USA greift zu kurz.



Ostukraine - Vereinbarung von Minsk

Es geht nicht um „Integrationskonkurrenz“ mit der Ukraine als Streitobjekt.¹⁵ Wenngleich Perzeptionen wirkmächtige Tatsachen sein können, geht es auch nicht um „unterschiedliche Wahrnehmungen“ von Konfliktursachen (so Botschafter Grinin in einem Rundfunkinterview). Und die großen innerukrainischen Probleme sind keine Rechtfertigung für gewaltsames Eingreifen durch eine auswärtige Macht (die sich sogar makabrerweise auf die VN-proklamierte „Responsibility to protect“ beruft). Ohne russische Aggression gäbe es in der Ostukraine keinen „Bürgerkrieg“. Es geht um Selbstbehauptung, Souveränität und Unverletzlichkeit von Grenzen sowie um das Recht der Ukraine auf Lösung ihrer Probleme ohne Intervention von außen.

In einem „Politischen Salon“ in Potsdam wurde behauptet, der Westen wolle Russland mit einem *cordon sanitaire* einhegen. Dies verrät vor allem eins: Objekt-Denken gegenüber den MOE-Staaten. Die *cordon sanitaire*-These lässt den Freiheitsdrang derjenigen außer acht, die nach dem Fall der Berliner Mauer dem Völkergefängnis Sowjetunion bzw. der Gängelung und beschränkten Souveränität im Warschauer Pakt entkommen waren und sich angesichts der gemachten Erfahrungen dringlich dem Westen anschließen wollten. Ein zutreffenderer Gebrauch der Metapher war von Berthold Kohler in der FAZ zu lesen: Putin wünsche sich einen „*cordon sanitaire* von scheiternden Staaten, der sein Reich vor der Ansteckung mit westlichen Ideen schützen soll“.¹⁴

Die EU hat Fehler gemacht im Hinblick auf die Östliche Nachbarschaftspolitik und das Assoziierungsabkommen, aber die Entweder-Oder-Zwangslage für die Ukraine ging nicht von ihr aus, sondern von Russland. Und die NATO hat mit der aktuellen Entwicklung wenig zu tun. Denn seit ihrem Gipfeltreffen in Bukarest 2008 steht fest, dass eine denkbare NATO-Mitgliedschaft der Ukraine in sehr weiter Ferne liegt. Putins Argument, bevor Sewastopol in NATO-Hand gefallen wäre, habe er eingreifen müssen, ist besonders plumpe Propaganda (2010 war ja Russlands Nutzungsrecht vertraglich um weitere 25 Jahre bis 2042 verlängert worden).

Ohne russische Aggression gäbe es in der Ostukraine keinen „Bürgerkrieg“. Es geht um Selbstbehauptung, Souveränität und Unverletzlichkeit von Grenzen sowie um das Recht der Ukraine auf Lösung ihrer Probleme ohne Intervention von außen.

Die NATO-Erweiterung, die in Russland politisch-psychologisch natürlich als schmerzhaft empfunden wird, war nie eine Bedrohung – nicht einmal eine aktive Expansion, sondern der erwähnte Drang der wieder freien mittel- und osteuropäischen Staaten und ehemaligen Zwangs-Sowjetrepubliken im Baltikum nach Westen, der Gründe hatte, über die man in Moskau nachdenken sollte. Propaganda ist auch die ständig wiederholte Behauptung, die Sowjetunion bzw. Russland hätten Zusicherungen hinsichtlich einer Nichterweiterung der NATO erhalten.¹⁶

Keine Fehlentwicklung in der Ukraine und kein Fehler der NATO, der EU oder der USA rechtfertigt militärisches Eingreifen, Einschleusen von bewaffneten Provokateuren, Söldnern, Spezialkräften und Waffensystemen, gewaltsames Verschieben von Grenzen, Wegnahme von Teilen eines souveränen Staates.

Ähnlich Transnistrien steht die Ostukraine nun unter russischem Einfluss – ein neuer „eingefrorener Konflikt“ (eigentlich ein „schwelender“ Konflikt, der jederzeit wieder aufflammen kann). Putin sprach lange von „Neurussland“, und manche verlangen offen, noch weiter vorzudringen. Das Abkommen von Minsk ist noch immer nicht implementiert, und in der Ostukraine werden weiter vollendete Tatsachen geschaffen. Außerdem sollte der durchaus ungleiche Charakter der Vereinbarungen nicht übersehen werden: Einerseits geht es um interne Reformen in der Ukraine, die sicher teilweise nötig sind, aber teilweise von Russland in spalterischer Absicht erzwungen wurden und über die sich Moskau ein *droit de regard* gesichert hat, und andererseits um elementare Aspekte von staatlicher Sicherheit und Souveränität: die ukrainische Kontrolle über Hunderte von Kilometern Grenze zu Russland sowie um die fortwährende Anwesenheit von vielen russischen Panzern, Geschützen, Raketenwerfern

etc. sowie russischem Armeepersonal. Dass in der Minsk II-Vereinbarung die Kiewer Verfassungsreform sogar zur Voraussetzung für die Wiederherstellung der Grenzkontrolle gemacht wurde, war nur möglich angesichts der damaligen Kräfteverhältnisse nach der Gegenoffensive von „Separatisten“ und Russen, die kein günstigeres Abkommen zuließ, wollte man in Minsk das Blutvergießen beenden und weiteres Vordringen Russlands verhindern.

Natürlich gibt es im Ukraine-Konflikt keine militärische „Lösung“, aber klar ist, dass die russische Führung Interessen mit militärischer Gewalt durchsetzt. Insofern kann man in der Diskussion über denkbare Waffenlieferungen an die Ukraine geteilter Meinung sein: Die *Berechtigung* steht außer Frage angesichts der russischen Aggression, auch wenn man Zweifel an der *Zweckmäßigkeit* haben und sagen kann, Putin werde dann immer weiter eskalieren (wie Bundeskanzlerin Merkel auf der Münchener Sicherheitskonferenz¹⁷). Trotzdem ist zu hoffen, dass die Ukraine in den Stand versetzt wird, weitere militärische Vorstöße z.B. mittels PzAbw-Waffen und Anti-Artillerie-Radar (in diesem Zusammenhang defensive Systeme) abzuwehren.¹⁸ Das dichotomische Reden über entweder Diplomatie oder Militär ist grundsätzlich falsch. Auch Waffen können zur Deeskalation beitragen.

Und Putin kann nicht unbegrenzt eskalieren, weil die Nachrichten über in der Ukraine gefallene russische Soldaten (im posthum veröffentlichten Nemzow-Papier)¹⁹ für ihn äußerst unangenehm waren und sind. Arkadi Babschenko nennt das „Putins schrecklichste Tat“:²⁰ ihre „Anonymisierung. Ihre Bestattung in namenlosen Gräbern. Die Leugnung jeglicher Beteiligung der Gefallenen an Kampfeinsätzen in der Ukraine.“ Und die Angehörigen seien (noch) zum Schweigen bereit. Andererseits kann Putin nicht einfach aufhören, obwohl ihm klar sein muss, dass er die Einigkeit von NATO und EU angesichts der flagranten Verletzung der von Moskau mitvereinbarten europäischen Sicherheitsordnung unterschätzte, dass er Russland in eine Sackgasse geführt hat und dass die nationalistische Begeisterung irgendwann wieder abflauen wird. Russland muss zurückkehren zur Achtung der Prinzipien von Helsinki und Paris. Das Land, das am konsequentesten auf „Nichteinmischung“ beharrt, hat sich in seit Jahrzehnten nicht dagewesener Weise gewaltsam in die inneren Angelegenheiten seines Nachbarn Ukraine eingemischt.

Reaktionen von EU und NATO

Mit der vom Kreml nicht erwarteten Einigkeit in EU und NATO müssen Russland weiterhin die Grenzen aufgezeigt werden. Zwar sind Sanktionen problematisch, aber unausweichlich angesichts einer gewissen Hilflosigkeit hinsichtlich militärischer Antworten, um zumindest Putins Kosten-Nutzen-Kalkül zu beeinflussen und die Kräfte um ihn herum nachdenklich zu machen. Und natürlich ist die Ukraine kein NATO-Mitglied. Doch wäre auch darüber nachzudenken, was im Grundlagendokument der Partnerschaft für den Frieden eigentlich die Konsultationsklausel wert ist.

Wenn es aber um die NATO und ihre Mitglieder geht, kann es nur eins geben: eindeutige und glaubwürdige Entschlossenheit zum Schutz aller.²¹ Seit Jahren war zu beobachten, wie – entgegen der richtigen Maxime, Sicherheit in Europa gebe es nur *mit*, nicht *gegen* Russland – die mittel- und osteuropäischen Staaten Sicherheit *vor* Russland suchten. Das ist keineswegs in Russlands Interesse. Insbesondere in den baltischen Staaten sind die

Wenn es um die NATO und ihre Mitglieder geht, kann es nur eins geben: eindeutige und glaubwürdige Entschlossenheit zum Schutz aller.

bislang eher latenten Befürchtungen virulent geworden. Denn es ist fast unmöglich abzuschätzen, wie weit der russische Präsident zu gehen bereit ist in seinem revisionistischen Furor und ethnischen Nationalismus. Treffend wurde seine Politik in einer Konferenz des European Leadership Network als brinkmanship (Politik des äußersten Risikos) bezeichnet, die intensives Bemühen um Deeskalation erfordere.²²

Der grundlegenden Herausforderung hat sich die NATO bei ihren Gipfeltreffen in Wales Anfang September 2014 und in Warschau Anfang Juli 2016 gestellt.

Ihre Mitglieder beschlossen dort als Reaktion auf Russlands Vorgehen gegen die Ukraine eine umfassende Anpassung der Allianz – die tiefst greifende seit der Transformation, die auf das Ende des Ost-West-Konflikts folgte.²³ Deren Ziel ist eine umfangreiche Stärkung der Verteidigungs- und Reaktionsfähigkeit. Damit ist Bündnisverteidigung, im neuen Strategischen Konzept von 2010 gleichberechtigt neben Krisenmanagement und Kooperativer Sicherheit, wieder die zentrale Kernaufgabe der NATO. Beim NATO-Gipfel im Juli 2016 in Warschau wurden die Wales-Entscheidungen in ihrer Umsetzung bewertet sowie fortgeschrieben und ergänzt. Ihr wichtigstes Element ist der *Readiness*

Action Plan (RAP), Ausdruck einer militärischen Neujustierung der Allianz, die bezüglich Ausrüstung, Ausbildung und Übungstätigkeit sowie für Planung und Logistik bedeutende Veränderungen bewirkt²⁴. Dazu gehören die schon im Frühjahr 2014 beschlossenen *reassurance*-Maßnahmen, die das Vertrauen der durch das russische Vorgehen alarmierten östlichen Mitglieder in das Bestandsversprechen der NATO stärken sollten: u.a. Luftraumüberwachung im Baltikum, vermehrte AWACS-Flüge, verstärkte Marineüberwachung, zusätzliche Übungen und personeller Ausbau von NATO-Hauptquartieren.

Außerdem erhöht die NATO ihre Einsatzbereitschaft und Reaktionsfähigkeit. Sie schafft Voraussetzungen für rasche Verlegung von Truppenteilen an die Süd- oder die Ostflanke der NATO. Dazu wurden regionale ständige Aufnahmestäbe (NATO Force Integration Units, NFIU) mit jeweils etwa 40 Mann zunächst in den baltischen Staaten, Polen, Rumänien und Bulgarien eingerichtet. Sie dienen der schnellen Verlegung von Streitkräften in die Region sowie der Planung und Koordinierung von Ausbildung und Übungen. Regionale NATO-Hauptquartiere übernehmen mehr Verantwortung, v.a. das des Multinationalen Korps Nordost (MNK NO), in Stettin betrieben von Deutschland, Polen und Dänemark. Dieses wurde in höhere Einsatzbereitschaft versetzt und führt künftig Einsätze zur Bündnisverteidigung im Osten. Außerdem wird die *NATO Response Force* (NRF) auf Divisionsstärke vergrößert und rascher einsetzbar und erhält eine besonders schnelle Eingreiftruppe von rund 5000 Mann, die *Very High Readiness Joint Task Force* (VJTF), zwar defensiv, aber „Speerspitze“ genannt.

Öffentlich am lebhaftesten diskutiert wurde die Entscheidung beim Warschauer Gipfel, die „vorgeschobene Präsenz“ der NATO in Estland, Lettland, Litauen und Polen zu verstärken – als unzweideutige Demonstration alliierter Solidarität, Entschlossenheit und Handlungsfähigkeit angesichts jedweder Aggression. Multinationale Kräfte von „Rahmennationen“ mit Beiträgen anderer sollen aus auf Rotationsbasis stationierten multinationalen Bataillonen bestehen, die mit einheimischen Truppen zusammenwirken. Die ständige Präsenz solch multinationaler Kräfte, untermauert durch eine wirksame Verstärkungsstrategie, bekräftigt den NATO-Grundsatz, dass ein Angriff auf einen Alliierten einem Angriff auf alle gleichkäme.

Ist das „Säbelrasseln“ und „Kriegsgeheul“? Dreht die NATO an der „Eskalationsschraube“? Sind ihre Gipfelentscheidungen „provokativ“? Nein, sie sind das Minimum dessen, was die NATO den östlichen Alliierten und sich selbst

schuldig ist. Niemand in Russland kann sich durch diese Minimalmaßnahmen bedroht fühlen. Und wenn die - völlig transparente - Übung „Anaconda“ in Polen (kurz vor dem Gipfeltreffen) kritisiert wird, sollte man sie mit Zahl, Umfang, Orten, Szenarien und Überraschungscharakter russischer Militärübungen in jüngster Zeit vergleichen.

Mit den Warschauer Beschlüssen wollten die Alliierten eindeutig innerhalb der Beschränkungen der NATO-Russland-Grundakte von 1997 bleiben. Diese sollte, auch wenn Russland sie nach Geist und Buchstabe verletzt hat, bewahrt werden – „für bessere Zeiten“. Allerdings ist es nicht zutreffend, dass die Abmachung die Stationierung von NATO-Truppen in mittel- und osteuropäischen Bündnisländern „verbietet“. Politiker und Journalisten, die das behaupten, sollten in den Text des Dokuments schauen, wo in behutsamer Formulierung eine einseitige Selbstbeschränkung der NATO wiedergegeben wird:²⁵ „Die NATO wiederholt, dass das Bündnis in dem gegenwärtigen und vorhersehbaren Sicherheitsumfeld seine kollektive Verteidigung und andere Aufgaben eher dadurch wahrnimmt, dass es die erforderliche Interoperabilität, Integration und Fähigkeit zur Verstärkung gewährleistet, als dass es zusätzlich substantielle Kampftruppen dauerhaft stationiert.“ Das erlaubt viel Flexibilität, eine US-Brigade und einige Bataillone sind sicher unterhalb dieser Schwelle.



Ministerin von der Leyen besucht das multinationale Bataillon in Litauen

Deutschland hatte an allen diesen Beschlüssen wichtigen konzeptionellen Anteil und half zugleich, weitergehende Vorstellungen östlicher Bündnispartner zu neutralisieren, nach denen die NATO-Russland-Grundakte hätte aufgekündigt werden sollen und umfangreiche permanente Truppenstationierungen im Osten vorgesehen worden wären. Deutschland beteiligt sich an allen NFIUs und verdoppelt beim Multinationalen Korps Nordost sein Personal. Da 2015 turnusmäßig das Deutsch-Niederländische Korps in Münster das Kommando über die Landkomponente der NRF innehatte, war Deutschland auch maßgeblich mitverantwortlich für Aufbau, Erprobung und Führung der „Speerspitze“. Auch führt es das für Litauen vorgesehene multinationale Bataillon .

So trägt Deutschland, vor wenigen Jahren noch von manchen in der Allianz als Wegducker und Trittbrettfahrer betrachtet, bei dem ständige Wiederholung

die eigentlich angemessene Maxime von der „Kultur der militärischen Zurückhaltung“ entwertet hatte und als Ausflucht erscheinen ließ, einen Hauptanteil an der Neuausrichtung der NATO. Die neuen Aufgaben stellen Berlin vor politische, militärische und finanzielle Herausforderungen. Die Erwartungen an Deutschland sind gestiegen, auch im Zusammenhang mit den Ermahnungen Bundespräsident Gaucks zur Übernahme größerer Verantwortung im internationalen Geschehen. Dazu gehört auch, Bundestag und Öffentlichkeit plausibel zu vermitteln, „wie tiefgreifend sich das Bündnis gerade verändert, wie substantiell der deutsche Beitrag dafür ist und warum beides notwendig ist“.²⁶ Militärisch bedeutet das deutsche Engagement mittelfristig mehr Personal, Ausrüstung, Übungstätigkeit und Transportkapazität, was nicht ohne Konsequenzen für den Verteidigungshaushalt bleibt. In der Tat hat die Bundesregierung mittlerweile eine „Trendwende“ beim Verteidigungshaushalt, bei der Personalstärke („Ende des Abbaus“) und bei der Materialausstattung eingeleitet.²⁷

Weitere Aspekte der russischen Politik

In Syrien hat das auf die Wiener Konferenz vom Oktober 2015 folgende unabgestimmte militärische Vorgehen Russlands nichts mit dem Wunsch nach einem Ende von Krieg und Leiden zu tun, sondern mit der Ablehnung jeder Art von Regimewechsel, der Demonstration militärischer Macht, der unkritischen Übernahme von Assads „Terroristen“-Definition, mit dem Interesse am Erhalt der russischen Militärstützpunkte und vor allem mit dem Wunsch, „es Amerika zu zeigen“ und Russland in Nahost als Großmacht zu etablieren. Mit Russlands Unterstützung sieht Assad keinerlei Grund für Kompromisse oder Friedensabkommen. Und die sogenannte „Befreiung von Aleppo“ werden Historiker demaleinst in einem Atemzug mit Ruanda und Srebrenica nennen.

Mit der erwähnten Furcht vor dem „demokratischen Virus“, mit dem Streben nach erneuter russischer „Größe“ und der Externalisierung der gravierenden innerrussischen Probleme hat auch die Feindseligkeit der russischen Führung gegenüber „dem Westen“ zu tun, der unter Instrumentalisierung der Orthodoxen Kirche als dekadent gebrandmarkt wird („Gayropa“). Propaganda, Unterstützung populistischer Parteien, Genugtuung über die im Brexit-Votum der britischen Bevölkerung und in der Migrationskrise deutlich gewordenen Probleme der EU, dominierende Rolle Russlands in Nahost in Ausnutzung des von den USA hinterlassenen Vakuums, Cybersabotageaktionen gegenüber westlichen Staaten, Gesellschaften und Institutionen, die Hoffnung auf Entgegenkommen des neuen amerikanischen Präsidenten (möglicherweise zu Lasten der Uk-

raine und der baltischen Staaten): Präsident Putin mag Genugtuung empfinden über eine Reihe von „Erfolgen“ im Jahre 2016. Aber die sind vordergründig, und ihnen haftet nichts Konstruktives an. Welches die Implikationen der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten sind, muss sich noch herausstellen.²⁸

Jedenfalls muss sich die NATO angesichts des Charakters der russischen Intervention in der Ukraine auch und besonders den spezifischen Herausforderungen widmen, die das breite integrierte Spektrum offener und verdeckter militärischer, paramilitärischer, ziviler und Propagandamaßnahmen bedeutet: in der NATO-Terminologie „hybride Kriegführung“ genannt, die man auch als „strategische Subversion“ bezeichnen kann. Es entspricht der vor Jahren vom russischen Generalstabschef vertretenen Doktrin „nichtkonventioneller“ Kriegführung, wo die Grenze zwischen Krieg und Nichtkrieg verschwimmt und die NATO Aktionen befürchten müsste, mit denen die „Artikel 5-Schwelle“ unterlaufen würde. Der Gipfel in Warschau fasste hierzu Beschlüsse, die engere Zusammenarbeit mit der Europäischen Union auf diesem Gebiet ins Auge fassen und der „Resilienz“ von Gesellschaften, Infrastruktur und Versorgungssystemen einen hohen Stellenwert zuweisen.²⁹

Über Putin hinausdenken

Was über die Reaktion der NATO ausgeführt wurde, betrifft die *eine* Seite ihrer Harmel-Philosophie von 1967, die auf Verteidigung *und* Entspannung, Festigkeit *und* Dialogbereitschaft beruht. Deren prägnantester Ausdruck war der NATO-Doppelbeschluss von 1979 mit der nachfolgenden westlichen „Nachrüstung“ wegen ausbleibenden sowjetischen Einlenkens.³⁰ Gorbatschow hat 1993 bekannt, die westliche Konsequenz in diesem Zusammenhang sei mit ausschlaggebend für das „neue Denken“ in der sowjetischen Außenpolitik gewesen.

Beim Gipfel in Warschau wurde auch der andere Aspekt dieser Philosophie, das fortwährende Dialogangebot an Moskau, stark hervorgehoben. In diesem Kontext abschließend einige konstruktive Zukunftsgedanken – gewissermaßen „für bessere Zeiten“. Russland wird ja Nachbar, und weitgehend Teil Europas bleiben – wenn auch nicht *Nachbar Deutschlands*. Beim Beschwören deutsch-russischer „Nachbarschaft“ wird leicht übersehen, dass zwischen beiden 90 Millionen Menschen leben, die bei einer Einigung Deutschlands und Russlands über ihre Köpfe hinweg ungute historische Reminiszenzen haben.

Russland braucht, um die eingangs formulierte These zu wiederholen, „neues Denken“ in der Außen- und Sicherheitspolitik, als Teil seiner dringend notwendigen Modernisierung. Der Westen und besonders die NATO sollten das durch selbstkritische Anerkennung ihres Teils der Verantwortung für die fortgesetzte Verschlechterung des Verhältnisses in den letzten fast zwanzig Jahren erleichtern.

Neues Denken auf russischer Seite würde folgendes umfassen: Die NATO-Klischees aus dem Kalten Krieg und deren innenpolitische Instrumentalisierung müssten aufgegeben werden. Das Bündnis hat seit seiner Londoner Erklärung vom Juli 1990 ehemaligen Gegnern aufrichtig die Hand zur Zusammenarbeit entgegengestreckt, und in ihrer „Grundakte“ von 1997 erklärten die NATO und Russland, sich gegenseitig nicht mehr als Gegner zu betrachten. Russland muss erkennen, dass es Gefährdungen seiner Sicherheit aus Süden und möglicherweise aus Osten, aber nicht vom Westen zu gewärtigen hat. Zugleich muss der Kreml einsehen, welche Befürchtungen das Bestehen auf einer privilegierten Einflussphäre, die proklamierte „Pflicht“ zum „Schutz von Russen, wo immer sie leben“ (teilweise erst kurz vorher durch Ausgabe russischer Pässe zu solchen geworden) und die russische Geschichtspolitik in Nachbarländern hervorrufen. Souveränität, Integrität und Unabhängigkeit der postsowjetischen Staaten sind anzuerkennen, und zu ihrem Sicherheitsgefühl müsste Moskau aktiv beitragen, anstatt es zu unterminieren. Respektierung von Verpflichtungen, Regeln und Institutionen entsprechend der Charta von Paris (1990) ist die Grundlage kooperativer Sicherheitspolitik in Europa. Hier wie auch in der globalen Politik sollte Russland sich durch konstruktive Mitwirkung hervortun statt durch „Verhinderungspolitik“. Das schließt die Notwendigkeit ein, bei „eingefrorenen Konflikten“ (wie Transnistrien, Süd-Ossetien, Abchasien, Berg-Karabach und jetzt Ost-Ukraine) aktiv zur Lösung beizutragen, anstatt sie zur Destabilisierung von Nachbarn am Schwelen zu halten. Dringend wäre insgesamt die Überwindung der Vorstellung von Sicherheit als „Nullsummenspiel“, wo eine Seite nur auf Kosten der anderen gewinnen kann.

Seitens der NATO müsste vor allem folgendes selbstkritisch erkannt werden (wenn auch keinesfalls als Rechtfertigung für Putins völkerrechtswidriges Handeln in der Ukraine): Nur mangelhaft hat man die russische „politische Psychologie“ verstanden und den treffend so bezeichneten „imperialen Phantomschmerz“. Nach Ende des Kalten Krieges wurde der Frage nach dem Platz Russlands in der europäischen Sicherheitsordnung zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet und wurden beispielsweise russische Vorschläge zur Anpassung des

KSE-Vertrags über die konventionellen Streitkräfte ostentativ missachtet. Kontraproduktiv umgegangen wurde mit den Beitrittsambitionen Georgiens und der Ukraine, die beim NATO-Gipfel in Bukarest 2008, als die USA für sie den „Membership Action Plan“ (MAP) durchsetzen wollten, für diesen nächsten Schritt in Richtung NATO-Mitgliedschaft überhaupt nicht reif waren. Keinerlei Verständigung mit Russland wurde hier gesucht, während doch frühere Erweiterungsrounds durch die Gründung bzw. Aufwertung des NATO-Russland-Rats „abgefedert“ worden waren. Der heute so kontroverse Raketenabwehrplan, eigentlich im beiderseitigen Interesse, wurde zu spät als kooperatives Projekt angeboten. Was die Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo für Moskau bedeutete, hat der Westen unterschätzt (wenngleich die heute von Moskau konstruierte Analogie zur Krim-Annexion falsch ist). Ungenügend genutzt und entwickelt wurde der NATO-Russland-Rat, den überdies die NATO beim Georgien-Krieg 2008 auf Eis legte – gerade so wie Russland neun Jahre vorher in der Kosovo-Krise, wofür es harsch kritisiert worden war. Und schließlich ist das oben beklagte Nullsummendenken auch der westlichen Seite nicht ganz fremd. Es ist eins der größten Übel in der heutigen Welt.

Als konkrete Möglichkeiten für künftige Zusammenarbeit seien folgende Beispiele genannt:

Wie auch die NATO-Russland-Grundakte von 1997 mit ihren Festlegungen auf Frieden, Freiheit und Kooperation in Europa sollte der NATO-Russland-Rat selbst in der gegenwärtigen Krise bewahrt werden – bewahrt werden für bessere Zeiten (und hätte eigentlich als Krisenmanagement-Mechanismus seit Beginn der Krise quasi in Permanenz tagen müssen). Dann sollte der Rat zu neuer Qualität geführt werden mit einer Ausweitung der Felder konformer Interessen und gemeinsamer Aktion. Die NATO könnte sich auch zu einem strukturierten Dialog mit der von Russland geführten *Collective Security Treaty Organisation* (CSTO) bereiterklären, als Zeichen von Interesse und Respekt.

In der Erweiterungsfrage muss es bei der Politik der „Offenen Tür“ bleiben, das entspricht Artikel 10 im NATO-Vertrag; aber zwischen „kein Veto für Russland“ und einem Nachgeben gegenüber russischer Indignation wäre doch ein Mittelweg denkbar, der russische Interessen und Empfindlichkeiten mitberücksichtigt.

Den Medwedjew-Vorschlag von 2008 für einen umfassenden europäischen Sicherheitsvertrag, wenngleich in der Substanz fragwürdig, hätte die NATO

doch viel aktiver aufgreifen sollen – als Ausgangspunkt für einen intensiven strukturierten Dialog. Die Scheu davor auf westlicher Seite war und ist nicht angebracht. Ist nicht auch die Schlussakte von Helsinki 1975 mit ihren segensreichen Auswirkungen in der jüngeren europäischen Geschichte aus ursprünglich furchtsam betrachteten sowjetischen Vorschlägen hervorgegangen? Die unterschiedlichen ordnungspolitischen Vorstellungen Russlands und der NATO für den euro-atlantischen Raum sollten mit großer Offenheit und langem Atem diskutiert werden. Und im Interesse der Weiterentwicklung der europäischen Sicherheitsordnung sollte die NATO sich innovativ und engagiert für einen neuen Aufbruch in der konventionellen Rüstungskontrolle und europäischen Vertrauensbildung einsetzen. Außenminister Steinmeier hat dazu konkrete Vorstellungen entwickelt.³¹ Dazu gehört auch entschiedenes Eintreten für Aktivierung und Stärkung der OSZE.³²

Der russischen Führung müsste folgendes klar werden: Es trifft nicht zu, wenn Putin sagt, die USA wollten Russland „klein halten“. Hochwillkommen als „Großmacht“ wäre ein Russland, das sich (wie im leider recht singulären Fall der iranischen Nuklearwaffenambitionen) konstruktiv am globalen und regionalen Problemlösen beteiligte, anstatt sich hauptsächlich auf Störpotential, Verhinderungsmacht, Überrumpelungsmanöver, regionale militärische Überlegenheit, Destabilisierung und Furcht seiner Nachbarn zu stützen. Aber sein eigenmächtiges militärisches Eingreifen in Syrien war ein weiteres Beispiel für den langfristig untauglichen Versuch, „gleiche Augenhöhe“ erzwingen zu wollen.

Ein „Trump-Faktor“?

Überlegungen darüber, wie die Wahl Donald Trumps als US-Präsident das Verhältnis Russlands zum Westen beeinflussen wird, bewegen sich derzeit³³ im Bereich des Spekulativen, sollen hier aber nicht ausgeblendet werden. Die Frage drängt sich auf, ob entsprechend Trumps Ankündigung eines verbesserten Verhältnisses bzw. eines „Deals“ mit Russland und seiner anerkennenden Äußerungen über Präsident Putins Führerschaft ein russisch-amerikanisches Einvernehmen beispielsweise zu Lasten der Ukraine und der baltischen Staaten zu erwarten ist.

Angesichts der gegenwärtigen Divergenzen und der offenen Konfrontation seit Beginn des Ukraine-Konflikts ist ein besseres Verhältnis zwischen den beiden größten Nuklearmächten natürlich erstrebenswert. Das hatte ja auch Präsident

Obama mit dem angebotenen „Neustart“ der Beziehungen versucht. Die russische Führung mag hoffen, dass die Äußerungen des neuen Präsidenten über die „unzeitgemäße“ NATO, sein Verständnis für die Annexion der Krim und seine Aussagen über ein Zusammengehen mit Russland gegen den sogenannten „Islamischen Staat“ auf ein stärkeres Entgegenkommen hindeuten. Reibungspunkte lassen sich aber schon heute prognostizieren, die auch mit der Unkenntnis Trumps zu tun haben – wie z.B. sein Eintreten für „Schutzzonen“ in Syrien, die Russland jahrelang verhindert hat.³⁴

Deutlich ist, dass beide Präsidenten dem außenpolitischen Realismus anhängen, d.h. der prioritären Verfolgung nationaler Interessen. „America first“ unter Verzicht auf das Vertreten westlicher Werte und deren Verbreitung entspricht natürlich Moskaus Wünschen, sieht es doch den „amerikanische[n] Demokratieexport als das Grundübel der Epoche“ an.³⁵ Doch ist bei beiden eine markante Übereinstimmung zu beobachten insofern, als sie dem „Nullsummendenden“ anhängen. Putin, der den Westen im Niedergang sieht und auf amerikanischen Isolationismus hoffen mag, wird deshalb wohl wenig Grund für Entgegenkommen und Kompromisse sehen. Doch kann angenommen werden, dass Trump einen „great deal“ keineswegs aus einer Position der Schwäche würde aushandeln wollen.

Richtig ist der Hinweis auf die Persönlichkeitsstrukturen der beiden Präsidenten, denn „beide repräsentieren Max Webers Idealtyp des charismatischen Herrschers, bei dem Regelverletzungen und Unberechenbarkeit – von Putin in der Ukraine-Krise exzessiv praktiziert, von Trump [in seiner bisher einzigen außenpolitischen Rede] explizit gefordert – zur Selbstinszenierung gehören“.³⁶ Wieweit es zu einer „Männerfreundschaft“ kommt, wie sie Putin beispielsweise mit Berlusconi und Schröder kultivierte, bleibt abzuwarten. Trumps narzisstisches Ego und Putins Unfähigkeit zum Kompromiss könnten rasch zu Missheiligkeiten führen.

Von wem Präsident Trump sich wird beeinflussen lassen, muss abgewartet werden. Dem künftigen Außenminister Tillerson und dem Nationalen Sicherheitsberater Flynn werden große Affinität zu Putin nachgesagt, der neue Verteidigungsminister Mattis und Vizepräsident Pence scheinen zurückhaltender zu sein. Im Kongress dominieren auf beiden Seiten Reserviertheit gegenüber der russischen Politik, Solidarität mit der Ukraine, Einsetzen für Einigkeit der NATO. Hinsichtlich deren Bedeutung auch in Präsident Trumps Augen gibt es mittlerweile Anzeichen für wachsende Einsicht (und sehr eindeutige Äuße-

rungen von Verteidigungsminister Mattis). Hier sollte sich Putin nicht zu große Hoffnungen machen, wenngleich schon amerikanische Signale in Richtung einer Anerkennung der Aufteilung Europas in Einflusszonen oder einer Konditionierung der Beistandsgarantie nach Art. 5 NATO-Vertrag (wie bei einem privaten Sicherheitsunternehmen) riskant sind und zu Fehleinschätzungen führen können³⁷. Ein erster konkreter Test könnte die Forderung nach Aufhebung der Sanktionen wegen Russlands Annexion der Krim und Aggression gegen die Ukraine sein – Prinzipientreue oder Vernachlässigung der Bedingung voller Erfüllung der Minsker Abmachungen?

Auch bezüglich Syrien ist es, ungeachtet der Geißelung früherer amerikanischer Fehler in Nahost durch Donald Trump, nicht ausgemacht, dass die Interessen konvergieren werden und die bisherige „antagonistische Kooperation“³⁸ dauerhaft in die Verfolgung eines gemeinsamen Interesses an der Befriedung der

Im Sinne der in diesem Aufsatz mehrfach angemahnten Überwindung des „Nullsummendenkens“ wäre es wünschenswert, dass in der neuen US-Administration – möglichst in Abstimmung mit den europäischen Alliierten – eine nüchterne Bestandsaufnahme der westlich-russischen Beziehungen erfolgte.

Region verwandelt werden kann. Dass der neue Präsident die Folgen von Ankündigungen und Handlungen bislang wohl nur schwer einschätzen kann, könnte Moskau geopolitisch ausnutzen wollen. Da ergibt sich aber auch die Gefahr illusionärer Erwartungen auf russischer Seite, was rasch zu erneuten Diskrepanzen führen würde.

Sprengstoff birgt auch die Vermutung von Beobachtern, dass eine Annäherung der USA an Russland eigentlich der Einhegung Chinas dienen soll.³⁹

Im Sinne der in diesem Aufsatz mehrfach angemahnten Überwindung des „Nullsummendenkens“ wäre es wünschenswert, dass in der neuen US-Administration – möglichst in Abstimmung mit den europäischen Alliierten – eine nüchterne Bestandsaufnahme der westlich-russischen Beziehungen erfolgte, die einen konstruktiven Neuanfang auf Feldern potentiell konformer Interessen erlaubt.⁴⁰ Dazu gehören: Vertrauensbildung, nukleare Rüstungskontrolle (einschließlich Mäßigung in der Rhetorik über nukleare Waffen), Vermeidung eines Wettrüstens, der Kampf gegen die Proliferation von Massenvernichtungswaffen, rationaler Austausch über die Krisenherde der Welt – und, es sei hier wiederholt, das ernsthafte Gespräch über Russlands Platz in der europäischen Sicherheitsordnung und in der Welt. Verständnis für russische Be- und Empfindlichkeiten ist dabei geraten, unangemessenes Entgegenkommen würde aber von Putin nicht honoriert. Die erwähnte „Harmel-Philosophie“ ist auch hier die empfehlenswerte Leitlinie. Der russischen Führung sollten „goldene

Brücken“ gebaut werden und geholfen werden, die wirklichen langfristigen Interessen des Landes und seiner Modernisierung zu erkennen. Es ist zu hoffen, dass Präsident Trump trotz populistischer Vereinfachung und isolationistischer Neigung die Notwendigkeit westlicher Führung zunehmend erkennt.⁴¹

Denn bei allem politischen „Realismus“ scheinen die angeführten „Interessen“ auf beiden Seiten mehr kurzfristiger Natur zu sein, und ihre kompromisslose Verfolgung droht, eher schädlich für die jeweilige nationale Entwicklung wie auch für die Aussichten auf nachhaltige Kooperation zu sein.

Fazit

Vorausschauende westliche Politik muss das „neue Denken“ in Russland befördern. Eines Tages wird es sich auch durchsetzen – wenngleich möglicherweise

nicht, solange Putin am Ruder ist. Aber seine Herrschaft könnte früher zu Ende gehen, als er und seine derzeit in nationalistischem Stolz schwelgenden Anhänger glauben. Der Triumph über die „Heimholung der Krim“ mag sich als kurzlebig erweisen. Doch die Hoffnung, dass er sich besinnt, sollte nie aufgegeben werden. Jedenfalls

Jedenfalls müssen langfristige Angebote zur Zusammenarbeit einschließlich der ernsthaft erneuerten Ermutigung zu kooperativer statt konfrontativer Sicherheit ausgearbeitet und bereitgehalten werden – unter Berücksichtigung legitimer Interessensgesichtspunkte sowohl Russlands als auch des Westens.

müssen langfristige Angebote zur Zusammenarbeit einschließlich der ernsthaft erneuerten Ermutigung zu kooperativer statt konfrontativer Sicherheit ausgearbeitet und bereitgehalten werden – unter Berücksichtigung legitimer Interessensgesichtspunkte sowohl Russlands als auch des Westens. Dies wäre die außen- und sicherheitspolitische Ergänzung des – konditionierten – Angebots der Bundeskanzlerin für eine umfassende Freihandelszone.

In allen hier erwähnten Zusammenhängen bleiben die transatlantische Partnerschaft vital wichtig und die weitere Entwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU notwendig – und gibt es für die vom Bundespräsidenten geforderte sowie in der Koalitionsvereinbarung zugesicherte Übernahme größerer deutscher Verantwortung ermutigende Beispiele, nicht zuletzt in Merkels und Steinmeiers unermüdlichem Einsatz.

Zum Autor: Brigadegeneral a. D. Dr. Klaus Wittmann ist Senior Fellow des Aspen Institute Deutschland und Lehrbeauftragter für Zeitgeschichte an der Universität Potsdam.

Anmerkungen:

- 1 Der Autor war an der Transformation der NATO nach dem Fall der Berliner Mauer und an der Gestaltung ihrer Beziehungen zu Russland in vielfacher Hinsicht beteiligt. Deshalb ist dieser Beitrag – zur Illustration und um der Authentizität willen – mit einigen persönlichen Reminiszenzen angereichert. Er ist die teilweise aktualisierte Fassung eines Vortrags bei der WIFIS-Jahreskonferenz „Der Ukraine-Konflikt, Russland und die europäische Sicherheitsordnung“ in Wien am 30. Oktober 2015, der von WIFIS veröffentlicht wird. (Ein ähnlicher Vortrag wurde am 14. September 2016 vor der Sektion Nord der Clausewitz-Gesellschaft an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg gehalten.) Der Verfasser vertritt hier seine persönlichen Auffassungen.
- 2 Für frühere Veröffentlichung solcher Ideen vgl. u.a. Klaus Wittmann, *Towards a new Strategic Concept for NATO*. NATO Defense College, Rom, September 2009 (Forum Paper 10), S. 31ff.; ders., *Russia's Relations with NATO and the West: A Constructive Approach is Needed*. In *Vestnik Analitiki Bulletin* (Moscow, Russia), No. 3 (37), 2009, p. 47-54; ders., *The West is not Russia's Enemy*. In: *AtlanticTimes* Sept/Oct 2014, S. 5; ders., *Russland und der Westen - Gedanken für bessere Zeiten*. In: *Evangelische Verantwortung* 9+10/2015, S. 3-9, sowie jüngere Beiträge auf den Blogs des Deutsch-russischen Forums www.russlandkontrovers.de und des European Leadership Network (www.europeanleadershipnetwork.org).
- 3 Der Verfasser war seinerzeit Referent, später Referatsleiter (Branch Chief) im Referat „Strategische Planung“ im Internationalen Militärstab der NATO in Brüssel. Seine Bilanz: Klaus Wittmann, *The Road to NATO's New Strategic Concept*. In: Gustav Schmidt (Ed.), *A History of NATO – The First 50 Years*. Basingstoke, New York 2001. Bd. 3, S. 219-237.
- 4 Londoner Erklärung vom 6. Juli 1990: www.nato.int/docu/comm/49-95/c900706a.html. [Download: 31.08.2016]
- 5 Vgl. Jörg Eigendorf, *Der Mann, der auf Jelzin hätte folgen können*. In: *Die Welt* vom 28.02.2015.
- 6 Text bei www.ag-friedensforschung.de/themen/.../2007-putin-dt.html [Download: 31.08.2016]
- 7 Im NATO-Hauptquartier wurde das am 21. Dezember 1991 gegen Ende der Sitzung der Nordatlantischen Kooperationsrats bekannt, als der sowjetische Botschafter Generalsekretär Manfred Wörners Schlussworte mit dem Hinweis unterbrach, er habe soeben aus Moskau die Instruktion erhalten zu fordern, dass aus der (schon vor dem Mittagessen vereinbarten) Schlussklärung jede Erwähnung der Sowjetunion getilgt werden müsse.
- 8 *Russia Today*, Putin's Q&A marathon, 16.4.2015: www.rt.com/news/250185-putin-live-conference-2015/ [Download: 31.08.2016].
- 9 Vgl. Fiona Hill/Clifford G. Gaddy, *Mr. Putin. Operative in the Kremlin*. Washington: Brookings Institution Press 2013.
- 10 So Christoph Walker, *The New Containment: Undermining Democracy*. In: Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.), *Vom Umgang mit autoritären Regimen. Aktuelle Herausforderungen für demokratische Außenpolitik*. Reader zur 16. Außenpolitischen Jahrestagung 2015. Berlin, Juni 2015, S. 60-68.
- 11 Julian Hans, *Putins Angst*. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 11.12.2014.
- 12 Sabine Fischer, *Die russische Politik in den ungelösten Konflikten*. In: Dies. (Hg.), *Nicht eingefroren. Die ungelösten Konflikte um Transnistrien, Abchasien, Süd-ossetien und Berg-Karabach im Lichte der Krise um die Ukraine*. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik 2016 (SWP-Studie S 13), S. 9ff.
- 13 Immer wieder anregend: Nassim Nicholas Taleb, *The Black Swan; The Impact of the Highly Improbable*. London: Penguin 2007
- 14 Berthold Kohler, *Im Rahmen der Putin-Doktrin*. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21.5.2015.
- 15 Vgl. Edgar Jahn, *Neuaufgabe des Ost-West-Konflikts?* In: *Osteuropa*, 65. Jg., 3/2015, S. 25-45.
- 16 Vgl. Michael Rühle, *NATO enlargement and Russia: myths and realities*. In: *NATO Review* July 2014: www.nato.int/docu/review/2014/Russia-Ukraine-Nato-crisis/Nato-enlargement-Russia/EN/index.htm [Download: 31.08.2016], und James Goldgeier, *Promises Made, Promises Broken? What Yeltsin Was Told About NATO in 1993 and Why It Matters*, *National Security Blog* July 2016: www.warontherocks.com/2016/07/promises-made-promises-broken-what-yeltsin-was-told-about-nato-in-1993-and-why-it-matters/ [Download: 31.08.2016]
- 17 Vgl. „Militärisch ist das nicht zu gewinnen.“ *ZEIT-Online* 7.2.2015: www.zeit.de/politik/ausland/2015-02/merkel-sicherheitskonferenz-ukraine-russland [Download: 31.08.2016].
- 18 Vgl. Ivo Daalder et al., *Preserving Ukraine's Independence, Resisting Russian Aggression: What the United States and NATO Must Do*. Washington: Atlantic Council February 2015.
- 19 Julian Hans, *Das Vermächtnis des Kremlgegners Nemzow*. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 12.5.2015.
- 20 Arkadi Babtschenko, *Putins schrecklichste Tat*. In: Katharina Raabe/Manfred Sapper (Hrsg.), *Testfall Ukraine. Europa und seine Werte*. Berlin: Edition Suhrkamp 2015, S. 119-131; S. 126.
- 21 Hier wurden schon frühzeitig Versäumnisse erkannt. 2009/2010 verfasste der Autor zusammen mit Ron Asmus und anderen dazu eine Kurzstudie: Ronald Asmus,

- Stefan Czum, Chris Donnelly, Aivis Ronis, Tomas Valasek, Klaus Wittmann, NATO, new allies and reassurance. Policy Brief. London: Centre for European Reform, May 2010. Sie trug dazu bei, dass im neuen Strategischen Konzept der NATO kollektive Verteidigung und Auslandseinsätze wieder besser ausbalanciert wurden – allerdings nur in der Theorie. Jetzt ist die Studie – dank Putin – wieder gruselig aktuell!
- 22 Vgl. Brinkmanship, Deterrence and De-escalation between NATO and Russia. Report from the Roundtable discussion held on 27th May 2015 in London: www.europeanleadershipnetwork.org [Download: 31.08.2016].
- 23 Wales Summit Declaration vom 5.9.2014: www.nato.int/cps/en/.../official_texts_112964.htm und Warsaw Summit Communiqué 7 July 2016: www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_133169.htm [Download: 31.08.2016].
- 24 Zahlreiche Einzelheiten zum Wales-Gipfel und sachkundige Einschätzung bei Claudia Major, Die strategische Anpassung der Nato. Deutschland ist das Rückgrat für die militärische Neuaufstellung der Allianz. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik Februar 2015 (SWP-Aktuell 20).
- 25 Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Russischen Föderation. Paris, 27. Mai 1997: www.nato.diplo.de/contentblob/1940894/Daten/189459/1997_05_Paris_DownlDat.pdf [Download: 31.08.2016].
- 26 Ebd., S. 3.
- 27 Vgl. BMVg (Hg.), Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr. Berlin 2016.
- 28 Erste Überlegungen dazu siehe S. Seite 102
- 29 Warsaw Summit Communiqué 7 July 2016: www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_133169.htm; Ziff. 72f. [Download: 31.08.2016]
- 30 Vgl. Klaus Wittmann, Genscher und der NATO-Doppelbeschluss. In: Kerstin Brauckhoff/Irmgard Schwaetzer (Hrsg.), Hans- Dietrich Genschers Außenpolitik. Wiesbaden, Springer 2015, S. 141-163.
- 31 Frank-Walter Steinmeier, Mehr Sicherheit für alle in Europa. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 26.08.2016
- 32 Frank-Walter Steinmeier/Sebastian Kurz/Paolo Gentiloni, eine starke OSZE für ein sicheres Europa. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 07.12.2016
- 33 Fertigstellung des Manuskripts: Ende Januar 2017
- 34 Vgl. Ulrike Scheffer/Susanne Güsten, Was bedeuten Trumps Syrien-Pläne? In: Der Tagesspiegel vom 27.01.2017
- 35 Hans-Joachim Spanger, Russland: Reset Revisited. In: Caroline Feh/ Marco Fey (Hg.), "America first": Die Außen- und Sicherheitspolitik der USA unter Präsident Trump. Frankfurt: HSFK 2017, S. 26-28; S. 26.
- 36 Ebd.
- 37 Vgl. Jeremy Shapiro, Unterlassene Hilfeleistung. Trumps Infragestellung der NATO wird geopolitische Auswirkungen haben, ganz gleich, ob er das beabsichtigt oder nicht. In: Internationale Politik und Gesellschaft (IPG-online) vom 30.01.2017: <http://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/unterlassene-hilfeleistung-1810/> [Download: 31.01.2017]
- 38 Spanger, S. 28.
- 39 Vgl. Payam Ghalehadar, Trump gegen China. Das gefährliche Kalkül hinter der geplanten Annäherung an Russland. In: Internationale Politik und Gesellschaft (IPG-online) vom 27.01.2017: <http://www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/trump-gegen-china-1807/> [Download: 31.01.2017]
- 40 Eine Fülle konstruktiver Überlegungen bei Ulrich Kühn, Russia: U.S.-Russian relations and the future Security of Europe. In: Arms Control Today, Vol. 47, No. 1, 2017, pp. 18-25 - https://www.armscontrol.org/ACT/2017_01/Features/US-Russian-Relations-and-the-Future-Security-of-Europe [Download: 28.01.2017] .
- 41 Vgl. Majid Sattar, Das Vakuum westlicher Führung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.12.2016.

Zusammenfinden für sicherheitspolitisches Zusammenwirken des Westens. Gelingt EU und NATO mit ihren Mitgliedsstaaten ein wirksamer Verbund für umfassende Sicherheitspolitik und Gefahrenabwehr?

Klaus Olshausen

Einleitung

Mit Blick auf die Wahl und die Amtseinführung von Donald Trump als 45. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, aber auch aufgrund des weiter tobenden Krieges in Syrien, im Irak und auch im Jemen erscheinen zu Beginn des Jahres 2017 der Gipfel der NATO in Warschau im Juli und der Europäische Rat im Juni 2016, der von der Entscheidung der Briten, die EU zu verlassen, überschattet war, mit ihren Beschlüssen zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik schon wieder weit weg und – verblasst. Und dies trotz oder wegen der NATO- und EU-Tagungen der Außenminister, die seit September bis Mitte Dezember Umsetzungsschritte der Sommertreffen gebilligt und beauftragt haben. Denn Russland führt weiter einen (verdeckten) Krieg gegen die Ukraine, setzt rund um das NATO-Gebiet offensiv sein Militär auf See und im Luftraum ein und führt mit massivem Militäreinsatz in Syrien Erfolge Assads im Krieg gegen sein Volk herbei. Der islamistische Terror mit ISIL/Daesch in Syrien, im Irak und in Libyen ist zwar teilweise zurückgedrängt, aber keinesfalls – und nicht einmal territorial – besiegt. Die Entwicklung in der Türkei und deren Auftreten im Irak und in Syrien führen zu internen Spannungen im Atlantischen Bündnis und Auseinandersetzungen zwischen EU und türkischer Regierung. Schon unter diesen Gegebenheiten muss es nachdenklich stimmen, dass bei aller Solidarität des Bündnisses zur „Reassurance“ und erneuerter Bereitschaft zur Verteidigungsfähigkeit ein wirksamer Verbund für umfassende Sicherheitspolitik von NATO – EU – Nordamerika nicht geschaffen worden ist und werden kann. Oft scheint ein Zusammenwirken durch Zaudern, Querelen und gegensätzliche Interessen zersetzt zu werden. Und die Frage wird dringlich, ob und wie bei dieser Lage zum Teil extreme sicherheitspolitische Herausforderungen gemeistert werden sollen. Einer Einschätzung der Gipfelergebnisse aus dem Juli und der weiteren Arbeiten seitdem mit ihren Perspektiven für eine tatsächliche Verwirklichung seien einige Bemerkungen vorangestellt.

Zum Umfeld

Jede aktive oder auch abwartende Politik der NATO, der EU und der Mitgliedsstaaten bewegt sich im Kreis von Geo-Politik und Geo-Ökonomie. Sie ist mitbestimmt von technologischen Dynamiken, insbesondere im Cyber Raum. Gesellschaften und Kulturen mit unterschiedlichen innenpolitischen Herausforderungen aller 28 Mitgliedsstaaten sind prägende Faktoren. Und neben der Staatenwelt gewinnen nicht-staatliche Akteure (als Verbündete oder Gegner) sowie das Geflecht internationaler Organisationen (VN und regionale wie OSZE oder AU und ökonomische wie WTO, IWF, WB etc.) immer größere Bedeutung für das Handeln sowohl der politischen Allianz mit einem besonderen militärischen Handlungsinstrument als auch der EU mit ihrem breiten Handlungsrahmen. Bei diesen komplexen Gegebenheiten, die vielfältig miteinander verschlungen sind, ist es angebracht, mit einem Blick aus dem Weltraum auf unsere Erde zu beginnen. Offensichtlich ist, dass die Formulierung des Bürgers in Goethes Faust „Wenn hinten weit in der Türkei die Völker aufeinander schlagen...“ nicht mehr zählt. Vielmehr ist zu fragen, ob die euro-atlantische Allianz mit all ihren Nationen den Globus vor Augen und im Blick hat. Oder verändern sich doch die Blickrichtungen und Blickweisen je nach der Verortung auf dem Globus erweiternd oder verengend, von Tallinn bis Lissabon, von Berlin bis Los Angeles, von Narvik bis Ankara, von Warschau bis Washington oder von Bukarest bis London. Der häufig zusammenfassend benutzte Begriff der Globalisierung ist in seinen wichtigsten Elementen zu betrachten. Die politischen Möglichkeiten, die sich aus der Geographie mit Land, Luft, Meer und Weltraum für Staaten und Staatengruppen ergeben, werden gerade bei den Entwicklungen der letzten Jahre wieder erkennbar. Von der Arktis über Osteuropa, den Mittleren Osten, das süd- und ostchinesische Meer bis nach Nordkorea ist offensichtlich, dass nicht nur politische und ökonomische Interessen der Staaten – beides oft untrennbar miteinander verknüpft – am Ort auf das Geschehen einwirken.

In latenten und offenen Krisen und vor allem Konflikten oder Kriegen werden die Verquickung von lokaler, nachbarlicher, regionaler, internationaler und globaler Perspektive erkennbar und wirksam. Wenn man heute euro- und transatlantische Zusammenarbeit in den Blick nimmt, muss klar sein, dass der pazifische Raum nicht nur von den USA hohe politische, ökonomische und militärische Aufmerksamkeit erfordert, sondern auch von europäischen Alliierten und der EU insgesamt. Denn sie können durch krisenhafte Entwicklungen oder gar Konflikte in diesem weit gespannten Gebiet zu Land und Wasser ökonomisch und politisch ebenso nachhaltig betroffen sein.

Geostrategie bleibt bedeutsam

Neben den Herausforderungen aufgrund weit reichender technologischer Entwicklungen, v.a. rasante Fortschritte der Informationstechnologie im und durch den Cyberraum, ist es nützlich, unter heutigen Bedingungen einige geostrategische Lehren britischer und amerikanischer geostrategischer Denker des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts erneut heranzuziehen. Dazu zählt Alfred T. Mahans Auffassung (1890) von der „Unangreifbarkeit global agierender Seemächte“ (Kraus, FAZ, 25.07.2012) einerseits und die folgenreiche Lehre (kurz vor dem I. Weltkrieg) von Halford Mackinder von der „Unterlegenheit der maritimen Weltmächte“ (Kraus, FAZ, 25.07.2012) andererseits. In dieser werden Europa, Asien und Afrika zu einem gigantischen Großkontinent zusammengefasst und die Seemächte einem „äußeren insularen Bereich“ zugeordnet. Kraus weist darauf hin, dass diese geopolitische Konzeption nicht nur dem angelsächsischen Misstrauen gegen die Sowjetunion der Zwischenkriegszeit zugrunde lag, sondern auch den Hintergrund bildete für den unerbittlichen Kampf Amerikas und Großbritanniens gegen die Achsenmächte Deutschland und Japan bis zum Ziel der bedingungslosen Kapitulation. Eine für die amerikanische, ja westliche Politik bis in die heutige Zeit bedeutsame Weiterentwicklung der Lehre Mackinders leistete der amerikanische Geopolitiker Nicholas Spyckman in den 1940er Jahren. Er betonte, dass weniger ein „Herzland“ in Nord- und Mittelasien den Kern bildet, sondern die Randgebiete des eurasischen Kontinents.

Als Kontinent zwischen zwei Ozeanen war es und – man muss sagen – bleibt es auch unter einer Trump-Administration für die Weltmacht USA aus geopolitischen wie geoökonomischen Gründen ein fast zwingendes Gebot, an den Gegenküsten des Pazifiks und des Atlantik präsent zu sein und verlässliche Partner, wenn nicht sogar Verbündete an ihrer Seite zu haben.

bis an die Atlantik- und Mittelmeerküste und bis zum indischen Ozean – zumindest politisch, wenn nicht territorial – auszudehnen, bezeugen viele Ereignisse und Dokumente.

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben auch deshalb nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa und in Asien den lange gepflegten Isolationismus aufgegeben, um aktive Weltpolitik zu betreiben. Als Kontinent zwischen zwei Oze-

anen war es und – man muss sagen – bleibt es auch unter einer Trump-Administration für die Weltmacht USA aus geopolitischen wie geoökonomischen Gründen ein fast zwingendes Gebot, an den Gegenküsten des Pazifiks und des Atlantiks präsent zu sein und verlässliche Partner, wenn nicht sogar Verbündete an ihrer Seite zu haben.

Krieg findet statt

In einer Lage, in der Papst Franziskus feststellt: „Die Welt ist im Krieg, weil sie den Frieden verloren hat“, ist es natürlich auch für die europäischen Mitgliedsstaaten ebenso zwingend, die Weltmacht USA auf dem europäischen Kontinent an ihrer Seite zu wissen. Auch wenn europäische Bevölkerungen Krieg ablehnen, können sie der Tatsache nicht entkommen, dass Krieg gerade auch in Europa in der Ukraine und im Mittleren Osten stattfindet und für ihre Länder Konsequenzen hat. Dass der Krieg „in das Gebiet des gesellschaftlichen Lebens“ gehört“, zeigen jedem die täglichen Nachrichtensendungen.

Auch wenn europäische Bevölkerungen Krieg ablehnen, können sie der Tatsache nicht entkommen, dass Krieg gerade auch in Europa in der Ukraine und im Mittleren Osten stattfindet und für ihre Länder Konsequenzen hat.

Man kann der Einschätzung Clausewitz' folgen, dass jeder „Krieg ein Konflikt großer Interessen ist, der sich blutig löst und nur darin ist er von anderen verschieden“ (S.121). Bei den Gegebenheiten in der Ukraine und in Syrien, wo Russland verdeckt und offen massiv militärisch eingreift und Vorteile erzielt, während im Westen ständig wiederholt wird, dass es „keine militärische Lösung gibt“, sind die folgenden Sätze aus Clausewitz' Werk „Vom Krieg“ aufschlussreich: „Nun könnten menschenfreundliche Seelen sich leicht denken, es gebe ein künstliches Entwaffnen oder Niederwerfen des Gegners, ohne zuviel Wunden zu verursachen, und das sei die wahre Tendenz der Kriegskunst. Wie gut sich das auch ausnimmt, so muss man doch diesen Irrtum zerstören, denn in so gefährlichen Dingen, wie der Krieg eins ist, sind die Irrtümer, welche aus Gutmütigkeit entstehen, gerade die schlimmsten. Da der Gebrauch der physischen Gewalt in ihrem ganzen Umfange die Mitwirkung der Intelligenz auf keine Weise ausschließt, **so muss der, welcher sich dieser Gewalt rücksichtslos, ohne Schonung des Blutes bedient, ein Übergewicht bekommen, wenn der Gegner es nicht tut.** Dadurch gibt er dem anderen das Gesetz, und so steigern sich beide bis zum äußersten, ohne daß es andere Schranken gäbe als die der innewohnenden Gegengewichte. So muss man die Sache ansehen, und es ist ein unnützes, selbst verkehrtes Bestreben, aus Widerwillen gegen das rohe Element die Natur desselben außer acht zu lassen“ (Clausewitz,

Vom Kriege, Ullstein Ausgabe, S. 28). Da westliche Staaten dieses „Steigern“ nicht mitmachen, bleiben die Vorteile für Russland, Assad und den Iran nicht nur erhalten, sondern können sich noch erhöhen – wie die Eroberung von Ost-Aleppo im Dezember unterstreicht!

Aufbruch zu verstärktem Zusammenwirken von NATO und EU

Diese ausführlichen Hinweise und Einschätzungen halte ich für angemessen, bevor einige wesentliche Entwicklungsstränge erörtert werden, die sich aus den euro-atlantischen Treffen und Arbeiten seit dem Sommer 2016 ergeben. Zunächst wird erkennbar, dass der angesprochene wirksame Verbund umfassender, gemeinsamer Sicherheitspolitik und Gefahrenabwehr von Nordamerika – EU – NATO (noch) nicht besteht, wenn neben einer (erneuten) „Gemeinsamen Deklaration“ zur Zusammenarbeit von EU und NATO beim Nato-Gipfel auch eine Deklaration zu transatlantischer Sicherheit verabschiedet worden ist.

Für die gemeinsame Arbeit von EU und NATO wurden mit der Gemeinsamen Deklaration neue Wege, eine Verstärkung der Anstrengungen und ein neuer Anspruchsrahmen (level of ambition) gefordert. Dabei bilden die Abwehr hybrider Bedrohungen, die bessere Koordinierung bei Cyber-Sicherheit und -Verteidigung, und das gezielte Zusammenwirken in Operationen, wie zuletzt in der Ägäis, besondere Schwerpunkte. Beide Organisationen drücken auf das Tempo für die Implementierung und erwarteten bis letzten Dezember in beiden Organisationen konkrete Ergebnisse und Optionen. Das liest sich gut und bleibt ehrgeizig. Beim informellen Treffen des Europäischen Rates zu 27 im September in Bratislava hat die künftige Gestaltung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik für die künftige Gestaltung einer EU ohne Großbritannien einen wichtigen Platz eingenommen. Interessant ist dabei, dass innere und äußere Sicherheit (noch?) getrennt behandelt werden. Dass die innere Sicherheit, v.a. mit dem Kampf gegen den Terrorismus, im Brennpunkt lag, kann man an den vier konkreten Maßnahmen ablesen, die auch diejenigen zur weiteren Behandlung der Migration einschließen. Nach dem Ausscheiden Großbritanniens aus der EU bleibt die Möglichkeit, dass das Land als Nicht-EU-, aber NATO-Mitglied an EU Missionen teilnehmen wird.

Für die äußere Sicherheit und Verteidigung forderte man in Bratislava lediglich bis Dezember 2016 einen Implementierungsplan. Die NATO-EU-Zusammenarbeit beschränkte sich auf den Satz, man müsse unverzüglich mit der Implementierung der „Joint Declaration“ vom 8. Juli beginnen. Diese „swiftness“

für zügiges Umsetzen unterstrichen die EU-Außenminister im Oktober. Aber immer mit dem formalen Hinweis „in voller Anerkennung der Entscheidungsautonomie beider Organisationen und auf der Grundlage des Prinzips der Inklusivität“.

Damit werden sich immer wieder Schwierigkeiten auftun, wenn es nicht nur um ein koordiniertes Nebeneinander, sondern ein eng verknüpftes Miteinander gehen soll. Denn hier wirkt sich allein schon die ungelöste Zypernfrage aufgrund der unterschiedlichen Positionen in der EU und der NATO als Hemmschuh, wenn nicht als Blockade aus. Zumindest die Stäbe beider Organisationen in Brüssel haben sich trotz Kenntnis dieser Situation nicht abhalten lassen, für die Dezember-Treffen der NATO Außenminister und des Europäischen Rates einen Vorschlag zur Umsetzung der „Joint Declaration“ zu erarbeiten.

In sieben Bereichen finden sich über 40 Maßnahmen oder Aufgaben, die zu einer engeren und sich wechselseitig verstärkenden Zusammenarbeit führen sollen. Dabei rangieren Schritte zur Abwehr hybrider Bedrohungen, für verstärkte Cyber-Sicherheit und -Verteidigung sowie verbesserte und umfangreichere Fähigkeiten zur Verteidigung generell und das Zusammenwirken in Operationen, einschließlich der maritimen Sicherheit ganz vorn.

Aber auch mit Blick auf die Verteidigungsindustrie und -forschung sollen gemeinsame Schritte erfolgen. Dass die Kooperation in Einsätzen nicht ohne gemeinsame, zumindest aber parallele und koordinierte Übungstätigkeiten erfolgreich sein kann, machen die Einzelvorschläge ebenfalls klar. Außerdem wollen die Stäbe grundsätzlich und im einzelnen vor Ort die Zusammenarbeit fördern, um die Kapazitäten von Partnerstaaten für deren Sicherheit, einschließlich verbesserter Resilienz, zu erhöhen. Konkret werden benannt: der Westliche Balkan, die Östliche und Südliche Partnerschaft, einschließlich der Länder Georgien, Republik Moldau, Ukraine, Jordanien, Marokko und Tunesien. Dabei wird erkannt, dass dies nur erfolgreich sein kann, wenn regelmäßig formale und informelle Sitzungen von PSC und NAC stattfinden, wechselseitige Einladungen zu Ministertreffen erfolgen und gegenseitige Unterrichtungen in den einschlägigen Ausschüssen durchgeführt werden – auch zu laufenden Operationen.

Die Gremien der EU und der NATO haben diese Vorschläge gebilligt und wollen – so der Europäische Rat – schnelle konkrete Fortschritte und im März bereits dazu einen ersten Bericht. Es wird sich nun zeigen müssen, ob politische

Verwerfungen u.a. wegen der ungelösten Zypernfrage, aber auch der aufgrund der aktuellen Entwicklungen in der Türkei weiter zu Stolpersteinen werden oder nicht.

Insbesondere bei den laufenden und beginnenden Einsätzen im Mittelmeer (Ägäis und Libyen) können beide Organisationen mit ihren Mitgliedstaaten den Beweis für die Ernsthaftigkeit ihrer Vorschläge antreten. Und bei Maßnahmen und Planungen gegen hybride Gefahren und Schritten zur Stärkung der Resilienz der „Verbündeten“ und „Mitgliedstaaten“ muss neben Transparenz zwischen beiden v.a. Kompatibilität im Vordergrund stehen und nicht Wettbewerb, schon gar nicht Duplizierung. Der Beweis ist noch anzutreten. Diese weit gefächerten Aufgabenpakete und die glaubwürdige Abschreckung verlangen, dass beide Organisationen mit ihren Mitgliedern zügig ein modernes Konzept der Gesamtverteidigung entwickeln, das eine



Fregatte Augsburg im Einsatz im Mittelmeer

umfassende Prävention und Gefahrenabwehr für alle Mitgliedstaaten der EU und Nationen der Nordatlantischen Allianz ermöglicht. Über sechs Monate nach dem Warschauer Gipfel und dem Start einer neuen US-Administration des am 19.12.16 offiziell gewählten/bestätigten und am 20. Januar 2017 in sein Amt eingeführten Präsidenten Donald Trump gewinnt die Deklaration zu transatlantischer Sicherheit auf dem Gipfel in Warschau eine neue Aktualität. Schon im Juli folgte diese „Kurzform des Kommuniqués“ offensichtlich aus der Einsicht, ja dem Erfordernis, sich der euro-atlantischen Geschlossenheit noch einmal zu versichern.

Damals las es sich auch wie ein Aufatmen, dass man nach zahlreichen Diskussionen mit sehr unterschiedlichen Positionen und Interessen eine solidarische Linie zu 28 gefunden hatte. Die schon länger vorhandene latente Sorge, dass Amerika sich den ebenso drängenden Herausforderungen im Pazifik und Asien stellen muss zulasten intensiver Ressourcen für Europa, spielte dabei ebenso eine Rolle, wie die gegen die USA gerichteten Einstellungen in größeren Teilen der europäischen Bevölkerung, besonders plastisch ausgedrückt beim Thema Freihandel (TTIP) und Geheimdienste (NSA).

Nach den Vorwürfen der Türkei nach dem gescheiterten Putsch am 15. Juli 2016 gegenüber den USA und den europäischen Staaten und deren Vorwürfen

an die Türkei wegen unverhältnismäßiger Aktionen gegen eine Vielzahl von Berufsgruppen als Unterstützer oder Sympathisanten des Putsches als weiterer Höhepunkt solcher interner Spannungen folgt nun eine besondere Phase der Ungewissheit und Unsicherheit mit Blick auf die skeptische, zugleich fordernde Einschätzung der neuen US-Administration hinsichtlich der Bedeutung und des Nutzens der NATO. Und dies vor dem Hintergrund, dass die Innenpolitiken vieler Verbündeter in Europa eine deutlichere und dauerhafte Steigerung der Ausgaben für die äußere wie innere Sicherheit zum Ausgleich anderer amerikanischer Schwerpunkte nicht oder zumindest nicht rasch erwarten lassen.

Trotz der Hinweise der amerikanischen Verteidigungsminister Gates und Panetta schon 2011 und 2013 haben die europäischen Verbündeten den Artikel 5 des Washingtoner Vertrages meist als wertebasierte Geschlossenheit gegen jeden Angreifer bewertet. Dass dies in einem engen Zusammenhang mit Artikel 3 steht, der von jedem Mitglied individuelle Leistungen verlangt, um Angriffen zu widerstehen, war vielen weniger bewusst. Diesen Punkt hat schon der Wahlkämpfer Trump in einer sehr zugespitzten Form zum Ausdruck gebracht, wenn er formulierte, nur wer seinen eigenen Beitrag leiste, könne aus seiner Sicht auf Unterstützung zur Verteidigung rechnen. Diese Sichtweise, die er in einem Interview Anfang Januar 2017 noch einmal wiederholt hat, entspricht auch einer grundsätzlichen Erkenntnis im Zusammenwirken von Staaten, die Clausewitz so formuliert hat: „*Niemals wird man sehen, dass ein Staat, der in der Sache eines anderen auftritt, diese so ernsthaft nimmt wie seine eigene*“ (S.680)

Bei einer so vielfältig ambivalenten, ungewissen Ausgangslage mit zahlreichen Interessengegensätzen innerhalb und zwischen den Staaten der Allianz wie der EU werden beide in den kommenden Monaten und Jahren durch konsequente Verwirklichung der Verpflichtungen, die sie festgelegt haben, um ihr Zusammenwirken grundlegend zu verbessern und zu verstärken, beweisen müssen, ob damit ein entschlossener Weg der Gemeinsamkeit, zumindest des Zusammenwirkens und komplementärer Aktionen eingeschlagen worden ist oder vieles zu deklaratorischen Wiederholungen herabgestuft werden wird – wie schon bei anderen Absichtserklärungen.

Westliche Staaten und Russland

Diese zusätzlich ambivalente Lage entwickelt sich zu einer Zeit, in der das Ziel eines einigen, freien und im Frieden lebenden Europa („a Europe whole, free and at peace“) spätestens seit dem Krieg in und um die Ukraine in die Ferne

gerückt ist. So bestand und besteht – neben den Krisen und inzwischen mehr als brutalen Kriegen im Mittleren Osten von Syrien und Irak bis zum Jemen und der dortigen und transnationalen Terrorgefahren – seit dem Winter 2014 die schwerwiegende Herausforderung eines sich anti-westlich positionierenden, revisionistischen Russlands. Russland war und ist bereit, Grenzen mit konventionellen und hybriden Mitteln zu verändern und ein Regime mit militärischen Mitteln am Leben zu halten.

So wurde Russland nicht nur ein Hauptthema des Warschauer Gipfels der NATO, sondern auch der unterschiedlichen Foren der EU. Die fehlenden Fortschritte in der Umsetzung der sog. Minsker Vereinbarung vom Februar 2015 haben die EU veranlasst, im Dezember 2016 die Sanktionen gegen Russland bis zum Juli 2017 zu verlängern. Dazu kommt die deutliche verbale Kritik an den massiven militärischen Maßnahmen Russlands zur Unterstützung Assads im Syrienkrieg – ohne dass man sich in der EU oder der NATO zu konkreten Maßnahmen äußern kann und will, geschweige denn einen Hebel findet, um die Situation zugunsten der syrischen Bevölkerung und der Interessen der

Russland war und ist bereit, Grenzen mit konventionellen und hybriden Mitteln zu verändern und ein Regime mit militärischen Mitteln am Leben zu halten .

europäischen Staaten und Amerikas zu verändern. Eine Analyse der verschiedenen Aussagen der NATO-Dokumente des Gipfels zeigt, dass die Positionen zur territorialen Integrität von Staaten wie der Ukraine,

aber auch Georgien und Moldau, die Offenheit für die Aufnahme von europäischen Staaten, die die Aspiration haben und die Voraussetzungen erfüllen (ohne Einspruch Dritter), die Forderung zu den Regeln der Charta von Paris zurückzukehren, diametral entgegengesetzt sind zu den Auffassungen und den Aktionen der russischen Regierung.

Russland wirft der NATO und der EU vor, sich in seine Einflussphäre einzumischen und Russland zurückzudrängen und einzukreisen. Da es kaum Aussicht gibt, die russische Interpretation von Minsk II zulasten der Ukraine zu verändern, geben alle Hinweise auf den Dialog mit Russland in den Gipfeldokumenten wenig Anlass zu besonderen Erwartungen. Das unterstreicht die Festlegung, dass jede Partnerschaft mit Russland abhängig ist von „einem klaren, konstruktiven Wechsel der russischen Aktionen zur Beachtung des Völkerrechts und seiner internationalen Verpflichtungen“ und es, solange dies nicht geschieht, kein „business as usual“ geben kann.

Verbindet man dies mit den unterstützenden Maßnahmen von NATO und EU für die Ukraine und auch Georgien, die „selbst über ihre eigene Zukunft und außenpolitische Orientierung frei von äußerer Einflussnahme entscheiden“, werden die Hürden für eine Verständigung mit Russland noch offensichtlicher. Das bedeutet, dass der Dialog mit Russland in den entscheidenden Fragen auf das Vortragen sich gegenseitig ausschließender Positionen reduziert ist. Lediglich bei praktischen Fragen zur Vermeidung von Missverständnissen bei Übungen, unbeabsichtigter Eskalation und einer verbesserten



Einsatz russischer Luftstreitkräfte in Syrien 2016

Transparenz und Vorhersehbarkeit bei eigenen militärischen Übungen und Aktivitäten mag es das eine oder andere Ergebnis geben. Hört man in die Stellungen verschiedener Regierungen hinein, dann wird deutlich, dass mancher Repräsentant wohl bereit wäre, Zugeständnisse an Russland zu machen, die von den Grundsätzen zur territorialen Integrität und zur Entscheidungsfreiheit aller Staaten in außenpolitischen Angelegenheiten Abstriche erfordern würden. Russland wird versuchen, das auch in den kommenden Monaten zu nutzen, um eine Lockerung oder gar Aufhebung der Sanktionen in der EU und voranzubringen – egal ob „Minsk II“ voll umgesetzt ist oder nicht. Ob Präsident Trump dies durch seine Haltung gegenüber Russland beschleunigen wird, kann spätestens bei einem angedachten Sondergipfel der Allianz erkennbar werden.

Außerdem werden in der Bevölkerung der westlichen Staaten vorhandene kritische Bewegungen – auf der rechten wie der linken Seite des politischen Spektrums – gegen die Migrations- und Flüchtlingspolitik, die Euro- und Finanzpolitik, die Terrorismusbekämpfung, aber auch die Sozial- und Arbeitspolitik in der EU von Russland mit verschiedenen (hybriden) Mitteln strategischer Kommunikation und ggf. auch mit direkten finanziellen Leistungen unterstützt, ja befeuert werden. Das wird dazu beitragen, eine kohärente Außen- Sicherheits- und Verteidigungspolitik allgemein, aber v.a. in konkreten Krisen wie der Ukraine und im Mittleren Osten – wegen des Konsensprinzips in der EU und der NATO – zu schwächen oder sogar zu blockieren.

Kollektive Verteidigung mit moderner Abschreckung

Im Plan der EU zur Implementierung ihrer Globalen Strategie wird festgehalten, dass für Mitgliedstaaten, die der Allianz angehören, die Hauptverant-

wortung für kollektive Verteidigung bei der NATO liegt. Es wird auch darauf verwiesen, dass GSVP-Missionen und -Operationen außerhalb der EU erfolgen. Aber der Vertrag von Lissabon öffnet mit der „gegenseitigen Unterstützung“ (Artikel 42.7) und der Solidarität“ (Artikel 222) auch die Tür, in diesem



Warschauer Gipfel 2016

Bereich zu handeln, sollte die Allianz nicht handeln wollen oder können, dies insbesondere bei Gefahren und Angriffen, die ohne reguläre Streitkräfte erfolgen oder beginnen. Im Folgenden wird die Politik der NATO für die Neugestaltung der kollektiven Verteidigung und glaubwürdigen Abschreckung in Europa betrachtet. Allerdings lohnt es sich, die vielfältigen nicht-militärischen Aufgabenfelder im Dokument der EU zu beachten, mit denen sie zum Schutz ihrer Bürger beitragen will.

In vielen Bereichen überlappt sich dies mit den Anstrengungen, die auch die NATO für ihre erfolgreiche Abschreckung und Verteidigung aller Mitglieder verfolgt. Zwar hat die NATO in Warschau erneut unterstrichen, dass alle drei Kernaufgaben der Allianz – kollektive Verteidigung, Krisenmanagement, kooperative Sicherheit – ihre Bedeutung behalten. Aber einen wesentlichen Schwerpunkt bildete auch in Warschau die kollektive Verteidigung mit Rückversicherung und glaubwürdiger (moderner) Abschreckung durch weiter verbesserte Verteidigungsfähigkeit gegen komplexe, konventionelle wie hybride Kriege im Cyber Zeitalter. Dabei richtete sich der Blick der Teilnehmer sowohl nach Osten und Südosten als auch nach Süden.

Während die (mühsam) zum Konsens geführte andauernde Präsenz von multinationalen verstärkten Bataillonen (task force) in einem ständigen Rotationsrhythmus in den baltischen Staaten und Polen sowie zusätzliche Verstärkungen in Rumänien inzwischen so weit vorbereitet sind, dass die Bataillone unter kanadischer, britischer, deutscher und amerikanischer Führung seit Anfang Januar 2017 von Estland bis Polen in ihre Einsatzgebiete verlegen, ist die Verwirklichung des weiteren Aufwuchses allein in der konventionellen Verteidigungsfähigkeit noch offen.

Schon die politische Weisung von 2015 hatte im Konsens festgelegt, dass über die VJTF und die verstärkte NRF hinaus zwingend Folgekräfte („follow-on forces“) als dritte Verstärkungswelle aufgestellt und personell und materiell ausgestattet werden müssen. Dabei handelt es sich zumindest um drei voll einsatzbereite Korps der Landstreitkräfte mit jeweils zwei strukturell voll ausgestatteten Divisionen und entsprechenden Brigaden sowie einer Vielfalt von Verbänden der Luft- und Seestreitkräfte und starken Spezialkräften.

Die Regierungschefs haben diese Verpflichtung mit den Worten unterstrichen, „heavier and more high-end forces and capabilities, as well as forces at higher readiness“ zu entwickeln und bereitzustellen. Diese abzufordernden „Streitkräfteziele“, die die NATO-Planer jetzt den Nationen antragen, verlangen jedenfalls einen viel stärkeren und rascheren Aufwuchs bei den Verteidigungsbudgets und den Ressourcen insgesamt, als es „mit der Trendwende“ seit 2015 bisher zu erkennen ist. Das gilt auch, aber nicht nur für Deutschland. „Die Hauptstädte stöhnen“, ist nur eine Formulierung, die man aus dem NATO-HQ hören kann.

Diese Steigerung der Ressourcen ist umso mehr notwendig, da die Nationen der NATO zu Recht auch erhebliche Anforderungen zur Vorbereitung für bzw. gegen hybride Operationen und zur Bewältigung der defensiven wie offensiven Herausforderungen im Cyber Raum festgelegt haben. Dies wird mit zwei speziellen Gipfeldokumenten, dem ‚Cyber Defence Pledge‘ und dem ‚Commitment to enhance resilience‘ nachhaltig unterstrichen. Beides verlangt erhebliche und kostenträchtige Maßnahmen in der Implementierung.

Und wie bereits beschrieben, wird es in diesen Feldern auf eine stimmige Vereinbarung zwischen NATO und EU ankommen. Denn wie bei den Streitkräften („single set of forces“) können auch andere Fähigkeiten nur einmal und nicht doppelt von den Nationen bereit gehalten werden. Für konkrete Fortschritte in den vereinbarten sieben Grundanforderungen der Resilienz wird ab Ende 2016 ein Beratungsteam der NATO die Nationen unterstützen. Dabei geht es auch darum, die zivile Unterstützung für den Aufmarsch von NATO-Kräften quer durch Europa effektiv und mit kurzer Vorwarnung vorzubereiten.

Einen wesentlichen Schwerpunkt bildete auch in Warschau die kollektive Verteidigung mit Rückversicherung und glaubwürdiger (moderner) Abschreckung durch weiter verbesserte Verteidigungsfähigkeit gegen komplexe, konventionelle wie hybride Kriege im Cyber Zeitalter.

Im Dezember haben Aussagen von Putin zur Modernisierung des nuklearen Potentials, insbesondere der Fähigkeit, Raketenabwehrschirme zu durchdringen und gleichzeitige Hinweise des Präsidenten elect Trump, dass die nuklearen Fähigkeiten modernisiert und erweitert werden müssen, sowie die Äußerungen des pakistanischen Ministerpräsidenten, mit denen er die Bereitschaft signalisierte, eine angeblich ausgesprochene Drohung Israels auch mit Nuklearwaffen zu beantworten, deutlich unterstrichen, dass die Einbeziehung der nuklearen Komponente und der Abwehr ballistischer Raketen eine wesentliche Herausforderung für das Kontinuum glaubwürdiger Abschreckung der NATO bleibt.

Die Festlegungen in den Paragraphen 52 und 53 des Gipfelkommunikés der NATO erscheinen als eine gefestigte Grundlage für die weitere Ausgestaltung. Aber schon für die „breitest mögliche Teilhabe der Mitgliedstaaten (MS)“ werden sich noch zahlreiche kontroverse Erörterungen in den Gremien der Allianz ergeben. Dies auch deshalb, weil eine Reihe von MS im Rahmen der Unterstützung des NPT einen Schwerpunkt darin sehen, eine sicherere Welt für alle unter Bedingungen ohne Nuklearwaffen anzustreben.

Diese Dichotomie einer nuklearen Garantie durch die USA (sowie des Beitrags der nuklearen Komponenten von Frankreich und Großbritannien) und

Es bleibt dabei, dass die drei Nuklearmächte des Bündnisses mit ihren nationalen Entscheidungen, wie die britische Regierung Mitte Juli mit der Bestätigung einer neuen Generation nuklearer Unterseeboote, ausschlaggebend sind für das glaubwürdige Einfügen nuklearer Abschreckung.

das politische Drängen auf nukleare Abrüstung bis zur „Null“ kann zu risikoreichen Beschränkungen nuklearer Teilhabe führen. Es bleibt dabei, dass die drei Nuklearmächte des Bündnisses mit ihren nationalen Entscheidungen, wie die britische Regierung Mitte Juli mit der Bestätigung einer neuen Generation nuklearer Unter-

seeboote, ausschlaggebend sind für das glaubwürdige Einfügen nuklearer Abschreckung.

Nach dem Amtsantritt von Donald Trump als Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika werden die Fragen der NATO Strategie und der geltenden Beschlüsse zur kollektiven Verteidigung und Abschreckung im allgemeinen und der Rolle der nuklearen Komponenten in dieser Strategie im besonderen vorrangig mit der neuen Administration behandelt werden müssen. Ungewissheiten könnten Verbündete verunsichern und frühere „Abkopplungsdiskussionen“ wieder beleben und dadurch Opponenten ermutigen oder zu Fehlschlüssen verleiten.

Krisenbewältigung und kooperative Sicherheit

Die EU und die NATO widmen in ihren grundsätzlichen und konzeptionellen Dokumenten dem Krisenmanagement und der Gestaltung von Beziehungen zu Partnerländern und Organisationen viel Raum. Zwar schließen beide Einsätze, ja Operationen mit militärischen Mitteln zur Krisenbewältigung nicht aus, aber beide behandeln die Projektion von Stabilität, den Aufbau von Kapazitäten der jeweiligen Sicherheitskräfte sehr ausführlich. Militärische Interventionen im Sinne von „friedens erzwingenden Einsätzen“ oder „Krisenreakti-

onsoperationen“ (CRO) werden nicht einmal artikuliert. Für die NATO lässt sich diese Entwicklung zurück verfolgen zu ihren politischen Entscheidungen, den ISAF-Einsatz in Afghanistan Ende 2013 zu beenden und die eigene Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte auf Ausbildung, Beratung und Assistenz zu konzentrieren.

Auch der Beitrag der NATO zur Bewältigung der Ukraine-Russland Krise, ja des Krieges beschränkt sich auf die Forderung russischer Umkehr einerseits und eine partnerschaftliche Unterstützung der Ukraine andererseits, ohne ihr direkt in ihrem Kampf gegen die Separatisten beizustehen.

Insofern erscheint es konsequent, dass die Kernaufgabe Krisenmanagement des Strategischen Konzepts der NATO von 2010 in den Dokumenten des Warschauer Gipfels unter der Aufgabe einer „Projektion von Stabilität und Stärkung der Sicherheit außerhalb unseres Territoriums“ behandelt wird. Krisenbewältigung wird eingeordnet mit „Hilfe bei der Bewältigung von Herausforderungen – vor, während und nach einem Konflikt – wo die Sicherheit der Allianz betroffen ist“. Man kann nur hoffen, dass die Ertüchtigungsinitiative (Defence Capacity Building [DCB]) bei der Stabilisierung von Ländern in Krisen- und Konfliktlagen Erfolg erzielen kann.

Auch im Implementierungsplan der EUGS der EU wird die Ausrichtung der GSVP-Aufgaben sehr ähnlich, teilweise identisch ausgeformt. Zwar werden „Brückenoperationen“ vor der Verlegung einer Peacekeeping Formation in Verantwortung der VN – dies auch in unsicherem, ja feindlichen Umfeld – als Option festgehalten, und auch Einsätze zur „Projektion von Stabilität“ benannt, z.B. zur Schaffung eines „sicheren Umfelds“, um nach Krieg oder Destabilisierung sich wieder zu festigen. Aber das Hauptaugenmerk liegt bei unterstützenden Maßnahmen, ohne mit eigenen Streitkräften und auch Polizei exekutiv einzugreifen.



Deutsche Ausbildungsunterstützung für die Peschmerga

Mit ihrem „ertüchtigen statt eingreifen“ in ihrer Rede vor Kommandeuren der Bundeswehr im Oktober 2012 hat Bundeskanzlerin Angela Merkel diese veränderte Ausrichtung in beiden Organisationen befördert.

An den Einsätzen der EU in Somalia und in Mali wird diese Ausrichtung klar erkennbar. Für Deutschland hat diese Orientierung dazu geführt, sich zu entscheiden, im Rahmen der „Großen Koalition“ gegen ISIS/Daesch im Irak die Peschmerga Kurden direkt mit Waffen, Munition und umfangreicher Ausbildung vor Ort und in Deutschland zu unterstützen, damit diese selbst erfolgreicher gegen ISIS/Daesch kämpfen können.

Aus diesen Orientierungen in der EU wie der NATO ergibt sich ein fließender Übergang, ja eine Überlappung von Aufgaben im Krisenmanagement und derjenigen der „kooperativen Sicherheit“ der NATO bzw. des „Kapazitätsaufbaus der Partner“ der EU.

Für die NATO stehen dabei die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Ländern des Mittelmeerdialogs, der Istanbul Kooperationsinitiative und des Golf-Kooperationsrates, also in kritischen Regionen im Vordergrund. Das kann dazu beitragen, krisenhafte Entwicklungen zu vermeiden, frühzeitig zu erkennen und militärische und andere Sicherheitsunterstützung einzuführen, ohne eigene Landstreitkräfte in den Kampf eingreifen zu lassen.

Ähnliche wichtige Partnerschaften pflegt die EU mit ihrer östlichen und südlichen Nachbarschaftspolitik. Die schon erwähnte „Förderung der Kooperation, auch vor Ort“, als siebtem Aufgabenbereich des Implementierungsplanes kann in zahlreichen Ländern (s.o., http://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_138829.htm?selectedLocale=en) auf vielen Feldern ziviler und militärischer Unterstützung von Partnerstaaten zum Aufbau von Sicherheits- und Verteidigungskapazitäten einen qualitativen und quantitativen ‚Mehrwert‘ für diese Länder und zugleich für Stabilität und Sicherheit in und für Europa erreichen.

Mit den Entscheidungen sowohl bei der EU als auch der NATO seit dem Sommer 2016 setzt sich eine Entwicklung fort, die in der NATO seit dem Ende von ISAF in Afghanistan klar wurde und mit der dramatischen Veränderung nach der russischen Aggression in der Ukraine beim Gipfel in Wales 2014 eindeutig festgeschrieben wurde. Noch beim NATO Gipfel in Lissabon 2010 galt, dass wegen begrenzter Ressourcen die wahrscheinlichen Aufgaben (Krisenbewältigung außerhalb des Bündnisgebietes) die Streitkräfteplanung bestimmte und die größtmöglichen Aufgaben („most demanding“, Bündnisverteidigung) der kollektiven Verteidigung in den Hintergrund traten.

Mit den Ergebnissen des Warschauer NATO Gipfels ist klar, dass dies umgedreht worden ist. Der „Rückzug“ in beiden Organisationen aus Krisenreaktionsoperationen zur ertüchtigenden Projektion von Stabilität, mag zu weit gehen. Aber wenn der in Warschau erklärte Fähigkeitsaufwuchs für eine erfolgreiche Bündnisverteidigung im modernen, hybriden Krieg mit starkem konventionellem Potenzial tatsächlich in allen Mitgliedstaaten erfolgt und dies mit den Fähigkeitsprofilen der EU in Einklang steht, dann werden – sollte die Notwendigkeit zu Krisenreaktionsoperationen hoher Intensität eintreten – die Verbündeten der NATO oder die Mitgliedstaaten der EU Entscheidungen nicht unterlassen müssen, weil sie nicht über geeignete die Mittel verfügen.

Ausblick

Abschließende Bemerkungen müssen beginnen mit aktualisierten Hinweisen auf erkennbare geopolitische Bewegungen. Sie lassen sich beispielhaft daran ablesen, dass (nach vier länglichen, erfolglosen Runden der VN unter Mitwirkung der USA zum Syrienkonflikt) eine Vereinbarung zu einem Waffenstillstand und einem politischen Prozess für Syrien von Russland und der Türkei unter Teilnahme des Iran in Zentralasien, in Astana der Hauptstadt von Kasachstan, erörtert und in Moskau zwischen Russland und der Türkei als „Garantiemächte“ beschlossen worden ist. Diese Entscheidung wurde am 25. Januar 2017 nach Verhandlungen in Astana bestätigt.

Russland hat die USA, zugleich die EU und NATO aus diesem Geschehen auch durch seinen militärischen Einsatz erfolgreich herausgedrängt. Wenn die Auffassung der Obama-Administration auch unter Präsident Trump fort dauert, dass es sich in Syrien nicht um vitale Interessen der USA handelt und damit eine wesentliche Lücke in der amerikanischen Präsenz an den Gegenküsten des Atlantik hingenommen und Russland mit dem Iran überlassen wird, werden europäische Staaten kaum in der Lage sein, diesem politisch und militärisch offensiven Vorgehen Russlands in einem entscheidenden Teil des „Randlandes“ (rimland) nach Spyckman wirkungsvoll entgegenzutreten.

Nimmt man dazu die längerfristigen geo-ökonomischen Perspektiven der Anstrengungen Chinas für den Aufbau einer landgestützten und einer maritimen neuen „Seidenstraße“, erscheinen die wichtigen Entscheidungen der vergangenen Monate von EU und NATO von einer strategisch und regional begrenzten Reichweite.

Die weitreichenden Formulierungen der globalen Strategie der EU sind für die Außen- und Sicherheitspolitik, sowie die darin eingebettete Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik von hoher Allgemeinheit, und für die GSVP sind die ersten Schritte mit den Papieren für den Europäischen Rat im Dezember jetzt vorgegeben.

Die NATO sieht das Gipfelergebnis von Warschau als ein Zeichen transatlantischer Solidarität und Einigkeit, als Schulterchluss mit Partnern und Freunden, als Bestätigung ihrer Entschlusskraft und Anpassungsbereitschaft und -fähigkeit. Der deutsche Außenminister sprach von Augenmaß und hob als seinen Schwerpunkt Kooperation und Dialog hervor.

Die Hinweise auf die ausstehenden Herausforderungen und das erforderliche politische und materielle Durchhaltevermögen lassen bei den fortbestehenden

Die NATO sieht das Gipfelergebnis von Warschau als ein Zeichen transatlantischer Solidarität und Einigkeit, als Schulterchluss mit Partnern und Freunden, als Bestätigung ihrer Entschlusskraft und Anpassungsbereitschaft und -fähigkeit.

Kontroversen innerhalb der EU, zwischen Europa und Amerika (gerade auch mit der neuen Administration) und den sehr unterschiedlichen Sichtweisen in den europäischen Mitgliedstaaten im Osten und Westen, im Norden und Süden erkennen, dass das Handeln zur Verwirklichung der

Gipfelbeschlüsse noch manche Hindernisse, ja Rückschläge erwarten lässt – ganz unabhängig eines zusätzlichen Einwirkens anderer Mächte von außen.

Die NATO-Staaten haben die Sicherheit, den Schutz und die Verteidigung aller Verbündeten nachhaltig bekräftigt [siehe Stoltenberg zu Syrien am 29.12.16]. Neben wirksamen Maßnahmen, um die Krisen im Osten und Süden zu meistern, zumindest aber einzuhegen, kommt es eben darauf an, in Konzentration auf gemeinsame Interessen – geo-politisch und geo-ökonomisch – mit einer längerfristigen Perspektive in effektiver und effizienter Art und Weise die politischen, militärischen und zivilen Instrumente zu entwickeln und abgestimmt und rasch in der EU und der NATO verfügbar zu halten.

Der Auf- und Ausbau der vielfältigen Fähigkeiten, gerade auch der „strategischen Kommunikation“ bilden das zwingend erforderliche Fundament für die gemeinsame Bereitschaft – und Entschlossenheit, um wirkungsvoll in der Bündnisverteidigung und der Krisenbewältigung zu handeln, wenn immer und wo immer es erforderlich wird.

Der beste Weg, dies zu erreichen, ist ein Verbund für umfassende Sicherheit und Gefahrenabwehr, gestützt durch enges ökonomische Zusammenwirken, zwischen Nordamerika, der Europäischen Union und der Allianz als der einzigen Organisation, in der die transatlantischen Partner auf beiden Seiten des Atlantiks unter einem Dach und gleichberechtigt beraten, entscheiden und handeln. Kommt dieser Verbund aus individuellen Interessengegensätzen nicht zustande, werden alle – einzeln und gemeinsam – mit einer geo-politischen und geo-ökonomischen Wirklichkeit konfrontiert werden, wo andere die Richtung vorgeben – und sehr wahrscheinlich nicht zugunsten unserer „Westlichen Staatengemeinschaft“.

Zum Autor: Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft.

Kapitel IV

Die aktuellen Bedrohungen

Neue Bedrohungen aus dem Cyber- und Informationsraum – die Bundeswehr stellt sich modern und schlagkräftig auf

Ludwig Leinhos

Die Digitalisierung unseres Alltags schreitet immer weiter voran. Täglich nimmt Informationstechnik stärker Einfluss auf unser Verhalten und digitalisiert unsere Alltagsprozesse. Schlagwörter die dabei immer geläufiger werden sind: Industrie 4.0, Big Data, Predictive und Advanced Analytics. Diese Digitalisierung bietet jedoch nicht nur Chancen und Annehmlichkeiten, sondern birgt auch Risiken für jeden Einzelnen und für die Gesellschaft.

Denn Staat, Wirtschaft und Gesellschaft sind in dieser zunehmend vernetzten, digitalisierten Welt für Angriffe im Cyber- und Informationsraum (CIR) verwundbarer geworden. Die Zahl und Qualität der Cyber-Angriffe und Maßnahmen im Informationsumfeld durch staatliche wie nichtstaatliche Akteure nehmen mit exponentieller Geschwindigkeit zu. Alleine an den zentralen Internetübergängen der Bundeswehr wurden in 2016 bisher ca. 47 Millionen unberechtigte oder mit Schadpotenzial behaftete Zugriffsversuche erkannt. Rund 4.600 Schadprogramme wurden dabei erkannt und beseitigt. Einen ernsthaften Schaden hat die Bundeswehr bis heute nicht erlitten.

Vorfälle wie der STUXNET-Angriff – der bereits 2010 umfangreichen physischen Schaden an iranischen Uranzentrifugen verursachte – oder der Bundestag hack, mit Schadsoftware auf Rechnern des Bundestags 2015 zeigen jedoch

Die Angriffe sind kostengünstig und die Urheber dieser Angriffe sind schwer zu identifizieren. Deshalb sind diese häufig zu einem wirkungsvollen Mittel geworden, um Ziele unterhalb der Schwelle eines militärischen Angriffs durchzusetzen.

jedoch eindrucksvoll, dass Angriffe und Technologien inzwischen hoch entwickelt sind. Deutlich wird auch, dass das Wirken im „virtuellen“ Cyberraum spürbare Effekte in der „realen“ Welt hat. Angriffe wie etwa in

Estland und Georgien sind Belege dafür, dass Cyber-Attacken auf staatliche Institutionen und kritische Infrastruktur bereits Realität sind.

Die Angriffe sind kostengünstig und die Urheber dieser Angriffe sind schwer zu identifizieren. Deshalb sind diese häufig zu einem wirkungsvollen Mittel geworden, um Ziele unterhalb der Schwelle eines militärischen Angriffs durchzusetzen.

Auch NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg verweist darauf, dass die meisten Krisen heute ebenfalls auch eine Cyber-Dimension haben und bezieht für das transatlantische Bündnis klar Position: „*Cyber attack can trigger Article 5 collective defence*“. Im Abschluß-Communiqué des NATO Gipfels von Warschau 2016 heißt es in Ziffer 70: „*Cyber-Angriffe sind eine offenkundige Herausforderung für die Sicherheit des Bündnisses und können für moderne Gesellschaften genauso schädlich sein wie konventionelle Angriffe. In Wales vereinbarten wir, dass die Cyber-Abwehr Teil der NATO-Kernaufgabe der kollektiven Verteidigung ist. In Warschau bekräftigen wir heute das defensive Mandat der NATO und erkennen den virtuellen Raum als eine Domäne an, in der sich die NATO genauso wirksam verteidigen muss wie in der Luft, auf dem Lande und zur See.*“

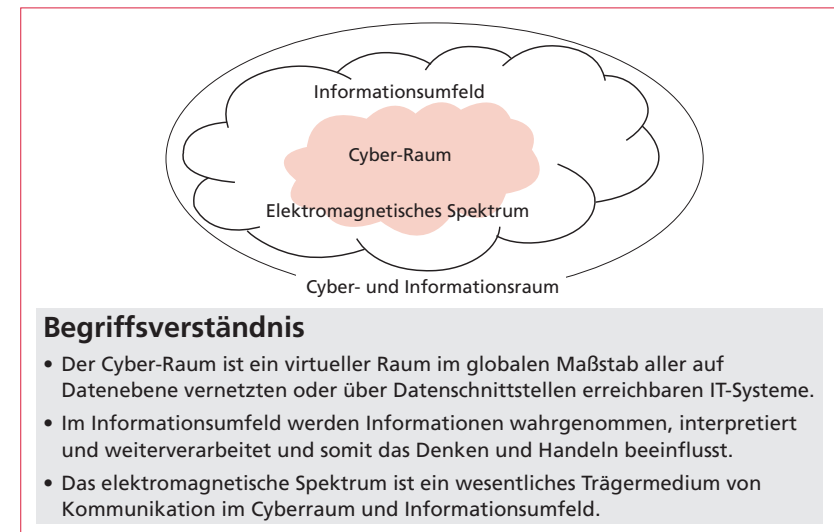


Abbildung 1: Der Cyber- und Informationsraum

Cyber-Sicherheit als gesamtstaatliche Aufgabe

Mit der Cyber-Sicherheitsstrategie für Deutschland vom 9. November 2016 hat die Bundesregierung einen ressortübergreifenden, strategischen Rahmen

für die Bundesrepublik Deutschland geschaffen. Bereits im Strategiepapier von 2011 haben das Bundesministerium des Inneren (BMI) und das Bundesministerium

Die Wahrung der Cyber-Sicherheit ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, die nur gemeinsam zu bewältigen ist. Dazu gehört auch der gemeinsame Schutz der Kritischen Infrastrukturen.

der Verteidigung (BMVg) auf die Frage der Zusammenarbeit in der Cyber-Sicherheit und -Verteidigung ein gemeinsames Verständnis der komplementären und eng verzahnten Aufstellung entwickelt.

Die Wahrung der Cyber-Sicherheit ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, die nur gemeinsam zu bewältigen ist. Dazu gehört auch der gemeinsame Schutz der Kritischen Infrastrukturen.

Das neue Strategiepapier aus 2016 baut auf den sicherheitspolitischen Aspekten des Weißbuches 2016 auf und ist ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg, Cyber-Sicherheit für Deutschland zu erreichen. Unter Federführung des BMI und in enger Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt (AA) sowie des BMVg gilt es, die gemeinsame Cyber-Sicherheitsarchitektur vom Völkerrecht bis hin zur Verteidigung zu entwickeln.

Für die kommenden Jahre werden Schwerpunkte in den folgenden vier Handlungsfeldern definiert:

- Sicheres und selbstbestimmtes Handeln in einer digitalisierten Umgebung
- Gemeinsamer Auftrag Cyber-Sicherheit von Staat und Wirtschaft
- Leistungsfähige und nachhaltige gesamtstaatliche Cyber-Sicherheitsarchitektur
- Aktive Positionierung Deutschlands in der europäischen und internationalen Cyber-Sicherheitspolitik

Die gesamtstaatliche Cyber-Sicherheitsarchitektur weist den verschiedenen Ressorts unterschiedliche Aufgaben zu. Die Cyber-Abwehr unterliegt der Verantwortung des BMI, während das AA für die Cyber-Außen- und internationale Cybersicherheitspolitik verantwortlich zeichnet. Verteidigungsaspekte der gesamtstaatlichen Cyber-Sicherheitsarchitektur werden gemäß Weißbuch 2016 als originäre Aufgaben dem BMVg und als verfassungsgemäßer Auftrag der Bundeswehr zugewiesen.

Hauptaufgabe Schutz der eigenen IT-Systeme

Unverändert ist es jedoch Aufgabe der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die territoriale Unversehrtheit sowie die Souveränität Deutschlands und seiner Verbündeten zu wahren. Künftig wird die Sicherheit Deutschlands auch im CIR zu verteidigen sein. Insbesondere dem Schutz eigener Systeme der Bundeswehr kommt dabei die größte Bedeutung zu.

In Ergänzung bzw. Erweiterung der bisherigen Aufgaben der Bundeswehr sind im CIR folgende Beiträge zu leisten:

- Die Verteidigung gegen Cyber-Angriffe, die einen bewaffneten Angriff auf Deutschland darstellen bzw. einen solchen vorbereiten oder begleiten können.
- Die Ausübung von Cyber-Fähigkeiten im Rahmen von Auslandseinsätzen nach Artikel 24 Absatz 2 des Grundgesetzes.
- Die Unterstützung bei der gesamtstaatlichen Abwehr von Cyber-Angriffen durch Maßnahmen, die von der technischen Unterstützung im Rahmen der Amtshilfe bis hin zum Einsatz der Bundeswehr zur Bewältigung eines besonders schweren Unglücksfalls, insbesondere bei Kritischer Infrastruktur, reichen können.

Die verstärkte Erschließung von offensiven Fähigkeiten durch staatliche, aber vor allem auch durch nicht-staatliche Akteure und Organisationen führt zu einem rasanten Anstieg möglicher Angriffsvektoren. Damit steigt die Gefahr auch für die Bundeswehr selbst. Cyber durchdringt alle Bereiche der Bundeswehr. So gilt es für die Bundeswehr ihre Waffensysteme, Bürokommunikation, IT-Systeme und Logistik zu schützen.

Unverändert ist es jedoch Aufgabe der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die territoriale Unversehrtheit sowie die Souveränität Deutschlands und seiner Verbündeten zu wahren. Künftig wird die Sicherheit Deutschlands auch im CIR zu verteidigen sein. Insbesondere dem Schutz eigener Systeme der Bundeswehr kommt dabei die größte Bedeutung zu.

Die Bundeswehr stellt ein Hochwertziel für die Akteure im CIR dar und muss daher neben den tausenden täglichen Malware- und Spam-Attacken jederzeit mit hoch professionellen Cyber-Angriffen rechnen. Um diesen adäquat begegnen zu können, bedarf es einer dauerhaften Hochwertverteidigung.

Im Einklang mit den Verbündeten im transatlantischen Bündnis ist für uns der CIR neben den klassischen Dimensionen Land, Luft und See zu einem neuen Operationsraum geworden.

Die Bundeswehr muss über entsprechende Ausrüstung und Personalressourcen verfügen, um die stetig wachsenden Herausforderungen zu bewältigen. Es gilt, die eigenen (konventionellen) Kräfte handlungsfähig zu halten. Zum Beispiel sind die bereits stark vernetzten technisierten militärischen Plattformen und Waffensysteme durch die fortschreitende Digitalisierung auf die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (sog. Embedded IT) angewiesen. Dabei geht es nicht nur um Teilhabe am Informationsaustausch, sondern auch um den Erhalt der Funktionsfähigkeit (bspw. Motorelektronik). Der Aufbau robuster Cyber-Fähigkeiten mit dem Zusammenwirken konventioneller Kräfte in der Bundeswehr ist daher von besonderer Bedeutung. Und dieses von der Rüstung bis hin zum Auslandseinsatz. Somit gilt es,

- Waffensysteme und Gefechtsstände im Rahmen von zielgerichteten Erneuerungen über den Rückgriff auf nationale Schlüsseltechnologien, wie etwa der Verschlüsselung, gegen Angriffe robust zu machen,
- defensive und offensive Cyber-Fähigkeiten in der Bundeswehr auszubauen,
- die mit der Digitalisierung entstehenden Chancen für die Bundeswehr nutzbar zu machen,
- die Cyber-Fähigkeiten der Bundeswehr zum gesamtstaatlichen Ansatz auszubauen und zu diesem Zwecke Kooperationen zu stärken, zum Beispiel mit dem Bundesministerium des Innern oder durch Vernetzung mit Wissenschaft, Industrie und multinationalen Partnern,
- Spitzenpersonal durch Schaffung attraktiver Cyber-Karrierepfade und innovativer Personalgewinnungsstrategien zu rekrutieren, um den gewachsenen Anforderungen an die eingesetzte Technologie gerecht werden zu können.

Um sich diesen Herausforderungen zukünftig möglichst wirkungsvoll entgegenzustellen, wurde durch die Bundesministerin der Verteidigung die Aufstellung einer Abteilung Cyber/ IT (CIT) im BMVg sowie eines neuen militärischen Organisationsbereichs CIR angewiesen.

Cyber/ IT aus einer Hand – die neue Abteilung CIT im BMVg

Mit der neuen Abteilung CIT im BMVg ist seit Oktober 2016 unter der Führung eines „Ressort - Chief Information Officers (CIO)“ die Verantwortung für das Thema Cyber und IT „in einer Hand“ gebündelt worden. Klaus Hardy Mühleck ist als erster CIO verantwortlich für die Digital- und Cyberpolitik, die IT-Strategie und -Architektur, die IT- und Cybersicherheit, die Realisierung und den Betrieb des IT-Systems der Bundeswehr sowie die inhaltliche Steuerung der BWI. Die BWI Informationstechnik GmbH bildet zusammen mit den Gesellschaften BWI Systeme GmbH und BWI Services GmbH den BWI Leistungsverbund zur Umsetzung von Herkules.

Der CIO ist nicht nur für die in der Bundeswehr eingesetzten IT-Systeme, -Projekte und deren Weiterentwicklung verantwortlich. Als Architekt des IT-Systems der Bundeswehr in seiner Gesamtheit schafft er die Grundlagen zur Wirkungsfähigkeit von Plattformen und Waffensystemen und macht dabei auch die Vorgaben für deren angebundene Embedded IT. Die Realisierung der einheitlichen Cyber-/ IT-Sicherheitsarchitektur erfolgt über sogenannte Architekturprojekte, die durch den CIO initiiert werden und sich an einem klaren Zielbild ausrichten. Er legt damit die strategische Ausrichtung Cyber/ IT der Bundeswehr fest, kann frühzeitig innovative Impulse für den Aufbau militärischer Fähigkeiten im Bereich Cyber/ IT aufnehmen bzw. vorgeben und einen wirkungsvollen Beitrag für die Waffensysteme und Plattformen leisten. Dadurch kann er der IT als querschnittlichem Enabler gerecht werden und ist Treiber einer zukunftsfähigen Ausrichtung des Geschäftsbereiches BMVg.

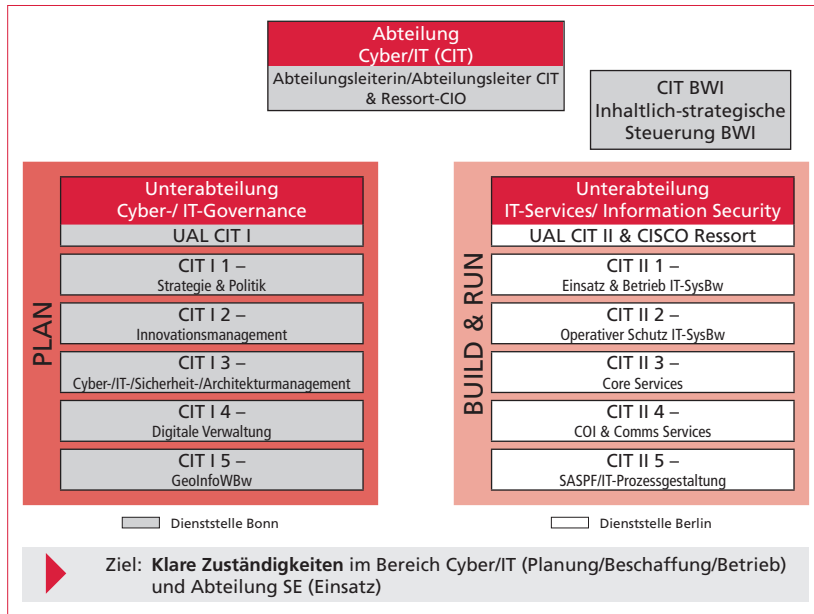


Abbildung 2: Die neue Abteilung CIT im BMVg

KdoCIR - Reduzierung auf das Wesentliche

Im neuen militärischen Organisationsbereich CIR werden die Kräfte und Mittel der Bundeswehr in der Dimension CIR gebündelt. Truppendienstlich und fachlich wird der neue Organisationsbereich durch das „Kommando Cyber- und Informationsraum“ (KdoCIR) geführt. Bei der Ausplanung des neuen KdoCIR wurde bei den erforderlichen Dienstposten für die truppendienstliche Führung und die querschnittlichen Aufgaben eines militärischen Organisationsbereiches bewusst ein sehr schlanker Ansatz gewählt. Dies gilt für den Dienstpostenumfang als auch die Dotierung gleichermaßen.

Die Position des Inspektors CIR (InspCIR) in der Dimension CIR manifestiert sich in seiner Eigenschaft als Taktgeber für die Entwicklung von Karrierepfaden und Gestaltung von Werdegängen für das Fachpersonal ebenso wie durch die zukunftsgerichtete Planung und Weiterentwicklung.

In der Abteilung Planung des Kommandos werden daher die fachlichen Aufgaben in der Weiterentwicklung sowie übergreifende Aspekte für die fachspezifische Ausbildung zusammengefasst, die derzeit im nachgeordneten Bereich der Streitkräftebasis wahrgenommen werden. Ab 2018 werden diese Aufgaben im Zuge des fachlichen Aufwuchses des KdoCIR um bisher nicht in der Bundeswehr vorhandene CIR-übergreifende Planungs- und Weiterentwicklungsanteile ergänzt. Damit sollen weitere Synergieeffekte erzielt werden.

In der Abteilung Einsatz wird die Unterstützung des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr und / oder des Nationalen Territorialen Befehlshabers durch CIR-Kräfte oder -Fähigkeiten sichergestellt. Im Gemeinsamen Lagezentrum CIR soll das CIR-relevante Wissen in der Bundeswehr korreliert und verfügbar gemacht werden. Das Verhältnis des Militärischen Nachrichtenwesens zum Bundesnachrichtendienst (BND) und Militärischer Abwehrdienst (MAD) bleibt dabei grundsätzlich unverändert.

Die Konzentration der operationellen und fachlichen Aufgaben im KdoCIR führt dazu, dass die nachgeordneten Stäbe des Kommando Strategische Aufklärung (KdoStratAufkl) und Führungsunterstützungskommando der Bundeswehr (FüUstgKdoBw) entsprechend schlanker gestaltet werden. Diese Ebene wird sich zukünftig auf die einsatzrelevanten Aufgaben konzentrieren. Unterhalb dieser beiden Kommandos werden im Wesentlichen das neue Zentrum für Cyber-Sicherheit der Bundeswehr (ZCSBw), das Zentrum Cyber Operationen (ZCO) sowie das Zentrum Software Kompetenz IT-Systeme Bundeswehr (ZSwKBw) unsere Fähigkeiten im CIR deutlich verbessern.

Zusammen mit den bestehenden Elementen wird die Bundeswehr mit diesen neuen Zentren über attraktive Dienststellen verfügen, die fordernde Aufgaben für junge Soldaten oder zivile Mitarbeiter mit IT-Hintergrund oder -Ausbildung am Puls der Zeit bereit halten.

Zusammen mit den bestehenden Elementen wird die Bundeswehr mit diesen neuen Zentren über attraktive Dienststellen verfügen, die fordernde Aufgaben für junge Soldaten oder zivile Mitarbeiter mit IT-Hintergrund oder -Ausbildung am Puls der Zeit bereit halten.

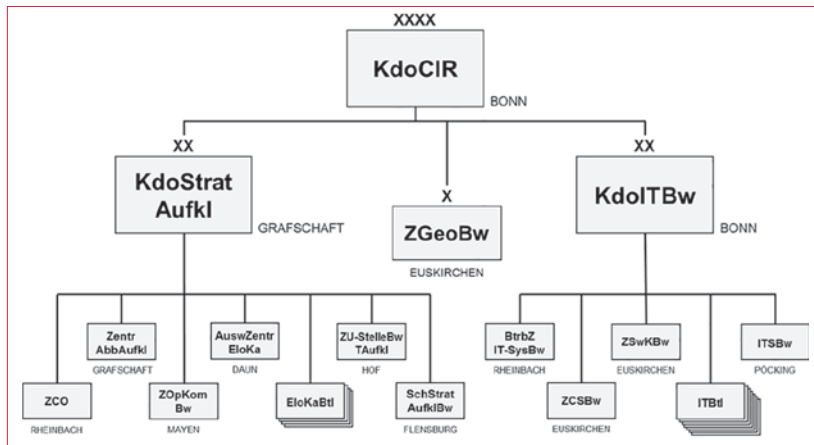


Abbildung 3: Der neue militärische Organisationsbereich Cyber- und Informationsraum

Aus Führungsunterstützungskommando wird Kommando Informationstechnik der Bundeswehr

Das FüUstgKdoBw und sein Kommandobereich werden zur Aufstellung des Organisationsbereiches CIR in 2017 in Gänze herangezogen. Zusätzlich wird dem FüUstgKdoBw das Zentrum für Informationstechnik der Bundeswehr (IT-ZentrumBw) unterstellt. Aus diesem werden sich das Zentrum für Cyber-Sicherheit und das Zentrum Softwarekompetenz entwickeln.

Als ein erster unterstützender Schritt zu einer gemeinsamen Kultur und gemeinsamen Verständnis nach innen und außen wird das FüUstgKdoBw bereits in der Startaufstellung im Juli 2017 in „Kommando Informationstechnik der Bundeswehr (KdoITBw)“ umbenannt. Eine zivil vergleichbare Bezeichnung auch im nachgeordneten Bereich erleichtert die Zusammenarbeit mit zivilen Stellen und kann nicht zuletzt der Nachwuchsgewinnung dienen.

Das KdoITBw ist im neuen Organisationsbereich – neben dem Kommando Strategische Aufklärung mit seinen Aufgaben im Informationsraum – das Kernelement für die Aufgabe „IT als Enabler für das Fähigkeitsprofil der Bundeswehr“. Das KdoITBw schafft mit seinen Kräften und Mitteln wie bisher die Voraussetzungen für eine umfassende Nutzung des Informationsraumes. Dazu betreibt es das IT-System der Bundeswehr (IT-SysBw) unter Abstützung auf den eigenen nachgeordneten Bereich. Die Leistungen der IT Service

Provider in den Organisationsbereichen der Bundeswehr sowie der BWI als Inhouse-Gesellschaft werden durch das KdoITBw mit seinen mobilen (Bataillone) sowie stationären Elementen (Betriebszentrum IT-SysBw) integriert und als IT-Services für die gesamte Bundeswehr bereitgestellt. IT-Dienstleister der Wirtschaft ergänzen und unterstützen nach Vorgaben der Bundeswehr dieses Leistungspaket.

Die organischen IT-/ Führungsunterstützungskräfte der militärischen Organisationsbereiche bleiben dabei mit Blick auf Aufgabe, Kompetenz und Verantwortung grundsätzlich unverändert. Gleiches gilt für die im Einsatzführungskommando der Bundeswehr sowie Planungsamt der Bundeswehr ausgetragenen IT-/ FüUstg Ressourcen.

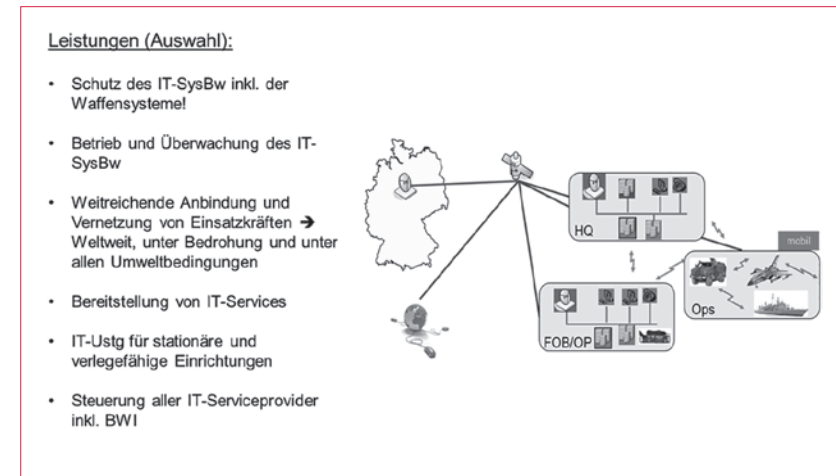


Abbildung 4: IT-Unterstützung für die Streitkräfte durch das Kommando Informationstechnik der Bundeswehr

Cyber-Sicherheit gewährleisten

Zur Stärkung und Zusammenführung der Aufgaben im Bereich Cyber-Sicherheit wird ein Zentrum Cyber-Sicherheit der Bundeswehr (ZCSBw) ausgeplant. Dieses wird aus Elementen des IT-Zentrums der Bundeswehr (IT-ZentrumBw) und des Bundesamts für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) sowie aus Elementen des bisherigen FüUstgKdoBw alimentiert.

Im ZCSBw werden die heute verteilten operativen Aufgaben, Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten der IT-/ Cyber-Sicherheit weitestgehend zusammengeführt. In einem ersten Schritt werden insbesondere die Fähigkeiten zur Verbesserung des Lagebilds Cyber-Sicherheit und die Befähigung und Möglichkeiten zur ressortübergreifenden Zusammenarbeit ausgebaut.

Die Aufgaben „Betrieb“ und „Schutz“ werden dann in unabhängigen Organisationselementen auf gleicher Ebene wahrgenommen (Zentrum Cyber-Sicherheit der Bundeswehr und Betriebszentrum IT-System Bundeswehr). Die Lageführung Betrieb IT-System Bundeswehr im Network Operation Centre (NOC) wird hierbei um die Lage Cyber-Sicherheit erweitert.

Informationsbedarfsdeckung auf allen Führungsebenen: das Kommando Strategische Aufklärung

Neben der Sicherstellung des sicheren Betriebs und der Überwachung der eigenen IT-Infrastruktur kommt insbesondere dem Militärischen Nachrichtenwesen eine entscheidende Bedeutung für die Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr zu. Als Informationsbedarfsdecker leisten die Angehörigen des Militärischen Nachrichtenwesens einen wesentlichen Beitrag zum Schutz deutscher und verbündeter Soldaten im Rahmen von Force Protection und stellen einen wesentlichen Beitrag für ein umfassendes Lagebild zur Verfügung. Dabei steht das Erkennen und Abwehren von Anomalien und Angriffen im eigenen digitalen Territorium der Bundeswehr im (geordneten) Verbund im Mittelpunkt. Gleichzeitig werden damit die Grundlagen zum Schutz von Informationstechnik in eigenen Waffen- und Einsatzsystemen und das Erhöhen der Wirksamkeit dieser Waffen- und Einsatzsysteme geschaffen. Dabei wird künftig das militärische Aufklären und Wirken mit Computer Netzwerk Operationen auf militärische Potenziale mit Blick auf die hybride Bedrohung zunehmend höhere Bedeutung erlangen. Diese sind im Gegensatz zu herkömmlichen Wirkmitteln nicht-letal, skalierbar, und in der Regel reversibel. Somit können die Mittel in ihrer Eskalationsstufe den politischen Vorgaben entsprechend angepasst werden. Gleichzeitig können sie besonders in asymmetrischen Szenaren – ergänzend zu den Maßnahmen des Elektronischen Kampfes im elektromagnetischen Spektrum – als Schutzmaßnahmen für eigene Kräfte dienen. So kann zum Beispiel in Einzelfällen auch das Auslösen ferngesteuerter Sprengfallen unterbunden werden.

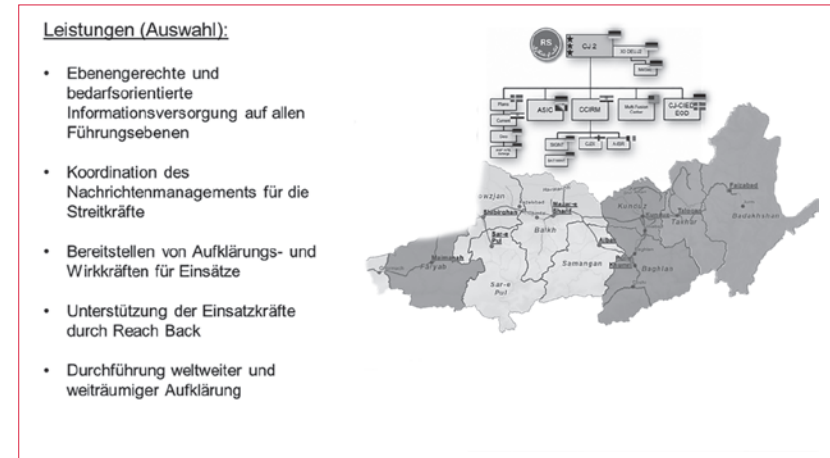


Abbildung 5: Informationsbedarfsdeckung für die Streitkräfte durch das Kommando Strategische Aufklärung

Das Zusammenführen von Aufklärungsergebnissen diverser und „maßgeschneiderter“ Sensorik zu einem fusionierten Lagebild ermöglicht es der militärischen Führung, auf einer breiten, fundierten Basis Entscheidungen vorzubereiten und treffen zu können, um mit Blick auf den gewünschten Effekt eine koordinierte Wirkung zu erzielen.

Aus diesen Gründen werden unter dem KdoCIR die Fähigkeiten von Aufklärung und Wirkung im CIR im Kommando Strategische Aufklärung gebündelt. Zusammen mit den erweiterten Fähigkeiten im Bereich der Cyber-/IT-Sicherheit wird so den eingangs beschriebenen neuen Bedrohungen bestmöglich Rechnung getragen.

Geoinformationen als unverzichtbare Grundlage bei Sicherheits- und Verteidigungsaufgaben: Das Zentrum für Geoinformationswesen der Bundeswehr

Ganz wesentliche Informationen bei Sicherheits- und Verteidigungsaufgaben sind Geoinformationen. Schon zu den Zeiten von Clausewitz galt, dass „Gewisse Umstände ..., welche das Gefecht immerwährend begleiten und ... Einfluss auf dasselbe haben, ... bei der Anwendung der Streitkräfte mit in Betracht gezogen werden. Diese Umstände sind die Örtlichkeit (das Terrain), die Tageszeit und das Wetter.“

In Zeiten der Digitalisierung nimmt auch die Bedeutung und auch Verfügbarkeit von Geoinformationen stetig zu. Dies gilt für viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und natürlich auch bei militärischen Operationen, in denen raumbezogene Entscheidungen getroffen werden müssen. Hier dienen Geoinformationen nicht mehr nur der Herstellung einer traditionellen „Papierkarte“, sondern sind in Verbindung mit Geoinformationssystemen und deren Analysefähigkeiten sowie im Rahmen der Navigation ein strategischer Wert an sich. Für Führungs- Waffen- und Einsatzsysteme sind zuverlässige, hochauflösende und qualitätsgesicherte Geoinformationen eine unverzichtbare Grundlage. Sie werden über das IT-System der Bundeswehr bereitgestellt.

Geoinformationen „beschreiben“ dabei die Dimensionen Land, Luft, See (und Weltraum). Dies sind zum Beispiel die Höhe von Bergen, der Verlauf von Flüsse und Straßen, Windgeschwindigkeit, Lufttemperatur, Seegang und Salzgehalt der Meere. Der Geoinformationsdienst der Bundeswehr berät hinsichtlich der Auswirkungen der Geofaktoren auf den Einsatz von Streitkräften. Damit ist die GeoInfo-Unterstützung ein Enabler in der Dimension CIR und stellt unter anderem den Raumbezug als Basis und Scharnier zwischen CIR und den anderen Dimensionen her.

Mit dem Zentrum für Geoinformationswesen der Bundeswehr (ZGeoBw) werden dem KdoCIR die zentralen Fähigkeiten der Bundeswehr zur Her- und Bereitstellung von Geoinformationen sowie zur GeoInfo-Beratung unterstellt. Das ZGeoBw ist zudem eine Ressortforschungseinrichtung des Bundes. Es trägt zu den Planungs-, Innovations- und Rüstungsprozessen der Bundeswehr bei. Die organischen GeoInfo-Kräfte in den anderen Organisationsbereichen der Bundeswehr bleiben dabei mit Blick auf Aufgabe, Kompetenz und Verantwortung grundsätzlich unverändert.

Die Aufgabe Operative Kommunikation

Die ganzheitliche Betrachtung des Cyber- und Informationsraumes erfordert neben der derzeit unerlässlichen Fokussierung auf technische Aspekte der Cyber-Sicherheit, des Betriebes von IT-Systemen sowie der Informationsbereitstellung, unter anderem auch von Geoinformationen, eine weitere Facette: das Informationsumfeld. Im Informationsumfeld vollziehen sich Wechselwirkungen zwischen der Information selbst und den Menschen, die diese Informationen aufnehmen, verarbeiten und weitergeben. Beispiele hierfür sind die Verbreitung von Gerüchten oder der Austausch und die Meinungsbildung über sich

ereignende militärische Operationen. Entscheidend sind hierbei nicht unbedingt die objektiven Fakten, sondern die Wahrnehmung durch den Menschen, einschließlich der Entscheidungsträger.

Militärische Handlungen dienen keinem Selbstzweck, sondern letztendlich dazu, einem Gegner den eigenen Willen aufzuzwingen. Konnte man dies zu Clausewitz' Zeiten vor allem durch militärische Übermacht erreichen, so entscheidet heute oft die öffentliche Wahrnehmung über Sieg oder Niederlage. Manchmal unabhängig von militärischem Erfolg. Überspitzt formuliert: Die Schlacht auf dem Felde ist dem Kampf um die Deutungshoheit in den sozialen Netzwerken gewichen.

Die Aufgabe Operative Kommunikation erschließt das Informationsumfeld als militärischen Handlungsraum, indem sie die Lage im Informationsumfeld mit ihren Möglichkeiten und Risiken auf allen Ebenen im Führungsprozess analysiert, Wirkungen im Informationsumfeld plant und diese mit wissenschaftlichen Methoden misst. Zusätzlich kann die Operative Kommunikation mit eigenen Kräften, Mitteln und Methoden, zum Beispiel durch Massenmedien oder im direkten Gespräch, zielgerichtet im Informationsumfeld wirken. Dies erfolgt unter Berücksichtigung kultureller Besonderheiten und wenn nötig auch geschützt durch speziell ausgebildetes Kommunikationspersonal des Zentrums Operative Kommunikation der Bundeswehr.

Militärische Handlungen dienen keinem Selbstzweck, sondern letztendlich dazu, einem Gegner den eigenen Willen aufzuzwingen. Konnte man dies zu Clausewitz' Zeiten vor allem durch militärische Übermacht erreichen, so entscheidet heute oft die öffentliche Wahrnehmung über Sieg oder Niederlage.

Im neuen Organisationsbereich CIR wird zukünftig der Untrennbarkeit technischer Aspekte des Cyber- und Informationsraumes und der Wahrnehmung durch den Menschen Rechnung getragen und damit diese neue militärische Dimension nutzbar gemacht.

Die besondere Rolle der BWI Informationstechnik GmbH

Die BWI wird zum IT-Systemhaus der Bundeswehr weiterentwickelt. Das bedeutet neben der Erweiterung des bisherigen Leistungsumfanges an IT-Services auch Dienstleistungen über den Betrieb des BWI Anteils im IT-System der Bundeswehr hinaus. Es gilt zukünftig alle Leistungen der BWI besser und umfangreicher denn je in die Bundeswehr zu integrieren. Management von IT-

Projekten, Beratung in IT-Service Management und IT-Architektur sind keine neuen Felder, werden aber stark erweitert. Die BWI wird im Orchester der Leistungserbringer mit dem KdoITBw und seinem Kommandobereich eine wesentliche Rolle spielen. Die Steuerung der BWI erfolgt durch den Ressort-CIO der Abteilung CIT.

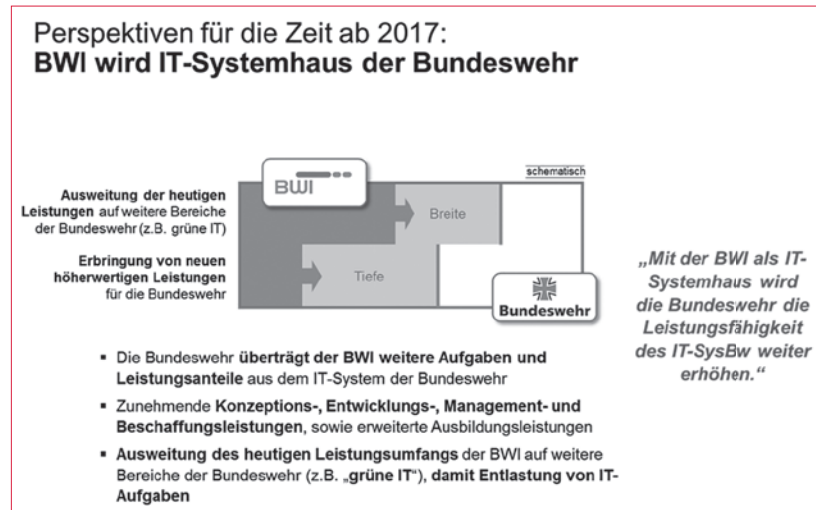


Abbildung 6

Fazit

Für die Bundeswehr ist Information eine „Kernressource“. Mit der Aufstellung eines eigenen ministeriellen Bereiches und dem geplanten Aufbau eines neuen militärischen Organisationsbereiches CIR sind die Grundlagen gelegt, um wirksame Cyber-Fähigkeiten der Bundeswehr auszubauen, zu strukturieren und neu zu schaffen. Mit einer Führung aus einer Hand werden die Verantwortlichkeiten bei den Themen Cyber/IT, Aufklärung und Wirkung an zentraler Stelle gebündelt.

Ähnlich wie Heer, Luftwaffe und Marine für die Dimensionen Land, Luft und See zuständig sind, werden die Mitarbeiter des neuen Organisationsbereiches ganzheitlich für die Dimension Cyber- und Informationsraum verantwortlich sein. Sie werden

- den Schutz und Betrieb des IT-Systems der Bundeswehr, sowohl im Inland als auch im Einsatz (Dauereinsatzaufgabe) sicherstellen,
- Fähigkeiten zur Aufklärung und Wirkung im Cyber- und Informationsraum stärken und weiterentwickeln (elektromagnetisches Spektrum, Informations- und Kommunikationstechnik und Informationsumfeld),
- mit dem Geoinformationswesen der Bundeswehr alle anderen Bereiche der Bundeswehr bei ihrer Auftrags Erfüllung unterstützen (u.a. Raumbezug als Basis und Scharnier zwischen CIR und anderen Dimensionen),
- durch Austausch und Kooperation mit den anderen Institutionen in einer digitalisierten Umgebung zu einer gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge beitragen und die Cyber- Sicherheitsarchitektur stärken.

Um diese vielfältigen Aufgaben zu bewältigen, braucht es effizientere und schlagkräftigere Strukturen. Sie sind eine wesentliche und notwendige Voraussetzung für konkrete Verbesserungen wie schnellere Beschaffungsprozesse, einheitliche Strategien und harmonisierte Architekturen.

Es wird ein Balanceakt werden, traditionelles militärisches Verständnis mit den fachlich bedingten Eigenheiten des jungen Organisationsbereiches in Einklang zu bringen. Vieles wird neu gedacht werden müssen, und auch Etabliertes muss sich der kritischen Betrachtung unterziehen. Letztlich soll sichergestellt bleiben, dass eine moderne Bundeswehr mit einer neuen Identität CIR die geforderten Verteidigungsaufgaben gesamtstaatlicher Cyber-Sicherheit für die territoriale Unversehrtheit sowie die Souveränität Deutschlands und seiner Verbündeten erfüllen kann.

Um mit Clausewitz zu schließen: „Das Wissen muss ein Können werden.“

Zum Autor: Generalmajor Ludwig Leinhos ist Leiter des Aufbaustabes Cyber- und Informationsraum (CIR) der Bundeswehr im Bundesministerium der Verteidigung und designierter Inspekteur des Cyber- und Informationsraum Kommandos.

Das Kalifat ist (noch nicht) tot – es leben seine Soldaten

Berndt-Georg Thamm

Prolog

Im „totalen Krieg“ gegen die Feinde des IS dürfe es keinen Rückzug geben: „Hütet euch vor jeglicher Schwäche im Angesicht des Feindes“, sagte am 3. November 2016 Abu Bakr al-Baghdadi. Der IS-Führer hatte sich über ein Jahr nicht mehr zu Wort gemeldet. In seiner 30-minütigen Audiobotschaft rief er seinen Dschihadisten zu, die Bastion Mossul zu verteidigen: „*Mit Ehre standzuhalten, ist tausend Mal einfacher als ein Rückzug in Schande*“. Zugleich fordert er seine Soldaten auf, Anschläge in Saudi-Arabien und in der Türkei zu verüben. Gut zwei Wochen zuvor hatte die Offensive auf jene Metropole begonnen, in der vor über zwei Jahren das neue Kalifat proklamiert worden war.

Das Kalifat ist (noch nicht) tot

Im Oktober 2016 begann mit der Schlacht um Mossul die größte Bodenoffensive im Irak seit der US-geführten Operation „Iraqi Freedom (OIF) 2003“. An der Rückeroberung der letzten IS-Hochburg im Irak bilden Soldaten der irakischen Armee, Polizeibataillone, kurdische Peschmerga und schiitische Milizionäre der Volksmobilisierungseinheiten eine 100.000 Mann-Koalition, der geschätzte 5.000 bis 7.000 Dschihadisten des IS gegenüber stehen. Zur „Verteidigung“ der wirtschaftlich und strategisch wichtigen Metropole, in der noch bis zu 1,5 Millionen Menschen – darunter IS-„Feinde“ wie Christen, Kurden, Turkmenen und Jesiden – leben, setzten IS-Kämpfer Ölquellen und Schwefelminen in Brand, missbrauchen Zivilisten als „menschliche Schutzschilder“, egalisieren Verluste durch Rekrutierung von Kindersoldaten, schrecken durch Massenerschießungen, durch Sprengfallen und gefährliche Tunnelsysteme den Feind ab, der letztlich auch mit Giftgas-Einsätzen rechnen muss. Erst Mitte November 2016 machte die Organisation für das Verbot von Chemiewaffen (OPCW) darauf aufmerksam, dass nach ihren Erkenntnissen der IS wohl selbst Senfgas herzustellen vermag. Am Ende des Jahres war nach einem Luftangriff die letzte Brücke über den Tigris zwischen dem östlichen und dem westlichen Teil, letzterer wird weiterhin vom IS kontrolliert, zerstört worden.

Parallel zur Großoffensive in Mossul begann im November 2016, ebenfalls von US-geführten Luftschlägen unterstützt, in Syrien mit der Operation „Angry

Euphrates“ die „große Schlacht zur Befreiung von Raqqa“, der provisorischen Hauptstadt des IS: Nach Angaben der Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) wolle man die „Hauptstadt des weltweiten Terrorismus“ zunächst isolieren und dann einnehmen. Unterstützung am Boden erhalten die SDF von kurdischen Volksschutzeinheiten.

Zuvor schon musste sich der IS aus Dabiq, einer kleinen nordsyrischen Ortschaft rund 40 Kilometer nordöstlich von Aleppo gelegen, zurückziehen. Dabiq (so nannte der IS sein Propaganda-Onlinemagazin) ist, wie auch Amaq (so der Name der IS-Nachrichtenagentur), in einer Sumpfebene östlich des türkischen Antakia gelegen, einer von zwei möglichen Orten, an denen nach der islamischen Eschatologie am Ende der Zeit die muslimischen Armeen auf ihre Gegner treffen werden, eben die apokalyptische Endschlacht zwischen Gut und Böse. Vor dem Hintergrund dieser Bedeutung war die Vertreibung aus Dabiq für den IS eine der größten Niederlagen. In der Folge reagierte der

IS auf Niederlagen mit einem Strategiewechsel, zählte forthin selbige zu Teilen eines übergeordneten Kampfes der niemals aufhört, wahrscheinlich des endzeitlichen Entscheidungskampfes. Wann auch immer die finale Auseinandersetzung zwischen den „Rechtgläubigen“ und dem „internationalen Unglauben“ stattfindet – und wo auch immer das Armageddon (Hebräisch: Berg von Megiddo, ein südlicher Ausläufer des Karmelgebirges im heutigen Israel) als Austragungsort liegen mag – nicht nur dem globalen Religionskrieg, sondern auch dem innerislamischen Machtkrieg in der Region muss höchste Aufmerksamkeit geschenkt werden. So wie einst der Krieg am Hindukusch (Afghanistan 1979 – 1989) zum ersten großen internationalen Dschihad der Sunniten der Neuzeit wurde, begann ein Vierteljahrhundert später nun im Nahen Osten (Syrien/Irak/Jemen) der erste internationale Dschihad der Schiiten, nicht zuletzt auch durch den dortigen selbst ernannten Islamischen Staat (IS) mit ausgelöst.

So wie einst der Krieg am Hindukusch (Afghanistan 1979 – 1989) zum ersten großen internationalen Dschihad der Sunniten der Neuzeit wurde, begann ein Vierteljahrhundert später nun im Nahen Osten (Syrien/Irak/Jemen) der erste internationale Dschihad der Schiiten, nicht zuletzt auch durch den dortigen selbst ernannten Islamischen Staat (IS) mit ausgelöst.

Der erste neuzeitliche internationale Dschihad der Schiiten

Schon im 7. Jahrhundert begann im Nahen Osten der sich bis in die heutige Zeit hinziehende politische Machtkampf zwischen zwei religiösen Strömungen des Islam. Nach dem Tode des Propheten Mohammed 632 zerstritt sich die

Gemeinde der Gläubigen (umma) über dessen Nachfolge. Die Mehrheit wollte dessen erfolgreichen Heerführer Abu Bakr (nach diesem nennt sich der IS-Führer al-Baghdadi) als neuen weltlichen und geistigen Führer (Kalif) durchsetzen, sah sich als „Volk der Tradition“ (ahl as-sunna). Für eine Minderheit durfte hingegen nur ein direkter Nachfahre Mohammeds neuer Religionsführer werden, eben dessen Neffe und Schwiegersohn Ali. Doch setzten die Sunniten zum Leidwesen der „Partei Alis“ (as-shia) dreimal in der Folge andere durch, bevor 656 Ali zum Kalifen gewählt wurde. Im anhaltenden Streit um die Führung der Gläubigen wurde dieser nur fünf Jahre später ermordet, wie danach auch weitere Nachfahren Mohammeds. Die Hoffnung der Schiiten, mit Hussein den Enkel des Propheten als Oberhaupt einzusetzen, starb mit dessen Tod 680 in der verlorenen Schlacht bei Kerbela im heutigen Irak, die für die Verlierer bis heute symbolisch für den Kampf zwischen „Gut und Böse“ steht. Seit damals stehen sich Sunniten und Schiiten feindlich gegenüber. Mit der Arabellion in der muslimischen Welt des Nahen Ostens 2010/2011 wurde dieser über 1330 alte Machtkampf zweier religiös-politischer Lager erneut reaktiviert, insbesondere durch das am 29. Juni 2014 im Irak proklamierte neue sunnitische Kalifat, das in schiitischen Muslimen Abtrünnige vom rechten Glauben sah und sieht, die es auf den Tod zu bekämpfen gilt.

Die Türkei als Mittler im drohenden Religionskrieg

Um der Gefahr eines Religionskrieges zu begegnen, lud das türkische Amt für Religion als Gastgeber am 17. Juli 2014 zu einer mehrtägigen Konferenz nach Istanbul. Mit einer „Initiative für Frieden, Mäßigung und Respekt“ waren sowohl sunnitische als auch schiitische Geistliche aus dem Irak, Syrien, dem Libanon, Jemen, Saudi-Arabien und den Golfstaaten eingeladen worden, um die Kluft zwischen den „Konfessionen“ zu verringern. Diese war jenseits der türkischen Südgrenze insbesondere durch den IS heraufbeschworen worden; keine drei Wochen zuvor war das neue Kalifat ausgerufen worden. Die Türkei befürchtete, dass innerislamische Spannungen in den Konfliktregionen Irak/Syrien auf ihr Gebiet übergreifen könnten, gibt es doch in dem Land eine kleine schiitische Gemeinde und die millionenstarke große Mehrheit der Alewiten, die 15 bis 30 Prozent der türkischen Bevölkerung ausmacht, ein Drittel davon kurdisch-sprachig. Beide Gruppen sind als religiöse Minderheiten in der mehrheitlich sunnitischen Türkei nicht anerkannt.

Der Iran und die Ausbreitung seiner schiitisch-islamischen Staatsidee

Auch der türkische Nachbar Syrien ist mehrheitlich sunnitisch (74 %), jedoch zählt das Herrscherhaus al-Asad zur Minderheit der Alawiten (14 %), einer schiitischen Sekte. Im internationalen Bürgerkrieg des alawitisch-schiitischen Machthabers gegen zumeist sunnitische Rebellen, Dschihadisten und andere Gegner seiner Diktatur verlor dieser in über einem halben Jahrzehnt etwa ein Drittel seiner 300.000 Mann Armee. Egalisiert wurden die Verluste durch Zehntausende schiitische „Gastkämpfer“ aus einem halben Dutzend Staaten, allein 10.000 bis 20.000 aus Afghanistan, meist Angehörige der Ethnie der Hazara, einer schiitischen Minorität am Hindukusch. Die schiitischen Kämpfer kamen weniger spontan, quasi aus Solidarität mit den rechten Glaubensbrüdern in Damaskus, sondern mehr oder weniger organisiert geleitet und auf Kampfeinsätze vorbereitet.

Organisator dieses modernen Dschihad der Schiiten gegen die sunnitischen Gegner waren und sind iranische „Revolutionswächter“. Sie scheinen eine Idee umzusetzen, die einst der Revolutionsführer und Rechtsgelehrte Ayatollah Ruhollah Khomeini (1900 – 1989) nach seiner Rückkehr aus dem Exil (Türkei, Irak, Frankreich) im Iran 1979 konzipierte. In diesem Jahr wurde das vormalige Kaiserreich zur Islamischen Republik proklamiert. Statt des Kaisers war in dieser Theokratie nun Gott der alleinige Herrscher. Diese Revolution im jungen schiitischen „Gottesstaat“ begriff ihr Führer als Ausgangspunkt für eine globale Ausbreitung der islamischen Staatsidee. Um den Ausgangspunkt Iran zu schützen und zu stützen, rief Khomeini Anfang Mai 1979 eine „Armee der Wächter der islamischen Revolution“ (Pasdaran) ins Leben. Im Laufe dreier Jahrzehnte wurde diese Revolutionsgarde (Sepah) zu einem Staat im Staate, die nur dem Revolutionsführer – heute Ayatollah Ali Khomeini – rechenschaftspflichtig war und ist. Als Wirtschafts- und Schutzmacht (rund 125.000 Mann mit eigenständigen Truppenteilen für Heer, Luftwaffe und Marine) sind die Pasdaran das militärisch-ideologische Rückgrat der Islamischen Republik. Mit der von Generalleutnant Quassam Soleimani kommandierten al-Quds (Jerusalem)-Einheit unterhalten die Gardisten eine Spezialtruppe, die für Einsätze im Ausland trainiert. Und eben diese Auslands-Eliteeinheit rekrutiert schiitische Freiwillige im Ausland (z.B. Pakistan), die zu Teilen dann in Ausbildungslagern im Iran zu Kämpfern ausgebildet werden. So konnte nur mit Hilfe dieser „Schattenarmee“ im Dezember Ost-Aleppo am Boden eingenommen werden.

Im Sinne des modernen schiitischen Dschihad kooperiert die Quds-Brigade der Pasdaran insbesondere mit der Hisbollah im Libanon. Die schiitische Partei Gottes war hier 1982 gegründet worden, und den schiitischen – von den Sunniten gefürchteten – Popular Mobilization Units (PMU), den nach dem Blitz-Feldzug des IS im Irak 2014 entstandenen „Volksmobilisierungseinheiten“ (Haschd al-Schaabi), zu denen wohl weit über 50 schiitisch-irakische Milizgruppen mit insgesamt bis zu 100.000 Mann zählen. Sie alle haben letztlich kein Interesse an einem, von Russland und der Türkei befürworteten, politischen Kompromiss in Syrien, streben hier vielmehr den totalen Sieg über die sunnitischen Feinde an. Im Sinne der Ausbreitung der islamischen Staatsidee erhoffen die Revolutionsgardisten, dass nach dem Libanon und dem Irak Syrien zum dritten „Brückenkopf des Iran“ im nahöstlichen „schiitischen Halbmond“ werden könnte. Ob die ideologische Rechnung der al-Quds-Brigaden aufgeht, für die Syrien schon heute eine „strategische Provinz“ der Islamischen Republik zu sein scheint, ist ungewiss. Gewiss hingegen ist für die Pasdaran in der Region ein Ziel, das für sie auch „nicht verhandelbar“ ist: Die Zerstörung Israels.

Stellvertreterkriege der Schutzmächte der Schiiten und Sunniten

Nach dem erfolgreichen Atomabkommen im Juli 2015 ist der Iran ambitioniert, erneut regionale Hegemonialmacht zu werden. Dies wird nicht nur auf den Kriegsschauplätzen im Irak und in Syrien deutlich, sondern auch auf dem – durch die vorgenannten Konfliktregionen fast in Vergessenheit geratenen – Schlachtfeld im Jemen. Von der Weltöffentlichkeit kaum beachtet, führen hier Saudi-Arabien als Schutzmacht der Sunniten (Hüterin der heiligen Stätten Mekka und Medina) und (indirekt) der Iran als Schutzmacht der Schiiten (Hüterin der heiligen Stätten Kerbela und Nadschaf) einen Stellvertreterkrieg. Ursprünglich gab es im Jemen keine scharfe Trennung zwischen Sunniten und Schiiten. Über viele Jahrhunderte übten die Huthis, Angehörige der schiitischen Splittergruppe der Zaiditen, Macht im Norden des Landes aus, die erst 1962 durch einen Militärputsch gebrochen wurde. Die Auseinandersetzungen mit der sunnitischen Zentralregierung in den nachfolgenden Jahrzehnten eskalierte im zerfallenden (failing) Staat Jemen mit der Arabellion. In den jemenitischen Bürgerkrieg griff Saudi-Arabien im Februar/März 2015 ein. Mit neun sunnitischen Alliierten (Kuwait, Katar, VAE, Bahrain, Jordanien, Ägypten, Sudan, Marokko und Pakistan) begann das Königreich mit der gemeinsamen „Operation Entscheidungsturm“ einen Luftkrieg gegen die schiitischen Huthi-Rebellen, aus saudischer Sicht die „fünfte Kolonne des Iran“. Doch bis

dato konnte die Militärmaschinerie die Huthis nicht besiegen, auch alle Friedensgespräche scheiterten. Der Jemen als Staat ist kaum noch existent, er hat sich weitgehend aufgelöst. Tausende Zivilisten sind ums Leben gekommen, Millionen haben durch die Kämpfe Existenz und Heimat verloren, sind mangelernährt und hungern. Von den 27 Millionen Einwohnern bräuchten drei Viertel dringend Unterstützung. Vor dem Hintergrund dieser Bilanz vermag die Schutzmacht Saudi-Arabien nicht mehr zu sagen, was sie politisch, militärisch und strategisch in dem inzwischen zerfallenen (failed) Staat erreichen will. In diesem ist ein Machtvakuum entstanden, das nicht nur bewaffnete Stämme, sondern insbesondere Dschihadterroristen der al-Qaida (auf der Arabischen Halbinsel) und des IS zur Ausweitung ihrer Einflussbereiche nutzen.

Der IS und sein Terror gegen schiitische „Glaubensabtrünnige“, sunnitische „Glaubensverfälscher“ und nichtmuslimische „Ungläubige“

Unmissverständlich sprach und spricht der IS sowohl den saudischen Sunniten als auch den schiitischen Iranern den Anspruch ab, die jeweils einzigen wahren Nachfolger des Propheten zu sein. Dies steht allein dem neuen sunnitischen Kalifat mit seinem Kalifen Ibrahim zu. Mit zumeist selbstmörderischen Terroranschlägen unterstreicht der IS weltweit diesen Anspruch.

Anfang Januar 2017 untermauerte dies das israelische Institut für Nationale Sicherheitsstudien (INSS) in Tel Aviv mit Zahlen. In einer Studie über Selbstmordattentate 2016 hieß es, dass 800 Täter 469 Bombenanschläge in 28 Ländern begangen hatten, durch die 5.650 Menschen getötet und rund 9.480 verletzt worden waren (2015: 452 Anschläge mit 4.330 Toten und 8.800 Verletzten). Für 70 Prozent der Attacken war demnach der IS direkt oder indirekt verantwortlich. Die meisten Anschläge fanden im Nahen Osten, hier mit Abstand die meisten (146) im Irak statt. *„Angesichts der Gebietsverluste des IS (...) scheint es“, so das INSS, „dass der Selbstmordterrorismus ein Schlüsselwerkzeug des „Islamischen Staates“ sein wird, um sein Image zu stärken, unbesiegbar zu sein.“*

„Angesichts der Gebietsverluste des IS (...) scheint es“, so das INSS, „dass der Selbstmordterrorismus ein Schlüsselwerkzeug des „Islamischen Staates“ sein wird, um sein Image zu stärken, unbesiegbar zu sein.“

Andere Motive für Selbstmordanschläge waren und sind Rache (für Anti-IS-Aktionen) und Abschreckung (der Feinde des Islam), zu denen muslimische „Glaubensverfälscher“, insbesondere aber „Glaubensabtrünnige“ zählen. Immer wieder werden die „schiitischen Schlangen“ in ihren Wohnvierteln, in Gebets-

häusern, auf Wallfahrten und Versammlungen vom IS terroristisch attackiert, so im Libanon, in Syrien, dem Irak, in Saudi-Arabien, dem Jemen – aber auch außerhalb des arabischen Nahen Ostens, beispielsweise in Afghanistan. Hier am Hindukusch ist von der bedrängten Lage in Nahost wenig zu spüren. In Afghanistan breitet sich der IS immer weiter aus und versucht, im Osten des Landes ein „Kalifat Khorasan“ mit der Hauptstadt Jalalabad zu errichten. Bis zu 1.000 Mann soll der IS nach Einschätzung der NATO von Ende Oktober 2016 unter Waffen haben. Immer öfter scheint der IS auch gegen Taliban vorzugehen. Mit seinen Anschlägen gegen die im Lande lebenden Schiiten sucht er eine religiöse Konflikt-Linie zwischen den verschiedenen muslimischen Gruppen zu provozieren und konterkariert damit den ohnehin labilen Ausöhnungsprozess im Lande. Die Globalisierung der religiösen Konflikt-Linie zwischen Sunniten und Schiiten nimmt bedrohlichere Formen an, hatten sich doch schon bis März 2016 weltweit rund 34 Terrorgruppen dem IS angeschlossen. Und selbst im schiitischen Gottestaat, in welchem bislang keine größeren Anschläge verübt wurden, scheint der IS virulent zu werden. Im Juni 2016 meldete der iranische Geheimdienst erstmals, dass die Tatbegehung eines groß angelegten Anschlagplanes verhindert wurde. Danach waren Terroristen festgenommen worden, die Dutzende Selbstmordanschläge in Teheran hätten verüben wollen. Wenige Monate später wurden im Iran, so Medienberichte Mitte Oktober, elf Verdächtige wegen mutmaßlicher Anschlagpläne festgenommen. Die Gruppe soll Selbstmordeinsätze geplant haben, so Sicherheitskräfte in der südlichen Provinz, die auch zwei Zentner Sprengstoff beschlagnahmt hätten. Wie die Nachrichtenagentur Mehr berichtete, sollen die Verdächtigen dem IS angehören.

Die Türkei und ihre nationale Mobilmachung gegen den Terrorismus

Als Beschützer der Sunniten in Syrien, im Irak und selbst im Libanon geriert sich Präsident Recep Tayyip Erdogan vor dem Hintergrund, die Türkei zur Schlüsselkraft der Region – auf dem territorialen Rest des letzten islamischen Großreiches, dem Osmanischen Reich – zu machen. In diesen Gestaltungsprozess passt kein eigenständiger Kurdenstaat, der jedoch durch den Zerfall der Bürgerkriegsstaaten jenseits der türkischen Südgrenzen entstehen könnte. So konnte im nordsyrischen Grenzgebiet die kurdische Unionspartei (PYD) bereits größere Gebiete unter Kontrolle bringen. Ein zusätzliches Problem zum irakischen Grenzgebiet, wo die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) – zum Leidwesen der Regionalregierung der irakischen Kurden (KRG) – in deren autonomer Zone ihr Hauptquartier hat. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen

kündigte Präsident Erdogan den Friedensprozess mit der Kurdenguerilla Ende Juli 2015 auf. Die türkische Luftwaffe flog wieder Einsätze gegen die PKK im Nordirak, und der kurdische Südosten der Türkei wurde erneut Kampfgebiet.

Zeitgleich wurden am 20. Juli 2015 durch einen Anschlag auf ein Kulturzentrum in Suruc an der Grenze zu Syrien 34 Menschen, zumeist junge kurdische

Aktivisten, getötet. Für diesen schwersten Anschlag seit mehr als zwei Jahren machte die türkische Regierung den IS verantwortlich, öffnete in der Folge seine NATO-Basis Incirlik für US-Luftschläge gegen das Kalifat und schloss sich der US-geführten Koalition gegen den IS an. Dieser erklärte darauf nur vier Wochen später am 17. August der „nichtmuslimischen Türkei“ den Krieg und rief zum Aufstand gegen den „Teufel“ Erdogan mit den Worten auf: „Alle Gläubigen sollen Istanbul erobern, die Stadt, die der verräterische Erdogan Tag und Nacht den Kreuzfahrern ausliefert.“

Als Beschützer der Sunniten in Syrien, im Irak und selbst im Libanon geriert sich Präsident Recep Tayyip Erdogan vor dem Hintergrund, die Türkei zur Schlüsselkraft der Region – auf dem territorialen Rest des letzten islamischen Großreiches, dem Osmanischen Reich – zu machen.

Terrorziel Türkei

Seit dieser Zeit erschüttert eine Serie von Anschlägen das Land, die selbst durch den Umsturzversuch am 15./16. Juli 2016 nicht unterbrochen wurde. Für den Militärputsch machte Erdogan insbesondere die Anhängerschaft des in den USA lebenden islamischen Predigers Fethullah Gülen verantwortlich, mit dem er sich 2013 überworfen hatte. Für die Terroraktionen machte die Regierung zumeist den IS und die verbotene PKK mit ihrer radikalen Splittergruppe „Freiheitsfalken Kurdistan“ (TAK) verantwortlich, so am

- 10. Oktober 2015 in Ankara: Zwei IS-Selbstmordattentäter reißen während einer prokurdischen Friedenskundgebung 103 Menschen in den Tod und verletzen mehr als 500.
- 12. Januar 2016 in Istanbul: Durch einen IS-Selbstmordanschlag auf eine Touristengruppe werden vor der Blauen Moschee zwölf Deutsche getötet.
- 17. Februar 2016 in Ankara: TAK-Bombenanschlag auf einen Militärkonvoi, bei dem 28 Menschen getötet werden.

- 13. März 2016 in Ankara: TAK-Bombenanschlag mit mindestens 37 Toten.
- 19. März 2016 in Istanbul: IS-Selbstmordanschlag in der Istiklal-Einkaufsstraße, bei dem vier Touristen (drei Israelis, ein Iraner) getötet werden.
- 8. Juni 2016 in Midyat im Südosten: PKK-Autobombe tötet sechs Menschen vor einem Polizeirevier.
- 18. Juni 2016 in Istanbul: Drei IS-Selbstmordattentäter sprengen sich am internationalen Terminal des Atatürk-Flughafens in die Luft, töten 47 Menschen und verletzen mehr als 200.
- 18. Juli 2016 im Südosten: Eine Anschlagserie der PKK auf Sicherheitskräfte tötet 14 Menschen und verletzt 300 weitere.
- 20. August 2016 in Gaziantep im Südosten: IS-Anschlag auf kurdische Hochzeitsgesellschaft, durch den 57 Menschen getötet werden.
- 9. Oktober 2016 im Südosten: PKK-Attentäter sprengt in der Provinz Hakkari eine Autobombe vor einem Kontrollposten der Gendarmerie. Die Explosion tötet 16 Menschen.
- 4. November 2016 in Diyarbakir im Südosten: Autobombenanschlag des IS (oder der TAK), der mindestens elf Menschen tötet.
- 10. Dezember 2016 in Istanbul: TAK-Doppelanschlag nahe dem Stadion im Stadtteil Besiktas nach einem Fußballspiel. Die zwei Selbstmordattentäter töten 45 Menschen, darunter viele Polizisten.

Nach diesem Doppelanschlag zog Präsident Erdogan Bilanz dieser mörderischen Gewalt, deren Ausmaß alles übertraf, was das Land je erlebte – und suchte das gesamte Volk gegen Terroristen einzuschwören. *„Gemäß Artikel 104 unserer Verfassung verkünde ich als Chef des Staates der Republik Türkei eine nationale Mobilmachung gegen alle Terrororganisationen“*, sagte er am 14. Dezember. Jeder Terrorist sei der Feind von 80 Millionen Türken *„und wird auch so behandelt“*. Unklar ist, wie die Bürger dem Staat im Kampf gegen Terrorismus helfen sollen, sind doch auch politische Gegner wie die Gülen-Bewegung zur Terrororganisation erklärt worden.

Der türkische Vielfrontenkrieg

Jenseits seiner Südgrenze zum Irak sucht die Türkei, die sich bei der Rückeroberung von Mossul engagiert, dem wachsenden Einfluss der Regionalmacht Iran und seiner irakischen Partner zu begegnen; könnten diese doch nach der Befreiung der Metropole vom IS dort eine schiitische Vorherrschaft in einem überwiegend sunnitischen Gebiet errichten. Jenseits seiner Südgrenze zu Syrien sucht die Türkei den Einfluss syrischer Kurden in autonomen Territorien einzudämmen. Im kurdischen Südosten des Inlandes herrschen temporär bürgerkriegsähnliche Zustände. Und nicht zuletzt hat in Teilen des Landes der IS ein Netzwerk errichtet mit „hohen terroristischen Fähigkeiten“, wie auch aus Sicht des Innenministeriums die „Gülenisten“ den Staat unterwandert haben sollen – mit einem Wort: *„Kein Land der Welt steht in diesem Augenblick gleichzeitig im Kampf gegen so viele Terrororganisationen“*. Und diese setzen die im Juli 2015 begonnene Serie der Anschläge fort:

- 17. Dezember 2016 in Kayseri: In der zentraltürkischen Stadt zündet ein TAK-Selbstmordattentäter eine Autobombe, die mindestens 13 Soldaten in einem Militärbus tötet.
- 19. Dezember in Ankara: Der russische Botschafter Andrej Karlow wird von einem türkischen Sondereinsatzpolizisten erschossen. Die Regierung macht die Gülen-Bewegung, inzwischen als „Fethuallahistische Terrororganisation“ (FETÖ) bezeichnet, verantwortlich.
- 31. Dezember/1. Januar 2017 in Istanbul: Ein IS-Attentäter tötet auf einer Silvesterfeier im Nachtclub „Reina“ mindestens 39 Menschen, darunter 24 Ausländer vornehmlich aus dem Nahen Osten und verletzt 69 weitere Club-Gäste.

Foreign Fighters – die „Soldaten des Kalifats“ bedrohen Europa

In einem über zwei Dekaden in Europa entstandenen islamistischen Untergrund wuchs in den letzten Jahren insbesondere die salafistische Szene, auch in Deutschland. Hier zählten Verfassungsschützer 4.500 Salafisten 2012, 5.500 im Jahre 2013, dann 7.000 (2014), 8.350 (2015) und 2016 bis Ende Oktober 9.200.

Vornehmlich aus diesem islamistisch-salafistischen Untergrund kamen die Freiwilligen, um an dschihadistischen Fronten im Nahen Osten zu kämpfen. Rund 5.000 bis 6.000 zog es mehrheitlich zum IS und dessen Vorläufern, darunter 850 aus Deutschland.

Die europäische Polizeibehörde EUROPOL ging im Juli 2015 davon aus, dass von den europäischen „foreign terrorist fighters“ (FTF) 1.500 bis 1.800 in die Europäische Union zurückgekehrt sind, darunter 300 Kämpfer aus Deutschland. Eine noch größere „Reisewelle“ europäischer Dschihadisten erwartet EUROPOL, wenn der IS weiter geschwächt werden sollte, erst recht, wenn das Kalifat im Irak und Syrien militärisch geschlagen werden sollte. Unter diesen „Rückkehrern“ dürften viele sein, die „eine hochgradige Gefahr für die Sicherheit“ darstellen, sollen doch über 400 vom IS speziell für Europa-Einsätze (Angriffe nach Vorbild von Spezialeinsatzkräften in einem internationalen Umfeld) ausgebildet worden sein. Ziele einer anhaltend hohen Bedrohung wären einer Studie des European Counter Terrorism Centre EUROPOLs Ende 2016 zufolge vor allem Frankreich, Belgien, Deutschland, die Niederlande und das Vereinigte Königreich.

Bisher verübten Dschihadisten in Europa organisierte Terrorattaken (Paris 7. – 9. Januar 2015 mit 17 Toten, Paris 13. November 2015 mit 130 Toten, Brüssel 22. März 2016 mit 35 Toten) mit Sturmgewehr und Sprengstoffweste.



Breitscheidplatz Berlin am Tag nach dem Attentat

Radikalisierte Einzeltäter griffen zu Hieb- und Stichwaffen, vornehmlich zum Messer, oder setzten Fahrzeuge als Waffe ein, vom PKW (Israel, ab 2014/15 diverse) bis zum schweren LKW (Nizza 14. Juli 2016 mit 86 Toten, Berlin 19. Dezember 2016 mit 12 Toten, Jerusalem 8. Januar 2017 mit vier Toten). Weitere Anschläge nach diesen Mustern können und dürfen nicht ausgeschlossen werden. Auch wenn die Täter von Paris und Brüssel ihre Angriffe ursprünglich wohl mit in Fahrzeugen verbrachten Sprengsätzen geplant hatten, kam es in Europa bis dato nicht zu derartigen Anschlägen.

Da die „Erforschung neuer modi operandi“ nach Einschätzung EUROPOLs ein „Kennzeichen des IS“ ist, weist die Behörde auf die Möglichkeit neuer, anderer, hochgefährlicher Attacken hin. Zu diesen werden Autobomben, Ent-

führungen/Geiselnahmen (zur Freipressung inhaftierter Islamisten) und selbst Einsätze von chemischen Kampfstoffen wie Senfgas (und Sarin) gezählt. Selbst die Anwendung biologischer Kampfmittel wird nicht mehr ausgeschlossen.

Eine Zunahme der Gewaltbereitschaft und der Gewaltausübung scheint durch engere Verbindungen zwischen islamistischen Terroristen und rein kriminellen Milieus („sybiotischer Terrorismus“) gegeben zu sein. Zu diesem Aspekt forscht insbesondere das International Centre for the Study of Radicalisation am Londoner King's College (Peter Neumann: Der Terror ist unter uns – Dschihadismus und Radikalisierung in Europa, Berlin 2016).

In Relation zur alten al-Qaida (mit ihren ausgeprägten religiös-ideologischen Anforderungen an Dschihadisten) forcierte der neue IS die „Proletarisierung des Dschihad“ (Neumann), setzte pragmatisch auch auf Kleinkriminelle, die durch Straftaten und Gefängnisaufenthalte Fähigkeiten erworben hatten, die beim Durchführen von terroristischen Aktionen nur von Vorteil waren. Für diese Unterminierung ideologischer Standards steht symbolisch die Vita des jordanischen IS-Visionärs Abu Mussab al-Zarqawi (1966 – 2006), dem Vorvorgänger des heutigen Kalifen Ibrahim.

Es sind jedoch nicht nur die erfahrenen Kämpfer, die ihr „terroristisches Handwerk“ im Dschihad in Nahost erlernten, auf die Europa vorbereitet sein muss. Zur hybriden Strategie des IS gehört auch die Fernradikalisierung über das Netz, die insbesondere auf Minderjährige, selbst auf strafunmündige Kinder, abstellt.

Es sind jedoch nicht nur die erfahrenen Kämpfer, die ihr „terroristisches Handwerk“ im Dschihad in Nahost erlernten, auf die Europa vorbereitet sein muss. Zur hybriden Strategie des IS gehört auch die Fernradikalisierung über das Netz, die insbesondere auf Minderjährige, selbst auf strafunmündige Kinder, abstellt. So versuchte ein zwölfjähriger Deutsch-Iraker in Ludwigshafen zweimal eine selbstgebaute Nagelbombe zu zünden, am 26. November 2016 auf dem Weihnachtsmarkt der Stadt und am 5. Dezember 2016 nahe dem Rathaus. Beide Male kam es wegen eines technischen Fehlers nicht zur Explosion, der Zünder funktionierte nicht. Die Radikalisierung des „mutmaßlich jüngsten islamistischen Terrorverdächtigen“ in Deutschland erfolgte wohl über die sozialen Netzwerke. Die Rekrutierung eines Kindes war für den IS „ein Sieg seiner psychologischen Kriegsführung.“

Doch nicht nur Europa wird durch die „Soldaten des Kalifats“ bedroht. Mitte November zählte das US-Außenministerium 40.000 FTF des IS in den Reihen von Terrororganisationen weltweit – nicht nur in Syrien und im Irak,

sondern auch in „Ablegern“ in Libyen, Ägypten, Saudi-Arabien, Afghanistan und Pakistan. Selbst Bangladesch soll inzwischen als eine Art Brückenkopf für Südostasien dienen. Mittlerweile werden auch Querverbindungen zu radikalen Islamisten der ethnischen Minorität der Rohingyas in Myanmar nicht ausgeschlossen. Eben diese ausländischen IS-Kämpfer stellen das bedrohliche Vermächtnis des Kalifats (analoger oder/und digitaler Form) dar.

Vor diesem Hintergrund hat die Niederschlagung der IS-Terrormiliz auch für den künftigen US-Präsidenten Donald Trump höchste Priorität. Amerika solle sich auf den Kampf gegen den islamistischen Terror konzentrieren und „nur dort eingreifen, wo es die unmittelbaren Sicherheitsinteressen verlangen“, so Trump Anfang Dezember 2016. Der designierte Präsident kündigte vor seinem Amtseid am 20. Januar 2017 einen „ausgesprochen pro-israelischen Kurs“ an. Zuvor hatte Israels Sicherheitskabinett ein härteres Vorgehen gegen IS-Anhänger beschlossen. Zentral in Trumps Wahlkampf war auch dessen Kritik am Nuklearabkommen mit dem Iran, das die Fähigkeit des Landes unterbinden sollte, Nuklearwaffen zu entwickeln. Für ihn war der Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA) zwischen dem schiitischen „Gottesstaat“ und den USA, Russland, China, Frankreich, Großbritannien und Deutschland ein „schlimmer Deal“. Die danach erfolgte Freigabe eingefrorener Gelder des Iran führte nicht nur in Israel zu Besorgnis. Zum Jahresanfang mussten der (von Zerstörung) bedrohte jüdische Staat und auch der skeptische kommende US-Präsident zur Kenntnis nehmen, dass das iranische Parlament einer Erhöhung der Rüstungsausgaben zustimmte. Profiteur dieser neuen iranischen Sicherheitspolitik sind das Militär und insbesondere die Revolutionsgardisten. Es bleibt abzuwarten, ob Donald Trump vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen an dem Atomabkommen aus 2015 festhält, es neu aushandelt oder kündigt.

Epilog

Im 20. Jahrhundert war der sowjetische Geheimdienst KGB für die Effektivität und Nachhaltigkeit seiner Desinformationsarbeit berüchtigt. Zum nachrichtendienstlichen Remake dieser „Desinformatija“ wurden im 21. Jahrhundert „Fake News“ (Falschmeldungen).

Der IS hat in nur wenigen Jahren einen professionellen Medienapparat bis hin zur eigenen „Nachrichtenagentur“ Amaq (arab. Tiefen) aufgebaut. In seiner medialen, vornehmlich Online geführten Kriegsführung bedient sich der IS nicht nur der klassischen Werkzeug des Journalismus, sondern wohl auch des

klassischen nachrichtendienstlichen „Werkzeugs Desinformation“. Vor diesem Hintergrund wird die Terrorismusbekämpfung um eine „Abwehr gegen Desinformation“ erweitert werden müssen. Welche bedrohlichen Folgen Fake News haben können, verdeutlicht das nachstehende Beispiel.

Kurz vor Weihnachten 2016 fiel der Verteidigungsminister Pakistans Khawaja Asif auf die Behauptung einer Website herein, Israel würde sein Land mit einem Atomangriff bedrohen. In einem online veröffentlichten gefälschten Dokument wurde der frühere israelische Minister der Verteidigung Mosche Jaalon mit der Aussage zitiert, Israel werde Pakistan „nuklear zerstören“, sollte das Land

„unter dem Vorwand, den IS zu bekämpfen“, Truppen nach Syrien schicken. Der pakistanische Verteidigungsminister erwiderte, scheinbar ohne Prüfung der Quelle: „Der israelische Verteidigungsminister droht mit nuklearer Vergeltung für eine angenommene pakistanische Rolle in Syrien gegen Daesch (IS). Israel vergisst, dass Pakistan auch Nuklearmacht ist“. Ob dieser Drohreaktion setzte Israels Verteidigungsministerium über das Weihnachtswochenende zwei Botschaften ab. In diesen Tweets wurde klargestellt, dass der Bericht, auf den sich Asif bezogen hatte, komplett falsch sei. Der Adressat der Richtigstellung, dessen Regierung Israel ohnehin nicht anerkennt, hielt eine Reaktion darauf für unnötig. In diesem Fall griff die Desinformationsabwehr, die zur Deeskalation führte. Doch zeigt das Beispiel, dass die Dimensionen der aus Fake News erwachsenen Gefahrenpotenziale kaum abgeschätzt werden können.

In seiner medialen, vornehmlich Online geführten Kriegsführung bedient sich der IS nicht nur der klassischen Werkzeug des Journalismus, sondern wohl auch des klassischen nachrichtendienstlichen „Werkzeugs Desinformation“. Vor diesem Hintergrund wird die Terrorismusbekämpfung um eine „Abwehr gegen Desinformation“ erweitert werden müssen.

Zum Autor: Berndt Georg Thamm, Berlin, ist Terrorismusexperte und Fachpublizist mit zahlreichen Veröffentlichungen zur Thematik. Der Autor ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Das Center of Gravity des Islamischen Staates

Eine moderne Analyse des Clausewitz'schen Zentrums der Kraftentfaltung der sunnitischen Extremistenmiliz Islamischer Staat

Thomas Jochen Maurer

1. Einleitung

Wie aus dem Nichts tauchte mit Beginn 2014 die kriegsrische Extremistenmiliz Islamischer Staat (IS)¹ auf, die sich allen anderen kämpfenden Formationen im Nahen Osten überlegen erwies und in einem sensationellen Blitzfeldzug weite Teile im Nord- und Westirak sowie im Norden und Osten Syriens eroberte.² Die mit der Eroberung einhergehende Ausrufung des islamischen Kalifats am 29. Juni 2014 stellt den bisherigen Höhepunkt des Phänomens IS dar. Erst mit Beginn der Luftangriffe der durch die USA geführten Koalition im September 2014 konnte diese Expansion eingedämmt werden. Doch trotzdem gelang es dem IS im Jahr 2015, seine eroberten Gebiete weitestgehend zu festigen. Denn weiterhin zögern die USA mit der Entsendung von notwendigen eigenen Bodentruppen in den Irak und setzen ferner auf die Befähigung der irakischen Sicherheitskräfte (ISF) und der kurdischen Truppen. Damit waren bisher zwar Erfolge möglich, diese haben die Gesamtsituation im Irak bis heute jedoch noch nicht grundlegend geändert. Auch die Gegenoffensiven der syrischen Regierung mit Unterstützung russischer Streitkräfte sowie das militärische Vorgehen der Rebellen der Freien Syrischen Armee (FSA) und der Volksverteidigungseinheiten (YPG) der syrischen Kurden konnten den IS in Syrien nur bedingt schwächen. Es war dem IS seit 2014 zudem möglich, Ableger in der arabischen Welt, u. a. in Libyen, Ägypten, Saudi-Arabien sowie im Jemen, zu etablieren und dort mit terroristischen Anschlägen den weltweiten Machtanspruch des Kalifats zu demonstrieren.

Der IS zielt aktuell zur Verwirklichung seines islamischen Kalifats auf Territorialpräsenz und Machtprojektion im gesamten Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika, trägt jedoch seine menschenverachtende Ideologie sowie seinen Terrorismus auch nach Europa und stellt somit nicht mehr nur eine indirekte Gefahr, sondern auch eine unmittelbare Bedrohung dar.³ Nach zahlreichen Anschlägen gegen die benachbarte Türkei hat der IS mit den gezielten Attentaten von Paris im November 2015 den bewaffneten Kampf auch gegen Europa eröffnet.⁴ Im März und im Juli 2016 wurden tödliche Anschläge in

Brüssel und Nizza verübt, und es könnten weitere verheerende Anschläge in Europa folgen.⁵ Es ist daher notwendig, den IS als aktuellen Angreifer und Gegner sorgfältig zu beurteilen und im Rahmen dieser Analyse grundsätzliche Handlungsoptionen einer Bekämpfung aufzustellen. Aus den wesentlichen Stärken und Schwächen des IS sowie der Chancen und Risiken, die sich ihm ergeben bzw. stellen, können Zukunftsprognosen abgeleitet werden, mit denen in Kombination mit der Identifizierung des *Clausewitz'schen Zentrums der Kraftentfaltung* (ZdK) und einer modernen Analyse des *Centre of Gravity* (CoG) denkbare Handlungsmöglichkeiten zur Konfrontation bzw. zur Bekämpfung des IS skizziert werden können.

2. Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken

Eine grundlegende Stärke und vermutlich die Basis des Erfolges ist die radikale und verführerische Ideologie, die der IS geschaffen hat. In Verbindung mit den kriminellen Schattenstrukturen und den damit verbundenen Finanzierungsmöglichkeiten der Organisation sowie der Unterstützung durch die sunnitischen Stämme und der Akzeptanz durch die sunnitische Bevölkerung konnte die Führung des IS, die ehemaligen Offiziere des Baath-Regimes und das Netzwerk des irakischen Widerstandes, die fragilen Gebiete in Syrien und dem Irak erobern und das quasi-staatliche Kalifat errichten und festigen. Dieses

erfolgreiche, salafistische Herrschafts- und Wirtschaftsmodell im Herzen des Nahen Ostens mit seiner quasi-staatlichen Regierungs- und Verwaltungsfähigkeit ist ein Orientierungspunkt für Dschihadisten in der ganzen Welt geworden und potentiell eine der zentralen Stärken des IS.⁶ Durch die Attraktivität und die unterwandernden

Methoden des Kalifats konnte der IS weitere dschihadistische Milizen und Rebellengruppen gewinnen bzw. übernehmen und damit ein erhebliches Wissen zur Führung des *Kleinen Krieges*, der irregulären Kampfweise, anreichern. Durch die effektiven, weltweit medienwirksamen Propagandamaßnahmen gewinnt der IS wie ein Magnet weitere Auslandskämpfer, die zwar tendenziell rückläufig, jedoch weiterhin zahlreich in das Kalifat reisen und als Personalressource anscheinend noch nicht ausgeschöpft sind. Trotz der territorialen Verluste bleibt die Ideologie des IS attraktiv.⁷ Damit hat der IS eine Kampfkraft erhalten, mit der er durch das Märtyrertum einen hohen Gefechtswert entwickeln und die perfiden terroristischen Methoden umsetzen kann. Durch

Durch die effektiven, weltweit medienwirksamen Propagandamaßnahmen gewinnt der IS wie ein Magnet weitere Auslandskämpfer, die zwar tendenziell rückläufig, jedoch weiterhin zahlreich in das Kalifat reisen und als Personalressource anscheinend noch nicht ausgeschöpft sind.

die operative Planung und den taktischen Einsatz dieser irregulären und terroristischen Kapazitäten war es dem IS möglich, weitere Gebiete sowie Waffen und militärisches Gerät zu erobern. Damit konnte der IS schließlich eine konventionelle Armee aufstellen, die durch die Quasi-Staatlichkeit des Kalifats institutionalisiert, unterhalten und versorgt werden kann. Diese Armee ist in der Lage, in Verbindung mit den staatlichen und kriminellen Strukturen des Kalifats und der Expertise in der irregulären sowie terroristischen Kampfweise eine flexible, kombinierbare und adaptive hybride Kriegführung anzuwenden. Sie wird dadurch auch für vermeintlich überlegene Streitkräfte zu einem ernstzunehmenden und gefährlichen Gegner.

Eine wesentliche Schwäche des IS ist der Mehrfrontenkrieg, dem er sich seit Ende 2014 stellen muss. Dadurch mussten die IS-Kampfgruppen auf mehrere Frontabschnitte aufgeteilt werden. Es ist dem IS somit nicht mehr möglich, einen Schwerpunkt seiner Kräfte zu bilden und weitere Gebietsgewinne zu erzielen.⁸ Auch eine effektive Verteidigung ist durch die Verteilung der Kräfte nur bedingt möglich und beschränkt sich daher auf die Kerngebiete um die Hochburgen Raqqa und Mossul. Die Schwäche der mehreren Fronten verdeutlichte sich insbesondere Ende März 2016. Gleichzeitig begannen die reguläre syrische Armee mit Unterstützung iranischer Truppen, der Hisbollah und russischer Luftstreitkräfte im Osten eine Offensive gegen die vom IS gehaltene syrische Stadt Palmyra und die ISF mit Unterstützung irakischer Peschmerga sowie amerikanischer Spezial- und Luftstreitkräfte im Westen die Operation Fatah (Eroberung) in der Provinz Ninawa. Dem IS war es nicht möglich, mit seinen Kampfgruppen unter diesem Druck an zwei entscheidenden Fronten



US-Luftstreitkräfte im Kampf gegen den IS

zu verteidigen. Mit hohen konventionellen Kapazitäten und insbesondere dem massiven Sperreinsatz mit unkonventionellen Sprengvorrichtungen, sog. Improvised Explosive Devices (IEDs), und Gegenangriffen durch Selbstmordattentäter gesteuerter Autobomben, sog. Suicide Vehicle-Borne Improvised Explosive Devices (SVBIEDs), konnten die Kampfgruppen die Provinz Ninawa bisher größtenteils halten, während die Stadt Palmyra nur mit wenigen IS-Kämpfern verteidigt werden konnte und schließlich aufgegeben werden musste.⁹ Eine weitere Schwäche des IS sind seine unzureichenden Flugabwehrfähigkeiten. Dadurch konnten die US-amerikanischen und russischen Luftstreitkräfte ohne besondere Schwierigkeiten

die Lufthoheit über Syrien und dem Irak erlangen und ein offenes Vorgehen des IS effektiv aus der Distanz bekämpfen. Dies führt zu einer Begrenzung der offensiven sowie der beweglichen konventionellen Kapazitäten des IS und damit zu einer eingeschränkten operativen Handlungsfähigkeit, insbesondere zur schnellen Kräfteverschiebung, Truppenverstärkungen und zur Schwerpunktbildung, was die ungünstige Lage des Mehrfrontenkrieges verschärft.

Trotz der Verluste bestimmter Herrschaftsbereiche sind für das Kalifat die militärische Eroberung weiterer Gebiete und die fortschreitende Ausdehnung des Einflussbereichs von besonderer Bedeutung. Es entspricht zum einen der Strategie des IS, sich unaufhaltsam weiter auszudehnen, und zum anderen ist es essentiell für das Kalifat, neue Ländereien zu unterjochen, als Finanzquelle auszubeuten und volkswirtschaftlich in sein Herrschaftssystem zu integrieren.¹⁰ Denn das Finanzierungssystem des IS ist letztlich eine Raubökonomie,

Es entspricht zum einen der Strategie des IS, sich unaufhaltsam weiter auszudehnen, und zum anderen ist es essentiell für das Kalifat, neue Ländereien zu unterjochen, als Finanzquelle auszubeuten und volkswirtschaftlich in sein Herrschaftssystem zu integrieren.

die auf dieser Ausdehnung und Expansion fußt.¹¹ Gleichzeitig muss der IS beweisen, dass er seine Herrschaftsgebiete dauerhaft in Besitz halten kann, um die Loyalität der sunnitischen Stammesgemeinschaft und anderer Milizen aufrechtzuerhalten.¹² Diese Loyalität ist womöglich die Achillesferse des IS.¹³ Mit einer fortschreitenden Verschlechterung der derzeitigen Lage könnte das Kalifat seinen staatlichen Anspruch verspielen und damit die allgemeine Unterstützung der sunnitischen Bevölkerung sowie der Stämme verlieren. Dies würde dem IS langfristig auch die Stützpunkte seiner militärischen, konventionellen Fähigkeiten entziehen und ihm den Übergang in eine irreguläre Kampfweise erschweren. Das Staatsbildungsstreben des IS gehört zwar zum einen zu seinen Stärken, bedarf jedoch mittel- bis langfristig einer tiefen gesellschaftlichen Verankerung und birgt dadurch auch ein hohes Risiko.¹⁴

Der angesprochene Mehrfrontenkrieg des IS bietet dem Kalifat jedoch auch Chancen. Denn unter seinen Gegnern herrscht eine strategische Uneinigkeit, aus der der IS profitieren kann.¹⁵ Seit Herbst 2014 ist der IS im Stande, sich an mehreren Fronten gegen seine Gegner zu verteidigen und seine bevölkerten Kerngebiete im Wesentlichen zu halten. Die Verteidigungsstrategie des IS ähnelt dabei der Verteidigung der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg. Diese wurde stets hartnäckig und aufopfernd geführt, um die Voraussetzung für Gegenoffensiven zu schaffen. Diese Gegenoffensiven standen im Schwerpunkt der Bemühungen und sollten durch die Rückgewinnung von wichtigen Gebietsbe-

reichen die Entlastung der Verteidigung erreichen. Bereits Mitte 2015 hat der IS begonnen, mit starken Kampfgruppen solche zielgerichteten operativen Gegenoffensiven in bestimmte Gebiete durchzuführen. Damit behält er in einigen Frontabschnitten die Initiative und kann dadurch neue Handlungsoptionen im

Mit der neuen, ideologisch geprägten Jugendgeneration sowie dem Rekrutierungs- und Mobilisationspotential der beherrschten Bevölkerung ist es dem IS vermutlich möglich, in seinen Hochburgen eine hartnäckige Volksverteidigung durch seine kämpfende Gesellschaft umzusetzen. Hierfür spricht insbesondere, dass seit den militärischen Rückschlägen im Jahr 2016 die Rhetorik der Publikationen des IS zunehmend die religiöse Pflicht des unter allen Umständen zu führenden Kampfes betont.

Rahmen der Gesamtverteidigung generieren.¹⁶ Während bspw. Ende Mai 2016 die US-geführte Koalition begann, die vom IS gehaltene Stadt Fallujah anzugreifen, und der IS damit weitere Gebiete in der irakischen Provinz al-Anbar aufgeben musste, war es anderen IS-Kampfgruppen möglich, in der syrischen Provinz Ar-Raqa zwischen der Millionenstadt Aleppo und der türkischen Grenze Gebiete der FSA und der YPG zurückzuerobern.¹⁷ Mit diesem grundsätzlich nachteiligen Mehrfrontenkrieg kann der IS daher beweisen, dass er fähig ist, sein Kalifat in der derzeitigen stürmischen Lage zu verteidigen sowie intakt zu halten und die Kontrolle über seine Hochburgen zu behaupten.¹⁸ Die Gegenoffensiven sind für die Klaviatur der Propaganda und den Erhalt der kriegerischen Reputation des IS essentiell.¹⁹

Die Verteidigung des IS in den ruralen Gebieten ist derzeit auf eine Verzögerung mit zielgerichteten operativen Gegenoffensiven ausgerichtet. Die urbanen Hochburgen sind wiederum von den Kampfgruppen des IS sehr aufwendig zur Verteidigung, auch in der Tiefe dieser Städte, eingerichtet worden. Bisher war die Verzögerung des IS erfolgreich, doch er muss sich seit November 2016 in seiner bevölkerungsreichsten Hochburg Mossul der direkten Verteidigung gegen eine übermächtige ISF-Koalition von über 50.000 Mann stellen.²⁰ Und auch die FSA und die YPG gehen seither offensiver gegen die syrische IS-Festung Raqa vor.²¹ Dabei ergeben sich zwei weitere Chancen für den IS, die maßgeblich von der sunnitischen Bevölkerung der Städte abhängig sein werden.²² Zum einen ist durch die bisherige ideologische und kriegerische Prägung der Bevölkerung grundsätzlich eine hohe Kohäsions- und Verteidigungskraft des Kalifats möglich. Mit der neuen, ideologisch geprägten Jugendgeneration sowie dem Rekrutierungs- und Mobilisationspotential der beherrschten Bevölkerung ist es dem IS vermutlich möglich, in seinen Hochburgen eine hartnäckige Volksverteidigung durch seine kämpfende Gesellschaft umzusetzen.²³ Hierfür spricht insbesondere, dass seit den militärischen Rückschlägen im Jahr 2016 die Rhetorik der Publikationen des IS zunehmend die religiöse

Pflicht des unter allen Umständen zu führenden Kampfes betont.²⁴ Durch die Gemeinschaft des Kalifats und die Verschmelzung mit der sunnitischen Gesellschaft wäre eine klare Unterscheidung zwischen IS-Kämpfer und Zivilist kaum noch möglich. Der IS könnte daher im Falle einer drohenden Einnahme seiner Hochburgen geschickt und vor allem schnell mit seinen Kämpfern in die irreguläre Kampfweise übergehen und im Untergrund weiter agieren. Damit wäre es ihm möglich, als bewährte Guerilla den Kleinen Krieg wieder aufzunehmen und die wesentlichen Maßnahmen der Stabilisierung und des Wiederaufbaus zu verhindern.²⁵ Dies verdeutlichte sich in Ansätzen bereits Anfang Juni 2016 im Kampf um die Stadt Fallujah. Denn als die ISF mit schiitischen Milizen sowie der Unterstützung von US-Streitkräften die IS-Hochburg umstellt hatten und begannen, in die Stadt einzudringen, stellte sich der IS nicht dem direkten Kampf, sondern störte das Vorgehen der ISF lediglich mit irregulären Angriffen, damit seine Kämpfer sich als Zivilisten getarnt aus der umkämpften Stadt schleichen konnten.²⁶ Am 21. Mai 2016 erklärte Abu Mohammed al-Adnani als Sprecher des IS in einer über die sozialen Medien verbreiteten Rede, der IS werde trotz Gebietsverlusten weiter fortbestehen, selbst wenn er die Kontrolle über große Städte wie Raqa und Mossul verlieren sollte. Damit sicherte der IS sich im Grunde gegen mögliche weitere Verluste ab und nahm eine Neudeutung seiner Sichtweise vor, wonach das Verhindern einer Niederlage bereits den Sieg bedeute.²⁷ Da dem IS ein Repertoire von multimodalen

Formen der Kriegführung zur Verfügung steht, kann er entscheiden, welche Methoden er davon zur Wirkung bringen will. Die verschiedenen Formen, in denen der IS agiert, geben der Organisation die Fähigkeit, ihr Erscheinungsbild zu verändern, und können es ihr ermöglichen, der entscheidenden Niederlage zu entgehen.²⁸ Der IS hat einen globalen Anspruch. Er herrscht nicht nur in Syrien und im Irak, sondern baut zunehmend seine Ableger in anderen Ländern auf. Dem IS geht es besonders um diese Ausweitung seiner Macht in den Nachbarländern des Kalifats.²⁹ Denn seine Ableger befähigen den IS auch unter einer weiteren Verschlechterung seiner Lage, weiterhin schlagkräftige terroristische Angriffe durchzuführen.³⁰ Darüber hinaus geben die neuen *Wilayat* dem IS die grundsätzliche Chance, sich im schlimmsten Falle, dem militärischen Verlust der Hochburgen und der Herrschaftsgebiete in Syrien und dem Irak, mit der Führung des Kalifats und seiner Idee in andere Länder zu verlagern.³¹ Sein Potential an terroristischen Anschlägen hat der IS noch nicht vollkommen ausgeschöpft, und es bietet ihm weitere Chancen. Es sind noch deutlich größere Anschläge gegen die verhasste irakische Regierung in Bagdad möglich.

Sein Potential an terroristischen Anschlägen hat der IS noch nicht vollkommen ausgeschöpft, und es bietet ihm weitere Chancen.

Insbesondere mit dem Zugang zu den Flüssen Euphrat und Tigris und deren Staudämmen hat der IS die Möglichkeit, in Zukunft auch Anschläge gegen die irakische Wasser- und Energieversorgung durchzuführen.³² Gleichzeitig hat der IS die Möglichkeit, seine irregulären und terroristischen Kampfweisen an Perfidität und Brutalität weiter zu steigern. Die mit dem IS im Rahmen des *Bay'a* verbündete islamistische terroristische Gruppierung Boko Haram setzt bspw. zur Durchführung ihrer Selbstmordattentate zunehmend Kinder ein. Im Jahr 2015 sind die Selbstmordanschläge durch Kinder um ein 11-Faches gestiegen. Jeder fünfte Anschlag wird durch ein Kind verübt. Dabei handelt es sich auffälligerweise hauptsächlich um Mädchen.³³ Und auch beim IS sind die Selbstmordanschläge durch Kinder im Jahr 2015 um ein 3-Faches gestiegen.³⁴ Der IS könnte daher zukünftig seine Selbstmordattentate zunehmend mit Kindern durchführen. Mit dieser perfiden Innovation wäre es dem IS möglich, seine Ziele einfacher treffen und den terroristischen Effekt der Angst und Furcht durch diese unmenschliche Variante deutlich zu erhöhen. Der IS hat zudem bereits bewiesen, dass er im Besitz von chemischen Kampfstoffen ist. Es wäre ihm daher sogar möglich, seine bisherigen Bestrebungen zum Einsatz von Chemical, Biological, Radiological and Nuclear Improvised Explosive Devices (CBRN-IEDs) zu verwirklichen und womöglich auch eine schmutzige Bombe mit einer folgenden Strahlungskontamination einzusetzen.³⁵ Das allgemeine Potential der terroristischen Anschläge ist für den IS daher noch grundsätzlich steigerungsfähig.

Trotz aller Fortschritte der internationalen Koalitionen gegen den IS haben diese noch nicht dazu geführt, die Fähigkeit des IS in Bezug auf terroristische Anschläge und ihre globale Reichweite zu reduzieren.³⁶ Mit den gezielten strategischen Anschlägen in Paris und Brüssel konnte der IS die terroristische Wirkung von Furcht und Schrecken in Europa erzeugen und die westlichen Gesellschaften bedrohen. Es war ihm damit möglich, seine Macht zu beweisen und dadurch die Legitimität seines islamischen Kalifats zu untermauern. Solche zukünftigen Machtprojektionen durch strategische terroristische Angriffe sind für den IS eine besondere Chance, sich als herausragender Vertreter der weltweiten dschihadistischen Idee zu behaupten.³⁷ Dabei hat der IS insbesondere die Möglichkeit, durch die insgesamt 5.000 europäischen Auslandskämpfer, von denen wahrscheinlich bereits ca. 30 % wieder zurückgekehrt sind, weitere Anschläge in Europa durchzuführen.³⁸ Einige dieser rückkehrenden Auslandskämpfer sind desillusioniert, andere bleiben dem IS und seiner Idee jedoch treu und könnten in den europäischen Städten weitere *Urban Guerillas* bilden.³⁹ Nach Einschätzungen der europäischen Polizeibehörden sollen etwa

Hunderte dieser Rückkehrer, darunter auch Frauen, bereit sein, terroristische Anschläge in Europa durchzuführen.⁴⁰ Der IS ist fähig, gut ausgebildete, zum Märtyrertod bereite Kämpfer in Massen zu produzieren und muss diese nur gezielt einschleusen und zum Einsatz bringen. Dabei begünstigt die andauernde Migrations- und Flüchtlingskrise die schnelle, kostengünstige und zielgerichtete Einschleusung von weiteren IS-Kämpfern nach Europa.⁴¹ Gleichzeitig ermöglicht die massive Gewaltpropaganda dem IS weiterhin, orientierungslose Muslime als Mitstreiter im dschihadistischen Glaubenskampf zu radikalisieren und als *einsame Wölfe* zu terroristischen Anschlägen gegen die westlichen Gesellschaften zu motivieren.⁴²

Strengths (Stärken)	Weaknesses (Schwächen)
<ul style="list-style-type: none"> • verführerische Ideologie • kriminelle Schattenstrukturen und Finanzierungsmöglichkeiten • Unterstützung der sunnitischen Stämme und Akzeptanz der sunnitischen Bevölkerung • quasi-staatliches salafistisches Herrschafts- und Wirtschaftsmodell (Kalifat) • kampfkraftige Armee mit der Fähigkeit zur flexiblen, kombinierbaren und adaptiven hybriden Kriegführung 	<ul style="list-style-type: none"> • Mehrfrontenkrieg • unzureichende Flugabwehrfähigkeiten • Begrenzung der offensiven und beweglichen konventionellen Kapazitäten • eingeschränkte operative Handlungsfähigkeit
Opportunities (Chancen)	Threats (Risiken)
<ul style="list-style-type: none"> • strategische Uneinigkeit der Gegner • Verteidigungserfolge als Machtbeweis • erfolgreiche Gegenoffensiven zum Erhalt der kriegerischen Reputation • Volksverteidigung durch eine kämpfende Gesellschaft • Übergang zur bewährten Guerilla • Verlagerung des Kalifats und seiner Idee • Steigerung der Perfidität und Technologie der terroristischen Anschläge • Machtprojektion durch weitere strategische terroristische Angriffe 	<ul style="list-style-type: none"> • rückläufige Ausdehnung und Expansion • zunehmende Einschränkung der Finanzquellen • Verlust der allgemeinen Unterstützung der sunnitischen Bevölkerung sowie der Stämme • Scheitern des Staatsbildungsstrebens

Abbildung 1: SWOT-Analyse des IS⁴³

3. Zukunftsprognosen

Der IS wird in Zukunft weiterhin seinen strategischen Endzustand, die Souveränität und Legitimität des Kalifats, anstreben und dies unter anderem mit der Verteidigung und Festigung seines derzeitigen Machtbereiches zu erreichen versuchen.⁴⁴ Gleichzeitig wird der IS vermutlich weiterhin nach einer Eroberung der irakischen Hauptstadt Bagdad streben, um die verhasste schiitische Regierung vollkommen zu stürzen und die Legitimität des Kalifats zu unterstreichen.⁴⁵ Es ist davon auszugehen, dass der IS im Bemühen darum, neue Triebkräfte zu gewinnen, seine Strategie anpassen wird. Abgeleitet von den strategischen Zielen sowie von den Stärken und Schwächen des IS, unter Berücksichtigung der Risiken sowie insbesondere seiner Chancen und Möglichkeiten können drei unterschiedliche Prognosen einer mittelfristigen zukünftigen strategischen Ausrichtung des IS, insbesondere des wahrscheinlichsten und gefährlichsten Szenarios, abgeleitet werden.

3.1 Kleiner Krieg mit offenem Ende

Abhängig von dem weiteren offensiven Vorgehen seiner Gegner wird sich der IS reaktiv weiter zurückziehen müssen. Im Falle einer drohenden Einnahme seiner Hochburg Mossul, möglicherweise auch der von Raqqa, wird er wieder vollständig zur Guerilla übergehen. Eine klare Unterscheidung zwischen IS-Kämpfern und Zivilisten ist bereits heute nicht mehr möglich, und zwischen ehemaligem Dschihadisten und vormaligem unterdrücktem Zivilisten wird dies noch weniger möglich sein. Der IS wird daher geschickt mit seinen Kämpfern in die irreguläre Kampfweise übergehen und aus dem Untergrund weiter gegen seine Gegner agieren. Im Rahmen dieses irregulären Vorgehens wird er mit innovativen perfideren Kampfweisen, womöglich dem Einsatz von modernsten IEDs, fernlenkbaren Waffen, improvisierten kinetischen Drohnen, CBRN-IEDs oder Frauen und Kindern als Selbstmordattentäter mit Sprengstoffgürteln, sog. Person-Borne Improvised Explosive Devices (PBIEDs), den *Kleinen Krieg* mit offenem Ende wieder aufnehmen. Dabei wird er nicht nur die syrischen, irakischen und US-amerikanischen Streitkräfte bekämpfen, sondern auch das Instrument des taktischen Terrorismus vor allem gegen die nicht-sunnitische, aber auch sunnitische Zivilbevölkerung einsetzen. Die Prognose eines *Kleinen Krieges* mit offenem Ende kann grundsätzlich als das wahrscheinlichste Szenario beurteilt werden.

3.2 Transnationale Terrororganisation

Mit seinem globalen Anspruch wird der IS einen drohenden Fall seines Kalifats in Syrien und dem Irak bereits vorbereitet bzw. durchgeplant haben. Parallel zu einer stetigen hybriden Verzögerung zur Zermürbung und Abnutzung seiner Gegner im Irak und in Syrien wird der IS die Kalifatsführung und seine Ideologie neu organisieren und in die neuen *Wilayats* verlagern. Hierfür sind die besonders gut aufgebauten Ableger des IS in Nordafrika am ehesten denkbar.⁴⁶ Parallel zu dieser Verlagerung und Reorganisation wird der IS zu seinem Machterhalt, der Demonstration seiner verbleibenden Stärke sowie zum Schutz seines neuen Hauptsitzes den strategischen Terrorismus gegen Europa, möglicherweise auch gegen die USA und die Russische Föderation, deutlich verstärken, um ein weiteres militärisches Engagement zu vergeteln und abzuschrecken.⁴⁷ Die Strategie der *einsamen Wölfe* wird dabei vermutlich die favorisierte Form zur Durchführung der terroristischen Angriffe in Europa sein.⁴⁸ Womöglich dienen diese Anschläge lediglich zur Überlastung der Sicherheitsbehörden, und es sind bereits weitaus größere, professionelle Anschläge in Planung, um die europäischen Gesellschaften weiter zu paralysieren und militärische Überreaktionen, bspw. die Entsendung von Bodentruppen in andere *Wilayats*, zu provozieren.⁴⁹ Der IS wird sich somit zu einer nicht-staatlichen transnationalen Terrororganisation ohne quasi-staatliche Merkmale wandeln. Diese Prognose ist möglich und als das gefährlichste Szenario für Europa zu bewerten.

3.3 Ideologische Verteidigung um jeden Preis

Der IS hat bereits in den vergangenen zwei Jahren bewiesen, dass er weiterhin zur Kontrolle seiner Räume fähig ist. Er hat in seinen Herrschaftsgebieten bereits die Grundlage einer kämpfenden Gesellschaft geschaffen. Jeden Tag wird der IS angeblich schwächer, doch er festigt in diesem Zeitraum auch sein Kalifat sowie seine Verteidigungsstellungen und kann die Zeit zur Planung und Vorbereitung nutzen. Der IS wird daher weiterhin eine hartnäckige, wendige und violente Verteidigung führen, diese zu einer ideologischen Volksverteidigung des Kalifats steigern und insbesondere seine Hauptstadt Raqqa zur Festung ausbauen. Dabei wird er insbesondere seine neue Kämpfergeneration, indoktrinierte Kinder und Jugendliche, als Kindersoldaten mit ihrer spezifischen psychologischen Wirkung gegen gegnerische Truppen einsetzen. Auch der Einsatz von chemischen und biologischen Kampfstoffen ist im Rahmen dieser Verteidigung wahrscheinlich.⁵⁰ Eine zukünftige Rückeroberung der Hochburg Mossul sowie im Besonderen der Hauptstadt Raqqa wird der IS für

seine Gegner so blutig und kostspielig wie möglich gestalten.⁵¹ Hierfür spricht insbesondere eine Audiobotschaft des Kalifen Abu Bakr al-Baghdadi vom November 2016, in der er seine Kämpfer zu einer entschlossenen Verteidigung der Stadt Mossul und der irakischen Provinz Ninawa sowie einem totalen Krieg gegen die ISF aufrief.⁵² Daneben wird der IS die innenpolitisch fragile Lage im Irak weiter ausnutzen und durch Terrorismus versuchen, die Zentralregierung in Bagdad weiter zu schwächen. Mit ähnlicher Absicht wird der IS seine Anschläge in der Türkei sowie in der kurdischen Grenzregion weiter fortführen. Im Zuge einer hartnäckigen Verteidigung seiner Gebiete und der Anwendung von Terrorismus wird er an den unterschiedlichen Fronten auf Misserfolge und Schwächen seiner Gegner warten, um dann durch reaktive, räumlich und zeitlich begrenzte hybride Gegenoffensiven an Momentum zu gewinnen und verlorene Gebiete zurückzuerobern.⁵³ Dieses Szenario einer ideologischen Verteidigung um jeden Preis ist das vom IS erwünschte Zukunftsszenario, im Vergleich zu den folgenden Prognosen jedoch als weniger wahrscheinlich einzuschätzen.

Nr.	Zukunftsszenario	Charakteristik	Bewertung
1	Kleiner Krieg mit offenem Ende	<ul style="list-style-type: none"> • Übergang zur irregulären Kampfweise • Steigerung der Perfidität • taktischer Terrorismus gegen Streitkräfte und Zivilbevölkerung 	am wahrscheinlichsten (most likely course of action)
2	Transnationale Terrororganisation	<ul style="list-style-type: none"> • Reorganisation und Verlagerung der Kalifatsführung • Verstärkung des strategischen Terrorismus 	möglich und am gefährlichsten (most dangerous course of action)
3	Ideologische Verteidigung um jeden Preis	<ul style="list-style-type: none"> • violente, ideologische Volksverteidigung mit allen Mitteln • operativer Terrorismus gegen irakische Regierung sowie Türkei • reaktive Gegenoffensiven 	weniger wahrscheinlich

Abbildung 2: Zukunftsprognosen der mittelfristigen strategischen Ausrichtung des IS⁵⁴

4. Zentrum der Kraftentfaltung und Center of Gravity

Die USA haben ihre Truppenpräsenz im Irak im Dezember 2016 erneut erhöht. Momentan sind dort rund 5.200 Soldaten stationiert, die durch Ausbildung und Logistik sowie Luft- und Feuerunterstützung die ISF zum Kampf gegen den IS befähigen sollen. Gleichzeitig unterstützen die USA mit ca. 500 Ausbildern bzw. Spezialkräften auch die syrische YPG und die FSA.⁵⁵ Dieser Strategieansatz wird jedoch nach Meinung unabhängiger Stellen in Zukunft deutlich nicht mehr ausreichen, um den IS zurückzudrängen.⁵⁶ Zur effektiven Bekämpfung des IS muss dem anzustrebenden eigenen strategischen Endzustand, der Befreiung des Iraks oder der vollständigen Zerschlagung des IS, eine detaillierte Analyse erfolgen, um eine kohärente Gesamtstrategie entwickeln zu können. Ein entscheidender Schritt hierfür ist die genaue Identifizierung und Betrachtung des sog. *Zentrums der Kraftentfaltung* (ZdK) des IS als anvisierter Gegner. In seinem Werk *Vom Kriege* beschreibt Carl von Clausewitz dieses ZdK als „einen gewissen Schwerpunkt, ein Zentrum der Kraft und Bewegung [...], von welchem das Ganze abhängt, und auf diesen Schwerpunkt des Gegners muss der gesamte Stoß aller Kräfte gerichtet sein“⁵⁷. In diesem Schwerpunkt ist der Gegner besonders verwundbar. Die Zerstörung des ZdK führt daher zwangsläufig zu einem Kollaps des ganzen Systems und wird daher vom Gegner immer dementsprechend geschützt. Auf dieses Zentrum richtet der Angreifer daher seinen Schwerpunkt aus, der Verteidiger muss dafür sorgen, sein ZdK zu schützen. Das Ziel einer Gesamtstrategie muss also sein, dieses zu zerstören.⁵⁸ Für Clausewitz ist das ZdK ausgeschaltet, wenn seine Streitkräfte zerstört sind, seine Hauptstadt eingenommen ist, die Einheit der Interessen eines Bündnisses zerstört sind oder die Hauptführer einer Bewegung ausgeschaltet sind.⁵⁹

Für den IS könnten folglich seine Streitkräfte in Gänze, seine De-facto-Hauptstädte, Mossul im Irak und Raqqa in Syrien, oder das sunnitische Milizen- und Stammesbündnis als mögliches ZdK festgelegt werden. In der Bewertung der Chancen des IS sowie der daraus abgeleiteten Zukunftsszenarios wurde jedoch deutlich, dass die IS-Armee durch die Verschmelzung mit der Bevölkerung sowie der wahrscheinlichen vollständigen Rückkehr zu einer Guerillaorganisation als klassisches ZdK in Gänze nur bedingt zu greifen wäre. Gleichzeitig würde bei einem raumorientierten Ansatz mit einer hypothetischen Einnahme der urbanen Großstädte Mossul und Raqqa als ZdK der IS nur kurzfristig vertrieben bzw. in andere Räume verdrängt werden. Bereits mittelfristig könnte er dort mit irregulären Kräften wieder agieren und würde daher damit nicht geschlagen werden.⁶⁰ Gleichzeitig besteht dabei aufgrund der hohen Bevölkerungszahl,

insbesondere in der Zweimillionenstadt Mossul, die Gefahr einer humanitären Katastrophe.⁶¹ Es wäre folglich ein breiter, umfassender Strategieansatz mit unterschiedlichen militärischen, politischen, ökonomischen und zivilen Maßnahmen zur effektiven Bekämpfung der IS-Aufständischen notwendig.⁶² Dieser Ansatz der Aufstandsbewältigung müsste insbesondere die Fehler und Lehren des vergangenen US-amerikanischen Engagements im Irak berücksichtigen und würde vermutlich deutlich mehr Truppenkontingente sowie vor allem eine langfristige Ausrichtung benötigen. Gleichzeitig erfordert dieser Ansatz eine intakte irakische Regierung sowie ein stabilisiertes Syrien.⁶³ Dies scheint zwar nicht unrealistisch, jedoch sind die USA nach ihrem vergangenen Scheitern im Irak nicht bereit, dies zu wagen. Ein Ansatz gegen die unterschiedlichen Milizen des IS als ZdK in Form eines Bündnisses lässt sich aufgrund des oben genannten Aufwandes ebenfalls praktisch nur bedingt realisieren und ist zudem

Die einzigartige Verbindung von jahrelanger Erfahrung in der Durchführung von terroristischen Anschlägen sowie in der irregulären Kampfweise gegen einen überlegenen Gegner sowie die verhältnismäßig soliden konventionellen Fähigkeiten machen den IS zu einem starken und unberechenbaren Gegner.

wenig erfolgversprechend. Denn durch die verführerische dschihadistische Ideologie, die Idee der weltweiten Gemeinschaft der Umma sowie die Verwirklichung der salafistischen Gesellschaftsvision des Kalifats wäre der Zusammenhalt des IS durch eine westliche Intervention oder einen schiitisch-dominierten Feldzug kaum zu bre-

chen. Im Gegenteil, die Allianzen würden sich vermutlich noch weiter festigen. Die heutige Führung des IS vereint die militärischen Führungsfähigkeiten aus irregulärer und terroristischer Expertise des irakischen Widerstandes und erfahrener ausländischer Dschihadisten, krimineller Untergrundnetzwerke sowie konventioneller Kenntnisse und technisch-organisatorischer Kompetenzen des ehemaligen irakischen Offizierkorps der Baath-Partei. Ein wesentlicher Faktor des militärischen Erfolges des IS ist dabei die zahlreiche Integration dieser Baath-Offiziere in die Führungsorganisation und die damit mögliche operative Führung von konventionellen Kräften. Gleichzeitig ist die Integration von irregulären Taktiken des irakischen Widerstands und deren Kombination mit tschetschenischen Kampferfahrungen, dem sog. kaukasischen Faktor, in die Kriegführung des IS ein weiterer militärischer Erfolgsfaktor.⁶⁴ Die einzigartige Verbindung von jahrelanger Erfahrung in der Durchführung von terroristischen Anschlägen sowie in der irregulären Kampfweise gegen einen überlegenen Gegner sowie die verhältnismäßig soliden konventionellen Fähigkeiten machen den IS zu einem starken und unberechenbaren Gegner.⁶⁵ Diese heutige militärische, hybride Führung mit ihrer Fähigkeit zur strategischen und operativen Planung und Führung stellt den wesentlichen Schlüssel für den militäri-

schen sowie auch politischen Erfolg des IS dar und kann daher als das *Zentrum der Kraftentfaltung* des IS begründet werden. Das ZdK wird in der heutigen modernen Operationsplanung auch als *Centre of Gravity* (CoG) bezeichnet.⁶⁶ Dabei handelt es sich um eine Weiterentwicklung des Analyseansatzes nach Carl von Clausewitz durch den US-amerikanischen Militärwissenschaftler Joe Strange, das sog. CoG-CC-CR-CV-Konzept.⁶⁷ Das CoG wird verstanden als ein Zentrum der Handlungsfähigkeit und als Quelle der Kraft, die moralische und physische Stärke, Handlungsfreiheit und den Willen zum Handeln verleiht. Mit dem CoG ist immer ein zu erreichendes Ziel, ein strategischer Endzustand, verbunden. Eine genaue Analyse des CoG erlaubt nicht nur eine größere gedanklichere Genauigkeit und Präzision bei der Entwicklung einer Gesamtstrategie, sondern erzwingt diese geradezu.⁶⁸ Im Analyseprozess muss das CoG vor dem Hintergrund der drei maßgeblichen Faktoren Fähigkeiten bzw. Befähigungen⁶⁹, Erfordernisse bzw. Mittel⁷⁰ und Schwachstellen bzw. Verwundbarkeiten analysiert werden. Die entscheidenden Fähigkeiten bzw. Befähigungen sind diejenigen Hauptfähigkeiten, die als wesentliche Voraussetzungen für die Stärke bzw. das Funktionieren eines CoG betrachtet werden, aber auch für das Erreichen des vermuteten strategischen Endzustandes von entscheidender Bedeutung sind. Erfordernisse bzw. Mittel sind die Bedingungen und Ressourcen, durch die eine entscheidende Fähigkeit voll einsatzfähig bzw. wirksam wird. Und jede Stärke eines CoG beinhaltet normalerweise auch eine Reihe von Schwachstellen bzw. Verwundbarkeiten⁷¹, d. h. die Aspekte der Erfordernisse bzw. Mittel, die entweder fehlen, mangelhaft oder maßgeblich gefährdet sind.⁷² Die Basis dieser CoG-Analyse bilden die verfügbaren Kenntnisse über Struktur-, Kampf- und Denkweisen des IS sowie die herausgearbeiteten Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken wie auch seine vorstellbaren Entscheidungsprozesse bzw. möglichen Zukunftsszenarien.

Die militärische, hybride Führungsriege des IS ist ebenfalls auch das stringente Ergebnis der modernen CoG-Analyse. Es ist der IS-Führung möglich, mit den Erfordernissen bzw. Mitteln der Ideologie und Identität (CR1), den kriminellen Schattenstrukturen und dem andauernden Finanzierungsportfolio (CR2) sowie den zuströmenden Dschihadisten und Auslandskämpfern (CR3) die entscheidenden Fähigkeiten bzw. Befähigungen zur quasi-staatlichen Herrschaft und politischen Steuerung (CC1), zur Rekrutierung, Propaganda und Motivation (CC2) sowie zur operativen Planung, Führung und Durchführung einer hybriden Kriegführung (CC3) zu projizieren, um damit den strategischen Endzustand, die Souveränität und Legitimität des Kalifats, zu erreichen. Dabei stellen die passive und aktive Unterstützung der lokalen sunnitischen Be-

völkerung und der Stämme (CV1), die Attraktivität und Anziehungskraft des Kalifats sowie die mangelnden Flugabwehrfähigkeiten (CV3) die wesentlichen Schwachstellen bzw. Verwundbarkeiten des IS dar. Nach beiden Analyseansätzen, der Identifizierung des ZdK nach Clausewitz sowie einer modernen CoG-Analyse kann die militärische, hybride IS-Führung deutlich als Zentrum der Handlungsfähigkeit und als Quelle der Kraft bewertet werden und somit nachdrücklich als ZdK/CoG des IS festgelegt werden.

Islamischer Staat	
Strategischer Endzustand: Souveränität und Legitimität des islamischen Kalifats	
Center of Gravity (CoG)	Critical Capabilities (CC) (Fähigkeiten / Befähigungen)
militärische, hybride Führungsriege	(CC1) Fähigkeit zur quasi-staatlichen Herrschaft und politischen Steuerung (CC2) Fähigkeit zu Rekrutierung, Propaganda und Motivation (CC3) Fähigkeit zur operativen Führung und Durchführung einer hybriden Kriegführung
Critical Vulnerabilities (CV) (Verwundbarkeiten / Schwachstellen)	Critical Requirements (CR) (Erfordernisse / Mittel)
(CV1) Abhängigkeit von der passiven und aktiven Unterstützung der lokalen sunnitischen Bevölkerung und der Stämme (CV2) Attraktivität und Anziehungskraft des Kalifats (CV3) mangelnde Flugabwehrfähigkeiten	(CR1) Ideologie und Identität (CR2) kriminelle Schattenstrukturen und anhaltendes Finanzierungsportfolio (CR3) Zustrom an Dschihadisten und Auslandskämpfern

Abbildung 3: „Center of Gravity Analysis“-Matrix des IS⁷³

5. Handlungsempfehlungen

Das Ziel einer Gesamtstrategie gegen den IS muss sein, ihn mit einer Zerstörung des ZdK/CoG zum Kollaps zu führen. Die Niederlage, Zerstörung, Neutralisierung oder erhebliche Schwächung des ZdK/CoG sollte den IS dazu veranlassen, eine andere Handlungsmöglichkeit zu wählen, bzw. ihn daran hindern, seinen angestrebten strategischen Endzustand zu erreichen.⁷⁴ Im Rah-

men einer Gesamtstrategie muss der Hauptstoß der eigenen Kräfte daher auf das ZdK/CoG gerichtet werden. Daher sollte ein gegnerorientierter Ansatz der Dekapitation zur effektiven Bekämpfung des IS verfolgt werden. Es empfiehlt sich dazu ein kampfkraftiger Einsatz von Spezialkräften, um durch bodengebundene, direkte Operationen oder auch bemannte und unbemannte Flugwaffensysteme die Führer und Denker, insbesondere in Raqqa und Mossul, zu finden, zu jagen und festzunehmen oder durch kinetischen Einsatz gezielt zu töten.⁷⁵ Die bisherigen gezielten Tötungen⁷⁶ durch die US-Streitkräfte haben den IS bereits nachweislich geschwächt.⁷⁷ Um diese strategische Schwerpunktsetzung gegen die Führungsriege des IS, den Hauptstoß auf sein ZdK/CoG mit Spezialkräfteoperationen, zu unterstützen, müssen auch die Schwächen des IS genutzt werden, um seine Risiken zu maximieren sowie seine Stärken möglichst zu minimieren. Gleichzeitig sollten seine Chancen verhindert und die bereits genannten möglichen Zukunftsszenarien beachtet werden. Hierzu sind mehrere Maßnahmen möglich. Die Luftüberlegenheit sollte weiter ausgenutzt werden, um mit präzisen Luftschlägen den militärischen Druck auf den IS aufrecht zu halten, ihn damit weiter einzudämmen und permanent zu schwächen. Die Bindung der Kampfgruppen des IS an mehreren Fronten könnte weiterhin seine Expansionsfähigkeit unterdrücken und würde gleichzeitig seine operativen Verteidigungsoptionen begrenzen. Diese Fixierung würde als wesentliche Voraussetzung weitere operative Möglichkeiten schaffen, den IS zielgerichtet zu bekämpfen.⁷⁸ Eine intensiviertere Befähigung der ISF sowie der irakischen Peschmerga, aber auch der YPG und der FSA mit einem weiterführenden Ansatz der Ausbildungshilfe, bspw. der dauerhaften intensiven Gefechtsbegleitung der Truppen durch erfahrene Ausbilder in der Rolle von Mentoren, dem sog. Military Assistance (MA), könnte den IS an seinen zahlreichen Fronten signifikant weiter zurückdrängen und langfristig Möglichkeiten für eine Stabilisierung der Gebiete schaffen.⁷⁹ Diese Mentoren und ihre zu begleitenden Truppen müssen sich hierbei auf einen Gegner einstellen, der gelernt hat, eine effektive hybride Kriegführung mit ihren synergetischen Effekten erfolgreich anzuwenden. Die Gefechtsverbände dürfen sich dabei durch die unterschiedlichen Formen und Anwendungs- und Kombinationsmöglichkeiten der hybriden Kriegführung des IS nicht überraschen lassen und insbesondere die IS-Kampfgruppen als gegnerische Einheiten nicht unterschätzen.⁸⁰ Der weitere Erfolg des IS, insbesondere im Irak, wird zudem weiterhin auch von der passiven und aktiven Unterstützung der lokalen sunnitischen Bevölkerung abhängig sein.⁸¹ Eine Schlüsselrolle spielen dabei die verschiedenen Rebellen und Milizen sowie insbesondere die unterschiedlichen sunnitischen Stämme. Deren geschickte Beeinflussung und Einbindung müssen daher auch ein Teil der militärischen Strategie gegen den

IS sein.⁸² Zusätzlich müssen die Grenzstaaten des Kalifats, insbesondere die Türkei, in die Gesamtstrategie weiter eingebunden werden und ggf. mit Unterstützung der Koalition die kriminellen Handlungen und Schmuggeltätigkeiten des IS an ihren Grenzen bekämpfen, um dem Kalifat die Finanzierungs- und Handelsmöglichkeiten zu entziehen. Gleichzeitig sollten die neuen Wilayat als aufstrebende Ableger eingedämmt werden. Die Bekämpfung der IS-Führung wird auch dort notwendig sein. Und schließlich muss das eigene ZdK/CoG im Rahmen einer Gesamtstrategie geschützt werden.⁸³

6. Fazit

Der IS konnte durch seine Ideologie, die Unterstützung durch die sunnitische Bevölkerung und Stammesgemeinschaft und andere Rebellengruppen sowie seine kriminellen Strukturen und Finanzierungsmöglichkeiten ein völker-

Ein effektiver Strategieansatz zur Bekämpfung des IS sollte ... im Schwerpunkt gegen die Führer und Denker des IS ausgerichtet werden...

rechtlich hypothetisch begründbares quasi-staatliches Kalifat errichten, welches einen legitimen und identitären Orientierungspunkt im Herzen des Nahen Ostens für alle Dschihadisten der Welt darstellt und

dadurch eine zentrale Stärke des IS ist. Mit dem erfolgreichen salafistischen Herrschafts- und Wirtschaftsmodell konnte der IS schließlich eine schlagkräftige Armee entwickeln, die in Verbindung mit den kriminellen Strukturen des Kalifats und der Expertise in der irregulären sowie terroristischen Kampfweise eine hybride Kriegführung erfolgreich anwenden kann. Und schließlich hat diese Analyse ergeben, dass die heutige militärische hybride Führungsriege mit ihrer Fähigkeit zur strategischen und operativen Planung und Führung den wesentlichen Schlüssel für den Erfolg des IS darstellt und als das ZdK/CoG des IS verstanden werden kann. Ein effektiver Strategieansatz zur Bekämpfung des IS sollte daher im Schwerpunkt gegen die Führer und Denker des IS ausgerichtet werden, um ihn daran zu hindern, seinen angestrebten strategischen Endzustand zu erreichen.

Der IS hat sich aus dem Schatten entwickelt. Er denkt und kämpft wie ein Staat.⁸⁴ Als Organisation ist er nicht mehr nur eine irreguläre dschihadistische Guerillabewegung mit konventionellen Kapazitäten, sondern er operiert wie ein staatlicher Akteur mit einer vollwertigen einsatzfähigen Armee und der ausgesprochen effektiven Anwendung unterschiedlicher Formen der Kriegführung. Und der IS ist auch nicht mehr nur eine ideologisch-radikale Extremistengruppe. Es ist ihm gelungen, ein quasi-staatliches salafistisches Kalifat zu errichten,

das bereits seit mehr als zwei Jahren weiträumige Gebiete und Millionen Menschen beherrscht.⁸⁵ Der IS ist zu einem transnationalen amorphen Kriegersystem geworden, der mit festem Willen, einem totalitären Herrschaftssystem und einer effektiven Art der Kriegführung sein strategisches Endziel erreichen will. Er hat sich zu einer dschihadistischen militärischen Organisation entwickelt, die fortan die Staaten im Nahen und Mittleren Osten und in Nordafrika bedroht und zunehmend eine Gefahr für Europa darstellt. Der IS ist ein widerstandsfähiger, adaptiver Gegner, dessen derzeitige Verteidigung, trotz der zahlreichen gegnerischen militärischen Bemühungen, schwer zu brechen ist. Bisher konnte er die entscheidende Niederlage noch vermeiden.⁸⁶ Es muss daher schnellstmöglich ein erfolgversprechender Strategieansatz zur Bekämpfung des IS entwickelt und umgesetzt werden. Die Streitkräfte des IS militärisch zu besiegen, kann jedoch nur einer der ersten Schritte einer Gesamtstrategie sein. Die Herausforderungen, die mit dem rasanten Aufstieg des IS und seines Kalifats entstanden sind, können mit militärischen Mitteln alleine nicht gelöst werden. Für eine erfolgreiche langzeitige Bekämpfung des IS in Syrien und im Irak müssen insbesondere die ethnischen Spannungen und konfessionellen Konflikte zwischen Sunniten und Schiiten, die den Raum für das Gedeihen des IS ermöglichten, gelöst werden.⁸⁷ Umso länger der IS aushält, in umso mehr Ländern er präsent ist, desto schwieriger wird er zu besiegen sein.⁸⁸ Der Kampf gegen den IS wird daher ein schwieriger und langwieriger Krieg gegen die dschihadistische Ideologie und ihre Wurzeln werden.⁸⁹

Der IS ist zu einem transnationalen amorphen Kriegersystem geworden, der mit festem Willen, einem totalitären Herrschaftssystem und einer effektiven Art der Kriegführung sein strategisches Endziel erreichen will.

Der Kampf gegen den IS wird daher ein schwieriger und langwieriger Krieg gegen die dschihadistische Ideologie und ihre Wurzeln werden.

Zum Autor: Major Thomas Maurer ist Teilnehmer des 12. streitkräftegemeinsamen Lehrgangs General- und Admiralstabsdienst National (LGAN) an der Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg. Er ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft und des Clausewitz-Netzwerkes für Strategische Studien (CNSS).

Anmerkungen:

- 1 Der Islamische Staat (IS) bezeichnet sich selbst als Staat. Völkerrechtlich, moralisch und politisch ist dieser behauptende Anspruch außerordentlich umstritten. Die Organisation wird daher international unterschiedlich bezeichnet. In der Literatur betitelt man sie formell Islamischer Staat im Irak und der Levante (ISIL) oder Islamischer Staat im Irak und in Groß-Syrien (ISIS), an ihren Ursprüngen

orientiert eine sunnitische Extremistenmiliz, Terrormiliz oder Terrororganisation, ablehnend als sogenannten Islamischen Staat oder als Da'ish/Daesh, die Abkürzung von *daula al-islamiya fil-Iraq qa al-Sham*, der Islamische Staat im Irak und in Groß-Syrien. Das Auswärtige Amt in Deutschland nutzt meist den Namen IS. Das US-amerikanische Verteidigungsministerium variiert wiederum zwischen ISIS und Da'ish. Diese Arbeit wird sich bewusst nicht an dieser Diskussion beteiligen und legt sich auf die Bezeichnung IS fest. Vgl. Al-'Ubaydi, Muhammad, Nelly Lahoud, Daniel Milton und Bryan Price (2014): *The Group That Calls Itself a State, Understanding the Evolution and Challenges of the Islamic State*, Combating Terrorism Center (CTC), Westpoint, S. 7; Reuther, Christoph (2015): *Die Schwarze Macht, Der Islamische Staat und die Strategen des Terrors*, 3. Auflage, München, S. 18 f.

- 2 Vgl. Scholl-Latour, Peter (2014): *Der Fluch der bösen Tat, Das Scheitern des Westens im Orient*, Berlin, S. 11 f.
- 3 Vgl. Bundesministerium der Verteidigung (2016): *Weißbuch 2016, Zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr*, Berlin, S. 34.
- 4 Vgl. Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport (2015): *Sicher. und morgen?, Sicherheitspolitische Jahresvorschau 2016*, Direktion für Sicherheitspolitik, Wien, S. 82 f.
- 5 Vgl. Forrest, Caitlin und Dina Shahrokhi (2016): *ISIS's Campaign in Europe, March 25 - July 15, 2016*, Institute for the Study of War (ISW), Washington D.C., 16. Juli, S. 1; Forrest/Shahrokhi (2016), S. 1; Van Ostaeyen, Pieter (2016): *Belgian Radical Networks and the Road to the Brussels Attacks*, in: *Combating Terrorism Center (CTC) Sentinel*, Vol. 9, Issue 6, S. 7-12, hier: S. 7 ff.; International Institute for Strategic Studies (IISS) (2016): *After Brussels, Understanding and Countering ISIS's Strategy*, in: *International Institute for Strategic Studies (IISS) Strategic Comments*, Volume 22, Edition 6, Abingdon, 30. März, S. 1 ff.
- 6 Vgl. Caris, Charles C. und Samuel Reynolds (2014): *ISIS Governance in Syria*, Middle East Security Report 22, Institute for the Study of War (ISW), Washington D.C., S. 4 f.; Neumann, Peter R. (2015): *Die neuen Dschihadisten, IS, Europa und die nächste Welle des Terrorismus*, Berlin, S. 74.
- 7 Vgl. Bunde, Tobias, Benedikt Franke, Vera Lamprecht, Adrian Oroz, Lisa Marie Ullrich und Kai Wittek (2016): *Munich Security Report 2016, Boundless Crises, Reckless Spoilers, Helpless Guardians*, München, S. 18.
- 8 Vgl. International Institute for Strategic Studies (IISS) (2016c): *Strategic Survey 2016, The Annual Review of World Affairs in Syria*, Abingdon, S. 168.
- 9 Vgl. Kozak, Christopher (2016): *Russian-Syrian-Iranian Coalition seizes ISIS-held Palmyra*, Institute for the Study of War (ISW), Washington D.C., 27. März, S. 1 ff.; Brignola, Jodi und Genevieve Casagrande (2016): *Russian Military Activity in Syria, March 15 - April 18, 2016*, Institute for the Study of War (ISW), Washington D.C., 18. April, S. 1 ff.
- 10 Vgl. Caris, Charles C. und Samuel Reynolds (2014): *ISIS Governance in Syria*, Middle East Security Report 22, Institute for the Study of War (ISW), Washington D.C., S. 4.
- 11 Vgl. Neumann, Peter R. (2015): *Die neuen Dschihadisten, IS, Europa und die nächste Welle des Terrorismus*, Berlin, S. 98.
- 12 Vgl. Barrett, Richard (2014): *The Islamic State*, New York, S. 35.
- 13 Vgl. Tønnessen, Truls Hallbergh (2016): *Destroying the Islamic State Hydra, Lessons Learned from the Fall of its Predecessor*, in: *Combating Terrorism Center (CTC) Sentinel*, Vol. 9, Issue 8, S. 1-6, hier: S. 2.
- 14 Vgl. Al-Tamimi, Aymenn (2016): *A Caliphate under Strain*, *The Documentary Evidence*, in: *Combating Terrorism Center (CTC) Sentinel*, Vol. 9, Issue 4, April, S. 4 f.; Hippler, Jochen (2015): *Der „Islamische Staat“, Auseinandersetzungen um den Charakter von Staatlichkeit in der MENA-Region*, in: *Kursawe, Janet, Magret Johannsen, Claudia Baumgart-Ochse, Marc von Boemcken und Ines-Jacqueline Werker (Hrsg.): Friedensgutachten*, Münster, S. 162-174, hier: S. 167; Hippler, Jochen (2015): *Schlaglicht, Der Aufstieg des Islamischen Staates*, in: *Roth, Michèle, Cornelia Ulbert und Tobias Debiel (Hrsg.): Globale Trends 2015, Perspektiven für die Weltgesellschaft*, Frankfurt am Main, S. 59-66, hier: S. 61; Reuther, Christoph (2015): *Die Schwarze Macht, Der Islamische Staat und die Strategen des Terrors*, 3. Auflage, München, S. 14.
- 15 Vgl. Reuther (2015), S. 14; Caris, Charles C. und Samuel Reynolds (2014): *ISIS Governance in Syria*, Middle East Security Report 22, Institute for the Study of War (ISW), Washington D.C., S. 25.
- 16 Vgl. Information Handling Services (2016): *Islamic State Caliphate Shrinks by 16 Percent in 2016*, in: *Information Handling Services (IHS) Conflict Monitor*, Englewood, 9. Oktober, S. 2.
- 17 Vgl. Knights, Michael und Alexandre Mello (2015): *The Cult of The Offensive, The Islamic State in Defence*, in: *Combating Terrorism Center (CTC) Sentinel*, Vol. 9, Issue 2, Westpoint, S. 1-8, hier: S. 1 und 5.
- 18 Vgl. Kozak, Christopher (2016): *Syria Situation Report, June 18 - June 24*, Institute for the Study of War (ISW), Washington D.C., 24. Juni, S. 1; Martin, Patrick, Hannah Werman und Emily Anagnostos (2016): *Iraq Situation Report, May 11-24, 2016*, Institute for the Study of War (ISW), Washington D.C., S. 1 f.; Kozak, Christopher (2016): *The Competing Campaigns against ISIS in Northern Syria*, Institute for the Study of War (ISW), Washington D.C., 10. Juni, S. 1 ff.; Kozak, Christopher (2016): *Syria Situation Report, May 28 - June 10*, Institute for the Study of War (ISW), Washington D.C., 10. Juni, S. 1; Kozak, Christopher (2016):

- ISIS Collapses Opposition Frontline in Northern Aleppo Province, in: Institute for the Study of War (ISW), Washington D.C., 4. Juni, S. 1 f.
- 18 Vgl. Lewis McFate, Jessica D. (2015): The Islamic State Digs In, in: Combating Terrorism Center (CTC) Sentinel, Vol. 8, Issue 10, Westpoint, S. 1-8, hier: S. 1 und 6.
- 19 Vgl. Knights, Michael und Alexandre Mello (2015): The Cult of The Offensive, The Islamic State in Defence, in: Combating Terrorism Center (CTC) Sentinel, Vol. 9, Issue 2, Westpoint, S. 1-8, hier: S. 5.
- 20 Vgl. Momayezi, Michael, Kevin Cooper und Staley Smith (2016): The Campaign for Mosul, November 1-3, 2016, Institute for the Study of War (ISW), Washington D.C., 3. November, S. 1 ff.; Anagnostos, Emily und Patrick Martin (2016): Iraq Launches the Campaign for Mosul, Institute for the Study of War (ISW), Washington D.C., 17. Oktober, S. 1; Gulmohamad, Zana (2016): Unseating the Caliphate, Contrasting the Challenges of Liberating Fallujah and Mosul, in: Combating Terrorism Center (CTC) Sentinel, Vol. 9, Issue 10, Westpoint, S. 16-27, hier: S. 16.
- 21 Vgl. Kozak, Christopher (2016f): Syria Situation Report, November 3 - 11, 2016, Institute for the Study of War (ISW), Washington D.C., 10. November, S. 1.
- 22 Vgl. Knights, Michael und Alexandre Mello (2015): The Cult of The Offensive, The Islamic State in Defence, in: Combating Terrorism Center (CTC) Sentinel, Vol. 9, Issue 2, Westpoint, S. 1-8, hier: S. 3.
- 23 Vgl. Neumann, Peter R. (2015): Die neuen Dschihadisten, IS, Europa und die nächste Welle des Terrorismus, Berlin, S. 97.
- 24 Vgl. International Institute for Strategic Studies (IISS) (2016): Strategic Survey 2016, The Annual Review of World Affairs in Syria, Abingdon, S. 170.
- 25 Vgl. Tønnessen, Truls Hallberg (2016): Destroying the Islamic State Hydra, Lessons Learned from the Fall of its Predecessor, in: Combating Terrorism Center (CTC) Sentinel, Vol. 9, Issue 8, S. 1-6, hier: S. 5; Knights, Michael und Alexandre Mello (2015): The Cult of The Offensive, The Islamic State in Defence, in: Combating Terrorism Center (CTC) Sentinel, Vol. 9, Issue 2, Westpoint, S. 1-8, hier: S. 7.
- 26 Vgl. Martin, Patrick (2016): Fallujah Control of Terrain Map, June 9, 2016, Institute for the Study of War (ISW), Washington D.C., 9. Juni, S. 1; Anagnostos, Emily (2016): The Campaign for Fallujah, June 9, 2016, Institute for the Study of War (ISW), Washington D.C., 9. Juni, S. 1.
- 27 Vgl. Gambhir, Harleen (2016): ISIS Sanctuary Map, May 25, 2016, Institute for the Study of War (ISW), Washington D.C., 25. Mai, S. 1.
- 28 Vgl. Lewis McFate, Jessica D. (2015): The ISIS Defense in Iraq and Syria, Countering an adaptive Enemy, Middle East Security Report 27, Institute for the Study of War (ISW), Washington D.C., S. 17.
- 29 Vgl. Reuther, Christoph (2015): Die Schwarze Macht, Der Islamische Staat und die Strategen des Terrors, 3. Auflage, München, S. 300 f.
- 30 Vgl. Kagan, Frederick W., Kimberly Kagan, Jennifer Cafarella, Harleen Gambhir und Katherine Zimmerman (2016): Al Qaeda and ISIS, Existential Threats to the U.S. and Europe, U.S. Grand Strategy, Destroying ISIS and al Qaeda, Report One, Institute for the Study of War (ISW), Washington D.C., S. 10.
- 31 Vgl. Lewis, Jessica D. (2014): The Islamic State, A Counter-Strategy for a Counter-State, Middle East Security Report 21, Institute for the Study of War (ISW), Washington D.C., S. 26.
- 32 Vgl. Reuther, Christoph (2015): Die Schwarze Macht, Der Islamische Staat und die Strategen des Terrors, 3. Auflage, München, S. 326.
- 33 Vgl. UNICEF Regional Office for West and Central Africa (2016): Beyond Chibok, Over 1.3 million children uprooted by Boko Haram violence, Dakar, S. 2.
- 34 Vgl. Bloom, Mia, John Horgan und Charlie Winter (2016): Depictions of Children and Youth in the Islamic State's Martyrdom Propaganda, in: Combating Terrorism Center (CTC) Sentinel, Vol. 9, Issue 2, Westpoint, S. 29-32, hier: S. 31.
- 35 Vgl. Hummel, Stephen (2016): The Islamic State and WMD, Assessing the Future Threat, in: Combating Terrorism Center (CTC) Sentinel, Vol. 9, Issue 1, Westpoint, S. 18-21, hier: S. 19 ff.; Sekulow, Jordan, Robert W. Ash und David French (2014): Rise of ISIS, A Threat We Can't Ignore, New York, S. 14.
- 37 Vgl. Central Intelligence Agency (2016): Statement by Director Brennan as Prepared for Delivery Before the Senate Select Committee on Intelligence, Washington D.C., 16. Juni, S. 2.
- 38 Vgl. Forrest, Caitlin (2016): ISIS's Global Strategy, Ramadan 2016, Institute for the Study of War (ISW), Washington D.C., 13. Juli, S. 1; Benjamin, Daniel und Steven Simon (2016): The Global Terror Threat in 2016, A Forecast, in: Combating Terrorism Center (CTC) Sentinel, Vol. 9, Issue 1, Westpoint, S. 1-4, hier: S. 1 ff.
- 39 Vgl. European Police Office (EUROPOL) (2016b): European Union Terrorism Situation and Trend Report (TE-SAT) 2016, Den Haag, 2016, S. 26; Van Ginke, Bibi und Eva Entenmann (2016): The Foreign Fighters Phenomenon in the European Union, Profiles, Threats and Policies, International Centre for Counter-Terrorism (ICCT), Den Haag, S. 13.
- 40 Vgl. Bunde, Tobias, Benedikt Franke, Vera Lamprecht, Adrian Oroz, Lisa Marie Ullrich und Kai Wittek (2016): Munich Security Report 2016, Boundless Crises, Reckless Spoilers, Helpless Guardians, München, S. 18.

- 41 Vgl. European Police Office (EUROPOL) (2016b): European Union Terrorism Situation and Trend Report (TE-SAT) 2016, Den Haag, 2016, S. 22 ff.
- 42 Vgl. Bundesministerium des Innern (2016): Verfassungsschutzbericht 2015, Berlin, S. 166; European Police Office (EUROPOL) (2016): Changes in modus operandi of Islamic State terrorist attacks, Review held by experts from Member States and Europol on 29 November and 1 December 2015, Den Haag, S. 3;
- 43 Vgl. Mullins, Sam (2016): The Road to Orlando, Jihadist-Inspired Violence in the West, 2012-2016, in: Combating Terrorism Center (CTC) Sentinel, Vol. 9, Issue 6, S. 26-30, hier: S. 29; Stern, Jessica und J.M. Berger (2015): ISIS, The State of Terror, New York, S. 195 ff.; Neumann, Peter R. (2015): Die neuen Dschihadisten, IS, Europa und die nächste Welle des Terrorismus, Berlin, S. 158 ff.; Kagan, Frederick W., Kimberly Kagan, Jennifer Cafarella, Harleen Gambhir und Katherine Zimmerman (2016): Al Qaeda and ISIS, Existential Threats to the U.S. and Europe, U.S. Grand Strategy, Destroying ISIS and al Qaeda, Report One, Institute for the Study of War (ISW), Washington D.C., S. 24 f.
- 43 Quelle: eigene Darstellung.
- 44 Vgl. Lewis, Jessica D. (2014): The Islamic State, A Counter-Strategy for a Counter-State, Middle East Security Report 21, Institute for the Study of War (ISW), Washington D.C., S. 11.
- 45 Vgl. Lewis McFate, Jessica D. (2015): The Islamic State Digs In, in: Combating Terrorism Center (CTC) Sentinel, Vol. 8, Issue 10, Westpoint, S. 1-8, hier: S. 5.
- 46 Vgl. Rettstadt, Annika und Melissa Pavlik (2016): ISIS's Campaign in Europe, July 16-August 18, 2016, Institute for the Study of War (ISW), Washington D.C., 2. September, S. 1; Kagan, Frederick W., Kimberly Kagan, Jennifer Cafarella, Harleen Gambhir und Katherine Zimmerman (2016): Al Qaeda and ISIS, Existential Threats to the U.S. and Europe, U.S. Grand Strategy, Destroying ISIS and al Qaeda, Report One, Institute for the Study of War (ISW), Washington D.C., S. 31.
- 47 Vgl. Cruickshank, Paul und Brian Dodwell (2016): A View from the CT Foxhole. An Interview with John Brennan, Director CIA, in: Combating Terrorism Center (CTC) Sentinel, Vol. 9, Issue 9, S. 1-6, hier: S. 3; Forrest, Caitlin (2016): ISIS's Global Strategy, Ramadan 2016, Institute for the Study of War (ISW), Washington D.C., 13. Juli, S. 1; Watkins, Andres (2016): Losing Territory and Lashing Out, The Islamic State and International Terror, in: Combating Terrorism Center (CTC) Sentinel, Vol. 9, Issue 3, Westpoint, S. 14-18, hier: S. 17.
- 48 Vgl. European Police Office (EUROPOL) (2016b): European Union Terrorism Situation and Trend Report (TE-SAT) 2016, Den Haag, 2016, S. 26
- 49 Vgl. Central Intelligenc Agency (2016): Statement by Director Brennan as Prepared for Delivery Before the Senate Select Committee on Intelligence, Washington D.C., 16. Juni, S. 2.
- 50 Vgl. Anagnostos, Emily (2016): The Campaign for Mosul, November 8-15, 2016, Institute for the Study of War (ISW), Washington D.C., 15. November, S. 3; Stern, Jessica und J.M. Berger (2015): ISIS, The State of Terror, New York, S. 210 ff.
- 51 Vgl. Abdulrazaq, Tallha (2016): Recapturing Mosul from ISIS will not be easy, in: The Arab Weekly, 28. August, S. 2, hier: S. 2; Cruickshank, Paul und Brian Dodwell (2016): A View from the CT Foxhole. An Interview with John Brennan, Director CIA, in: Combating Terrorism Center (CTC) Sentinel, Vol. 9, Issue 9, S. 1-6, hier: S. 3.
- 52 Vgl. Joscelyn, Thomas (2016): Abu Bakr al Baghdadi's 'grand jihad' against the world, in: The Long War Journal, Medfort, 30. August, S. 2.
- 53 Vgl. Central Intelligenc Agency (2016): Statement by Director Brennan as Prepared for Delivery Before the Senate Select Committee on Intelligence, Washington D.C., 16. Juni, S. 1 ff.
- 54 Quelle: eigene Darstellung.
- 55 Vgl. Collins, Shannon (2016): U.S. Will Deploy More Troops to Syria to Combat ISIL, U.S. Department of Defense News, Defense Media Activity, 10. Dezember.
- 56 Vgl. Kagan, Frederick W., Kimberly Kagan, Jennifer Cafarella, Harleen Gambhir und Katherine Zimmerman (2016): Al Qaeda and ISIS, Existential Threats to the U.S. and Europe, U.S. Grand Strategy, Destroying ISIS and al Qaeda, Report One, Institute for the Study of War (ISW), Washington D.C., S. 7.
- 57 Von Clausewitz, Carl (2008): Vom Kriege, vollständige Ausgabe, 4. Auflage, Hamburg, S. 714.
- 58 Vgl. Souchon, Lennart (2012): Carl von Clausewitz, Strategie im 21. Jahrhundert, Hamburg, S. 89 f.
- 59 Vgl. Von Clausewitz, Carl (2008): Vom Kriege, vollständige Ausgabe, 4. Auflage, Hamburg, S. 714 f.
- 60 Vgl. Abdulrazaq, Tallha (2016): Recapturing Mosul from ISIS will not be easy, in: The Arab Weekly, 28. August, S. 2, hier: S. 2; Flood, Derek Henry (2016): The Hard March to Mosul, A Frontline Report, in: Combating Terrorism Center (CTC) Sentinel, Vol. 9, Issue 8, Westpoint, S. 21-26, hier: S. 22 f.
- 61 Vgl. Lister, Tim (2016): The Mosul Campaign, From Here to the Horizon, in: Combating Terrorism Center (CTC) Sentinel, Vol. 9, Issue 11, Westpoint, S. 31-38, hier: 33 f.
- 62 Vgl. Kilcullen, David J. (2009): The Accidental Guerilla, Fighting Small Wars in the Midst of a Big One, Oxford, S. 264 ff.; Kilcullen, David J. (2006): Twenty-

Eight Articles, Fundamentals of Company-level Counterinsurgency, in: Military Review, Mai-Juni, S. 103-108, hier: S. 103-108.

- 63 Vgl. Petraeus, David (2010): Counterinsurgency Concepts, What We Learned in Iraq, in: Global Policy, Volume 1, Issue 1, Januar, S. 1 ff.; Kilcullen, David J. (2010): Counterinsurgency, Oxford, S. 3 ff.
- 64 Vgl. Knights, Michael und Alexandre Mello (2015): The Cult of The Offensive, The Islamic State in Defence, in: Combating Terrorism Center (CTC) Sentinel, Vol. 9, Issue 2, Westpoint, S. 1-8, hier: S. 2; Barfi, Barak (2015): The Military Doctrine of the Islamic State and the Limits of Ba'athist Influence, in: Combating Terrorism Center (CTC) Sentinel, Vol. 9, Issue 2, Westpoint, S. 18-23, hier: S. 18 ff.
- 65 Vgl. Steinberg, Guido (2015): Kalifat des Schreckens, IS und die Bedrohung durch den islamistischen Terror, München, S. 106.
- 66 Vgl. Reilly, Jeffrey M. (2012): Operational Design, Distilling Clarity from Complexity for Decisive Action, Department of Joint Warfare Studies, Maxwell, S. 40; Braun, Peter (2009): Auf der Suche nach dem Zentrum der Kraftentfaltung, in: Military Power Revue der Schweizer Armee, Nr. 1, Bern, S. 4-15, hier: S. 4.
- 67 Vgl. Strange, Joe (1996): Centers of Gravity & Critical Vulnerabilities, Building on the Clausewitzian Foundation so that we can all speak the same Language, Quantico, S. 43 ff.
- 68 Vgl. Joint Chiefs of Staff (2011): Joint Publication (JP) 5-0, Joint Operation Planning, Joint and Coalition Warfighting Center/ Joint Doctrine Support Division, Suffolk, S. XXI.
- 69 Im englischen Original: Critical Capabilities (CC).
- 70 Im englischen Original: Critical Requirements (CR).
- 71 Im englischen Original: Critical Vulnerabilities (CV).
- 72 Vgl. Joint Chiefs of Staff (2011): Joint Publication (JP) 5-0, Joint Operation Planning, Joint and Coalition Warfighting Center/ Joint Doctrine Support Division, Suffolk, S. III-24; Braun, Peter (2009): Auf der Suche nach dem Zentrum der Kraftentfaltung, in: Military Power Revue der Schweizer Armee, Nr. 1, Bern, S. 4-15, hier: S. 8 ff.
- 73 Quelle: eigene Darstellung.
- 74 Vgl. Joint Chiefs of Staff (2011): Joint Publication (JP) 5-0, Joint Operation Planning, Joint and Coalition Warfighting Center/ Joint Doctrine Support Division, Suffolk, S. III-24.
- 75 Vgl. West, Allen B. (2016): The Future of Warfare against Islamic Jihadism, Engaging and Defeating Nonstate, Nonuniformed, Unlawful Enemy Combatants, in: Military Review, Januar-Februar, S. 39-44, hier: S. 40 ff.; Kirchofer, Charles P. (2016): Targeted Killings and Compellence, Lessons from the Campaign against

Hamas in Second Intifada, in: Perspectives on Terrorism, Vol. 10, Issue 3, August, S. 16-25, hier: S. 22 ff.; Liepman, Andrew und Philip Mudd (2016): Lessons from the Fifteen-Year Counterterrorism Campaign, in: Combating Terrorism Center (CTC) Sentinel, Vol. 9, Issue 10, Westpoint, S. 12-15, hier: S. 12 f.; Byman, Daniel (2015): Al Qaeda, The Islamic State, and the Global Jihadist Movement, What everyone needs to know, New York, S. 197 ff.; Price, Bryan C. (2012): Targeting Top Terrorists, How Leadership Decapitation Contributes to Counterterrorism, in: International Security, Vol. 4, Vol. 36, S. 9-46, hier: S. 9 ff.

- 76 U. a. die des als Finanzministers des Kalifats geltenden Abu Sayyaf al-Iraqi (1959-2015), des als Kriegsminister geltenden Abu Umar al-Shishani (1986-2016) sowie weiterer tschetschenischer Kommandeure, des vermutlichen Stellvertreters von al-Bagdadi, Abdulrahman Mustafa al-Qaduli alias Haji Imam (1957-2016), oder des Sprechers und Leiters der IS-Propaganda und inoffiziellen Planers der strategischen terroristischen Angriffen Abu Mohammed al-Adnani (1977-2016).
- 77 Vgl. Pellerin, Cheryl (2016): Coalition Shapes Mosul Fight by Removing ISIL Leaders From Battlefield, DoD News, Defense Media Activity, U.S. Department of Defense, 29. September, S. 1 ff., zuletzt aufgerufen am 30.09.2016, <http://www.defense.gov/News/Article/Article/959599/coalition-shapes-mosul-fight-by-removing-isil-leaders-from-battlefield>; International Institute for Strategic Studies (IISS) (2016): Strategic Survey 2016, The Annual Review of World Affairs in Syria, Abingdon, S. 168; Joscelyn, Thomas (2016b): Islamic State says senior official killed in Aleppo province, in: The Long War Journal, Medfort, 30. August, S. 2; Roggio, Bill und Thomas Joscelyn (2016): Abu Omar al Shishani killed south of Mosul, Islamic State says, in: The Long War Journal, Medfort, 13. Juli, S. 3.
- 78 Vgl. Lewis McFate, Jessica D. (2015b): The Islamic State Digs In, in: Combating Terrorism Center (CTC) Sentinel, Vol. 8, Issue 10, Westpoint, S. 1-8, hier: S. 7.
- 79 Vgl. Grube, William H. (2010): The evolution of combined USMC/Iraqi army operations: a company commander's perspective, Fallujah, Iraq, September 2005 to April 2006, in: Stoker, Donald (Hrsg.): Military Advising and Assistance, From mercenaries to privatization 1815-1817, Abingdon, S. 224-238, hier: S. 210 ff.; Stoker, Donald (2010): The history and evolution of foreign military advising and assistance, 1815-2007, in: Stoker, Donald (Hrsg.): Military Advising and Assistance, From mercenaries to privatization 1815-1817, Abingdon, S. 1-10, hier: S. 3 ff.
- 80 Vgl. Votel, Joseph L. (2015): Understanding Terrorism Today and Tomorrow, in: Combating Terrorism Center (CTC) Sentinel, Vol. 8, Issue 7, S. 2-5, hier: S. 2.
- 81 Vgl. Hippler, Jochen (2015): Der „Islamische Staat“, Auseinandersetzungen um den Charakter von Staatlichkeit in der MENA-Region, in: Kursawe, Janet, Magret Johannsen, Claudia Baumgart-Ochse, Marc von Boemcken und Ines-Jacqueline Werker (Hrsg.): Friedensgutachten, Münster, S. 162-174, hier: S. 173.

- 82 Vgl. Tønnessen, Truls Hallberg (2016): Destroying the Islamic State Hydra, Lessons Learned from the Fall of its Predecessor, in: Combating Terrorism Center (CTC) Sentinel, Vol. 9, Issue 8, S. 1-6, hier: S. 2 ff.; Mansour, Renad (2016): ISIS Is Switching Tactics in Iraq, Baghdad Needs to Adjust to Changing Islamic State Tactics, in: Defense One, Washington D.C., 10. August, S. 2; Adnan, Sinan und Aaron Reese (2014): Beyond The Islamic State, Iraq's Sunni Insurgency, in: Institute for the Study of War (ISW), Washington D.C., S. 24 f.
- 83 Vgl. Joint Chiefs of Staff (2011): Joint Publication (JP) 5-0, Joint Operation Planning, Joint and Coalition Warfighting Center/ Joint Doctrine Support Division, Suffolk, S. III-25.
- 84 Vgl. Kilcullen, David J. (2016): Blood Year, Islamic State and the Failures of the War on Terror, London, S. 85.
- 85 Vgl. Lewis, Jessica D. (2014): The Islamic State, A Counter-Strategy for a Counter-State, Middle East Security Report 21, Institute for the Study of War (ISW), Washington D.C., S. 4.
- 86 Vgl. Kagan, Frederick W., Kimberly Kagan, Jennifer Cafarella, Harleen Gambhir und Katherine Zimmerman (2016): Al Qaeda and ISIS, Existential Threats to the U.S. and Europe, U.S. Grand Strategy, Destroying ISIS and al Qaeda, Report One, Institute for the Study of War (ISW), Washington D.C., S. 15; Lewis McFate, Jessica D. (2015): The ISIS Defense in Iraq and Syria, Countering an adaptive Enemy, Middle East Security Report 27, Institute for the Study of War (ISW), Washington D.C., S. 17.
- 87 Vgl. Hanieh, Hassan Abu und Mohammed Abu Rumman (2016): IS und al-Qaida, Die Krise der Sunniten und die Rivalität im globalen Dschihad, Bonn, S. 119; Dodge, Toby und Becca Wasser (2014): The Crisis of the Iraqi State, in: Dodge, Toby und Emile Hokayem (Hrsg.): Middle Eastern Security, the US Pivot and the Rise of ISIS, International Institute for Strategic Studies (IISS) Special Issue, Volume 54, Issue 447-448, Abingdon, S. 13-38, hier: S. 31.
- 88 Vgl. Price (2016), S. 12; Lewis McFate, Jessica D. (2015): The Islamic State Digs In, in: Combating Terrorism Center (CTC) Sentinel, Vol. 8, Issue 10, Westpoint, S. 1-8, hier: S. 1 und 7.
- 89 Vgl. Salama, Basma (2016): Die Widerstandsfähigkeit des Islamischen Staates, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie Band 5/2016, Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement, Wien, S. 86 ff.; Al-'Ubaydi, Muhammad, Nelly Lahoud, Daniel Milton und Bryan Price (2014): The Group That Calls Itself a State, Understanding the Evolution and Challenges of the Islamic State, Combating Terrorism Center (CTC), Westpoint, S. 7.

Kapitel V

Beiträge aus der Arbeit der Sektion Schweiz sowie der Regionalkreise der Clausewitz-Gesellschaft e.V. und des Clausewitz-Netzwerkes für Strategische Studien (CNSS)

Aspekte militärischen Führens

Manuela R. Krueger
Christian E. O. Millotat

Bedeutung von Führung

Der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder gratulierte in der Zeitschrift „Der Spiegel“ im Dezember 2008 Helmut Schmidt zum Geburtstag mit den folgenden Worten: *„Sucht man nach einem Begriff für das Besondere, das Einzigartige der Kanzlerschaft von Helmut Schmidt, dann ist es – im besten Sinne des Wortes*

–,Führung‘.“ Vor dem deutschen Bundestag sagte Schmidt 1986: *„Ein Staat braucht eine Führung, die das Management einer Krise beherrscht und beherrschen will.“*

Angesichts der in unser Land quellenden Flüchtlingsströme, den diffus wirkenden Konzepten zu ihrer Steuerung, die in den Medien referiert werden und der terroristischen Attentate im November 2015 in Frankreich und Afrika, stellt sich die Frage, wo die Führung durch die Politik zum Bewältigen dieser krisenhaften Entwicklungen bleibt. Die Bürger in Deutschland vermissen offensichtlich Führung in einer chaotischen Lage. Das Thema FÜHRUNG ist brandaktuell.

Das Führen in der Bundeswehr auf den tradierwürdigen Grundlagen der preußisch-deutschen Militärkultur ist weitgehend unbekannt. Es wird allzu oft als kommissig, hierarchisch, weil angeblich vom Prinzip von Befehl und Gehorsam dominiert, rigide, dem in der zivilen Welt praktizierten Führen entgegengesetzt und als unzeitgemäß charakterisiert.

Im Folgenden soll deutlich werden, wie das Führen in der Bundeswehr auf der Grundlage eines verordneten soldatischen Tugenden- und Pflichtenkatalogs, dem Kitt und Motor der soldatischen Gemeinschaft, von nachstehenden Elementen der preußisch-deutschen Militärkultur bis auf den heutigen Tag bestimmt wird:

- dem Führen mit Auftrag, auch Auftragstaktik genannt,
- dem preußisch-deutschen Generalstabssystem, seinem besonderen Miteinander von militärischen Führern und ihren Generalstabsoffizieren und dem von ihnen entwickelten Führungsprozess zur Entscheidungsfindung, Befehlsgebung sowie Kontrolle.

Besonderheiten des deutschen militärischen Führens werden mit kurzen historischen Exkursen verdeutlicht. Ein Beispiel aus dem Kosovo-Einsatz soll den Wert deutscher Führungsprinzipien in der Praxis skizzieren. Was die Wirtschaft aus dem Bereich des militärischen Führens gegebenenfalls lernen kann, ist Außenstehenden nur schattenhaft bekannt. Einige Gedanken hierzu werden am Schluss vorgestellt.

Die Begriffe Truppenführer, militärische Führer und Soldat werden im Text ohne weibliche Form angegeben, schließen sie jedoch mit ein. Wenn von Generalstabsoffizieren gesprochen wird, sind die Admiralstabsoffiziere einbezogen.

Grundlagen des militärischen Führens in der Bundeswehr

Das Führen im Heer der Bundeswehr ist in der Heeresdienstvorschrift (HDv) 100/200 von 2009 *Führungssystem der Landstreitkräfte* für den nationalen und multinationalen Bereich dargestellt. Diese Dienstvorschrift hat auch Leitcharakter für Marine und Luftwaffe. Sie ist eng mit der Dachvorschrift des Deutschen Heeres, der HDv 100/100 *Truppenführung von Landstreitkräften* von 2007 verzahnt. Beide Dienstvorschriften werden etwa alle 10 Jahre aufgrund von Einsatzerfahrungen der Bundeswehr und neuen Entwicklungen überarbeitet. Ihre Grundsätze zum militärischen Führen haben sich seit der Beteiligung der Bundeswehr in Auslandseinsätzen nur marginal verändert. Die Erarbeitung einer neuen HDv 100/100 hat 2015 begonnen. Sie wird an Dienstvorschriften der NATO enger angelehnt sein. Die Besonderheiten deutschen militärischen Führens sollen in ihr erhalten bleiben.

Ein oberflächlicher Vergleich der in ihnen dargestellten Führungsverfahren und Stabssysteme mit denen anderer NATO-Streitkräfte führt zu dem Eindruck, in ihnen bestünden gleiche Auffassungen nach so vielen Jahren der Zusammenarbeit in den Jahrzehnten des Kalten Krieges und in den heutigen internationalen Krisenreaktionseinsätzen. Eine gründliche Analyse zeigt aber, dass es in diesen Bereichen noch immer erhebliche Unterschiede gibt. Sie sind

das Ergebnis historischer Prozesse, die in allen Streitkräften unterschiedlich verlaufen sind und fortwirken. Dieser Umstand erschwert die Beurteilung des Leistungsvermögens von Truppenführern und Stabssystemen anderer Streitkräfte.

Nationale Führungsebenen

Die politisch-strategische Führung – in Deutschland Bundesregierung und Parlament – erteilt den Auftrag zum Einsatz der Streitkräfte, immer in Bündnisstrukturen und nach Beratung durch den höchsten Soldaten der Bundeswehr, des Generalinspektors. Internationale Krisenreaktionseinsätze bedürfen eines Mandats des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen. Die Führung der Streitkräfte im Friedensdienst- oder Grundbetrieb und im Einsatz findet auf drei miteinander verflochtenen Ebenen statt: Für Einsätze der Bundeswehr legt die militärstrategische Ebene – in Deutschland das Bundesministerium der



IT-Technik als Mittel der Führung

Verteidigung – den anzustrebenden militärischen Endzustand sowie die militärstrategischen Zielsetzungen zum Erreichen der politischen Zielsetzungen fest. Sie schlägt der politisch-strategischen Führung militärische Handlungsoptionen vor und setzt diese nach der Entscheidung in militärstrategische Weisungen um. Die operative Ebene – in Deutschland das Einsatzführungskommando – setzt die politischen Absichten und militärstrategischen Vorgaben in streitkräftegemeinsame Weisungen an die taktische Ebene um und führt *Joint Operations* der Streitkräfte. Die taktische Ebene der Truppenführung – in Deutschland die Kontingentführer in den Einsätzen – führt die Operationen durch, die zum Erreichen der militärstrategischen Zielsetzungen erforderlich sind. Dazu setzt sie militärische Kräfte und Mittel auf der Grundlage taktischer Führungsgrundsätze ein, die in Dienstvorschriften niedergelegt sind.

Nur wer dieses Ordnungsgerüst beherrscht und beachtet ist vor Fehlern gefeit, die entstehen, wenn sich politische, diplomatische, militärische und andere Akteure nicht führungsebenengerecht verhalten. Auf dem Balkan und in Afghanistan hat das zu Verwundeten und Gefallenen geführt.

Definition von militärischer Führung

In der HDv 100/200 Nr. 1001 von 2009 wird Führung wie folgt definiert:

„Führung ist ein Prozess steuernden Einwirkens auf das Verhalten von Menschen, um ein Ziel zu erreichen. Sie umfasst den zielgerichteten Einsatz von Kräften und Mitteln sowie Information nach Raum und Zeit.“

Diese Definition trifft für alle Bereiche zu, in denen geführt werden soll und geführt wird, also auch auf die Bewältigung der Herausforderungen, welche sich aus der derzeitigen Flüchtlingswelle ergeben.

„Merkmale militärischer Führung“, wird dann ausgeführt, „sind die Einheit der Führung, die Wechselwirkung von Befehl und Gehorsam sowie das Führen mit Auftrag, die unteilbare, persönliche Verantwortung militärischer Führer und die Durchsetzung ihres Willens. Militärische Führung zeigt sich u.a. dadurch, dass allen Soldatinnen und Soldaten jederzeit bewusst ist, welchen Beitrag sie zur Erfüllung des Auftrags zu leisten haben.“

Erläuterung der Begriffe zur militärischen Führung

- Einheit der Führung auf der Grundlage eindeutiger Unterstellungsverhältnisse ist Voraussetzung dafür, dass Truppenführer ihre ungeteilte Führungsverantwortung wahrnehmen können. Auch Truppenführer multi- und internationaler Kräfte tragen die ungeteilte Verantwortung für die Erfüllung ihres Auftrags.
- Befehl und Gehorsam befähigen zu rascher Tat nach einheitlichem Willen. Die Pflicht zum Gehorsam ist jedoch nicht absolut und unbedingt, sondern nach Maßgabe des Soldatengesetzes begrenzt.
- Führen mit Auftrag, ein Kernstück der preußisch-deutschen Militärkultur, auch Auftragstaktik genannt, ist oberstes Führungsprinzip im Heer und in der Bundeswehr.

Führen mit Auftrag beruht auf gegenseitigem Vertrauen und verlangt von jedem Soldaten neben gewissenhafter Pflichterfüllung und dem Willen, befohlene Ziele zu erreichen, die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung, zur Zusammenarbeit und zu selbstständigem, schöpferischem Handeln im Rah-

men des Auftrags. Der militärische Führer unterrichtet über seine Absicht, setzt klare, erfüllbare Ziele und stellt die erforderlichen Kräfte und Mittel bereit. Einzelheiten zur Durchführung befiehlt er nur, wenn Maßnahmen, die dem gleichen Ziel dienen, miteinander in Einklang zu bringen sind oder politische oder militärische Auflagen es erfordern. Unterstellten Führern gewährt er Frei-

Führen mit Auftrag beruht auf gegenseitigem Vertrauen und verlangt von jedem Soldaten neben gewissenhafter Pflichterfüllung und dem Willen, befohlene Ziele zu erreichen, die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung, zur Zusammenarbeit und zu selbstständigem, schöpferischem Handeln im Rahmen des Auftrags.

heit bei der Durchführung des Auftrags. Sie ist Voraussetzung für schnelles, entschlossenes Handeln und dient der Stärkung der Eigenverantwortlichkeit.

Militärische Führer werden dazu erzogen, diesen Freiraum zu nutzen. Führungsstil und Dienstaufsicht müssen dem Rechnung tragen können. Auftragstaktik setzt die Be-

reitschaft der Vorgesetzten voraus, das Auftreten von Fehlern in der Durchführung hinzunehmen. Dies findet jedoch seine Grenzen, wenn die Erfüllung des Auftrags und Leib sowie Leben von Soldaten unnötig gefährdet würden.

Exkurs zum Führen mit Auftrag

Dieses Führungsprinzip, das bis heute im Deutschen Heer und in den anderen Teilstreitkräften sowie militärischen Organisationsbereichen ausgeformt wurde, ist das Ergebnis eines langen historischen Prozesses in der Königlich Preussischen Armee, im Reichsheer nach 1871, in der Reichswehr nach 1918, in der Wehrmacht und in der Bundeswehr. Die seit den Scharnhorstischen Militärreformen zu Beginn des 19. Jahrhunderts sich immer mehr durchsetzende Überzeugung, dass jeder Soldat zu selbstständigem und entschlossenem Handeln erzogen werden soll, ist die Grundlage, auf der sich das Führen mit Auftrag entfalten kann. Führen mit Auftrag ist unter den besonderen Bedingungen in früheren deutschen Streitkräften entstanden und immer weiter entwickelt worden.

In Armeen mit anders verlaufenen historischen und gesellschaftlichen Prägungen hat eine vergleichbare Entwicklung nicht stattgefunden. Dieser Sachverhalt erschwert, Verbündeten das Führen mit Auftrag zu verdeutlichen oder nachzuzahlen, bei welchen das Maß an Selbstständigkeit, das Soldaten eingeräumt wird, enger als in Deutschland ist. Das Führen mit Auftrag ist in der Bundeswehr das Führungsprinzip, das dem mündigen Staatsbürger in Uniform, der nach den Grundsätzen der Inneren Führung handelt, führt und geführt wird,

besonders gerecht wird. Die Grundsätze des Führens mit Auftrag durchziehen die deutschen Dienstvorschriften, nach ihnen wird ausgebildet und sie werden im Truppenalltag praktiziert.

Deutsche Truppenführer und ihre Stäbe

Den Truppenführern steht ein Stab zur Seite. Dessen Aufgabe ist es, sie in allen Bereichen der Führung zu unterstützen. Der Stab informiert seinen Truppenführer rechtzeitig, berät ihn, bereitet seine Entscheidungen vor, erarbeitet dessen Befehle und überwacht deren Ausführung. Die Angehörigen eines Stabes haben keine eigenständige Befehlsbefugnis. Sie befehlen im Auftrag des Truppenführers, sofern keine anderen Regelungen getroffen sind. Der Truppenführer führt die ihm unterstellten Truppen im Rahmen des ihm erteilten Auftrags, im Sinne der Absicht der übergeordneten Führung, nach den Führungsgrundsätzen und dem geltenden Recht. Er trifft in seinem Aufgabenbereich alle grundlegenden Entscheidungen. Die Stäbe werden von einem Chef des Stabes geführt. Sie sind in Generalstabs- und Spezialstabsabteilungen gegliedert:

G1/J1: Personalwesen, Innere Führung und Informationsarbeit; G2/J2: Beurteilung der Lage der gegnerischen Kräfte/Akteure sowie militärische Sicherheit; G3/J3: Aktualisierung der Planung, Befehlsgebung und Führung laufender Operationen; G4/J4: Logistische Unterstützung; G5/J5: Planung und Befehlsgebung zukünftiger Operationen; G6/J6: Führungsdienst und Führungsunterstützung; G7/J7: Ausbildung und Übung vor dem und im Einsatz; G8/J8: Wirtschafts- und Fürsorgeangelegenheiten, Planung, Verteilung und Bewirtschaftung der Haushaltsmittel; G9/J9: Zivil-Militärische Zusammenarbeit. Hinzu kommen die Leiter der Spezialstabsabteilungen, z.B. Pioniere, Feldjäger und Leitende Sanitätsoffiziere.

Der Chef des Stabes, früher als Chef des Generalstabes des jeweiligen Großverbands bezeichnet, führt den Stab und koordiniert dessen Arbeit. Er ist der erste Berater des Truppenführers und ihm gegenüber für die Funktionsfähigkeit des Stabes verantwortlich. Er informiert den Stab über alle wesentlichen Entscheidungen des Truppenführers. Sind dieser und sein Stellvertreter nicht zu erreichen, trifft der Chef des Stabes die notwendigen Entscheidungen. Sein ständiger Vertreter ist der G3/J3.

Exkurs zu Besonderheiten deutscher Generalstabsoffiziere gegenüber anderen Streitkräften

Alle Stäbe der NATO-Streitkräfte haben einen Chef des Stabes sowie Abteilungen. Aber nur die Deutschen haben Generalstabsoffiziere, auch Führergehilfen genannt, mit besonderen Rechten und Pflichten, die sich seit den Scharnhorstischen Militärreformen in den Befreiungskriegen gegen Napoleon Bonaparte zu Beginn des 19. Jahrhunderts entwickelt haben und neben dem Führen mit Auftrag ein weiteres Kernelement der preußisch-deutschen Militärkultur bis auf den heutigen Tag sind. Wie in anderen Streitkräften entlastet der Generalstabsoffizier seinen Truppenführer und Vorgesetzten in Ämtern, Kommandobehörden und im Ministerium auf allen Feldern der Stabsarbeit. Nach deutscher Tradition und Auffassung liegt aber seine Hauptaufgabe darin, seine Vorgesetzten in allen Angelegenheiten mit dem Recht auf Gehör zu beraten. Für die Sachgemäßheit seines Rates trägt der Generalstabsoffizier seinen Vorgesetzten gegenüber die volle Verantwortung. Alle Stabsoffiziere, d.h. die Dienstgrade Major bis Oberst, beraten ihre Vorgesetzten, wenn sie dazu aufgefordert werden. Der Generalstabsoffizier berät aber kraft Amtes in allen Angelegenheiten der Führung und ist befugt, seine Vorgesetzten zu Entscheidung und Tat zu drängen. Der Vorgesetzte soll ihn anhören. Der Generalstabsoffizier hat die Pflicht, abweichende Auffassungen vorzubringen. Der nach seiner Dienststellung höchste Generalstabsoffizier eines Großverbandes, eines Amtes oder in einer Abteilung des Ministeriums ist an allen Phasen des Führungsprozesses beteiligt.

Zusammen mit seinem Vorgesetzten wertet er den Auftrag aus, beurteilt die Lage und entwickelt den Entschluss. Dabei kann hinterher kaum noch festgestellt werden, wer welchen Beitrag geleistet hat. Er ist das „alter ego“ seines Vorgesetzten. Der jeweilige Vorgesetzte ist jedoch alleine befugt zu entscheiden. Wenn dieser eine Entscheidung getroffen hat, führt sie der Generalstabsoffizier loyal aus.

Herausragende Beispiele dieser besonderen Form der Zusammenarbeit zwischen Truppenführern und ihren Chefs des Generalstabes sind in der deutschen Militärgeschichte zahlreich. In seinen Erinnerungen beschrieb Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg das Verhältnis zu seinem Chef des Generalstabes von 1914 bis 1916 auf dem östlichen Kriegsschauplatz und Ersten Generalquartiermeister, Stellvertreter, als Chef der Obersten Heeresleitung von 1916 bis 1918, General der Infanterie Erich Ludendorff, wie folgt:

„Ich selbst habe mein Verhältnis zu General Ludendorff oft als das einer glücklichen Ehe bezeichnet. Wie will und kann der Außenstehende das Verdienst des einzelnen in einer solchen scharf abgrenzen? Man trifft sich im Denken wie im Handeln, und die Worte des einen sind oftmals nur der Ausdruck der Gedanken und Empfindungen des anderen.“

Blücher und Gneisenau haben 1814 und 1815 dieses nur in Deutschland bestehende Verhältnis in den Feldzügen der Befreiungskriege gegen Napoleon begründet. In Großverbänden hat nur der Generalstabsoffizier mit der höchsten Dienststellung dieses besonders enge Verhältnis zu seinem Truppenführer, der Chef des Stabes einer Kampfbrigade und einer Division, in einem multinational strukturierten heutigen Korpsstab und Abteilungsleiter im Bundesministerium der Verteidigung. Jüngere Generalstabsoffiziere arbeiten mit ihren Vorgesetzten jedoch in der gleichen Weise zusammen. Sie haben die Pflicht, sie zu beraten. Jeder Generalstabsoffizier hat direktes Vortragsrecht bei seinem Vorgesetzten. Verbündete Offiziere lehnen eine Beratung durch Generalstabsoffiziere in der Regel ab. Sie würden einen Offizier, der die ausdrückliche Pflicht zur Beratung hat, nicht neben sich dulden, denn dies wäre ihrem Autoritäts- und Führungsverständnis abträglich. Deutsche Generalstabsoffiziere, die in NATO-Verwendungen sowie in multinational strukturierten Truppenteilen ihre alliierten Vorgesetzten beraten wollen, stoßen daher häufig auf Unverständnis, wenn sie versuchen, beharrlich ihren Rat zu geben und sich Gehör zu verschaffen.

Für die 36.150 Offiziere der Bundeswehr gibt es 1.200 Planstellen für Generalstabs- und Admiralstabsoffiziere. Diese werden in einem Auswahlverfahren ermittelt und über zwei Jahre lang an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg ausgebildet sowie häufig zusätzlich an ausländischen Akademien geschult. Aus ihrem Kreis rekrutieren sich die Masse der 180 Generale und Admirale der Bundeswehr sowie viele der 1.316 Obersten. Die deutschen Generalstabsoffiziere, 1946

Das Können der Generalstabsoffiziere und ihre Arbeits- und Führungsmethoden gereichen der Bundeswehr zum Vorteil im Frieden, im internationalen, multinational verflochtenen Krisenreaktionseinsatz und im Krieg.

im Prozess von Nürnberg als Kriegsverbrecher angeklagt, aber freigesprochen und im zurückliegenden ideologischen, utopischen und pädagogischen Zeitalter der 70er Jahre als „elitär“ angefeindet, werden noch immer als qualitativ so effektiv beurteilt, dass die U.S. Army, das kriegserfahrenste Heer unserer Zeit, einen deutschen Chef des Stabes angefordert hat, der in ihrem Hauptquartier in Wiesbaden diesen Dienstposten mit großem Erfolg wahrnimmt. Das

Können der Generalstabsoffiziere und ihre Arbeits- und Führungsmethoden gereichen der Bundeswehr zum Vorteil im Frieden, im internationalen, multinational verflochtenen Krisenreaktionseinsatz und im Krieg.

Deutscher militärischer Führungsprozess

Der Führungsprozess der Landstreitkräfte, der modifiziert auch in der Luftwaffe, Marine, in der Streitkräftebasis, aber auch im Ministerium als Grundlage der Entscheidungsfindung dient, ist ein weiteres Kernstück der preußisch-deutschen Militärkultur (siehe Abbildung: Modell des Führungsprozesses im Anhang). Generationen von Generalstabsoffizieren haben ihn entwickelt. Die Führung der Streitkräfte erfolgt durch einen klaren, straffen und einheitlichen Führungsprozess. Er dient sowohl der Planung zukünftiger als auch der Führung laufender Operationen und ermöglicht, auch unter Zeitdruck, gleichzeitig zu führen und zu planen. Die Ziele des Führungsprozesses sind:

- Rechtzeitig zu einem zweckmäßigen Entschluss zu kommen;
- schnell eine ausreichende Befehlslage herzustellen;
- allen Beteiligten die erforderliche Zeit zu verschaffen;
- Befehle in eigenes Handeln umzusetzen.

Der Führungsprozess findet seit langem auch im Friedensdienstbetrieb der Bundeswehr Anwendung und wird zunehmend für das Bewältigen nicht originär militärischer Aufgaben in internationalen Krisenreaktionseinsätzen genutzt.

Kern des Führungsprozesses ist die Entscheidungsfindung. Im Grundsatz ist er immer gleich anzuwenden. Er ist jedoch flexibel, damit die militärischen

Der Führungsprozess prägt die Stabsarbeit. Der Truppenführer entscheidet, wie er sich selbst in den Prozess einbringt, d.h. welche Anteile er gemeinsam mit dem Stab bestreitet und welche er sich selbst vorbehält. Er ist hierbei frei und soll seine Persönlichkeit und seinen Führungsstil zur Geltung bringen.

Führer stets auf das Unwägbarere reagieren können. Inhalt, Umfang und Ablauf des Führungsprozesses können daher immer den aktuellen Bedingungen angepasst werden. Der Führungsprozess prägt die Stabsarbeit. Der Truppenführer entscheidet, wie er sich selbst in den Prozess einbringt, d.h. welche Anteile er gemeinsam mit dem Stab

bestreitet und welche er sich selbst vorbehält. Er ist hierbei frei und soll seine Persönlichkeit und seinen Führungsstil zur Geltung bringen. Truppenführer haben stets die Auswertung des Auftrags zu billigen und den Entschluss per-

sönlich zu fassen. Der Führungsprozess vollzieht sich in einem fortwährenden Zyklus der Phasen:

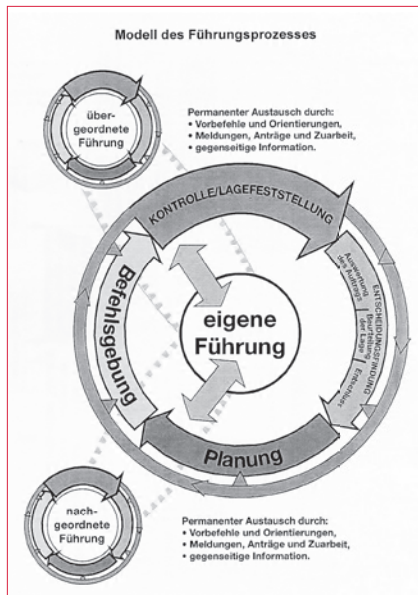
- Lagefeststellung und Kontrolle
- Entscheidungsfindung
- Planung
- Befehlsgebung
- Erneute Lagefeststellung und Kontrolle

Die einzelnen Phasen werden unter Leitung des Chefs des Stabes in den Hauptquartieren und auf den Gefechtsständen von den Generalstabs- und Spezialstabsabteilungen bearbeitet und zusammengeführt, in der Regel zu einem mündlichen Lagevortrag zur Entscheidung oder Lagevortrag zur Unterrichtung des Truppenführers. Sie werden mit der Befehlsausgabe durch den Truppenführer abgeschlossen. Lagefeststellung und Kontrolle umfassen für alle Einsatzformen Informationen über den Gegner oder die Konfliktparteien, über die eigene Lage und weitere Aspekte, welche die Operationsführung beeinflussen können, wie die Gelände- und Umweltbedingungen sowie die Medien. Die Lagefeststellung bildet die Grundlage für das weitere Verfahren. Sie hat eine permanente Funktion, welche den gesamten Führungsprozess begleitet. Bei echtzeitnahen Lageinformationen, die während des Führungsprozesses gemeldet werden, ist stets zu prüfen, ob und wie sie zusätzlich berücksichtigt werden müssen.

Die Entscheidungsfindung besteht aus der Auswertung des Auftrags, der Beurteilung der Lage und dem Entschluss. Die Auswertung des Auftrags bestimmt Inhalt und Ablauf der Beurteilung der Lage. Kräfte, Raum und Zeit sowie Information sowie andere Elemente der Lage sind zu beurteilen und Folgerungen für das eigene Handeln werden gezogen. Die Kriterien für die Entscheidung sind entweder vorgegeben oder müssen vom Auftrag abgeleitet werden. Am Ende dieser Phase steht die Entscheidung des militärischen Führers. Er fasst sie persönlich im Entschluss zusammen, stellt so seine Absicht eindeutig dar und legt die Grundzüge der beabsichtigten Operationsführung fest.

Im Mittelpunkt der Planung steht die Entwicklung des Operationsplans, in dem auf der Basis des Entschlusses des Truppenführers das Zusammenwirken der Kräfte und Mittel im Einsatz räumlich und zeitlich auf das im Auftrag vorgegebene Ziel hin koordiniert wird. Der Operationsplan wird meist

grafisch erstellt, wenn notwendig mit schriftlichen Ergänzungen. Durch die Befehlsgebung wird der Operationsplan in Handlungen der Truppe umgesetzt.



Modell des Führungsprozesses

Nach der Befehlsgebung verschafft die erneute Lagefeststellung und Kontrolle militärischen Führern ein Bild davon, wie ihre Befehle umgesetzt werden, wie sich eine Operation entwickelt und wie der Zustand der Truppe ist. Sie ist als ständiger Soll-Ist-Vergleich unverzichtbarer Teil der permanenten Lagefeststellung. Bei der Vorbereitung künftiger Operationen planen die verschiedenen Führungsebenen mit unterschiedlichem Planungshorizont: Korps ab 72 bis 96 Stunden, Division ab 48 bis 72 Stunden und Brigade ab 24 bis 48 Stunden. Auf jeder dieser Führungsebenen findet ein eigener Führungsprozess statt. Das Durchgreifen auf niedrigere Führungsebenen ist zu vermeiden.

Exkurs zum militärischen Führungsprozess

Der militärische Entscheidungsvorgang entlang eines strukturierten Führungsprozesses wurde Schritt für Schritt im 19. Jahrhundert entwickelt. Die vor allem vom älteren Moltke und seinen Nachfolgern als Chefs des Generalstabes

der Armee weiterentwickelten Verfahren der Stabsarbeit sowie das Miteinander in den Stäben, das Entscheidungsverfahren Beurteilung der Lage, die Bedeutung des Entschlusses, den der Truppenführer persönlich zu fassen hat, die herausgehobene Stellung des Chefs des Stabes, eine Befehlsgebung, die den nachgeordneten Führern im Sinne der Auftragstaktik möglichst große Handlungsfreiheit einräumt und die Planungshorizonte der verschiedenen Führungsebenen berücksichtigt, sind noch immer Grundsätze der Stabsarbeit in der Bundeswehr und der militärischen Führer.

Deutsche Axiome für erfolgreiches militärisches Führen

General der Artillerie Ludwig Beck, Chef des Generalstabes des Heeres bis zu seinem Rücktritt 1938, hat am 15. Oktober 1935, dem 125. Jahrestag der Kriegsakademie, der Ausbildungsstätte der Generalstabsoffiziere und Vorläuferin der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, als Voraussetzung für erfolgreiches militärisches Führen zeitlos gültig formuliert:

„Die Erfassung und Behandlung militärischer Fragen in ihren Zusammenhängen bis zum Urgrund in systematischer Denkarbeit, die Schritt um Schritt [...] will sorgsam erlernt und geübt sein. Nichts wäre gefährlicher als sprunghaften, nicht zu Ende gedachten Eingebungen, mögen sie sich noch so klug oder genial ausnehmen, nachzugeben oder auf Wunschgedanken, mögen sie noch so heiß gehegt werden, aufzubauen. Wir brauchen Offiziere, die den Weg logischer Schlussfolgerungen in geistiger Selbstzucht systematisch bis zu Ende gehen, deren Charakter und Nerven stark genug sind, das zu tun, was der Verstand diktiert.“

In der HDv 100/100 von 2007 wird als Quintessenz über das militärische Führen in deutschen Streitkräften festgestellt:

„Truppenführung ist eine Kunst, eine auf Charakter, Können und geistiger Kraft beruhende schöpferische Tätigkeit. Ihre Lehren lassen sich nicht erschöpfend darstellen. Sie verträgt weder Formeln noch starre Regelungen, doch müssen klare Grundsätze jeden Truppenführer leiten.“

Und, als Forderung an militärische Führer aller Ebenen gerichtet, wird dort ausgeführt:

„Entschlossenes Handeln ist das wichtigste Erfordernis im Einsatz, Beharrlichkeit eine Voraussetzung für den Erfolg. Die Gunst einer Lage wird niemals ausgenutzt,

wenn auf Befehle gewartet wird. Jeder Soldat muss sich stets bewusst sein, dass Untertan und Versäumnis ihn schwerer belasten können als ein Fehler im Handeln.“

Diese Aussagen gründen auf Auffassungen sowie Formulierungen des älteren Moltke und des Generals Ludwig Beck.

Hierzu werden folgende soldatische Tugenden und Pflichten von militärischen Führern in der HDv 100/100 als Kitt und Motor der soldatischen Gemeinschaft gefordert: Tapferkeit, Gehorsam, Pflichtbewusstsein, Disziplin, Selbstbeherrschung, Gewöhnung an Leistung, Härte gegen sich selbst, Wagemut, Selbstvertrauen und der Wille zum Erfolg. Aber zum soldatischen Wertekatalog gehören auch die Pflicht zur Kameradschaft und das Gebot zu nie ras-

tender Fürsorge für die Untergebenen. Sie mildern das Miteinander von Führern und Geführten in der hierarchischen Struktur Armee sowie das Prinzip von Befehl und Gehorsam zwischen Führern und Geführten ab. Das Prinzip *Führen mit Auftrag* mit

Die Gunst einer Lage wird niemals ausgenutzt, wenn auf Befehle gewartet wird. Jeder Soldat muss sich stets bewusst sein, dass Untertan und Versäumnis ihn schwerer belasten können als ein Fehler im Handeln.“

seinen Freiräumen und Gestaltungsmöglichkeiten fördert einen kooperativen Führungsstil in der Bundeswehr. Das in ihr praktizierte militärische Führen verbindet facettenreich instrumentale, auf Lösungen ausgerichtete mit menschlichen Komponenten. Es ist daher nicht kommissig, rigide und vom Prinzip von Befehl und Gehorsam dominiert, sondern sehr zeitgemäß.

Beispiel des Führens in Krisensituationen aus der Praxis

Militärisches Führen in der Landes- und Bündnisverteidigung der NATO – sie wird angesichts der krisenhaften Entwicklungen jenseits ihrer Ostgrenze zur Zeit wiederbelebt – im multinationalen Verbund ist immer ein Führen in einer Krisensituation: Aufmarsch von Bündnisstreitkräften in ein Dispositiv der strategischen Gegenkonzentration mit der Krisenmanagementfunktion, einen Gegner abzuschrecken und bei dessen Scheitern durch die Gefechtsarten Verzögerung, Verteidigung und Gegenangriff einen Gegner durch Kampf mit dem Ziel, den Frieden wieder herzustellen, niederzuringen.

Einsätze wie auf dem Balkan und in Afghanistan sind auch immer Kriseneinsätze, die neben dem Aufeinanderprallen unterschiedlicher Militärkulturen zunehmend durch außermilitärische Felder, für die nichtmilitärische Akteure in einem Einsatzgebiet verantwortlich sind, bestimmt werden.

In internationalen Krisenreaktionseinsätzen müssen die Führer multinational strukturierter Truppenkörper zunächst die Voraussetzungen für die Einheit der Führung, die Stabsorganisation und die anzuwendenden Führungsprinzipien im Konsens mit den beteiligten Truppenteilen schaffen. Beim Kosovo-Einsatz 2001/2002 bestand die Kosovo Force aus 40.000 Soldaten aus 38 Nationen. Im Hauptquartier waren Soldaten aus 18 Nationen eingesetzt. Mit ihnen musste die Stellung des Chefs des Stabes, den bei der Stabsarbeit anzuwendenden militärischen Führungsprozess und das Führen mit Auftrag bei der Stabsarbeit vereinbart werden. Bei der mehrwöchigen Vorbereitung des Schlüsselpersonals des Hauptquartiers wurden diese Ziele in hohem Maße im Konsens mit den Partnern erreicht und der Einsatz in Pristina mit einem funktionierenden Stab

beginnen. Die Stabsarbeit wurde mittels einer an die deutsche HDv 100/200 angelehnten Stabs- und Felddienstordnung, die gemeinsam verfasst wurde, geleistet. Natürlich ist es im Verlauf des Einsatzes immer wieder zu Friktionen gekommen. Sie konnten aber gemeinsam überwunden werden. Es zahlte sich aus, dass gemeinsam nach dem Goethewort: „Wer klare Begriffe hat, kann befehlen.“ gehandelt wurde und nicht nach dem spanischen Sprichwort „... es gibt keine Wege, Wege entstehen beim Gehen.“

Natürlich ist es im Verlauf des Einsatzes immer wieder zu Friktionen gekommen. Sie konnten aber gemeinsam überwunden werden. Es zahlte sich aus, dass gemeinsam nach dem Goethewort: „Wer klare Begriffe hat, kann befehlen.“ gehandelt wurde und nicht nach dem spanischen Sprichwort „... es gibt keine Wege, Wege entstehen beim Gehen.“

Die Rechtsgrundlage für den internationalen Einsatz im Kosovo, die *Resolution 1244* des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 10. Juni 1999, schuf eine Parallelstruktur der internationalen Akteure: Die militärische Säule bestand aus der Kosovo Force mit dem Auftrag *Maintaining a secure Environment* und die Zivile, die UNMIK-Administration, aus Vertretern der Vereinten Nationen, der Europäischen Union und der OSZE zum Aufbau staatlicher Strukturen. Beide Handlungsstränge wurden lediglich auf Zusammenarbeit angewiesen und nicht unter eine Oberleitung gestellt. Das führte dazu, dass die Kosovo Force neben ihren originären militärischen immer mehr Aufgabenfelder der UNMIK-Administration übernehmen musste, die diese nicht wahrnahm. Dazu gehörten: Die Unterstützung der ersten Parlamentswahlen und das Ansiedeln von Rückkehrern aus vielen Teilen der Welt. Hinzu kamen die Hilfe bei der Krankenversorgung der Bevölkerung, das Knüpfen von Kontakten zu den religiösen Führern, die Reparatur des Eisenbahnnetzes bis zur Grenze von Mazedonien und der Ausbau des Flughafens von Pristina. Vor allem der Aufbau einer nach Führungsebenen strukturierten Organisation neuer staatlicher

Strukturen zum Anziehen der Wirtschaft mit zwischen der Truppe und der UNMIK-Administration definierten Aufgabenfeldern sowie Kompetenzen und trag-fähigen Verfahren der Zusammenarbeit waren eine Herausforderung.

Nach einem Blitzeinschlag fiel im Juli 2002 das einzige Kraftwerk im Kosovo zum Erzeugen elektrischer Energie aus. Es gab Tote und Verletzte. Der Unfall war vorauszusehen, denn von der UNMIK-Administration war mehrfach gefordert worden, einen Katastrophenschutzplan für diesen jederzeit möglichen Fall zu erarbeiten, die benötigten Kräfte aus Polizei und dem *Kosovo Protection Corps* festzulegen und Rettungsmaßnahmen zu üben. Bei Eintritt des Unfalls waren keine Maßnahmen ergriffen worden. Der eigene Entschluss nach Beratung durch den Stab, die Truppe bei den Rettungsarbeiten und der Versorgung von Verletzten in unseren militärischen Krankenversorgungseinrichtungen nach militärischen Grundsätzen einzusetzen, führte zu geordneten Verhältnissen.

Dieses Beispiel zeigt, wie der militärische Führungsprozess erfolgreich zum Bewältigen außermilitärischer Aufgaben angewendet werden konnte. In Bosnien und Herzegowina herrschte ein ähnliches Nebeneinander des militärischen und zivilen Stranges. Es war durch das Friedensabkommen von Dayton vom 14. Dezember 1995 initiiert worden, was die Einheit der Führung der internationalen Organisationen im Lande behinderte. In international zusammengesetzten Teams, bestehend aus Offizieren und zivilen Mitarbeitern, praktizierte man ebenfalls deutsche Verfahren der Stabsarbeit und der Entscheidungsfindung sowie das Führen mit Auftrag. In Afghanistan war das Nebeneinander militärischer und ziviler Akteure noch komplizierter als auf dem Balkan. Zurzeit werden die Erfahrungen, die dort gemacht wurden, ausgewertet.

Den Führern in internationalen Krisenreaktionseinsätzen und ihren Stäben sind mehr und mehr außermilitärische Felder im Bereich von *Post-Conflict Reconstruction*-Maßnahmen zugewachsen. Auch bei nicht vorliegenden Befehlen zu ihrer Bewältigung kann sich ein vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eingesetzter militärischer Handlungsstrang in einem Einsatz nicht verweigern. Im dargestellten Fall war entschlossenes Handeln erforderlich, um eine Katastrophenlage in den Griff zu bekommen, die durch nicht Handeln der Führer entstanden wäre. Der Stab hat dabei auf der Grundlage professionell durchgeführter Führungsprozesse hervorragend beraten. Alle Akteure neben den Soldaten aus Politik, Diplomatie, Polizei oder einer *Non Governmental Organization* (NGO) sind in solchen Einsätzen gut beraten, wenn die strukturier-

ten Entscheidungsprozesse des Militärs an eigene Bedingungen adaptiert, sie angewendet und nicht aus dem „hohlen Bauch heraus“ ohne Beratung durch einen qualifizierten Stab agiert würden.

Management in der Wirtschaft und militärisches Führen

Management in der Wirtschaft und militärisches Führen sind seit langem immer wieder in Bezug zueinander gesetzt worden. Karl Marx zum Beispiel verglich dieses Verhältnis in seinen Ökonomisch-philosophischen Manuskripten aus dem Jahre 1844 folgendermaßen:

„Wie eine Armee militärischer, bedarf eine unter dem Kommando desselben Kapitals zusammenwirkende Arbeitermasse industrieller Oberoffiziere (Dirigenten, Manager) und Unteroffiziere (Arbeitsaufseher, foremen, overlookers, contre-maitres), die während des Arbeitsprozesses im Namen des Kapitals kommandieren.“

Aber auch seitens des Managements der Wirtschaft selbst sind immer wieder Analogien zum Militär gezogen worden. Eine starke Verwobenheit von Militär und Wirtschaft hat stattgefunden. Das wird z.B. durch gegenseitige Begriffsübernahmen der jeweiligen Fachsprache deutlich. Die bislang als sogenannten „Männerdomänen“ geltenden Bereiche Militär und Management unterliegen derzeit einem tiefgreifenden Veränderungsprozess. So wird in Dienstvorschriften der Bundeswehr seit längerem von Soldatin und Soldat, Generalinspekteurin und Generalinspekteur, Chefin und Chef des Stabes formuliert. Das *Coaching*, ein Konzept der Wirtschaft zur Problembewältigung und Unterstützung bei unternehmerischen Herausforderungen, wird seit etwa 12 Jahren als Beratungskonzept u.a. für Spitzenkräfte der Bundeswehr genutzt. Das Erreichen von Spitzenpositionen in den Streitkräften ist durch die Zulassung von Frauen zu allen Verwendungen seit 2001 möglich geworden. Teile der politischen Führung bemühen sich darum, durch die Einführung von Frauenquoten in Führungsebenen der Wirtschaft, mit diesen Entwicklungen gleichzuziehen.

Den Führern in internationalen Krisenreaktionseinsätzen und ihren Stäben sind mehr und mehr außermilitärische Felder im Bereich von Post-Conflict Reconstruction-Maßnahmen zugewachsen. Auch bei nicht vorliegenden Befehlen zu ihrer Bewältigung kann sich ein vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eingesetzter militärischer Handlungsstrang in einem Einsatz nicht verweigern.

In der Managementliteratur findet sich oft ein enger Bezug zum Militär, z.B. auf Generalmajor Carl von Clausewitz und sein Hauptwerk *Vom Kriege*. Die

gegnerische Seite soll, nach Auffassung von Clausewitz, als Verhandlungspartner für Friedensverträge angesehen werden. Seine Erkenntnis von der leitenden Aufgabe der politisch-strategischen Ebene und der von ihr zu entwickelnden Strategie, wird in der Wirtschaft ebenfalls angewendet.

Heute differenziert die Wirtschaft in Teilstrategien. Die Strategie bezieht sich dabei auf längerfristige Zielerreichung zur Nutzenoptimierung. Kurzfristige Entscheidungen werden als Taktik bezeichnet, deren Kombination sich zu einer Strategie zusammenfügt, wie beim Militär die politisch-strategische, militärstrategische und taktische Ebene. Langfristige Zieldefinitionen und die Entwicklung eines Plans zur Zielerreichung, beim Militär der Operationsplan, werden als heute essentielle Aspekte unternehmerischen Handelns gesehen. Seit den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts wurde schon in den USA der Strategiebegriff in Kursen der Wirtschaft und der Universitäten gelehrt.

Bis in die 1980er Jahre prägte Reinhard Höhn nachhaltig das auf dem preußisch-deutschen Generalstabssystem gründende Führungsverständnis im Management in Deutschland. Sein *Harzburger Modell* vermittelte Führungskräften der Wirtschaft Wissen, wie sie im Mitarbeiterverhältnis mit der Delegation von Verantwortung und der damit verbundenen Stellenbeschreibung führen können. Der Leiter der Bundesagentur für Arbeit (BA), Frank-Jürgen Weise, Oberst

der Reserve und von 1972 bis 1984 Soldat, hat in einem *Führungskompass. Führung in der BA* den in der HDv 100/200 dargestellten Führungsprozess für seinen Amtsbereich umgesetzt und adaptiert. Nach ihm wird in der BA erfolgreich geplant und geführt. Er nutzt ihn auch bei der Steuerung der Flüchtlingsströme unserer Zeit, für die er zusätzlich Verantwortung übernommen hat. Bei aller Vermischung zwischen mili-

Bei aller Vermischung zwischen militärischem Führen und Management der Wirtschaft bleiben aber Unterschiede. Militärische Führung vollzieht sich auf der Grundlage soldatischer, verordneter Tugenden und Pflichten. Die Pflicht zur Kameradschaft sowie zu nie rastender Fürsorge der Vorgesetzten mildern Härten der militärischen Hierarchie und das in ihr geltende Prinzip von Befehl und Gehorsam ab.

tärischem Führen und Management der Wirtschaft bleiben aber Unterschiede. Militärische Führung vollzieht sich auf der Grundlage soldatischer, verordneter Tugenden und Pflichten. Die Pflicht zur Kameradschaft sowie zu nie rastender Fürsorge der Vorgesetzten mildern Härten der militärischen Hierarchie und das in ihr geltende Prinzip von Befehl und Gehorsam ab. Sie befördern einen kooperativen Führungsstil nach dem Prinzip des Führens mit Auftrag mit seinen großen Freiräumen für alle Soldaten. Angehörige der Wirtschaft, deren Kompetenzen sowie Wirkungsmöglichkeiten ein Arbeitsvertrag regelt, unter-

liegen weder einem solchen Pflichtenkatalog, noch einer besonderen Gesetzgebung sowie keinem Sanktionen-katalog bei Fehlverhalten, wie die Soldaten bei der Ausführung ihres Berufs. Truppenführer und ihre Gehilfen durchlaufen einen langen Auswahl- und Schulungsprozess, werden im militärischen Führen und Entscheiden und vor allem in der Menschenführung ausgebildet. Dies ist auch zunehmend in der Wirtschaft der Fall. Vor diesem Hintergrund werden Militär und Wirtschaft in den Bereichen militärischen Führens und Management aber dennoch ihre Besonderheiten behalten.

Zu den Autoren:

Generalmajor a.D. Christian E. O. Millotat war von 1963 – 2004 Soldat der Bundeswehr; Panzergrenadiertuppe, deutsche und kanadische Generalstabsausbildung, US Army War College. Nationale und internationale Verwendungen, u.a. als Stabsabteilungsleiter Füh III im BMVg, Kommandeur 11. MotSchtzDiv, Brigadekommandeur, Stellvertreter des Kommandierenden Generals des II. (GE/US) Korps sowie Stellvertreter und Kommandeur der Kosovo Force. Befehlshaber im Wehrbereich II. Nach Zuruhesetzung 2005/2007 Director of the Department of Security Cooperation der OSZE und Sicherheitsberater des Hohen Beauftragten für Bosnien-Herzegowina. Leiter des Regionalkreises Südwest der Clausewitz-Gesellschaft e.V. und Leiter des Forum Mainz der Deutschen Atlantischen Gesellschaft e.V. Zahlreiche Veröffentlichungen im In- und Ausland über militärhistorische und Fragen der operativen Führung.

B.Ed. Manuela R. Krueger ist selbstständige Friseurmeisterin und Masterstudentin an der Technischen Universität Darmstadt in den Fachbereichen Geschichte und Körperpflege. Sie ist Managerin des Forum Mainz der Deutschen Atlantischen Gesellschaft e. V.. Veröffentlichungen zu militärhistorischen und Fragen der Führung sowie Buchbesprechungen im In- und Ausland.

Der „Deutsche Krieg“ 1866. 150 Jahre Königgrätz und Langensalza – eine historische Einordnung

Eine Schlacht und ein Gefecht mit weitreichenden Folgen

Ulrich C. Kleyser

150 Jahre Königgrätz und Langensalza – eine lange, über mindestens fünf Generationen reichende Zeitspanne. Immer noch erinnern sich Deutsche – vor allem Welfen, und diese mit „heißem Herzen“ – an die „siegreiche Schlacht“ von Langensalza am 27. Juni 1866 und die folgende Kapitulation am 29. Juni 1866 mit ihren weitreichenden Konsequenzen. Die bedeutsamere Schlacht von Königgrätz am 3. Juli sowie die Schlachten im süddeutschen Raum sind hingegen weitgehend der Vergessenheit anheimgefallen. Im Folgenden sollen im Verständnis der Bedeutung der jeweiligen Perspektive des Beobachtenden nach dem großen Hannoveraner Leibniz diese Ereignisse historisch eingeordnet werden, wenn auch nur in groben Zügen. Zwangsläufig müssen Vereinfachungen des komplexen Themenkreises akzeptiert werden.

Gestattet seien drei Vorbemerkungen:

- „*Ein jeder Krieg ist schrecklich!*“ – auch wenn zuweilen gerechtfertigt oder gar notwendig. Und so kann der zutiefst humanistisch geprägte Moltke 1881 schreiben: „*Wer möchte in Abrede stellen, dass jeder Krieg, auch der siegreiche, ein Unglück für das eigene Volk ist, denn kein Landerwerb, keine Milliarde können Menschenleben ersetzen und die Trauer der Familien aufwiegen*“¹,
- Noch schrecklicher ist ein Bürgerkrieg, wenn sich auf beiden Seiten tatsächlich Brüder gegenüber stehen – insofern ist der Begriff „Deutscher Bruderkrieg“² von 1866 in mehrfacher Hinsicht mit seiner Tragweite und Tragik berechtigt – im Übrigen aber durchaus keine neue Erfahrung in der deutschen Geschichte.
- Wieder einmal handelt es sich um einen deutschen Krieg, der gleichzeitig auch ein Krieg im europäischen Kontext ist. Im Kern ging es wieder um die Deutsche Frage, die spätestens seit 1648 nicht nur eine nationale, sondern auch eine europäische Dimension besaß. Dennoch, so Thomas Nipperdey, zu dieser nationalpolitisch orientierten *„Politik gehört eine uns nicht mehr*

vertraute Grundgegebenheit der Zeit: Der Krieg war in Europa noch ein legitimes Mittel der Politik, ultima ratio, wenn eine andere Lösung von Machtkonflikten unmöglich schien. Die Bereitschaft, einen Krieg zu riskieren, war in allen Krisen vorhanden und darum die Bereitschaft, bis an den Rand [oder darüber hinaus] eines Krieges zu gehen“³.

Von 1648 über 1815 bis 1865.

Eine historische Einordnung des Krieges von 1866 und muss mit dem Jahr 1648 beginnen. Die Reichs-Friedensordnung nach dem Dreißigjährigen Krieg steht für das Scheitern und das Ende des kaiserlichen Reichsabsolutismus in Mitteleuropa. Das Reich wird ein „*Schachbrett der Mächte, nicht Macht kern*“⁴ und kann die auch territorial verlustreichen „Reunionskriege“ Ludwigs XIV. weder verhindern noch gewinnen. Mit Friedrich dem Großen und mit dem Überfall auf Schlesien 1740/41 beginnt der erste große kriegerische Dualismus Preußen gegen Habsburg – im Übrigen gegen das Reichsrecht. Preußen steht 1609 erstmalig am Rhein und im Osten; endgültig dann 1815 mit der Rheinprovinz als Ablösung Habsburgs und Süddeutschlands als „Wacht am Rhein“. Hannover und Hessen-Kassel liegen wie *Im Kern ging es wieder um die Deutsche Frage, die spätestens seit 1648 nicht nur eine nationale, sondern auch eine europäische Dimension besaß.* ein schmerzender Keil dazwischen, wenn auch mit vertraglich festgelegten Transitwegen. Hinzu treten die unterschiedlichen Interessenlagen der vier deutschen „Doppelkönigreiche“ mit ihren Königreichen außerhalb des Reichsgebiets (Österreich mit Ungarn, Brandenburg mit Ostpreußen, Sachsen mit Polen und Hannover mit England). Diese Interessen gehen zwangsläufig über das Reich hinaus, dabei steht nur Hannover bis 1837 mit seiner Hauptstadt außerhalb des Reiches.

Die Friedensvollzugsordnung von Wien 1815 ist als ein auferlegter Verzicht auf nationale Gestaltung zu bewerten mit politischer, aber vor allem aber militärischer Schwäche nach innen und außen und einer sich selbst lähmenden Führung innerhalb des Deutschen Bundes. Wiederum sehen wir ein „*neutralisiertes Deutschland als Schachbrett, wo sich alle Machtprojektionen kreuzten und begrenzten*“⁵, nach Golo Mann ein „*ausgeklügeltes, feingegliedertes Kleineauropa an Stelle eines deutschen Staates*“⁶. Die „deutsche Frage“ blieb sowohl im europäischen Kontext wie auch national ungelöst. Auch 1848 scheiterte das Ziel der Umgestaltung des Deutschen Bundes zu einer nationalen, staatlich-gesellschaftlichen Ordnung letztlich an den divergierenden Vorstellungen der unterschiedlichen staatlichen und gesellschaftlichen Gruppierungen⁷. Den-

noch entwickelt sich ein nationales Erwachen einer neuen deutschen Reichsidee, spätestens mit 1848 von „unten“ ausgehend, als eine letzte Möglichkeit „eines von inländischen Obrigkeiten und ausländischen Mächten weitgehend freies Feld für das Mit- und Gegeneinander der Kräfte“⁴⁸ zur Gestaltung Deutschlands. Aber gleichzeitig gab es auch den kleindeutschen Nationalgedanken, der einer supranationalen Lösung eines mitteleuropäischen Vielvölkerstaates gegenüberstand. Die Vorstellung des österreichischen Außenministers Schwarzenbergs zum Beispiel war die von einem politisch und wirtschaftlich geeinten Block in der Mitte Europas, der unter Habsburgs Führung die Welt dominieren sollte.

In den Jahren nach 1815 steigert sich der Dualismus Preußen – Österreich; Letzteres war zwar politisch führend, aber Preußen, das den „Deutschen Zollverein“ dominierte, war seit 1834 wirtschaftlich überlegen. Erst 1854 tritt der

In den Jahren nach 1815 steigert sich der Dualismus Preußen – Österreich; Letzteres war zwar politisch führend, aber Preußen, das den „Deutschen Zollverein“ dominierte, war seit 1834 wirtschaftlich überlegen.

von Hannover geführte „Steuerverein“ dem „Deutschen Zollverein“ bei. Der handelsorientierte Zollverein mit seiner wirtschaftlichen, geographischen und politischen Langzeitwirkung, der die Interessen der Mehrheit der deutschen Bundesstaaten

vertrat und dem Österreich nicht angehörte, wird historisch unterschätzt. Im historischen Gedächtnis untergegangen ist, dass Preußen zwischen 1763 und 1863 eine weitgehend „tatenlose“ Außenpolitik⁹ ohne aggressive Intentionen betrieb. Obwohl Königreich, spielt in diesem Kontext Hannover nach Ende der Personalunion 1837 im „Deutschen Konzert“ mit konturloser Politik kaum eine Rolle. Ähnliches lässt sich von den mittel- und süddeutschen Staaten sagen.

Die politische Vorgeschichte des Krieges von 1866 – außer den vergeblichen Revolutionsbewegungen von 1848/49 – wird in der nationalen Geschichtsschreibung bis heute weitgehend stiefmütterlich behandelt. Zu komplex und augenscheinlich verwirrend sind die von unterschiedlichen Interessen geprägten politischen Geplänkel und diplomatischen Aktivitäten. Diese Vorgeschichte beginnt mit der Reichsverfassung vom 12. April 1849 und der folgenden Ablehnung des preußischen Königs, die ihm angetragene – kleindeutsche – Kaiserkrone „aus Dreck und Lettern“ und mit dem „Ludergeruch der Revolution“ anzunehmen. Im Übrigen kann dies als das zweite Versagen des deutschen Bürgertums nach 1815 angesehen werden.

Die folgenden Jahre sind geprägt von dem preußischen Versuch, seine Macht und seinen Einfluss in Mitteldeutschland auch zur Verbesserung seiner lebens-

wichtigen West-Ost-Verbindung auszudehnen, unter anderem durch das Ausnutzen der Belastungen Habsburgs in Italien und Ungarn [Aufstand 1848/9]. Der Vertrag von Olmütz vom November 1850, von Russland und Habsburg erzwungen, ist dann jedoch das Ergebnis des gescheiterten von Preußen geforderten „Unionsreichstages“ im Sinne einer liberalen Nationalbewegung von unten. Dieser Gegensatz, vor allem aber der preußische Versuch einer Bundesexekution gegen eine bayrisch/habsburgische Intervention in Kurhessen, sind Ausdruck dieser Politik. Die hohe, fast existenzielle Bedeutung der Transitrechte und die Sicherung der Etappenstraßen für Preußen treten erneut hervor. Eine Besetzung Kurhessens durch Österreich hätte diesem den freien Weg nach Hannover und Holstein ermöglicht, die preußischen Verbindungen hingegen getrennt. Doch dieser Vertrag von Olmütz mit dem Verzicht auf die preußische „Union“ und damit die Rückkehr zum alten Bundesrecht brachte keine Lösung, sondern nur eine Vertagung bei einer tief empfundenen „Demütigung“ Preußens – und dies war von Habsburg so auch gewollt.

In diesem Kontext ist der Versuch Habsburgs zu sehen, ab 1851 auch außerdeutsche Besitzungen Österreichs in den Deutschen Bund einzubringen, sowie die anschließenden Reformversuche (Plan von Julius Fröbel) im Verein mit den süddeutschen Mittelstaaten, als „Trias“ – als das „Dritte Deutschland“ – zu einer preußischen Isolierung zu kommen als Gegenentwurf zur preußischen Machtsteigerung und dessen Versuch einer Verdrängung Österreichs

aus Deutschland. Preußen bewahrte sich dennoch eine „bewaffnete“ oder besser politisch „aktive“ Neutralität im Krimkrieg als Erbe der Heiligen Allianz. Trotz eines Schutz- und Trutzbündnisses mit Habsburg vom 20. April 1854 gelingt

Bismarck selbst aber war zumindest zu diesem Zeitpunkt kein deutscher Nationalist, sondern preußischer Patriot. Die politische Geschichte Deutschlands von 1862 bis 1871 ist die Geschichte Bismarcks.

eine gleichzeitige Freundschaftsbindung zu Russland durch die Alvenslebensche Konvention, auch als Rückendeckung gegen Österreichs aktive Politik im Deutschen Bund. In Anlehnung an die italienischen Einigungsbestrebungen wurde 1859 in Frankfurt der deutsche „Nationalverein“ – aber mit Sitz in Coburg – gegründet mit der Betonung, dass die Interessen Preußens und Deutschlands „im Wesentlichen“ zusammenfallen¹⁰. Der österreichisch-bayerische Geheimvertrag vom 22. Januar 1862, dem später auch Hannover und Hessen beitraten, legt die weiteren Grundzüge einer gegen Preußen gerichteten Politik fest. Am 23. September 1862 erfolgt die bedeutungsschwere Berufung Bismarcks als Leiter der preußischen Regierungsgeschäfte; damit gelingt die allmähliche Beendigung der inneren Schwäche Preußens durch den Verfas-

sungskonflikt um das Heeresbudget und die Dienstpflicht. Bismarck selbst aber war zumindest zu diesem Zeitpunkt kein deutscher Nationalist, sondern preußischer Patriot. Die politische Geschichte Deutschlands von 1862 bis 1871 ist die Geschichte Bismarcks¹¹.

Preußen beantragt am 22. Januar 1863, die außerdeutschen Gebiete Habsburgs aus dem Bund auszuklammern. Es folgt der Frankfurter Fürstentag vom August 1863 mit Habsburgs Ziel eines Fünfer-Direktoriums und eines föderativ gestalteten Bundesrates unter österreichischem Vorsitz, der Einrichtung eines

So standen sich die österreichischen und preußischen Pläne und Gegenpläne zur Neugestaltung des Deutschen Bundes gegenüber, hier auch auf der romantisierenden Basis einer „geschichtlich begründeten Reichsgegebenheit“ Habsburgs und einem großdeutschen Ansatz unter österreichischer Führung – dort eine kleindeutsche Union unter preußischer Führung im Rahmen eines zunächst noch großdeutschen Bundes.

Obersten Bundesgerichts und einer Garantie des Bundes für die außerdeutschen Besitzungen Habsburgs (insbesondere Galizien und Venetien). Preußen sagt seine Teilnahme ab. Obwohl 31 Könige und Landesherren teilnehmen, scheitert wegen der Absage Preußens der österreichische Versuch, den Deutschen Bund nach seinen Vorstellungen zu reformieren. Bismarck kontert mit den Forderungen seiner drei „Präjudizialpunkte“ vom 15. September

1863: Volle Parität im Bundesvorsitz, Veto-Recht der [beiden] Großmächte und eine nach der Bevölkerungszahl direkt gewählte Nationalversammlung. Aber auch diesem Ansatz ist kein Erfolg beschieden. Damit „scheitert der letzte großdeutsche Versuch, dem alten Bund neue Lebenskräfte einzuflößen“¹².

Der Konflikt und Krieg um Schleswig-Holstein ließ die Diskussionen hierüber jedoch erst einmal in den Hintergrund treten. Es folgte nach dem gemeinsamen Krieg gegen Dänemark der Streit um die Verwaltung der Elbherzogtümer, den Bau eines Nord-Ostsee-Kanals und um die Zuständigkeit für den Kieler Hafen. Daran entzündete sich im Februar 1865 erneut die Frage nach der politischen und militärischen Vorrangstellung in Deutschland. Die Gasteiner Konvention vom 14. August 1865 legt dann die Elbherzogtümer als preußisch-österreichisches „Kondominat“ fest, wenn auch in Verwaltungstrennung, mit Ausschluss des Augustenburger Herzogs und alles außerhalb des Rechtsraums des Deutschen Bundes.

Im Großen und Ganzen werden die letzten Jahre vor dem Krieg bestimmt durch ein nicht immer geschicktes politisches Spiel mit gegenseitigen „Reizungen“ und Demütigungen sowie durch eine aggressivere Politik Preußens

gegenüber einem zunehmenden Fatalismus Habsburgs¹³. So standen sich die österreichischen und preußischen Pläne und Gegenpläne zur Neugestaltung des Deutschen Bundes gegenüber, hier auch auf der romantisierenden Basis einer „geschichtlich begründeten Reichsgegebenheit“ Habsburgs und einem großdeutschen Ansatz unter österreichischer Führung – dort eine kleindeutsche Union unter preußischer Führung im Rahmen eines zunächst noch großdeutschen Bundes¹⁴.

Das Jahr 1866 in wesentlichen Ereignissen

Der Wiener Ministerrat vom 21. Februar legt fest, den „Preußen die Zähne [zu] zeigen“, und nimmt damit einen Krieg in Kauf. Der preußische Kronrat formuliert daraufhin am 28. Februar, dem „Krieg nicht auszuweichen“, wenn er unvermeidbar werde. Am 24. März stellt Preußen in einer Zirkulardepeche im Bund erneut seine Vorstellungen von 1863 vor, nachdem Österreich am 16. März die Mittelstaaten zur Kriegsbereitschaft aufgefordert hatte. Die Krise beginnt mit dem preußisch-italienischen Geheimvertrag vom 8. April zu eskalieren. Bei einem Krieg Preußens gegen Habsburg verpflichtet sich Italien zum Eingreifen – dies ist ein eindeutiger Bruch der Bundesverfassung.

Am 9. April beantragt Preußen beim Bundestag die Einberufung eines gesamtdeutschen Parlaments durch demokratische Wahlen. Nach geheimen Rüstungen und ersten Aufgebotsbefehlen vom 16. März¹⁵ und vom 21. April folgt darauf die Weisung des Kaisers zur Mobilmachung der österreichischen Armee am 1. Mai. Damit lag politisch der „Schwarze Peter“ bei Habsburg. Der preußische Eisenbahnaufmarsch erfolgt erst danach mit den Befehlen vom 3. bis 12. Mai, anschließend erst erfolgt als eine Art von Generalmobilmachung die Einberufung von Reservisten, der Einkauf von Pferden, logistische Vorbereitungen sowie die Bildung von zwei Armeehauptquartieren. Mit Kabinettsorder vom 2. Juni wird festgelegt, „dass die Befehle über die operativen Bewegungen fortan durch den Chef des Generalstabes [Moltke] der Armee direkt mitgeteilt werden sollen“¹⁶ – eine folgenschwere Entscheidung.



Helmuth Karl Bernhard von Moltke

Die Ablehnung des Kaisers, einer Einladung Napoleons vom 24. Mai zu einem internationalen Friedenskongress zu folgen – Bismarck dagegen nimmt an – verstärkt die Krise und der Kongress findet logischerweise nicht statt. In der

österreichischen Anrufung des Bundestags vom 1. Juni zur Klärung der Frage der Elbherzogtümer sieht Preußen den einseitigen Bruch des Gasteiner Vertrages und damit auch des Bundesrechts.

Am 7. Juni rücken preußische Truppen, allerdings unter jeweiliger Vorinformation der österreichischen Garnisonen, in Holstein ein. Am 10. Juni schlägt Bismarck die Neuordnung des Deutschen Bundes ohne Österreich und unter preußischer Führung vor. Österreichisch schließt daraufhin am 12. Juni eine Geheimkonvention mit Frankreich ab, die eine Freigabe eines „*nouvel Etat al-*

l'emand independent du Rhin“ vorsieht und die Abtretung weiterer preußischer Gebiete an Österreich und die süddeutschen Staaten festlegt. Dafür sichert Frankreich zu, in einem Krieg Preußen nicht zu unterstützen. Auch diese Konvention stellt einen Bruch des Bundesrechts dar.

Habsburgs mangelnde Bereitschaft, die preußische Ebenbürtigkeit zu akzeptieren, sowie der feste Glaube an die Stärke der habsburgischen Waffen, die Sicherheit „den Störenfried mit den drei Haaren Mores zu lehren“ und der Hinweis auf eine preußische Kriegsmüdigkeit waren einige der österreichischen Kriegsgründe. Umso mehr erstaunt vor diesem Hintergrund die unzulängliche habsburgische Vorbereitung auf einen Krieg.

In der Folge beantragt Österreich am 11. Juni die Mobilmachung des Bundesheeres gegen Preußen, was Bismarck als Kriegserklärung betrachtet. Am 14. Juni folgt hierüber die Abstimmung mit neun gegen fünf – nord- und mitteldeutschen – Stimmen für die Mobilmachung. Preußen erklärt durch Carl von Savigny daraufhin den Deutschen Bund für aufgelöst. Am 18. Juni folgt die Kriegserklärung Italiens an Österreich.

Bis zuletzt lässt sich ein politisch zweigleisiges Agieren Bismarcks feststellen, nicht nur durch „Eisen und Blut“, sondern ergänzt durch „Kohle und Stahl“. Diese Feststellung gilt auch für das geschickte Austarieren Frankreichs, u. a. mit einem französisch-preußischem Handelsvertrag vom Juli 1862¹⁷. Dennoch sollte die indirekt ermunternde Rolle Napoleons – getrennt an alle deutschen Beteiligten gerichtet – ab März 1866 hin zu einem Krieg nicht unterschätzt werden¹⁸. Dadurch erklärt sich auch der folgende Unmut [„*Rache für Sadowa*“] über die spätere gefühlte dreifache Niederlage: Weder wurde die erwartete Ver-

mittlerolle erreicht noch Einfluss auf die Neugestaltung Deutschlands, noch die schon angesprochene territoriale Kompensation am Rhein als Änderung der Grenzbestimmungen von 1815.

Der Krieg von 1866

Dieser Krieg wurde gegen die öffentliche Meinung in Deutschland, einschließlich Preußens, und gegen die Verfassung des deutschen Bundes geführt. Er war vor allem auch ein deutscher Bruderkrieg. Gegen alle, auch außerdeutsche Erwartungen, siegte Preußen nach nur knapp sieben Wochen. Moltkes späterer Satz „*die größte Wohltat im Kriege ist die schnelle Beendigung des Krieges und hierzu müssen alle, nichtgerade verwerfliche, Mittel frei stehen*“ ist hier vorweggenommen¹⁹. Fast alle Gegner aus der Presse, der Fortschrittspartei, der demokratischen Radikalen der 48er, der meisten Diplomaten, selbst die Gegner bei den Konservativen oder den Liberalen gingen nach dem Erfolg mit teilweise „fliegenden Fahnen“ zu Bismarck über.

Die 1820 formulierte Bundesakte war bewusst auf inneren Machtausgleich und Verhinderung einer Gefährdung der europäischen Nachbarn ausgelegt. Ihr folgte eine Militärordnung, deren Schwächen schon in ihrer Bundeskriegsverfassung von 1821 vorgegeben waren, wie die Abkehr vom Volksheer oder die vollständige Souveränität jeden Mitglieds in allen militärischen Angelegenheiten. Damit war eine ebenso notwendige wie sinnvolle Koordinierung der Militäreinrichtungen einschließlich der Überwachung der militärischen Bereitschaft in Friedenszeiten nicht möglich²⁰. Das weitgehend hannoversche X. Bundeskorps ist ein Beispiel dafür, wie eine Länder- und Strukturmischung jede Kohäsion erschwert. Zudem waren die einzelnen Kontingente mit unterschiedlicher Waffentechnik ausgestattet sowie verschieden gekadert und ausgebildet. Sieben Kriegsherren bestimmen mit; das letzte gemeinsame Manöver war 1843 abgehalten worden, und die jeweiligen Führer kannten sich zumeist nicht. Dies sind nur einige wesentliche Mängel. Nur Preußen mit drei Armeekorps für das Bundesheer und Habsburg unterhielten eigenständige, durchstrukturierte Korps.

Während Preußen auf zwei getrennten, aber strukturell und führungsmäßig zusammenhängenden Kriegsschauplätzen operieren konnte, führte Österreich

Während Preußen auf zwei getrennten, aber strukturell und führungsmäßig zusammenhängenden Kriegsschauplätzen operieren konnte, führte Österreich dagegen einen Zweifrontenkrieg auf zwei geographisch vollständig getrennten Kriegsschauplätzen.

dagegen einen Zweifrontenkrieg auf zwei geographisch vollständig getrennten Kriegsschauplätzen. Auf einem Kriegsschauplatz im Norden in Deutschland mit letztlich schwachen oder unzulänglichen Verbündeten, und im Süden in Italien mit den im Endeffekt nutzlosen Siegen in der Schlacht von Custoza am 24. Juni und der Seeschlacht von Lissa am 20.

Königgrätz

Kaum eine Schlacht ist so gut erforscht und in ihrem Ablauf belegt, so dass auf taktische Details hier verzichtet werden kann. Viele Historiker zählen Königgrätz zu den 20 für die Weltgeschichte entscheidenden Schlachten²¹.

Preußen sah in diesem Krieg in Österreich seinen strategischen Hauptgegner und marschiert gegen dieses mit drei Armeen in einer Gesamtstärke von ca. 221.000 Mann auf. Dem standen 215.000 Österreicher²² gegenüber. Wider Erwarten gelang Preußen der entscheidende Sieg, wenn auch nicht mit der von Moltke erstrebten vollständigen Umfassung und anschließenden Verfolgung.

Die Aufmarschplanung und die erste Befehlsgebung erfolgen von Berlin aus. Von hier führt Moltke vom „grünen Tisch“ aus. Ähnlich hatte Lazare Carnot 1794/95 seine bis zu 14 Revolutionsarmeen von seinem Büro in Paris aus geführt, was ihm heftige Kritik von Clausewitz eingetragen hatte²³. Erst am 30. August verlegt das Hauptquartier nach Gritschin (65 km nördlich Königgrätz). Bedeutsam hierbei ist, dass sich – ganz im Verständnis von Clausewitz – dort die Führung aus einer Hand ergab: Der König – im Übrigen erfahrener Soldat und Militärorganisator²⁴ – als Oberbefehlshaber, Moltke als operativer militärischer Kopf, Roon als Kriegsminister und Bismarck als Ministerpräsident, den Primat der Politik vertretend. Bismarck setzte sich, wie noch zu sehen sein wird, auch gegen die Intentionen von König und Generalstabschef durch.

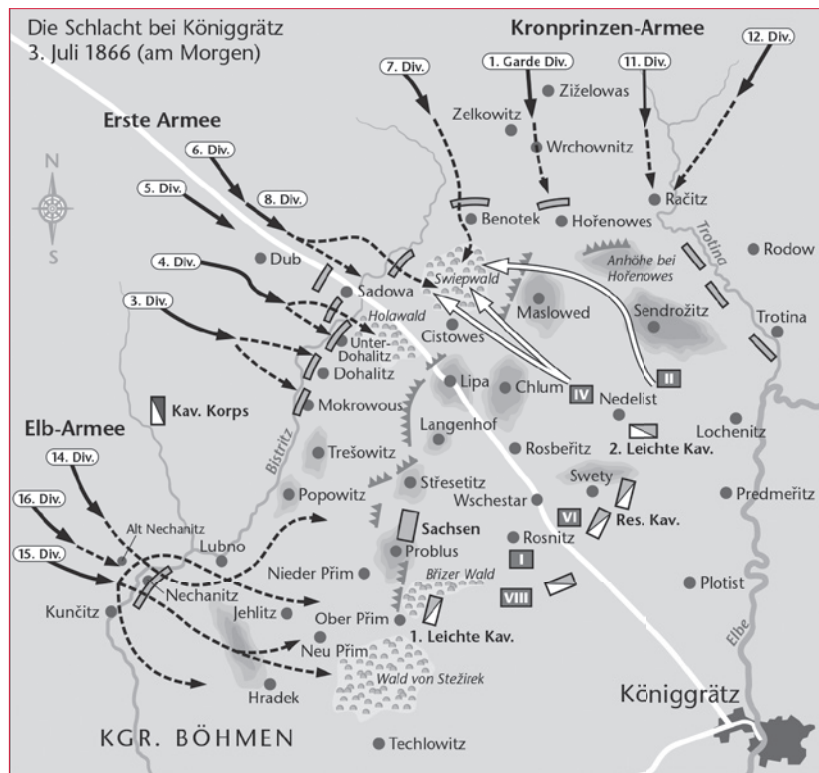
Gegensätzlicher hätten der Aufmarsch und die Bewegungen zu dem Gefechtsfeld der beiden Kontrahenten kaum sein können. Hier getrennt marschierend, um sich am geplanten Ort der Schlacht zu vereinigen, dort geschlossen auf wenigen Straßen, aber mit der zeitweiligen Abstellung von immerhin sechs Korps. Dennoch greift die oft apostrophierte Idee eines „Aufmarschsieges“²⁵ zu kurz. Die drei großen preußischen Armeen²⁶, scheinbar verzettelt auf einer Länge von 350 Kilometern an der Grenze von Ratibor bis Zeitz aufgestellt, marschieren ab dem 23. Juni trichterförmig nach Böhmen hinein, nachdem Sachsen erobert und dessen Kräfte zu den Österreichern ausgewichen waren. Moltke

gelingt es damit, die allgemein als ungünstig angesehene „äußere Linie“ einzunehmen und zu seinem Vorteil zu nutzen und die österreichische Armee auf der „inneren Linie“ zusammen zu drücken, wobei ihm der operative Ansatz des österreichischen Befehlshabers, Feldzeugmeister Ritter von Benedek²⁷, zu Hilfe kam. Benedek, im Grundsatz defensiv eingestellt, war weiter vorgerückt, als von Moltke erkannt hatte, konnte sich aber nicht zu einer Lösung entscheiden und setzte zusammen mit den in Böhmen stehenden zwei Korps [Sachsen und Österreicher, I. Korps] zeitweilig weitere vier Korps zur Flankensicherung und Passverteidigung ein. Mit seinen Hauptkräften dagegen zog er sich in den Raum um Königgrätz zurück. Während dieser Aufmarschphase fanden insgesamt elf größere und kleinere Gefechte statt, die allesamt, außer dem Gefecht bei Trautenau²⁸, mit preußischen Siegen endeten. Schon vor der entscheidenden Schlacht mussten die Österreicher den hohen Verlust von 31.697 Mann hinnehmen. Preußen verlor dagegen nur 7121 Mann. Zusätzlich wurde die Moral der Österreicher noch durch Versorgungsprobleme sowie die durch zahlreiche Marschbewegungen bedingte Ermüdung untergraben. Die Konzentration auf der inneren Linie verschärfte zudem die an sich schon prekären Bedingungen für Unterbringung und Verpflegung. Dies alles veranlasste Benedek am 1. Juli telegraphisch den in Wien verbliebenen Kaiser aufzufordern: „Bitte Eure Majestät dringend, um jeden Preis den Frieden zu schließen; Katastrophe für Armee unvermeidlich“. Doch der Kaiser antwortete: „Einen Frieden zu schließen unmöglich. Ich befehle – wenn unausweichlich – den Rückzug anzutreten. Hat eine Schlacht stattgefunden?“²⁹.



Ludwig von Benedek

Am 3. Juli folgte nach den angesprochenen Vorgefechten die entscheidende Schlacht bei Königgrätz. Das Schlachtfeld war drei bis fünf Kilometer tief und hatte eine Breite von rund zehn Kilometer³⁰. Moltke hatte die Schlacht mit der „Kühnheit des Gedankens“³¹ geplant. Sie endet nach nur neun Stunden heftigen Kampfes mit der Niederlage Österreichs, das ca. 44.200 Mann verlor, davon fast die Hälfte als Gefangene. Dem standen 9.153 preußische Gesamtverluste³² gegenüber. Königgrätz gilt als grandioser Sieg, der nicht nur Preußen selbst, sondern ganz Europa überraschte und aufhorchen ließ.



Truppenbewegungen in der Schlacht von Königgrätz am Morgen

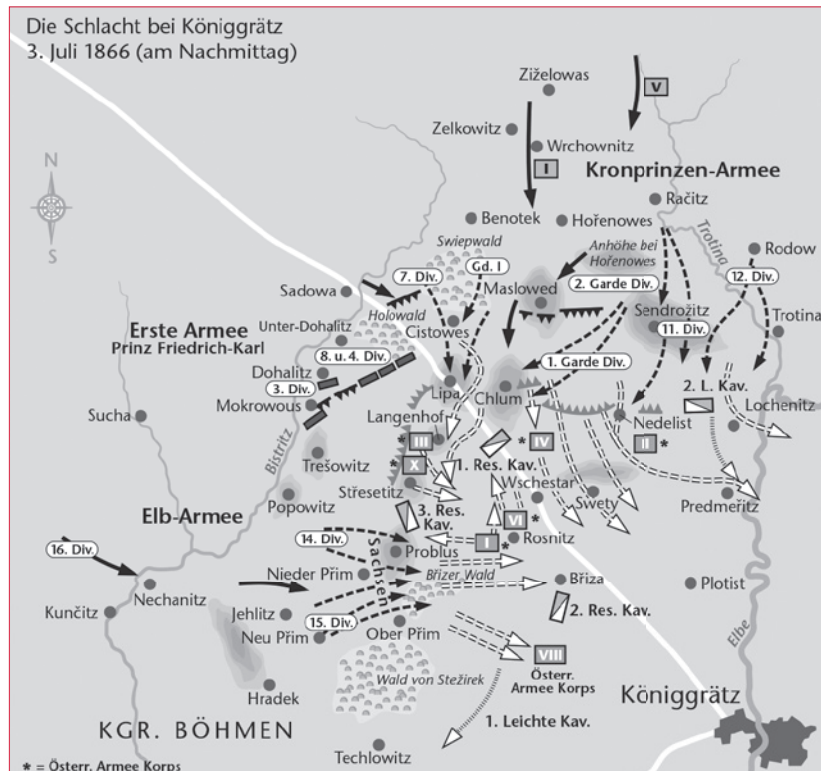
Und so verlief die Schlacht. In den frühen Morgenstunden des 3. Juli trat die I. Armee im Nordwesten an, mit dem Ziel das österreichische Zentrum zu binden, um den beiden anderen Armeen die notwendige Zeit für den Angriff auf die Flanken zu verschaffen. Die Kombination von Binden und Flankieren zielte darauf ab, eigene Verluste möglichst gering zu halten. Friedrich Karl eröffnete stattdessen einen heftigen Angriff auf dieses Zentrum. An Stelle der von Moltke geplanten Bindung der Österreicher entspann sich eine heftige Schlacht, die fast mit einem Sieg der Österreicher geendet hätte. Erst Moltkes Weisung konnte den schon befohlenen unnötigen Einsatz der Armee-Reserve (III. Korps) unterbinden. Der Schwerpunkt dieser Schlacht lag über Stunden bei der einzeln angesetzten 7. Division unter General von Fransecky, welche trotz schwerer Verluste mit 18 Bataillonen im Swiepwald nahe der Ortschaft Sadowa 51 österreichische Bataillone band³³.

Gleichzeitig verzögerte sich der Anmarsch der Elbarmee unter Führung von General Herwarth von Bittenfeld, weil zu wenige Übergänge über die Bistritz mit ihren sumpfigen Ufern eingeplant waren, und weil der sächsische Korpskommandeur, Kronprinz Albert, das Verteidigungsgefecht geschickt führte. Herwarth von Bittenfeld selbst suchte nach erzwungenem Übergang über die Bistritz dann allerdings die Bindung an die I. Armee mit dem Ziel, diese frontal zu unterstützen, versäumte aber einen Angriff in die tiefe linke Flanke Benedeks, der der I. Armee hätte Entlastung bringen können.

Da sich auch im Norden das Eingreifen der Armee des Kronprinzen verzögerte, kann man ab ca. 12:00 Uhr davon sprechen, dass die Schlacht „stand“ – mit Vorteilen für Benedek. Erst mit dem Eingreifen der II. Armee des Kronprinzen ab 13:30 Uhr - gerade noch im letzten Moment – begann sich das Blatt zu wenden. Hier führten jedoch die selbständigen Entschlüsse der kommandierenden Generale der beiden Spitzenkorps zur direkten Flankenunterstützung der I. Armee zu einem frühen Eindrehen. Dabei überraschte der eigenständige und sofortige Angriff der I. Gardedivision auf Chlum unter ihrem Kommandeur, dem Generalleutnant Hiller von Gaertringen, der kurz darauf fiel, die Österreicher und führte die Entscheidung herbei.

Ähnlich wie im Süden verpasste der zögerliche Kronprinz das weitere Vordringen der Armee in die tiefe rechte Flanke der Österreicher. Dieses zu frühe beiderseitige taktische Eindrehen verhinderte die eigentlich vorgesehene vollständige Einschließung Benedeks. So kam Moltkes „Cannae“ nicht zustande. Allerdings verwendete erst Schlieffen später dieses Wort.

Dennoch besaß Benedek noch eine schlagkräftige Reserve von fast 60.000 Mann, bestehend aus zwei Korps und der gesamten Kavallerie. Doch seine erste Entscheidung, die im Swiepwald angeschlagenen IV. und II. Korps gegen die neue rechte Flankenbedrohung, letztlich vergeblich, einzusetzen, ließ ihn das Zeitfenster für einen entscheidenden Gegenangriff seiner geschlossenen Reserve gegen die preussische Erste Armee oder gegen die Armee des Kronprinzen verpassen. Stattdessen teilte er seine Reserve gegen Norden und Nordosten. Dabei hatte allein sein I. Korps einen Verlust von fast 10.000 Mann zu erleiden. Eine teuer erkaufte Verhinderung eines preussischen Durchbruchs, der allerdings Benedek zunächst Zeit verschaffte.



Truppenbewegungen in der Schlacht von Königgrätz am Nachmittag

Gegen 16.30 Uhr gab dieser den Befehl zum Rückzug über die Elbe. Das erneute Vorgehen der I. Armee im Zentrum beschleunigte zwar diesen Rückzug, aber die Dichte der drei preußischen Armeen auf engem Raum führte nun auch zu einer Vermischung von deren Truppenteilen. Eine klare Führung war so nur noch bedingt möglich. Alles zusammen ermöglichte die anfangs geordneten Bewegungen der angeschlagenen österreichischen Armee auf acht Brücken über die Elbe in Richtung Königgrätz. Dieser Rückzug wurde aufopfernd unterstützt durch die in einem Riegel hervorragend postierte Artillerie, hinter der die Preußen noch intakte Verbände vermuteten, sowie durch die den Preußen überlegene Kavallerie, was als taktische Meiserleistung Benedeks anzusehen ist.

Die Schließung der Tore der Festung Königgrätz führte zu ersten Auflösungserscheinungen, so dass sich Benedek noch in der Nacht gezwungen sah, folgende Meldung an seinen Kaiser zu verfassen: „Vorgestern schon besorgte Katastrophe der Armee heute vollständig eingetreten“. Die grundsätzlich gute Ausgangsposition Benedeks mit günstigem Gelände für die Verteidigung, vorbereiteten Feldbefestigungen, Überlegenheit der Artillerie in ausgebauten Stellungen wie auch einer starken Reserve konnte dieser nicht zu seinem Vorteil nutzen. Mit fast 150.000 Mann – Moltke schreibt von 180 000 Mann, wenn auch mit eingeschränktem Kampfwert – kann sich Benedek den Preußen entziehen. Am 22. Juli waren ihm davon nach den letzten Gefechten und Detachierungen noch 75.000 Mann verblieben, und die Preußen standen vor Preßburg und Wien.

Insgesamt standen in dem Feldzug den österreichischen Verlusten von 90.000 Mann „nur“ 20.000 Mann auf preußischer Seite gegenüber. Folgerichtig erfolgt am 26. Juli die Abberufung Benedeks. Ersetzt wurde er durch den Sieger von Custoza, den Erzherzog Albrecht. Am 26. Juli, dem Tag des Vorfriedens, standen diesem zusammen mit den aus Italien herangeführten Verstärkungen von 50.000 Mann wieder fast 200.000 Mann zur Verfügung. Ihm gegenüber standen die kampfbereiten preußischen Armeen mit 194.000 Mann in erster Linie und weiteren 49.600 Mann in Reserve, allerdings ohne die Mainarmee oder weitere einsatzbereite Formationen, die noch in Preußen standen.

Nicht nur Bismarck entsetzten das Elend durch Tod und Verwundung bei Freund und Feind, das er während seines abendlichen Ritts über das Schlachtfeld sah³⁴. Die Schrecken des Schlachtfeldes werden noch vor Ort von dem Breslauer Maler Adolph von Menzel mit seiner ebenso schockierenden wie realistischen Zeichnung „der sterbende Soldat“ festgehalten. Nie wieder sollte sich Menzel später einem solchen „Sujet“ zuwenden.

Königgrätz war nur das „Gesellenstück“ Moltkes, sein „Meisterwerk“ folgt erst 1870. Wesentliche, wenn letztlich nicht entscheidende Schwächen zeigten sich in der taktischen Umsetzung von Moltkes operativer Idee – nicht zum ersten und letzten Mal in der preußischen Gefechtsführung. Die Kommandierenden Generale folgten noch weitgehend dem – ehemals unfehlbaren – Prinzip: „Führer immer dem Kanonendonner nach“. Neben der Eigenständigkeit der Heerführer und ihrer Untergebenen hatten erstere, und hier wie dargestellt alle drei, das moltkesche Konzept nicht verstanden. Hinzu traten ein unzulänglicher Einsatz der Artillerie, vor allem aber Schwächen im Verbindunghalten, in der Aufklärung, der Flankendeckung und schließlich in der Verfolgung; Aufgaben,

die im Grundsatz der Kavallerie oblagen, aber von dieser nur unzureichend wahrgenommen worden waren³⁵.

Auch die Führung durch eher allgemein gehaltene Weisungen ist auf Grund des mangelnden operativen Verständnisses auf Ebene der Kommandeure durchaus kritisch zu sehen. Andererseits erleichterte die durchgehend geringe

Mit Clausewitz lässt sich zudem feststellen, dass Benedek den Kulminationspunkt der Schlacht nicht erkannt hatte, Moltke hingegen schon, und letzterer fand auch „Aushilfen“ gegen die aufgetretenen Friktionen.

Leitungsspanne, beginnend mit den drei Armeen, die preußische Führung, während Benedek allein acht Korps und die Armee-truppen sowie die Kavallerie und die Artillerie direkt führen musste. Mit Clausewitz lässt sich zudem feststellen, dass Benedek

den Kulminationspunkt der Schlacht nicht erkannt hatte, Moltke hingegen schon, und letzterer fand auch „Aushilfen“ gegen die aufgetretenen Friktionen.

Auch auf preußischer Seite gab es starke Anzeichen der Erschöpfung sowie Versorgungsprobleme, so dass Moltke der Truppe einen Ruhetag zugestehen musste und die nun vereinigte Armee erst ab dem 7. Juli an eine ernsthafte Verfolgung hätte denken können³⁶. Fast analog zu den Geschehnissen bei Leipzig 1813 wurden weder die notwendige Verfolgung noch eine weitreichende Aufklärung angesetzt, trotz einer diesbezüglich allerdings sehr vage gehaltenen Weisung Moltkes an Herwarth. Moltke war eben kein Gneisenau bei Waterloo, trotz seiner Weitsicht fanden weder er noch einer der Armeebefehlshaber die notwendige Stärke des Willens, am Feinde bleiben zu wollen³⁷. Andererseits erlaubte Bismarck diese „Gefechtpause“, sich bei Moltke und dem König mit seiner Forderung, Wien nicht einzunehmen, durchzusetzen. In den folgenden Tagen rückten die Preußen weiter vor und nahmen am 7. Juli Prag und am 12. Juli Brünn ein, während die Österreicher über Olmütz auf Preßburg und Wien hin auswichen. Am 13. Juli wurde der Sieger von Custozza, Erzherzog Albrecht, mit dem Kommando der „gesamten operativen Armee“ betraut.

Dennoch, mit einigen siegreichen Gefechten rückten die Preußen langsam weiter vor, so dass sich der Kaiser am 22. Juli noch während des Gefechts von Blumenau gezwungen sah, einen Waffenstillstand mit dem preußischen Hauptquartier in Nikolsburg auszuhandeln. Da dieser Waffenstillstand als Voraussetzung für die Friedensverhandlungen in besonderem Maße auf französische Vermittlung zu Stande kam³⁸, musste es Bismarck darauf ankommen, so schnell wie möglich – diesmal ohne französische Vermittlung – zumindest einen Vorfrieden abzuschließen. Dies gelang ihm in der Tat am 26. Juli, noch

einen Tag vor Ablauf des Waffenstillstandes, der dann aus Gründen der Ratifizierungsdauer bis zum 2. August verlängert wurde. Österreich „schluckte“ diese Niederlage und verzichtete auf eine durchaus erfolgversprechende Weiterführung des Krieges, die mit französischer, ggf. sogar britischer Unterstützung und mit einer Mobilisierung aller Kräfte vielleicht möglich gewesen wäre. Die Erfolge in Italien waren ein brauchbares Gegenmittel, doch mit dem „Verlust des Kampfwillens der Wiener Regierung“³⁹ wagte diese nicht den letzten Einsatz für den Erhalt ihrer deutschen Machtstellung und beschränkte sich auf den „äußeren Bestand ihres Länderbesitzes“.

Übergreifend sind die entscheidenden Gründe für die österreichische Niederlage zuerst in der zu Preußen nicht wettbewerbsfähigen landwirtschaftlich orientierten Wirtschaft des Habsburgerreiches zu suchen, sodann in dem Unterschied der militärischen Führungskulturen, aber letztlich auch in den unterschiedlichen Streitkräftestrukturen.

Roon und Bismarck war es gelungen, gegen den Widerstand des Parlaments und ohne etatrechtliche Deckung [„Lückentheorie“ der Verfassung]⁴⁰, die folgenden wesentlichen Unterschiede durchzusetzen: eine dreijährige konsequent

vollzogene Dienstpflicht, die Überführung der Landwehr in das Heer, sowie die Erhöhung der Ist-Stärke von 1859 bis 1866 um über 60 000 auf 212.649 Mann, was dann insgesamt eine Kriegsstärke von 479.000 ausgebildeten Soldaten ergab. Die Errichtung von drei Kriegsschulen neben der Kriegsakademie als Ersatz der bisherigen Divisionskriegsschulen (seit 1859), vor allem aber die intensive Gefechtsausbildung mit der „besonderen Selbsttätigkeit des Mannes (1855) mit individueller Ausbildung für das „zerstreute Gefecht“⁴¹ trugen ihr Übriges bei⁴². In der Schulung der Führer und in deren Ausbildung scheinen die Grundlagen für den erfolgreichen Feldzug zu liegen, den niemand Preußen und seiner Armee nach fünfzig Friedensjahren – den dänischen Krieg einmal ausgenommen – zugetraut hatte.

Übergreifend sind die entscheidenden Gründe für die österreichische Niederlage zuerst in der zu Preußen nicht wettbewerbsfähigen landwirtschaftlich orientierten Wirtschaft des Habsburgerreiches zu suchen, sodann in dem Unterschied der militärischen Führungskulturen, aber letztlich auch in den unterschiedlichen Streitkräftestrukturen.

Österreich mit mehr als 35 Millionen Einwohnern – 17 Millionen mehr als Preußen – konnte dagegen bei einer achtjährigen Dienstpflichtarmee, deren Konskription durch zahlreiche Ausnahmemöglichkeiten ausgehöhlt war, theoretisch 850.000 Mann auf die Beine bringen⁴³. Seit 1859 reduzierten jedoch

fortgesetzte Streichungen des Heeresbudgets. So konnten nach einer zudem nur schwerfälligen Mobilmachung, die doppelt so lange benötigte wie in Preußen, für beide Kriegsschauplätze zusammen nur 528.000 Mann aufgeboten werden. Dazu kamen neben einem zwar straffen, aber eintönigen Kommissdienst und den nicht unerheblichen Sprachproblemen auch die Probleme einer Vielvölkerarmee hinzu, die bis in das Offizierskorps durchschlugen. Auch der angesprochene Zweifrontenkrieg hatte sicherlich seine Auswirkungen, war aber nicht kriegsentscheidend. Habsburg war letztlich auf allen Gebieten stehen geblieben und so wurden ihm die „eigenen Gesetze der neuen Zeit diktiert“⁴⁴. Königgrätz wird damit zum Schlusspunkt einer Epoche. Insofern findet der oft kolportierte Aufschrei des Kardinalstaatssekretärs Giacomo Antonelli „*Casca il mundo – Die Welt bricht zusammen*“, der hier nicht fehlen darf, durchaus seine Berechtigung.

Einige Anmerkungen sollen dem süddeutschen Kriegsschauplatz gelten. Egoismus, mangelnde Kooperation, strukturelle Unzulänglichkeiten, unklare politische Zielrichtungen und militärische Schwäche verhindern ein erfolgreiches Zusammengehen der deutschen Mittelstaaten, des „Dritten Deutschlands“. Vor allem gelang es nach Langensalza nicht, die verbliebenden Armeekorps [VII. und VIII.⁴⁵] mit immerhin gut 100.000 Mann zusammenzuführen oder zumindest abgestimmt operieren zu lassen.

Dennoch hat es auch im Juli noch in Süddeutschland zahlreiche, heute meist vergessene Scharmützel und Gefechte gegeben wie bei Kissingen und Hammelburg am 10. Juli und bei Aschaffenburg am 14. Juli. Noch Ende Juli fanden Gefechte bei Tauberbischofsheim und Helmstadt und am 26. Juli bei Rossbrunn in der Nähe von Würzburg statt. Insgesamt fielen dabei weit über 5.000 Hessen, Württemberger und Bayern⁴⁶. Politisch unverständlich bleibt der teilweise heftige Widerstand noch nach dem Waffenstillstand und Vorfrieden von Nikolsburg mit Österreich. Noch nach dem 26. Juli bis hin zum 29. Juli wurde für eine schon verlorene Sache gekämpft. Das Gefecht bei Seybothenreuth⁴⁷ [südostwärts Bayreuth] am 29. Juli ist das letzte dieses Kriegs und endet mit der völligen Zersprengung des bayrischen Bataillons durch ein preußisches gemischtes Aufklärungsdetachement unter dem Oberstleutnant von Lützow. Erst am 2. August wurde dann eine dreiwöchige Waffenruhe vereinbart.

Die Rolle Hannovers oder schwankende Politik, ein notwendiger historischer Exkurs

Die Beziehungen zwischen Hannover und Preußen waren seit 1714 trotz zahlreicher Eheverbindungen eher kühl-freundschaftlich als herzlich. Hierzu trug sicher auch das besonders gute Verhältnis Preußens zur Braunschweiger Linie bei – und dies nicht nur militärisch. Die schmachvolle, eher verräterische Rolle des englischen Kavallerieführers Lord Sackville in der siegreichen Schlacht bei Minden (1. August 1759, unter dem Kommando des preußischen Generals Ferdinand von Braunschweig, des Grafen Wilhelm von Schaumburg-Lippe und dem Hannoveraner von Spörcken) – wurde in Preußen wenig gewürdigt. Das Tauziehen um britische Subsidien nach 1761, die zweimalige Besetzung Hannovers 1801 und dann 1805 sprechen ebenfalls nicht für ein besonders gutes Einvernehmen.

Während König Ernst August (König von 1837 bis 1851) auf eine Beziehung des Ausgleichs mit Preußen bedacht und eher preußenfreundlich orientiert war [„*Und wenn das Herz mich nach Österreich zieht, der Verstand wird mich immer an die Seite Preußens führen*“⁴⁸], kehrte sich dieses mit seinem Sohn Georg in das Gegenteil um. In der Georg umgebenden jäsagenden Hofkamarilla fiel dabei neben Oskar Meding, dem königlichen Archivar und Historiker, Onno Klopp eine unselige antipreußische Beraterrolle zu⁴⁹. Seine Beratungsresistenz brauchte der König damit erst gar nicht unter Beweis zu stellen.

Das „Dreikönigsbündnis“ vom 26. Mai 1849 – Preußen, Sachsen und Hannover – scheiterte ebenso wie ein Jahr später der Versuch eines Vierkönigsbündnisses ohne Preußen und Habsburg, um eine „Dritte Kraft“ im deutschen Bund zu bilden. Dennoch trat Hannover 1854 nach dem preußisch-hannoverschen Ausgleich vom 7. September 1851 dem Zollverein bei, wenn auch ungerne. Dazu vermittelten preußische Erwerbungen wie am Jadebusen weiterhin das Gefühl, eingekreist zu werden, und so wurde eine gemeinsame Küstenverteidigung und die Gewährung einer preußischen Telegraphenleitung über hannoversches Gebiet vereitelt⁵⁰. Die Politik „der Nadelstiche“⁵¹ und ein diplomatisches Doppel – sich Preußen geneigt zu halten, aber Österreichs Politik zu folgen – sollten 1866 ihre Folgen zeitigen.

Georg wird privat dagegen als musisch, den Künsten zugetan und menschlich sympathisch geschildert. Die nicht nur der Erblindung des Königs geschuldete Beeinträchtigung „*die Realität der Umwelt zu erfassen*“⁵² führte neben

seinem unerschütterlichen Glauben an ein übersteigertes Gottesgnadentum, verbunden mit einem extremen Sendungsbewusstsein, einerseits zu einer Öffnung gegenüber unkontrollierten Einflüsterungen, andererseits aber auch zu einem latenten Misstrauen gegenüber seinen politischen Beratern und ließ ihn zudem die Möglichkeiten Hannovers als deutscher Mittelstaat im preußisch dominierten norddeutschen Raum verkennen. Die damit einhergehenden

*Ein wirtschaftlich weitgehend agrarisch
ausgerichteter Staat stand einer aufstrebenden
Industriemacht mit seiner gesellschaftspoliti-
schen Dynamik gegenüber.*

rückständigen Verfassungszustände eines ultrareaktionären Königreiches führten im Gegenzug ausgerechnet in Hannover zu einem Erstarren des nationalen Liberalismus. Dieser mündete, maßgeblich von Rudolf von Bennigsen und Johannes (von) Miquel getragen, in die Gründung des

„Deutschen Nationalvereins“ im September 1859 mit Sitz in Coburg, später in Frankfurt. Dessen im Schatten der italienischen Einigungsbewegung formulierten Ziele einer kleindeutsch-erbkaiserlichen Lösung nach der Frankfurter Verfassung von 1849, der Weckung eines deutschen Nationalbewusstseins hin zu einer deutschen Einigung unter preußischer Führung, musste den Vorstellungen Georgs diametral gegenüberstehen. Darüber hinaus verkannte Georg vollkommen das Missverhältnis zwischen Hannover und Preußen vor allem hinsichtlich der wissenschaftlichen (eine gegenüber sieben Universitäten), demographischen und industriellen Ressourcen. Ein wirtschaftlich weitgehend agrarisch ausgerichteter Staat stand einer aufstrebenden Industriemacht mit seiner gesellschaftspolitischen Dynamik gegenüber.

Und letztlich, nichts schädigt das Vertrauen in einen Bundesgenossen mehr als dessen Wankelmütigkeit und unklare Zielsetzungen⁵³ - im Übrigen bis heute.

Die Ereignisse von Langensalza

Die Monate April und Mai sind gekennzeichnet von diplomatischem Wechselspiel und schwankenden militärischen Vorbereitungen. Trotz der politischen Ereignisse Anfang Juni genehmigt Hannover noch am 13. Juni – obgleich in Frankfurt einen Tag später für den Krieg gegen Preußen stimmend – den Durchmarsch von dessen Truppen, so dass am Tage der Kriegserklärung tatsächlich schon preußische Truppen im Hannoverschen stehen; dies insbesondere unter Nutzung der gut funktionierenden hannoverschen Eisenbahn. Am 15. Juni übergibt Preußen eine Sommation – ein Ultimatum, in der Hannover nicht mehr nur zur Neutralität, sondern nun zu einem Bündnis auf der Grundlage der angesprochenen preußischen Bundesvorstellungen von 1863 aufge-

fordert wird. Bei Nichtannahme sieht sich Preußen im Kriegszustande mit Hannover. Diese preußischen Forderungen hätten zwar die außenpolitische wie militärische Souveränität Hannovers beeinträchtigt, das Königreich jedoch erhalten. Mit der Begründung der „Bundestreue“ lehnt Georg wie erwartet ab, denn *„mediatisieren lasse er sich nicht. Lieber wolle er in Ehren untergehen“*⁵⁴.

Aus Schleswig und Hamburg (Manteuffel), aus Minden (Goeben) und aus Wetzlar (Beyer) werden preußische Truppen [ab 3. Juli die Main-Armee mit zuletzt ca. 50.000 Mann] unter der Führung des Generals Vogel von Falckenstein herangeführt und rücken getrennt auf Hannover zu.

Die zu dieser Zeit stattfindenden jährlichen Sommermanöver erlaubten zwar eine teilweise Zusammenziehung der fast 20.000 Mann des Heeres, jedoch nicht in der einer Mobilmachung gerechten Form in personeller wie materieller Ausstattung und Logistik. Dennoch wurde ein Absetzen ohne Kampf nach Süden Richtung Hannover und darüber hinaus bis Göttingen möglich, allerdings unter der verhängnisvollen Zurücklassung großer Teile an Vorräten und Munition, insbesondere in Stade, einer weitgehend nutzlosen Festung, die im Mai noch als Arsenal aufgefüllt worden war, oder in Hannover selbst. Und bis zuletzt treffen noch beurlaubte Soldaten ein, jedoch mangelhaft ausgerüstet und daher eher eine Belastung als eine Verstärkung. Insgesamt war die Vorbereitung auf einen Krieg ungenügend.

Die Idee einer Vereinigung mit dem bayerischen Verbündeten war weder durchdacht noch mit diesem vorab besprochen. Die zusätzliche Weigerung des Königs, sich unter bayerisches Oberkommando zu stellen, tat ihr Übriges. Die späte und erfolglose Entsendung ausgerechnet von Onno Klopp als Kurier zum bayerischen Hauptquartier nach Bamberg – und später nach Wien – nach dem 24. Juni spricht Bände. Dort *„gab man Klopp zu verstehen, dass mit einer Kapitulation Hannovers gerechnet werde“*⁵⁵, denn so der bayerische Befehlshaber, Prinz Carl: *„Wenn 20.000 Mann tatsächlich ausbrechen wollen, dann können diese das auch“*⁵⁶.

Die zögerliche, unentschlossene und uneinheitliche Führung auf hannoverscher Seite mit dem Stab des Königs, davon getrennt der Generalstab und dazu sehr selbständige Brigadestäbe, wird ergänzt durch eine geschickte Verzögerung im Vorfeld durch preußisches Taktieren im Rahmen von letztlich ergebnislosen Verhandlungen über einen Waffenstillstand. Hannover trug mit dem Einsatz von schlecht instruierten und überforderten Parlamentären hierzu ent-

scheidend bei. Dem unglücklich arbeitenden Major von Jacobi fiel hierbei eine Rolle zu wie 1914 dem Oberstleutnant Hentsch in der Marneschlacht. Dies kostet der hannoverschen Armee zwischen dem 23. und 26. Juni über drei Tage Bewegungsfreiheit und ermöglicht den preußischen Truppen die schnelle spätere Vollendung der Einkesselung. Auch in der hannoverschen Führung breitet sich nun zu Recht Skepsis über ein erfolgreiches Entkommen aus. So bleibt im Verständnis des Königs nur, dass „*man nicht ohne Kampf kapitulieren wolle*“⁵⁷, letztlich auch unter dem Wahlspruch des hannoverschen Heeres: „*Numquam retrorsum – Wir weichen niemals zurück*“.

Da die die hannoversche Armee einkreisenden Preußen im Schnitt noch ein bis zwei Tagemärsche entfernt stehen, entschließt sich der Generalmajor von Flies zwar auftragsgemäß „*dem Feind an der Klinge zu bleiben*“⁵⁸ aber darüber hinaus diesen Auftrag selbständig angriffsweise zu lösen und gegen die hannoversche Defensivstellung bei Merxleben und Langensalza vorzugehen.

Die Erschöpfung der hannoverschen Truppen insbesondere durch die vorherigen Marschbewegungen, die extreme Hitze sowie die hohen Verluste an Gefallenen und Verwundeten lässt ein Nachrücken und vor allem eine für den Gefechtserfolg notwendige Verfolgung nicht zu.

Nach anfänglichen preußischen Erfolgen wogt das Gefecht bald hin und her und es wird erbittert um den Judenhügel und um die Übergänge von Salza und Unstrut gekämpft – wobei sich namentlich die Cambrigde-Dräger unter Rittmeister von Einem hervortun. Zweimal jedoch

reiten hannoversche Schwadronen im Staub und im Eifer des Gefechtes in eigene Schwadronen hinein. General von Flies muss sich in ziemlicher Unordnung, teilweise begründet durch einen zeitweiligen Schwächeanfall, mit hohen Verlusten gegen seinen Ausgangspunkt bei Warza zurückziehen. Eine Entscheidung, die sich militärisch auch als „Abbrechen des Gefechts“ bezeichnen lässt. Die Erschöpfung der hannoverschen Truppen insbesondere durch die vorherigen Marschbewegungen, die extreme Hitze sowie die hohen Verluste an Gefallenen und Verwundeten lässt ein Nachrücken und vor allem eine für den Gefechtserfolg notwendige Verfolgung nicht zu.

Der Begriff „Gefecht“, so nannte schon Fontane in seiner Beschreibung das Geschehen (ca. 9.000 Preußen gegen gut 18.000 Hannoveraner), bezeichnet dieses besser als der Begriff „Schlacht“. Zwar wurde tapfer – nach damaliger Lesart heldenhaft – gekämpft, aber letztlich war es für Hannover ein Pyrrhus-sieg – auch „*um der Ehre des Königs Willen*“⁵⁹. Für Preußen dagegen war dieses Gefecht eine einkalkulierte „Schlappe“ oder auch Niederlage als Zeitgewinn zur Vorbereitung einer Schlacht auf einem Nebenkriegsschauplatz, die dann

gar nicht mehr stattfand. Die vergleichsweise hohen Verluste auf beiden Seiten (Preußen: 42 Offiziere und 940 Mann – Hannover: 98 Offiziere und 1.173 Mann) sprechen dennoch für seine operative Bedeutung. Das Gefecht selbst und die hohe Anzahl der Gefallenen „*um der Ehre willen*“ müssen jedoch auch für das ausgehende 19. Jahrhundert befremdlich wirken. Letztlich jedoch war es ein vollkommen überflüssiges Gefecht, und der dem Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha zugeschriebene Ausruf bei dem bedrückenden Anblick der zahlreichen Verwundeten auf dem Gefechtsfeld „*Kinder, wenn ich das Kommando gehabt hätte, wäre das hier nicht passiert*“⁶⁰ findet seine Berechtigung.

Durch die Schnelligkeit der dank des Telegraphen und der Eisenbahn dann schon am 28. Juni abgeschlossenen Einkesselung durch gut 40.000 Preußen wurde aus dem taktischen Kräfteverhältnis von 2:1 operativ nun ein Verhältnis von 1:3. Dazu fehlen den erschöpften hannoverschen Truppen Munition und Verpflegung, und so war eine Kapitulation unabdingbar, eine Kapitulation, in der mit dem Besiegten durchaus „ritterlich“ umgegangen wurde⁶¹, im Gegensatz zu dem ungleich härter behandelten Hessen-Kassel und vor allem der Stadt Frankfurt.

Das folgende kurzzeitige Asyl des Königs auf dem Jagdschloss „Fröhliche Wiederkunft“ seines Schwiegervaters, des ehemaligen Herzogs von Sachsen-Altenburg, klingt hierbei wie eine Ironie der Geschichte.

Der unerwartet schnelle preußische Erfolg mit wenigen Kräften in Norddeutschland sicherte nicht nur die preußische Westflanke, sondern machte zusätzliche Kräfte für den Schwerpunkt im Osten und für die Mainarmee frei und verunsicherte das verbleibende „Dritte Deutschland“.

Entscheidende Mängel und Fehler auf hannoverscher Seite waren über die angesprochenen Mobilmachungsschwächen hinaus beispielsweise kurzfristige Änderungen in der Gefechtsgliederung, die Auswechslung der militärischen Führungsspitze noch zwischen dem 16. und 18. Juni, das operative Schwanken zwischen Halten–Stellen–Schlagen und Durchbrechen mit zahlreichen unnötigen und wechselhaften Marschbewegungen, die fehlende Verifizierung von Feindmeldungen aus unterschiedlichen Quellen und Richtungen, die dann als „Tartarenmeldungen“ die militärischen Entscheidungen beeinflussten⁶². Hierzu gehört auch

Über die Unzulänglichkeiten der hannoverschen Einsatzstruktur, aber auch die Tapferkeit der Soldaten aller Dienstgrade, gibt es zahlreiche sehr persönliche, aufhellende und zum Teil bewegende Schilderungen.

die preußische List, durch Patrouillen in den Dörfern im Umfeld von Langensalza höhere Einquartierungszahlen auf die Haustüren schreiben zu lassen, als es dem tatsächlichen Mannschafbestand entsprach. Doch auch die preußischen Aufklärungsergebnisse waren kaum besser.

Über die Unzulänglichkeiten der hannoverschen Einsatzstruktur, aber auch die Tapferkeit der Soldaten aller Dienstgrade, gibt es zahlreiche sehr persönliche, aufhellende und zum Teil bewegende Schilderungen. Einzelne dieser Darstellungen sind in der Fußnote aufgeführt⁶³.

Folgen – Lehren – Auswirkungen

Militärisch

Die Bedeutung der Eisenbahn für die Mobilmachung, einen planbaren Aufmarsch, schnelle Verlegungen und Logistik hat sich bewiesen. Damit entscheiden der Aufmarsch, die Versammlung und die Versorgung, also die Mobilmachung, zumindest über den Anfangserfolg. Auf dem tatsächlichen Gefechtsfeld indessen blieb die Eisenbahn nur Aushilfe. Vor und nach Königgrätz wurden Bewegungen der Truppe weiterhin überwiegend im Fußmarsch durchgeführt.

Die Zeit – wenn auch noch unzulänglicher – technischer Kommunikationsmittel hatte begonnen, denn der Telegraph verkürzte die Übermittlungszeiten und erhöhte die ständige Erreichbarkeit. Dies galt insbesondere für Preußen.

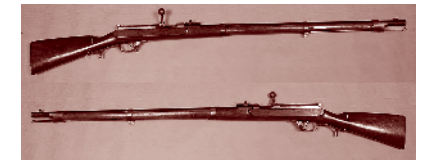
Das einheitliche Verständnis von Auftrag und Führung nach der preußischen Generalstabslehre hat sich trotz der Eigenständigkeiten mancher Truppenführer – wie Vogel von Falckenstein – bewährt. Damit entscheidet auch die Überlegenheit der Führungskunst über den Kriegserfolg. Klare Weisungen an Stelle missverständlicher oder unbestimmter Befehle (Benedek) sowie ungeteilte Verantwortungen im festgelegten Bereich tragen

Doch auch Königgrätz zeigte, dass die Notwendigkeit der Handlungsfreiheit nur bei gemeinsamem operativ-taktischem Verständnis realisiert werden kann.

ihr Übriges dazu bei. Doch auch Königgrätz zeigte, dass die Notwendigkeit der Handlungsfreiheit nur bei gemeinsamem operativ-taktischem Verständnis realisiert werden kann.

Die Waffentechnik und deren Industrialisierung – Artillerie (vor allem auf österreichischer Seite) wie die Einführung des Zündnadelgewehrs – gewinnen an

Bedeutung. Das nicht mehr neue Gewehr (1853) ist zwar schneller, zielsicherer und verursacht weniger gravierende Verwundungen (s. u.), aber der Einsatz dieses Gewehrs ist verbunden mit einem hohen Munitionsverbrauch, und von der Schussentfernung her ist es eher eine Verteidigungswaffe: Eine Tatsache, die sich bei Königgrätz im Swiepwald positiv auswirkte, die aber 1870 besonders bei St. Privat bei Metz zu extrem hohen Verlusten führen sollte. Dennoch, das Infanteriekarree mit Zündnadelgewehr war der Kavallerie überlegen.



Zündnadelgewehr 1841

Die Sanitätsversorgung, einschließlich des gerade gegründeten „Rotes Kreuz“, gewinnt an Wertschätzung. Der freiwillige Einsatz der Gothaer Turner und die Tätigkeit des hannoverschen Militärarztes Stromeyer⁶⁴ sind hierfür ein gutes Beispiel. Aber trotz der besseren sanitätsdienstlichen Versorgung starben während des Krieges allein auf preußischer Seite fast 6.500 Soldaten an der Cholera, 2.000 mehr, als auf den Schlachtfeldern gefallen sind⁶⁵.

Raum und Schnelligkeit erhalten – wieder – ihre vorherrschende Bedeutung, insbesondere der Erhalt oder der Gewinn der Initiative. Die Bedeutung von Aufklärung und die Konsequenzen ihrer Vernachlässigung haben sich erneut vor und während Königgrätz und Langensalza erwiesen. Insbesondere auf preußischer Seite ist diese Vernachlässigung in Verbindung mit einer fehlenden Konzeption für den Gebrauch der Kavallerie festzustellen; von 139 Schwadronen kamen nur 37 zum Einsatz⁶⁶.

Und allgemein gilt: Unterschätze nie einen Gegner! Daher besteht die Notwendigkeit der ständigen Analyse von dessen „intentions und capabilities“ – dies gilt noch heute! Die Berücksichtigung des Zusammenhangs von politischem Zweck, nachgeordneten Zielen und verfügbaren Mitteln ist und bleibt entscheidend für den Erfolg der Kriegführung – ganz im Verständnis von Clausewitz. Nicht unerheblich hierbei ist, dass es Bismarck gelang, wenn auch gegen Widerstände, den Primat der Politik durchzusetzen. Eine ausreichende Logistik – vor allem „über den Tag hinaus“ – wird ebenfalls eine Grundlage für den Erfolg. Ein Leben aus dem Lande ist nicht mehr möglich, vor allem aus waffentechnischer Sicht.

Die Berücksichtigung des Zusammenhangs von politischem Zweck, nachgeordneten Zielen und verfügbaren Mitteln ist und bleibt entscheidend für den Erfolg der Kriegführung – ganz im Verständnis von Clausewitz.

Politisch

Am 11. Juli verlegt die „Rumpfbundesversammlung“ ihren Sitz von Frankfurt nach Augsburg, einschließlich der außerdeutschen Gesandten, die damit diesen Bundestag weiterhin als das gesetzliche Organ Deutschlands anerkennen.⁶⁷

1866 ist somit auch ein „Scheidungskrieg“, der den endgültigen Einstieg in die kleindeutsche Lösung begründet; diese wird die entscheidende Weichenstellung neuerer deutscher Geschichte.

Dessen nun fast absurde Routinearbeit endet erst mit der offiziellen Auflösung vom 24. August auf Grund des Prager Friedensvertrages des Vortages. Im Nikolsburger Vorfrieden hatte der Kaiser jedoch schon seine Zustimmung zu „einer neuen Gestaltung Deutschlands ohne Beteiligung des Österreichischen Kaiserstaates“ gegeben oder geben müssen und gleichzeitig die Auflösung des Deutschen Bundes anerkannt. Mit seiner diplomatisch/politischen Vorgeschichte und den Entscheidungen aus kabinettähnlichen kleinen Zirkeln beschließt dieser Krieg im kriegsgeschichtlichen Zusammenhang – trotz des nationalen Einschnitts der Revolutionskriege nach 1789 – endgültig die Reihe der Kabinettkriege. Niemand anderer als Moltke selbst hat dies so deutlich ausgedrückt, wenn er 1881 schreibt: „Der Krieg von 1866 ist nicht aus Notwehr gegen eine Bedrohung der eigenen Existenz entsprungen, auch nicht hervorgerufen durch die öffentliche Meinung und die Stimme des Volkes; es war ein im Kabinett als notwendig anerkannter, längst beabsichtigter und ruhig vorbereiteter Kampf nicht für Ländererwerb, Gebietserweiterung oder materiellen Gewinn, sondern für ein ideales Gut – für die Macht“⁶⁸. Bismarck hätte dies möglicherweise differenzierter betrachtet. Der folgende Krieg von 1870/71 verändert sich dann in seinem Verlauf bereits zu einem Nationalkrieg mit bürgerkriegsähnlichen Auswüchsen durch den Aufstand der Pariser Kommune. Der Krieg von 1866 entstand jedoch nicht aus einer unabänderlichen Entwicklung heraus, verschiedene Lösungen und Möglichkeiten waren offen. Dennoch war es ein Umbruchkrieg und ein in vielfacher Beziehung „inneres Ereignis“ mit seiner entscheidenden Weichenstellung auf dem Weg Deutschlands gegen Dualismus und gegen einen lockeren großdeutschen Bund zu einem engeren nationalen Bundesstaat in kleindeutscher Begrenzung.

1866 bedeutet das Ende des Reichspatriotismus alter Prägung⁶⁹, wobei neben dem bürgerlichen Liberalismus – zwischen Freiheit und Nation – der politische, großdeutsche und föderalistisch ausgerichtete Katholizismus der größte Verlierer war. Und damit endet erst jetzt und wird mit 1871 bestätigt – und nicht schon 1806 – die emotional aufgeladene „Idee eines <Reiches> im Sinne universalistischer Herrschaft, das Erbe des römischen Reiches“⁷⁰. 1866 ist somit auch ein „Scheidungs-

krieg“, der den endgültigen Einstieg in die kleindeutsche Lösung begründet; diese wird die entscheidende Weichenstellung neuerer deutscher Geschichte⁷¹.

Österreich mit 11 Millionen Deutschen wird aus Deutschland, aus dem alten Reichsverbund, herausgedrängt und erkennt diese Entscheidung selbst an, indem es die Friedensbedingungen akzeptiert. Eine erste Folge war im Februar 1867 beginnend mit dem vor allem verfassungsrechtlichen österreichisch-ungarischen Ausgleich die Begründung der k. u. k. „Doppelmonarchie“, de facto eine innenpolitische Teilung Habsburgs, die unter anderem mit der „Abtretung“ Siebenbürgens an Ungarn erkaufte wurde⁷². Nach dem Verlust Deutschlands und Italiens verbleibt Österreich nur noch der Balkan mit dem bekannten tragischen Ende, wobei Österreich auch seine deutsche Vorrangstellung im Habsburgerreich verliert. Dieses Herausdrängen war nicht nur eindeutig, sondern auch endgültig bis über 1919 und 1945 hinaus. Die Führung Deutschlands – und indirekt Mitteleuropas – ging nun an Preußen über, und erst jetzt, nicht schon 1763 oder 1815, wird Preußen tatsächlich eine europäische Großmacht⁷³.

Die Schnelligkeit der preußischen politischen Reaktion mit dem Vorfrieden von Nikolsburg schon am 26. Juli und die maßvolle Behandlung Österreichs, entgegen den Intentionen von König und Moltke ohne einen Einmarsch in Wien, verhinderte die von Wien nach Königgrätz erbetene französische Friedensintervention. Dies ließ Napoleon insbesondere am Rhein leer ausgehen. Der Ruf „Rache für Sadowa“ als eine Antwort auf die vermeintliche französische Niederlage war die Folge. Der 23. August, der Frieden von Prag, ist daher in einer „Verantwortung post bellum“ zu sehen, einer nach vorne gerichteten Politik ohne ein preußisches Richteramt und ohne einen Diktatfrieden im Süden. Indirekt erhielt er dem späteren Deutschen Reich einen wichtigen, wenn auch teuren Verbündeten, im Doppelsinn des Wortes.

Bismarck, selbst noch im Juni 1866 auch in Berlin als Totengräber der preußischen Macht kritisiert, kehrt im August als Volksheld nach Berlin zurück. Zudem nun im Range eines Generalmajors, von den etatisierten Generalen durchaus mit gemischten Gefühlen betrachtet. Zudem war auch der preußische Verfassungskonflikt endgültig begraben.

Die Maingrenze wird, mit noch geheimen Schutz- und Trutzbündnissen, dennoch überschritten, blieb jedoch offiziell die vorläufige Beschränkung, auch zur Beruhigung der europäischen Nachbarn. Die Möglichkeit eines gesamtdeutschen „weiteren Bundes“ von Nord nach Süd blieb hierbei noch offen. Dazu gilt noch 1866 Bismarcks Ausspruch: „findet unsere Macht dort ihre Begrenzung, wo unser Junkermaterial zur Besetzung der Offiziersstellen aufhört“⁷⁴.

Das Jahr 1866 endet politisch am 7. Februar 1867 mit der offiziellen Gründung des Norddeutschen Bundes in liberaler Ausgestaltung – auch hier ein Zeichen gegen ein verkrustetes Österreich – mit zuerst 15, später 22 Mitgliedern. Durch dessen völkerrechtliche Vertretung blieb er vorerst eher ein „Preußischer Bund“, auch durch eine neue einheitliche und mit zentraler Führung ausgestattete preußische Heeresorganisation. Und die Verfassung dieses Norddeutschen Bundes wurde dann auch die des Reiches von 1871. Aber wie nach 1815, 1832 oder 1849 brachte dieser Krieg die folgenreiche Entscheidung gegen ein liberales bürgerliches Deutschland.

Bismarck, selbst noch im Juni 1866 auch in Berlin als Totengräber der preußischen Macht kritisiert, kehrt im August als Volksheld nach Berlin zurück. Zudem nun im Range eines Generalmajors, von den etatisierten Generalen durchaus mit gemischten Gefühlen betrachtet⁷⁵. Zudem war auch der preußische Verfassungskonflikt endgültig begraben.

Und noch ein letztes Wort zu Hannover

Wie oben angesprochen hatten die europäischen Mächte keinen diplomatischen Versuch gemacht, Hannover zu erhalten. Interessant erscheint insbesondere das Desinteresse Großbritanniens – als Mitbegründer des „Deutschen Bundes“ – an dem „Wegwischen“ der verwandten Welfendynastie. Möglicherweise haben der Krimkrieg, der Sepoyaufstand in Indien und der Amerikanische Bürgerkrieg stärker im Mittelpunkt der Interessen gestanden. Dazu galt: Ein starkes Preußen hält Russland fern. Aber auch das verbündete Österreich unternahm im Gegensatz zu seinem erfolgreichen Eintreten für Sachsen⁷⁶ nichts, um seinem treuen Verbündeten wie auch einer der ältesten deutschen wie europäischen Dynastien ihr Territorium zu erhalten.

Trotz anfänglicher Opposition gelang eine „erstaunliche Integration der Besiegten“ – auch dank des Übergangsjahres der „königlich-preußischen Diktatur“ und insbesondere dank der Beteiligung einer hannoverschen Delegation von 23 Vertrauensmännern an der Erarbeitung der Verfassung und der neuen Verwaltungsstruktur in Berlin.

Zudem erwies sich die Einsetzung des ersten Oberpräsidenten, Graf Otto von Stolberg-Wernigerode [zudem Kanzler des Johanniterordens und Vorsitzender des Zentralkomitees des deutschen und preußischen Roten Kreuzes] als eine weise Entscheidung Bismarcks. Die Integration gelang trotz eines bis in

die 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts reichenden Schneidens von Preußen in der hannoverschen Gesellschaft, und trotz der von Georg V. unterstützten Gründung der frankreichorientierten, aber unbedeutenden „Welfenlegion, oder des Wechsels hannoverscher Offiziere zu den Sachsen oder den Habsburgern⁷⁷. Immerhin wird Arentsschildt 1867 als preußischer General zur Disposition gestellt und neben der überwiegenden Anzahl dienstpflichtiger hannoveraner Mannschaften und Unteroffiziere treten 456 Offiziere, über 60 Prozent der Rangliste von 1866, in die preußische Armee ein⁷⁸. Womit auch eine gern gehörte Legende aufgelöst werden kann.

Ein Beispiel für dennoch vorhandene Loyalitätskonflikte, die sich auch innerhalb von Familien abspielten, soll genügen: Während Karl von Wedel, der spätere Fürst von Wedel, nach Langensalza in die preußische Armee eintrat und als General der Kavallerie und mehrmaliger Botschafter des Reiches 1919 starb, blieb Ernst-August von Hammerstein bis 1871 im persönlichen Dienst Georgs V. und starb 1902 als Privatmann. Die Beziehungen zu Preußen und später zum Reich blieben daher auch lange ambivalent und für die Stadt Hannover gilt beispielsweise, dass von dem international bedeutenden 1867 gegründeten und 1937 nach Krampnitz verlegten MIT – dem Militärreitinstitut – auch im kollektiven Gedächtnis der Stadt nichts übriggeblieben ist⁷⁹. Dennoch gelang es Kaiser Wilhelm mit der Verleihung von hannoverschen Fahnenbändern und Traditionen an die nun hannoversch-preußischen Regimenter am Friedrichstage [24. Januar] 1899, sowie in den folgenden Jahren mit ähnlichen Gesten⁸⁰ unter Soldaten tatsächlich eine echte nationale Kameradschaft zu erzielen, welche sich schon 1870/71 bewähren sollte, und dies trotz teilweise heftiger und polemischer Auseinandersetzungen im militärwissenschaftlichen und biographischen „Blätterwald“ über die Schuld an der militärischen Niederlage und dem politischen Ende eines eigenständigen Hannovers⁸¹.

Politisch hielten sich anfangs die Reichsliberalen und die Bewegung der Welfenpartei in Hannover die Waage, 1892 bildet sich noch die allerdings unbedeutende „Deutsche Rechtspartei“ in den Annexionsländern von 1866, doch die Zusammenführung partikularistischer Gruppen blieb ein politisch unzulänglicher Versuch⁸². So kann Hannover auch durch die Einrichtung einer provinzialständischen Verfassung wie durch die Belassung des hannoverschen staatlichen Provinzvermögens und die Verwaltungsreform von 1868 [in den anderen preußischen Provinzen erst 1876] als preußische Modellprovinz⁸³ verstanden werden. Namen wie Rudolf von Bennigsen als Mitbegründer der Nationalliberalen Partei, Graf Münster als Botschafter des Reiches in Paris

oder Ludwig Windhorst als einer der bedeutendsten Parlamentarier des späteren Reichstages mögen für die insgesamt gelungene Integration stehen. Und nicht zuletzt gelingt ein nachhaltiger wirtschaftlich-industrieller Aufbruch mit bis heute nachwirkenden belebenden infrastrukturellen wie gesellschaftspolitischen Auswirkungen.

Die zahlreichen noch heute gepflegten Gräber und Denkmale, nicht nur in und um Langensalza oder in Bayern, stehen für Erinnerung, Gedenken und Versöhnung und können von den Nachgeborenen als Zeichen einer zuweilen tragischen, aber dennoch gemeinsamen deutschen Geschichte verstanden werden.

Zum Autor: Ulrich C. Kleysler, Offizier der Panzeraufklärungstruppe, Oberst a.D., ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft e.V. und Alter Herr des Corps Rhenania zu Tübingen. Er durchlief die Generalstabsausbildung in Hamburg und Rio de Janeiro und war u.a. Leiter Heereshauptverbundungsstab Frankreich sowie im Einsatz bei SFOR und KFOR. 2010 M.A. in Geschichte.

Anmerkungen:

- 1 Zitiert nach Gerhard Ritter, Staatskunst und Kriegshandwerk, Erster Band: Die altpreußische Tradition (1740 – 1890), München 1954, 271. Moltkes Briefwechsel mit Bluntschli und Goubareff, Ges. Schriften V, 194.
- 2 Dieser Begriff entwickelte sich aus den Ideen von 1813 – bis 1815 mit den Aufrufen wie durch Blücher, den Gefechten mit den westphälischen und süddeutschen Rheinbundtruppen über das Wartburgfest und das Hambacher Fest bis hin zu dem badischen Aufstand von 1848/49 [„Schießt nicht auf deutsche Brüder!“] mit „wir sind alle deutsche Brüder“ und wurde 1866 durchaus so empfunden.
- 3 Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866 – 1918, Band II, Machtstaat vor der Demokratie, München 1992, 15.
- 4 Michael Stürmer, Die Reichsgründung, München 1984, 33.
- 5 Ebda, 36, Stürmer greift hier Henry Kissingers Analyse in dessen Werk „Großmacht Diplomatie“, Düsseldorf 1962 auf.
- 6 Golo Mann (Hrsg.), Propyläen Weltgeschichte, 8. Band, , Das 19. Jahrhundert, Ffm. – Berlin 1986, Golo Mann, Politische Entwicklung 1815 – 1871, 389.
- 7 Vgl. Jan Luckszat, Der Weg zur Reichsgründung, MGFA (Hrsg.), Potsdam 2008, 32 ,
- 8 Heinrich Lutz, Die deutschen und ihre Nation. Zwischen Habsburg und Preußen, Deutschland 18115 – 1866, Gütersloh 1985, 386.
- 9 Walter Bußmann, Preußen und das Jahr 1866 in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung das Parlament, Bonn 1966, B 24/66, 19.
- 10 Golo Mann, a. a. O., 557.
- 11 So auch Nipperdey mit seinem Werksbeginn: „Am Anfang war Bismarck“.
- 12 Heinrich von Srbik, nach Schoeps, 85.
- 13 Gordon A. Craig, Königgrätz, Bergisch Gladbach 1977, 21.
- 14 Robert van Roosbroeck, Die politisch-diplomatische Vorgeschichte in: MGFA (Hrsg), Entscheidung 1866, Der Krieg zwischen Österreich und Preußen, Stuttgart 1966, 40f.
- 15 Wilhelm Hopf, Die deutsche Krisis des Jahres 1866, Hannover 3 1906, 39 f.
- 16 Craigh, a. a. O., 52, zitiert nach Oskar von Lettow-Vorbeck, Geschichte des Krieges von 1866, 4 Bände, Berlin 1892 -99, Bd. I, 104.
- 17 Erhellend ist die Anekdote von Bismarcks Besuch in Biarritz 1865, nach der Napoleon Bismarck die – holsteinischen – Austern anbietet, Bismarck zu dem Rheinwein greift mit der Bemerkung: „Der Rhein, Sire, gehört jedoch dazu!“.
- 18 Roosbroeck, a. a. O., 50 f. Hierfür können u. a. die Reden von Thiers am 03. Mai im Corps Legislatif und Napoleons am 07. Mai in Auxerre herangezogen werden.
- 19 Helmuth von Moltke, Gesammelte Schriften und Denkwürdigkeiten, fünfter Band, Briefe, Berlin 1892, 196, Brief an Prof. Bluntschli vom 11. Dezember 1880.
- 20 Karl-Volker Neugebauer (Hrsg. im Auftrag des MGFA), Grundzüge der deutschen Militärgeschichte, Band 1., Historischer Überblick, Freiburg 1993, 156. „*Si vis pacem, para bellum!* Man erkenne den tieferen Sinn: Wer der Welt die Segnungen des Friedens erhalten will, der zerlege weislich seine Kriegskraft in viele Kontingente, die zum Ärger der Demagogen als Brutstätten und Herde wahrhaft militärischer Zucht und Gesinnung, als Brennpunkte korporativer Ordnung und geregelter Humanität, als Hochschulen für brave Hausknechte, legitim gesinnte Kutscher, orthographische Bürgermeister und treue Subalternbeamte – die Welt jenem Ziele des ewigen Friedens entgegen führen, welches die heilige Allianz in ihrer reinen Jugendzeit ernstlich erstrebte“. Wilhelm von Ploennies, *Leberecht vom Knopf*, 68 f. zitiert nach Neugebauer, Band 2, a. a. O., 136.
- 21 Joseph B. Mitchell und Edward Creasy, 20 entscheidende Schlachten der Weltgeschichte, Gütersloh 1968. Königgrätz steht in einer Reihe von Marathon über Tours/Poitiers, Höchstädt oder Waterloo.
- 22 Die Zahlen schwanken, wenn auch letztlich unerheblich. Mitchell (258 ff.) spricht von 255.000 Preußen gegen 245.000 Österreicher und 25.000 Sachsen. Etwas höhere Zahlen bietet das Werk des Großen Generalstabs von 1868, 45 ff., 277 ff.
- 23 Carl von Clausewitz, Vom Kriege, Bonn 1973, 996.
- 24 Siehe hierzu die wegweisende Biographie von Guntram Schulze-Wegener, Wilhelm I., Deutscher Kaiser – König von Preussen – Nationaler Mythos Hamburg 2015.
- 25 Wolfgang Venohr, Helmuth von Moltke in: Sebastian Haffner, Preußische Profile Königstein 1980, 142.

- 26 Am Tage der Schlacht Herwarth von Bittenfeld (Elbarmee mit 39 000 Mann); Friedrich Karl (I. Armee mit 87 500 Mann); Kronprinz Friedrich-Wilhelm (II. Armee mit 97 000 Mann) insgesamt 220 000 Mann gegen noch – nach den vorhergegangenen Verlusten – 206 000 Mann. Zahlen, wie auch die folgenden nach: Der Feldzug von 1866 in Deutschland, red. von der kriegsgeschichtlichen Abteilung des Großen Generalstabes, Berlin 1867, 277 ff.
- 27 Benedek (Ludwig August Ritter von Benedek, Ödenburg, 14. Juli 1804 – Graz, 27. April 1881), der Held von Solferino (24. Juni 1859), der sich später nie öffentlich zu den Vorwürfen nach der Niederlage geäußert hat, hatte nur aus Loyalität erst am 26. Mai 1866 das Kommando übernommen. Er war durch zwei Chefs des Generalstabes zusätzlich in der Führung seiner Armee belastet; mit dem offiziellen, dem gebildeten und diplomatischen Feldmarschallleutnant von Henigstein und dem inoffiziellen zwar strategisch denkenden, aber eher als „Gefechtsfeldtourist“ zu sehenden Chefs der Operationskanzlei aus Wien, Generalmajor von Krismanic. Trotz seines persönlichen mutigen Eingreifens vermochte Benedek keine eindeutigen und rechtzeitigen Entscheidungen zu treffen; Zögerlichkeit zeitigte, wie so oft, schwerwiegende Folgen.
- 28 Die Militärgeschichtsschreibung weist diese Niederlage gegen das X. österreichische Korps unter Feldmarschallleutnant Freiherr von Gablenz einhellig dem Unvermögen des preußischen KG, Generalleutnant von Bonin, zu, der „seine Laufbahn fast ausschließlich bei Hofe gemacht hatte“. Dennoch, auch hier standen 3611 österreichischen Ausfällen nur 1388 preußische gegenüber.
- 29 Zitiert nach Craigh, a. a. O., 136f.
- 30 Karl-Volker Neugebauer (Hg.), Grundzüge der deutschen Militärgeschichte, Band 1, Historischer Überblick, Freiburg 1993, 182.
- 31 So Ritter, a. a. O., 241.
- 32 Davon 4 861 gefallene Österreicher gegenüber 1 929 Preußen, was insgesamt für die Härte der Schlacht spricht, aber auch für die Tapferkeit der Truppen beider Seiten.
- 33 So Friedrich Doepner, Rückblick auf Königgrätz in: Truppenpraxis 7/1966, Bonn 1966, 491. Die Schwere der Kämpfe und die kritische Situation belegen die Verlustzahlen, diese betragen bei der I. Armee fast 60% der preußischen Gesamtverluste. Am schwersten traf es das magdeburgische Inf. Rgt. Nr. 27, von dessen ca. 90 Offizieren und 3000 Mann nur 2 bzw. 400 Mann lebend bzw. unverwundet blieben (Kessel, a. a. O., 113).
- 34 Bremm, a. a. O., 244.
- 35 Helmuth von Moltke, Denkschrift vom 25. Juli 1868 in: Militärische Werke II., Taktisch-strategische Aufsätze aus den Jahren 1857 bis 1871, Berlin 1900, 67 ff. Ziel war, das Verhalten der Kommandobehörden bis ins Detail zu verfolgen und vorgekommene Fehler erkennen zu lassen.
- 36 Bremm, a. a. O., 208.
- 37 Siehe hierzu Eberhard Kaulbach, Königgrätz nach hundert Jahren – Zur militärischen Führung in: Entscheidung 1866, a.a.O., 184. Ähnlich formulierte schon Lettow-Vorbeck 1897.
- 38 Schon am 02. Juli hatte Kaiser Franz Joseph diese Vermittlung erbeten. Französischer Geschäftsträger war Benedetti, den wir 1870 in einer unglücklichen Rolle wieder sehen werden.
- 39 Ritter, a- a. O., 251.
- 40 Theorie nach dem Rechtsphilosophen und Staatsrechtler Friedrich Julius Stahl (1802 – 1861), nach der die Souveränität des Monarchen diesem Staatsgewalt und Macht in besonderen Fällen als „Notrecht“ zuordnet. Im Falle des Heereskonflikts bedeutet dies, dass eine Verfassungslücke besteht [Begriff seit 1862 in den Protokollen], wenn sich Monarch und der Landtag mit Abgeordneten- und Herrenhaus nicht über das Budget einigen können. Die Entscheidungskompetenz liegt damit beim Monarchen, da dieser selbst die Verfassung erlassen hat. Dieser Konflikt wurde erst mit dem Indemnitätsgesetz vom 14. September 1866 beigelegt, nachdem am 05. August das Parlament auf Antrag Bismarcks die eigenmächtigen Haushaltsausgaben seit Beginn des Verfassungskonfliktes nachträglich genehmigte. Siehe auch: Jürgen Kocka; Wolfgang Neugebauer, Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums, hier Band 5, 10. November 1858 – 28. Dezember 1866, bearbeitet von Rainer Paetau, Hildesheim u. a. 2001.
- 41 So Friedrich Doepner, Ein Rückblick auf Königgrätz, Truppenpraxis 7/1966, Bonn 1966, 483.
- 42 Jany gibt eine Kriegsstärke von 532 700 Mann an, rechnet jedoch 155 000 Mann Besatzungstruppen und 18 500 Handwerker mit ein. Alle Angaben und Zahlen nach Curt Jany, Geschichte der Preußischen Armee, vom 15. Jahrhundert bis 1914, Viertes Band (1807 bis 1914), Zweite erg. Auflage, Osnabrück 1967, 226 ff.
- 43 Siehe hierzu Craigh, a. a. O., 22 ff. Mit dieser Zahl seit 1860 aus 80 Konskriptionsbezirken und einer achtjährigen, dann siebenjährigen Dienstzeit (Freiwillige, Gestellungspflicht durch Konskription mit Losentscheid) agierten österreichische Diplomaten voller Stolz in politischen Verhandlungen.
- 44 Christoph (von) Allmayer-Beck, Die k. (u.)k. Armee 1848 – 1914, Gütersloh 1874, 80.
- 45 Das VII. bayrische mit ca. 43.000 Mann und das VIII. von 6 Kriegsherren – Württemberg, Baden, Hessen, Nassau, Kurhessen und Österreich – geführte Bundeskorps mit ca. 47.000 Mann.
- 46 Die schon angesprochene Mainarmee mit dem von Leipzig kommenden Korps (21 000 Mann) des Großherzogs von Mecklenburg.

- 47 Theodor Fontane, *Der Deutsche Krieg von 1866*, Band II., Berlin 1871, 273ff. Das 4. Bayrische Bataillon des kgl. Bayr. Inf. Leib-Rgt. unter Major Graf Joseph Joner-Tettenweiß verlor neben 215 Gefangenen 5 Offiziere und 44 Soldaten an Gefallenen gegenüber 16 preußischen Verwundeten.
- 48 Udo Vollmer, *Die Armee des Königreichs Hannover. Bewaffnung und Geschichte von 1803 – 1866*, Schwäbisch-Hall 1975, 36.
- 49 Ernst Deuerlein, *Die deutschen Mittel- und Kleinstaaten 1866*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B25/66, a. a. O., 9.
- 50 Dieter Brosius, a. a. O., 26.
- 51 Dieter Brosius, *Hannover und Preußen in: Rainer Sabelleck, Hannovers Übergang vom Königreich zur preußischen Provinz 1866*, Hannover 1995, 28.
- 52 Hans-Georg Aschoff, *Die Welfen*, Stuttgart 2010, 252.
- 53 Hugo Hantsch, *Die Politik Österreichs bis zum Ausbruch des Krieges im Jahre 1866*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung das Parlament, Bonn 1966, B24/66, 34.
- 54 Zitiert nach Ernst Gottfried Mahrenholz, *Ein Königreich wird Provinz*, Göttingen 2011, 62.
- 55 Klaus Müller, *1866: Bismarcks deutscher Bruderkrieg*, Graz 2007, 53.. Ab 18. Juli geführt von Generalleutnant von Manteuffel.
- 56 Victor von Diebitsch, *Die königlich hannoversche Armee auf ihrem letzten Waffengange im Juni 1866*, Bremen 1897, 306.
- 57 *Der Feldzug von 1866 in Deutschland*, redigiert von der kriegsgeschichtlichen Abteilung des Großen Generalstabes, Berlin 1868, 69.
- 58 Ebd., 73.
- 59 So noch S. K. H. Ernst August 1991 in seinem Vorwort zu Pfeifers Gedenkschrift zu Langensalza, ganz im Sinn der Abschiedsproklamation des Königs vom 17. Juni 1866.
- 60 Ernst Schubert, *Die Schlacht bei Langensalza*, in: Rainer Sabellek (Hg.), *Hannovers Übergang vom Königreich zur preußischen Provinz 1866*, Hannover 1995, 119. Zitiert nach W. von Hassell, *Geschichte des Königreichs Hannover Zweiter Teil*, Leipzig 1901, 387.
- 61 Siehe die Kapitulationsbedingungen, *Der Feldzug von 1866 in Deutschland*, a.a. O., Anlage 6.
- 62 Hierzu gehört auch die preußische List, durch Patrouillen im Umfeld die Zahl der einzuquartierenden Mannschaften deutlich erhöht an die Haustüren zu schreiben.
- 63 Heinrich Wilhelm Müller, *Aus Alt-Hannovers Vergangenheit. Skizzen und Erzählungen aus dem letzten Feldzuge der althannoverschen Armee*, Hildesheim 1916; Carl von Alten, *Vierzehn Tage aus dem Jahre 1866*, Hannover 1899 (Nachdruck Billard-Club von 1693, Hannover oder Theodor Fontane, *der deutsche Krieg von 1866*, Auszug Langensalza, Bad Langensalza 2 2005 und Karl-Horst Bichler Dr. Louis Stromeier. *Die Tätigkeit des hannoverschen Generalstabsarztes in und nach der Schlacht von Langensalza im Juni 1866*, Hannover 2013.
- 64 Siehe hierzu insbesondere Karl-Horst Bichler, ebd.
- 65 Klaus Müller, *1866: Bismarcks deutscher Bruderkrieg*, Graz 2007, 161.
- 66 Friedrich Doepner, a. a. O., 491.
- 67 Ernst Deuerlein, a. a. O., 26.
- 68 Helmuth von Moltke, *Aufzeichnungen, Briefe, Schriften, Reden*, ausgewählt von Peter Kurz, Ebenhausen 1923, 306.
- 69 Stürmer, a. a. O., 47.
- 70 Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1800 – 1866, Bürgerwelt und starker Staat*, München 1983, 790.
- 71 Hans-Joachim Schoeps, *Der Weg ins deutsche Kaiserreich*, Frankfurt/M. u.a. 1980, 8.
- 72 1868 endete dann auch die seit dem Mittelalter immer wieder – teilweise umkämpfte – bewahrte innere Selbständigkeit der Siebenbürger „Nationsuniversität“ [Volks Gesamtheit], nur kurz von 1781 bis 1890 durch Kaiser Joseph II. unterbrochen. Ungarn sollte damit im ostwärtigen Teil des Reiches das Übergewicht gewinnen. Nur drei gemeinsame Ministerien – Ministerium des k. u. k. Hauses und des Äußeren, das Kriegsministerium und das Reichsfinanzministerium – unterstreichen die gewonnene innere Unabhängigkeit Ungarns.
- 73 Wilhelm Treue, *Deutsche Geschichte*, Stuttgart 1958, 588.
- 74 Helmut Böhme (Hrsg.), *Die Reichsgründung*, München 1967, 155.
- 75 Craig, a. a. o., 282.
- 76 Der Art. V. des Vorfriedens zu Nikolsburg lautet: „Auf den Wunsch S. M. des Kaisers von Österreich erklärt S. M. der König von Preußen sich bereit, bei den bevorstehenden Veränderungen in Deutschland den gegenwärtigen Territorialbestand des Königreichs Sachsen in seinem bisherigen Umfang bestehen zu lassen“. Weiteres – wie Kriegskosten und die künftige Stellung des Königreiches – sollte in einem besonderen Friedensvertrag geregelt werden. Zitiert nach Klaus-Dieter Kaiser, *Die Eingliederung der ehemaligen selbständigen norddeutschen Truppenkörper in die preußische Armee in den Jahren nach 1866*, Berlin 1972, 149.
- 77 Über antipreußische bis in die Gegenwart hineinreichende Literatur hinaus können die „Gelbweissen Freiheitslieder. Dem Preußenstaat gewidmet“ (München o. J., wahrscheinlich kurz nach der Annexion) von Ernst Liebrecht als Beispiel angeführt werden.
- 78 Vollmer, a. a. O., 37. Genauer findet sich mit der Auswertung der Ranglisten nach Diebitsch bei Klaus-Dieter Kaiser in dessen Dissertation, a. a. O., 46, 49. Von den 760 nach Langensalza verbliebenen Offizieren wurden 218 zur Dispo-

sition gestellt, 456 traten in preußische Dienste und 71 in die sächsische Armee. Letztere, zumeist jüngere Offiziere, kamen mehrheitlich aus dem hannoverschen Adel.

- 79 Bezeichnend sind auch folgende Ereignisse: Noch 1966 – die Benennung der Kaserne in Stade nach General von Goeben (Bruder bei Langensalza auf hannoverscher Seite) mit dem Auftritt des Landvolkes gegen einen „Vaterlandsverräter“ oder keine Einladungen an den Kali-Chef von Philipp von Bismarck.
- 80 Franz Bally, Die Verleihung der hannoverschen Traditionen in: Wilhelm von Wersebe, Geschichte der Hannoverschen Armee, Hannover 1928, 270 ff.
- 81 Insbesondere ging es militärisch um Schuld, Verantwortlichkeiten bzw. Fehler von Arentsschildt, Dammers, Cordemann, dem General von Bothmer oder dem kurzzeitigen Parlamentär Major von Jacobi.
- 82 Theodor Schieder, Kaiserreich, 14.f.
- 83 So Frau Prof. Dr. Heide Barmeyer-Hartlieb am 9. Juni 2016 (Zwischen Königreich und Provinz, Tagung im Historischen Museum Hannover).

Wesentliche Literatur:

Allmayer-Beck, Christoph (von); Lessing, Erich, *Die K. (u) K. Armee 1848 -1914*, Gütersloh 1974.

Alten, Carl von, *Vierzehn Tage aus dem Jahre 1866*, Hannover 1899 (Nachdruck Billardclub von 1693).

Aschoff, Hans-Georg, *Die Welfen. Von der Reformation bis 1918*, Stuttgart 2010.

Bertram, Mijndert, *Das Königreich Hannover. Kleine Geschichte eines vergangenen deutschen Staates*, Hannover 2003.

Bichler, Karl-Horst, Dr. Louis Stromeyer. *Die Tätigkeit des hannoverschen Generalstabsarztes in und nach der Schlacht bei Langensalza im Juni 1866*, Hannover 2013.

Bremm, Klaus-Jürgen, *1866 Bismarcks Krieg gegen die Habsburger*, Darmstadt 2016.

Brosius, Dieter, *Eigenständigkeit oder Souveränitätsverzicht. Hannover, Braunschweig, Oldenburg und die preußische Suprematie in Nordwestdeutschland in: Blätter für deutsche Landesgeschichte*, hrsg. Von Heinz-Günther Borck, 132. Jg., Koblenz 1966.

Brüdermann, Stefan (Hrsg.) *Geschichte Niedersachsens, Vierter Band, Vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Ersten Weltkriegs. Teil I, Politik und Wirtschaft*, Göttingen 2016.

Craig, Gordon A., *Königgrätz, Hamburg 1966*.

Diebitsch, Victor von, *Die königlich hannoversche Armee auf ihrem letzten Waffengange im Jahre 1866*, Bremen 1897.

Fontane, Theodor, *Der deutsche Krieg von 1866, Auszug Langensalza, Langensalza 2* 2005.

Groote, Wolfgang von; Gersdorff, Ursula von (MGFA. als Hrsg.), *Entscheidung 1866. Der Krieg zwischen Österreich und Preußen*, Stuttgart 1966.

Großer Generalstab, *kriegsgeschichtliche Abteilung (Hrsg.), Der Feldzug von 1866 in Deutschland*, Berlin 1867.

Hermann, Carl Hans, *Deutsche Militärgeschichte, Eine Einführung*, Frankfurt/Main 1966.

Hopf, Wilhelm, *Die deutsche Krisis des Jahres 1866*, Hannover 3 1906.

Jacobi, Carl, *Das zehnte Armee-Corps des deutschen Bundesheeres*, Hannover 1847.

Jany, Curt, *Geschichte der preußischen Armee vom 15. Jahrhundert bis 1914, Vierter Band, zweite erg. Auflage*, Osnabrück 1967.

Kaiser, Klaus-Dieter, *Die Eingliederung der ehemals selbständigen norddeutschen Truppenkontingente in die preußische Armee in den Jahren nach 1866 (Dissertation)*, Berlin 1972.

Kessel, Carl von, *Der Krieg Preussens gegen Österreich und seine Verbündeten und der Krieg in Italien im Jahre 1866*, Berlin o. J.

Leonhardt, H. H., *Die hannoversche Armee 1636 – 1866*, Hannover 1966.

Lucksatz, Jan, *Der Weg zur Reichseinigung*, MGFA. als Hrsg., Potsdam 2008.

Mahrenholz, Ernst Gottfried, *Ein Königreich wird Provinz. Über Hannovers Schicksalsjahr 1866*, Göttingen 2011.

Moltke, Helmuth von, *Werke*, Berlin 1892.

Müller, Heinrich Walther, *Aus Alt-Hannovers Vergangenheit. Skizzen und Erzählungen aus dem letzten Feldzuge der althannoverschen Armee*, Hildesheim 1916.

Nedden, zur, Geschichte des 1. Hannoverschen Infanterie-Regiments Nr. 74 und des vormaligen Königlich Hannoverschen 3. Infanterie-Regiments, Berlin 1903. Überblick, Freiburg 1993.

Niemeyer, Joachim, Die Königlich Hannoversche Armee, Celle 2000.

Nipperdey, Thomas, Deutsche Geschichte 1800 – 1866, Bürgerwelt und starker Staat, München 1983.,

Oberschelp, Reinhard, Politische Geschichte Niedersachsens 1803 – 1866, Hildesheim 1988.

Pfeifer, Klaus, Die Bedeutung der Schlacht bei Langensalza am 27. Juni 1866. Gedenkschrift. Langensalza 1991.

Propyläen Weltgeschichte, das neunzehnte Jahrhundert, Band 8, Ffm. – Berlin 1986.

Ritter, Gerhard, Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des „Militarismus“ in Deutschland, 1. Band, Die altpreußische Tradition (1740 – 1890), München 1954.

Sabelleck, Rainer (Hg.), Hannovers Übergang vom Königreich zur preußischen Provinz 1866.

Beiträge zu einer Tagung am 02. November 1991 in Göttingen, Hannover 1995.

Schnath, Georg u. a., Geschichte des Landes Niedersachsen, Würzburg 1973.

Sethe, Paul, Deutsche Geschichte im letzten Jahrhundert von 1848 bis heute, Ffm 1960.

Stürmer, Michael, Die Reichsgründung, München 1984.

Völlmer, Udo, Die Armee des Königreichs Hannover. Bewaffnung und Geschichte von 1803 – 1866, Schwäbisch-Hall 1975.

Wersebe, Wilhelm von, Geschichte der Hannoverschen Armee, Hannover 1928.

Wolfram, G., Die Hannoversche Armee und ihre Schicksale in und nach der Katastrophe von 1866.

Aufzeichnungen und Akten des Hannoverschen Generalstabschefs Oberst Cordemann, Hannover 1904.

100 Jahre Panzer – Die Revolution des Landkriegs

Nach ihrem ersten Einsatz vor hundert Jahren sind Panzer heute ein fester Bestandteil vieler Armeen

Roland Beck

Das Bedürfnis, sich im Kampf vor Waffeneinwirkung und gegen Verwundung zu schützen, ist vermutlich so alt wie die Menschheit. Die Römer entwickelten den Schutzschild und den Streitwagen, die Ritter im Mittelalter die Rüstung und das gepanzerte Schlachtross, und Leonardo da Vinci entwarf Ende des 15. Jahrhunderts die Panzerglocke, um Kämpfer geschützt an den Gegner heranzuführen. Aber erst mit der Entwicklung des Verbrennungsmotors und der Panzerkette im Industriezeitalter wurden auch der nötige Antrieb und die Voraussetzungen geschaffen, um gepanzerte Kolosse in schwierigem Gelände vorwärtszubringen.

Das Industriezeitalter brachte weitere Waffen hervor, die einen gepanzerten Schutz des Kämpfers nötig machten. Bereits im Russisch-Japanischen Krieg von 1904/05 wurde das Maschinengewehr wirkungsvoll eingesetzt, und auch die Artillerie verfügte über immer grössere Feuerkraft. Nicht genug, zu Beginn des Ersten Weltkrieges tauchten auch die ersten Kampfflieger am Himmel auf und wurden neben ihrer Rolle als Artilleriebeobachter und Bombenträger bald zu einem immer wirkungsvolleren Kampfmittel gegen Bodentruppen.

Der Kaiser setzt aufs Pferd

In politischen und militärischen Kreisen wurden die Konsequenzen aus den neuesten kriegstechnischen Entwicklungen ganz unterschiedlich gezogen. So meinte beispielsweise der österreichische Kaiser Franz Joseph I. nach einer Demonstration eines gepanzerten Prototyps, solch lärmige motorisierte Fahrzeuge würden die Pferde erschrecken, und er lehnte das Projekt ab. Ganz anders in England, hier erkannte der Erste Seelord der Admiralität von 1911 bis 1915, Winston Churchill, früher als andere die Bedeutung gepanzelter Kampffahrzeuge, und er ließ in seinem Marineministerium die ersten Panzer unter dem Tarnnamen „Tank“ bauen.

So waren es britische Panzer des Typs Mark I, die im Morgennebel des 15. September 1916 an der Somme bei Flers in die deutschen Verteidigungslinien

einbrachen. Ihr Erfolg war bescheiden, weil viele der 32 Panzer durch technische Defekte ausfielen, die Verbindung unter ihnen nicht funktionierte und die Infanterie das gewonnene Gelände nicht sichern konnte. Doch dieser bescheidene Anfangserfolg genügte, um eine Entwicklung in Gang zu setzen, die auf der Seite von Deutschlands Kriegsgegnern mächtig vorangetrieben wurde.



Panzer des Typs Mark I

Schon im folgenden Jahr präsentierten die Franzosen ihren Renault FT, der etwas schneller als seine Vorgänger war, über einen drehbaren Turm verfügte und in Massenproduktion hergestellt werden konnte. Auch die Engländer blieben nicht untätig und planten im Frühjahr 1919 mit einer konzentrierten Panzeroperation tief hinter die deutschen Linien vorzustoßen. Der Waffenstillstand beendete am 11. November 1918 den Ersten Weltkrieg und damit auch diese Planungsarbeit. Die Engländer nahmen aber damit ein taktisch-operatives Konzept vorweg, das dann die Deutschen in der Zwischenkriegszeit zur Perfektion weiterentwickelten.

Nach der Katastrophe des Krieges war vorerst niemand an der Weiterentwicklung der Panzerwaffe interessiert. Einzig in Deutschland gab es Kräfte, Politiker und Offiziere, die auf die Beseitigung des Versailler Vertrages hinarbeiteten und sich die Rückeroberung verlorener deutscher Gebiete auf die Fahne schrieben. Auch Adolf Hitler erkannte bald nach 1933 die Bedeutung der Panzerwaffe als Waffe, mit der ein großräumiger Angriffskrieg geführt werden konnte. Viele modern denkende deutsche Offiziere, vor allem aus der Kavallerie der Reichswehr, traten damals zur jungen Panzerwaffe über und wurden gefördert.

Selbständig operierende Panzerverbände

Die Erkenntnis über die Bedeutung der Panzerwaffe und ihrer neuen Dimension im modernen, hoch beweglich geführten Krieg war aber im damaligen deutschen Offizierskorps nicht einhellig. So vertrat beispielsweise der Chef des Generalstabes des Deutschen Heeres von 1935 bis 1938, General der Artillerie Beck, noch bis zu seinem Rücktritt am 1. November 1938 die Auffassung, die Panzer müssten hauptsächlich den Infanteriekampf unterstützen und seien deshalb nicht in operative, selbständig einzusetzende Großverbände zusammenzu-

fassen. Eine ganz andere Auffassung vertraten der Kommandierende General der Panzertruppe Lutz und die Generäle Nehring und Guderian: Nach dem Grundsatz der Schwerpunktbildung und Stoßkraft sollten die Panzer zu selbständig operierenden Großverbänden zusammengefasst werden. Dieser Auffassung schloss sich Hitler nach Teilnahme an einer Übung an, in der die Möglichkeiten der neuen Waffe vorgeführt worden waren.

Guderian studierte gründlich die Militärgeschichte des Ersten Weltkrieges bereits in seiner früheren Verwendung in der Reichswehr beim Telegrafens-Bataillon Nr. 3 vor dem Hintergrund seiner Einsatzerfahrungen im Krieg und später als Chef des Truppenamtes für Heerestransporte. Er erkannte dabei die überragende Bedeutung der Funkverbindung innerhalb von Panzerverbänden sowie die großen Herausforderungen ihrer Versorgung im Einsatz und bei ihrer Instandsetzung. Dass er auf die logistische Unterstützung der Panzer in Schlacht und Gefecht in der Führung ein Schwergewicht legte, ist ein gewichtiger Grund für seine späteren Erfolge im Zweiten Weltkrieg.

Guderian beschäftigte sich aber in seinen Studien nicht nur mit technischen und taktischen Fragen. In seinem Lehrbuch „Achtung – Panzer!“ (1937) zeigt er auch, dass er die Bedingungen für den erfolgreichen Panzereinsatz auf strategischer, operativer und taktischer Ebene erkannt hatte. Er sah den Einsatz der Panzerwaffe immer im engen Verbund mit der Infanterie und der Artillerie, betonte die überragende Bedeutung der Luftherrschaft über dem Operationsgebiet und wies auf die Notwendigkeit der unmittelbaren Unterstützung der Landoperationen durch die Luftwaffe hin. Die strategische Relevanz von Rohstoffquellen für die Treibstoffgewinnung hob er besonders hervor.

Briten lösen Panzerbrigade wieder auf

Im Zuge der gigantischen Aufrüstung der Wehrmacht nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland beschäftigten sich insbesondere auch Frankreich, Großbritannien und Russland mit der Panzerentwicklung und der Einwicklung von neuen Einsatzgrundsätzen. In Frankreich prägte als Stabsoffizier der spätere General und Staatspräsident Charles de Gaulle mit seinen Werken „Le fil de l'épée“ (1932) und „Vers l'armée de métier“ (1934) die Diskussion und beeinflusste stark auch russische Militärkreise. Wie sich im Zweiten Weltkrieg zeigen sollte, sahen beide Länder den Panzer als Unterstützungswaffe der Infanterie.

In Russland wurde die Doktrin erst im Laufe des Krieges an die deutsche Strategie angepasst und den Panzerverbänden eine entsprechend große operative Bedeutung zugemessen. In Großbritannien hingegen wurde eine gepanzerte „Experimental Brigade“ unter dem Panzerexperten Generalmajor Fuller in den dreissiger Jahren wieder aufgelöst.

Erfolge mit gepanzerten Großverbänden

Die Bedeutung gepanzerter Großverbände erreichte im Zweiten Weltkrieg ihren Höhepunkt. Die großen deutschen Erfolge zu Beginn des Krieges waren der später so bezeichneten Blitzkriegsstrategie zu verdanken, die auf Überraschung des Gegners, auf Durchbruch mit konzentrierten Panzerverbänden an unerwarteter Stelle, auf Umfassung des Gegners in der Tiefe des Raumes und schliesslich auf Einkesselung und Vernichtung beruhte. Dass ein solches militärisches Vorgehen überhaupt möglich war, setzte allerdings voraus, dass auf politischer Ebene der Wille zum Angriffskrieg und zur Niederwerfung fremder Länder vorhanden war. Und dieser Wille war bei Adolf Hitler bis zum Schluss dominant.

Im Frankreichfeldzug 1940 zeigte sich die überlegene deutsche Operationsführung besonders deutlich. Während die deutschen Panzerverbände, straff und wendig geführt, auf den engen Strassen durch die stark bewaldeten Ardennen vorstießen und bei Sedan den Durchbruch durch die französischen Stellungen erzielten, waren auf französischer Seite die Panzer einzeln oder in kleinen Detachementen auf die Infanterie verteilt, ohne richtige Funkverbindung und mit vielen defekten Kampffahrzeugen als Folge ungenügender logistischer Unterstützung. Den Deutschen gelang es hingegen, mit massiver Feuerunterstützung der Luftwaffe, den Übergang über die Maas zu erzwingen, einen Brückenkopf zu bilden und diesen mit Infanterie zu behaupten und auszuweiten.

Wende in Stalingrad

Ab 1941 wendete sich das Blatt für die deutsche Panzertruppe. Entgegen der Auffassung des Generalstabes des Heeres entschied sich Hitler für zwei strategische Schwerpunkte: den Angriff auf Moskau und die Eroberung der Ölfelder im Kaukasus. Die völlig überdehnte deutsche Frontlinie führte zur Zersplitterung der Panzerkräfte, zur Überforderung der Luftwaffe und zu unüberwindbaren logistischen Problemen.

Der russische Winter, die Katastrophe von Stalingrad und die Kapitulation der 6. Armee im Februar 1943 führten zum Ende der deutschen Blitzkriegsstrategie. In der Folge wurden die deutschen Panzerverbände hauptsächlich in der Abwehr eingesetzt, und sie versuchten mit Gegenangriffen und Gegenstössen, meistens ohne den nötigen Raumschutz durch die Luftwaffe, Einbrüche in die deutsche Frontlinie zu bereinigen. Diese Taktik und die oftmals erfolgreiche Operationsführung der Panzerverbände der Wehrmacht lieferten in späteren Jahren der Schweiz die Grundgedanken für die Abwehr und die dynamische Raumverteidigung mit gepanzerten Kräften.

Die Russen lernen von den Deutschen

Auf russischer Seite wurden die ersten Kriegsjahre aufmerksam verfolgt. Daraus wurde die Einsicht von der überragenden Bedeutung gepanzerter Großverbände in Kombination mit einer überlegenen Luftwaffe gewonnen. 1942 kamen erstmals die kampfwertgesteigerten russischen Panzer vom Typ T-34 und KW-1 zum Einsatz und bewirkten bis zur Einführung technisch gleichwertiger und überlegener Panzer auf deutscher Seite eine Schockwelle.

Die russische Einsatzdoktrin lautete nicht Taktik und Strategie, sondern schlicht und einfach Feuerkraft und Masse. Damit walzten die Russen unterlegene deutsche Frontverbände nieder und nahmen Berlin mit hohen materiellen und personellen Verlusten.

Die russische Einsatzdoktrin lautete nicht Taktik und Strategie, sondern schlicht und einfach Feuerkraft und Masse. Damit walzten die Russen unterlegene deutsche Frontverbände nieder und nahmen Berlin mit hohen materiellen und personellen Verlusten.

Untergang in den Ardennen

Mit der Landung der Alliierten am 6. Juni 1944 wurden die deutschen Panzerverbände an der Westfront vor eine letzte Herausforderung gestellt. In richtiger Voraussicht setzte sich Generalfeldmarschall Rommel in der Normandie angesichts der alliierten Luftüberlegenheit für einen küstennahen Einsatz der verbleibenden Panzerkräfte ein, doch General Geyr von Schweppenburg beharrte auf seiner Ansicht, die ihm unterstellten Panzerverbände an der Westfront müssten als operative Reserve im Hinterland bereitgestellt werden. Dieser deutsche Entscheid erleichterte den Alliierten die Bildung von Brückenköpfen auf dem französischen Festland und den Ausbruch in Richtung Caen, Falaise und Paris.

Trotz technischer Überlegenheit – einzelne deutsche Panzer vom Typ Tiger setzten ganze Kompanien mit amerikanischen Panzern vom Typ Sherman ausser Gefecht – war der Untergang der deutschen Panzertruppe nicht mehr aufzuhalten. Ein letzter Versuch, das Blatt zu wenden, erfolgte am 16. Dezember



Panzerkampfwagen VI Tiger

1944 mit der Eröffnung der Ardennenoffensive. Doch ohne Raumschutz durch die Luftwaffe und ohne genügende Treibstoffreserven war die Operation zum Scheitern verurteilt.

Auswirkungen des Atomwaffeneinsatzes

Die Weiterentwicklung der Panzerwaffe in der Nachkriegszeit und während des Kal-

ten Krieges war wesentlich durch die Erfahrungen in den beiden Weltkriegen geprägt. Dabei spielten die Giftgaseinsätze im Ersten Weltkrieg und der amerikanische Atomwaffeneinsatz in Hiroshima und Nagasaki auf dem japanischen Kriegsschauplatz im Zweiten Weltkrieg eine wichtige Rolle.

Auch immer leistungsfähigere Panzerabwehrwaffen und schwer detektierbare Minen bestimmten die Weiterentwicklung gepanzerter Fahrzeuge. Sie mussten gegen chemische und biologische Kampfstoffe, gegen die Auswirkungen der neu auftretenden taktischen Atomwaffen und gegen Panzerabwehrwaffen mit hoher Durchschlagsleistung geschützt werden. Auch die Begleitinfanterie musste besser geschützt werden. Die offenen Halbketten-Fahrzeuge für die Begleitinfanterie wurden durch Kampfschützenpanzer ersetzt, die Artilleriegeschütze gepanzerter und mechanisiert und die ganze Logistik auf den modernen Panzereinsatz umgerüstet.

Chruschtschow präferiert die Atomwaffe

In der Taktik und in der Operationsführung schien die Zeit großer Panzerarmeen endgültig vorbei zu sein. Große Massierungen von Panzerverbänden wären ein zu lohnendes Ziel für den taktischen Atomwaffeneinsatz gewesen. In Russland war deshalb der Kremlchef Nikita Chruschtschow der Meinung, die atomare Abschreckung genüge, um die Sicherheit des Landes zu gewährleisten, und eine Investition in konventionelle Rüstung lohne sich nicht mehr. Damit waren aber die Sowjetmarschälle und die Vertreter der Schwer- und Rüstungsindustrie nicht einverstanden.

Im Oktober 1964 wurde Chruschtschow vor das Zentralkomitee zitiert und all seiner Ämter enthoben. Die Sowjetmarschälle, die mächtige Rüstungslobby und die Hardliner im Zentralkomitee der KPdSU hatten ihn gestürzt.

Kurswechsel in Moskau

Unter Nachfolger Leonid Breschnew wurde wieder mächtig in die Weiterentwicklung und den Ausbau der russischen motorisierten und gepanzerten Kräfte investiert. Drei unterschiedliche, schwere Panzertypen wurden entwickelt, um ganz im Stil der Blitzkriegsstrategie des Zweiten Weltkrieges große Angriffsoperationen in die Tiefe des gegnerischen Raumes führen zu können.

Auf amerikanischer Seite wurde auf die russische konventionelle Aufrüstung mit der neuen Strategie der „Flexible Response“ reagiert, das schwere Panzergerät aufgerüstet und mit dem Panzer M1 Abrams ein Kampfpanzer entwickelt, der den russischen schweren Kampfpanzern vom Typ T-72 und T-80 ebenbürtig war. Zugleich wurden auch in anderen westlichen Staaten die Panzerkräfte weiterentwickelt. Das berühmteste Beispiel ist der deutsche Kampfpanzer Leopard 2, der heute noch in der Schweiz und in vielen anderen Staaten der Welt eingesetzt wird.

Zunächst konventionelle Waffen

Die Doktrin des nordatlantischen Verteidigungsbündnisses NATO unterschied sich nicht wesentlich von der sowjetischen Doktrin des Warschauer Paktes. Zwar waren die Panzerverbände auf westlicher Seite besser in infanteristische Verteidigungsverbände eingebettet, und offiziell sprach man von Vorverteidigung.

Doch in den konkreten militärischen Planungsarbeiten zeigte sich, dass auch das westliche Verteidigungsbündnis bestrebt war, bei Kriegsausbruch mittels der Luftstreitkräfte auf dem Territorium des Gegners das Aufschliessen der zweiten operativen Staffeln des Warschauer Paktes zu verzögern und die „Erste Schlacht“ mit konventionellen Kräften so lange wie möglich zu führen, bevor der Einsatz von Atomwaffen notwendig werden sollte.

Panzer im Häuserkampf

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Herbst 1989 änderte sich die Lage, und Jahre der Ungewissheit über die Zukunft der Panzerwaffe folgten. Erst 2000 schaffte die große Millenniumskonferenz des amerikanischen Heereskommandos in Fort Knox Klarheit. Demnach waren große Panzeroperationen mit schweren Kampfpanzern, wie wir sie in den israelischen Kriegen und in den beiden Golfkriegen erlebt haben, immer noch möglich, als viel wahrscheinlicher wurde aber der Einsatz von Panzerkräften in städtischen Zonen bezeichnet, mit starker Beteiligung von Infanterie und Artillerie.

Der schwere Kampfpanzer blieb also auch im Zeitalter der asymmetrischen Kriegführung ein wichtiger Träger des Kampfes, nicht zuletzt, weil er das bestgeschützte Kampffahrzeug ist und mit Spreng- und Wuchtgeschossen sowie einer neuartigen Schrotmunition die grösste Waffenwirkung erzielen kann. Aber in der Taktik des urbanen Kampfes kam der Infanterie wieder die führende Rolle zu. Diese Einsicht hatte weitreichende Folgen für die Ausbildung der

Die derzeitige Wiederbelebung der Landes- und Bündnisverteidigung aufgrund der kritischen Entwicklungen an der Ostgrenze der NATO, vorangetrieben durch den russischen Präsidenten Wladimir Putin, führt in den USA und in Deutschland zu einer erneuten Verstärkung der Panzertruppe und macht ihre zu starke Reduzierung in den zurückliegenden Jahren rückgängig.

Panzertruppen. Selbst in der Schweiz wurde deshalb zu diesem Zweck ein Übungsdorf erbaut, um die Kampftruppen realistisch im Gefecht der verbundenen Waffen im überbauten Gebiet und in städtischen Zonen zu schulen.

Auch nach hundert Jahren scheint der Panzer seine große Bedeutung als äußerst wirkungsvolle und effektive Waffe zu behaupten.

Die derzeitige Wiederbelebung der Landes- und Bündnisverteidigung aufgrund der kritischen Entwicklungen an der Ostgrenze der Nato, vorangetrieben durch den russischen Präsidenten Wladimir Putin, führt in den USA und in Deutschland zu einer erneuten Verstärkung der Panzertruppe und macht ihre zu starke Reduzierung in den zurückliegenden Jahren rückgängig.

Panzer der Zukunft

In neuester Zeit investieren vor allem Russland, aber auch die Türkei, China, Japan, Südkorea sowie Indien in die Weiterentwicklung schwerer Kampfpanzer. Der neue russische Panzer T-14 Armata steht angeblich kurz vor der Serienfertigung. Er verfügt über ein neuartiges unbemanntes Turmsystem mit

Scheitellafette. Die Besatzung ist vollständig in einer isolierten Kapsel untergebracht. Der Turm wird ferngesteuert. Die 125mm Kanone ist gegenüber der bisherigen Kanone wesentlich leistungsgesteigert. Die großen Anstrengungen im Panzerbau lassen darauf schliessen, dass der Kampfpanzer in der russischen Doktrin wieder eine wichtige Rolle spielen wird.

Leopard 3 bis 2035

In den westlichen Staaten wird vor allem in mehreren deutschen Rüstungskonzernen an der Weiterentwicklung und Kampfwertsteigerung des Kampfpanzers Leopard 2 gearbeitet. Der Nachfolger soll in deutsch-französischer Rüstungskooperation bis zum Jahr 2035 entwickelt sein. Auch in der Schweiz sorgt ein Werterhaltungsprogramm dafür, dass die verbleibenden 134 Kampfpanzer Leopard 2 mit der Entwicklung Schritt halten können.



Kampfpanzer Leopard 2

In den USA steht nicht in erster Linie die Weiterentwicklung des Kampfpanzers M1 Abrams im Zentrum, sondern Forschungsarbeiten an einem ganz neuen Panzertyp.

Der amerikanische Panzer der Zukunft soll nicht nur kleiner, leichter und schneller sein, er soll auch noch fast unsichtbar sein. Eine ausgeklügelte Tarnung soll ihn vor Infrarotkameras und elektromagnetischer Strahlung schützen.

Die Aufgaben der Panzer haben sich über die Jahre verändert. Der Panzer bleibt aber in allen möglichen Szenarien das Kampffahrzeug mit dem besten Schutz, mit der leistungsfähigsten Kanone und mit den wirkungsvollsten Sekundärwaffen.

Welche Veränderungen in der Taktik und Operationsführung der revolutionäre Tarnkappen-Panzer der USA bringen wird, ist schwierig abzuschätzen. Sicher ist, dass die russische Entwicklung eines hochmodernen schweren Kampfpanzers darauf hindeutet, dass großräumige Angriffsoperationen und der Kampf in städtischen Zonen auch in Zukunft zur russischen Doktrin gehören werden.

Sich von Russland nicht abhängen lassen

Die amerikanischen Planungen deuten eher darauf hin, dass die USA gewillt sind, Verbündete rasch mit massiven Kräften zu unterstützen. Wichtig bleibt, dass in Westeuropa die Entwicklung in der Panzertechnik nicht stehenbleibt und dass insbesondere die deutsche und die französische Rüstungsindustrie mit der russischen Panzerentwicklung Schritt halten kann.

Zum Autor: Der Autor ist promovierter Historiker, früherer Berufsoffizier der Panzertruppen der Schweizer Armee und ehemaliger Chefredaktor der Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift ASMZ. Er war der erste Präsident der Sektion Schweiz von 2003 – 2009 und ist Ehrenmitglied der Clausewitz-Gesellschaft“.

Der Beitrag ist am 15. September 2016 als Leitartikel in der Neuen Zürcher Zeitung, Nr. 215, S. 8/9, erschienen.

Desertifikation, Dschihadismus und Staatszerfall in der Sahelzone Afrikas

Konsequenzen für die Region und Europa

Hannelore Kußerow
Arno Meinken
Nikolaus Scholik

Vorwort

„Da nun aber die Überlebensressourcen schwinden, zumindest in manchen Regionen Afrikas, Asiens, Osteuropas, Südamerikas, der Arktis und der Inselstaaten im Pazifik, wird das Problem auftreten, dass immer mehr Menschen immer weniger Grundlagen zur Sicherung ihres Überlebens vorfinden. Es liegt auf der Hand, dass dies zu Gewaltkonflikten zwischen denen führt, die sich von ein- und demselben Stück Land ernähren oder aus derselben verrinnenden Wasserquelle trinken wollen, und genauso liegt es auf der Hand, dass man in absehbarer Zeit Umwelt- und Kriegsflüchtlinge nicht mehr sinnvoll voneinander unterscheiden können wird, weil neue Kriege umweltbedingt entstehen und Menschen vor der Gewalt fliehen. Da sie irgendwo bleiben müssen, entwickeln sich weitere Gewaltquellen – in den Ländern selbst, in denen man nicht weiß, wo man hin soll mit den Binnenflüchtlingen, oder an den Grenzen der Länder, in die sie hineinwollen, wo man sie aber aufkeinen Fall haben möchte“ (aus H. Welzer 2010: Klimakriege – wofür im 21. Jahrhundert getötet wird).

1. Physisch-geographische Ausgangssituation

1.1 Geographische Übersicht

Die Sahelzone ist in der Weltöffentlichkeit seit den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts durch wiederkehrende Dürren, Desertifikationsprobleme, große Armut, aber auch durch Verschuldungsproblematiken und das Problem der Abhängigkeit von Weltmarktpreisen (Exportkulturen) bekannt. Seit der Jahrtausendwende kommen weitere Elemente hinzu, wie die zunehmenden Radikalisierungstendenzen und das hochdynamische chinesische Engagement. Dieser Artikel analysiert das Spannungsfeld zwischen den naturräumlichen Einflussfaktoren wie Desertifikation und den aktuellen Dynamiken Dschihadismus und Salafismus aus Sicht der natürlichen Ressourcenlage und untersucht die sicherheitspolitischen Konsequenzen für Europa.

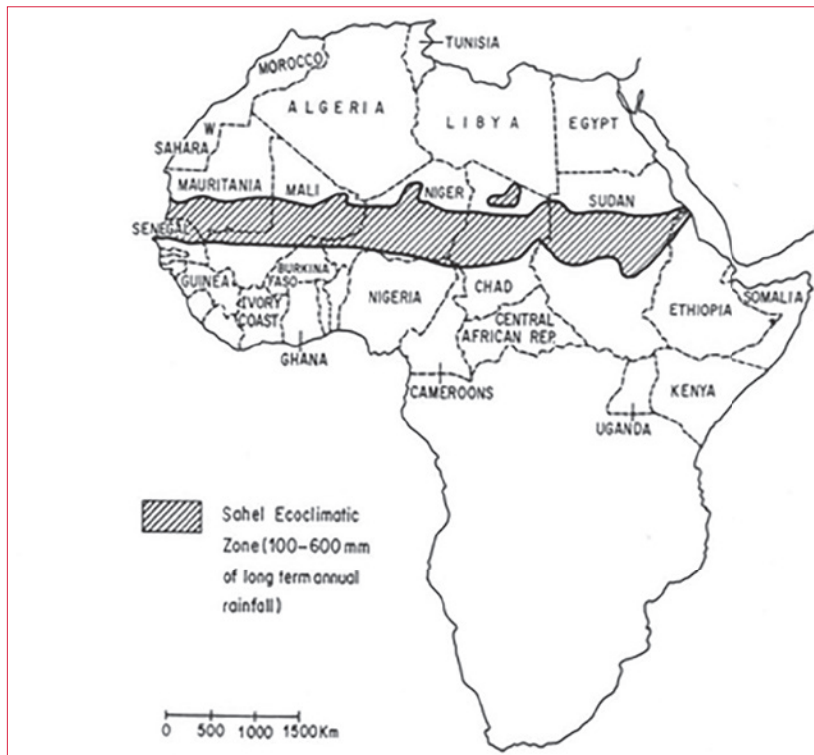


Abb. 1: Lage der Sahelländer (Le Houérou 1989)

Die Länder in der Region - zu den Sahelstaaten zählen Mauretanien, Senegal, Mali, Burkina Faso, Niger, Tschad, Sudan und der nordwestliche Teil von Äthiopien weisen die höchsten Geburtenraten und gleichzeitig die geringsten Raten auf dem Index zur menschlichen Entwicklung (HDI, UNDP 2015) auf. Das wird besonders im Niger deutlich. Das HDI-Ranking (UNDP 2015) verzeichnet für den Niger mit dem Wert 188 die letzte Position. Bezüglich der Geburtenraten weist der Niger mit einer Gesamtfruchtbarkeitsrate von 7,6% gleichzeitig den höchsten Wert der Welt auf (DSW 2016). Die Gesamtfruchtbarkeitsrate ist die durchschnittliche Anzahl von Kindern, die eine Frau in ihrem Leben gebärt, wenn die heutige altersspezifische Geburtenrate während ihrer fruchtbaren Jahre (zwischen dem 15. und 49. Lebensjahr) konstant bleibt (DSW 2016). In einem Interview des Staatspräsidenten des Niger (Jeune Afrique 2014/15) zitiert der Präsident eine aktuelle Studie zu der Anzahl der

gewünschten Kinder in seinem Land. Frauen wünschen sich dem nach neun Kinder (das Land weist mit einer Gesamtfruchtbarkeitsrate von 7,6 Kindern bereits den weltweit höchsten Wert auf) und Männer elf Kinder. Er fordert ein Umdenken in Richtung einer demographischen Wende; die Kinderzahl sollte sich nach der Fähigkeit richten, sie zu ernähren und eine Ausbildung zu zahlen.

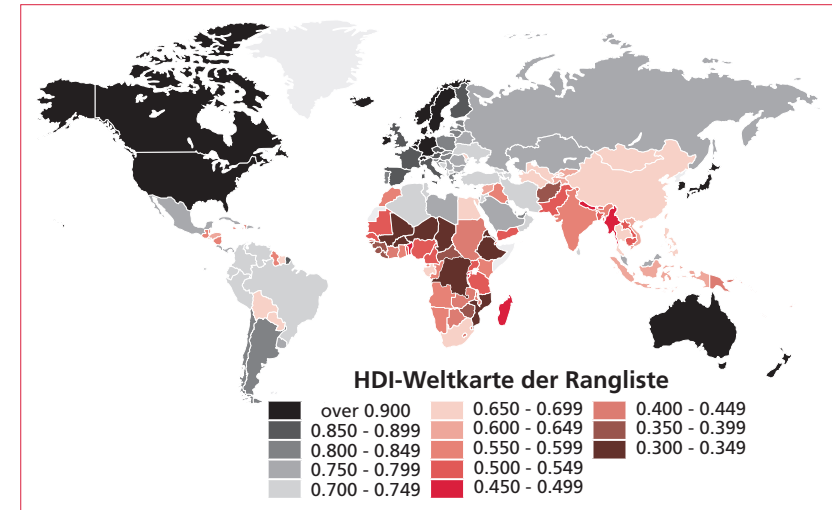


Abb. 2: HDI Ranking (UNDP 2014, LEXAS Länderdaten 2014).

Land	Gesamtfruchtbarkeitsrate	Bevölkerung Mitte 2016 (in Mio.)	Bevölkerungsprojektion bis 2030 (in Mio.)	Bevölkerungsprojektion bis 2050 (in Mio.)
Mauretanien	4,2	4,2	5,7	8,0
Senegal	5,0	14,8	21,6	34,4
Mali	6,0	17,3	26,1	43,6
Burkina Faso	5,7	19,0	28,2	47,0
Niger	7,6	19,7	34,3	68,9
Tschad	6,4	14,5	22,7	38,5
Sudan	5,2	42,1	61,7	105,0

Tab. 1: Zusammenstellung von der Gesamtfruchtbarkeitsrate, Bevölkerung 2016 und Bevölkerungsprojektion für die Jahre 2030 und 2050 nach DSW (2016).

Die überwiegend dem ehemaligen französischen Kolonialgebiet (Ausnahme Sudan und Äthiopien) zugehörigen Länder waren selbst noch in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts, also vor Beginn der Entwicklungszusammenarbeit, nicht so arm an natürlichen Ressourcen wie heute. Für das 18. und 19. Jahrhundert belegen Reiseberichte von Europäern wie z.B. Mungo Park (in Hoffmann 1799) und Oskar Lenz (Lenz 1892) eine reiche Flora und Fauna für das heutige Grenzgebiet Mauretanien/Mali. Beide Autoren erwähnen sehr gute Ernten, auch ausgedehnte Maisfelder in Gebieten, in denen heute bereits der Trockenhirseanbau problematisch ist.

1.2 Naturräumliche Voraussetzung

Subsistenzwirtschaft ist die vorherrschende Wirtschaftsform im Sahel und wird von über 85% der Saheliler betrieben (Krings 2006), das sind Mitte 2016 ca. 130 Mio. Menschen (DSW 2016). Die wichtigsten Ressourcen sind Wasser, Zugang zu ackerbautauglichen und Weidegebieten sowie die Holzressourcen. Diese stellen die primäre Energieform des Sahel dar. Holz und Holzkohle sind die wichtigsten Brennstoffe, etwa 98% der ländlichen und 90% der städtischen Bevölkerung des Sahel verwenden diesen Energieträger (Krings 2006). Nach einer aktuellen Studie der International Energy Agency (IEA 2014) zum Thema Africa Energy Outlook haben über 75% der Bevölkerung von Burkina Faso, Mauretanien, Niger und Tschad keinen Zugang zu Elektrizität. Für die Staaten Mali und Sudan sind es 50-75% und für den Senegal 25-49%. Diese Studie gibt weiterhin eine Übersicht zu den Energieträgern, die auf dem afrikanischen Kontinent für das Kochen verwendet werden (Abb.3).

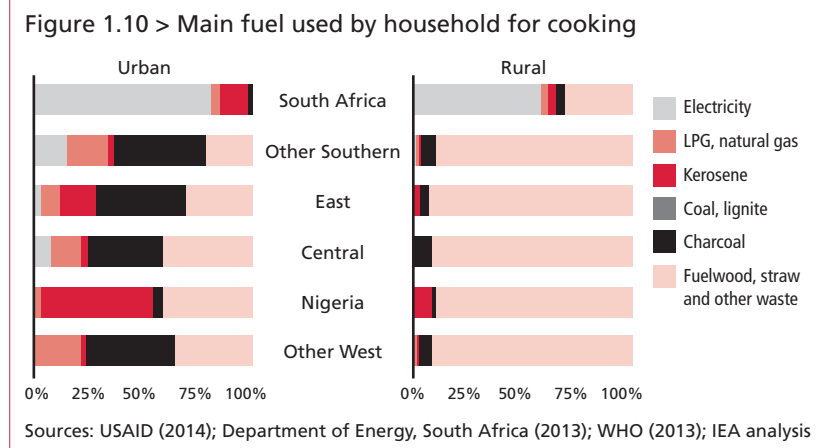


Abb. 3: Aufstellung der Hauptenergieträger zum Kochen (IEA 2014).

Niederschläge:

Das 20. Jahrhundert zeichnet sich durch vier Dürrephasen und eine feuchte Periode aus (Nicholson 1981). Neuere Untersuchungen zum Niederschlagsgeschehen und der Vegetationsdynamik im Sahel zwischen 1981 und 2003 geben u.a. Anyamba & Tucker (2005) und Nicholson (2005). Die Autoren verweisen allerdings auch darauf, dass die gemessene, relative Niederschlagserrhöhung bei weitem nicht die Regenmengen aus der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts (seit 1930) erreicht.

Pflanzliche Ressourcen:

a) Ackerbau

Die für den Ackerbau nutzbare Fläche beträgt weniger als 30% (Ausnahme Senegal und Burkina Faso) der gesamten Fläche der Sahelstaaten (Abb.4 und 5). Diese Fläche wird zunehmend übernutzt, Geld für den Kauf von Düngemitteln (über die natürliche Düngung hinaus notwendig) ist nicht vorhanden.

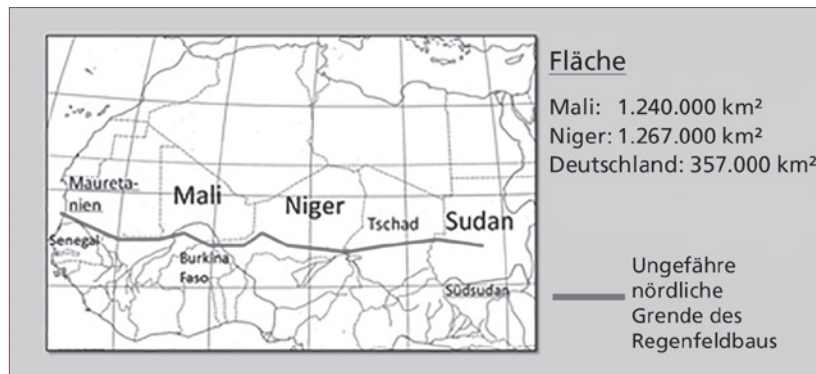


Abb. 4: Ungefähre nördliche Grenze des Regenfeldbaus in den Sahelstaaten.

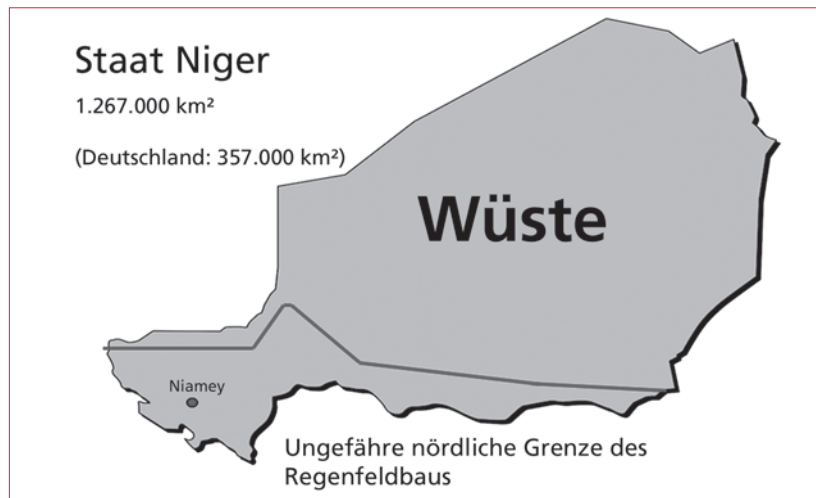


Abb. 5: Ungefähre nördliche Grenze des Regenfeldbaus im Niger

b) Vegetation (Holz- und Weideressourcen)

Französische Botaniker (u.a. Trochain 1940, Roberty 1946, Aubréville 1949, Peyre de Fabregues et al. 1976) dokumentieren noch für die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts Florengesellschaften, die sich aus vielen Arten zusammensetzten und den Menschen vor Ort als zusätzliche Ernährungsgrundlage zur Verfügung standen (Fruchtbaumarten). Insbesondere wurden viele Pflanzenarten auch für medizinische und kosmetische Zwecke genutzt. So konnten die

beiden großen Dürren aus dieser Periode (1908-14/15 und 1941/49) von der Bevölkerung auch ohne Unterstützung von außen verkraftet werden, da die pflanzlichen Ressourcen den Menschen und seine Nutztiere ernährten (Berge-ret & Ribot 1990). Engpässe wurden zudem durch die Jagd kompensiert. Der Wildtierbestand der Sahel/Sudanzone nimmt seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts ständig ab. Zum Großwildbestand des heutigen Sahel zählten noch in den dreißiger Jahren verschiedene Antilopenarten, Büffel, Elefanten, Giraffen, Löwen, Hyänen, Affen usw.

2. Bedrohungsszenario Desertifikation

2.1 Prozessbeschreibung der Desertifikation

Unter Desertifikation wird hier ein durch den Menschen induzierter Prozess in Wüstenrandgebieten verstanden, der einen Aridisierungstrend verstärkt und zu wüstenähnlichen Verhältnissen in Gebieten führt, die dem Ökosystem Wüste aktuell nicht zugeordnet werden können (verändert nach Mensching 1990).

Auf Basis eigener Untersuchungen in Mali, Niger, Burkina Faso, Mauretanien, Tschad und Sudan/Darfur sind Aufflichtungen der ursprünglich homogenen Savannenstruktur ein Schlüsselcharakteristikum für das Prozessgeschehen Desertifikation. Diese Aufflichtungen können bis zur Freilegung von Dünen und deren Mobilisation führen. Reichelt (1987) und Reichelt et al. (1992) sprechen in diesem Zusammenhang von der Wiederkunft einer alten Wüste. Gemeint ist hier die letzte hocharide Phase Nordafrikas (20 000 - 14 000 Jahre vor heute, Baumhauer et al. 2009). Der Begriff „vor heute“ oder before present (BP) bezieht sich auf das Jahr 1950. Für die Ostsahara wird dieser Zeitraum mit 22 000 - 10 000 vor heute nach Pachur & Altmann (2006) angegeben.

Die Aufflichtungen in der Vegetationsbedeckung können klimatisch und/oder anthropogen induziert sein. Selektives Artensterben und Holzeinschlag resultieren in einer stark fragmentierten Vegetationsbedeckung, in der teilweise bereits abgestorbene Gehölz- und/oder krautige Vegetation noch den sandigen Oberboden fixieren. Die dazwischen liegenden bereits erodierten Flächen weisen häufig Versiegelungshorizonte auf, die auch durch biogene Krusten gekennzeichnet sein können (Hahn & Kusserow 1998). Le Houérou (1989), Mensching (1990) und Baumhauer (2011b) diskutieren Verhärtungen und Krustenbildung der Böden als einen Indikator für Desertifikation.

Dieser Vorgang der Fragmentierung bzw. Kontraktion von Vegetation (überwiegend Gehölze) lässt sich in Satellitenbildern der Serie Landsat nachweisen (Kusserow & Haenisch 1999). Aus einer ursprünglich diffus verteilten Savanne entwickelt sich über unterschiedliche Stadien einer kontrahierten, reliktschen Savanne ein nahezu vegetationsloser, wüstenähnlicher Zustand. Diese finalen Stadien finden sich aber nicht in allen Untersuchungsgebieten. So lassen sich für Bereiche im südlichen Mauretaniens, im östlichen Tschad und im nördlichen Darfur noch unterschiedliche Phasen der Fragmentierung der Vegetation nachweisen. Für alle untersuchten Gebiete gilt, dass dichte und durch einen ursprünglich homogenen Bedeckungsgrad gekennzeichnete Savannen (Untersuchungsbasis sind Landsat - Daten aus den 1970er Jahren) inzwischen stark aufgelichtet bzw. fragmentiert sind. Mittels Satellitenbildanalysen unterschiedlicher Jahre lässt sich dieser Prozess u.a. über die Veränderung der Dichte der Gehölzvegetation seit 1972 belegen und quantifizieren (Kusserow 1995, 2002 a, b; 2003, 2005, 2009). Die verwendete Methodik basiert auf visuellen Interpretationstechniken (on screen Verfahren) und GIS Verarbeitung.

Ein weiteres Kriterium für Desertifikation ist die Änderung in der Artenzusammensetzung der Flora der südsahelisch – nordsudanischen Übergangsbereiche. Geländeuntersuchungen und Vergleiche mit historischen Quellen (Kusserow 1994,1995) belegen die Verschiebung von noch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vorhandenen mehr feuchteliebenden Florenelementen in der Vegetation des Untersuchungsgebietes (Region Canal du Sahel, Mali) hin zu trockenresistenten Elementen. Dabei ist zugleich eine Artenverarmung festzustellen, d.h. anspruchslose Arten (Pionierstadien) breiten sich aus. Mit dieser Entwicklung verlieren die Menschen im Sahel ihre noch in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts vorhandene breite Ressourcenbasis.

In den Satellitendaten aus den siebziger Jahren lässt sich eine noch homogene Savannenstruktur in nahezu allen untersuchten Gebieten (Mali, Niger und Darfur/Sudan) erkennen. Auch Untersuchungen zu der Verteilung und Dichte der Vegetation der achtziger Jahre im Vergleich zu 2001 (Mauretaniens, Region Guidimakha) und zu 2005 (Tschad, Regionen Ouaddaï-Biltine und Pala) weisen einen Rückgang der Gehölze auf (Kusserow 2002b, 2005). Der Hauptauslöser dieses Prozesses ist der Mensch (Abholzungen, Anlage von Feldern).

Es gibt nach wie vor widerstreitende Meinungen zum Thema „Desertifikation“. Dabei sprechen die einen (u.a. Mensching 1990, Hountondji et al. 2009, Baumhauer 2011a) von Desertifikation oder sogar von einem Voranschreiten

der Wüsten weltweit (hier insbesondere UN-Organisationen wie UNCCD 2016), wohingegen andere die Existenz von Desertifikation überhaupt in Frage stellen (u.a. Helldén 1991, Thomas & Middleton 1994, Nicholson et al. 1998, Olsson et al. 2005, Herrmann et al. 2005, Behnke et al. 2016).

In diesem Zusammenhang spielen neben naturwissenschaftlichen Fragestellungen vor allem auch forschungspolitische und finanzielle Interessen eine wesentliche Rolle (Thomas & Middleton 1994). Neuere Untersuchungen belegen differenziertere Sichtweisen die weder der häufig recht ungenauen Vorstellung des Desertifikationsprozesses noch dem neuen Paradigma des „Greening Sahel“ folgt. (z. B. Brandt et al. 2013, Herrmann & Sop, 2016).

Untersuchungen zu den Veränderungen der Grenze zwischen Sahelvegetation und Wüste mittels geringauflösenden NOAA-Satellitendaten (Tucker et al. 1991, 1999) für Nord-Afrika ergaben, dass sich diese Grenze in Abhängigkeit der jährlichen Niederschlagsmengen nach Norden (in Richtung Sahara) oder nach Süden (in Richtung sahelischer Savannen) verschiebt. Diese Untersuchungen der Schwankungen der Sahel-Sahara Grenze stellen ein Hauptargument der re-greening Diskussion.

Die Analyse von NOAA/NDVI Daten ermöglichen seit 1981 Untersuchungen zu der dynamischen Entwicklung der Sahelvegetation. Die Niederschläge haben seit der letzten Dürrephase (1982-1984) wieder zugenommen, erreichen aber nicht das Niveau vor 1968 (u.a. Lebel & Ali 2009). NDVI-Auswertungen zeigen ebenfalls eine Vegetationszunahme, diese Zunahme wird als „re-greening“ (u.a. Anyamba & Tucker 2005, Olsson et al. 2005, Herrmann et al. 2005, Nicholson et al. 2012) gedeutet und der Prozess der Desertifikation in Frage gestellt. Schulz et al. (2009) bewerten die Diskussionen um die Nord-Süd-Schwankungen der Sahara-Sahelgrenze als ein grundsätzliches Unverständnis der Vegetationsdynamiken im Grenzbereich Sahara-Sahel.

Desertifikationsprozesse im Sahel bedeuten also nicht eine Verschiebung der Sahara nach Süden, wie u.a. von Stebbing (1935) postuliert. Dieses Bild einer „nach Süden vorrückenden“ Sahara hat das Verständnis von Desertifikation allgemein erschwert. Desertifikation findet im Ökosystem Sahel statt, ursprünglich induziert über Rückkopplungsprozesse zwischen Klima und Mensch. Der anthropogene Faktor wird auf Basis eigener Untersuchungen inzwischen als Hauptauslöser angesehen.

Ergebnisse langjähriger Forschungen belegen den dramatischen Rückgang der Ressource Holz für nahezu alle Sahelländer (KUSSEROW 1986, 1990, 1994, 2002 a, b; 2003, 2005, 2009, 2014).

Auch ein graduell höherer Niederschlag resultiert nicht in einer Wiederherstellung der Savannen, wie sie nachweislich noch in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts vorhanden waren. Der Sahel ist heute die Region mit den weltweit höchsten Geburtenraten und der Hauptenergieträger ist die Ressource Holz (Feuerholz und Bauholz). Ohne Holz kein Essen!

Behrend (2015) diskutiert in seiner aktuellen Studie die Bedeutung von Degradationsprozessen und deren Folgen für die europäische Sicherheit. Er identifiziert vier Regionen („hot spots“), die durch Umweltdegradierung den stärksten Einfluss auf die europäische Sicherheit haben – der Sahel steht hierbei an erster Stelle.

2.2 Sozio-ökonomische Faktoren der Desertifikation

Neben der naturwissenschaftlichen Betrachtung der Desertifikation sind sozio-ökonomische Komponenten von ebenso großer Bedeutung. Hammer

Der Sahel ist heute die Region mit den weltweit höchsten Geburtenraten und der Hauptenergieträger ist die Ressource Holz (Feuerholz und Bauholz). Ohne Holz kein Essen!

(2005) diskutiert Desertifikation als Zusammenwirken von geökologischen, endogenen und exogenen Faktoren. Unter den exogenen Faktoren versteht er u.a. die Weltmarktorientierung und die Welt-

marktpreisschwankungen, weiterhin Welthandelsbedingungen, Verschuldungsproblematik und Exportproduktion sowie externe Wertevorstellungen und Technologien. Krings (2006) betont bei den Eingriffen „von außen“ die durch die Regierungen der Sahelländer und internationale Agrarfirmen geförderte Erzeugung von Exportkulturen wie Erdnuss und Baumwolle.

Auch die Deutsche Entwicklungszusammenarbeit hat in den achtziger und neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts einen Schwerpunkt auf die Förderung des Baumwollanbaus gelegt. Allerdings hat die ruinöse Subventionspolitik der USA („Farm Bill“, ein von Georg W. Bush 2002 unterzeichnetes Agrargesetz der Vereinigten Staaten) diese Strategie ad absurdum geführt. Die Bauern in Burkina Faso produzieren ihre Baumwolle dreimal billiger als die US-amerikanischen Farmer bei besserer Qualität (weil handgeerntet). Die US-amerikanischen Farmer wären ohne Subventionen gegenüber den Afrikanern

nicht konkurrenzfähig. Durch die Subventionen, die mit 4 Milliarden US \$ pro Jahr dreimal so hoch sind wie die US-amerikanische Entwicklungshilfe für Afrika, exportieren die US-Farmer mehr als je zuvor. Die Folge ist ein Verfall des Weltmarktpreises (Uchatius 2003).

Brandt & Neubert (2000) belegen, dass die EU seit über 10 Jahren die Entwicklung einer Tomatenindustrie in Westafrika durch Dumpingpraktiken verhindert. Durch Importe (Konzentrate)

gehen den Ländern einkommensschaffende Arbeitsmöglichkeiten verloren. Neue Artikel zu einer jahrzehntelang verfehlten Handelspolitik mit den afrikanischen Staaten sind bei Schumann (2016) und Krupa & Lobenstein (2015) nachzulesen. Europäische Agrarexporte mit billigen Hähnchenflügeln, subventioniertem Milchpulver und Gemüsekonserven (Beispiel Tomaten) überschwemmen die afrikanischen Märkte und bringen einheimische Bauern um ihre Existenz (Schumann 2016).

Die Bauern in Burkina Faso produzieren ihre Baumwolle dreimal billiger als die US-amerikanischen Farmer bei besserer Qualität (weil handgeerntet). Die US-amerikanischen Farmer wären ohne Subventionen gegenüber den Afrikanern nicht konkurrenzfähig.

Brot Für Die Welt in EPO (2013) dokumentiert den starken Anstieg in der Ausfuhr von Hähnchenfleisch durch deutsche Fleischexporteure nach Afrika. Waren es 2012 noch 19.183 Tonnen, erhöhte sich 2012 der Export auf 42.897 Tonnen. Die heimischen Konkurrenten können mit den Dumpingpreisen nicht konkurrieren.

Nach Krings 2006 ist eine Destabilisierung der ländlichen Sozial- und Produktionssysteme der Sahelländer durch das Aufbrechen der Subsistenzproduktion seit der Kolonialzeit nachweisbar. Scholz (2002) konstatiert in seiner Publikation zur Theorie der globalen fragmentierenden Entwicklung eine höchst gegensätzlich verlaufende „fragmentierende Entwicklung“ - gekennzeichnet durch einige im „Meer der Armut“ (durch Armut ausgegrenzte flächenhafte Restwelt) schwimmende „Inseln des Reichtums“.

Interessant ist, dass sich beide Entwicklungen - hier zunehmende sozio-ökonomische Veränderungen, damit verbundene Heterogenisierung und Fragmentierung, und dort die für die Desertifikation typische Entstehung und Ausbreitung einer räumlichen Heterogenität der Verteilung von Vegetation und sterilen Böden (Prozess „diffus zu kontrahiert“) - vom abstrakten Bild her ähneln. Beide Entwicklungen verstärken die Armut und resultieren letztendlich

in einer Verschärfung von Konflikten auf nationaler wie internationaler Ebene (Kusserow 2004).

3. Politische Einflussfaktoren

3.1 Der China-Faktor

Mit der kraftvollen Rückkehr des mächtigen Akteurs China nach Afrika ab dem Beginn des neuen Jahrtausends verändert sich die gesamte wirtschaftliche und politische Situation auf dem Kontinent (u.a. Alden et al. 2008, Gaye 2006, Gu 2006). Diese Entwicklung wird hier als „China Faktor“ zusammengefasst.

So ist die Volksrepublik (VR) China für Mali inzwischen mit großem Abstand der wichtigste Handelspartner des Landes, noch vor der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich (Kollmer 2013). China engagiert sich dabei insbesondere in großen Infrastrukturprojekten, die von westlichen Investoren bisher

Mit der kraftvollen Rückkehr des mächtigen Akteurs China nach Afrika ab dem Beginn des neuen Jahrtausends verändert sich die gesamte wirtschaftliche und politische Situation auf dem Kontinent. Diese Entwicklung wird hier als „China Faktor“ zusammengefasst.

vernachlässigt wurden, d.h. dem Bau von Brücken, Staudämmen, Straßen und Flughäfen (Berke 2006). Beispiele sind der Bau der dritten Nigerbrücke in Bamako/Mali (Pannke 2013), der zweiten Nigerbrücke in Niamey/Niger sowie die Asphaltierung der Straße von der tschadischen Grenzstadt

Adré nach El Geneina, der Distrikthauptstadt des westlichen Darfur/Sudan (eigene Beobachtungen). Nach Berke (2006) werden diese Vorhaben von der VR China wesentlich schneller realisiert als durch westliche Geber.

Darüber hinaus vergeben chinesische Erdölkonzerne zinsgünstige Kredite zur Lagerstättenerschließung, oft gebunden an Lieferbindungen und Kauf chinesischer Güter und Dienstleistungen (Hoffendahl & Jansen, 2009, 2012). 20 Milliarden US-Dollar wird China dem afrikanischen Kontinent für die nächsten drei Jahre zur Verfügung stellen. Im Mittelpunkt der Offensive in Afrika steht Chinas langfristige Sicherung seiner ökonomischen und geostrategischen Interessen. Das beinhaltet vor allem den Zugriff auf mineralische Ressourcen. Aber auch als Absatzmarkt ist Afrika für China von großem Interesse. Textilien und Plastikwaren aus chinesischer Produktion haben einheimische Produkte bereits verdrängt (Hoffendahl & Jansen 2012). An Chinas Strategien zur Sicherung des Zugangs zu Energie- und Rohstoffressourcen wird von westlicher Seite Kritik geübt (Schüller & Asche 2007). Der Volksrepublik wird „neokoloniales

Verhalten“, Unterstützung totalitärer Regime und Unterminierung westlicher Reformbestrebungen vorgeworfen (Giese 2014).

Autoren wie Brautigam (2011) und Giese (2014) wenden sich gegen die von westlichen Medien und Regierungen formulierten Generalisierungen und betonen eine stärker differenzierte Sichtweise, die auch die größeren politischen wie finanziellen Spielräume afrikanischer Regierungen mit einbezieht.

Lehmann (2010) untersucht in seiner Diplomarbeit die aktuelle Bewertung des chinesischen Engagements durch Teile der nigrischen Bevölkerung. Auch wenn seine insgesamt 18 Stichproben von Männern unterschiedlicher Berufsgruppen, darunter Bauarbeiter, Studenten, Geographen/ Geologen, Handwerker, nicht repräsentativ sind, geben sie doch interessante Einsichten in die Einschätzung chinesischer Aktivitäten durch Nigrer in der Hauptstadt Niamey. Drei Aspekte sollen hier herausgegriffen werden:

Der als positiv bewertete Zugang zu preiswerten Konsumgütern, wobei allerdings die schlechte Qualität beklagt wird (Reparaturen oder Neukauf);

Die im Vergleich zu anderen ausländischen Arbeitgebern schlechteren Arbeitsbedingungen und geringere Entlohnung; und

Die bevorzugte Einstellung von „importierten“ chinesischen Arbeitskräften.

Dabei ist interessant, dass es trotz des Imports chinesischer Arbeitskräfte bisher nicht zu einem größeren Verlust an Arbeitsplätzen gekommen ist, gleichwohl die Auswirkung auf den informellen Sektor (Straßenhändler, kleinere Geschäfte) nicht abgeschätzt werden kann.

Beurteilung des China-Faktors:

Chinas Afrika-Engagement wird der Interessenlage gemäß primär von Energie- und handelspolitischen Motiven getragen. Die seitens westlicher Staaten China unterstellte neo-kolonialistische Vorgangsweise in Afrika ist partiell nachvollzieh- und begründbar, vor allem in den Staaten mit reichen Rohstoffvorkommen (primär Rohöl) sowie des in dieser Hinsicht selektiven Engagements. Daneben stellt die handelspolitische Komponente – Absatzmarkt für chinesische Konsum- und Investitionsgüter – einen weiteren Hauptgrund der chinesischen Aktivitäten in Afrika dar. Die Schwäche des chinesischen Engagements liegt

in den langen Transportwegen und deren extrem schwachen sicherheitspolitischen und realen Kontrolle (vor allem im maritimen Bereich) sowie in der Tatsache, dass die Durchführung größerer infrastruktureller Bauvorhaben vorrangig mit chinesischen Arbeitskräften durchgeführt wird. Der dauerhafte, entwicklungstechnische Wert derartiger Vorhaben für die Staaten Afrikas, in denen sich China engagiert, ist deshalb insgesamt durchaus kritisch zu beurteilen.

3.2 Salafismus, gewaltbereite Ideologien, OK und Kampf gegen den Terror

Neben dem „China Faktor“ treten ab 2000 weitere Einflüsse in Erscheinung. Dazu gehören salafistische Aktivitäten, Übergriffe extremistischer Gruppen und die Organisierte Kriminalität (OK).

Salafisten vertreten eine ursprüngliche, unverfälschte Form des Islam, wie er zur Zeit des Propheten Mohammed angeblich praktiziert wurde (Elischer 2014). Eine spirituelle Rückkehr kann somit nur durch eine buchstabengetreue Auslegung des Koran erreicht werden. Zwischen den sufistischen Strömungen in Afrika, die den Koran entsprechend lokaler Bedingungen auslegen, und den fundamentalistisch ausgerichteten Gruppen kommt es seit Jahrhunderten zu Konflikten. Wiedemann (2013) erläutert die grundlegenden Unterschiede zwischen sufistischen und radikalen Strömungen in Mali.

Der Salafismus ist in Afrika die am schnellsten wachsende islamische Denkschule. Die Hauptursache sieht Elischer (2014) in der andauernden wirtschaftlichen Krise und dem Scheitern der afrikanischen Eliten. Nach einer Länderanalyse von sieben afrikanischen Staaten (darunter zwei Sahelstaaten) folgert er, dass salafistische Gemeinden nicht mit Terroristen gleichgesetzt werden können, aber dennoch eine gewisse Nähe zu extremistischem Gedankengut vorliegt.

In einer Analyse zur Differenzierung zwischen Salafismus in seiner ursprünglichen Form und extremistischen Formen im Sahel unterscheidet Mohamed (2012) zwischen dieser Form (stark unterstützt durch Gruppen bzw. durch einzelne Vertreter aus den Golfstaaten, speziell Saudi-Arabien und Kuwait), einer politischen Variante und dem dschihadistischen/militanten Salafismus. Er betont die Schwierigkeit, die reine Lehre des Salafismus (purist Salafism) von

einem militanten Gedankengut zu trennen. Eine Bestandsaufnahme des politischen Islam in Westafrika geben Bröning & Weiss (2006).

Eigene Beobachtungen während des letzten Aufenthaltes im Niger 2009 zeigen ein völlig neues Phänomen: viele Frauen waren ganz oder teilweise verschleiert (Abb. 6) und diese Verschleierungen wurden auch bei wenige Jahre alten Mädchen beobachtet. Interessant ist, dass diese Änderung der Bekleidung nur in der Hauptstadt Niamey und in den anderen größeren Städten wie Tahoua und Birnin'Konni beobachtet werden konnte, in den Dörfern dagegen nicht. Auf Nachfragen wurde berichtet, dass bestimmte Frauen in den Vierteln der jeweiligen Städte Koranschulen für Frauen eröffnet haben und diese dort unterrichtet werden. In diesem Zusammenhang verweisen Mohamed (2012), Münch (2013) und Elischer (2014)



Abb. 6: Völlig verschleierte Frau in der Hauptstadt Niamey/Niger, September 2009

auf Aktivitäten islamischer Gruppen aus den wohlhabenden arabischen Golfstaaten und Pakistan mit dem Ziel, sufistische Strömungen zurückzudrängen.

Eine sichtbare Folge der Unterrichtung in den Koranschulen ist die zunehmende – auch Ganzkörper – Verschleierung von Frauen und Mädchen, die es in der Geschichte des Landes in dieser Konsequenz nie gegeben hat. Es darf bezweifelt werden, dass dieses Verhalten zu einer Verringerung der Geburtenrate beiträgt – der Niger hat die weltweit höchsten Geburtenraten (DSW 2016). Das Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Sippel et al. 2011) hat eine Studie zu der demographischen Herausforderung Afrikas vorgestellt. Die Autoren stellen fest, dass sich hohe Geburtenraten und Entwicklung ausschließen.

Dieses Photo von Beatrix Frehn aus dem Jahr 1986 zeigt die traditionelle Haartracht von Iklan Frauen aus Gao in Mali (Abb. 7). Mit ihrem Mitautor Thomas Krings dokumentiert sie Haartrachten von Frauen unterschiedlicher Stämme im westlichen Sahel. Die inzwischen in den größeren Sahelstädten anzutreffenden Verschleierungen von Frauen bezeugen die Erfolge salafistischer Unterwanderungen.

In einer von französischen Senatoren (Chevénement et al. 2013) erstellten Studie zum Thema Sahel werden die Gefahren extremistischer Strömungen und salafistischer Unterwanderungen diskutiert. Dabei gilt dem Bevölkerungs-

wachstum im gesamten Sahel, speziell aber im Niger, eine besondere Aufmerksamkeit.

Nach einer aktuellen Untersuchung von FERDI (Fondation pour les études et recherches sur le développement international, 2016) mit dem Titel « Allier sécurité et développement – Plaidoyer pour le Sahel »

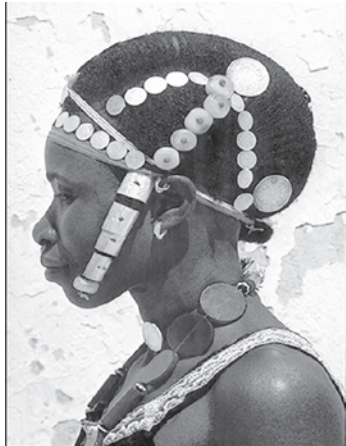


Abb. 7: Iklan Haartracht

(Guillaumont et al. 2016) sind 40-50% der Einwohner von sechs Sahelstaaten (hier ohne Sudan) jünger als 14 Jahre. Die Gruppe der 15-29 Jährigen wächst kontinuierlich bis 2030 und wird dann 28% der Bevölkerung ausmachen. Diese Generation wird aber aufgrund fehlender finanzieller Ressourcen vom ökonomischen, politischen und sozialen Leben weitestgehend ausgeschlossen sein. So erwähnt Klingholz vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (in Geiger 2016) den Niger, der, gekennzeichnet durch die höchste Geburtenrate der Welt, eine Verdreifachung seiner Einwohnerzahl bis 2050 erleben wird. Er weist daraufhin, dass jedes Jahr 600.000 neue Menschen auf den Arbeitsmarkt strömen, es aber nur

150.000 reguläre Jobs gibt. Er fragte in einem Interview mit der Zeitung „Die Welt“: „Wie soll das gehen?“

Die katastrophale Lage der Schulausbildung ist ein weiteres Schlüsselproblem.

UNICEF (2016) hat kürzlich einen Report zu den sog. „Out-of-school children“ erstellt. Damit wird der Prozentsatz von Kindern ab sechs Jahren, die keine Schule besuchen pro Land untersucht und ausgewertet (Abb.8).

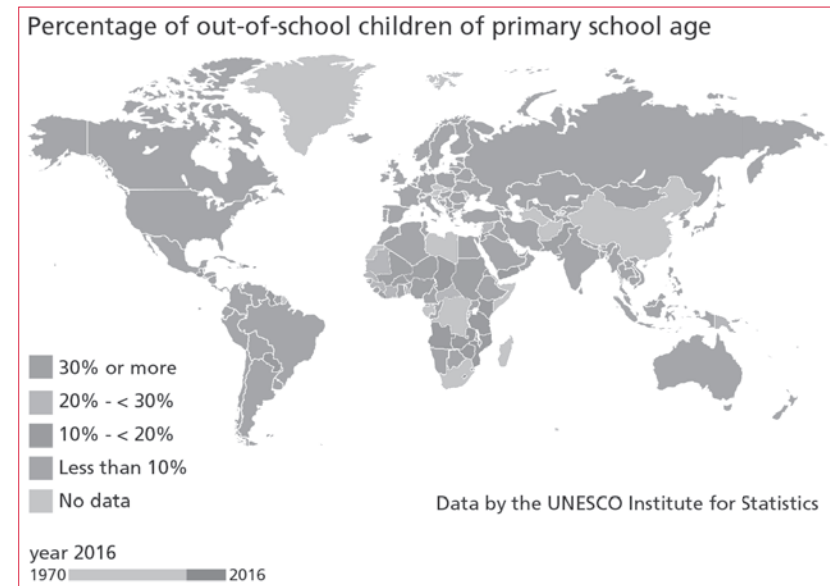


Abb. 8: Weltkarte mit Angaben zu dem prozentualen Anteil von Kindern pro Land die im schulpflichtigen Alter keine Schule besuchen.

Die Länder der Sahelzone (hier fett hervorgehoben) finden sich in der Rangliste unter den ersten 20 Ländern (mit der Ausnahme des Tschad).

Südsudan: 59% (Platz 3 nach Liberia mit 62% und Eritrea mit 59%)
Sudan: 45% (Platz 4)

Dann folgen Djibouti mit 43% und Äquatorialguinea mit 42%.

Niger: 38% (Platz 7)
Mali: 36% (Platz 8)
 Nigeria: 34% (Platz 9)
Burkina Faso: 32% (Platz 10)
Senegal: 27% (Platz 15)
Mauretanien: 25% (Platz 17)
Tschad: 16% (Platz 27)

(Vergleich zu Deutschland mit 0 % und Platz 175).

In einer derart schwierigen Ausgangssituation nimmt nach den Autoren der FERDI Studie (Guillaumont et al. 2016) die Bedeutung von Koranschulen, finanziert von Gebern aus den Golfstaaten, stark zu. Insbesondere in Mali und Niger wächst die Anzahl salafistisch geprägter Koranschulen schnell, wobei der traditionell gemäßigte Islam sufistischer Prägung zunehmend zurückgedrängt wird. Ein deutlicher Hinweis auf diese Entwicklung sind die bereits 2009 beobachteten Veränderungen im Straßenbild größerer Städte, wo viele meist vollverschleierte Frauen zu sehen waren (s. Abb. 6). Schlecht ausgebildet und mit sehr geringer Perspektive Arbeit zu finden, ist der einzige Ausweg die Migration nach Süden, aber auch nach Norden und zunehmend nach Europa.

Nach Krech (2013) erfolgt zudem eine Destabilisierung der Sahelstaaten durch Drogenhandel und extremistische Gruppierungen. Zu den ursprünglich zwei großen Organisationen, die im Sahel operieren – AQIM (Al-Quaida des islamischen Maghreb) und Boko Haram (in Nord-Nigeria) - kommen inzwischen viele weitere Gruppierungen. In der Weltöffentlichkeit hat sich Boko Haram durch zahlreiche Entführungen (insbesondere von Frauen und Mädchen) sowie durch besondere Brutalität präsentiert. Diese Gruppierung scheint inzwischen – nach anfänglich großen Geländegewinnen im Norden und Nordosten Nigerias – auch durch den Einsatz von nigrischen und tschadischen Streitkräften im jeweiligen Grenzgebiet etwas zurückgedrängt worden zu sein.

Die Finanzstärke von AQIM basiert, neben den Einnahmen durch Entführungen von Ausländern, vor allem auf Gewinnen aus dem Kokainschmuggel. Das Kokain wird von Liberia aus über die Sahel- und Sahara-Staaten nach Europa transportiert. Die seit vielen Jahrhunderten vorhandenen Schmuggler-routen werden dabei auch für den internationalen Drogenschmuggel benutzt (u.a. Vorrath 2013).

An diesen Geschäften beteiligten sich auch Tuareg, Sicherheitskräfte und die malische Regierung. Krech (2013) sieht in diesen Verflechtungen eine wesentliche Schwächung staatlicher Strukturen und die Vorbereitung der Krise in Mali. Die Plünderung der libyschen Waffenlager des Ghaddafi-Regimes u.a. durch AQIM 2011 ermöglichte den Aufstand im Norden Malis. Die Nationale Befreiungsbewegung von Azawad (MNLA) erhielten ihre Waffen überwiegend von AQIM. Neben den bisher genannten Gruppen waren weitere Kampfverbände wie die 2011 gegründete und aus Tuareg bestehende salafistische Gruppierung Ansar Dine und die überwiegend von extremistischen Mauretaniern geführte MUJAO (Bewegung für Einheit und Heiligen Krieg in Westafrika)

in den Aufstand eingebunden. Schreiber (2013a) gibt eine detaillierte Analyse aller am Konflikt beteiligten lokalen und internationalen Akteure und analysiert die Konfliktlinien 2012/13 (Schreiber 2013b). Klute & Lecocq (2013) untersuchen die separatistischen Bewegungen der Tuareg und diskutieren den aktuellen Stand der secessionistischen Ansprüche. Steinberg & Weber (2015) stellen in ihrer Studie zum Thema Dschihadismus in Afrika fest, dass es auf dem Kontinent keine eigenständige dschihadistische Ideologie gibt. Die Autoren betonen aber auch, dass es insbesondere im subsaharischen Afrika ein ausgeprägtes Interesse am Aufbau eigener Staaten gibt (Boko Haram). Ein kausaler Zusammenhang wird allerdings zwischen politischer, wirtschaftlicher sowie sozialer Marginalisierung und dschihadistischer Radikalisierung gesehen. Hierbei stehen insbesondere die Vernachlässigung der nördlichen Landesteile von Mali und Nigeria durch die Zentralregierungen sowie die Arbeits- und Perspektivlosigkeit junger Männer im Vordergrund. Steinberg & Weber (2015) schlussfolgern weiterhin, dass die Freiräume fragiler Staaten dschihadistischen Organisationen ermöglichen, ungehindert zu agieren.

Bereits 2002 hatte die Bush-Administration im Rahmen der PAN Sahel Initiative (PSI) die militärische Ausbildung für die Armeen der Länder Mauretanien, Mali, Niger und Tschad finanziert. Das Ziel war, den jeweiligen Regierungen Mittel und Know-how an die Hand zu geben, um verdächtige Gruppen und deren Bewegung im saharischen Raum zu beobachten und im Bedarfsfall auch reagieren zu können. Dies sollte der Unterstützung der US-amerikanischen Interessen im Kampf gegen den Terror dienen und, damit einhergehend, die Ausweitung und Stärkung des regionalen Friedens und der Sicherheit gewährleisten (US Department 2001-2009). Ab 2003 wurde die „Trans Sahara Counterterrorism Initiative“ (TSCTI, ICG 2005) von der US-Regierung ins Leben gerufen. Diese beinhaltete nun auch die Länder Algerien, Nigeria, Senegal, Burkina Faso, Marokko und Tunesien. 2013 wurde sie in „Trans Sahara Counterterrorism Partnership“ (TSCTP 2013) umbenannt.

Die International Crisis Group (ICG 2005) sieht zu dieser Zeit zwar eine Gefährdung, aber keinen Schwerpunkt terroristischer Aktivität im Sahara-Sahelraum. Zugleich warnt die ICG vor übereilten Handlungen und unterstreicht die hohe Sensibilität der Region, in der ausbalanciertes Handeln nötig ist. Die tatsächliche Verschärfung der Situation ab 2012 bis zum militärischen Eingreifen Frankreichs in Mali Anfang 2013 ist bei Hofbauer & Münch (2013), Lacher & Tull (2013) und ICG (2014) nachzulesen.

Die aktuelle Entwicklung zeichnet sich durch eine weitere Verschärfung der Sicherheitslage und vor allem durch eine Aufspaltung von dschihadistischen und weiteren militanten Gruppen in Mali aus. Hier sind für den Raum Sahara/Nord Sahel folgende Gruppierungen zu nennen: Al Qaida Maghreb (AQIM), MUJAO, Ansar ad-Din, Al-Mulaththamin, Front de libération du Macina (Katiba du Macina, „franchise Peulh“ Ansar Dine) und für das süd-

Die aktuelle Entwicklung zeichnet sich durch eine weitere Verschärfung der Sicherheitslage und vor allem durch eine Aufspaltung von dschihadistischen und weiteren militanten Gruppen in Mali aus.

lich anschließende Gebiet des Südsahel/Nordsudan: Boko Haram. Die halbnomadischen Peulh haben sich seit 2014 auch in einer nichtmilitärischen Interessenvertretung der „Dewral Pulaaku“ organisiert. Die dschihadistische Ausprägung findet

sich in der Katiba du Macina, die seit Beginn 2015 vorwiegend im zentralen Mali (Region Mopti und Segou, Grenzgebiete von Mali zu Niger und Burkina Faso) operiert und damit die Zone der Gefährdung und Unsicherheit nach Süden ausdehnt (u.a. Carayol/Jeune Afrique 2016a, b; Weiss/Long War Journal 2016a). Abb. 9 zeigt eine Übersicht der Einflussphären dschihadistischer Gruppe in Mali.

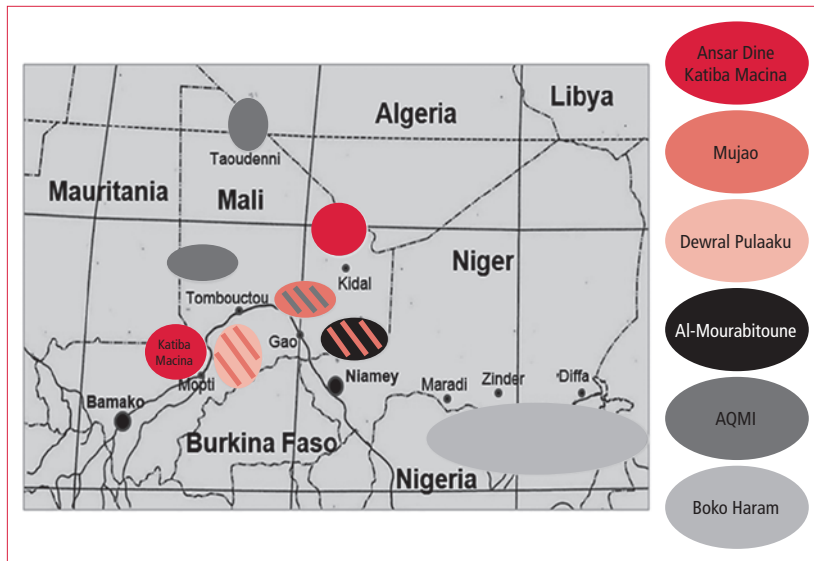


Abb. 9: Einflussphären dschihadistischer Gruppierungen in Mali (Stand: Juni 2016), verändert nach Carayol/Jeune Afrique 2016a, b,).

Weiss (2016) berichtet im „Long War Journal“ von zwei Überfällen im Norden von Burkina Faso (September und Oktober diesen Jahres); gemäß einer mauritanischen Nachrichtenagentur hat der ISGS (The Islamic State in Greater Sahara) die Verantwortung übernommen. Damit hat sich neben Boko Haram, die sich bereits 2015 (Zeit online 2015) dem „Islamischen Staat“ anschließt, eine weitere islamistische Gruppierung im Sahel zur Terrormiliz „IS“ bekannt.

Eine interaktive Landkarte zu den Überfällen im westlichen Sahel mit Ortsangabe und weiteren Informationen finden sich im „The Long War Journal“ (Weiss 2016b). Diese belegen die Zunahme an Überfällen seit 2014 sowie eine Ausdehnung nach Süden (Abb. 10).

In der Abb. 10 sind mittels eines Zeitpfeils die historische Ausgangssituation des Sahel sowie die Entwicklungen, die sich aus naturräumlichen Faktoren, internen und externen Faktoren und Eingriffen unterschiedlicher Akteure ergeben, dargestellt.

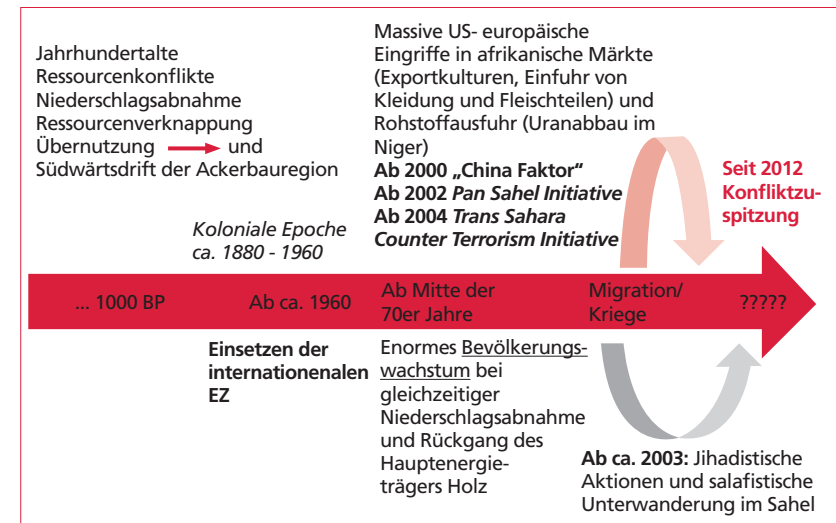


Abb. 10: Ausgangslage der Sahelländer, Ressourcensituation (Holz), Bevölkerungswachstum, interne und externe Faktoren (verändert nach Kusserow 2014).

Eine Gesamtbetrachtung des Subsistenzwirtschaftsraumes Sahel und seiner unterschiedlichen Konfliktfelder zeigt Abb. 11.

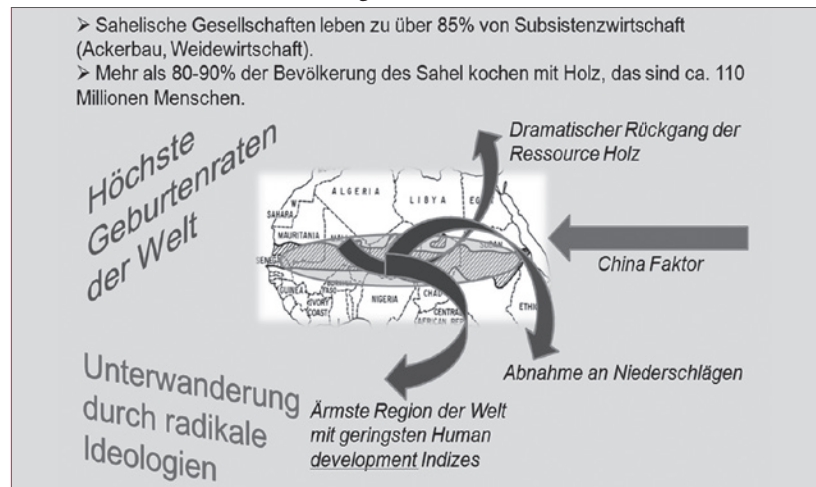


Abb. 11: Subsistenzwirtschaftsraum Sahel mit den unterschiedlichen Konfliktfeldern (verändert nach Kusserow 2014).

4. Status und Sicherheitspolitik

4.1 Statusbewertung

Als ein Schlüsselkriterium für die fragile innerstaatliche Situation der Sahelstaaten wird das weltweit höchste Bevölkerungswachstum dieser Staaten angesehen. Die Abbildung 12 belegt die dramatische Ausgangssituation.

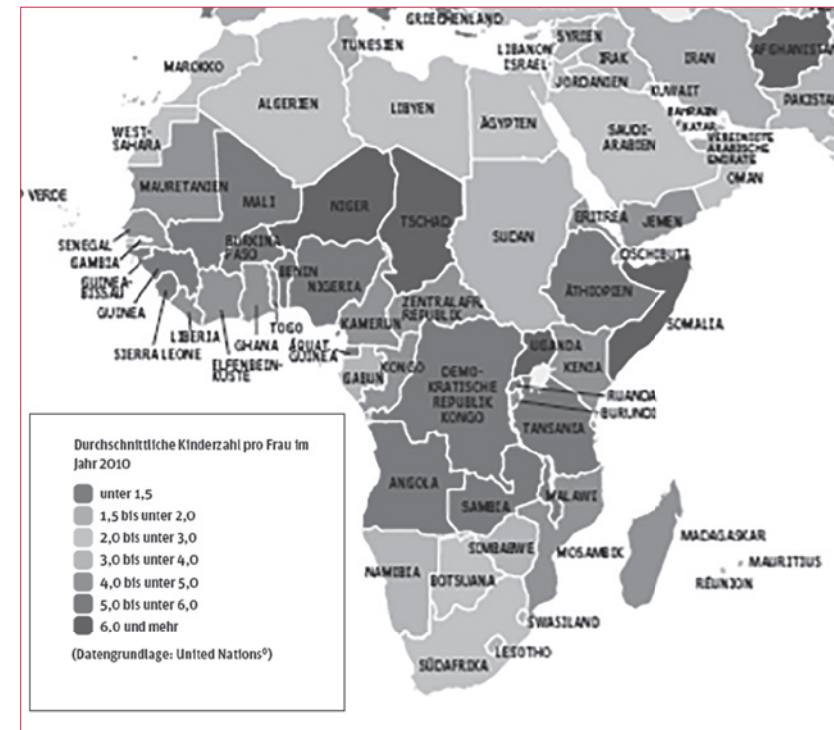


Abb. 12: Aus: Sippel et al. 2011: Afrikas demographische Herausforderung, Stiftung Weltbevölkerung, S.13.

Die Sahelländer Afrikas werden nach über 50 Jahren internationaler (inkl. deutscher) Entwicklungszusammenarbeit als fragile Staaten eingeschätzt (u.a. AA, BMV, BMZ 2012). Auch die US-finanzierten Initiativen PSI und TSCTP konnten diese Entwicklung nicht verhindern. Neben den durch Natur- und Humaneinfluss bedingten Gegebenheiten – Desertifikation, Ernährungs- und Geburtensituation – müssen auch die sicherheitspolitischen Faktoren und ihre Auswirkungen auf Europa und die Europäische Union und ihre Nationalstaaten dargestellt werden.

Das Thema Migration ist hier als vordringlich zu nennen. Reiner Klingholz warnt vor dem Nichtstun „Wenn wir es laufen lassen, werden zu viele Menschen kommen“ (Geiger 2016). Gunnar Heinsohn (2016), Wirtschaftswissenschaftler, Demograph und Konfliktforscher stellt in einem einfachen Rechen-

exempel folgende Problematik dar: „Europa bis zum Ural weist 2015 rund 140 Millionen Menschen unter 18 Jahren auf. 2050 rechnet man mit nur noch ca. 130 Millionen. Gesamt-Afrika hat heute 540 und 2050 rund 1000 Millionen Einwohner im selben Alter. Die hiesigen Jugendlichen reichen nicht einmal aus, um die hiesigen Alten zu versorgen. Wie soll dann jeder dieser Jugendlichen noch vier oder (2050) acht Afrikaner für Hightech fit machen, ohne die der schwarze Kontinent keine Zukunft gewinnt?“

Welche Schlussfolgerungen lassen sich nun zunächst aus dem naturwissenschaftlichen Blickwinkel ableiten?

1. Desertifikationsprozesse können für alle Sahelländer nachgewiesen werden. Angesichts der dramatisch und ungebremst ansteigenden Bevölkerung im Sahel ist von einer weiteren Abnahme der Ressourcen Holz, Weideland und ackerbautauglicher Böden auszugehen. Dies verschärft die vorhandenen Konflikte und sollte bei allen geopolitischen Studien und sicherheitsrelevanten Analysen berücksichtigt werden.
2. Der Ressourcenschutz, ein für Subsistenzwirtschaften im Sahel unverzichtbarer Bestandteil des Wirtschaftens, hat einen besorgniserregenden Niedergang erfahren, und muss wieder einen zentralen Platz in der Entwicklungszusammenarbeit einnehmen. Außerdem muss die Frage beantwortet werden, welche anderen Alternativen zum stark schwindenden Energieträger Holz möglich sind. Die bisherigen Alternativen: Gas (für viele Sahel-Länder zu teuer), verbesserte Holzkohleöfen und Solarkocher (kaum genutzt) reichen nicht aus.
3. Dazu kommen Fragen, wie ein fairer Zugang aller Nutzer zu den ebenfalls schwindenden Ressourcen Weide- und Ackerland gewährleistet werden kann. Viel Zeit bleibt nicht mehr. Für das Jahr 2030 ist für den Niger eine Bevölkerung von 34,3 Mio. (2016: 19,7 Mio., DSW 2016) prognostiziert. Ohne eine verantwortliche Familienpolitik (Geburtenplanung) wird eine Änderung des Zustandes „Fragilität“ nicht zu erreichen sein. Vielmehr dürfte eine weitere Destabilisierung der Sahelregion erfolgen.
4. Angesichts der Abhängigkeit vom Weltmarkt sowie von Handelsbeschränkungen ist noch offen, welche Alternativen Sahel-Gesellschaften haben, wenn eigene Produkte (cash crops) durch externe Subventions- und Dumpingpreispolitiken im Wert verfallen. Ebenso ist unklar, wie die Eigenver-

antwortung von Regierungseliten eingefordert werden kann, wenn sich die Geberländer selbst einen Zwang zum Mittelabfluss für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit auferlegen.

5. Als Folge der oben skizzierten Abnahmen an natürlichen Ressourcen dürfte es zu einer Ausweitung der bereits bestehenden Konflikte und zu weiteren Destabilisierungen kommen. Es ist zu erwarten, dass Migrationsströme insgesamt nicht zuletzt nach Europa weiter stark zunehmen.
6. Der Sahel gehört zu den wichtigsten klimawirksamen Zonen der Welt. Das zeigt die globale Brisanz des Themas.

4.2 Sicherheitspolitischer Ausblick

Die sicherheitspolitische Bedeutung der Zone – für den afrikanischen Kontinent einerseits, andererseits aber auch für die angrenzenden europäischen Staaten – sowie die in der Zone aufeinandertreffenden Interessen von regionalen sowie global agierenden Mächten stellen den zweiten Teil der Statusfeststellung beziehungsweise der folgenden Analyse dar. Welche sicherheitspolitischen Schlussfolgerungen/ Faktoren und Interessenslagen sind der Analyse zu Grunde zu legen?

1. Der Raum der Staaten der Sahelzone – 7.154.300 Mio. km², zum Vergleich Europäische Union: 4.381 km² – besteht mit Ausnahme Senegals und Burkina Faso, die aufgrund ihrer geographischen Lage mehr kultivierbares Land aufweisen (restliche fünf Binnenländer mit 6.683.300 km²) zu über 70% der Gesamtfläche aus sehr gering bevölkerter Wüste (nomadische Wirtschaftsweise ist dominant, isolierte Oasenkulturen sind vorhanden), was zu einer massiven Konzentration der Ansiedlung und nahrungsrelevanten Nutzung im schmalen, südlichen Streifen führt (agrarisch nutzbares Land der Gesamtfläche im Schnitt der fünf Sahelstaaten: 1.948.200 Mio. km² [CIA Factbook 2015], Gesamtbevölkerung ca. 98 Mio. [DSW 2016]). Im Fall des Staates Niger sind es nur 12,5% (160.000 km²) der Gesamtfläche von 1.267.000 km².
2. Alle Staaten der Zone sind mehr oder minder im Status eines failed-states (HDI 156 im besten Fall [Mauretanien] bis 188 im schlechtesten Fall [Niger], UNDP 2015) und können weder die innerstaatliche Ordnung noch die äußere und die Sicherheit der Grenzräume gewährleisten. Grenzüber-

schreitender religiöser Fundamentalismus und Terrorismus haben sich in den letzten Jahren massiv ausgeweitet und schaffen somit ein zusätzliches, beschleunigendes Element hinsichtlich der innerstaatlichen Sicherheit (vor allem Mali, Niger).

3. Die fragile innerstaatliche Situation wird nach wie vor aus den Staaten der Sahel-Zone zu verstärkten Flüchtlingsströmen in Richtung Norden mit Hauptziel Europa führen. Die andauernde Staatskrise in Libyen und die inneren Probleme Ägyptens lassen eine sinnvolle Kooperation mit diesen Staaten bezüglich einer geordneten Erfassung, temporären Unterbringung und Identitätsfeststellung sowie eines ordentlichen Ermittlungsverfahrens bezüglich der Feststellung des Status eines politischen Flüchtlings nicht zu, wobei die Europäische Union jedenfalls die wirtschaftliche Hauptlast eines derartigen Szenarios zu tragen hätte. Die sich daraus ergebenden humanitären, versorgungs- und sicherheitspolitisch relevanten Probleme werden sich daher besonders für die europäischen Mittelmeer-Anrainerstaaten und die Union selbst in den kommenden Jahren weiter massiv verstärken.
4. Die Interessen der globalen player (Vereinigte Staaten, China, Europäische Union) sowie Frankreichs – außer dem Sudan sind alle jetzigen Staaten ehemaliges französisches Kolonial- bzw. Einflussgebiet – stellen einen zusätzlichen Faktor bei der Beurteilung der sicherheitspolitischen Situation dar. Die Frage von Rohstoffen ist – außer Frankreich-Niger mit Uran/Erdöl, mit Tschad/Erdöl, mit Mali/Gold – bislang nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Es scheint, als hätten die Vereinigten Staaten ihre wirtschaftli-

Alle Staaten der Zone sind mehr oder minder im Status eines failed-states und können weder die innerstaatliche Ordnung noch die äußere und die Sicherheit der Grenzräume gewährleisten.

chen und sicherheitspolitischen Interessen in den letzten Jahren auf eine geringe Aktionsstufe zurückgestellt. Die Frage nach der Haltung des neuen US-Präsidenten Trumps zu Afrika sowie die zunehmend schwierig werdende Sicherheitslage an der

Süd- und Ostflanke der Europäischen Union stellen einen weiteren Unsicherheitsfaktor dar. Die besondere Aufmerksamkeit Chinas gegenüber dem afrikanischen Kontinent ist auch in der Sahelzone, trotz der eher geringen Menge an Rohstoffen, bemerkbar und zu beurteilen. Während die Europäische Union als solche kein erkennbares strategisches Konzept bezüglich der Sahelzone hat, ist Frankreich auf Grund der oben erwähnten historischen, wirtschaftlichen, kulturellen, sprachlichen und sicherheitspolitischen Verflechtungen einziger Träger „europäischer“ Interessen in der Region. Da

nun auch Frankreich in den nächsten 12 Monaten wegen der Präsidenten- und Parlamentswahlen außenpolitisch weniger handlungsfähig erscheint und sich dazu die wirtschaftliche Lage kaum bessert, sind derzeit und in unmittelbarer Zukunft gemeinsame europäische Lösungsansätze, akkordiert mit dem Hauptpartner Vereinigte Staaten, kaum zu erwarten. Dazu kommt, dass seit mehr als einem Jahr der Flüchtlings- und Migrationsstrom aus Nah- Mittelost über den Balkan und partiell auch das Mittelmeer zum Hauptinteresse der Europäischen Union und vor allem Deutschlands geworden ist.

5. Die besondere Bedeutung der demografischen Prognosen des gesamten afrikanischen Kontinents im Allgemeinen und der Sahelzone im Besonderen stellen für alle sicherheitspolitischen Entwicklungen einen entscheidenden Faktor dar. Obwohl die Auswirkungen zunächst die umliegenden Großregionen Afrikas – die Maghreb-Staaten im Norden und den zentralafrikanischen Raum im Süden – betreffen, werden sie in unmittelbarer Folge von Süden her den Europäischen Großraum vor enorme Probleme stellen.

Kombiniert man die naturwissenschaftlichen mit den politikwissenschaftlichen Ist-Faktoren, so ergibt sich ein sehr düsteres Bild der Entwicklung der Sahelzone in den nächsten beiden Dekaden. Ungebremst hohe Geburtenraten werden bei bestenfalls gleichbleibenden Ernährungs- und Klimabedingungen zu einer weiteren Destabilisierung der staatlichen Ordnung und einer massiven Verschlechterung der Lebensbedingungen der Bevölkerungen führen. Religiös-fundamentalistischer Terror, primär und fast ausschließlich muslimischer Provenienz, wird zusätzlich erschwerend vermehrt auftreten. Die daraus resultierenden Flüchtlingsströme könnten im erwähnten Prognosezeitraum auf mehrstellige Millionenhöhe anwachsen und würden primär besonders für den südlichen europäischen Raum, in der Folge aber alle Staaten der Union eine Herausforderung und potentielle Destabilisierung bislang ungekannten Ausmaßes darstellen. Der anhaltende Druck des sogenannten Islamischen Staates (IS) in Richtung Nordafrika/Sahel Zone, derzeit noch aus sogenannten „Partnerschaften“ mit bereits aktiven Terrororganisationen im Raum bestehend, könnte sich trotz der Ereignisse um den IS im Nahen Osten zu einer noch massiveren Gefährdung der labilen staatlichen Ordnungssysteme entwickeln.

Kombiniert man die naturwissenschaftlichen mit den politikwissenschaftlichen Ist-Faktoren, so ergibt sich ein sehr düsteres Bild der Entwicklung der Sahelzone in den nächsten beiden Dekaden.

Die primäre Verantwortung für die Berücksichtigung der relevanten natürlichen und politischen Parameter zur Realisierung von Programmen und Maßnahmen zur Behebung sozialer und struktureller Probleme liegt, so wie die Regulierung des überproportionalen Bevölkerungswachstums, in den Händen der Regierungen und politischen Eliten der betroffenen Staaten. Die Aufgabe

Die Bewältigung der an der Südflanke Europas verstärkt ansteigenden Flüchtlingsströme stellt eine humanitäre Verpflichtung dar, die aber keinesfalls die notwendige Verbesserung der in den Staaten der Sahelzone liegenden Ursachen ersetzen kann.

der Mitgliedstaaten und Organe der EU hingegen kann es daher nur sein, durch Programme und Mittel aller Art die bestmögliche Unterstützung dieser Maßnahmen vor Ort anzubieten und umzusetzen. Die Bewältigung der an der Südflanke Europas verstärkt ansteigenden Flüchtlingsströme

stellt eine humanitäre Verpflichtung dar, die aber keinesfalls die notwendige Verbesserung der in den Staaten der Sahelzone liegenden Ursachen ersetzen kann. Weder die bereits durch stetig anwachsende humanitäre Probleme betroffenen europäischen (National)Staaten noch die Union selbst scheinen sich dieser umfassenden Problematik wirklich bewusst und bereit zu sein, ihr im Rahmen einer europäischen Grand Strategy entgegen zu treten.

Es ist festzuhalten, dass die dafür zwingend notwendige Voraussetzung einer neuen verfassungs- und verwaltungspolitischen Struktur der Union fehlt und die europäischen Staaten auch nach dem Brexit, der noch vollzogen werden muss, keine Bereitschaft zeigen, ihre nationalen Organisationsformen anzupassen bzw. partiell aufzulösen und an europäische Strukturen zu „übergeben“. Es muss ebenso klar gesagt werden, dass aller Erfahrung nach Probleme dieser Größenordnung und Bedeutung – neben anderen an der Nordost- und der Ostflanke der Union – heute und in Zukunft von den europäischen nationalen Mitgliedsstaaten im Alleingang weder strategisch erfasst noch umsetzungsmäßig gelöst werden können.

Zu den Autoren:

Dr. habil. Hannelore Kußerow ist Geo- und Biowissenschaftlerin und arbeitet seit über 30 Jahren in der Sahelzone Afrikas zu dem Thema „Desertifikation“. Ihre Erkenntnisse zu der prekären natürlichen Ressourcenlage führte zu ihrer Beschäftigung mit sicherheitsrelevanten Themen. Sie ist Mitglied im CNSS.

Arno Meinken studierte Politikwissenschaft an der Universität Potsdam und Stellenbosch/Südafrika. Er ist Berater bei der Bundeswehr, Reserveoffizier am Zentrum Operative Kommunikation der Bw und Mitglied im CNSS.

Mag. Dr. Nikolaus Scholik, Oberst i.R., Milizoffizier 1973-2010, war von Oktober 1967 bis April 2012 in der Privatwirtschaft tätig. Berufsbegleitendes Studium an der Universität Wien, Institut für Politikwissenschaft, von Oktober 2002 bis Mai 2012. Mag. phil. Jänner 2008, Dr. phil. Mai 2012.

Abkürzungen:

Biogene Krusten: Bodenkrusten sind Verhärtungen an der Bodenoberfläche, die auf unterschiedliche Weise gebildet werden können: Entweder chemisch-physikalisch oder biogen unter Mitwirkung von Algen, Cyanobakterien, Mikropilzen, Flechten und Moosen (Biogene Krusten, Peer 2009).

GIS: Geographische Informationssysteme

NOAA: National Oceanic and Atmospheric Administration

NDVI: Normalized Difference Vegetation Index

Anmerkung:

Das sehr umfangreiche Literaturverzeichnis konnte aus Platzgründen nicht in die gedruckte Ausgabe des Jahrbuchs 2016 aufgenommen werden. Das Verzeichnis wird auf der Website www.clausewitz-gesellschaft.de eingestellt. (Red.)

Kapitel VI

Jahresarbeit des Preisträgers der Clausewitz-Medaille

Analyse des Verteidigungskapitals am Beispiel eines Kampftruppenverbandes

Eine Untersuchung zur Messbarkeit des ökonomischen Wertes von Streitkräften

Sebastian Becker

1. Einleitung und Zielsetzung

Der ökonomische Wert von Streitkräften und sein systemorientierter Ansatz zur Output-Maximierung werden nicht erst seit der Reformagenda 2011 unter dem Druck eines ausgeglichenen Bundeshaushaltes öffentlich diskutiert. Auch Vertreter der NATO beschäftigten sich intensiv in den 1980er Jahren mit neueren Überlegungen zur Effizienzsteigerung von Streitkräften.¹ Im Zeichen der Ukrainekrise 2014, aber auch unter der Intensivierung der Krisensituation im Nahen Osten und Afrika, stellt sich einmal mehr die Frage, ob die Zeit der Friedensdividende vorbei ist und ob unsere Streitkräfte noch über einen ausreichenden Substanzwert verfügen, um für die Konflikte der Gegenwart gewappnet zu sein.

Anhand der historischen Ereignisse nach dem Ende des Kalten Krieges mit dem Wandel des Grundsatzes von einer Verteidigungsarmee hin zu Streitkräften im Einsatz wird verdeutlicht, wie stark der Wert von Streitkräften von der Wahrnehmung des Bürgers nach Sicherheit abhängig ist und damit weniger dem Rational einer weltweiten Sicherheitslage folgt. Dies ergibt sich auch aus dem demokratischen Grundsatz, dass der eigentliche Wert von Streitkräften durch den Bürger in Form seines Volksvertreters im Parlament bestimmt wird.² Der ökonomische Wert von Streitkräften folgt somit im weiteren Sinne dem marktwirtschaftlichen Grundsatz von Angebot und Nachfrage. Zieht man somit das Gleichnis zwischen einem DAX-gelisteten Unternehmen und der Bundeswehr lassen sich – entsprechend ihrer Performance - zu unterschiedlichen Stichtagen variierende Unternehmenswerte errechnen. Im Kontrast hierzu wird aber das öffentliche Gut Sicherheit aus einer Monopolstellung heraus angeboten und durch den Staat dauerhaft vorgehalten. Der Definition für öffentliche Güter

folgend, kann somit jeder Bürger durch seine Abgaben im weitesten Sinne als Aktionär an der Aktiengesellschaft „(Äußere) Sicherheit“ angesehen werden.³ Der Bundestag als Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft steuert durch die Festlegung des Verteidigungshaushaltes und damit des Streitkräfteumfanges den Output im systemorientierten Ansatz für die Wertschöpfung des Gutes

„Äußere Sicherheit“.⁴ Durch die Vorgaben des Outputs liegt der Schwerpunkt der Betrachtung beim bundeswehrinternen Controlling auf der Untersuchung der zugeführten Ressourcen in das System zur Herstellung des Gutes. Dies wird auch gestützt durch den haushaltsrechtlichen Grundsatz nach Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, der normativ im Artikel 114

Abs. 2 GG hinterlegt ist. Seine Einhaltung wird durch die Prüfung des Finanzmitteleinsatzes seitens des Bundesrechnungshofes (BRH) überwacht. Er fungiert hierbei als eine Art Wirtschaftsprüfer der Aktiengesellschaft.⁵ Sein jährlicher Prüfbericht aber auch die bundeswehreigenen Controlling-Berichte konzentrieren sich aus ökonomischer Perspektive zu einem großen Bestandteil auf die Inputvariablen und damit nur auf die Bereitstellung von Ressourcen für den eigentlichen Wertschöpfungsprozess im systemorientierten Ansatz.

Anhand der historischen Ereignisse nach dem Ende des Kalten Krieges mit dem Wandel des Grundsatzes von einer Verteidigungsarmee hin zu Streitkräften im Einsatz wird verdeutlicht, wie stark der Wert von Streitkräften von der Wahrnehmung des Bürgers nach Sicherheit abhängig ist und damit weniger dem Rational einer weltweiten Sicherheitslage folgt.

Diese aufgeführten Beispiele beschreiben den zunehmenden Trend, weniger die erzielten Leistungen im Output quantitativ und qualitativ zu messen sowie zu überprüfen, sondern stattdessen im Schwerpunkt den Inputprozess zu überwachen und zu optimieren. Auch im Zuge der Neuausrichtung der Bundeswehr konzentriert sich das hausinterne Controlling zunehmend auf eine Überprüfung des Anlage- und Umlaufvermögens nach dem Life-Cycle-Cost-Management, um Benchmarks für die Beschaffung zu setzen und der aufgeführten Forderung nach Wirtschaftlichkeit Rechnung zu tragen.⁶ Allein zur Überprüfung des Outputs überwacht die Abteilung Haushalt und Controlling des Bundesministeriums der Verteidigung die Erreichung der strategischen Zielsetzungen der Leitungsebene in Form von definierten Kennzahlen in einer quantitativen Bewertungsmatrix.⁷ Dies folgt dem Prinzip einer SWOT-Analyse mit quantitativen Benchmarking, um die Ausrichtung der Streitkräfte zur Bereitstellung des öffentlichen Gutes „(Äußere) Sicherheit“ zu überprüfen und Anpassungsbedarf zu erkennen. Dieses System, aber auch die jährliche Berichterstattung durch den Bundesrechnungshof liefert nur die bereits im Vorfeld definierten Stellschrauben zur Nachbesserung und Zielerreichung, verschafft aber

nicht die nötige Transparenz und Durchlässigkeit für den Aktionär, in diesem Fall den Bürger. Diesem fehlt die Messgröße eines Unternehmenswertes, um sich über die Performance des Unternehmens informieren zu können und neue richtungsweisende Investitionen, Strukturänderungsprozesse oder die Erschließung neuer Marktsegmente in der Unternehmensausrichtung mitzutragen. Nur mit der nötigen quantitativen Transparenz im jährlichen Unternehmensbericht an seine Anteilseigner kann es der Leistungsebene des BMVg als Vorstand der Aktiengesellschaft „(Äußere) Sicherheit“ gelingen auch langfristig das Interesse seiner Share-/Stakeholder aufrechtzuerhalten und Eigenkapitaleinlagen, in Form von breitem Interesse am Ausbau des Unternehmenswertes, zu mehren.

Mit der vorliegenden Arbeit soll die Möglichkeit zur Aufstellung eines monetären Unternehmenswertes für die Streitkräfte als Verteidigungskapital am Beispiel eines Kampftruppenverbandes untersucht werden. Als Basis für die Erfassung der finanziellen Vermögenswerte dient die Jahresbilanz des Verbandes in Form seines Anlage- und Umlaufvermögens. Damit werden jedoch nur die materiellen Werte eines Kampftruppenverbandes im deutschen Rechnungswesen abgebildet und sein eigentlicher Unternehmenswert unvollständig beschrieben. Im Zuge der Bilanzierung und Bewertung von Unternehmen im Dienstleistungssektor oder auch von öffentlichen Verwaltungen ist der Raum für materielle Werte wesentlich geringer einzustufen als der Wert seiner Mitarbeiter in Form von Wissenskapital als immaterielle Ressource.⁸ Auch wenn im

So orientiert sich auch der Unternehmenswert von Streitkräften weniger an seiner Ausrüstung und Ausstattung, da dies nur Mittel zum Zweck ist, sondern vielmehr an dem vorhandenen Wissen und Können der Soldaten im Verbund – als ein Bestandteil der immateriellen Ressourcen – für eine hohe Wirksamkeit und Einsatzbereitschaft.

Deutschen Rechnungswesen das Wissenskapital noch kein monetärer Bestandteil eines Jahresabschlusses ist, so wird auch seitens des Bundesministeriums für Wirtschaft empfohlen eine Wissensbilanz als Ergänzung zum Jahresabschluss zu veröffentlichen.⁹ Damit sollen in einer ganzheitlichen Betrachtung des Unternehmenswertes den Anteilseignern aber auch Banken und Partnern zukunftsfähige immaterielle Potenziale oder auch -defizite aufgezeigt werden.¹⁰ So orientiert sich auch der Unternehmenswert von Streitkräften weniger an seiner Ausrüstung und Ausstattung, da dies nur Mittel zum Zweck ist, sondern vielmehr an dem vorhandenen Wissen und Können der Soldaten im Verbund – als ein Bestandteil der immateriellen Ressourcen – für eine hohe Wirksamkeit und Einsatzbereitschaft. Es stellt sich daher die Forschungsfrage, ob sich die entwickelten betriebswirtschaftlichen Methoden und Konzepte zur monetären Wissensbilanzierung auch auf die Berechnung eines Unternehmenswertes für einen Kampftruppenverband anwenden lassen

und welche Aussagekraft ein solcher monetärer Unternehmenswert besitzt. Zur Untersuchung der Forschungsfrage werde ich im ersten Teil der Arbeit einen kurzen Einblick in die Methoden und Konzepte zur Unternehmensbewertung im Dienstleistungssektor geben, um darauf aufbauend eine Modellbildung zur Wertermittlung eines Kampftruppenverbandes vorzunehmen. Anschließend sollen die Stärken und Schwächen des Bewertungsmodells herausgearbeitet werden, um daran anknüpfend Folgerungen für die Aussagekraft und die Einsatzmöglichkeiten des Modells ableiten zu können sowie abschließend ggf. weiteren Forschungs- und Anpassungsbedarf herauszuarbeiten.

Hauptzielsetzung ist die Identifikation eines Gesamtunternehmenswertes, der im systemorientierten Ansatz nicht wie bisher alleinig die Inputvariablen betrachtet, sondern den Output bewertet und damit als ein Bewertungsinstrument für die qualitative Einsatzfähigkeit eines Kampftruppenverbandes steht.

2. Verteidigungskapital – theoretische Grundsätze zur Bewertung

2.1 Überblick, Abgrenzung und Einordnung

Unter dem Begriff des Verteidigungskapitals wird in dieser Arbeit der monetäre Wert von Anlage- und Umlaufvermögen im Sinne einer modernen betriebswirtschaftlichen Betrachtung von Streitkräften als ein Unternehmenswert mit materiellen und immateriellen Vermögenswerten verstanden.¹¹ In diesem Zusammenhang wird das Präfix ‚Verteidigung‘ im Sinne des Völkerrechts ausgelegt und beschreibt alle Vermögensgegenstände und -werte, die der kollektiven und individuellen Selbstverteidigung im Rahmen von Art. 51 UN-Charta dienen.¹² Er ist damit umfassender als der Begriff der Landesverteidigung nach dem Deutschen Grundgesetz Art. 87a und beinhaltet auch alle Einsätze der Streitkräfte im Rahmen des Systems kollektiver Sicherheit zur internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung.¹³ Diese beiden Hauptaufgaben der Bundeswehr stehen im Mittelpunkt bei der Aufstellung des Unternehmenswertes, wohingegen der Beitrag zur Auftragserfüllung in den weiteren fünf Aufgaben der Bundeswehr¹⁴ nur komplementär auf den Unternehmenswert angerechnet wird.

Der zu erhebende Unternehmenswert wird in dieser Arbeit für einen Kampftruppenverband (KpFTrVbd) aufgestellt. Unter Beachtung der aktuellen Gliederung des Deutschen Heeres bezeichnet dies ein Bataillon oder Regiment in der Truppengattung der Kampftruppen. Betrachtet man ein Kampftruppen-

verband als ein Tochterunternehmen der Muttergesellschaft Bundeswehr, so können nach den derzeitigen wissenschaftlichen Erkenntnissen vier unterschiedliche Verfahren zur monetären Bewertung des Verbandes angewendet werden:¹⁵

1. Gesamtbewertungsverfahren: Ein Unternehmen wird anhand der zukünftigen am Markt erzielten Erträge, als Nutzen aus ihren Vermögensgegenständen und -werten sowie den damit verbundenen möglichen Schulden bewertet. Diese erwarteten zukünftigen Mittelzuflüsse werden um persönliche Steuern sowie mögliche Kapitalentnahmen, bereinigt und auf den Bewertungsstichtag diskontiert.¹⁶
2. Einzelbewertungsverfahren: Das Inventar und die Bilanz eines Unternehmens werden als Grundlage in ihren Posten separat betrachtet. Dabei wird der Wert berechnet, der für die Liquidation der einzelnen Posten am Markt erzielt werden kann oder für den Nachbau des Unternehmens an Kosten notwendig ist und dieser mit den Schulden des Unternehmens saldiert.¹⁷ Hierbei wird jedoch der Wert von immateriellen Gütern im Sinne von Verbundeffekten und selbstgeschaffenen Geschäftswert unzureichend berücksichtigt.¹⁸
3. Mischverfahren: Basierend auf dem Substanzwert eines Unternehmens, und damit in Fortführung des Einzelbewertungsverfahrens, wird der Barwert der zukünftigen erwarteten Residualgewinne addiert oder ein gewichteter Mittelwert daraus als Gesamtunternehmenswert gebildet.¹⁹
4. Überschlagsrechnung: Unter Betrachtung von historischen Marktdaten werden die Transaktionen vergleichbarer Unternehmen oder Unternehmensanteile am Markt verwendet, um Rückschlüsse auf den eigenen Unternehmenswert zu erzielen (Adaptionseffekt).²⁰

Auf Basis der Charakteristik eines Kampftruppenverbandes der Bundeswehr können für die Ermittlung des Unternehmenswertes die Bewertungsverfahren eins, drei und vier ausgeschlossen werden, da sich die Leistungspalette des Unternehmens am freien Markt nur in Bruchteilen widerspiegelt und der eigentliche Marktwert des produzierten Gutes „Äußere Sicherheit“ nicht zu ermitteln ist. Ein einziges Gleichnis lässt sich im Bereich der Absicherung von Objekten oder die Ausbildung von Sicherheitspersonal im In- und Ausland über die Finanzdaten von Sicherheitsfirmen in diesen Geschäftssegmenten er-

zielen. Jedoch verfügen diese auch nur über einen Bruchteil von Fähigkeiten eines Kampftruppenverbandes und sind oftmals noch auf weitere militärische Fähigkeiten zur Auftragsumsetzung angewiesen.²¹ Eine Bewertung in den Fähigkeitsfacetten eines Verbandes wird daher aufgrund fehlender Vergleichbarkeit auch nicht weiter untersucht. Ein weiterer Aspekt ist die Finanzierung der Bundeswehr durch die Haushaltsgesetzgebung. Hierbei besteht für einen Kampftruppenverband keine Möglichkeit zur zusätzlichen Fremdkapitalaufnahme am Kapitalmarkt, wodurch auch mögliche Residualgewinne auf einen Unternehmenswert nicht angerechnet werden können. Als Zwischenfazit kann daher festgehalten werden, dass in der weiteren Bearbeitung nur das Einzelbewertungsverfahren für eine nähere Untersuchung als geeignet anzusehen ist.

2.2 Transformation des Einzelbewertungsverfahrens

Unter Beachtung der Zielsetzung des Bewertungsverfahrens kann ein Kampftruppenverband in seine unterschiedlichen Vermögensgegenstände und -werte - als Anlage- und Umlaufvermögen - zerlegt werden. Hierbei ist aber nur das Vermögen zu betrachten, das ihm auch als Anfangsbestand für ein Einsatzszenario gemäß den Aufträgen der Bundeswehr zur Verfügung steht. Das Anlagevermögen beschreibt sein Gebrauchsvermögen mit den Sachwerten die dem andauernden Betrieb dienen, wohingegen das Umlaufvermögen als Wert aus den Verbrauchsgegenständen für den kurzfristigen Betrieb definiert ist.²² In einer weiteren Spezifizierung kann das Anlagevermögen in die immateriellen Vermögenswerte und Sachanlagen unterteilt werden, wohingegen das Umlaufvermögen durch Vorräte und sonstige liquide Mittel geprägt ist. Weitere Einzelheiten dazu sind der Abbildung 1 zu entnehmen.²³ Aufgrund der staatlichen Finanzierungsstruktur und der Jährlichkeit des Bundeshaushaltes werden die Posten Finanzanlagen und Wertpapiere sowie die Passiva Posten der Bilanz - in Form von Schulden - nicht weiter betrachtet.

Die in Abbildung 1 aufgelisteten materiellen Vermögenswerte der Sachanlagen lassen sich in ihrem Zeitwert zum Bewertungsstichtag anhand ihrer Anschaffungs- und Implementierungskosten, abzüglich der bereits erfolgten Abschreibungsquote über die Nutzungsdauer sowie eventueller sonstiger Wertkorrekturen ermitteln. Eine alternative Nutzung des Vermögenswertes, basierend auf den Berechnungen des Life-Cycle-Cost-Managements, konterkariert das Bewertungsverfahren, da hierbei auch noch nicht erfolgte Materialerhaltungs-, Personal- und Ausbildungskosten berücksichtigt werden. Es wird daher für die-

sen Prozess der Unternehmensbewertung als nicht zielführend beurteilt und nicht weiter betrachtet.²⁴

Die Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens können mit ihrem aktuellen Marktwert zum Unternehmenswert addiert werden und es bedarf keiner zusätzlichen Wertbereinigung.

Anlagevermögen	Immaterielle Vermögenswerte	Wissen als Firmenwert
	Sachanlagen ²⁵	Fahrzeuge und Maschinen
		Waffen und Gerät
		Bekleidung und Schutzausstattung
		Mobile Unterbringungsmöglichkeiten
		Mobile Lagerungseinrichtungen
		Truppengattungsspezifische Lagerungsbestände für den Einsatz des Verbandes
		Materielle Ausleihungen an andere Verbände
Sachanlagen in der Materialerhaltungsstufe 3/4		
Umlaufvermögen	Vorräte	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe Gefechtsmunition
	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	Depotbestände an Verbrauchsmaterial für den Einsatz des Verbandes
	Liquide Mittel	Zweckgebundenes Handgeld

Abbildung 1: Aktiva Posten der Bilanz eines Kampftruppenverbandes

Damit lässt sich als zweites Zwischenfazit für den Unternehmenswert eines Kampftruppenverbandes unter Anwendung des Prinzips der Einzelbewertung festhalten, dass er sich aus den drei Hauptbereichen immaterieller Vermögenswert, bereinigter Zeitwert der Sachanlagen und Marktwert des Umlaufvermögens zusammensetzt. Ausschlaggebend für eine valide Aussage zum Unternehmenswert ist die monetäre Erhebung des Wissenskapitals mit seinen Einflussgrößen. Mit diesem Arbeitsschritt wird auch die bereits dargestellte Schwäche des Einzelbewertungsverfahrens - die Werterfassung der immateriellen Ressourcen - minimiert. Alle anderen Werttreiber sind für einen Verband zu großen Teilen abhängig von der Inputsteuerung und Ressourcenzuteilung

seitens seiner übergeordneten Ebenen (Mittelzuweisung/Investitionsentscheidungen durch Großverbände/Ämter/ Kommandobehörden/etc.).

2.3 Immaterielle Vermögenswerte als intellektuelles Kapital eines Verbandes

Der immaterielle Wert eines Kampftruppenverbandes ist gekennzeichnet durch das intellektuelle Kapital seiner Soldaten. Auch wenn in der Bilanzierung nach HGB, wie bereits in der Einleitung dargestellt, das Wissenskapital eines Unternehmens nicht ausgewiesen wird, so gilt bereits jetzt mit der EU-weiten verbindlichen Einführung der International Financial Reporting Standards (IFRS) eine Ausweisungsmöglichkeit für kapitalmarktorientierte Unternehmen als dauerhafter immaterieller Vermögenswert.²⁶

Der Begriff des intellektuellen Kapitals einer Organisation wurde erstmal 1994 vom schwedischen Versicherungskonzern Skandia in einer Wissensbilanz als Anhang zum Jahresbericht verwendet.²⁷ Auf der Basis von Wissen, beschreibt der Begriff alle immateriellen Faktoren in einer Organisation und deren Vernetzung untereinander, die für den Wertschöpfungsprozess zur Verfügung stehen.²⁸ Im Falle eines Kampftruppenverbandes stellt es damit, die Gesamtheit der Kenntnisse und Fertigkeiten dar, die zur Auftrags Erfüllung und für mögliche Problemlösungsprozesse notwendig sind. Aus terminologischen Gesichtspunkt wird in vielen Publikationen darauf hingewiesen, dass der Begriff des intellektuellen Vermögens einen wesentlich besseren Bezug zu den immateriellen Produktionsfaktoren hat und nicht allein für die Summe der in Geld bewerteten Inputgüter steht.²⁹ In dieser Arbeit wird im Sinne der Hauptzielsetzung weiterhin mit dem Kapitalbegriff gearbeitet.

Im betriebswissenschaftlichen Bereich wird das intellektuelle Kapital in drei Hauptkategorien unterteilt:³⁰

1. Das Humankapital beschreibt das Expertenwissen, die Erfahrungen, Fähigkeiten und fachlichen sowie sozialen Kompetenzen der Mitarbeiter einer Organisation.³¹ Es beinhaltet auch die weicheren Faktoren der Lernbereitschaft, der Integrationsfähigkeit sowie das Engagement und die Motivation der Mitarbeiter.³² Es bildet zeitgleich das Herzstück des intellektuellen Kapitals einer Organisation und ist die Ausgangsbasis zur weiteren Vernetzung der Ressourcen in den beiden anderen Kategorien.

- Das Strukturkapital umfasst die Leistungsfähigkeit der Organisationsstruktur, des Innovationsverhaltens, der Kommunikationsabläufe und der Führungskultur.³³ Es beschreibt damit das System und die Fähigkeiten zum zielgerichteten Einsatz und zur Verknüpfung des Humankapitals.
- Unter dem Oberbegriff des Beziehungskapital wird die Beziehung zu sowie das eigene Image bei allen organisationsexternen Gruppen/Personen subsumiert (zum Beispiel: Geschäftspartner, Lieferanten, Kunden, Eigner und Investoren).³⁴

Zur Effizienzsteigerung einer Organisation müssen die Abhängigkeiten der drei Kategorien voneinander ganzheitlich identifiziert und beachtet werden, um die gegenseitige Beeinflussung untereinander durch die Unternehmensführung bewusst zu steuern. Die drei dargestellten Kategorien des intellektuellen Kapitals können auch im militärischen Bereich zur Bewertung von immateriellen Ressourcen und ihren Werttreibern verwendet werden. Dafür werden vorerst alle relevanten Einflussfaktoren identifiziert und in einem zweiten Schritt die dazugehörigen Indikatoren für ihre skalierte Bewertung definiert.³⁵ Eine mögliche Aufstellung für messbare Einflussfaktoren eines Kampftruppenverbandes ist der Abbildung 2, ohne Anspruch auf Vollzähligkeit, zu entnehmen. Hervorzuheben ist dabei, dass in der Kategorie des Beziehungskapitals der Einflussfaktor des gesellschaftlichen Umfeldes nur marginal durch die Bataillons-/Regimentsführung beeinflusst werden kann, wohingegen im Bereich der nationalen und multinationalen „Zusammenarbeit mit anderen KpFTrVbd und Unterstützungskräften“ ein hoher Gestaltungsspielraum besteht.

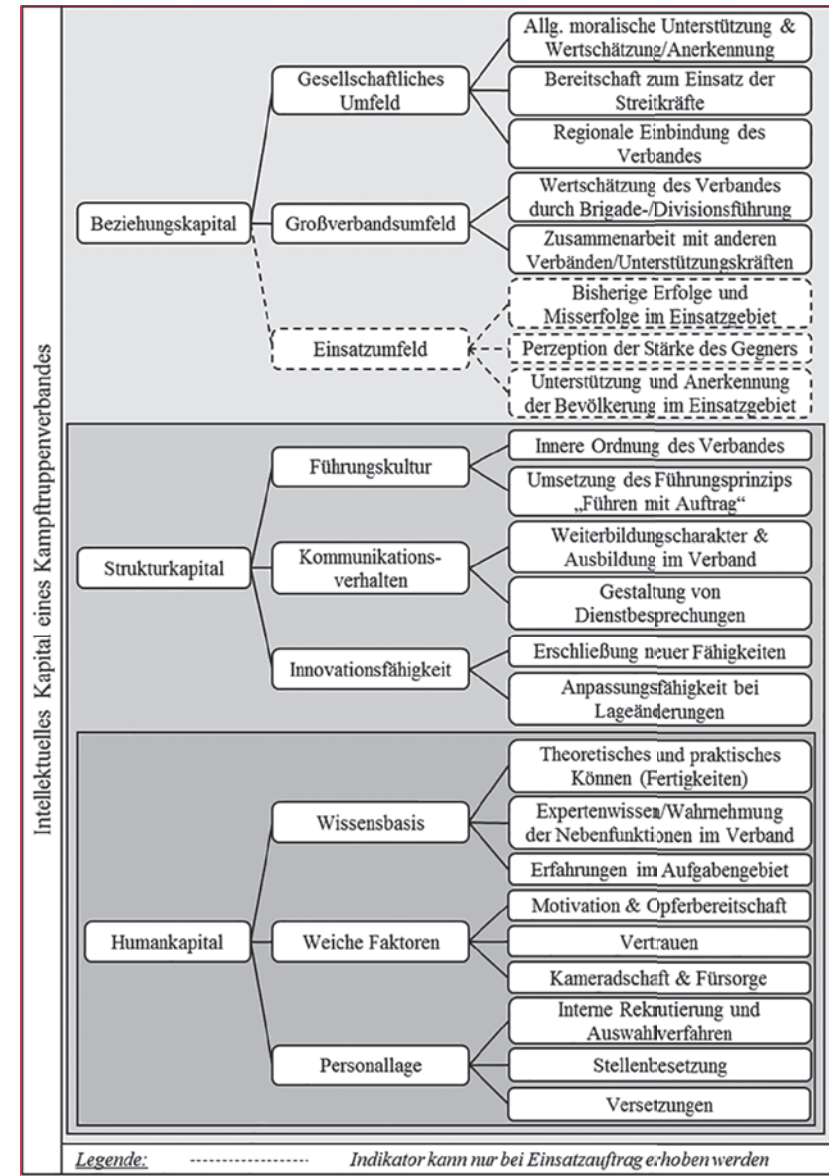


Abbildung 2: Intellektuelles Kapital eines KpFTrVbd mit seinen Einflussfaktoren in den drei Hauptkategorien³⁶

Der Einflussfaktor „Einsatzumfeld“ kann nur sukzessive nach Erteilung eines Einsatzauftrages im Rahmen der Aufgaben der Bundeswehr erhoben werden und erhält seine volle Wirksamkeit erst nach der Beendigung der Eingewöhnungsphase im Einsatzgebiet.

Für das Strukturkapital eines KpFTrVbd ist darauf hinzuweisen, dass unter der Einflussgröße „Innere Ordnung“ die Moral der Truppe mit ihrem Gehorsam in der Gesamtheit aggregiert ist. Sie wird direkt beeinflusst durch die Einzelausprägungen der „Weichen Faktoren“ in der Kategorie des Humankapitals, bildet aber dennoch eine separate Einflussgröße in der Lagebeurteilung des Unternehmenswertes.³⁷ Die Gestaltung der Aus- und Weiterbildungen sowie die Qualität von Dienstbesprechungen in einem Verband haben einen direkten Einfluss auf die Erweiterung seiner Fertigkeiten und bilden damit den Einflussfaktor des „Kommunikationsverhaltens“ zum Wissenstransfer in einem KpFTrVbd. Unter der Bezeichnung des Innovationsvermögens eines Bataillons/Regiments fallen hierbei keine kontinuierlichen Verbesserungsvorschläge der ihm angehörigen Soldaten. Vielmehr soll damit die Fähigkeit gemessen werden, sich mit neuen Themengebieten und schwer vorhersehbaren Lageentwicklungen auseinanderzusetzen, da dies am ehesten der Charakteristik eines dynamischen und komplexen Einsatzumfeldes entspricht.³⁸

In der Kategorie des „Humankapitals“ ist insbesondere in Zeiten einer Freiwilligenarmee und unter der derzeitigen demographischen Lage in Deutschland der Einfluss der Personallage von hohem Stellenwert. Auch in diesem Sektor besteht für die Führungsebene eines Verbandes nur eine geringe Möglichkeit zur Einflussnahme, jedoch wirkt sich eine signifikante Unterbesetzung auf taktische Einsatzgrundsätze entscheidend aus.³⁹

Im dritten Kapitel der vorliegenden Arbeit wird die fortführende Identifikation und Definition der Indikatoren mit ihren Skalenverhältnissen zur Messung der Ausprägung der Einflussfaktoren vorgenommen, um darauf aufbauend eine quantitative Bewertung des intellektuellen Kapitals vornehmen zu können.

2.4 Bewertungsmöglichkeiten des intellektuelles Kapital

Die Bewertung von intellektuellem Kapital kann in zwei völlig unterschiedlichen Ansätzen erfolgen und steht stets vor der Herausforderung das wirklich Wichtige im richtigen Maßstab zu messen.⁴⁰ Der induktiv-analytische Bewertungsansatz schließt in seiner Betrachtungsweise von den Einzelerkenntnis-

sen auf die Gesamtheit des intellektuellen Kapitals. Dabei werden vorrangig nicht-finanzielle Indikatoren betrachtet, um über vordefinierte Kennzahlen auf die Änderungsprozesse in der strategischen Steuerung von Unternehmen hinzuweisen oder Strategieentwicklung zu betreiben.⁴¹ Dieser Ansatz wird auch in der konzeptionellen Grundvorstellung sowie weiteren Studien zum Wissensmanagement in der Bundeswehr verfolgt. Die Balanced Scorecard und der Skandia Navigator gehören zu den geläufigsten Methoden und integrieren gleichzeitig finanziellen und nicht-finanziellen Einflussgrößen auf qualitativer Basis in die strategische Unternehmensausrichtung.⁴² Im Gegensatz dazu trifft der deduktiv-summarische Ansatz Schlussfolgerungen für den Vermögenswert des intellektuellen Kapitals anhand des monetären Gesamtwertes eines Unternehmens als eine einzige aggregierte Größe.⁴³ Dieser Bewertungsansatz kann in drei unterschiedlichen Verfahren durchgeführt werden:

1. Das marktpreisorientierten Verfahren bildet den Wert des intellektuellen Vermögens aus der Differenz von Buchwert und Marktwert eines börsenorientierten Unternehmens oder trifft abgeleitete Analogieschlüsse aus vergleichbaren Markttransaktionen bei nicht-börsenorientierten Unternehmen.⁴⁴
2. Das kapitalwert- oder zukunftsleistungswertorientierte Verfahren basiert auf der Annahme, dass die zukünftig finanziellen Überschüsse aus der Nutzung der immateriellen Ressourcen erzielt werden. Dazu wird der erwartete Cash-Flow in den Folgejahren, um die Wertbeiträge der unterstützenden Ressourcen bereinigt und mit dem ressourcenspezifischen Kapitalzinssatz diskontiert (Bildung eines Discounted-Cash-Flow-Modells).⁴⁵
3. Bei fehlenden Finanzdaten oder unzureichend geeigneten Informationen empfiehlt es sich das kostenorientierte Verfahren anzuwenden. Dieses Verfahren ruht auf den Grundsätzen der Gütersubstitution und dem Nutzengleichgewicht, wonach ein Investor nicht mehr Kapital investiert als für ein Gut, welches er am Markt bei gleichem Nutzen erwerben kann.⁴⁶ Dabei werden alle entstanden Kosten der immateriellen Ressourcen akkumuliert und um bereits durchgeführte Abschreibungen oder Wertentnahmen/-verluste vermindert. Das Verfahren gilt als schwächstes Bewertungsinstrument und fokussiert sich im Schwerpunkt auf das Mitarbeiterpotential als Personalvermögen. Es stößt vor allem im Bereich der Wirkungszusammenhänge der immateriellen Ressourcen untereinander an seine Grenzen und zwingt zur Implementierung der Inflationseffekte einer Volkswirtschaft bei fortlaufender vergleichender Betrachtung.⁴⁷

Eine ganzheitlich kostenorientierte Vorgehensweise zur Bewertung wurde erstmals 2006 und mit einem verbesserten Modell 2009 nach dem Hagener Schema von ORTNER/THIELMANN-HOLZMAYER vorgenommen.⁴⁸ Hierbei werden auf der Grundlage der Kosten des Personalvermögens, die am Wertschöpfungsprozess beteiligten immateriellen Ressourcen anhand ihrer wichtigsten Einflussfaktoren bewertet. Je nach Zielsetzung der Bewertung kann das intellektuelle Kapital nach dem Bilanzwert für den Jahresabschluss als buchhalterischen Dokumentations- und Informationsaufgabe gebildet werden oder eine Bewertung als Ertrags- und Nutzwert des Personalvermögens vorgenommen werden. Dabei dienen die erhobenen monetären Werte und Kennziffern als eine Art Management- und Controlling-Instrument zur Steuerung und Überprüfung des Wertschöpfungsprozesses. Abschließend kann mit diesem Modell ein Substanzwert als wahrer Wert des institutionellen Personalvermögens abgebildet werden. Hiermit können auch zukünftige Personalausgaben an den realen erbrachten Nutzen in der Organisation angepasst werden.⁴⁹

Aufgrund der fehlenden Parallelen an Finanzdaten für ein KpfTrVbd am freien Markt sowie des nicht monetär-messbaren Cash-Flows bei der Leistungserbringung „(Äußere) Sicherheit“, kann keine Bewertung seines intellektuellen Kapitals nach dem marktpreisorientierten und kapitalwertorientierten Verfahren vorgenommen werden. Dennoch kann durch die monetäre Messbarkeit der entstehenden Kosten in den drei Hauptkategorien des intellektuellen Kapitals eine Bewertung über das kostenorientierte Verfahren durchgeführt werden. Die Hauptkosten für die immateriellen Ressourcen von Streitkräften entstehen im Bereich des Personalaufwandes⁵⁰ und bei den Ausgaben für Gewinnung, Qualifizierung und Nachsorge von Personal als Schlüsselfaktoren von Streitkräften⁵¹. Insbesondere in dem Tätigkeitsspektrum der Qualifizierung müssen alle Aufwendungen zur Aus- und Weiterbildung des Personals im internen und externen Umfeld erfasst werden. Darunter fallen für einen KpfTrVbd im internen Umfeld die entstehenden Kosten durch Allgemeine Truppenausbildung sowie Individual-, Teamausbildung und Übung in eigener Verantwortung, wohingegen die lehrgangsgebundene Ausbildung sowie Individual-, Teamausbildung und Übung auf Großverbandsebene und in zentralen Ausbildungseinrichtungen des Heeres (ZAusbEinr H) auf die Kostenstelle des externen Umfelds entfallen.⁵²

Weitere Kosten, wie zum Beispiel die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit im Bereich des Beziehungskapitals oder Seminarkosten für externe Referenten zur

Verbesserung des Strukturkapitals, sind ebenfalls als Kosten unter den Aufwendungen für immateriellen Ressourcen zu verbuchen und in die Bewertung aufzunehmen.

3. Modell zur Berechnung des Verteidigungskapitals eines KpfTrVbd

In diesem Kapitel wird auf den dargestellten betriebswirtschaftlichen Grundlagen der monetären Unternehmens- und Wissensbewertung ein Modell zur Berechnung des Verteidigungskapitals eines Kampftruppenverbandes aufgestellt. Demnach kann der Wert eines Bataillons/Regiments der Kampftruppen aus den drei Hauptbereichen Intellektuelles Kapital, bereinigter Zeitwert der Sachanlagen und Marktwert des Umlaufvermögens berechnet werden (siehe Abbildung 3). Für die Modellbildung werden in einem Top-Down-Verfahren die einzelnen Segmente des Unternehmenswertes individuell betrachtet und erläutert.

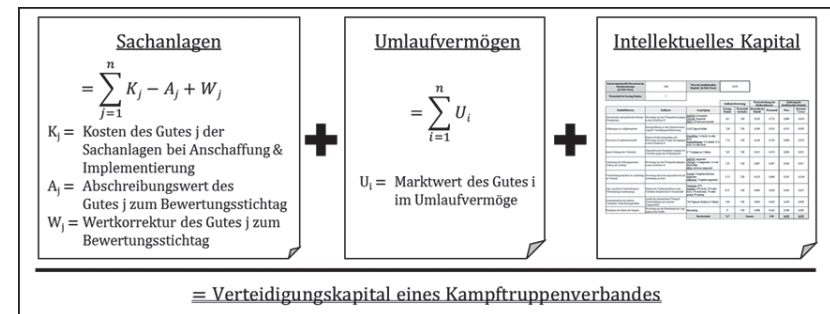


Abbildung 3: Berechnung des Verteidigungskapitals eines Kampftruppenverbandes nach der Einzelbewertungsmethode

3.1 Berechnung der Vermögenswerte aus Sachanlagen und Umlaufvermögen

Die für die Bewertung der Sachanlagen und des Umlaufvermögens benötigten Daten, lassen sich aus dem Datenbestand der Standard-Anwendungs-Software-Produkt-Familien (SASPF) für den Bereich Rüstung/Logistik in der Bundeswehr, mit der bis Ende 2016 jeder Verband des Deutschen Heeres ausgestattet ist, leicht generieren.⁵³

Der Gesamtvermögenswert der Sachanlagen ergibt sich aus der Summe der Zeitwerte aller Sachanlagen. Die auf den Bewertungszeitraum anzupassenden

Finanzdaten der Einzelgüter als Kosten aus Anschaffung und Implementierung müssen dafür um die bereits erfolgten Abschreibungen vermindert sowie um erfolgte Wertkorrektur erhöht werden. Der Wert der Abschreibung ergibt sich dafür aus dem Anteil von genutztem zu geplantem Verwendungszeitraum für die oben aufgeführten Kosten. In den Bereich der Wertkorrektur müssen die außerplanmäßigen Kosten für die Materialerhaltung hinzugerechnet werden (z.B.: Triebwerksaustausch bei Gefechtsfahrzeugen), die nicht in den allgemeinen Implementierungskosten für Großgerät enthalten sind. Gegebenfalls werden unter diesen Posten auch zusätzliche Auf-/Abwertungen der Sachanlagen bei Nutzungszeitänderung vorgenommen.

Der Wert des Umlaufvermögens kann nach erfolgter Inventur zum Ende des Berichtszeitraumes zu den aktuellen Wiederbeschaffungskosten der einzelnen Güter am Markt bestimmt werden. Die Summe der Einzelpositionen ergibt ebenfalls seinen Gesamtwert und fließt in den aggregierten Wert des Verteidigungskapitals ein.

3.2 Berechnung der Vermögenswerte des intellektuellen Kapitals

Die Bewertung des intellektuellen Kapitals erfolgt in vier Schritten nach dem dargestellten kostenorientierten Verfahren und orientiert sich an dem Hager Modell sowie einem scoringbasierten Bewertungsverfahren der Einflussgrößen und ihrer Wirkungszusammenhänge, um die aufgeführte Schwachstelle des Verfahrens zu eliminieren.⁵⁴

Im ersten Schritt werden die Einflussgrößen des intellektuellen Kapitals definiert und mit den dazugehörigen Indikatoren hinterlegt, um seine Auswirkung auf den immateriellen Vermögenswert zu messen. Ein Indikator steht hierbei für eine Merkmalsausprägung, die sich auf einer Ordinalskala (in einer Rangfolge) abtragen lässt. Für einen Kampftruppenverband empfiehlt es sich die Erhebung der Kennzahlen, wo immer möglich, an der Einsatz- und Ausbildungssystematik des Deutschen Heeres auszurichten, da insbesondere durch externe Teamausbildung und Übungsvorhaben sowie Dienstaufsicht die Leistungsfähigkeiten und Einsatzbereitschaft von Verbänden in den zugewiesenen Aufträgen sehr gut abgebildet werden kann. Diese Systematik des Heeres sieht hierfür mindestens drei Durchgänge an zentralen Ausbildungseinrichtungen des Heeres (ZAusbEinr H) innerhalb von zwei Jahren vor, in denen auch ein Großteil der notwendigen Kennzahlen erhoben wird und später zu einem gemeinsamen Indikator aggregiert werden kann.⁵⁵ Die Zu-

sammenfassung der Bewertungen kann hierbei auch nach einer unterschiedlichen Gewichtung erfolgen, um den Stellenwert der Ausbildungseinrichtung bzw. die unterschiedlichen Quantität und Qualität der Anforderungen an den Verband bei Übungsdurchgängen auch in eine Rangfolge zu bringen.

Im zweiten Kapitel der Arbeit wurden bereits mögliche Einflussgrößen, basierend auf Plausibilitätsüberlegungen und Erfahrungswerten, für das Human- (HK), Struktur- (SK) und Beziehungskapital (BK) aufgestellt. Hierbei können zur Vereinfachung des Bewertungsprozess nur diejenigen Einflussfaktoren weiter betrachtet werden, die auch einen signifikanten Einfluss auf den Verband haben und/oder durch das eigene Verhalten verändert werden können.⁵⁶ In der weiteren Bearbeitung des Themas wurden dafür neun Einflussfaktoren mit Indikatoren identifiziert.

1. HK 1 - Theoretisches und praktisches Können: Hierunter werden die aggregierten Fertigkeiten des Personals verstanden, um den an sie gestellten Auftrag erfolgreich umzusetzen. Die Ausprägung des Indikators „Erreichung des Lernziels“ im Übungsdurchgang wird an den ZAusbEinr des Heeres mit einer fünfstufigen Skala bewertet.
2. HK 2 - Erfahrungen im Aufgabengebiet: Beschreibt den Erfahrungswert eines Verbandes in den Operationsarten Angriff/Verteidigung/Stabilisierung anhand des Mittelwertes der Einsatztage je Soldat im Verband.
3. HK 3 - Motivation & Opferbereitschaft: Steht für die intrinsische Motivation der Soldaten zum Dienst in dem Verband und wirkt sich entscheidend auf die Kampfmoral und Opferbereitschaft aus.⁵⁷ Die Merkmalsausprägung wird, wie bereits auch schon in der Balanced Scorecard zur Wissensstudie BMVg,⁵⁸ anhand einer fünf stufigen Skala bewertet und hierfür durch die ZAusbEinr H sowie durch eine Befragung im Verband (Stichprobenumfang: min. 30) erhoben.
4. SK 1 - Innere und soziale Ordnung des Verbandes: Umfasst die Bereitschaft zum Gehorsam und zum treuen Dienen gemäß dem Eid nach § 7 Soldatengesetz. Es ist gleichzeitig ein entscheidender Baustein für die Funktionsfähigkeit eines Verbandes und kann unter anderem über die Anzahl der abgeschlossenen Disziplinarfälle im Bewertungszeitraum gemessen werden (Gewichtung nach schwere des Deliktes möglich, ggf. notwendig).⁵⁹

5. **SK 2 - Umsetzung des Führungsprinzips „Führen mit Auftrag“:** Steht für die Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten der militärischen Führer des Verbandes im Sinne einer zeitgemäßen Menschenführung und basierend auf ethischem Verantwortungsbewusstsein, geistiger Flexibilität sowie sozialer und interkultureller Kompetenz zu handeln und zu führen.⁶⁰ Seine Ausprägung wird ebenfalls anhand einer fünfstufigen Skala in den ZAusbEinr H erhoben.
6. **SK 3 - Weiterbildungscharakter & Ausbildung im Verband:** Umfasst die Art und Weise wie Wissen innerhalb des Verbandes in Weiterbildungen und bei Ausbildungen zur Erhöhung der Fähigkeiten der Soldaten weitergegeben wird und sorgt damit für eine hohe Qualität und Quantität an individuellen Kenntnissen im Verband. Der Inspekteur des Heeres hat dafür die Vorgaben erlassen und wird durch die Inspiziententätigkeiten in der Dienstaufsicht unterstützt.⁶¹ Seine Merkmalsausprägung richtet sich daher nach der Beurteilung der Inspizienten im Bewertungszeitraum zur Umsetzung der Vorgaben, anhand einer fünfstufigen Skala.
7. **BK 1 - Allg. moralische Unterstützung & Wertschätzung/Anerkennung:** Beschreibt die Einbettung der Bundeswehr in die Gesellschaft und ist ein Baustein für eine motivierte Aufgabenerfüllung im Einsatz. Seine Merkmalsausprägung wird über die jährlich durchgeführten Umfragen zum Ansehen der Streitkräfte und zum Vertrauen in die Bundeswehr erhoben.⁶²
8. **BK 2 - Zusammenarbeit mit anderen Verbänden/Unterstützungskräften:** Eine frühzeitige Zusammenarbeit mit anderen Truppengattungen und Verbänden vereinfacht die spätere Komplexität des Stabilisierungseinsatzes oder in Operationen verbundener Kräfte – es öffnet die Sicht- und Denkweise der Soldaten für das Gefechtsfeld. Seine Ausprägung wird in den gemeinsamen Ausbildungstagen je Soldat im Bataillon/Regiment mit verbandsfremden Kräften gemessen.

Einflussgröße	Indikator	Bewertung und Neuskalierung									
		nicht erreicht	teilweise erreicht	erreicht	weit übertrifft	sehr hoch					
Humankapital (HK)											
HK 1 Theoretisches und praktisches Können (Fertigkeiten)	Bewertung aus den Übungsdurchgängen in den ZAusbEinr H	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
HK 2 Erfahrungen im Aufgabengebiet	Einsatztage in den Operationsarten Angriff/Verteidigung/Stabilisierung	0	3-4	7-8	11-12	15-16	>16				
HK 3 Motivation & Opferbereitschaft	Eigener Stichprobenumfang und Bewertung aus den Übungsdurchgängen in den ZAusbEinr H	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Strukturkapital (SK)											
SK 1 Innere und soziale Ordnung des Verbandes	Abgeschlossene Disziplinarvorgänge bei Verstößen gegen das Soldatengesetz	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
SK 2 Umsetzung des Führungsprinzips „Führen mit Auftrag“	Bewertung aus den Übungsdurchgängen in den ZAusbEinr H	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
SK 3 Weiterbildungscharakter & Ausbildung im Verband	Bewertung durch die Inspizienten für die Ausbildung im Heer	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Beziehungskapital (BK)											
BK 1 Allg. moralische Unterstützung & Wertschätzung/Anerkennung	Statistische Umfrageergebnisse zum Verhältnis Bundeswehr & Gesellschaft	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
BK 2 Zusammenarbeit mit anderen Verbänden/Unterstützungskräften	Anzahl der gemeinsamen Übungen/Weiterbildungen mit externen Truppenteilen	0	1	...	5	...	10	>10			
BK 3 Perzeption der Stärke des Gegners	Bewertung aus der Beurteilung der Lage gegnerischer Kräfte	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

Abbildung 4: Bewertung der Einflussgrößen des intellektuellen Kapitals mit den Indikatoren und Skalenniveaus

9. BK 3 - Perzeption der Stärke des Gegners: Wahrnehmung der Stärke des Gegners ergibt sich aus der Beurteilung der Lage und diktiert das Vermögen zur eigenen Handlungsfreiheit und -fähigkeit. Seine Bewertungsausprägung ergibt sich aus der Kampfkraft des Gegners und wird ebenfalls auf einer fünf-stufigen Ordinalskala abgetragen.

Die bereits aggregierten Merkmalsausprägungen der Indikatoren werden danach von ihren individuellen Skalenausprägungen auf eine einheitliche Nominalskala in den Werten eins bis zehn überführt, um eine gemeinsame Auswirkung auf den Kapitalwert stufenlos berechnen zu können.⁶³

Im zweiten Schritt zur Berechnung des intellektuellen Kapitals muss die Wechselwirkung der Einflussfaktoren untereinander untersucht werden, da diese nicht isoliert betrachtet werden können, sondern in erheblichem Maße miteinander vernetzt sind. Die Intensität der Wirkungszusammenhänge wird hierfür im Sinne einer Sensitivitätsanalyse untersucht und ihr Ergebnis auf einer Ordinalskala in den Werten null (kein Einfluss) bis drei (sehr starker Einfluss) abgebildet.⁶⁴ Dabei wird stets ein Einflussfaktor als Ursache betrachtet und sein Einfluss auf die vorerst konstanten Werte der anderen untersucht. Die daraus identifizierten Wirkungen werden abschließend zur weiteren Bearbeitung in eine gemeinsame Matrix überführt (siehe Abbildung 5 für die neun Einflussfaktoren).

Als abschließendes Ergebnis der Sensitivitätsanalyse kann bestimmt werden, welcher Einflussfaktor eine starke Wirkung auf andere ausübt – daher eher aktiv im System ist – und welcher Faktor von anderen stark beeinflusst wird – daher eher als passiv zu bezeichnen ist. Die Gesamtpunktzahl eines Faktors im Bereich der Ursache (Aktivitätsgrad) und der Wirkung (Passivitätsgrad) wird für die weitere Berechnung mit der vergebenen Gesamtpunktzahl ins Verhältnis gesetzt. Die daraus gewonnenen Werte geben nun den Aufschluss über die Intensität der Ursache und die Intensität der Wirkung eines jeden Einflussfaktors im System intellektuelles Kapital.⁶⁵

Ursache ⇓	Einfluss auf ⇨									Summe/ Aktivitätsgrad	Intensität der Ursache	Gesamt- Intensität Im System									
	HK 1	HK 2	HK 3	SK 1	SK 2	SK 3	BK 1	BK 2	BK 3												
Theoretisches und praktisches Können (Fertigkeiten)	HK 1	-	2	2	1	2	3	3	2	2	17	0,71	0,150								
Erfahrungen im Aufgabengebiet	HK 2	3	-	2	1	1	2	1	2	1	13	0,54	0,106								
Motivation & Opferbereitschaft	HK 3	2	2	-	2	1	2	1	1	1	12	0,50	0,146								
Innere Ordnung des Verbandes	SK 1	2	1	3	-	2	2	3	1	0	14	0,58	0,111								
Umsetzung des Führungsprinzips „Führen mit Auftrag“	SK 2	2	1	3	1	-	2	1	2	0	12	0,50	0,097								
Weiterbildungscharakter & Ausbildung im Verband	SK 3	3	2	3	2	2	-	1	2	1	16	0,67	0,133								
Allg. moralische Unterstützung & Wertschätzung/Anerkennung	BK 1	2	1	3	1	0	0	-	0	0	7	0,29	0,084								
Zusammenarbeit mit anderen Verbänden/Unterstützungskräften	BK 2	2	1	2	0	1	1	0	-	1	8	0,33	0,084								
Perzeption der Stärke des Gegners	BK 3	1	1	3	3	1	2	2	1	-	14	0,58	0,088								
Summe/Passivitätsgrad											17	11	21	11	10	14	12	11	6	113	1,000
Intensität der Einflussnahme											0,71	0,46	0,88	0,46	0,42	0,58	0,50	0,46	0,25		

Abbildung 5: Intensitätsmatrix zur Wirkungsweise der Einflussfaktoren untereinander und im Gesamtsystem intellektuelles Kapital

Die Bestimmung der Gesamtintensität im System erfolgt über die Berechnung der summierten Aktivitäts- und Passivitätsausprägung eines Faktors wiederum im Verhältnis zur vergebenen Gesamtpunktzahl in beiden Sparten. Diese Art der Intensitätsberechnung unterstellt einen gewichteten linearen Zusammenhang in der Wirkungsweise der Einflussfaktoren untereinander und berücksichtigt keine zeitliche Dimension der Wechselwirkung in langfristiger Perspektive.⁶⁶ Auch die Art des Einwirkens auf einen anderen Einflussfaktor (Verstärkung/Verschlechterung) ist hierbei irrelevant, da dies über die Art der Skalenausprägung bei der Indikatorbewertung berücksichtigt worden ist/werden muss.

Die berechneten Ergebnisse können im Anschluss in einem Datendiagramm mit dem Aktivitätsgrad auf der Ordinatenachse und dem Passivitätsgrad auf der Abszissenachse dargestellt werden (siehe Abbildung 6). Diese Art der graphischen Darstellung wird als Einflussdiagramm bezeichnet und gibt visuell sehr schnell Aufschluss über die Dynamik eines Faktors im Gesamtsystem sowie auch seine mögliche stabilisierende Wirkungsweise.⁶⁷ Ein Datendiagramm mit einer signifikanten Mehrheit an Einflussfaktoren im I. Quadranten (Q I)

kann hierbei als hochdynamisches und teilweise kritisches System bewertet werden. Aufgrund der damit einhergehenden hohen Komplexität der Faktoren untereinander, resultiert ebenso eine höhere Risikoanfälligkeit für ein Unternehmen/den KpFTrVbd in diesem Einflussbereich. Die Einflussfaktoren im III. Quadranten (Q III) wirken hingegen konträr dazu, ihnen wird eine puffernde und stabilisierende Wirkung unterstellt. Faktoren mit einer hohen Aktivität und Dynamik sind im II. Quadranten (Q II) abgebildet, wohingegen reaktiv und passive Einflussfaktoren im IV. Quadranten (Q IV) zu finden sind.⁶⁸

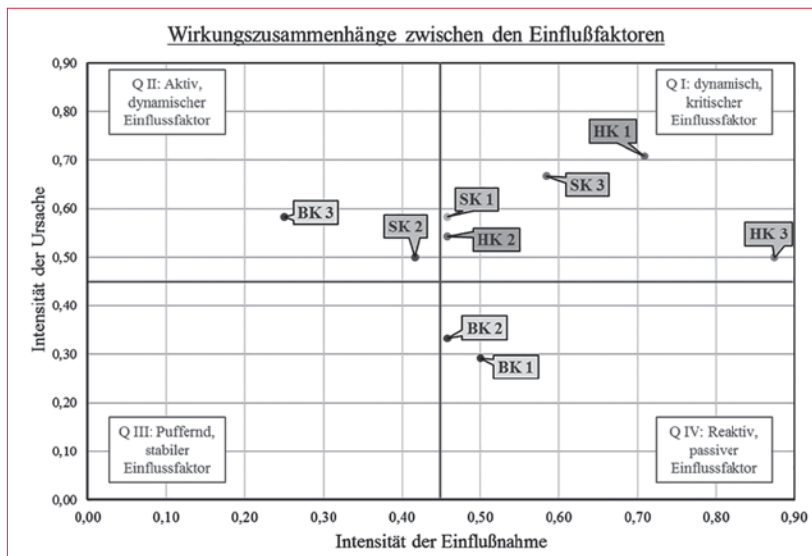


Abbildung 6: Einflussdiagramm der Faktoren des intellektuellen Kapitals

Damit sind die Einflussfaktoren „Theoretisches und Praktisches Können“, „Motivation und Opferbereitschaft“ sowie „Weiterbildungscharakter und Ausbildung im Verband“ als kritische Faktoren für das intellektuelle Kapital eines Kampftruppenverbandes zu bewerten, wohingegen „Moralische Unterstützung und Wertschätzung aus der Bevölkerung“ eher als passiver und leicht stabilisierender Einflussfaktor für einen Kampftruppenverband einzustufen sind. Mit den Einflussfaktoren „Erfahrungen im Aufgabengebiet“, „Innere Ordnung des Verbandes“ sowie „Umsetzung des Führungsprinzips - Führen mit Auftrag“ lässt sich das Gesamtsystem schlecht steuern. Sie sind aber dafür gut geeignet, um eine interne Selbstregulierungsfunktion wahrzunehmen.

Im dritten und letzten Schritt zur Ermittlung der Wertveränderung des intellektuellen Kapitals wird die Indikatorenbewertung eines jeden Einflussfaktors mit seiner berechneten Intensität im Gesamtsystem und den Aufwendungen für immaterielle Ressourcen betrachtet.

Die Erhebung der Aufwendung für immaterielle Ressourcen wird bereits zu großen Teilen über den jeweiligen Standortservice der Bundeswehr Dienstleistungszentren für einen KpFTrVbd wahrgenommen. Die Personalaufwendungen für die Löhne und Gehälter der Mitarbeiter eines Verbandes sind genau wie die Werte der Sachanlagen im System SASPF – diesmal im Bereich Personal – hinterlegt und abrufbar.

Ausgehend von dem Nominalskalenwert eines jeden Indikators muss als erstes der Skalenwert festgelegt werden, an den eine Zielvereinbarung verknüpft ist und damit der Wert des Vermögens zumindest erhalten bleibt. Dieser Abgleich sollte auf der Grundlage der Jahresausbildungsbefehle eines Großverbandes mit den Aufträgen und Zielen für einen jeden Verband erfolgen oder an die Mindestforderungen des Inspektors für die Einsatzbereitschaft seiner Verbände geknüpft sein. So kann zum Beispiel die Forderung für den Einflussfaktor „theoretisches und praktische Können“ mit der Zielsetzung des Inspektors Heer

„[...]Befähigung zum Durchsetzen gegen einen militärisch organisierten Gegner in robusten Anfangsoperationen bei gleichzeitiger asymmetrischer Bedrohung.“⁶⁹

verknüpft werden. Daraus ergibt sich, dass bei Ausbildung und Übung in diesem Themengebiet auf Verbandsebene auch das Lernziel erreicht werden muss. Dies ist in der definierten Bewertungsskala des Einflussfaktors und nach anschließender Überführung in eine Nominalskala bei einem Index von sieben gegeben. Daher sind alle Bewertungen, die jenseits dieses Skalenwertes erreicht werden, eine Form von zusätzlicher Wertschöpfung für das intellektuelle Kapital.

Der Nominalskalenwert einer jeden Einflussgröße, als Scoring-Punkt, wird anschließend ins Verhältnis zum Indexwert bei Werterhalt gesetzt. Daraus ergibt sich der Koeffizient für den monetären Anteil eines jeden Einflussfaktors am Gesamtsystem für die weitere Berechnung des neuen Kapitalwertes des Faktors.⁷⁰ Der monetäre Anteil eines jeden Einflussfaktors errechnet sich dafür aus seiner Intensität und der Summe aller Aufwendungen für die gesamten immateriellen Ressourcen.

teriellen Ressourcen im System. Die Gesamtsumme der berechneten Kapitalwerte der Einflussfaktoren ergibt den neuen Wert des intellektuellen Kapitals eines Kampftruppenverbandes (siehe zusammenfassend die Abbildung 7).

Intellektuelles Kapital

$$= \sum_{k=1}^n \frac{S_k}{I_k} * Int_k * AIR$$

k = Einflussfaktor
S_k = Scoring-Punkte des Einflussfaktors nach Indikatorbewertung
I_k = Indexwert des Einflussfaktor bei Werterhalt
Int_k = Intensität des Einflussfaktors im Gesamtsystem intellektuelles Kapital
AIR = Aufwendungen für alle immaterielle Ressourcen im Berichtszeitraum

Abbildung 7: Berechnungsformel zur Ermittlung des intellektuellen Kapitals

Zum besseren Verständnis der Berechnung des intellektuellen Kapitals soll Abbildung 8 als Beispiel dienen. Hierbei wurde den bereits dargestellten neun Einflussfaktoren eine Bewertungsausprägung zur Berechnung der Scoring-Punkte sowie die Indices bei Werterhalt beispielhaft vergeben. Demnach findet bei den Faktoren „Allg. moralische Unterstützung und Wertschätzung/Anerkennung“ sowie „Zusammenarbeit mit anderen Verbänden/ Unterstützungs Kräften“ bereits ab einem Indexwert von sechs eine Erhöhung des intellektuellen Kapitals statt. Dies entspricht zum Beispiel einem Umfrageergebnis zur Wertschätzung der Bundeswehr durch die Gesellschaft von mehr als 60%. Allen anderen Faktoren wurde ein Werterhalt ab einem Indexwert von sieben zugeteilt.

Nach dem Übertrag der Intensität im Gesamtsystem für einen jeden Einflussfaktor aus der Sensitivitätsanalyse zur Wechselwirkungen wurden dem Verband fiktive Gesamtkosten in Höhe von 30 [Mio.] Euro für immaterielle Ressourcen in 2 Jahren als Berichtszeitraum unterstellt und dieser Wert den Einflussfaktoren anhand ihrer Intensitäten im Gesamtsystem zugeteilt. Einhergehend mit Gewichtung aus dem Verhältnis von Scoring-Punkten zu Indexwert ergibt sich der Kapitalwert für einen jeden Einflussfaktor.

Kosten immaterielle Ressourcen im Berichtszeitraum [in Mio. Euro]		30,00		Wert des Intellektuellen Kapitals [in Mio. Euro]		31,331	
Ken-ner	Einflussfaktoren	Indikator	Ken-ner	Einflussfaktoren	Indikator		
HK 1	Theoretisches und praktisches Können (Fertigkeiten)	Bewertung aus den Übungsdurchgängen in den ZAusbEiNr H	SK 3	Weiterbildungscharakter & Ausbildung im Verband	Bewertung durch die Inspektionen für die Ausbildung im Heer		
HK 2	Erfahrungen im Aufgabengebiet	Einsatzverfahren in den Operationsarten Angriff/Verteidigung/Stabilisierung	BK 1	Allg. moralische Unterstützung & Wertschätzung/Anerkennung	Statistische Umfrageergebnisse zum Verhältnis Bundeswehr & Gesellschaft		
HK 3	Motivation & Opferbereitschaft	Eigener Stüchprobenumfang und Bewertung aus den Übungsdurchgängen in den ZAusbEiNr H	BK 2	Zusammenarbeit mit anderen Verbänden/ Unterstützungs Kräften	Anzahl der gemeinsamen Übungen/ Weiterbildungen mit externen Truppenteilen		
SK 1	Innere Ordnung des Verbandes	Abgeschlossene Disziplinarvorgänge bei Verstößen gegen das Soldatengesetz	BK 3	Perzeption der Stärke des Gegners	Bewertung aus der Beurteilung der Lage gegenseitiger Kräfte		
SK 2	Umsetzung des Führungsprinzips „Führen mit Auftrag“	Bewertung aus den Übungsdurchgängen in den ZAusbEiNr H					
		Indikatorbewertung		Wechselwirkung der Einflussfaktoren		Änderung des Intellektuellen Kapitals	
Ken-ner	Ausprägung	Scoring-Punkte	Werteswert bei Index	Ken-ner	Intensität im Modell	Wert	Zuwachs/ Verlust
HK 1	GefÜbz: LZ erreicht Übz.kuf: 2erreicht SIRA: LZ teilweise erreicht	6,5	7,00	HK 1	0,150	4,513	4,191
HK 2	11,62 Tage je Soldat	7,26	7,00	HK 2	0,106	3,186	3,305
HK 3	ZAusbEiNr: 3 x hoch, 1x sehr hoch Eigenebefragung: 13 x mittel, 15 x hoch, 8 x sehr hoch	7,74	7,00	HK 3	0,146	4,381	4,846
SK 1	47 Vorgänge in 2 Jahren	7,85	7,00	SK 1	0,111	3,319	3,627
SK 2	GefÜbz: umgesetzt Übz.kuf: 1 x umgesetzt, 1 x weit übertraffen SIRA: teilweise umgesetzt	7,25	7,00	SK 2	0,097	2,920	3,025
SK 3	TrAusb: Vorgaben teilweise umgesetzt OffAusb: Vorgaben umgesetzt	5,75	7,00	SK 3	0,133	3,982	3,271
BK 1	Vertrauen: 62% Ansehen: 24% hoch, 32% eher hoch, 31% teils/teils, 7% eher gering, 6% gering	6,71	6,00	BK 1	0,084	2,522	2,821
BK 2	7,64 Tage pro Soldat in 2 Jahren	7,64	6,00	BK 2	0,084	2,522	3,212
BK 3	eher gering	8	7,00	BK 3	0,088	2,655	3,034
Durchschnitt		7,17		Summe		30,00	31,331

Abbildung 8: Berechnungsbeispiel für das intellektuelle Kapital eines KpFTrVbd

Die Aufsummierung der berechneten Kapitalwerte eines jeden Einflussfaktors ergibt einen Gesamtwert des intellektuellen Kapitals von 31,331 [Mio.] Euro und damit einer zusätzlichen Wertschöpfung von 1,331 [Mio.] Euro durch den Verband. Demnach wurde für die Einflussfaktoren „Theoretisches und praktisches Können“ sowie „Weiterbildungscharakter und Ausbildung im Verband“ ein leichter Wertverlust erwirtschaftet. Dieser konnte aber durch den hohen Wertzuwachs an Beziehungskapital sowie durch eine sehr gute Motivationslage im Bereich des Humankapitals ausgeglichen werden.

3.3 Bewertungszeitraum des Verteidigungskapitals

Die Indikatorbewertung der Einflussgrößen des intellektuellen Kapitals ist zu großen Teilen an die Ausbildungssystematik des Deutschen Heeres gebunden. Demnach müssen mindestens die zurückliegenden zwei Jahre betrachtet werden, um eine ausreichende Grundgesamtheit der Bewertungsdaten zu generieren. Hierbei können auch weiter zurückliegende Informationen schwächer gewichtet werden, um den aktuellen Erkenntnisgewinn stärker in das Modell einfließen zu lassen.

Ein weiteres Argument für die Betrachtung von mindestens zwei Jahren ist der Zeitraum der Einsatzsystematik im Heer sowie die Verwendungsdauer von zukünftig drei Jahren eines Kommandeurs, um sich auf seinen Verband und damit auch auf das intellektuelle Kapital auswirken zu können.⁷¹ Insbesondere die Beeinflussung der kritischen Faktoren „Theoretisches und Praktisches Können“ sowie „Weiterbildungscharakter und Ausbildung“ benötigen Zeit, um eine spürbare Änderung in der Quantität und vor allem Qualität des Humankapitals zur erzielen.

3.4 Bewertung des Verteidigungskapital Modells

Für die Bewertung des Modells werden die verwendeten Methoden in der Modellbildung und zum zweiten die Aussagekraft der errechneten Werte in den Sparten des Verteidigungskapitals eines Verbandes näher betrachtet. Die daraus resultierenden Verwendungs- und Einsatzmöglichkeiten des Modells werden anschließend im vierten Kapitel kritisch untersucht.

3.4.1

Stärken des Modells

Ein großer Vorteil bei dieser Modellbildung ist die Untersuchung und Implementierung der Wechselwirkung der Einflussfaktoren des intellektuellen Kapitals untereinander. Während die bisher verwendeten Methoden nach dem kostenorientierten Verfahren zur Bewertung der immateriellen Ressourcen einen Einflussfaktor variierend betrachteten, bei gleichzeitiger Konstanz der anderen Faktoren, wird mit der Sensitivitätsanalyse des intellektuellen Kapitals die entstehenden Wechselwirkungen stufenweise analysiert. Damit gelingt es einer Organisation/Unternehmen, die keinen messbaren Cash-Flow generiert und/oder vergleichbaren Börsenwert identifizieren kann, in die ganzheitliche monetäre Wertbestimmung ihres Vermögens einzusteigen. Das bereits erläu-

terte Hager-Modell hat in seiner Berechnung nur ein oder zwei kongruente Faktoren (Korrelationskoeffizient plus eins) betrachtet und daraus resultierend die individuellen Wertkennzahlen als Vermögenswert berechnet.⁷² Dieses Vorgehen kanalisiert den Betrachter oftmals auf das reine Personalvermögen, wohingegen der Begriff des intellektuellen Kapitals – wie bereits definiert – wesentlich umfassender zu verstehen ist.

Das aufgestellte Modell verknüpft damit die Sensitivitätsanalyse der Einflussfaktoren aus dem kapitalwertorientierten Verfahren in den Berechnungsprozess nach dem kostenorientierten Bewertungsverfahren. Diese abgewandelte Implementierung der Wechselwirkungen aller Einflussfaktoren untereinander ermöglicht eine transparente Untersuchung im ganzheitlichen Ansatz des intellektuellen Kapitals. Daraus resultierend kann eine viel genauere Analyse der monetären Wertveränderung vorgenommen werden und sich im anschließenden Anpassungsprozess auf die Steuerung der Haupteinflussfaktoren konzentriert werden. Dies bildet gleichzeitig den Hauptvorteil auch gegenüber den qualitativen Alternativen, zum Beispiel einer Balanced Scorecard aus dem Wissensmanagement, da hierbei nicht für jeden Faktor eine individuelle Betrachtung vorgenommen wird.

Als Gesamtmodell zur Berechnung des Unternehmenswertes eines KpFTrVbd bietet es die Möglichkeit zur schnellen und treffsicheren Analyse der Hauptwerttreiber im Wertschöpfungsprozess.⁷³ Unabhängig von einer ex post Anwendung zur Analyse oder einer Modellierung erwarteter Prozesse zur Zukunftsanalyse mit diesem Modell, können sehr schnell Aussagen über Quantität und Qualität für alle drei Sparten der Vermögenswerte im Aktiva der Bilanz getroffen werden. Dies dient auch gerade in der vergleichenden Betrachtung von Verbänden zu weiteren Leistungsanreizen, insbesondere in der Führungsebene.

3.4.2

Schwächen des Modells

Das Einzelbewertungsverfahren in seiner Anwendung zur Berechnung des Unternehmenswertes wird in der Betriebswirtschaftsliteratur als ein schwächeres Instrument im Vergleich zu anderen Methoden bewertet.⁷⁴ Dies liegt an der schwierigen Erfassbarkeit der Synergien, die sich aus dem Zusammenwirken der Einzelvermögenswerte eines Unternehmens ergeben. Damit zwingt das Modell den Betrachter zur individuellen Bewertung der immateriellen Ressourcen eines Unternehmens. Dieser Effekt wird insbesondere bei der Bewertung von Unternehmen im Dienstleistungssektor neutralisiert, da die vermeint-

lich fehlenden Synergiebeziehungen in den drei Kategorien des intellektuellen Kapitals wiederzufinden sind. Mit ihrer Bewertung kann der offensichtliche Nachteil des Verfahrens abgemildert werden. Da aber auch in diesem Modell keine Marktpreise zur Bewertung der immateriellen Ressourcen angewendet wurden, kann mit dem kostenorientierten Ansatz keine Vergleichbarkeit der errechneten Vermögenswerte mit Unternehmen am Markt erfolgen. Dies ist aber für einen Kampftruppenverband vollständig ausgeschlossen, da die Fähigkeiten von Streitkräften nicht vollständig am Markt substituiert werden können.⁷⁵

Ein weiter Modellnachteil ist der unterstellte gewichtet-lineare Wirkungszusammenhang der Einflussfaktoren untereinander. Hierbei wird eine Identifikation der aktiven und passiven Faktoren im System in vier Stufen vorgenommen und anschließend gegeneinander linear gewichtet. Jedoch besteht nicht bei allen Faktoren ein dauerhaft kongruenter Wirkungsverlauf untereinander. Vielmehr kann es der Fall sein, dass anfängliche synchrone Verläufe später über- oder unterproportional zueinander abnehmen oder verstärkt werden (sinngemäß umgekehrt). Diese Wirkungsverläufe können hierbei am besten exponentiell oder logarithmisch beschrieben und nachmodelliert werden. Ein vorliegen solch eines Wirkungszusammenhanges kann am besten über eine statistische Stichprobe mit dem Korrelationsmaß herausgefunden werden. Dieser zusätzliche Forschungsbedarf zu den Wirkungszusammenhängen der Einflussfaktoren kann in folgenden Arbeiten weiter untersucht werden. Eine Identifikation der realen Wirkungsverläufe sowie ihre Implementierung in das Modell erzeugt eine noch genauere Wertermittlung des intellektuellen Kapitals und muss vor allem für marktorientierte Unternehmen bei reiner quantitativen Wissensbilanzierung durchgeführt werden.

Abschließend kann für die alleinige Betrachtung der Werte des Anlage- und Umlaufvermögens noch hinzugefügt werden, dass die Verwendung des Einzelbewertungsverfahrens im Modell keinen sofortigen Aufschluss über zusätzliche Wertschöpfung in Abhängigkeit zu den getroffenen Investitionen und Kosten für einen Verband aufweist. Dies müsste unabhängig von der Unternehmenswertbestimmung in einer Investitionsrechnung separat geprüft werden. Auch für eine mögliche Substitutionsbeziehung zwischen verschiedenen Vermögensgegenständen der Sachanlagen (z.B. Fahrzeugtypen – gepanzert vs. ungepanzert) kann die reine Bestimmung des Verteidigungskapitalwertes keinen Aufschluss geben.

4. Anwendungsmöglichkeiten des Verteidigungskapitalmodells

In diesem Kapitel sollen die Verwendungsmöglichkeiten des aufgestellten Modells näher untersucht und darauf aufbauend seine Stärken und Schwächen analysiert werden. Vorweg wird in einem kurzen Exkurs auf die Anwendung der Unternehmensbewertung mit integrierter Wissensbilanz eingegangen, um die eigenen Anwendungsmöglichkeiten und Grenzen trennschärfer ableiten zu können.

4.1 Allgemeine Anwendung der Unternehmenswertberechnung

Die bisherige klassische Bewertung von Unternehmen hat in ihrer ex post Betrachtung gezeigt, dass der Unternehmenswert von Organisationen/Firmen im Dienstleistungssektor oftmals nicht mit der späteren Realentwicklung ihres Vermögenswertes übereinstimmte. Hintergrund hierfür waren die der Bewertung zugrunde gelegten traditionellen finanziellen Werttreiberbäume, die der Realität eines Unternehmens mit hohem intellektuellen Kapital und damit nichtmonetären Werttreibern keineswegs entsprachen.⁷⁶ Daher wurde das Potential der immateriellen Vermögenswerte als Wissensbilanz in die Unternehmensbewertung integriert und über die dargestellten Verfahren monetär messbar gemacht. Die Motivation von Unternehmen oder Organisationen zur eigenen Bewertung kann unterschiedlicher Natur sein und basiert auf einer internen und externen Zielsetzung. In der externen Betrachtung soll durch die Publikation eines Unternehmenswertes mit inkludierten immateriellen Ressourcen vor allem auf das unsichtbare und zukunftsbestimmende Vermögen hingewiesen werden, um Investoren aber auch potenzielle neue Mitarbeiter oder Kunden zu gewinnen. Insbesondere der Boom in der „New Economy“ hat auch gezeigt, dass in Branchen mit einem Nachfrageüberschuss an Arbeitnehmern, sich die potenziellen neuen Mitarbeiter an immateriellen Faktoren, wie Arbeitsklima oder das fachliche Know-how von Unternehmen, bei der Arbeitsplatzwahl ausrichten.⁷⁷ Damit zielt diese Art der Unternehmensbewertung vor allem auf die Verbesserung der Kommunikation einer Organisation mit ihrem Geschäftsumfeld, um ruhende Potentiale zu aktivieren sowie das eigene Image und die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen.⁷⁸

In der internen Verwendung hat sich in den letzten zehn Jahren gezeigt, dass intellektuelle Potenziale eine entscheidende Bedeutung für die Erfolgs- und Finanzlage von Unternehmen haben. Für die Unternehmenssteuerung müssen sie dafür quantitativ monetär messbar gemacht werden, um die Entwicklung des

Unternehmenswertes auch als Grundlage für Managemententscheidungen abbilden zu können.⁷⁹ Ein weiteres Motiv zur Anwendung sind die Möglichkeiten zum Benchmarking für Mitarbeiter in Führungspositionen und zur Messung der Unternehmensperformance im laufenden Betrieb. Diese Art der Verwendung ermöglicht es, schlummernde Potenziale und Schwachstellen frühzeitig zu identifizieren und Leistungsanreize transparent zu kommunizieren, da sich ansonsten erst im Wertschöpfungsprozess die Wichtigkeit der unterschiedlichen materiellen und immateriellen Produktionsfaktoren herausstellen wird.

Im Bereich der öffentlichen Verwaltung und in den Streitkräften anderer Staaten ist bislang die Unternehmensbewertung in Form einer Wissensbilanz als strategisches Steuerungsinstrument in ihrer qualitativ-beschreibenden Funktion zur Anwendung gekommen.⁸⁰ Jedoch beachten die darin festgelegten wertorientierten Kennzahlen zur Steuerung der immateriellen Ressourcen einer Organisation, zum Beispiel aus einer Balanced Scorecard, keine Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge in Form von Werttreiberhierarchien.⁸¹ Wodurch die Zusammenhänge zwischen den unterschiedlichen Kategorien des intellektuellen Kapitals keine Beachtung finden und erlassene Steuerungsmaßnahmen dadurch teilweise konträre Wirkung auf den Unternehmenswert aufweisen. Diese lässt sich durch eine vorgeschaltete Simulation mit Hilfe eines ganzheitlichen quantifizierten Bewertungsmodells vermeiden. Dabei können die Wirkungen von Steuerungsmaßnahmen auf Werttreiberhierarchien in kurz-, mittel- und langfristiger Betrachtung simuliert werden.

4.2 Modellanwendung und -einsatz in der Bundeswehr

Am 24. März 2014 unterstrich die derzeitige Verteidigungsministerin in einem Interview im Deutschlandfunk anlässlich ihrer 100tägigen Amtszeit, noch einmal die Wichtigkeit, dass auch im Verteidigungsressort der Mensch mit seinen individuellen Fähigkeiten und Bedürfnissen im Mittelpunkt steht. In ihrer ersten Bundestagsrede als Inhaberin der Befehls- und Kommandogewalt im Frieden sagte sie Mitte Januar 2014:

„Mein Ziel ist es, dass die Bundeswehr zu einem der attraktivsten Arbeitgeber in Deutschland wird. [...] Das sind Fragen ganz moderner Unternehmensführung.“

Diese beiden Aussagen in Verbindung mit dem Kampf um die besten Köpfe bei andauernder Alterung der deutschen Gesellschaft sowie unter dem inter-

nationalen Druck, mehr Ausgaben im Verteidigungssektor zu generieren, wird deutlich, dass die Stakeholder der Bundeswehr eine qualifiziertere und transparentere Sichtweise auf die Streitkräfte benötigen. In diesem Sinne kann das Modell den Ansatz schaffen, interne sowie externe Informationsasymmetrien abzubauen, aber auch der militärischen Führung dazu dienen, die eigenen Fähigkeiten besser zu managen und Benchmarking im Bereich des intellektuellen Kapitals zu betreiben.

In der Kommunikation mit internationalen Partnern ist die Forderung nach Verteidigungsausgaben in Höhe von mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) insbesondere im Zuge des letzten NATO-Gipfels in Wales noch einmal deutlich untermauert wurden.⁸³ Die derzeitigen Ausgaben von Deutschland belaufen sich auf geschätzte 1,3 Prozent des BIP für das Jahr 2015.⁸⁴ Jedoch beschreibt das traditionelle Verständnis der Logik weniger die Frage wie hoch der Input ist ohne den Output zu betrachten.⁸⁵ Es sollte hierbei vielmehr die Frage gestellt werden, wie der Output bei konstantem Input von zwei Prozent BIP erhöht werden kann, da das reine Investitionskapital keine Aussagekraft besitzt sowie ungleiche Standards in der Ausbildung und Einsatzbereitschaft der NATO-Streitkräfte miteinander verglichen werden. Dieses Modell kann zum einen aufzeigen, wie hoch die Wertschöpfung der Streitkräfte mit den vorgegebenen Haushaltsmitteln ist. Zum anderen kann mit einer einheitlichen Bewertungsmatrix der Einflussfaktoren des intellektuellen Kapitals auch eine vergleichende Betrachtung der internationalen Einsatzverbände untereinander erfolgen. Hier ist ein hoher Einsatzzweck zum Abbau des Kommunikationsdefizites im internationalen Raum für das Modell zu erkennen.

In der externen Kommunikation zur Deutschen Gesellschaft als Shareholder im weitesten Sinne kann das Modell vor allem die entsprechende Wertschöpfung für das Produkt „Äußere Sicherheit“ aufzeigen. Dies soll insbesondere noch einmal verdeutlichen, dass den steuerlichen Abgaben auch ein oftmals nicht direkt spürbar geschaffenes Produkt gegenübersteht, das wiederum einen Beitrag zu den Grundbedürfnissen eines Jeden liefert.⁸⁶ Der Wert des aggregierten Verteidigungskapitals verdeutlicht dem Bürger die finanzielle Hinterlegung seines Grundbedürfnisses nach Sicherheit und zeigt auf wie hoch der Wertzuwachs oder möglicherweise auch der Wertverlust im Bereich des materiellen und immateriellen Vermögens der Streitkräfte verläuft. Es kann damit auch in Zahlen aufgezeigt werden, dass dem Substitutionsprozess von traditioneller Vollausrüstung durch Stückzahl schwache Rüstungsprojekte mit einer hohen Forderung an Technik, Flexibilität und gut ausgebildetem Personal eine phy-

sische Barriere der Umsetzbarkeit gesetzt ist. Auch wenn andere Positionen im Verteidigungshaushalt feste Konstanten darstellen, kann mit diesem Modell die Grenze der Substitutionsmöglichkeiten bestimmt und argumentativ untermauert werden, um eine signifikante Trendwende im Investitionsverhalten herbeizuführen. Der Wert des Verteidigungskapitals bildet damit die quantitative Grundlage gegenüber allen Stakeholdern, die seit mehr als drei Jahren geforderte Ausweitung des Verteidigungshaushaltes im Bereich der Investitionen durchzuführen. In zweiter Konsequenz können mit der quantitativen Betrachtung der Wertschöpfung im Unternehmen auch zukünftige Mitarbeiter für die Streitkräfte, durch klare Performanceaussagen gewonnen werden.⁸⁷

Dies leitet über zur Management- und Steuerungsfunktion des Bewertungsmodells. Wohingegen die Öffentliche Verwaltung und damit auch die Streitkräfte überwiegend noch inputorientiert die Betrachtung von Wirtschaftlichkeit durchführen, mahnt eine abnehmende Staatsquote und der Zwang zum ausgeglichenen Haushalt vielmehr eine Betrachtung von Effizienz- und Effektivitätsparametern am Output des Systems an.⁸⁸ Dieser Betrachtungsweise, wie schon in der Einleitung der vorliegenden Arbeit dokumentiert, wird auch im Bewertungsmodell des Verteidigungskapitals zugrunde gelegt. Das Treffen von Zielvereinbarungen wird mit der strategischen Zielsetzung der Leitungsebene des BMVg vollzogen und durch die Abteilung ‚Haushalt und Controlling‘ an messbaren Parametern hinsichtlich seines Umsetzungsgrades überprüft. Jedoch lässt sich das hohe Gut der Einsatzbereitschaft eines Kampftruppenverbandes nicht über inputorientierte Kennzahlen überprüfen. Vielmehr geht es dabei, um die Umsetzung und Nutzung der ihm zur Verfügung gestellten Produktionsfaktoren. Die Ziele eines Verbandes werden in dem Jahresausbildungsbefehl durch den Großverband schriftlich festgehalten und seine Zielerreichung im Nachhinein durch den Truppenführer bewertet. Das vorgestellte Modell kann hierbei ein Hilfsmittel sein, um nicht nur eine qualitative Aussage zu tätigen, sondern vielmehr auch zu messen, in welcher Güte der Wertschöpfungsprozess zur Zielerreichung durchlaufen wurde.

Zusätzlich kann über den Benchmarking-Prozess in der ex post Betrachtung auch eine messbare Reihung der Verbände eines Großverbandes erfolgen, um Optimierungsbedarf zu identifizieren und aufzuzeigen. Zu beachten ist dabei, dass jeder Verteidigungskapitalwert in Abhängigkeit von seinem Personalumfang und seiner Ausstattung gebildet wurde und damit primär nicht vergleichbar ist. Aufgrund seiner unterschiedlichen Personaldichte/-umfang sowie seiner nicht identischen Materialausstattung muss für den direkten Vergleich zweier

KpfTrVbd das Verhältnis aus Verteidigungskapital zu Personal und Material gebildet werden. Diese beiden Kennzahlen für materielle und immaterielle Werte in einem Verband können hierbei vergleichend zur Anwendung gebracht werden.

Abschließend kann das Modell auch zur strategischen Ausrichtung und Steuerung der Streitkräfte verwendet werden. Ausgehend von einem Grundbestand an Vermögenswerten können verschiedene Einflussgrößen des intellektuellen Kapitals oder auch das Vermögen der Sachanlagen entsprechend der gewählten Strategie verändert werden. Darauf basierend lassen sich die zukünftigen Werte des Verteidigungskapitals als Prognose bestimmen. Insbesondere lässt sich durch die Vernetzung der Einflussfaktoren des intellektuellen Kapitals mit den materiellen Vermögenswerten auch ein Gleichgewicht zur Substituierbarkeit im Hinblick auf den Erhalt des Gesamtunternehmenswertes bilden.

Um die Entwicklung in verschiedenen Zeitsprünge zu prognostizieren und zu vergleichen, müssen die Werte des Verteidigungskapitals auf den jeweiligen Betrachtungsstichtag mit den Kalkulationszinssatz des Bundes für öffentliche Investitionen diskontiert werden (Barwertmodell).⁸⁹ Damit ließe sich zumindest für den Kampftruppenverband auch die Auswirkung der Neuausrichtung auf den Unternehmenswert langfristig bis zum Abschluss des Transformationsprozesses bestimmen und dieser könnte der Unternehmenswertentwicklung ohne Neuausrichtung gegenübergestellt werden.⁹⁰ Bei variierenden Personalstärken muss auch hier nach Abschluss der Diskontierung die Kennzahl für materielle und immaterielle Werte im Verband separat gebildet werden, um eine Vergleichbarkeit zu gewährleisten.

5. Zusammenfassung und Ausblick

„Die moderne Bundeswehr [...] ist ein Sicherheitsunternehmen, eine Reederei, eine Fluglinie, ein Logistikkonzern, ein medizinischer Dienstleister – alles auf Top-Niveau und weltweit vernetzt: mehr als 240.000 Menschen, mehr als 1.000 Berufe an mehr als 300 Standorten.“⁹¹

Unter dem Druck eines ausgeglichenen Haushaltes und bei zunehmender Anzahl von Unternehmensberatungen in öffentlichen Verwaltungen wird der Vergleich zwischen Großunternehmen und der Bundeswehr immer stärker gesucht und hergestellt. Es ist daher nicht verwunderlich, dass auch die Verteidigungsministerin von einem global agierenden Konzern mit über 250.000 Mitarbei-

terinnen und Mitarbeitern spricht, wenn Sie das Thema der Neuausrichtung tangiert. Dies zeigt auch, dass der Zeitpunkt für eine wirtschaftlichere Betrachtungsweise von Streitkräften und einem transparenten Berichtssystem mehr als überfällig ist.

Die vorliegende Arbeit hat die Anwendbarkeit von aktuellen betriebswirtschaftlichen Konzepten und Methoden zur Unternehmenswertberechnung von Streitkräften als Verteidigungskapital für einen Kampftruppenverband untersucht. Es konnte nachgewiesen werden, dass unter der Anwendung des Einzelbewertungsverfahrens auch ein monetärer Unternehmenswert für ein Bataillon/Regiment des Heeres berechnet werden kann. Hierbei stand insbesondere die monetäre Bewertung des intellektuellen Kapitals als das Hauptelement zur Wertschöpfung für die militärische Führung im Mittelpunkt der Betrachtung. Auch wenn die berechneten Werte keine Marktvergleichbarkeit ermöglichen – was aufgrund des fehlenden Marktes auch nicht notwendig ist – können sie dennoch die Wertveränderung transparent nach innen und außen kommunizieren sowie als Steuerungs- und Managementindikatoren angewendet werden. Dies ermöglicht eine fundierte und nachhaltige Aussage zu Strategie-Änderungsprozessen sowie zur Zielerreichung und Wertschöpfung in den Streitkräften, wie sie bislang – aufgrund der Inputfokussierung auf seine Produktionsfaktoren – nicht möglich war. Der Verteidigungskapitalwert bildet mit den dargestellten Modelleigenschaften und Einsatzmöglichkeiten das wichtigste Instrument im Werkzeugkasten für das Controlling und insbesondere für die Performancemessung von modernen Streitkräften auf Verbandsebene.

Die fortführende Untersuchung des aufgestellten Modells sollte aus zwei Perspektive vorgenommen werden. In der internen Betrachtung sollten die Wechselwirkungen der Einflussfaktoren des intellektuellen Kapitals hinsichtlich ihrer möglicherweise asymmetrischen Zusammenhänge überprüft werden. Dies kann mit Hilfe einer multiplen Regressionsanalyse über die Korrelationskoeffizienten der Einflussfaktoren vorgenommen werden. Als Datenbasis können hierfür die ersten Wertberechnungen von Kampftruppenverbänden an unterschiedlichen Bewertungsstichtagen dienen. Die daraus resultierenden Erkenntnisse können die Berechnung des intellektuellen Kapitals noch stärker konkretisieren und den Wirkungszusammenhängen auch asymptotische Verteilungen für eine höhere Modellgenauigkeit unterstellen. In der externen Perspektive sollte eine Transformation des Modells zur Anwendung für Unterstützungsverbände sowie für Stäbe, Ämter und Kommandobehörden vorgenommen werden. Hierbei wird der Kern des Einzelbewertungsverfahrens im Modell nicht

berührt, jedoch müssen die Kategorien sowie Einflussfaktoren und Indikatoren des intellektuellen Kapitals anderweitig spezifiziert werden. Insbesondere muss hierbei die Performance der unterstellten Truppenteile auch den Kapitalwert der übergeordneten Stäbe und Kommandobehörden entscheidend beeinflussen. Dies kann nicht allein durch eine einfache Aggregation der Verteidigungskapitalwerte erfolgen sondern bedarf einer spezifischen Betrachtung.

Auch wenn der ausgearbeitete Ansatz noch Anpassungs- und Konkretisierungsbedarf beinhaltet, kann mit dem aufgestellten Modell die monetäre Messung von materiellen und immateriellen Werten eines Kampftruppenverbandes richtungsweisend vorgenommen werden. Es ist damit ein Instrument zur ökonomischen Bewertung und Analyse von vorhandenen sowie schlummernden Potenzialen in Streitkräften oder zur Bewertung einer zukünftigen Ausrichtung aufgezeigt worden.

Zum Autor: Major i.G. Sebastian Becker war Lehrgangsteilnehmer am LGAN 2014. Die hier abgedruckte Lehrgangsarbeit soll mit fortführender Untersuchung zur Neuausrichtung ebenfalls im Sammelband zum Studiengang „Militärische Führung und Internationale Sicherheit“ des FB Politik- und Gesellschaftswissenschaften (PGW) der FüAkBw im Jahr 2017 veröffentlicht werden (Hrsg. Fachbereichsleiter PGW - Hr. Jörn Thießen).

Anmerkungen:

- 1 Vgl. Jesse Orlansky, Symposium on the Military Value and Cost-Effectiveness of Training, Brüssel, 1985, S. 60 ff.
- 2 Vgl. Jürgen Schnell, Europäische Streitkräfte in der ökonomischen Perspektive, Aufsatz in Transatlantische Beziehungen: Sicherheit-Wirtschaft-Öffentlichkeit, 2. Auflage, VS Verlag, Wiesbaden, 2005 S. 168f.
- 3 Vgl. Artur Woll, Wirtschaftslexikon, 10. Auflage, Oldenbourg Wissenschaftsverlag, München, 2008, S. 574f.
- 4 Vgl. Deutsches Grundgesetz, Art. 87a Abs. 1.
- 5 Vgl. § 79 Bundeshaushaltsordnung, vom 19. August 1969 in der Internetfassung vom 15.07.2013.
- 6 Vgl. Internetauftritt Planungsamt der Bundeswehr, Einführung Life-Cycle-Cost-Management vom 02.04.2014.
- 7 Vgl. Aussagen und Handout des Referatsleiters MinR Foltas aus dem BMVg HC I 1 bei seinem Vortrag an der FüAkBw am 30.01.2015.
- 8 Vgl. Franz Reinisch, Die Köpfe sind unser Kapital, Redline Wirtschaft Süddeutscher Verlag, Heidelberg, 2007S. 27f.

- 9 Vgl. Ulrich Brecht, Neue Entwicklungen im Rechnungswesen, Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler/GWV Fachverlage, Wiesbaden, 2005 S. 198ff.
- 10 Vgl. BMWi, Publikation: Wissensbilanz Made in Germany - Leitfaden 2.0 zur Erstellung einer Wissensbilanz, Berlin, 2013, S. 8.
- 11 Vgl. Günter Wöhe und Ulrich Döring, Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 25. Auflage, Saarbrücken, Vahlen Verlag, 2013, S. 80f.
- 12 Vgl. Manuel Ladiges, Reichweite des Verteidigungsbegriffs in: Humblodt Forum Recht, 2/2009, S. 21.
- 13 Vgl. Klaus Schubert und Martina Klein, Das Politiklexikon, 5. Auflage Bonn, Dietz Verlag, 2011, S. 286.
- 14 Auf Grundlage der Verteidigungspolitischen Richtlinien vom 18. Mai 2011.
- 15 Vgl. Jochen Drukarczyk und Andreas Schüler, Unternehmensbewertung, 6. Auflage, München, Vahlen Verlag, 2009, S. 89.
- 16 Vgl. Nicolas Schmidlin, Unternehmensbewertung und Kennzahlenanalyse, 2. Auflage, München, Vahlen Verlag, 2013, S. 143ff.
- 17 Vgl. Wolfgang Ballwieser und Dirk Hachmeister, Unternehmensbewertung: Prozesse, Methoden und Probleme, 4. Auflage, Stuttgart, Schäffer-Poeschel Verlag, 2013, S.206f.
- 18 Vgl. OLG Düsseldorf, Beschluss vom 27.02.2004 – 19 W 3/00 AktE. In: AG, 49. Jg. 2004, S.327.
- 19 Vgl. Wolfgang Schultze, Methoden der Unternehmensbewertung, 2. Auflage, Düsseldorf, IDW-Verlag, 2003, S. 72.
- 20 Vgl. Peter Kunath, Unternehmensbewertung kompakt: Hintergründe, Anlässe, Funktionen und Verfahren, Hamburg, Igel-Verlag, 2014, S. 89ff.
- 21 Vgl. James Jay Carafano, Private Sector, Public Wars: Contractors in Combat, Westport USA, Praeger Verlag, 2008, S. 69 – 88.
- 22 Vgl. Gottfried Bähr und Wolf F. Fischer-Winkelmann, Buchführung und Jahresabschlüsse, 7. Auflage, Wiesbaden, Gabler Verlag, 2001, S. 25f.
- 23 Vgl. Handelsgesetzbuch, § 266 Abs. 2 und 3 HGB in: Beck-Texte, 58. Auflage, München, C.H. Beck Verlag, 2015.
- 24 Vgl. Christoph Höhne und Edeltraud Günther, Life Cycle Costing - Systematisierung bestehender Studien, in: Dresdner Beiträge zur Lehre der betrieblichen Umweltökonomie Nr. 37/2009, TU Dresden, S. 50f.
- 25 Im Bereich der Sachanlagen können die Vermögenswerte der Kasernen und Übungsplätze/-einrichtungen nicht eingerechnet werden, da sich diese im Bestand der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben befinden und zur Nutzung angemietet werden. Siehe dazu auch Bundeshaushaltsplan 2015, Einzelplan 14, BMVg.
- 26 Vgl. Inge Wulf, Immaterielle Vermögenswerte nach IFRS: Ansatz, Bewertung, Goodwill-Bilanzierung, Berlin, Erich Schmidt Verlag, 2008, S. 76.
- 27 Vgl. Peter Heisig (Hrsg.) u.a., Wissensbilanz, Intellektuelles Kapital erfolgreich nutzen und entwickeln, Berlin und Heidelberg, Springer Verlag, 2005, S. 19 und 31.
- 28 Vgl. Helmut Kreideweis und Willi Steinke, Wissensmanagement, Nomos Verlag, Baden-Baden, S. 92f.
- 29 Vgl. BMWi, Publikation: Wissensbilanz Made in Germany - Leitfaden 2.0 zur Erstellung einer Wissensbilanz, Berlin, 2013, S.18ff.
- 30 Vgl. Karl-Heinz Leitner und Andrea Kasztler, Wissensbilanz als neue Form des Berichtswesens, in: Johan Erpenbeck (Hrsg.) u.a., Kompetenzkapital - Verbindung zwischen Kompetenzbilanz und Humankapital, Frankfurt School Verlag, 2004, S. 99ff.
- 31 Vgl. Christian Fink und Fedor Zeyer, Immaterielle Ressourcen, in: ZfCM – Controlling & Management, Sonderheft 1/2012, S. 4.
- 32 Vgl. Franz Reinisch, Die Köpfe sind unser Kapital, S. 95.
- 33 Vgl. Laurenz Lachnit und Inge Wulf, Quantifizierung immaterieller Potenziale - ein Methodenansatz für Zwecke der Unternehmensführung, in: Controlling – Zeitschrift für erfolgsorientierte Unternehmenssteuerung, 21/2009, Heft 10, S. 527f.
- 34 Vgl. BMWi, Publikation: Wissensbilanz Made in Germany - Leitfaden 2.0 zur Erstellung einer Wissensbilanz, Berlin, 2013, S.19.
- 35 Vgl. Mart Kivikas und Inge Wulf, Wissensbilanzierung als Element des Value Reporting, in: ZfCM – Controlling & Management, Sonderheft 3/2006, S. 4
- 36 Eigene Darstellung in Anlehnung an Jürgen Schnell, Immaterielle Ressourcen und Vertrauen als kritische Erfolgsgröße in Streitkräften, in: Robert Buck (Hrsg.): Die Kosten des Friedens, Dachau, 2002, S. 149-158.
- 37 Vgl. Frank Cass, Myth of Intrinsic Combat Motivation, in: Journal of Strategic Studies, Vol. 26, No. 4, London, 2013, S. 24-26.
- 38 Vgl. BMVg, FÜ H III 1, HDv 100/100 Truppenführung von Landstreitkräften, Teil A, Kapitel 1, Nr. 1002 in der Fassung vom 05.11.2007.
- 39 Vgl. Wenke Apt, Demographischer Wandel als Rekrutierungsproblem, in: SWP Aktuell, Nr. 41, Mai 2010, S. 6.
- 40 Vgl. Probst Gilbert u.a., Wissen managen, 5. Auflage, Wiesbaden, Gabler Verlag, 2006, S. 214f.
- 41 Vgl. Katja Mang, Wissensbewertung – Konzepte, Methoden und Anwendungsgebiete, Saarbrücken, VDM Verlag, 2007, S. 45 ff.
- 42 Siehe dazu auch BMVg, M II/IT1: KGv WiMgmtBw, Bonn, 2010 und Marc Richter, Balanced Scorecard – ein Instrument zur Bewertung von Wissen, Lehrgangsarbeit LGAN 2010, Hamburg, 2011.
- 43 Vgl. Peter Heisig (Hrsg.) u.a., Wissensbilanz, Intellektuelles Kapital erfolgreich nut-

- zen und entwickeln, Berlin und Heidelberg, Springer Verlag, 2005, S. 24ff.
- 44 Vgl. Sven Beyer und Andreas Mackenstedt, Grundsätze zur Bewertung immaterieller Vermögenswerte (IDW S 5), in: Die Wirtschaftsprüfung, 61. Jg., Heft 8, 2008, S. 339ff.
- 45 Vgl. Holger Himmler und Andreas Krostewitz, Bewertung immaterieller Ressourcen als Teil der Unternehmenssteuerung, in: Controlling & Management - ZfCM, Sonderheft 1-2012, S. 34.
- 46 Vgl. Sven Wolfahrt u.a., Bewertungsmethoden immaterieller Ressourcen im Fokus, in: Wissensmanagement, Heft 5/2005, S. 44f.
- 47 Vgl. Manfred Bornemann und Rüdiger Reinhardt, Handbuch Wissensbilanz - Umsetzung und Fallstudien, Berlin, Erich Schmidt Verlag, 2008, S. 35.
- 48 Vgl. Peter Meyer-Ferreira, Humankapital strategisch einsetzen, 2. Auflage, o.O., Hermann Luchterhand Verlag, 2010, S. 47f.
- 49 Vgl. Doreen Henske, Wissensbilanz – Möglichkeiten und Grenzen der Bewertung des institutionellen Personalvermögens, München, Martin Meidenbauer Verlagsbuchhandlung, 2011, S. 87 ff.
- 50 Darauf entfallen Löhne und Gehälter, einschließlich Leistungsprämien, sowie soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung. Vgl. Guido Lisges und Fred Schübble, Praxishandbuch Personalcontrolling, 4. Aufl., Donauwörth, Haufe Verlag, 2014, S. 262 und 271f.
- 51 Vgl. BMVg FüSK II 4, Zentrale Dienstvorschrift A-2600/1: Innere Führung - Selbstverständnis und Führungskultur der Bundeswehr, Berlin, 28.01.2008, S. 3 und 5-7; siehe dazu auch BMVg, Bundeshaushaltsplan 2015, Einzelplan 14,.
- 52 Vgl. Kommando Heer I 3 (1), Bereichsanweisung D1-227/0-1500, Strausberg, 23.04.2015, S. 9f.
- 53 Siehe dazu auch 10. Panzerdivision - G4 Abteilung, Handbuch zur Implementierung und Nutzung SASPF im Bereich Logistik, Sigmaringen, 2010 und Vortrag Kommando Heer IV 2 (1), Grundsätze Logistik an der FüAkBw am 20.10.2015.
- 54 Scoringbasierte Bewertungsverfahren stammen aus der Nutzwertanalyse und dienen der Gewichtung von Einflussfaktoren zur Entscheidungsfindung, siehe dazu auch Laurenz Lachnit und Inge Wulf, Quantifizierung immaterieller Potenziale, in: Controlling, 21 (2009), Heft 10, S. 530.
- 55 Vgl. Kommando Heer I 3 (1), Bereichsanweisung D1-227/0-1500, Strausberg, 23.04.2015, S. 65ff.
- 56 Vgl. Thomas M. Fischer und Alexander Baumgartner, Immaterielle Werte als Erfolgsfaktoren von KMU, in: Fischer und Wulf (Hrsg.), Wissensbilanzen im Mittelstand, Stuttgart, 2013, S. 20.
- 57 Vgl. Jürgen Schnell, Immaterielle Ressourcen und Vertrauen als kritische Erfolgsgröße in Streitkräften, in: Robert Buck (Hrsg.): Die Kosten des Frieden, Dachau, 2002, S. 153f.
- 58 Vgl. Rudolf Bombosch und Carsten Rüdiger, Balanced Scorecard etabliert sich in der Bundeswehrführung, in: Innovative Verwaltung, Heft 6, 2003, S.24.
- 59 Weitere Einzelheiten können der neuen Weisung A-2640/5 des BMVg entnommen werden.
- 60 Vgl. Kommando Heer I 3 (1), Bereichsanweisung D1-227/0-1500, Strausberg, 23.04.2015, S. 13.
- 61 Vgl. dass., S. 102f.
- 62 Vgl. Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Ergebnisse der Bevölkerungsumfrage 2015, Potsdam, S. 35ff sowie Carsten Pietsch, Zur Motivation deutscher Soldatinnen und Soldaten für den Afghanistaneinsatz, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2012, S. 101 ff.
- 63 Vgl. T. M. Fischer u.a., Marktorientierte Bewertung von Humankapital im Profisport, in: FinanzBetrieb, 8.Jg (2006), Heft 5, S. 314f.
- 64 Vgl. BMWi Arbeitskreis Wissensbilanz, Leitfadens 2.0 zur Erstellung einer Wissensbilanz, Berlin, 2008, S. 34.
- 65 Vgl. Mart Kivikas und Guido Pfeiffer, Wissensbilanzierung als Chance für den Standort Deutschland, in: FinanzBetrieb, 7.Jg, Heft 12, 2005, S. 803f.
- 66 Vgl. Laurenz Lachnit und Inge Wulf, Quantifizierung immaterieller Potenziale, in: Controlling, 21 (2009), Heft 10, S. 530f.
- 67 Vgl. Franz Reinisch: Die Köpfe sind unser Kapital, Redline Wirtschaft Süddeutscher Verlag, Heidelberg, 2007, S. 212.
- 68 Vgl. Mart Kivikas und Inge Wulf, Wissensbilanzierung als Element des Value Reporting, in: Controlling & Management - ZfCM, Sonderheft 3: Value Reporting, 2006, S. 48f.
- 69 Vgl. Kommando Heer I 3 (1), Bereichsanweisung D1-227/0-1500, Strausberg, 23.04.2015, S. 19.
- 70 In Anlehnung an Thomas M. Fischer und Alexander Baumgartner, Integration von Wissensbilanz in das operative und strategische Wertmanagement, in: Controlling, 26 (2014), Heft 2, S. 124f.
- 71 Vgl. Kommando Heer I 3 (1), Bereichsanweisung D1-227/0-1500, Strausberg, 23.04.2015, S. 13f.
- 72 Vgl. Claudia Thielmann-Holzmayer, Personale Ressourcen - Bilanzierbares Kapital oder Vermögen eines Unternehmens?, in: Das Personalvermögen, 1. Jg., H. 1/2004, S. 9f und Peter Meyer-Ferreira, Humankapital strategisch einsetzen, 2. Auflage, o.O., Hermann Luchterhand Verlag, 2010, S. 48.
- 73 Vgl. Vgl. Mart Kivikas und Inge Wulf, Wissensbilanzierung als Element des Value

- Reporting, in: Controlling & Management - ZfCM, Sonderheft 3: Value Reporting, 2006, S. 48f.
- 74 Vgl. Andrej Teterin, Unternehmensbewertung von Nonprofit-Unternehmen, Berliner Wissenschaftsverlag, 2010, S.84.
- 75 Vgl. Kapitel 2, S. 6 und James Jay Carafano, Private Sector, Public Wars: Contractors in Combat, Westport USA, Praeger Verlag, 2008, S. 69 – 88.
- 76 Vgl. Thomas M. Fischer und Alexander Baumgartner, Integration von Wissensbilanz in das operative und strategische Wertmanagement, in: Controlling, 26 (2014), Heft 2, S. 124f.
- 77 Vgl. Alexander Schuster, Wissensbilanz - Ein strategisches Managementinstrument, Berlin, BibSpider Verlag, 2009, S. 32.
- 78 Vgl. Perter Heisig (Hrsg.) u.a., Wissensbilanzen - Intellektuelles Kapital erfolgreich nutzen und entwickeln, Berlin Heidelberg, Springer Verlag, 2005, S. 7f.
- 79 Vgl. Laurenz Lachnit und Inge Wulf, Quantifizierung immaterieller Potenziale, in: Controlling, 21 (2009), Heft 10, S. 526f.
- 80 Vgl. Orth Ronald u.a., Erstellung von Wissensbilanzen in der öffentlichen Verwaltung, in: Innovative Verwaltung - die Fachzeitschrift für erfolgreiches Verwaltungsmanagement, 33(2011), Heft 3, S. 22.
- 81 Vgl. Christian Fink und Fedor Zeyer, Immaterielle Ressourcen in Unternehmen, in: Controlling & Management, 56 (2012), Sonderheft 1: Immaterielle Werte, S. 6f.
- 82 Vgl. Klaus Remme, Deutschlandradio, gesendet am 24.03.2014, aus dem Sendebereich vom Internet.
- 83 Vgl. NATO, Wales Summit Declaration - Issued by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Wales, vom 05.09.14, Punkt 14 f.
- 84 Vgl. Satista-Portal, Internet vom 28.12.2015.
- 85 Vgl. Klaus Möller und Wolfgang Schultze, Produktivität von Dienstleistungen, Wiesbaden, Springer Verlag, 2014, S. 459.
- 86 Vgl. Johannes Göllner u.a., Wissensbilanzierung im Österreichischen Bundesheer, in: Wissensmanagement, 04/09, S. 51f.
- 87 Mitarbeiterakquisition unter dem Gesichtspunkt - Was können wir und was haben wir zu bieten? vgl. dazu Perter Heisig (Hrsg.) u.a., Wissensbilanzen - Intellektuelles Kapital erfolgreich nutzen und entwickeln, Berlin Heidelberg, Springer Verlag, 2005, S. 7 und 11.
- 88 Vgl. Helmut Greinke und Oliver Hunke, Zielerreichung und Ressourcen aussagekräftig messen - das Controlling des BMWi, in: Innovative Verwaltung, Heft 24 (2002), S. 59.
- 89 Vgl. Ulrich F. H. Andree, Wirtschaftlichkeitsanalyse öffentlicher Investitionen, Freiburg, Haufe Verlag, 2011, S. 41f.

- 90 Weitere Einzelheiten zur Änderung des Verteidigungskapitalwertes eines Verbandes unter dem Gesichtspunkt der Neuausrichtung erscheinen in meiner Masterarbeit mit gleicher Themenstellung im März 2016.
- 91 Vgl. BMVg, Presse- und Informationsstab, Internetauftritt zur Attraktivitätsoffensive, Berlin, 02.06.2014.

Literaturverzeichnis

Bücher, Publikationen und Zeitschriften

Bähr, Gottfried und Fischer-Winkelmann, Wolf F.: Buchführung und Jahresabschlüsse, 7. Auflage, Wiesbaden, Gabler Verlag, 2001.

Ballwieser, Wolfgang und Hachmeister, Dirk: Unternehmensbewertung - Prozesse, Methoden und Probleme, 4. Auflage, Stuttgart, Schäffer-Poeschel Verlag, 2013.

Beyer, Sven und Mackenstedt, Andreas, Grundsätze zur Bewertung immaterieller Vermögenswerte (IDW S 5), in: Die Wirtschaftsprüfung, 61. Jg., Heft 8, 2008, S. 339ff.

Bombosch Rudolf und Rüdiger, Carsten: Balanced Scorecard etabliert sich in der Bundeswehrführung, in: Innovative Verwaltung, Heft 6, 2003.

Bornemann, Manfred und Reinhardt, Rüdiger: Handbuch Wissensbilanz - Umsetzung und Fallstudien, Berlin, Erich Schmidt Verlag, 2008.

Brecht, Ulrich: Neue Entwicklungen im Rechnungswesen – Prozesse optimieren, Berichtswesen anpassen, Kosten senken, Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler/ GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, 2005.

Bundesministerium der Verteidigung, FüSK II 4: Zentrale Dienstvorschrift A-2600/1, Innere Führung - Selbstverständnis und Führungskultur der Bundeswehr, Berlin, 28.01.2008.

Bundesministerium der Verteidigung, M III/IT1: KGv WiMgmtBw, Bonn, 2010.

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: Publikation - Wissensbilanz Made in Germany - Leitfaden 2.0 zur Erstellung einer Wissensbilanz, Berlin, 2013.

Carafano, James Jay: Private Sector, Public Wars - Contractors in Combat, Westport USA,

Praeger Verlag, 2008.

Drukarczyk, Jochen und Schüler, Andreas: Unternehmensbewertung, 6. Auflage, München, Vahlen Verlag, 2009.

Fink, Christian und Zeyer, Fedor: Immaterielle Ressourcen in Unternehmen, in: Controlling & Management, 56 (2012), Sonderheft 1: Immaterielle Werte,

Fischer, Thomas M. und Baumgartner, Alexander: Immaterielle Werte als Erfolgsfaktoren von KMU, in: Fischer und Wulf (Hrsg.), Wissensbilanzen im Mittelstand, Stuttgart, 2013, S. 20.

Fischer, Thomas M.: Marktorientierte Bewertung von Humankapital im Profi-Sport, in: FinanzBetrieb, 8.Jg (2006), Heft 5.

Handelsgesetzbuch: Beck-Texte, 58. Auflage, München, C.H. Beck Verlag, 2015.

Henske, Doreen: Wissensbilanz – Möglichkeiten und Grenzen der Bewertung des institutionellen Personalvermögens, München, Martin Meidenbauer Verlagsbuchhandlung, 2011.

Himmler, Holger und Krostewitz, Andreas: Bewertung immaterieller Ressourcen als Teil der Unternehmenssteuerung, in: Controlling & Management - ZfCM, Sonderheft 1-2012.

Höhne, Christoph und Günther, Edeltraud (Hrsg.): Life Cycle Costing - Systematisierung bestehender Studien, in: Dresdner Beiträge zur Lehre der betrieblichen Umweltökonomie Nr. 37/2009, TU Dresden.

Kivikas, Mart und Pfeiffer, Guido: Wissensbilanzierung als Chance für den Standort Deutschland, in: FinanzBetrieb, 7.Jg, Heft 12, 2005.

Kivikas, Mart und Wulf, Inge: Wissensbilanzierung als Element des Value Reporting, in: Controlling & Management - ZfCM, Sonderheft 3: Value Reporting, 2006.

KPMG: Umfassende Bestandsaufnahme und Risikoanalyse zentraler Rüstungsprojekte, Studie im Auftrag des BMVg, Exzerpt, Berlin, 30.09.2014.

Kommando Heer I 3 (1), Bereichsanweisung D1-227/0-1500, Strausberg, 23.04.2015, S. 9f.

Kreideweis, Helmut und Steinke, Willi: Wissensmanagement, Nomos Verlag, Baden-Baden, 2009.

Kunath, Peter: Unternehmensbewertung kompakt - Hintergründe, Anlässe, Funktionen und Verfahren, Hamburg, Igel-Verlag, 2014.

Lachnit, Laurenz und Wulf, Inge: Quantifizierung immaterieller Potenziale - ein Methodenansatz für Zwecke der Unternehmensführung, in: Controlling – Zeitschrift für erfolgsorientierte Unternehmenssteuerung, 21/2009, Heft 10.

Ladiges, Manuel: Reichweite des Verteidigungsbegriffs, in: Humblodt Forum Recht, Hamburg, 2/2009.

Lisges, Guido und Schübbler, Fred: Praxishandbuch Personalcontrolling, 4. Auflg, Donauwörth, Haufe Verlag, 2014.

Mang, Katja: Wissensbewertung – Konzepte, Methoden und Anwendungsgebiete, Saarbrücken, VDM Verlag, 2007.

Mertins, Kai und Alwert, Kay und Heisig, Peter (Hrsg.): Wissensbilanz, Intellektuelles Kapital erfolgreich nutzen und entwickeln, Berlin und Heidelberg, Springer Verlag, 2005

Meyer-Ferreira, Peter: Humankapital strategisch einsetzen, 2. Auflage, o.O., Hermann Luchterhand Verlag, 2010.

OLG Düsseldorf: Beschluss vom 27.02.2004 – 19 W 3/00 AktE. In: AG, 49. Jg. 2004.

Orlansky, Jesse: Arbeitspapier der NATO zum Symposium on the Military Value and Cost-Effectiveness of Training, Brüssel, 1985.

Orth Ronald und Drechsel-Schlund, Claudia und Frosch, Christian: Erstellung von Wissensbilanzen in der öffentlichen Verwaltung, in: Innovative Verwaltung - die Fachzeitschrift für erfolgreiches Verwaltungsmanagement, 33(2011), Heft 3.

Pietsch, Carsten: Zur Motivation deutscher Soldatinnen und Soldaten für den Afghanistaninsatz, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2012.

Probst Gilbert: Wissen managen, 5. Auflage, Wiesbaden, Gabler Verlag, 2006.

Reinisch, Franz: Die Köpfe sind das Kapital – Wissen bilanzieren und erfolgreich nutzen, Redline Wirtschaft Süddeutscher Verlag, Heidelberg, 2007.

Richter, Marc: Balanced Scorecard – ein Instrument zur Bewertung von Wissen, Lehrgangsarbeit LGAN 2010, Hamburg, 2011.

Schmidlin, Nicolas: Unternehmensbewertung und Kennzahlenanalyse, 2. Auflage, München, Vahlen Verlag, 2013.

Schnell, Jürgen: Europäische Streitkräfte in der ökonomischen Perspektive, Aufsatz in Transatlantische Beziehungen: Sicherheit-Wirtschaft-Öffentlichkeit, 2. Auflage, VS Verlag, Wiesbaden, 2005.

Schnell, Jürgen: Immaterielle Ressourcen und Vertrauen als kritische Erfolgsgröße in Streitkräften, in: Robert Buck (Hrsg.): Die Kosten des Frieden, Dachau, 2002.

Schultze, Wolfgang: Methoden der Unternehmensbewertung, 2. Auflage, Düsseldorf, IDW-Verlag, 2003.

Schuster, Alexander: Wissensbilanz - Ein strategisches Managementinstrument, Berlin, BibSpider Verlag, 2009.

Teterin, Andrej: Unternehmensbewertung von Nonprofit-Unternehmen, Berliner Wissenschaftsverlag, 2010.

Thielmann-Holzmayr, Claudia: Personale Ressourcen - Bilanzierbares Kapital oder Vermögen eines Unternehmens?, in: Das Personalvermögen, 1. Jg., H. 1/2004.

Woll, Artur: Wirtschaftslexikon, 10. Auflage, München, Oldenbourg Wissenschaftsverlag, 2008.

Wolffahrt Sven: Bewertungsmethoden immaterieller Ressourcen im Fokus, in: Wissensmanagement, Heft 5/2005.

Wöhe, Günter und Döring, Ulrich: Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 25. Auflage, Saarbrücken, Vahlen Verlag, 2013.

Wulf, Inge: Immaterielle Vermögenswerte nach IFRS: Ansatz, Bewertung, Goodwill-Bilanzierung, Berlin, Erich Schmidt Verlag, 2008.

Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Ergebnisse der Bevölkerungsumfrage 2015 zur sicherheits- und verteidigungspolitischen Einstellungen der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger, Potsdam.

10. Panzerdivision - G4 Abteilung: Handbuch zur Implementierung und Nutzung SASPF im Bereich Logistik, Sigmaringen, 2010.

Internetquellen:

Bundeshaushaltsordnung vom 19. August 1969 in der Fassung vom 15.07.2013, verfügbar im Internet unter: http://www.gesetze-im-internet.de/bho/BJNR01284_0969.html mit Stand 14.06.2015.

Bundesministerium der Verteidigung: Bundeshaushaltsplan 2015, Einzelplan 14 im Internet unter: http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/!ut/p/c4/NYy7DsIwEAT_y_Gc-XIIWOKEJQ0KRJQufEljnJj-hyNg0fj12wq51mpIUX1EZd0GnGF_LWHGZYNL-tHrKE4ETDiwZYwB1EssUWDLkd3vHWu8wxTez_BWbClabmQbGSSdaU4k9kTsm-8IE1Qg0sEg19FLJf9S3m-77dmdzs_OjH2EP4foDBvQCwQ!!/ mit Stand 19.08.2015.

Bundesministerium der Verteidigung, Presse- und Informationsstab: Internetauftritt zur Attraktivitätsoffensive, http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/!ut/p/c4/DcYxDoAg-DADAt_gBurv5C3UhLVRsINVUK9-X3HKww6D_4ScFXLsUGK2xJZuqBeuZQ0U-zYOJBr5qfzaVE0Hj7iWoIzsVGTVOGuy_QDe048YQ!!/ mit Stand 02.06.2014.

Deutschlandradio, Klaus Remme, gesendet am 24.03.2014, aus dem Sendebericht vom Internet http://www.deutschlandfunk.de/verteidigungsministerium-di-e-ersten-100-tage-der-ursula-von-724.de.html?dram:article_id=28101_8 mit Stand 21.12.2015.

Planungsamt der Bundeswehr: Einführung des Life-Cycle-Cost Management einsehbar unter http://www.planungsamt.bundeswehr.de/portal/a/plgabw/!ut/p/c4/JYq_xDsI-wDET_KE4GBtioOgAT6lLCZlorskiTyLh06ceTiHvS3fAOnlBO_WAyljhhAf4iU-vzZQYsA6-daUY6QNj-85kppxIWysl5dpBULOYkk_VjM6tINyZn8Nb1nX_WVf9x-vAw3f3cH21-7AcqynH-MKMfx/ mit Stand 23.05.2015.

Satista-Portal: Anteil der Militärausgaben am Bruttoinlandsprodukt in den NATO-Staaten von 2011 bis 2015 <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/2347251/umfrage/anteil-der-militaerausgaben-am-bruttoinlandsprodukt-der-nato-staaten/> mit Stand vom 28.12.2015

SCHWERPUNKTE DER CLAUSEWITZ-GESELLSCHAFT FÜR DAS JAHR 2017

Die aktuelle sicherheitspolitische Lage sowie deren absehbare weitere Entwicklung werden auch im Jahr 2017 mit nennenswerten Herausforderungen aufwarten: Viele Fragen sind mit Unsicherheiten über die Positionierung der neuen US-Administration verbunden, insbesondere hinsichtlich ihrer künftigen Haltung zur NATO und zur EU. Die Politik der Türkei, die Entwicklung im Nahen Osten, der fortgesetzte Kampf gegen den Terrorismus und die Lage in Nordafrika werden ebenfalls weiterhin hohe Aufmerksamkeit verlangen. Die EU hat sich 2016 zwar außen- und sicherheitspolitisch neu positioniert, angesichts des anstehenden BREXIT und anderer fortbestehender Krisen und Probleme könnten allerdings ihr innerer Zusammenhalt und ihre internationale Stellung weiter geschwächt werden.

Die Auswirkungen anderer gleichzeitig ablaufender Entwicklungen mit Krisen- und Konfliktpotential, u.a. im Cyber- und Informationsraum, bei der Energie- und Rohstoffsicherung, dem Klimawandel und der Demographie, liefern ebenfalls anspornende Impulse für einen breiten Diskurs zu Sicherheitspolitik und Strategie im Jahr 2017. Diesen zu pflegen und zu fördern bleibt eine übergreifende Zielsetzung der Clausewitz-Gesellschaft. Dabei wollen wir weiterhin die Methoden und Erkenntnisse unseres Namensgebers im Auge behalten und versuchen, sie zukunftsorientiert umzusetzen.

Die bewährte Kooperation unserer Gesellschaft mit der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS), der Führungsakademie der Bundeswehr (FüAkBw), der Deutschen Atlantischen Gesellschaft (DtAtlGes) e.V., der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund in Berlin und darüber hinaus auch mit anderen Dienststellen der Bundeswehr sowie mit weiteren Bundes-/Landesbehörden und sonstigen Organisationen/ Vereinen wollen wir konstruktiv fortsetzen. Dabei soll auch künftig das breite Interessenspektrum der gesamten Mitgliedschaft berücksichtigt und eine stabile Brücke zwischen den Generationen gebildet werden.

Unter den im Jahr 2017 anstehenden Themen werden die neuen Risiken und potentiellen Bedrohungen wieder eine bedeutsame Rolle einnehmen. Mit den aus ihnen erwachsenden politischen und materiellen Forderungen an die EU-Mitglieder im Allgemeinen und an Deutschland im Besonderen wollen wir uns intensiv bei den zentralen und regionalen Veranstaltungen befassen.

Das wieder gemeinsam mit der BAKS veranstaltete Berliner Colloquium 2017 wird Ende März in Berlin das Thema „Einflüsse globaler Entwicklungen und Trends auf die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik: Sind unser politisches System und unsere Gesellschaft hinreichend resilient gegenüber den damit verbundenen Herausforderungen?“ behandeln.

Das erneut in Kooperation mit der DtAtlGes e.V. und der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund in Berlin durchgeführte 10. Clausewitz-Strategiegespräch wird sich am 25. April dem Thema widmen „Strategie im ‚post-faktischen‘ Zeitalter: Wie kann sich unser freiheitlich-demokratisches System gegen Desinformation und Propaganda verteidigen?“.

Die 51. Sicherheitspolitische Informationstagung mit der FüAkBw in Hamburg soll sich Mitte Juli mit dem Thema „Die Rolle der USA in einer Welt im Wandel – hat die bisherige Sicherheitsordnung noch Zukunft?“ befassen.

Das am 20. September in Berlin geplante 11. Clausewitz-Strategiegespräch wird voraussichtlich unter Thema „China: Welchen sicherheitspolitischen Kurs nimmt die aufstrebende Gestaltungsmacht?“ stattfinden.

Der Sektion Schweiz und den deutschen Regionalkreisen unserer Gesellschaft wurde empfohlen, sich im Jahr 2017 schwerpunktmäßig mit künftigen politisch-strategischen Ansätzen und Entwicklungsperspektiven für nachhaltige Sicherheit und Stabilität in Europa im transatlantischen Kontext auseinander zu setzen. Dabei sollen u.a. auch das Verhältnis zu Russland, die Lage in Nah-Mittel-Ost sowie in Afrika, die fortbestehende Migrationsproblematik, der Kampf gegen den internationalen Terrorismus, die Entwicklung im Fernen Osten und die Cyber-Verteidigung behandelt werden. Darüber hinaus besteht die Erwartung, dass ebenfalls sicherheitspolitisch relevante historische Daten im Verlauf des Jahres als Anlässe für Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen gewählt werden.

Ich danke dem Beirat, den ehrenamtlichen Leitern der Regionalkreise, dem Präsident der Sektion Schweiz, den zahlreichen Mitglieder und allen externen Freunden und Förderern der Clausewitz-Gesellschaft, die sich in den zurückliegenden Jahren immer wieder mit kreativen Initiativen, hohem persönlichen Engagement und organisatorischem Geschick eingebracht und damit attraktive, wertvolle Veranstaltungen ermöglicht haben. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, dass die erwünschte Breitenwirkung erzielt und die Identität un-

serer Clausewitz-Gesellschaft lebendig geformt sowie weiterentwickelt werden konnte. Ich bin sehr zuversichtlich, dass es uns auch künftig gelingen wird, eine verlässliche Fortsetzung unserer anerkannten Arbeit zu gewährleisten und eine innovative Weiterentwicklung zu unterstützen. Zur Gewährleistung der Kontinuität unserer erfolgreichen Arbeit als Verein vertraue ich ebenfalls weiterhin auf das engagierte Eintreten aller Mitglieder für die gemeinsamen Ziele und auf ihre bereitwillige Mitwirkung bei den anstehenden Vorhaben und Aufgaben.

Allen Mitgliedern und Mitwirkenden wünsche ich für Ihre Arbeit im Jahre 2017 und auch in der weiteren Zukunft viel Erfolg, einen hohen Wirkungsgrad sowie stets ein hinreichendes Maß an Zufriedenheit und positiver Resonanz bei ihren jeweiligen Projekten und Einsätzen.

Ihr

Kurt Herrmann

Bildnachweis

Seite	Quelle/Urheber
12	Bundeswehr/Detmar Modes
14	Wikimedia Commons/gemeinfrei; Bundesarchiv/Bild 183-1990-1003-400/Fotograf: Peer Grimm
26	flickr creative commons/gemeinfrei; Fotograf: Tobias Mandt
52	Clausewitz-Gesellschaft e.V./Fotograf: Wolfgang Fett
66	Clausewitz-Gesellschaft e.V./Fotograf: Wolfgang Fett
69	Clausewitz-Gesellschaft e.V./Fotograf: Wolfgang Fett
70	Clausewitz-Gesellschaft e.V./Fotograf: Wolfgang Fett
78	Wikimedia Commons/gemeinfrei; defenselink.mil/dodcmsshare/newsstoryPhoto/2000-07/hrs_20007122c-hr.jpg
79	picture alliance/dpa / Fotograf: John Lee
92	picture-alliance/dpa infografik/ Fotograf: dpa-infografik
97	Bundeswehr/Jonas Weber
116	Bundeswehr/Torsten Kraatz
119	Wikimedia Commons/gemeinfrei; CC-BY.4.0/Soukhoi frappant une position ennemie en Syrie.png
120	Foto: NATO
123	Bundeswehr/Andrea Bienert
154	Wikimedia Commons/gemeinfrei; CC-BY-SA 4.0/Fotograf: Emilio Esbardo
160	Navy photo by Petty Officer 2nd Class Nathan Wilkes
188	Bundeswehr/Björn Trotzki
209	Wikimedia Commons/gemeinfrei; Kunstverlag der Photographischen Gesellschaft Berlin - Albumin-Foto
213	Wikimedia Commons/gemeinfrei; Josef Kriehuber (1800 -1876) - Eigenes Foto einer Originallithographie der Albertina (Wien)
214	Karte: Peter Palm, Berlin
216	Karte: Peter Palm, Berlin
227	Wikimedia Commons/gemeinfrei; Armémuseum (The Swedish Army Museum)
242	Wikimedia Commons/gemeinfrei; Ernest Brooks - This is photograph Q 2486 from the collections of the Imperial War Museums (collection no. 1900-09)
246	Wikimedia Commons/gemeinfrei; Bundesarchiv/Bild 101I-299-1805-16, Nord- frankreich, Panzer VI (Tiger I)/Fotograf o.A.
249	Bundeswehr/Detmar Modes

Seite Quelle/Urheber

265 Fotografin: Hannelore Kußerow

266 Fotografin: Beatrix Frehn, Frehn & Krings 1986